

"Wir kämpfen nur für den Glauben."

(Der Bischöfliche Offizial Franz Vorwerk im Schreiben an die Geistlichen des Offizialatsbezirks nach der Massenkundgebung in Cloppenburg am 25. November 1936)<sup>1</sup>

"Das deutsche Volk, auch Bischöfe und Klerus zum großen Teil, sind auf die nationalsozialistische Agitation eingegangen. Es hat sich fast widerstandslos, ja zum Teil mit Begeisterung [...] gleichschalten lassen. Darin liegt seine Schuld. [...] Ich glaube, daß, wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tag öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhindern können. Das ist nicht geschehen, und dafür gibt es keine Entschuldigung. Wenn die Bischöfe dadurch ins Gefängnis oder in Konzentrationslager gekommen wären, so wäre das kein Schade, im Gegenteil. Alles das ist nicht geschehen, und darum schweigt man am besten."

(Konrad Adenauer in einem persönlichen Brief an Pastor Bernhard Custodis, Bonn, vom 23. Februar 1946)<sup>2</sup>

## **1. Die politische Gleichschaltung in Süddoldenburg**

### **1.1. Einleitung**

Der vom nationalsozialistischen Regime angestrebte Gleichschaltungsprozeß verfolgte 1933 das Ziel, die im Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen angestrebte Emanzipation der Gesellschaft vom Staat wieder rückgängig zu machen und die moderne Gesellschaft erneut dem Staat - in diesem Falle dem nationalsozialistischen Einparteien-Staat - zu subordinieren. Dadurch

---

<sup>1</sup> KUROPKA, Volk, S. 42, Anm. 156: Schreiben vom 27.11.1936.

<sup>2</sup> ADENAUER, Briefe, S. 172f.

verlor die bürgerliche Gesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland ihren Status der Freiheit, den sie in der pluralistischen Weimarer Parteidemokratie eingenommen hatte. Der Wert der Freiheit war aber vielen gesellschaftlichen Gruppen nicht bewußt genug, um ihn erfolgreich gegen den Nationalsozialismus verteidigen zu können. Zu diesen gesellschaftlichen Gruppen zählten auch einflußreiche Kreise im deutschen Katholizismus, in seiner Leitung und an seiner Basis. Die Gleichschaltung des katholischen Milieus stellt deshalb einen eigenen Komplex am Anfang der Geschichte der nationalsozialistischen Herrschaft in Südoldenburg dar. Sie konzentrierte sich in kulturpolitischer Hinsicht in erster Linie auf die katholische Schule und das katholische Vereinswesen, das für die politische und weltanschauliche Sozialisation der jungen Generationen in Südoldenburg von alters her zuständig war. Der Ausgleich zwischen der katholischen Kirche und dem NS-Staat, die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz und schließlich die Selbstaflösung der Partei begünstigten die Gleichschaltung in katholischen Milieus, weil sie Haltungen der Resistenz den politischen und moralischen Rückhalt nahmen.

Die geistig-seelischen Voraussetzungen für den politischen Anschluß an die "Nationale Revolution" wurden nicht nur im, sondern vor allem auch außerhalb des Nationalsozialismus geschaffen. Der NSDAP gelang es, die verschiedenen Gruppen und Organisationsformen, die diffusen Ideologien und politischen Mentalitäten des rechten Parteienspektrums in der NS-Bewegung zu konzentrieren und einer strikten Partei- und Staatsräson zu unterwerfen. Andere Träger der konservativen Gegenrevolution, die sich der politischen Gleichschaltung verweigerten, wurden aus der nationalsozialistischen Bewegung ausgeschieden und gingen in einzelnen Fällen auch in oppositionelle Stellung gegen das "Dritte Reich". Die Beziehung zwischen der konservativen Gegenrevolution und dem Nationalsozialismus läßt sich im katholischen Milieu Südoldenburgs besonders gut am herrschenden politischen Sprachgebrauch beobachten, der von der NS-Rhetorik anscheinend reibungslos manipuliert und instrumentalisiert werden konnte. Der deutsche Romanist Victor Klemperer spricht in diesem Zusammenhang von der "LTI", der "Lingua Tertii Imperii", auf deren große Bedeutung für die geistige Gleichschaltung des Menschen er in seinem "Notizbuch eines Philologen" mit den Worten aufmerksam macht:

"Aber Sprache dichtet und denkt nicht nur für mich, sie lenkt auch mein Gefühl, sie steuert mein ganzes seelisches Wesen, je selbstverständlicher, je unbewußter ich mich ihr überlasse. [...] Das Dritte Reich hat die wenigsten Worte seiner Sprache selbst

---

schöpferisch geprägt, vielleicht, wahrscheinlich sogar, überhaupt keines. Die nazistische Sprache weist in vielem auf das Ausland zurück, übernimmt das meiste von vordemokratischen Deutschen. Aber sie ändert Wortwerte und Worthäufigkeiten, sie macht zum Allgemeingut, was früher einem einzelnen oder einer winzigen Gruppe gehörte, sie beschlagnahmt für die Partei, was früher Allgemeingut war, und in alledem durchtränkt sie Worte und Wortgruppen und Satzformen mit ihrem Gift, macht sie die Sprache ihrem fürchterlichen System dienstbar, gewinnt sie an der Sprache ihr stärkstes, ihr öffentlichstes und geheimstes Werbemittel.<sup>3</sup>

Die zahlreichen öffentlichen Anlässe, der nationale Volkstrauertag und die Gefallenenehrung am Kriegerdenkmal, der Sängertag und das Turnerfest, behielten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ihren festen Platz im politischen Jahreskreis und wurden von den lokalen Organisationen und Funktionären der NSDAP rhetorisch überformt. Im Frühjahr 1933 war "der seltene Glücksfall eingetreten, daß Real- und Idealfaktoren in einer fast vollkommenen Weise aufeinander bezogen waren" und die deutsche Geschichte zur tragischen Reife gelangte, "wenn man auch in Kauf nehmen mußte, daß die Vulgarisierung des ohnehin schon groben antidemokratischen Denkens einen geistigen Qualitätsverlust mit sich brachte, der einem Rückfall ins Primitive und Barbarische nahekam", stellt Kurt Sontheimer über die politische Kultur nach der Machtübernahme fest.<sup>4</sup> Die ästhetischen Mängel und rhetorischen Entgleisungen waren aber um des politischen Ganzen und des großen nationalen Zieles willen zu verschmerzen. Was eine politisch weitgehend indifferente Mehrheit vereinte und beseelte, war die Ablösung der Weimarer Republik auf legalem Wege. Die Gleichschaltung des katholischen Milieus in Süddenburg vollzog sich in der ersten Hälfte des Jahres 1933 in aller Ruhe und Ordnung. Wer sich aber von Weimar losgesagt hatte, war noch längst kein überzeugter Nationalsozialist, denn "wer die Partei wählte", so Kurt Sontheimer, "unterschrieb damit ja noch lange nicht das Parteiprogramm, noch die verquollene Pseudometaphysik und Propaganda" der NS-Bewegung.<sup>5</sup> Zwischen dem moderaten bürgerlichen Liberalismus Weimarer Prägung und dem Nationalsozialismus Adolf Hitlers gab es auch in Süddenburg ein weites politisches 'Niemandland', das von den Anhängern der konservativen Gegenrevolution bevölkert war und schließlich von der NS-Bewegung usurpiert wurde. Dagegen schützte auch eine treue Anhänglichkeit an das katholische Zentrum nicht.

---

<sup>3</sup> KLEMPERER, LTI, S. 21f.

<sup>4</sup> SONTHEIMER, Denken, S. 286.

<sup>5</sup> Ebd., S. 293.

Dabei ist der legale, friedliche Wechsel von der liberalen Vergangenheit der Weimarer Republik in die politische Gegenwart des "Dritten Reiches" kennzeichnend für die Geschichte Süoldenburgs in der ersten Hälfte des Jahres 1933. Den Gedanken der Legalität legte der Staatsrechtler Carl Schmitt den konservativen Lesern der Cloppenburg MT in einem Artikel unter dem Titel "Ein Jahr deutsche Politik" nahe. Der Aufsatz enthält ein brennendes Plädoyer für "Adolf Hitlers große Entscheidung für die Legalität" und kann noch heute den politischen Erfolg der Nationalsozialisten auch im katholischen Milieu Süoldenburgs erklären helfen. Zur politischen Bedeutung des Legalitätsbegriffes heißt es bei Carl Schmitt:

"Sie (= die Legalität) war weder etwas Reaktionäres noch etwas Anarchistisches noch ein bloß taktischer Kunstgriff. Sie hat die wertvollen Kräfte, die im deutschen Ordnungssinn enthalten sind, erkannt und geachtet, ohne sich der artfremden Legalität des Weimarer Systems innerlich zu unterwerfen. Sie hat auch die Einrichtung des deutschen Beamtentums gewahrt und durch die Reinigung von artfremden Elementen wiederhergestellt. So ist es gelungen, die Liberaldemokratie des 19. Jahrhunderts zu überwinden und das Deutsche Reich zu einem modernen Staat des 20. Jahrhunderts zu machen, der von der Nationalsozialistischen Partei als der politisch tragenden Schicht geführt wird. Der Grundmangel des reinen Beamtenstaates, der Mangel politischen Führertums ist behoben, aber das große geschichtliche Erbgut des deutschen Beamtenstaates ist dabei nicht vernichtet, sondern gerettet worden."<sup>6</sup>

Hans Mommsen spricht in diesem Zusammenhang von einem "Legalitätsfetischismus" und obrigkeitsstaatlichen Einstellungen breiter Bevölkerungskreise, die mit dem Zerfall des Kaiserreiches keineswegs beseitigt waren. In seiner Rede anlässlich der Verleihung des Carl-von-Ossietzky-Preises der Stadt Oldenburg 1998 wies er darauf hin, daß die "Illusion, durch das Festhalten am formalen Legalitätsprinzip die gesellschaftlichen und politischen Interessengegensätze überwölben zu können", im Verlauf der 1920er Jahre zugenommen habe. Auch die politische Linke habe mit dem Festhalten am Legalitätsprinzip die Chance, sich ihrer schrittweisen Ausschaltung rechtzeitig zu widersetzen, nicht genutzt. Der "Legalitätsfetischismus der deutschen politischen Klasse" habe ein entschiedenes Eintreten gegen Hitler verhindert. Die "Staatsgläubigkeit" sei von einem "in der deutschen Staatstradition angelegten idealistischen Staatsbegriff" ausgegangen, der es unmöglich gemacht habe, "die Interessen der einzelnen Bürger gegen den als über den Parteien stehend gedachten Staat zu stellen". Er sei den "identitätsphilosophi

---

<sup>6</sup> MT vom 5.8.1933.

---

schen Grundannahmen" der deutschen Verfassungs- und Staatstradition verhaftet geblieben.<sup>7</sup>

### 1.1.1. Die repressive Personalpolitik

Die repressive Personalpolitik der NS-Regierung in Oldenburg hatte die Aufgabe, die Öffentlichkeit durch spektakuläre Maßnahmen zu verunsichern und die zivilen Staatsdiener in der Verwaltung und in den Schulen des Landes politisch einzuschüchtern. Eröffnet wurde die politische Kampagne in Oldenburg noch vor der Machtübernahme im Reich durch die aufsehenerregende Demission der Schulräte Wilhelm Stukenberg in Oldenburg und Johannes Schlüter in Varel im September 1932.<sup>8</sup> Nach Ansicht der Vechtaer OV war Spangemacher offensichtlich der Ansicht, "daß nach der Einstellung der beiden Schulräte in der Vergangenheit keine Aussicht besteht, daß sie positiv für die Verwirklichung seiner Pläne sich einsetzen werden". Die Zeitung ging davon aus, "daß der Minister gewillt ist, seine Pläne durchzusetzen". Mit besorgtem Blick auf die politischen Verhältnisse in Süddoldenburg erklärte die Vechtaer OV entschlossen:

"Wir werden [...] allen Plänen Widerstand leisten, die mit den katholischen Erziehungsgrundsätzen nicht voll im Einklang stehen. Das Schulprogramm des nationalsozialistischen Lehrerbundes lehnen wir, als nicht im Einklang mit katholischen Erziehungsgrundsätzen stehend, entschieden ab. Darüber darf niemand einen Zweifel haben."<sup>9</sup>

Die Entlassung der beiden Schulräte Stukenberg und Schlüter löste eine größere Diskussion um die Schulreformpläne des zuständigen Ministers Spangemacher aus. Noch standen in Oldenburg die Organe einer parlamentarischen Demokratie zur Verfügung und mußte sich die Regierung Röver der öffentlichen Kritik stellen. Auf die Regierungserklärungen, die die nationalsozialistischen Minister Spangemacher und Pauly auf der vom Zentrum be

---

<sup>7</sup> Oldenburg, Dokumentation, S. 33ff.

<sup>8</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 33. In einer Notiz der Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung vom 24.9.1932 hieß es: "Die Schulräte Stukenberg und Schlüter, bewährte Schulmänner, werden zum 1. Oktober (1932) aus weltanschaulichen Gründen dispensiert. [...] Was das bedeuten soll, ist mit Händen zu greifen. Wir gehen täglich entschlossener den angekündigten herrlichen Zeiten entgegen." WILLENBORG, Schule, S. 21: Anweisung des Ministers der Kirchen und Schulen, Heinz Spangemacher, vom 13.9.1932 an das evangelische Oberschulkollegium; FRIEDL, Handbuch, S. 715-717 (von Hilke Günther-Armdt)

<sup>9</sup> OV vom 23.9.1932.

antragten Landtagssitzung am 13. Dezember 1932 abgaben, antwortete der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, der Abgeordnete Heinrich Wempe aus Cloppenburg, in einer programmatischen Rede und blickte schmerzvoll auf die bisher geltenden Grundsätze oldenburgischer Beamten- und Rechtspolitik zurück. Er versicherte der amtierenden Regierung, daß die Landesbediensteten loyal ihre Pflicht erfüllten:

"Es ist auch auf beamten-politischem Gebiete in Oldenburg in den letzten Monaten verschiedenes geschehen, was eine starke Beunruhigung in die Beamtenkreise hineingebracht hat. [...] Meine Herren, die oldenburgischen Beamten jeglicher Parteizugehörigkeit haben auch unter dem jetzigen System den ernstesten Willen, ihre Pflicht gegenüber Regierung, Staat und Volk zu tun, und man sollte alles tun, um diesen ernstesten und nicht hoch genug zu schätzenden Willen auch durch Reden und Taten anzuerkennen. [...]

Wir sind hier nicht nur, um Kritik zu üben, sondern auch, um von unserer Seite aus zu sagen, wie wir uns eine ersprießliche Regierungsführung und Volksvertretung im Oldenburger Lande denken. Wir sind - obwohl wir ausgeschaltet sind, das können wir mit Humor ertragen - aber auch so bereit, unser Können und unser Wissen zum Wohle des oldenburgischen Volkes einzusetzen, insbesondere, damit das oldenburgische Volk, was heute noch nicht der Fall ist, das Gefühl der Einheit und Zusammengehörigkeit wiederbekommt und so besser imstande ist, etwaigen Gefahren, die dem Bestande des Landes Oldenburg jetzt oder in Zukunft drohen, wirksam entgegenzutreten. (Bravo! links und in der Mitte.)"<sup>10</sup>

Mit den letzten Bemerkungen sprach Wempe die Debatte um die Reichsreformpläne und die damit verbundene Frage nach der Selbständigkeit Oldenburgs an. Auf der Landtagssitzung am 18. Januar 1933 rechnete Kultusminister Spangemacher mit der demokratischen Vergangenheit und dem "Gesinnungsterror" der Weimarer Parteien ab. Er konterkarierte die parlamentarischen Einwände gegen seine Personalpolitik mit der Feststellung:

"Die Minister haben immer und überall das Recht gehabt, Leute zu entlassen, die ihnen nicht passen. Das war beim Zentrum und der SPD immer so. Wer sich dem Willen der Regierung entgegensetzt, der wird entfernt."

Der geistliche Oberstudienrat Wempe aus Cloppenburg reagierte auf die Entlassung von Stukenberg und Schlüter moderat und bat lediglich um Aufklärung über die Fakten, die zu ihrer Verabschiedung geführt hätten. Ein Grund für dieses Verhalten mag darin zu sehen sein, daß die schulpolitischen Interessen Süoldenburgs nicht unmittelbar tangiert waren:

---

<sup>10</sup> OV vom 14.12.1933; ECKHARDT, Landtagsreden, S. 47-49.

---

"Ich vermisse in der Antwort der Staatsregierung das, worauf es ankommt, auf Grund welcher Tatsachen die Staatsregierung der Auffassung gewesen sei, daß die zur Disposition gestellten Beamten nicht im Sinne des Staatsministeriums wirken würden. Es handelte sich bei allen um keine Parteibeamte, sondern um Leute, die auf Grund ihrer sachlichen Eignung auf ihren Posten berufen waren und sich voll bewährt hatten. Es heißt die Charakterfestigkeit und die Gesinnungstreue des oldenburgischen Beamtentums nicht fördern, wenn die Regierungsmaßnahmen in der Beamtenschaft die Auffassung aufkommen lassen, daß nicht nach sachlichen Gesichtspunkten verfahren wird."<sup>11</sup>

Die oldenburgische Schul- und Personalpolitik stürzte die Regierung Röver in eine Krise, die nur noch vom rechtzeitigen Aufstieg der NSDAP im Reich aufgefangen werden konnte. Es galt, Zeit zu gewinnen und von Wahltag zu Wahltag zu taktieren. Der NSLB des Gaus Weser-Ems wandte sich in einem Schreiben vom 10. Oktober 1932 an die NS-Reichsleitung und reflektierte nachdenklich den Stand der oldenburgischen Schulpolitik nach der Aufhebung der Oberschulkollegien und der Demission der beiden Schulräte Stukenberg und Schlüter:

"Die Lage im Freistaat ist im Augenblick alles andere als günstig. Unsere Regierung schritt zu verschiedenen Maßnahmen, die von unseren Gegnern auf das heftigste bekämpft wurden. Sie verfügte die Aufhebung der Oberschulkollegien, setzte 2 Schulräte ab [...].

Die Aufhebung der Oberschulkollegien wirbelte auch viel Staub auf. Vor allem wurde seitens der kath. Geistlichkeit viel protestiert. Auch der Bischof legte Einspruch ein. Die kath. Lehrerschaft war vernünftiger. [...] Die Folge war, man stoppte sofort ab.

[...] Der Abbau der Schulräte erfolgte mit der Begründung, daß sie die Aufsicht nicht im Sinne und Geiste des Ministeriums führen könnten. Die beiden Schulräte waren Demokraten.

[...] Bei dem Kampf hier in Oldenburg wäre es unbedingt nötig, daß man ein festes Programm hätte. Erscheint bald ein Erziehungsprogramm? [...] Es fehlt uns das Positive, mit dem wir vor die Lehrerschaft treten können. Und vor allem müssen wir Lehrer im NSLB etwas haben, um arbeiten zu können. [...]

Das ist in großen Zügen ein Bild unserer gegenwärtigen Lage in Oldenburg und ein Ausblick in die nächste Zukunft. Zunächst müssen wir den Kampf bis zum 6. November führen [...]."<sup>12</sup>

So stellte sich die politische Situation im Frühjahr 1933 dar, als der Katholische Lehrerverein in Oldenburg in den NSLB eintrat und die Lehrerkollegien der staatlichen höheren Schulen in Süddoldenburg sich mit politischen Erge

---

<sup>11</sup> Oldenburgisches Schulblatt Jg. 58, Nr. 4, 26.1.1933, S. 22; MT vom 19.1.1933.

<sup>12</sup> WILLENBORG, Schule, S. 28. Zur Aufhebung der Oberschulkollegien vgl. Kap. 2.2. im dritten Band der Arbeit: Das politische Ringen um die Aufhebung der Oberschulkollegien.

benheitsadressen an die Öffentlichkeit wandten. Zeitzeugen gaben aber stets zu bedenken, daß dies nicht ohne politischen Druck und ohne kritische Einwände in den Kollegien geschah. Die repressive Personalpolitik in Oldenburg zeigte ihre ersten Wirkungen, der Einfluß des Zentrums war nach seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz rapide gesunken, weite Teile des deutschen Episkopats hatten ihre politischen Bedenken gegen den Nationalsozialismus zurückgenommen, die Gleichschaltung schritt auf vielen Sektoren voran. Nach der Landtagsdebatte im Dezember 1932 befand sich das oldenburgische Zentrum auf dem politischen Rückzug und konzentrierte seine ganze Aufmerksamkeit auf die innenpolitische Entwicklung im Reich. Aus der politischen Not der Zeit war keine neue politische Theorie oder Strategie erwachsen.

Das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 bot eine weitere Handhabe, um personalpolitische Korrekturen im Lande vorzunehmen.<sup>13</sup> Es wurde mit der oldenburgischen Verwaltungsreform vom 27. April 1933 kombiniert, die auch ausdrücklich "Maßnahmen zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" beinhaltete.<sup>14</sup> Vorsorglich war allen Staats- und Gemeindeangestellten "im Hinblick auf die kommende Verwaltungsreform" gekündigt worden.<sup>15</sup> Das Gesetz enthielt im einzelnen folgende Bestimmungen:

"§ 1. (1) Zur Wiederherstellung eines nationalen Berufsbeamtentums und zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen. [...]

§ 2. (1) Beamte, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen, sind aus dem Dienste zu entlassen. [...]

(2) Ein Anspruch auf Wartegeld, Ruhegeld oder Hinterbliebenenversorgung und auf Weiterführung der Amtsbezeichnung, des Titels, der Dienstkleidung und der Dienstabzeichen steht ihnen nicht zu.

§ 3. (1) Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand [...] zu versetzen; [...].

---

<sup>13</sup> MT vom 10.4.1933; MÜNCH, Gesetze, S. 29-31: Auszug.

<sup>14</sup> GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 66, S. 201f.; Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 5, 1.5.1933, S. 37f.; MT vom 2.5.1933. Formal-juristische Grundlage des Vereinfachungsgesetzes war das vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933. (Vgl. MT vom 1.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 146)

<sup>15</sup> MT vom 1.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 146.



(2) Abs. 1 gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. [...]

§ 4. Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. [...]

§ 5. (1) Jeder Beamte muß sich die Versetzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn, auch in ein solches von geringerem Rang und planmäßigem Dienst Einkommen [...] gefallen lassen, wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert. [...]

(2) Der Beamte kann an Stelle der Versetzung in ein Amt von geringerem Rang und planmäßigem Dienst Einkommen (Abs. 1) innerhalb eines Monats die Versetzung in den Ruhestand verlangen.<sup>16</sup>

Das Berufsbeamtenengesetz stellte die rechtliche Grundlage für die "Säuberung" der Beamtschaft von jüdischen und "politisch unzuverlässigen" Beamten dar. Damit sollte die politische Klasse aus dem öffentlichen Dienst verdrängt werden, die im November 1918 in demokratische Institutionen eingetreten war. Die Aufgabe des "Abstammungsnachweises" bestand darin, "die Fehler des vergangenen Systems auszumerzen und den staatswichtigen Berufsstand des Beamtentums vor allem von denjenigen Trägern fremdrassiger Blutsteile zu reinigen, die unter der Herrschaft des Novemberstaates eingedrungen waren".<sup>17</sup> Es gehe darum, die "seit der französischen Revolution vorgekommenen Rassenmischungen zu erfassen". Der "Novemberstaat" wurde als Erbe der Französischen Revolution angesehen und abgelehnt, weil er mit dem Begriff der deutschen Nation nicht zu vereinbaren war:

"Die französische Revolution (1789) brachte zuerst in Frankreich, in der Folgezeit aber auch in den meisten anderen Staaten die liberalistische Weltanschauung zum Durchbruch. Der oberste Grundsatz dieser Weltanschauung ist das Vorrecht des Einzelnen (Individuum) vor der Gesamtheit. Ihre Ideale waren die Freiheit (Ungebundenheit) und Gleichheit ('alles ist gleich, was Menschenantlitz trägt'). Auf diese Anschauungen sind die Judenemanzipation und die meisten Mischehen, aber auch die heute als überaus schädlich anerkannte Vernachlässigung der Begriffe Familie, Sippe und Volk zurück

---

<sup>16</sup> MT vom 10.4.1933; MÜNCH, Gesetze, S. 29-31.

<sup>17</sup> Nach dem Deutschen Beamtenengesetz vom 26. Januar 1937, das mit geringfügigen Abweichungen die Bestimmungen über die Feststellung der arischen bzw. nichtarischen Abstammung aus dem am 30. März 1934 bzw. 30. September 1934 abgelaufenen Berufsbeamtenengesetz (Arierparagraf) wiederaufnahm, hatten Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches, der Länder und der Gemeinden sowie Ärzte, Rechtsanwälte und höhere Schüler einen Ariernachweis zu führen. Das galt auch für viele Körperschaften und Verbände, für den Reichsarbeitsdienst und nach dem Wehrgesetz vom 21. Mai 1935 auch für die Wehrmacht. (Ahnenpaß, S. 4f.)

zuführen. Erst die geistige Revolution des Nationalsozialismus vermochte diese Weltanschauung in Deutschland zu besiegen."<sup>18</sup>

Damit war die politische Funktion des Berufsbeamtengesetzes, das auch die Grundlage für das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 bildete, eindeutig festgelegt. Das Berufsbeamtengesetz fand in Süldoldenburg denn auch vor allem als Instrument zur politischen Gleichschaltung der Lehrerschaft und der kommunalen Bediensteten Anwendung. Der Amtshauptmann von Vechta forderte die Bürgermeister und Gemeindevorsteher im Schreiben vom 21. Juli 1933 auf, die politischen Feststellungsbögen mit einem Verzeichnis aller Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeinden bis zum 10. August 1933 vorzulegen.<sup>19</sup> Nach Angaben Rudolf Willenborgs traf das Gesetz im Freistaat beim § 2 keine, bei den §§ 3 (Nichtarier) und 4 (Unzuverlässige) je eine Lehrperson. Aufgrund des dehnbaren § 4 (Unzuverlässige) wurden aber 134 Lehrpersonen für die Entlassung in Aussicht genommen.<sup>20</sup> Obwohl sich die unmittelbaren Auswirkungen des Gesetzes in Grenzen hielten, konnten die Maßnahmen den Zweck der politischen Einschüchterung erfüllen und die Gleichschaltung des öffentlichen Dienstes in Oldenburg unterstützen. Ein Folgeerlaß des Ministers der Kirchen und Schulen, Julius Pauly, vom 5. Januar 1934 drückte nach Ansicht von Rudolf Willenborg aus, was man politisch erreichen wollte:

"Die Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums auf dem Gebiete des Schulwesens ist beendet. Ich erwarte von allen Lehrern und Lehrerinnen, die im Dienst verblieben sind, daß sie die ihnen anvertraute Jugend im nationalsozialistischen Sinn erziehen und sich auch außerhalb des Dienstes wie Nationalsozialisten bewähren. Lehrer und Lehrerinnen, die diesen Anforderungen in Zukunft

---

<sup>18</sup> Ahnenpaß, S. 3f. "Arischer Abstammung (= 'deutschblütig')" war nach den Ergebnissen der nationalsozialistischen Rassenlehre "derjenige Mensch, der frei von einem, vom deutschen Volke aus gesehen, fremdrassigen Blutseinschlage ist". Als fremd galt in diesem Zusammenhang "vor allem das Blut der auch im europäischen Siedlungsraume lebenden Juden und Zigeuner, das der asiatischen und afrikanischen Rassen und der Ureinwohner Australiens und Amerikas (Indianer), während z. B. ein Engländer oder Schwede, ein Franzose oder Tscheche, ein Pole oder Italiener, wenn er selbst frei von solchen, auch ihm fremden Blutseinschlägen ist, als verwandt, also als arisch gelten muß ...".

<sup>19</sup> StAO 262 - 11 - 622: Schreiben des Amtshauptmanns Haßkamp vom 21.7.1933; WILLENBORG, Schule, S. 84: Personaltbögen von zwei Lehrern aus Süldoldenburg.

<sup>20</sup> WILLENBORG, Schule, S. 83: "Übersicht über die nach §§ 2 bis 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums anhängig gewordenen und bisher erledigten Fälle" im Freistaat Oldenburg; WILLENBORG, Schulpolitik, S. 61.

---

nicht genügen, sind nicht länger geeignet, als Erzieher tätig zu sein. Sie werden den Dienst verlassen müssen. Es wird ein scharfer Maßstab angelegt werden.<sup>21</sup>

In den Anwendungspraktiken des Berufsbeamtengesetzes begegneten auch dem katholischen Lehrer Rechtswillkür und Rechtsbeugung. Bereits in seiner Mai-Ausgabe 1933 veröffentlichte das Katholische Schulblatt eine Liste von Versetzungen. Davon waren im einzelnen betroffen:

Die Hauptlehrer Block in Hollen nach Cappeln, Ed. Blömer von Kampe nach Norddöllen, Konrad Meyer von Nikolausdorf nach Lohne (Rektor), die Lehrer Wübbolt von Visbek nach Nikolausdorf (Hauptlehrer), Behrens von Scharrel nach Hollen (Hauptlehrer), Stukenborg von Nikolausdorf nach Kampe (Hauptlehrer), Schmutte von Benstrup nach Glaßdorf (Hauptlehrer), Ernst Willenbrink von Evenkamp nach Scharrel, Josef Willenbrink von Norddöllen nach Benstrup, Janßen von Cloppenburg nach Bösel, Sieverding von Glaßdorf nach Steinfeld, Dumstorff von Cappeln nach Evenkamp, Fritz Meyer von Dümmerlohausen nach Elbergen, Kerlin von Rüstringen I nach Dwertge, Eveslage von Brokstreek nach Essen, Nordlohne von Vechta nach Hagen, Gardewin von Halen nach Nellinghof, Frecking von Mühlen nach Brokstreek, Middelbeck von Hagen nach Lohe, Hartz von Lutten nach Lohne, Muhle von Lutten nach Halen, Heitkamp von Bösel nach Nikolausdorf, Norrenbrock von Steinfeld nach Visbek, Riebelmann von Mühlen nach Lüsche, Hartmann von Mehrenkamp nach Petersdorf, Thomann von Goldenstedt nach Bollingen, Krogmann von Hagen nach Vechta (halbe Stelle), die Lehrerinnen Borgerding von Sevelten nach Bakum, Fangmann von Jever nach Mühlen, Nutmann von Lüsche nach Sevelten, Tschuschke von Nellinghof nach Lutten, die Schulamtsbewerber Deeken aus Damme nach Dümmerlohausen (halbe Stelle), Warnking aus Wildeshausen nach Jever (Privatschule).<sup>22</sup>

Eine weitere Zusammenstellung von personalpolitischen Veränderungen im katholischen Volksschulwesen Süddoldenburgs wurde im Oktober 1933 bekanntgegeben. Davon waren im einzelnen betroffen:

Die Hauptlehrer bzw. Lehrer Engel von Bunnen nach Löningen, Kluge von Varrelbusch nach Varel, Stukenborg von Drantum nach Ellenstedt, Kallage von Varnhorn nach Elbergen, Thölking von Hausstette nach Augustenfeld, Hachmöller von Bösel nach Beverbruch, Blömer von Beverbruch nach Bösel, Kühling von Friesoythe nach Barbel, Heitmann von Barbel nach Friesoythe, Sommer von Augustenfeld nach Holford, Löwe von Hohefeld nach Garrel, Lamping von Endel nach Garrel, Willenbrink

---

<sup>21</sup> WILLENBORG, Schulpolitik, S. 61f.; WILLENBORG, Schule, S. 85: Bekanntmachung des Ministers der Kirchen und Schulen vom 5.1.1934.

<sup>22</sup> Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 5, 1.5.1933, S. 37. Lehrer Marischen wurde in Goldenstedt, Lehrer von Garrel in Friesoythe und Mehrenkamp vollbeschäftigt, Lehrer Börgerding erhielt in Cappeln und Lehrer Dammann in Norddöllen eine zweite Lehrerstelle. Lehrerin Winterberg wurde in Rüstringen I vollbeschäftigt, Lehrerin Stör aus Cloppenburg in Cloppenburg mit 12 Stunden; aus dem Dienst schied auf eigenen Wunsch die technische Lehrerin Meyer in Emstek.

von Scharrel nach Endel, Bothe von Garrel nach Scharrel, Nemeding von Holtrup nach Vechta, Bojert von Vechta nach Holtrup, Niemann von Delmenhorst nach Schelmkappe, Stilkenböhmer von Neuscharrel nach Delmenhorst, Wienberg von Schelmkappe nach Barbel und Lammers von Einswarden nach Hohefeld, die Lehrerinnen Osterhoff von Holdorf nach Friesoythe, Völkerding von Nikolausdorf nach Ramsloh, Siemer von Ramsloh nach Emstek, Ellert von Bartmannsholte nach Lönigen, Schwertmann von Carum nach Lohne, Kreyenborg von Vechta nach Carum, Moormann von Friesoythe nach Steinfeld, Stuntebeck von Steinfeld nach Peheim, Böckmann von Peheim nach Friesoythe und Unkraut von Barbel nach Nikolausdorf, die Schulamtsbewerber Dwertmann nach Cloppenburg, H. Fortmann nach Drantum, Thomann nach Varnhorn, Koldehoff nach Varrelbusch, Moormann nach Bunnen, Ameskamp nach Neuscharrel, Landwehr und Pölkling nach Hausstette, von Lehmden nach Bartmannsholte und Franz Fortmann nach Vechta.<sup>23</sup>

Die Cloppenburger MT klärte bei dieser Gelegenheit ihre Leser über die politischen Hintergründe der oldenburgischen Personalpolitik seit dem Regierungsantritt Rövers auf und vermutete darin zu Recht die Absicht, die konfessionellen Bindungen im katholischen Milieu aufzuweichen:

"Im katholischen Volksschulwesen des Landes Oldenburg sind eine Reihe von Umgruppierungen und Aenderungen erfolgt, die alle das Ziel haben, die Durchdringung der katholischen Volksschulen des Landes mit der nationalsozialistischen Weltanschauung, sowie die Arbeiten der Lehrer im Sinne der nationalsozialistischen Erziehungsziele zu stärken und zu beschleunigen."<sup>24</sup>

Einen größeren personalpolitischen Spielraum an den staatlichen höheren Schulen eröffnete den Behörden das Gesetz vom 2. Oktober 1933, nach dem an diesen Lehranstalten konfessionell gemischte Kollegien eingerichtet und beschäftigt werden konnten. Durch dieses Gesetz wurde das Konfessionsalitätsprinzip, das informell auch für die höheren Schulen galt, aufgeweicht. Das Gesetz verfügte kurzerhand:

"An allen öffentlichen höheren Schulen im Freistaat können Lehrkräfte evangelischen und katholischen Bekenntnisses beschäftigt und angestellt werden. Im übrigen bleibt die bekenntnismäßige Einrichtung der Schulen im Freistaat, wie sie bisher bestanden hat, unberührt."<sup>25</sup>

---

<sup>23</sup> MT vom 10.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 392. Bis auf weiteres wurden die Lehrerinnen Duncker in Friesoythe und Schulte in Emstek vom Schuldienst beurlaubt. Gründe für diese Maßnahmen wurden nicht angegeben.

<sup>24</sup> MT vom 10.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 392.

<sup>25</sup> GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 161, S. 598: Gesetz für den Freistaat über die bekenntnismäßige Einrichtung der Schulen; ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 158; WILLENBORG, Schule, S. 35.

Von den durch das Gesetz gegebenen Möglichkeiten machte das Staatsministerium in Cloppenburg Gebrauch. Der angesehene Direktor des Cloppenburger Realgymnasiums, Dr. Thomé, wurde durch den gebürtigen Badener Dr. Stuckenberg ersetzt, der als überzeugter Nationalsozialist galt.<sup>26</sup> Ein Wechsel in der Schulleitung vollzog sich auch am Gymnasium Antonianum in Vechta. Hier wurde Dr. Uhlmann durch Oberstudiendirektor Gottschalk abgelöst.<sup>27</sup> Der Bischöfliche Official Vorwerk warf in der Auseinandersetzung über das oldenburgische Schulgesetz im Jahre 1936 dem zuständigen Minister Julius Pauly vor, er "billige ausdrücklich den Kampf des Gymnasialdirektors in Vechta gegen die katholische Kirche".<sup>28</sup>

### 1.1.2. Die oldenburgische Verwaltungsreform

Neben den schulpolitischen Fragen waren es vor allem die Pläne zur Verwaltungsreform, die die Interessen Süoldenburgs berührten und die Gemüter nach dem Regierungswechsel erregten.<sup>29</sup> Die politische Durchsetzung der Verwaltungsreform demonstriert an einem regionalgeschichtlichen Beispiel, wie die Restbestände einer demokratischen Landesverfassung systematisch aufgehoben und eine 'reine' Verwaltungsmaßregel - es galt als Vereinfachungsgesetz - für Zwecke der politischen Gleichschaltung benutzt wurde. Pläne einer Verwaltungsreform waren in Oldenburg nicht neu und reichten bis in die Vorkriegszeit zurück. Wie die Landtagsdebatten der Jahre 1920 und 1929/30 über Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung gezeigt hatten, bestand im Freistaat über die Notwendigkeit einer umfassenden Reform politische Übereinstimmung. Vorbild für die Reform in Oldenburg war Preußen. Am 23. Dezember 1931 erließ die preußische Regierung Braun-Severing die Zweite Sparverordnung, die auf dem Verordnungswege ohne Mitwirkung des Landtags die Aufhebung einer großen Anzahl von Behörden und die Verminderung der Zahl der Oberpräsidenten, Regierungen, Landkreise und Amtsgerichte verfügte. Sieben Monate nach dem Erlaß der preußischen Verordnung erwirkte die Regierung Röver am 22. Juli 1932 die Ermächtigung zur Verwaltungsreform, die eine Kürzung der Dienstbezüge der Staatsminister und des Regierungspräsidenten in Eutin

---

<sup>26</sup> REINHARDT, Chronik, S. 51.

<sup>27</sup> ZIMMERS, Rhetorika, S. 123.

<sup>28</sup> WILLENBORG, Schulpolitik, S. 73.

<sup>29</sup> ZÜRLIK, Verwaltungsreform, S. 14-25.

sowie eine Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung vorsah.<sup>30</sup> Die Regierung stützte die Verordnung auf § 37 der Landesverfassung und legte sie dem Landtag erst nach der Machtübernahme im Reich vor.<sup>31</sup> Dieser bestätigte die Verordnung in seiner Sitzung vom 3. Februar 1933. Die demokratische Opposition, vor allem SPD und Zentrum, wandte sich nicht grundsätzlich gegen die Verwaltungsreform, sondern lehnte nur die Ermächtigung für die Regierung ab. Im Gegensatz zu Preußen war der Landtag in Oldenburg also am Zustandekommen der Reform beteiligt, ohne inhaltlich auf sie Einfluß nehmen zu können. Am 27. April 1933 - neun Monate nach Erlass der Ermächtigungsverordnung - erließ die oldenburgische Landesregierung das umfassende Vereinfachungsgesetz, das kurz als "Verwaltungsreform" bezeichnet wurde. Es stützte sich nicht mehr auf die oldenburgische Verfassung, sondern als Folge der politischen Veränderungen im Reich nach dem 30. Januar 1933 auf das Erste Gleichschaltungsgesetz, das Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich, vom 31. März 1933. Die leitenden Gesichtspunkte der Reform bestanden einerseits in der Vereinfachung des Verwaltungsaufbaues durch die Vergrößerung von Gemeinden und in der Hebung der kommunalen Finanzkraft durch die Vereinigung von leistungsstarken und leistungsschwachen Gemeinden. Josef Zürlík betont, daß in Preußen wie in Oldenburg die Wirtschafts- und Finanznot seit 1928 den Anstoß für die Reformgesetzgebung bildete. In beiden Ländern wurden die Reformen als "Diktaturgesetze" der Landesregierung eingebracht und vollzogen.<sup>32</sup> Vor allem daran nahm das oldenburgische Zentrum unter seinem Fraktionsvorsitzenden Heinrich Wempe Anstoß.

---

<sup>30</sup> GESETZBLATT, 47. Bd., Nr. 209, S. 888f. Die "Verordnung des Staatsministeriums für den Freistaat Oldenburg, betreffend Kürzung der Dienstbezüge der Staatsminister und des Regierungspräsidenten in Eutin und Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung", ermächtigte das Staatsministerium, "im Rahmen der Landesverfassung und der geltenden Reichsgesetze die Staats- und Gemeindeverwaltung zu verbilligen und zu vereinfachen".

<sup>31</sup> Nach dem Wortlaut des Art. 37 (Notstandsartikel) konnte das Staatsministerium Anordnungen erlassen, wenn der Landtag nicht versammelt war und "außergewöhnliche Umstände ein sofortiges Eingreifen" erforderlich machten. Die Verordnung durfte keine Verfassungsänderung enthalten und war dem Landtag in seiner nächsten Versammlung "sofort zur Bestätigung vorzulegen". Wenn der Verordnung die Bestätigung versagt wurde, war sie sofort aufzuheben. (GESETZBLATT, Bd. 40, Nr. 105, S. 400)

<sup>32</sup> ZÜRLIK, Verwaltungsreform, S. 14ff. Die Verordnung in Preußen beruhte auf den Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 zur "Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden" und der 3. Verordnung zur "Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" vom 6. Oktober 1931.

Versuche, die Auseinandersetzung über die Verwaltungsreform in den Landtag einzubringen, wurden von der seit Frühjahr 1932 herrschenden NSDAP-Majorität erfolgreich abgewehrt und mußten deshalb in den außerparlamentarischen Raum verlagert werden. Am 11. Dezember 1932 sprach sich der Landesvorstand der oldenburgischen Zentrumsparlei gegen das offenkundige Vorhaben der Regierung aus, die Verwaltungsreform durch Notverordnung in Kraft zu setzen:

"Eine Verwaltungsreform auf dem Verordnungswege vom grünen Tisch her wird unsern schärfsten Widerstand unter Anwendung aller erlaubten Mittel finden."<sup>33</sup>

Die "erlaubten Mittel" erschöpften sich aus der Sicht des Zentrums in den parlamentarischen Möglichkeiten, die aufgrund der NSDAP-Majorität im Landtag sehr begrenzt waren. Ein selbständiger Antrag des Zentrums ersuchte die Staatsregierung, "das Ergebnis der Prüfung der Verwaltungsreform dem Landtage vorzulegen" und "etwaige Maßnahmen auf dem Gebiete der Verwaltungsreform nur nach vorheriger Zustimmung des Landtages zu treffen".<sup>34</sup> Die Antwort auf die "Frage einer Mitwirkung des Landtages", die das Zentrum stellte, wurde hinausgezögert, und zu der geforderten "Mitwirkung der beteiligten Kreise" an der Verwaltungsreform kam es erst recht nicht. Dabei war sich das Zentrum darüber im klaren, daß die Zustimmung der nationalsozialistischen Fraktion für die parlamentarische Verabschiedung der Verwaltungsreform ausreichte.<sup>35</sup> Auf der Plenarsitzung des oldenburgischen Landtages am 10. Februar 1933 kamen die Anträge des Zentrums endlich zur Verhandlung. Minister Spangemacher reagierte schroff und erklärte, die Regierung tue "nichts anderes als das, was in anderen deutschen Staaten schon seit langem gemacht wird". Außerdem müsse sich jeder darüber im klaren sein, "daß die Zustände, die man in den letzten 14 Jahren geschaffen hat, doch heute für das notleidende Volk in seiner Gesamtheit nicht mehr zu ertragen sind". Mit Blick auf die vergangene "Systemzeit" erklärte Spangemacher namens der Regierung:

"Ich muß es von Seiten der Regierung ganz energisch zurückweisen, daß man etwa heute dem Volke vorgaukeln will, wieder aus rein agitatorischen Gründen heraus, wir gingen oberflächlich an diese Dinge heran oder herzlos, oder wie heißt es so wunderbar eben von einem Agitator 'unter sorgfältiger Wahrung der Lebensinteressen des Volkes'. Weiß Gott, wir wurzeln tief genug im Volke, um zu wissen, was not tut, und wir

---

<sup>33</sup> OV vom 12.12.1932.

<sup>34</sup> OV vom 16.12.1932.

<sup>35</sup> OV vom 14.12.1932.

wissen auch sehr genau, daß es nicht einfach ist für einen fühlenden Menschen, der bei seinem und mit seinem Volke steht, jetzt wieder die Dinge in Ordnung bringen zu müssen, die eine verruchte 14jährige Zeit geschaffen hat. Aber ebenso sage ich mir, würden wir - das ist meine persönliche Auffassung - diese Dinge der Verwaltungsreform hineinsetzen in den Landtag, dann würde hier ein wochen- und monatelanges Geseires losgehen, das zu nichts führen würde, man könnte die Verwaltungsreform begraben."<sup>36</sup>

Spangemacher versicherte nachdrücklich, daß die Regierung die Verwaltungsreform "zu dem Zeitpunkt durchführen" werde, den sie für geeignet halte. In seiner Antwort bedauerte Wempe namens der Zentrumsfraktion, "diese nun schon so oft gehörte Redensart von den 14 Jahren vernommen zu haben", und beklagte nachdrücklich, daß bewährte Institutionen, die nicht "eine Schöpfung der letzten 14 Jahre" seien, sondern sich "seit Jahrzehnten, zum Teil seit Jahrhunderten eingebürgert und bewährt" hätten, nun "in einem abnormen Augenblick aus Gründen der heutigen Zweckmäßigkeit zerschlagen werden sollen". Er befürchte in der Tat, daß durch die Verwaltungsreform "die Lebensinteressen des Volkes und seiner einzelnen Teile" berührt werden könnten. Auf "die naheliegende Versuchung", den Vorwurf der Agitation "nach einer anderen Seite hin weiterzugeben", verzichte er ausdrücklich.<sup>37</sup> Der Abgeordnete Böhmcker (NSDAP) unterstützte den politischen Kurs Spangemachers und lehnte eine parlamentarische Beratung der Verwaltungsreform ab. Der Antrag des Zentrums wurde mit der nationalsozialistischen Mehrheit abgelehnt.<sup>38</sup>

Auch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im Reich blieb die Verwaltungsreform das beherrschende Thema in der Landespolitik, wurde aber in der regionalen Presse Südoldenburgs kaum thematisiert. Proteste wurden vor allem aus den Ämtern und Gemeinden gemeldet, die zur Disposition standen. So verzeichnete eine Unterschriftenaktion im Amt Friesoythe 6 500 Namen. In einer skurril anmutenden Volksversammlung in Bösel am 17. Februar 1933, die vom örtlichen Pfarrer Sommer geleitet und als parteiunabhängig deklariert wurde, sprach Carl Röver ausdrücklich in seiner Ei

---

<sup>36</sup> StAO 39 - 21193: VII. Lt., 1. Vers., 10. Sitzung, 10.2.1933, S. 51-53; MT vom 11.2.1933: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 10. Februar 1933. Mit der Formulierung "unter sorgfältiger Wahrung der Lebensinteressen des Volkes" bezog sich Röver auf den Fraktionsvorsitzenden Wempe, der diesen Wunsch in einem Redebeitrag vor Röver geäußert hatte. (S. 47ff.)

<sup>37</sup> StAO 39 - 21193: VII. Lt., 1. Vers., 10. Sitzung, 10.2.1933, S. 55f.; MT vom 11.2.1933.

<sup>38</sup> MT vom 11.2.1933.



genschaft als Ministerpräsident und nicht als "Parteimann der NSDAP" über die Verwaltungsreform und "spannte diese in seiner Darlegung in einen großen wirtschaftsgeschichtlichen Rahmen" ein. Der Böseler Pfarrer Sommer hatte darauf bestanden, "daß der geplanten Versammlung jedes parteipolitische Gepräge fehlen müsse, daß die Versammlung also keine Parteiversammlung der NSDAP. sein dürfe". Dafür verlangte der örtliche Geistliche drei Garantien, andernfalls drohte er die Versammlung aufzulösen:

- 1) wenn irgendeine Parteikundgebung in der Versammlung erfolge,
- 2) wenn irgendwie an der Zentrums politik Kritik geübt würde und
- 3) wenn mit irgendeinem Wort an einer Sache getadelt würde, die in den Bereich seiner seelsorglichen Interessen falle."<sup>39</sup>

Die Versammlung in Bösel schloß mit dem "Deutschlandlied". Bösel im Amt Friesoythe war von der Verwaltungsreform unmittelbar betroffen, weil die kleine Gemeinde aufgelöst werden sollte. Auf der Versammlung wurde mitgeteilt, daß Bösel "eine besonders scharfe Eingabe ans Staatsministerium" gerichtet habe.

Die Staatsregierung verhängte in einer Anordnung vom 7. Februar 1933 einen "Maulkorberlaß", der den staatlichen Bediensteten, den Beamten und Angestellten, jegliche außerdienstliche Äußerung zur Verwaltungsreform und Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen zu dieser Frage untersagte. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß die Erörterung der Verwaltungsreform in der Öffentlichkeit Formen angenommen habe, die "im Staatsinteresse nicht mehr geduldet werden" könnten. Weder die Tatsache, "daß überhaupt noch keinerlei Pläne des Ministeriums vorliegen", noch die offizielle Erklärung des Staatsministeriums, "daß etwaige Maßnahmen nicht ohne Fühlungnahme mit den interessierten Kreisen erfolgen werden", habe "einzelne Interessentengruppen davon abhalten können, Gerüchte aller Art aufzugreifen und zum Gegenstand von breiten Erörterungen in der Öffentlichkeit zu machen". Ein politisches "Einschreiten gegen diese sinnlose Aufhetzung" sei "um so mehr gerechtfertigt, als bereits vor einiger Zeit in Aussicht genommen ist, die oldenburgische Verwaltungsreform zurückzustellen und abzuwarten, ob und wieweit etwaige Maßnahmen des Reiches ein Eingreifen der Oldenburgischen Regierung überflüssig machen".<sup>40</sup>

---

<sup>39</sup> MT vom 18.2.1933.

<sup>40</sup> MT vom 11.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 102; Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 3, 1.3.1933, S. 22.

Wie Röver die Verwaltungsreform in Oldenburg nicht diskutiert wissen wollte, so lehnte Hitler eine Diskussion der ihm lästigen Reichsreformpläne ab und traf im Dezember 1933 entsprechende Vorkehrungen.<sup>41</sup> Der Ausgang der Reichstagswahl am 5. März 1933 unterbrach die Durchführung der Verwaltungsreform nicht, im Gegenteil. Im Vorgriff auf das Vereinfachungsgesetz wurde am 31. März 1933 die Kündigung aller Staats- und Gemeindeangestellten ausgesprochen.<sup>42</sup> Die oldenburgische Verwaltungsreform wurde von Anfang an mit einem umfassenden Revirement im öffentlichen Dienst verknüpft und erwies sich als ein geeigneter Vorwand, um die Gleichschaltungswelle im Lande einzuleiten. Die oldenburgische Lehrerschaft befürchtete im Zuge der Verwaltungsreform ohnehin einen weiteren Stellenabbau durch Pläne zur "Vereinfachung und Verbilligung des Schulwesens", wie Minister Spangemacher in der Landtagssitzung am 18. Januar 1933 hatte verlauten lassen.<sup>43</sup> Der Bezirksverein Ammerland-Saterland des Oldenburgischen Landeslehrervereins wandte sich in dieser Sache in einer Entschliebung an die Landesregierung und machte besonders auf das Schicksal der Junglehrer aufmerksam. Selbst unter bevölkerungspolitischem Gesichtspunkt sei es nicht klug, "die junge Generation finanziell so stark zu beschneiden, daß sie erst recht spät eine Familie gründen kann".<sup>44</sup>

Am 27. April 1933 wurde das Gesetz zur oldenburgischen Verwaltungsreform verkündet und trat mit seinen wichtigsten Bestimmungen am 15. Mai 1933 in Kraft.<sup>45</sup> Die Terminierung für die Veröffentlichung des Gesetzes unmittelbar vor den mit großem publizistischem Aufwand geführten Feiern zum "Tag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 läßt auf einen berechneten Überraschungscoup schließen. Die Verwaltungsreform sah die Auflösung kleinerer und leistungsschwacher Gemeinden und die Bildung größerer Kommunen vor, was die Zahl der selbständigen Gemeinden im Landesteil Oldenburg von 117 auf 59 absenkte und zu einer Vergrößerung der meisten Stadtgemeinden durch Eingemeindungen führte. Die zwölf Ämter wurden zu sechs vergrößerten Amtsbezirken zusammengelegt. Aus heutiger Sicht hält Wolfgang Günther das Ergebnis der Verwaltungsreform "für sinnvoll und

---

<sup>41</sup> GÜNTHER, NS-Herrschaft, S. 116; ZÜRLIK, Verwaltungsreform, S. 17f.

<sup>42</sup> MT vom 1.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 146.

<sup>43</sup> Oldenburgisches Schulblatt Jg. 58, Nr. 4, 26.1.1933, S. 18.

<sup>44</sup> Oldenburgisches Schulblatt Jg. 58, Nr. 4, 26.1.1933, S. 23f.

<sup>45</sup> GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 66, S. 171-303; MT vom 29.4., 2.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 169; GÜNTHER, Freistaat, S. 450-452.

zweckmäßig" und sieht sie im wesentlichen durch die niedersächsische Gemeinde- und Kreisreform des Jahres 1974 bestätigt.<sup>46</sup> Eine Reichsreform, die einen deutschen Einheitsstaat schaffen sollte, kam nicht zustande und wurde für den Norden durch das Groß-Hamburg-Gesetz vom 26. Januar 1937 ersetzt. Danach fiel Wilhelmshaven an das Land Oldenburg, das dafür aber seine bisherigen Exklaven, die Landesteile Lübeck und Birkenfeld, an Preußen verlor.<sup>47</sup> Auch für Südoldenburg stellte das Vereinfachungsgesetz trotz seiner Härten einen positiven Schritt zur Reorganisation der oldenburgischen Verwaltung und zur Erhöhung ihrer Effektivität dar. Diese Feststellung gilt insbesondere für das strukturschwache Amt Friesoythe, das ohne die Vereinigung mit dem Amt Cloppenburg kaum überlebensfähig gewesen wäre.

In Südoldenburg wurden durch die Verwaltungsreform die Gemeinden Lindern (an Lastrup), Bösel (an Altenoythe), Markhausen (an Friesoythe), Neuscharrel, Scharrel, Ramsloh (Saterland), Strücklingen (an Barbel) aufgelöst und mit größeren Gemeinden verbunden. Die Landgemeinde Krapendorf wurde aufgehoben und aufgeteilt zwischen der Stadt Cloppenburg und den Gemeinden Garrel, Molbergen, Lastrup und Cappel.<sup>48</sup> Der Amtsbezirk Friesoythe wurde aufgehoben und mit dem Amt Cloppenburg vereinigt.<sup>49</sup> Im Amt Vechta wurden aufgelöst die Gemeinden Lutten (an Goldenstedt), Langförden und Vestrup (an Bakum) und Holdorf (an Neuenkirchen). Oythe sowie die Bauerschaften Telbrake, Holzhausen, Stukenborg und das Gut Füchtel wurden in die Stadtgemeinde Vechta eingegliedert. Die Landgemeinde Lohne blieb vorerst noch bestehen, wurde aber schon 1937 mit der Stadtgemeinde Lohne vereinigt.<sup>50</sup> Verbunden wurde die Verwaltungsreform mit politischen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Die

---

<sup>46</sup> ECKHARDT, Verwaltungsbezirk, S. 527-529.

<sup>47</sup> GÜNTHER, Freistaat, S. 454f.; ZÜRLIK, Weser-Ems, S. 160-164; PRANGE, Lübeck, S. 585; BRANDT, Birkenfeld, S. 629. Der Landesteil Lübeck wurde der preußischen Provinz Schleswig-Holstein eingegliedert. Der ehemalige Landesteil Birkenfeld und der preußische Restkreis St.-Wendel-Baumholder wurden zu einem neuen preußischen Landkreis innerhalb des Regierungsbezirks Koblenz zusammengelegt.

<sup>48</sup> HEISE, Verwaltungsformen, S. 148; HOCHGARTZ, Verwaltungsgliederung, S. 121-23; GELHAUS, 1933, S. 47.

<sup>49</sup> NIEMANN, Paul: Umfang und Verwaltung des oldenburgischen Amtes Cloppenburg vor und seit der Oldenburgischen Verwaltungsreform vom Jahre 1933, IN: VuL 5/1935 (= Jubiläumsausgabe zur 500-Jahrfeier der Stadt Cloppenburg); Cloppenburg, 100 Jahre, S. 63: Übersicht.

<sup>50</sup> HARTMANN, Vechta, S. 136.; ZÜRLIK, Verwaltungsreform, S. 23ff.; HASENKAMP, Verwaltungsformen, S. 214.

Verwaltungsreform war ein willkommener Anlaß, zahlreiche Positionen in der kommunalen Selbstverwaltung neu zu besetzen.

Erst nach dem Inkrafttreten der Verwaltungsreform am 15. Mai 1933 wurde die Neubildung der kommunalen Vertretungskörperschaften und des oldenburgischen Landtages aufgrund des "Gesetzes zur Vorläufigen Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 31. März 1933, das die entsprechenden Organe der Legislative aufhob und ihre Neubildung nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 vorschrieb, fortgesetzt und zu Ende geführt. So bestand von Anfang April bis Ende Juni 1933 im Land Oldenburg ein kommunal- und landespolitisches Vakuum, das von der regierenden NSDAP zur Durchführung der politischen Gleichschaltung genutzt wurde. Am 28. April 1933, einen Tag nach der Veröffentlichung der Verwaltungsreform, wurden zwei Vertreter der Zentrumsfraktion, Anton Göhrs aus Essen und Hermann Bitter aus Ramsloh, beim Ministerpräsidenten Röver vorgestellt, um dem Abbau von Zentrumsangehörigen im öffentlichen Dienst vorzubeugen. Das Gespräch endete mit der Zusicherung Rövers, "daß die Zugehörigkeit zum Zentrum keinerlei Nachteile für die Beamten und Angestellten des Staates und der Gemeinden haben soll". Nach Darstellung der Cloppenburg MT hatten die Vertreter des Zentrums nach dem politischen Debakel mit der Verwaltungsreform immer noch den Eindruck, "daß, maßgebend der politischen Entwicklung seit dem 5. März, in Oldenburg Raum für sachliche Mitarbeit und auch für sachliche Kritik gegeben ist".<sup>51</sup> Diese Haltung machte deutlich, daß sich das oldenburgische Zentrum immer noch politischen Illusionen hingab.

Neben den Verfügungen zur Neugliederung der Gemeinden und Ämter des Landes reorganisierte die Verwaltungsreform nach Art einer oktroyierten Landesverfassung auch die politische Exekutive, das Staatsministerium, das neben dem Ministerpräsidenten in Zukunft nur noch einen Staatsminister vorsah. Nach dem Ausscheiden des Katholiken Spangemacher übernahm

---

<sup>51</sup> MT vom 29.4.1933. Hermann Bitter (1897 - 1982) gehörte dem Landtag in den Jahren 1932/33 an, war Leiter der örtlichen Spar- und Darlehnskasse und Bürgermeister in Ramsloh. Anton Göhrs (1884 - 1944) war von 1923 bis 1933 im Landtag vertreten und von Beruf Schneidermeister. (ECKHARDT, Landtag, S. 88, 94) Hermann Bitter setzte nach dem Zweiten Weltkrieg seine politische Laufbahn fort. Er trat in die CDU ein, wurde 1945 von der britischen Militärregierung zum Bürgermeister der Gemeinde Ramsloh ernannt und auf der ersten Sitzung des ernannten Kreistages am 16. Januar 1946 zum Landrat gewählt. Dieses Amt übte er bis 1964 aus. (CDU, Chronik, S. 97)

Staatsminister Pauly dessen Ressort. Die Bestimmungen über das Schulwesen im Landesteil Oldenburg schrieben den schulpolitischen Status fest, wie er nach der Aufhebung der konfessionellen Oberschulkollegien im Herbst 1932 entstanden war, und ersetzten die evangelische und katholische Abteilung im Ministerium der Kirchen und Schulen durch Fachreferenten, die der jeweiligen Konfession angehören mußten. Vor der Ernennung dieser Fachreferenten waren die kirchlichen Oberbehörden, Oberkirchenrat und Bischöflicher Offizial, zu hören. Die Gemeindeordnung legte die Höchstziffern für die kommunalen Körperschaften fest und war zunächst "verwaltungstechnischer Natur". Erst durch ihre Verkettung mit der Gleichschaltung der Städte und Gemeinden enthielt sie eine enorme politische Bedeutung.<sup>52</sup> Das Kirchspiel wurde im "Dritten Reich" in seiner kommunalpolitischen Funktion endgültig durch die politische Gemeinde abgelöst. Die bisherigen Amtsbezirke wurden durch Verordnung des Reichsinnenministers vom 28. November 1938 in Landkreise umbenannt, und der Amtshauptmann trug jetzt den Titel Landrat. Damit waren auf Kreisebene Legislative und Exekutive in der Hand eines Hauptverwaltungsbeamten vereinigt. Schon 1933 war der Amtsrat entfallen und der Amtsvorstand auf eine beratende Funktion reduziert worden.<sup>53</sup> Die oldenburgische Gemeindeordnung von 1855 in ihrer revidierten Fassung von 1873 wurde erst durch die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 aufgehoben. Als Erbe der kommunalhistorischen Entwicklung behielt Oldenburg aber die Großgemeinden bei, die vor einem Jahrhundert ihre Wurzeln in der Wahl des Kirchspiels als räumlicher Grundlage der Gemeinden gehabt hatten.<sup>54</sup>

Nach der Zusammenlegung des Amtes Friesoythe mit dem Amt Cloppenburg war hier die Stelle des Amtshauptmanns neu zu besetzen. Zum Amtshauptmann in Cloppenburg wurde August Münzebrock berufen, der zuvor als Amtshauptmann im Amt Wildeshausen tätig gewesen war. Münzebrock trat mit Inkrafttreten der oldenburgischen Verwaltungsreform am 15. Mai 1933 sein neues Amt in Cloppenburg an. Das Amt Wildeshausen war im Zuge der Verwaltungsreform aufgehoben worden und an das Amt Oldenburg übergegangen.<sup>55</sup> Der bisherige Cloppenburger Amtshauptmann Brand war seit Mitte September 1932 im Staatsministerium nebenamtlich als Referent für die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgungswirtschaft tätig und wurde im Juni

---

<sup>52</sup> GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 66, S. 171-303; MT vom 29.4., 2.5.1933.

<sup>53</sup> HASENKAMP, Verwaltungsformen, S. 215; HEISE, Verwaltungsformen, S. 150.

<sup>54</sup> HAASE, Gemeindeordnung, S. 43.

<sup>55</sup> MT vom 29.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 169.

1933 zum Verbandsvorsteher des Landeselektrizitätsverbandes berufen, dem Vorläufer der Energieversorgung Weser-Ems, deren Präsident er bis zum Zusammenbruch im Jahre 1945 blieb. Mit 62 000 Einwohnern und 1 380 qkm war der neugebildete Amtsbezirk Cloppenburg der größte im damaligen Landesteil Oldenburg.<sup>56</sup> Nach Joachim Kuroпка war Münzebrock kein "in der Wolle gefärbter Nationalsozialist". Er habe sich in erster Linie als Fachbeamter verstanden, sei jedoch bemüht gewesen, "sich im Sinne des Regimes 'richtig' zu verhalten, was selbst durch seine beschönigende Darstellung der damaligen Zeit durchleuchtet".<sup>57</sup> Mit August Münzebrock, der erst 1933 in die Partei eingetreten ist, habe die nationalsozialistische Regierung in Oldenburg "einen guten Griff in ihrem Sinne" getan. Der neue Amtshauptmann sei der katholischen Kirche außerordentlich ablehnend begegnet und habe damit eine Haltung gezeigt, die bei der katholischen Bevölkerung im Amt Cloppenburg auf Befremden gestoßen sei.<sup>58</sup>

### **1.1.3. Die kommunalpolitische Gleichschaltung in Südoldenburg**

Unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 und der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 begann der Prozeß der politischen Gleichschaltung, die zentral gelenkt und vom oldenburgischen Staatsministerium als dem wichtigsten landespolitischen Entscheidungs- und Funktionsträger vollzogen wurde. Das Ziel der kommunalpolitischen Gleichschaltung bestand in Südoldenburg darin, die aufgrund einer parteiunabhängigen Listewahl amtierenden und dem Zentrum angehörenden oder nahestehenden Gemeinde- und Stadträte durch Angehörige der NSDAP zu ersetzen und dadurch die kommunalen Gremien im Geiste des NS-Staates zu politisieren. Weil dieser Prozeß durch Wahlen nicht in jedem Falle zu bewerkstelligen war, griffen die Länder und das Reich zum Verfügungs- und Ordnungsrecht und schreckten

---

<sup>56</sup> MT vom 3.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 184; MÜNZEBOCK, Amtshauptmann, S. 7f., 13.

<sup>57</sup> KUROPKA, Cloppenburg, S. 49. Kuroпка bezieht sich auf die Erinnerungen Münzebrocks, die unter dem Titel "Amtshauptmann in Cloppenburg 1933 - 1945" 1962 im Heimatverlag Janssen in Cloppenburg erschienen sind.

<sup>58</sup> KUROPKA, Cloppenburg, S. 49. Als Beleg verweist Kuroпка auf die Denkschrift des Bauern Heinrich Götting vom 13. Dezember 1936, in der Gauleiter Röver die kritische Lage der katholischen Kirche in Südoldenburg nach dem "Kreuzkampf" vorgestellt wurde. Über die Einstellung der Bevölkerung gegenüber Amtshauptmann Münzebrock notiert Götting: "Das Volk will sich auch nicht für immer und ewig in seinen unteren Verwaltungen regieren lassen, die nicht einmal 10 % der Stimmen bekommen würden, wenn einmal abgestimmt würde, wie es bei dem Amtshauptmann Münzebrock in Cloppenburg der Fall ist." (KUROPKA, Volk, S. 43)

dabei vor Ämterusurpation und Gesetzesübertretungen nicht zurück. Auf dem Weg zur kommunalpolitischen Gleichschaltung war dem NS-Regime nach dem Wahlerfolg vom 5. März 1933 fast jedes Mittel recht.

Mit der Verordnung vom 9. März 1933 ergriff Oldenburg die Initiative und schaltete sich kommissarisch massiv in die Verwaltung der Städte und Gemeinden ein. Die Verfügung, die mit dem oldenburgischen Notstandsartikel § 37 legitimiert wurde, ermächtigte das Staatsministerium, "einzelne Gemeindebeamte, Hilfsbeamte und Diener von der Ausübung ihres Amtes auszuschließen und mit der Ausführung besondere Kommissare zu beauftragen, soweit und solange es das Staatsministerium zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit u. Ordnung oder zur Aufrechterhaltung einer geordneten Gemeindeverwaltung für erforderlich hält".<sup>59</sup> Formal begründet wurde dieser erste Schritt zur kommunalen Gleichschaltung in Oldenburg mit dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933. Das Amt Cloppenburg gab "auf Anordnung des Staatsministeriums" am 6. April 1933 bekannt:

"Viele Vorstellungen und Beschwerden aus den Aemtern Vechta, Cloppenburg und Friesoythe haben ergeben, dass die Zusammensetzung der Amtsvorstände und der Gemeindevorstände in diesen Bezirken vielfach nicht mehr dem Willen der Bevölkerung, wie er in den letzten Wahlen zum Ausdruck gekommen ist, entspricht und dass es erforderlich erscheint, um die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu erhalten, sofort Aenderungen vorzunehmen, die der Entscheidung der letzten Wahlen gerecht werden."<sup>60</sup>

Die Verfügung wurde zum 1. April 1933 zur Anwendung gebracht und führte in den südlichen Ämtern Vechta, Cloppenburg und Friesoythe zu einer Welle von Amtsenthebungen und kommissarischen Neueinsetzungen. Dabei profitierten ehemalige Landvolkführer wie Heinrich Vorwerk und Heinrich Götting im Amt Cloppenburg von dem kommunalpolitischen Revirement.

Betroffen waren als Mitglieder des Amtsvorstandes des Amtes Vechta und ausgeschlossen wurden die Gemeindevorsteher Mähler, Damme (ersetzt durch Brennereibesitzer Enneking), Hane, Lohne (Fabrikant Franz Beckmann) und Tapeziermeister Gerhardi, Vechta (Oberstudienrat Dr. Hensen), als Mitglieder des Stadtmagistrats der Stadt Vechta die Ratsherren Gerhardi, Krumme und Dr. Kenkel, die dem Zentrum angehörten und ersetzt

---

<sup>59</sup> GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 25, S. 49f.; MT vom 11.3.1933.

<sup>60</sup> MT vom 6.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 149: Bekanntmachung unterzeichnet von Amtshauptmann Brand.

wurden durch Obersteuersekretär August Renken, Tischlermeister Josef Klöveborn und Vorarbeiter August Meyer, die der NSDAP angehörten (Renken wurde zum stellvertretenden Bürgermeister ernannt), der Bürgermeister der Stadt Lohne, Schürmann (ersetzt durch Franz Beckmann) und das Mitglied des Stadtrats Lohne, Dammann (Kaufmann Alfred Trenkamp), der Gemeindevorsteher der Landgemeinde Damme, Mähler (Hofbesitzer gr. Broermann).<sup>61</sup>

Von ihren Ämtern als Mitglieder des Amtsvorstandes Friesoythe suspendiert wurden der Kaufmann Hagstedt (Südelisabethfehn), der Landtagsabgeordnete Bitter (Ramsloh) und der Bürgermeister a. D. Krose (Friesoythe); an ihrer Stelle wurden beauftragt Hauptlehrer Sauerwein (Elisabethfehn), Gemeindevorsteher Helmers (Barbel) und Schnier (Friesoythe). Aus dem Stadtmagistrat Friesoythe wurden ausgeschlossen die Ratsherren Anton Witte und Dr. Haskamp, beauftragt wurden Regierungsinspektor Thiemann und Dr. Landgraf. Der Gemeindevorsteher Awick (Scharrel) wurde des Amtes enthoben, und an seine Stelle trat Diplomlandwirt Meenen.<sup>62</sup>

Als Mitglieder des Amtsvorstandes Cloppenburg wurden ausgeschlossen Bürgermeister Heukamp (Cloppenburg), Gemeindevorsteher Kühling (Emstek), Bankvorsteher Stratmann (Lönigen) und Gemeindevorsteher Böckmann (Essen); sie wurden ersetzt durch Studienrat Hinrichs (Cloppenburg), Landtagsabgeordneten Vorwerk (Westeremstek), Hauptlehrer Nienaber (Augustenfeld bei Lönigen) und Zeller Berßenbrügge (Groß-Roscharden). Als Mitglieder des Stadtrates Cloppenburg wurden ausgeschlossen Oberinspektor Meyer, Kaufmann Josef Wichmann und Kaufmann Heinrich Schewe, an ihre Stelle traten Kaufmann Heinz Koll, Kaufmann Josef Lützenrath und Auktionator Hawickhorst; Heinz Koll wurde zum stellvertretenden Bürgermeister ernannt. Der Gemeindevorsteher Moormann (Cappeln) wurde amtsenthoben und durch den Zeller Heinrich Götting (Bokel) ersetzt; mit der Ausübung des Amtes eines zweiten Beigeordneten wurde der Haussohn Heinrich Nordmann jr. (Sevelten) beauftragt. In der Gemeinde Emstek wurde der Beigeordnete Witte von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen und mit dem Amt eines ersten Beigeordneten der Zeller Heinrich Vorwerk (Westeremstek) beauftragt. Die neuen Funktionsträger in der Stadt Cloppenburg und den

---

<sup>61</sup> OV vom 1.4.1933; MT vom 3.4.1933; StAO 262 - 11 - 625; Schreiben des Staatsministeriums vom 31.3.1933, unterzeichnet von Ministerpräsident Röver; Protokoll der Stadtratssitzung in Vechna am 4. April 1933.

<sup>62</sup> MT vom 6.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 149.



Gemeinden Cappeln und Emstek wurden am 10. April 1933 durch Amtshauptmann Brand verpflichtet.<sup>63</sup> Am 6. April 1933 wurden die neuen Ratsherren der Stadt Cloppenburg in ihr Amt eingeführt.<sup>64</sup>

In einer weiteren Maßnahme wurden durch ministerielle Verfügung vom 29. März 1933 die Mitglieder der KPD, die "sämtlich unter dem Verdacht des Hochverrats stehen", von den Sitzungen der Gemeinde- und Amtsräte ausgeschlossen.<sup>65</sup> Diese Bestimmung blieb in Südoldenburg allerdings ohne konkrete Folgen, weil kommunistische Parteimitglieder den Stadt- und Amtsräten nicht angehörten.

Durch das "Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 31. März 1933 wurden die Amts- und Gemeinderäte aufgelöst und sollten nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 neu gebildet werden.<sup>66</sup> Es wurde den "alten Gemeinderäten" gestattet, ihre Funktion bis zur Konstituierung eines neuen Gemeinderates wahrzunehmen. Mit Rücksicht auf die Verwaltungsreform wurde die Wahl neuer Selbstverwaltungskörperschaften aufgeschoben. In der Zwischenzeit sollten nur solche Beschlüsse gefaßt werden, "die unaufschiebbar sind und den Gemeinderat nicht ohne Not vor vollendete Tatsachen" stellen. Die Höchstziffer der Gemeinde- und Stadträte wurde nach der Einwohnerzahl festgelegt. Die Gleichschaltung der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften sollte in Oldenburg bis zum 30. April 1933 abgeschlossen sein, ein Termin, der aufgrund der Verwaltungsreform nicht eingehalten werden konnte. Die Kommunalvertretungen wurden nach der Zahl der Stimmen gebildet, die bei der Reichstagswahl im Gebiet der Wahlkörperschaft auf die Wahlvorschläge abgegeben wurden. Die Wahlvorschläge der KPD entfielen.<sup>67</sup>

Eine weitere Verfügung vom 6. Mai 1933 bestimmte, daß die Amts-, Stadt- und Gemeinderäte bis zu ihrer Neubildung nur noch mit Genehmigung der

---

<sup>63</sup> MT vom 6., 15.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 149, 155. Josef Wichmann setzte nach dem Zweiten Weltkrieg seine politische Laufbahn fort. Er trat in die CDU ein und war vom 1.3. bis zum 3.10.1946 Bürgermeister der Stadt Cloppenburg. (WESTERHOFF, Neubeginn, S. 57, 62, 64)

<sup>64</sup> MT vom 7.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 149; KUROPKA, Übergang, S. 155f.; SÜDBECK, Freistaat, S. 23.

<sup>65</sup> StAO 262 - 11 - 621: Schreiben des oldenb. Innenministeriums an die Regierungen, Ämter und Stadtmagistrate I. Klasse; MT vom 1.4.1933.

<sup>66</sup> MÜNCH, Gesetze, S. 41-46; MT vom 1.4.1933.

<sup>67</sup> StAO 162 - 11 - 625: Schreiben des Innenministeriums vom 12. April 1933 an die Ämter, unterzeichnet von Spangemacher.

Aufsichtsbehörden zusammentreten durften. Danach war eine Erlaubnis nur für den Fall zu erteilen, "wenn der Beratungsgegenstand, über den Beschluss zu fassen ist, einen Aufschub nicht duldet".<sup>68</sup> Dadurch gelang es der Regierung Röver, die noch vom Zentrum majorisierten Amts-, Stadt- und Gemeinderäte in Südoldenburg vorübergehend politisch auszuschalten und sie für die Gleichschaltung zur Disposition zu stellen.

Die Umrechnung der Märzergebnisse auf die kommunalen Vertretungskörperschaften der größeren Städte und Gemeinde in Südoldenburg ergab in den größeren Kommunen folgende vorläufige Sitzverteilung:

Vechta (16):	Zentrum 13	NSDAP 2	DNVP 1
Cloppenburg (12):	Zentrum 8	NSDAP 4	
Friesoythe (12):	Zentrum 7	NSDAP 5	
Löningen (16):	Zentrum 10	NSDAP 5	DNVP 1 <sup>69</sup>

Dieses System für die Bildung der kommunalen Vertretungskörperschaften löste die Kommunalwahl nach Listenverbindungen ab und ersetzte sie durch eine parteipolitische Gliederung, die damit auch in die südoldenburgischen Stadt- und Gemeinderäte ihren Einzug hielt. Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 garantierte dem katholischen Zentrum in allen Stadt- und Gemeinderäten Südoldenburgs eine Mehrheit gegenüber der nationalen Opposition. Das Gesetz vom 11. Mai 1933 regulierte die Zahl der Mitglieder in den neu zu bildenden Gemeindevertretungen und berücksichtigte dabei die Ergebnisse der Verwaltungsreform für die Neubildung der kommunalen Vertretungskörperschaften.<sup>70</sup> Auf dieser Grundlage wurde das Ergebnis der Reichstagswahl für die Städte und Kommunen neu umgerechnet.<sup>71</sup> Die Wahlvorschläge für die

---

<sup>68</sup> StAO 262 - 11 - 621: Schreiben des Innenministeriums vom 6.5.1933 an alle Ämter, Stadtmagistrate, Amts- und Gemeindevorstände, unterzeichnet von Verwaltungssekretär Joel.

<sup>69</sup> MT vom 6.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 150.

<sup>70</sup> GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 74, S. 322f. Danach entfielen beispielsweise in der Stadtgemeinde Vechta nach der Eingliederung der früheren Gemeinde Oythe auf das Zentrum 2 728, die NSDAP 576, die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 203, die SPD 156, die KPD 61 und die Deutsche Staatspartei 16 Stimmen (StAO 162 - 11 - 625: Mitteilung des Statistischen Landesamtes vom 17.5.1933 an das Amt Vechta). Am geringsten war der Abstand zwischen NSDAP/Kampffront und Zentrum in den Gemeinden Molbergen (7:5) und Garrel (7:5), am größten in Dinklage (11:1) und Steinfeld (11:1). (MT vom 17.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 200)

<sup>71</sup> StAO 162 - 11 - 625.

Neubildung der kommunalen Vertretungen mußten bis zum 24. Mai 1933 eingereicht werden.<sup>72</sup>

### 1.1.3.1. Gleichschaltung in Vechta

Amt und Stadt Vechta hatten aufgrund der Verfügung vom 9. März 1933 schon Anfang April 1933 nationalsozialistische Exekutivorgane erhalten, die bei gleichzeitiger Auflösung der kommunalen Vertretungen einen großen Handlungsspielraum besaßen. Der Vechtaer Stadtrat wurde am 4. April 1933 offiziell aufgelöst.<sup>73</sup> Der 1931 gewählte Bürgermeister Dr. Robert Brandis blieb im Amt und leitete auch den ernannten Vechtaer Interims-Magistrat, der für die zum 1. Mai 1933 ausgerufenen Ehrenbürgerschaften verantwortlich zeichnete.<sup>74</sup>

Robert Brandis (1892 - 1972) wurde am 18. April 1892 in Peine als Sohn eines Rechtsanwalts und Notars geboren. Nach dem Besuch des Bischöflichen Gymnasiums Josephinum in Hildesheim studierte er in Tübingen und Göttingen Rechtswissenschaften. 1928 promovierte Brandis in Göttingen und wurde unter 21 Bewerbern am 17. September 1931 in Vechta zum erstenmal zum Bürgermeister gewählt. Die nationalsozialistische Regierung beließ Brandis im Amt, "obwohl bekannt war, daß er sich wohl kaum der NSDAP anschließen würde, da er vorher der Zentrumsparterie nahegestanden hatte". Brandis' Opposition gegen das nationalsozialistische Regime zeigte sich im "Kreuzkampf" (1936), bei der Einführung der deutschen Gemeinschaftsschule (1938) und in der "Reichskristallnacht", als er sich dafür einsetzte, "die ausgeplünderte Synagoge zu renovieren und als Wohnung für Menschen ohne festen Wohnsitz auszubauen". Auf politischen Druck stellte Brandis sein Amt zur Verfügung und wurde am 1. Januar 1939 ohne Pension aus dem Dienst entlassen. Am 26. August 1939 wurde er zum Luftgaukommando Hamburg einberufen. Nach dem Kriege wurde Brandis am 4. Februar 1948 zum Stadtdirektor der Stadt Cloppenburg gewählt. Am 31. Juli 1957 schied er nach dem Erreichen der Altersgrenze aus dem Dienst aus. Am 9. Juli 1972 starb Brandis in München, wo ein Sohn seinen beruflichen Wirkungskreis gefunden hatte.<sup>75</sup>

---

<sup>72</sup> MT vom 15., 19.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 198, 202; OV vom 20.5.1933; StAO 262 - 11 - 625: Schreiben des Wahlkommissars für die Neubildung des Stadtrats Vechta vom 19. Mai 1933. Zum Wahlkommissar in Vechta wurde Bürgermeister Brandis und zu seinem Stellvertreter der Ratsherr Renken ernannt. OV vom 20.5.1933; StAO 262 - 11 - 625: Schreiben des Stadtmagistrats vom 19.5.1933. In Cloppenburg wurde Bürgermeister Heukamp zum Wahlkommissar und Ratsherr Heinz Koll zum Stellvertreter ernannt. (MT vom 19.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 202)

<sup>73</sup> HARTMANN, Vechta, S. 136.

<sup>74</sup> HARTMANN, Vechta, S. 135f.: zur Person und Wahl von Bürgermeister Dr. Brandis; HELLBERND, Brandis, S. 131-133.

<sup>75</sup> HELLBERND, Brandis, S. 131f.

Für die Neubildung des Stadtparlaments reichten das Zentrum, die NSDAP und die Kampffront "Schwarzweißrot" (Listenverbindung) in Vechta ihre Wahlvorschläge ein, über deren Zulassung am 26. Mai 1933 vom Wahlausschuß in öffentlicher Sitzung entschieden wurde.<sup>76</sup> Auf der Grundlage des Statistischen Landesamtes wurde der neue Stadtrat aus 13 Mitgliedern des Zentrums, zwei der NSDAP und einem Rats Herrn der Kampffront neu gebildet.<sup>77</sup> Die neu zu bildenden kommunalen Vertretungen in den anderen Gemeinderäten Süddoldenburgs verfügten wie Vechta noch über eine deutliche Majorität des Zentrums gegenüber der NSDAP.<sup>78</sup> Eine Ausnahme bildete der Gemeinderat von Molbergen, dem sechs Mitglieder des Zentrums und sechs der NSDAP angehörten.<sup>79</sup>

Der neugebildete Vechtaer Stadtrat konstituierte sich am 16. Juni 1933.<sup>80</sup> Bevor die Sitzung in die anstehenden Wahlen eintrat, erklärte Alois Brendebach für die Zentrumsabgeordneten, "dass sie zu einer sachlichen Mitarbeit bereit sind und nach den getroffenen Verhandlungen ihre Vorschläge machen werden".<sup>81</sup> Bei den Wahlen zum Magistrat kam es zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten, weil es der NSDAP nicht gelang, ihre Kandidaten August Meyer und Josef Klövekorn gegen die Zentrumsmehrheit durchzusetzen. Obersteuersekretär August Renken (NSDAP) hatte die Wiederwahl des am 1. April 1933 vom Ministerium eingesetzten NSDAP-Magistrats gefordert und war damit auf Widerspruch gestoßen. In den Magistrat gewählt wurden für das Zentrum Heinrich Themann (gegen zwei Stimmen), August Schumacher (gegen drei Stimmen) und Dr. Alwin Reinke (gegen drei Stimmen), für die NSDAP August Renken (bei einer Stimmenthaltung). Zum Stadtratsvorsitzenden wurde Anton Cromme (Zentrum) und zu seinem Stellvertreter Kaufmann Georg Warnking (NSDAP) gewählt. Als stellvertretender Bürgermeister setzte sich Heinrich Themann (Zentrum) bei drei Gegenstimmen gegen die NSDAP-Kandidaten August Meyer und Josef Klövekorn durch. Über die Reaktion der NSDAP, die ihre personalpolitischen Vorstellungen in Vechta zunächst nicht verwirklichen konnte, vermerkt das Stadtratsprotokoll:

---

<sup>76</sup> OV vom 22.5.1933; StAO 262 - 11 - 625: Wahlvorschläge und Protokolle vom 26. Mai 1933. NSDAP und "Kampffront" gingen für die Wahl eine Listenverbindung ein.

<sup>77</sup> StAO 262 - 11 - 625; OV vom 27.5.1933.

<sup>78</sup> MT vom 27., 29., 30., 31., 5.1933; GELHAUS, 1933, S. 209f., 212, 215.

<sup>79</sup> MT vom 31.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 215.

<sup>80</sup> HARTMANN, Vechta, S. 136.

<sup>81</sup> StAO 262 - 11 - 625: Protokoll der Sitzung vom 16. Juni 1933; OV vom 17.6.1933, auch zum folg.

---

"Nachdem die Anträge der N.S.D.A.P. bezüglich der Magistratsmitglieder abgelehnt waren, wollten die Mitglieder dieser Partei zunächst die Sitzung zum Zeichen des Protestes verlassen, nahmen aber schliesslich an den weiteren Verhandlungen teil, da der Protest sich nur gegen die Magistratswahl richtet."

Die NSDAP kündigte ihre Absicht an, an das Staatsministerium zu appellieren und auf diesem Wege ihre Vorschläge durchzusetzen. In der Tat wurden durch das Innenministerium aufgrund des oldenburgischen Gleichschaltungsgesetzes vom 5. Juli 1933 umfassende Veränderungen vorgenommen. Das Gesetz stellte die Ausschließung und Ersatzberufung von Mitgliedern der Vertretungskörperschaften auf eine neue Grundlage und bot dem Staatsministerium eine neue Möglichkeit, in die Besetzung der kommunalen Vertretungen einzugreifen. Danach konnten Mitglieder ausgeschlossen werden, "wenn sie nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten und die Aufbauarbeit der nationalsozialistischen Reichs- und Staatsregierung mit allen Kräften fördern und unterstützen". Die Bestätigung war nach Ablauf eines Jahres seit der Einweisung auszusprechen oder zu versagen. Wurde die Bestätigung versagt, so hatte die Vertretungskörperschaft innerhalb einer bestimmten Frist eine Neuwahl vorzunehmen. Grundlage des oldenburgischen Gleichschaltungsgesetzes vom 5. Juli 1933 war das Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933.<sup>82</sup>

Als Mitglieder des Vechtaer Stadtrats wurden vom Zentrum die Ratsherren Maurermeister Franz Busch, Diplomlandwirt Alois Brendebach, Apotheker Anton Cromme, Tapezierermeister August Gerhardi und Kupferschmiedemeister August Schumacher ausgeschlossen. Auch die Kandidatur der Ersatzmänner, des Schriftleiters Hermann Thole von der OV und des Geschäftsführers Anton Themann (Falkenrott), wurde annulliert.<sup>83</sup> Die Wahl des ehemaligen Gemeindevorstehers Heinrich Themann aus Oythe, von August Schumacher und Dr. Alwin Reinke in den Magistrat wurde abgelehnt. Anstelle der ausgeschlossenen Ratsherren wurden vom Amtshauptmann in den Vechtaer Stadtrat ausschließlich Vertreter der NSDAP eingewiesen: Landwirt August Varelmann, Tierarzt Heinrich Dorf Müller, Zimmermeister Emil Meurer, Schlachtermeister Ignatz Surmann, Vers.-Anwärter Fritz Rabien.<sup>84</sup>

---

<sup>82</sup> GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 112, S. 423-428; MT vom 8.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 288.

<sup>83</sup> Anton Themann war Geschäftsführer des Verbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe in Süddoldenburg.

<sup>84</sup> StAO 262 - 11 - 625: Schreiben des Amtshauptmanns vom 17. und 24.7.1933; Scheiben des Stadtmagistrats vom 20.6.1933 mit der Bitte um Bestätigung der Magistratsmitglieder; Schreiben

Nach der Intervention des oldenburgischen Innenministeriums verfügte die Listenverbindung aus NSDAP und "Kampffront" Ende Juli 1933 über eine absolute Mehrheit der Sitze im Vechtaer Stadtrat. Anstelle der abgelehnten Ratsherren wurden als Vertreter der NSDAP der Landwirt August Mittelbeck (eine Stimmenthaltung), der Vorarbeiter August Meyer und der Tischlermeister Josef Klövekorn (einstimmig) "durch Zuruf" in den Magistrat gewählt. Damit setzte sich auch der Vechtaer Magistrat ausschließlich aus Mitgliedern der NSDAP zusammen. Zum Vertreter des Bürgermeisters Brandis (Zentrum) wurde der Ratsherr August Renken (NSDAP) bestimmt. Zum Stadtratsvorsitzenden wurde Bürgermeister Brandis und zu seinem Stellvertreter Heinrich Dorf Müller gewählt.<sup>85</sup>

Nach dem Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Vechtaer Magistrats und des Stadtrats am 16. September 1933 waren inzwischen 13 Ratsherren der NSDAP bzw. der "Kampffront" (1) beigetreten und nur noch fünf Vertreter des Zentrums verblieben. Die Auflösung der Deutschen Zentrumspartei am 5. Juli 1933 wirkte nachhaltig in die Kommunen hinein und nahm der Opposition gegen die NSDAP den letzten Rückhalt. Die Vertreter des Zentrums hatten ihre politische Heimat verloren. Zu ihnen gehörte auch der Vechtaer Rechtsanwalt Dr. Alwin Reinke, der Vorsitzende des oldenburgischen Zentrums, der der kommunalpolitischen Gleichschaltung in Vechta zum Opfer fiel. Die Mitglieder des Magistrats wurden durch den Amtshauptmann in ihr Amt eingewiesen und verpflichtet. Die Bestätigung des Magistrats wurde aufgrund des Gleichschaltungsgesetzes vorläufig nur auf Jahresfrist ausgesprochen.<sup>86</sup>

### **1.1.3.2. Gleichschaltung in Cloppenburg**

Kommunalpolitisch verlief die Gleichschaltung in Cloppenburg so wie die in Vechta und vollzog sich in ruhigen Bahnen. Die Kommunalwahl des Jahres 1930 war in Cloppenburg für ungültig erklärt und am 5. Mai 1931 wiederholt

---

des Amtshauptmanns vom 15.7.1933 mit der Mitteilung über die Ablehnung von drei gewählten Mitgliedern; Protokoll des Vechtaer Stadtrats und Magistrats am 27.7.1933.

<sup>85</sup> StAO 262 - 11 - 625: Protokoll vom 27. Juli 1933. Die Ratsherren Renken, Meyer, Klövekorn, Mittelbeck, Dorf Müller, Rabien, Surmann, Hohn, Engelmann, Varelmann, Schodde und Warnking gehörten der NSDAP bzw. Schwettmann der "Kampffront" an, die Ratsherren Themann, Niemann, Schlarmann, Osterhoff und Südbeck dem Zentrum.

<sup>86</sup> StAO 262 - 11 - 625: Protokoll der Sitzung vom 16. September 1933.

worden. Dabei hatten die Nationalsozialisten mehr als einen Prestigeerfolg erzielt und waren aufgrund von 17 % der abgegebenen Stimmen mit den Abgeordneten Heinz Koll, Joseph Lützenrath und Heyer in den Stadtrat eingezogen. Damit war der NSDAP in der Wiederholung der Wahl faktisch "eine Veränderung der kommunalen Konstellation in Cloppenburg" gelungen.<sup>87</sup> Dadurch waren in dieser Stadt günstigere Voraussetzungen für die Agitation der Hitler-Partei gegeben als im benachbarten Vechta. Zudem verfügte Cloppenburg mit der neuen Münsterlandhalle seit 1929 über den größten Versammlungsort in Südoldenburg, und waren hier die politischen Fronten durch die Landvolkbewegung schon erheblich aufgebrochen worden.<sup>88</sup> Der prominenteste Redner in der Münsterlandhalle war Adolf Hitler, der am 14. Mai 1931 und am 26. Mai 1932 nach Cloppenburg gekommen war und in den jeweiligen Landtagswahlkampf eingegriffen hatte.<sup>89</sup> Die Frage der Hallenvermietung an die NSDAP für den Auftritt Hitlers am 14. Mai 1931 hatte die kommunalpolitische Vertretung bereits in erhebliche Schwierigkeiten gebracht und den Nationalsozialisten die Möglichkeit eingeräumt, "auch mit nebensächlichen Fragen Zwietracht zu säen und Prestigeerfolge einzuheimen".<sup>90</sup>

Aufgrund der Verordnung vom 9. März 1933 wurden die Gemeindevorsteher ihrer Ämter enthoben und durch Staatskommissare ersetzt. Als Mitglieder des Stadtrates wurden in Cloppenburg Oberinspektor Meyer, Joseph Wichmann und Heinrich Schewe ausgeschlossen und durch die Nationalsozialisten Kaufmann Heinz Koll, Kaufmann Joseph Lützenrath und Auktionator Josef Hawickhorst ersetzt. Heinz Koll wurde zum stellvertretenden Bürgermeister ernannt.<sup>91</sup> Durch dieses Revirement verfügte Cloppenburg im April 1933 über einen nationalsozialistischen Interims-Magistrat und das Amt über einen nationalsozialistischen Amtsvorstand. Das Gleichschaltungsgesetz vom 31. März 1933, wonach die kommunalen Parlamente nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 gebildet werden sollten, wurde aufgrund der bevorstehenden oldenburgischen Gemeindereform zunächst ausgesetzt. Die bestehenden kommunalen Parlamente durften bis zu ihrer Neubildung

---

<sup>87</sup> So KUROPKA, Übergang, S. 152; SÜDBECK, Freistaat, S. 18; OV vom 5.5.1931.

<sup>88</sup> KUROPKA, Übergang, S. 146.

<sup>89</sup> SÜDBECK, Freistaat, S. 18; KUROPKA, Cloppenburg, S. 35.

<sup>90</sup> KUROPKA, Übergang, S. 154. Vgl. zum Auftritt Hitlers in Cloppenburg Kap. 1.3.3. im dritten Band der Arbeit: Parteiführer Adolf Hitler.

<sup>91</sup> MT vom 6.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 149; KUROPKA, Übergang, S. 155f.; SÜDBECK, Freistaat, S. 23.

nur mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden zusammentreten. Damit entstand ein kommunalpolitisches Machtvakuum, aus dem sich für die Nationalsozialisten Aktionsmöglichkeiten ergaben, "die je nach Geschick und Fähigkeit für die machtpolitischen Ziele der Partei genutzt werden konnten".<sup>92</sup>

Im Mai 1933 begannen die von oben gelenkten Vorbereitungen zur Neubildung der kommunalen Parlamente. Von den 16 Sitzen im zukünftigen Stadtrat wurden dem Zentrum zehn, der NSDAP fünf und der Kampffront "Schwarz-Weiß-Rot" ein Mandat zuerkannt. Für die NSDAP gehörten dem Stadtrat an Kaufmann Heinz Koll, Maurer August Lohmann, Kontrollassistent Norbert Brandenburg, Studienrat Johannes Hinrichs und Maurer Wilhelm Thyen.<sup>93</sup> "Damit war die NSDAP rein von der Mehrheitsbildung", wie Kuropka feststellt, "noch nicht am Ziel, doch war dies im Moment auch nicht so bedeutsam, denn bedingt durch die Gemeindereform fand die erste gemeinsame Sitzung des neuen Stadtrats erst am 16. Juni 1933 statt".<sup>94</sup> Auf der konstituierenden Sitzung des neugebildeten Stadtrates kam es zu heftigen Kontroversen zwischen den Fraktionen des Zentrums und der NSDAP, die ungeachtet ihrer Minderheitenposition im Rat die Kommunalpolitik allein bestimmen wollte. Sie verlangte, die Mehrheit im Magistrat und den Vorsitz im Rat zu stellen. Fraktionssprecher Hinrichs trug diese Forderungen der NSDAP offensiv vor und drohte im Falle der politischen Verweigerung mit der Intervention des Staatsministeriums:

"Unser Führer hat die Macht. Im Namen unserer Stadtratsfraktion habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir nicht gewillt sind, irgendwie etwas von unserm Programm zu streichen. Vor allem haben wir nicht die Absicht, daß wir uns zu einem parlamentarisch=demokratischen Spießbürgerklub entwickeln. Wir bleiben revolutionär."

In einer schriftlichen Erklärung bestand die NSDAP-Fraktion darauf, daß eine "nat.=soz. Mehrheit des Magistrats und ein nat.=soz. Vorsitzender des Stadtrats der Regierung die Gewähr bieten, daß die Stadtpolitik nach den Weisungen der Reichsleitung der NSDAP., das heißt, unsres Führers selbst, getrieben wird". Nur dann sei eine Garantie dafür gegeben, "daß die Stadtverwaltung das volle Vertrauen der oldenburgischen Staatsregierung besitzt". Die Erklärung der NSDAP-Fraktion forderte ultimativ die Gleichschaltung

---

<sup>92</sup> KUROPKA, Übergang, S. 156f.

<sup>93</sup> SÜDBECK, Freistaat, S. 23f.

<sup>94</sup> KUROPKA, Übergang, S. 157.



des Cloppenburger Stadtrates und schloß mit einer offenen politischen Drohung:

"Die Erneuerung des Stadtrates ist nach dem Willen unseres Führers, des Kanzlers Adolf Hitler, erfolgt, um die Gleichschaltung der Stadtratspolitik mit der Politik des Reiches und der Länder zu ermöglichen. [...] Und umgekehrt werden wir in dem Bewußtsein, daß die Regierung hinter uns steht, jeden Versuch, die nat.=soz. Gedankenwelt auszuschalten, mit allen Mitteln bekämpfen und auf die Regierung dahin einwirken, daß etwaige Beschlüsse, die wir aus unserer Weltanschauung heraus nicht gutheißen können, durch das Staatsministerium unwirksam gemacht werden. Das Ziel steht für uns unverrückbar fest, und wir werden es erreichen; das 'Wie' liegt bei Ihnen, meine Herren [...]."<sup>95</sup>

Trotz der Drohungen und der Gegenkandidatur von Hinrichs wurde Bürgermeister Heukamp nach einer Kampfabstimmung mit den Stimmen des Zentrums und der "Kampffront" (Rechtsanwalt Engelbert Wichelmann) zum Vorsitzenden des Cloppenburger Stadtrats gewählt.<sup>96</sup> Mit der Wahl Heukamps war eine gewisse personelle Kontinuität in der politischen Entwicklung der Stadt Cloppenburg im Übergang von der Weimarer Republik zum "Dritten Reich" gewährleistet. Dr. Bernhard Heukamp war seit 1918 Bürgermeister der Stadt Cloppenburg und verblieb in diesem Amt bis zum Jahre 1938, als er durch den bisherigen Bürgermeister der Stadt Friesoythe, Gerhard Lanwer, ersetzt wurde.<sup>97</sup> Heukamp war wegen seines Verhaltens bei der

---

<sup>95</sup> MT vom 17.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 249f.; KUROPKA, Übergang, S. 160f. Ihr moralisches Ansehen versuchte die NSDAP dadurch zu heben, daß sie sich nach dem Motto "Gemeinnutz geht vor Eigennutz!" gegen angebliche Korruption auf kommunaler Ebene wandte. Sie habe "strenge Weisung zu verhindern, daß irgendein Mitglied des Stadtrats und des Magistrats sich auf Grund dieser Stellung irgendeinen geschäftlichen Vorteil verschafft".

<sup>96</sup> MT vom 17.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 249f. Für Heukamp stimmten 11 von 18 Ratsherren; davon gehörten 5 der NSDAP bzw. der Kampffront (1) an.

<sup>97</sup> Gerhard (Gerd) Lanwer, geb. am 19.8.1901, studierte nach dem Abitur in Hamburg und war Mitglied der katholischen Studentenverbindung Albingia. Er verließ 1924 die Universität ohne Abschluß. Lanwer übte verschiedene Tätigkeiten aus, war Vertreter für Lacke und Farben und Autoverkäufer, und war arbeitslos, als er im Juni 1933 zum Bürgermeister der Stadt Friesoythe ernannt wurde; dieses Amt übte er bis zum 6. Dezember 1938 aus. Vor Beginn seiner politischen Karriere in Friesoythe war Lanwer wohnhaft in Ramsloh und fungierte dort als Ortsgruppenleiter der NSDAP. Vom 15. Juli 1934 bis zum Ende seiner Amtszeit als Bürgermeister in Friesoythe hatte er auch das Amt des Ortsgruppenleiters in Friesoythe inne. Am 6. Dezember 1938 trat Lanwer die Nachfolge von Bürgermeister Heukamp in Cloppenburg an und übte dieses Amt bis zum Kriegsende aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte er von 1952 bis 1957 dem Stadtrat in Friesoythe an. Gerhard Lanwer starb am 26.2.1999 (MT vom 27.2., 3.3.1999: Todesanzeige und Nachrufe). In der Ära von Bürgermeister Gerhard Lanwer wurden in Friesoythe eine Stadthalle und eine Jugendherberge gebaut. Beide Gebäude wurden am Horst-Wessel-Platz, am heutigen Hansaplatz, errichtet. Die Stadthalle wurde am 10. Oktober 1937 und die Jugendherberge am 16. April 1939 eingeweiht. Zur Einweihung der Jugendherberge

Einführung der Gemeinschaftsschule in Ungnade gefallen und wurde am 29. November 1938 in den Ruhestand versetzt. 1945 trat er das Amt wieder an und übte es noch zwei Jahre bis zu seinem Tode aus. Bürgermeister Heukamp - wie auch Bürgermeister Lanwer von Friesoythe - weigerte sich, nach den Bestimmungen des oldenburgischen Schulgesetzes vom 1. August 1936 selbst den Antrag auf Einführung der Gemeinschaftsschule zu stellen, und war nicht bereit, sich der Anordnung des Ministers zu beugen. Er lehnte es ebenfalls ab, den Eltern die Zusammenlegung der Schulen mitzuteilen, und überließ diese Aufgabe dem Amtshauptmann und dem Kreisleiter der NSDAP.<sup>98</sup>

Der politische Rückzug der NSDAP in Cloppenburg kam überraschend und hatte wohl seinen Grund in der Autorität Heukamps, der in Cloppenburg hohes Ansehen genoß. Studienrat Hinrichs erklärte, "daß man nichts gegen Bürgermeister Dr. Heukamp habe", und zog sich durch den Hinweis auf Formalien der Gemeindeordnung aus der politischen Affäre.<sup>99</sup> Die Amtszeit von Dr. Heukamp lief im Dezember 1933 ab. In der Sitzung des Stadtrats am 13. Dezember 1933 wurde er einstimmig wiedergewählt. Nach der Wahl erklärte Heukamp, "er habe 16 Jahre auf dem Posten gestanden". Er bitte Magistrat und Stadtrat, "ihn zu unterstützen zum Wohle der Vaterstadt und weiterhin des gesamten deutschen Volkes im Geiste Adolf Hitlers".<sup>100</sup> Eine weitere Kontroverse entzündete sich an der Wahl des Magistrats, der seit Anfang April kommissarisch von drei Mitgliedern der NSDAP besetzt wurde. Die Zentrumsfraktion bestand darauf, daß Josef Wichmann als ihr Vertreter dem Magistrat angehörte, erklärte sich aber auch mit der Hinzuwahl ihrer Kandidaten Josef Wichmann und Georg Meyer-Hemmelsbühren zum ernannten NS-Magistrat einverstanden. In Listenwahl wurden schließlich Wichmann und Meyer-Hemmelsbühren vom Zentrum und Hawickhorst von der NSDAP gewählt. Damit erhielt Cloppenburg wieder einen vom Zentrum

---

konnte Bürgermeister Diedrich Lindemann, der am 9. März 1939 die Nachfolge von Gerhard Lanwer angetreten hatte, auch Ministerpräsident Joel begrüßen. Die Stadthalle diente der örtlichen NSDAP und ihren Organisationen als Raum für Großkundgebungen, Schulungen und Sportveranstaltungen. (CLOPPENBURG, Ferdinand: Rund um den Hansaplatz in Friesoythe. Ein geschichtlicher Beitrag zur Stadtentwicklung, IN: VuL Jg. 66, Nr. 146, 17.2.1999, S. 6-8; KUROPKA, Hitler, S. 50, RADEMACHER, Weser-Ems, S. 289)

<sup>98</sup> KUROPKA, Cloppenburg, S. 48. Nach § 9 des oldenburgischen Schulgesetzes von 1936 gehörte zum Wirkungskreis des Bürgermeisters als Träger der lokalen Schulverwaltung "die Einrichtung neuer und die Aufhebung bestehender Volksschulen". (GESETZBLATT, Bd. 49, S. 436f.)

<sup>99</sup> MT vom 17.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 249f.; KUROPKA, Übergang, S. 160f.

<sup>100</sup> MT vom 14.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 442.

dominierten Magistrat.<sup>101</sup> Eine Woche später, am 23. Juni 1933, mußte der Stadtrat wieder zusammentreten, weil Wichmann die Wahl in den Magistrat abgelehnt hatte. Nach Aufhebung der Bestimmung vom 31. Januar 1932, die einen dreiköpfigen Magistrat vorschrieb, wurde nach Verhandlungen zwischen den Fraktionen ein fünfköpfiger Magistrat gebildet: zwei, die Ratsherren Landwirt Georg Meyer-Hemmelsbühen und Mühlenbesitzer Georg Weßling, gehörten dem Zentrum an, drei, die Ratsherren Kaufmann Heinz Koll, Auktionator Josef Hawickhorst und Bankdirektor Hermann Bitter, der NSDAP.<sup>102</sup>

Durch das oldenburgische Gleichschaltungsgesetz vom 5. Juli 1933 konnten Mitglieder der Gemeinde- und Stadträte von der weiteren Ausübung ihres Mandats ausgeschlossen und ihre Funktionen neu besetzt werden. Während die Gemeindevorsteher im ehemaligen Amtsbezirk Friesoythe bestätigt wurden, wurden die Amtsinhaber von Essen, Cappel, Lönigen und Molbergen zur Disposition gestellt.<sup>103</sup> Mit Schreiben vom 20. Juli 1933 legte der neue Amtshauptmann Münzebrock eine Übersicht der nach dem Gleichschaltungsgesetz vom 5. Juli 1933 neu formierten Stadt- und Gemeinderäte vor und ordnete die Wahl der neuen Gemeindevorsteher und Beigeordneten an, "so weit diese Wahlen wegen Nichtbestätigung vorzunehmen sind".<sup>104</sup> Die Intervention des Staatsministeriums verkehrte die Mehrheitsverhältnisse in den kommunalen Gremien und sicherte der NSDAP schließlich die absoluten Mehrheiten in den kommunalen Vertretungen. In Cloppenburg wurden die Ratsherren Georg Meyer-Hemmelsbühen und Georg Weßling vom Zentrum nicht bestätigt. Somit verblieben die Ratsherren Koll, Hawickhorst und Bankdirektor Hermann Bitter (NSDAP) im Amt und bildeten den Magistrat.<sup>105</sup> Das war der Anstoß zu einem weiteren kommunalpolitischen Revi

---

<sup>101</sup> MT vom 17.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 249f.; KUROPKA, Übergang, S. 160f.

<sup>102</sup> MT vom 24.6.1933; KUROPKA, Übergang, S. 162; SÜDBECK, Freistaat, S. 23f. Georg Weßling setzte nach dem Zweiten Weltkrieg seine politische Laufbahn fort. Er trat in die CDU ein, war vom 3. Oktober 1946 bis zum 4. Oktober 1948 Bürgermeister der Stadt Cloppenburg, Mitglied des ernannten Kreistages und Oldenburger Landtages und gehörte vom 20. April 1947 bis zum 6. Mai 1951 dem Niedersächsischen Landtag an. (WESTERHOFF, Neubeginn, S. 57, 64; CDU, Chronik, S. 99)

<sup>103</sup> MT vom 27.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 323. In Cappel wurde Gemeindevorsteher Heinrich Götting durch den Haussohn Heinrich Nordmann ersetzt. In Essen schied Gemeindevorsteher Böckmann aus Altersgründen - Böckmann war 68 Jahre alt - aus und wurde durch den Zeller Josef Holtemöller ersetzt. Zu Götting und Nordmann vgl. 4.8.3. im dritten Band der Arbeit: Biographische Profile.

<sup>104</sup> StAO 262 - 12 - 87.

<sup>105</sup> MT vom 19.8.1933.

rement, in dem die Mitglieder der inzwischen aufgelösten Zentrumsparterie durch Mitglieder der NSDAP ersetzt wurden. Diese wurden vom Kreisleiter der NSDAP berufen.<sup>106</sup> Von den 16 Mitgliedern des Stadtrates in Cloppenburg gehörten nunmehr 11 der NSDAP bzw. Kampffront an, nur noch vier dem Zentrum.<sup>107</sup>

#### **1.1.4. Der Abschluß der "Nationalen Revolution"**

Im Juli 1933 war die kommunale Gleichschaltung in Süddenburg bereits abgeschlossen. Sie sicherte der NSDAP mit Hilfe der nationalsozialistischen Staats- und Regierungsbürokratie die Mehrheiten in den Selbstverwaltungskörperschaften, wenn auch einige Bürgermeister - in Vechta Dr. Brandis und in Cloppenburg Dr. Heukamp - noch dem Zentrum angehörten. Noch vor dem Inkrafttreten der deutschen Gemeindeordnung vom 1. April 1935 endete in Oldenburg eine kommunalpolitische Tradition, deren Fortschritt seit der Mitte des 19. Jahrhunderts an dem Ausbau demokratischer Mitbestimmungsrechte in den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften gemessen worden war. Für die südoldenburgischen Stadt- und Gemeinderäte gilt, daß sich die NSDAP in Wahlen - wie das Ergebnis vom 5. März 1933 gezeigt hatte - nicht durchsetzen konnte und die kommunalen Vertretungen gleichgeschaltet wurden. Dabei brauchten sich die lokalen Vertreter der NSDAP politisch nicht zu exponieren und konnten sich damit begnügen, im nach dem Führerprinzip organisierten nationalsozialistischen Normenstaat ihre politischen Pflichten und Funktionen wahrzunehmen.<sup>108</sup> Wie sehr die Stadt- und Gemeinderäte als kommunale Entscheidungsträger schon im Sommer 1933 geschwächt waren, geht aus der Erklärung des Garreler Gemeindevorstehers Willenbrink hervor, der auf der ersten Sitzung des neuen Gemeinderats die Ergebnisse einer Besprechung beim Kreisleiter der NSDAP, Leonhard Niehaus, und beim Amtshauptmann August Münzebrock zusammenfaßte und dabei die in den gleichgeschalteten Kommunen geltenden politischen Regularien vorstellte:

"In den Gemeinden sowohl wie auch in den Ländern und dem Reiche soll das Führerprinzip vorherrschen. Anträge usw., ganz gleich welcher Art, werden vom Fraktionsführer eingebracht. Vor den Gemeinderatssitzungen sind in der Fraktionsbesprechung diese Anträge genügend zu besprechen und hat ein jeder Parteigenosse seine offene Meinung zu sagen. Höchstes Prinzip muß sein: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Keiner

---

<sup>106</sup> KUROPKA, Übergang, S. 162f.

<sup>107</sup> MT vom 22.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 313.

<sup>108</sup> KUROPKA, Übergang, S. 163-165.

darf seine persönlichen Vorteile oder die seiner Bekannten und Verwandten in den Vordergrund stellen. Nach außen hin müssen wir unbedingt ein einmütiges Ganzes bilden. Vor allem ist es unbedingt erforderlich, daß bei Abstimmungen irgendwelcher Art keiner von uns aus der Rolle fällt, d. h. der eine sagt ja, der andere sagt nein; dieses geht unter keinen Umständen. Hier müssen alle das große Ganze im Auge haben und jeder zeigen, daß er auch tatsächlich Nationalsozialist ist."

Weiter berichtete Willenbrink über eine Unterredung der Gemeindevorsteher, NSDAP-Kreisleiter und Polizeibehörden im Staatsministerium. Auf dieser Sitzung habe Staatsminister Pauly "klare Anweisungen" gegeben und betont, "daß die Revolution beendet ist und wir in das Stadium der Evolution eingetreten sind". Es sei ausschließlich "nur den Anweisungen des Führers Folge zu leisten" und jede "innere Zersetzung und Aufhetzerei unter den eigenen Parteigenossen" zu vermeiden:

"Jeder, der sich nicht fügt, wird ohne Gnade und Barmherzigkeit zur Verantwortung gezogen, ganz gleichgültig, welche Mitgliedsnummer oder Parteikarte er hat. Alle Nörgler und Mießmacher auch innerhalb unserer Partei sollen sofort gemeldet und dem Ministerpräsidenten angezeigt werden. [...] Jetzt heißt es zu beweisen, daß wir es besser machen können, und darum heißt es auch unbedingte Parteidisziplin beobachten. Wir alle wollen nur eins, wir wollen, daß es dem gesamten Deutschen Volke besser geht als in den letzten 14 Jahren der Volksverdummung und Verelendung. Dieses können wir jedoch nur erreichen, wenn wir einmütig auf unsern obersten Führer Adolf Hitler vertrauen und in seinem Sinne auch in unserer Gemeinde den Gedanken des reinen Nationalsozialismus vertreten."<sup>109</sup>

Damit reagierte Oldenburg auf die Erklärung des Reichsinnenministers über den Abschluß der "deutschen Revolution". In einem Schreiben an sämtliche Reichsstatthalter und Landesregierungen berichtete Frick über Ansprachen, die der Reichskanzler vor SA-Führern und Reichsstatthaltern gehalten hatte. Auf einer Konferenz der Reichsstatthalter hatte Hitler am 6. Juli 1933 in Berlin erklärt, daß die politischen Parteien endgültig beseitigt seien, und die Parole vom Ende der nationalsozialistischen Revolution ausgegeben:

**"Der Erringung der äußeren Macht muß die innere Erziehung der Menschen folgen.** [...] Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen, als gelungene aufgefangen und zum Stehen gebracht wurden. Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. **Man muß den frei gewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten.** Die Erziehung der Menschen ist dabei das wichtigste. [...] **Man darf daher nicht einen Wirtschaftler absetzen, wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Na**

---

<sup>109</sup> MT vom 3.8.1933; GELHAUS, 1933, S. 340. Der Kaufmann Fritz Willenbrink (NSDAP) war seit dem 18. März 1933 Gemeindevorsteher in Garrel. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 400)

**tionalsozialist ist; zumal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nichts versteht. [...] Wir müssen dabei unser Handeln auf viele Jahre einstellen und in ganz großen Zeiträumen rechnen. Durch theoretische Gleichschaltungen schaffen wir keinem Arbeiter Brot."**

Hitler lehnte eine "zweite Revolution", die der SA-Führung unter Ernst Böhm vorschwebte, kategorisch ab; er wollte keine wirkliche Revolution von unten. Die Reichsstatthalter hatten nach seiner Weisung dafür zu sorgen, "daß nicht irgendwelche Organisationen oder Parteistellen sich Regierungsbefugnisse anmaßen, Personen absetzen und Aemter besetzen, wofür allein die Reichsregierung [...] zuständig wäre". Hitler verkündete in Berlin die Einheit von Partei und Staat:

"Die Partei ist jetzt der Staat geworden. Alle Macht liegt bei der Reichsgewalt."<sup>110</sup>

Reichsinnenminister Frick bekräftigte in seinem Rundschreiben den politischen Willen Hitlers, "daß die deutsche Revolution abgeschlossen ist" und die NSDAP der "alleinige Träger des Staates" geworden sei. Die "siegreiche deutsche Revolution" sei in "das Stadium der Evolution, d. h. normaler gesetzmäßiger Aufbauarbeit getreten". Es sei Aufgabe der Reichsstatthalter und Landesregierungen, "die Autorität des Staates auf allen Gebieten und unter allen Umständen sicherzustellen und jedem Versuch, diese Autorität zu erschüttern oder auch nur anzuzweifeln, [...] rücksichtslos und unter Einsatz aller staatlichen Machtmittel entgegenzutreten".<sup>111</sup> Durch das "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" vom 14. Juli 1933 war nur noch die NSDAP als Staatspartei zugelassen. Staatsminister Pauly brachte den Wandel im deutschen Verfassungsleben auf einer Kommunaltagung der NSDAP für Vertreter des Amtes Ammerland auf eine kurze politische Formel:

"Der Reichsstatthalter als Organ des Reiches hat den Ländern gegenüber etwa die Rechte, die früher ein Monarch besaß. [...] Der Reichstag wird vielleicht, wegen seiner geschichtlichen Bedeutung, diesen Namen behalten, aber wesentlich anders zusammengesetzt werden. **Gewählt wird nicht mehr.**"<sup>112</sup>

In der Tat war im Sommer des Jahres 1933 die nationalsozialistische Revolution in Südoldenburg so gut wie abgeschlossen. Die deutsche Gemeinde

---

<sup>110</sup> MT vom 8.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 292. Endgültig wurde die Einheit von Partei und Staat im "Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" vom 1. Dezember 1933 festgeschrieben.

<sup>111</sup> MT vom 12.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 298.

<sup>112</sup> MT vom 25.7.1933.

ordnung vom 30. Januar 1935 reduzierte die demokratischen Mitbestimmungsrechte der gleichgeschalteten Stadt- und Gemeinderäte noch einmal und führte auf kommunaler Ebene das Führerprinzip ein. Die Gemeindeordnung, die als "Grundgesetz des nationalsozialistischen Staates" bezeichnet wurde, verfügte nunmehr, daß Bürgermeister und Beigeordnete "durch das Vertrauen von Partei und Staat in ihr Amt berufen" werden. Der Beauftragte der NSDAP hatte die Aufgabe, die "Sicherung des Einklangs der Gemeindeverwaltung mit der Partei" zu garantieren. Die Stadt- und Gemeinderäte hatten nur noch beratende Funktion. Der Bürgermeister führte die Verwaltung der Gemeinde, und den Gemeinderäten kam die Aufgabe zu, "den Bürgermeister eigenverantwortlich zu beraten und seinen Maßnahmen in der Bevölkerung Verständnis zu verschaffen". Die Gemeinderäte wurden durch den Beauftragten der NSDAP "im Benehmen mit dem Bürgermeister" berufen, wobei die "nationale Zuverlässigkeit" des Bewerbers zu berücksichtigen war. Grundsätzlich wurde der Kreisleiter der NSDAP vom Gauleiter zum Beauftragten ernannt.<sup>113</sup> Über die politische Schlüsselstellung des Beauftragten notiert Engelbert Hasenkamp:

"Der Beauftragte der NSDAP hat die Aufgabe, den Einklang der Gemeindeverwaltung mit der Partei zu sichern. In seiner Stellung sollte der Einheitsgedanke von Partei und Staat auf dem Gebiet der Gemeindeverwaltung besonders zum Ausdruck kommen."<sup>114</sup>

Großen Wert legte die NS-Staatsbürokratie offensichtlich auf den "gesetzlich festgelegten Charakter dieser nichtöffentlichen Sitzungen", in denen der Beauftragte der NSDAP mit den Gemeinderäten aus den Bewerbern für das Amt des Bürgermeisters bzw. der Beigeordneten die Vorschlagsliste beriet und entschied.<sup>115</sup> Die neue Eidesformel für die Ratsherren lautete:

"Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe."<sup>116</sup>

---

<sup>113</sup> MÜNCH, Gesetze, S. 34-38: Auszug. Aufgrund der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 wurden als "vom Beauftragten der NSDAP berufene(n) Ratsherren der Stadt Cloppenburg" 12 Ratsherren vereidigt. (StAO 262 - 12 - 133: Protokoll der Stadtratssitzung, ohne Datum)

<sup>114</sup> HASENKAMP, Verwaltungsformen, S. 215.

<sup>115</sup> StAO 262 - 12 - 87: Schreiben des Reichs- und Preußischen Innenministeriums an die Ober- und Regierungspräsidenten vom 1. Juli 1935.

<sup>116</sup> StAO 262 - 12 - 133: Vereidigung des zum Cloppenburg Ratsherren vom Beauftragten der NSDAP berufenen Dr. Peus am 13. Dezember 1935.

## 1.2. Die politische Gleichschaltung des Freistaates Oldenburg

Parallel zur Gleichschaltung der Kommunen wurde die Gleichschaltung des oldenburgischen Landtages vorgenommen, die ebenfalls auf dem Gesetz zur Vorläufigen Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 beruhte. Durch dieses Gesetz wurde das Ermächtigungsgesetz faktisch auf die Landesregierungen ausgedehnt und die politische Gewaltenteilung in den Ländern aufgehoben. Mit dem Gesetz wurden die Landesregierungen ermächtigt, "außer in den in den Landesverfassungen vorgesehenen Verfahren Landesgesetze zu beschließen", die zur Neuordnung der Verwaltung und zur Neuregelung der Kompetenzen von der Landesverfassung abweichen, aber die gesetzgebenden Körperschaften nicht berühren. Die Volksvertretungen der Länder wurden mit Ausnahme des am 5. März 1933 ebenfalls gewählten preußischen Landtags aufgelöst und nach den Stimmenzahlen neu gebildet, die bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 innerhalb eines jeden Landes auf die Wahlvorschläge entfallen waren. Dabei galten für die einzelnen Länder festgelegte Höchstziffern für die Landtagsmandate.<sup>117</sup> Das Gleichschaltungsgesetz legte die Zahl der Mandate im neuzubildenden Landtag in Oldenburg auf 39 fest; die Angehörigen der KPD wurden ersatzlos ausgeschlossen.<sup>118</sup> Damit wurde der NSDAP in Oldenburg die absolute Mehrheit im Landtag weiterhin gesichert.<sup>119</sup> Das oldenburgische Gesetz vom 5. April 1933 beendete eine Diskussion um die Zahl der Abgeordneten im Landtag und legte sie schließlich auf 36 Mandate fest, die um die beiden Mandate der KPD auf 34 gekürzt wurden. Danach fielen der NSDAP 18, der SPD sieben, dem Zentrum fünf und der "Kampffront" vier Mandate zu.<sup>120</sup> Das oldenburgische Zentrum reichte für die Neubildung des Landtages einen Wahlvorschlag mit neun Bewerbern ein, von denen Diplomlandwirt Alois Brendebach (Vechta), Schneidermeister Anton Göhrs (Essen), Kaufmann Hermann Bitter (Ramsloh), Zeller Gerhard Kühling (Rechterfeld) und Geschäftsführer Anton Themann (Vechta) in den Landtag einzogen. Der langjährige Fraktionsvor

---

<sup>117</sup> MÜNCH, Gesetze, S. 41-46; MT vom 1.4.1933.

<sup>118</sup> MÜNCH, Gesetze, S. 41-46; MT vom 1.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 146.

<sup>119</sup> MT vom 6.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 127. Eine erste Umrechnung des Reichstagswahlergebnisses auf den Landtag, die vor dem Gleichschaltungsgesetz angestellt wurde, ergab bei angenommenen 46 Sitzen für Oldenburg eine Mehrheit der NSDAP von 24 Mandaten, während auf die SPD neun, das Zentrum sieben, die DNVP und das Landvolk (zusammen "Kampffront") drei, die KPD zwei Mandate und auf die Staatspartei ein Mandat entfallen würden.

<sup>120</sup> GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 59, S. 106f.; MT vom 10.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 151; SCHAAP, Endphase, S. 264.



---

sitzende des Zentrums, der Cloppenburgener geistliche Oberstudienrat Heinrich Wempe, kehrte nicht in den Landtag zurück.<sup>121</sup>

Eine politische Rolle spielte der neue oldenburgische Landtag nicht mehr. Er trat nur einmal, am 23. Mai 1933, zur Bestätigung von Verordnungen nach § 37 (Notstandsartikel) der Landesverfassung zusammen.<sup>122</sup> Nach Wolfgang Günther war mit der Durchführung des Gesetzes vom 31. März 1933 "die völlige Entmachtung" des Oldenburger Landtages abgeschlossen und "eine fast einhundertjährige oldenburgische Parlamentsgeschichte mit einem Federstrich zunichte gemacht" worden. Formal blieb der Landtag zwar bestehen, aber als "Verfassungsorgan, das der politischen Willensbildung dient", war er außer Kraft gesetzt.<sup>123</sup> Die Tagesordnung der Sitzung am 23. Mai 1933 erschöpfte sich in der Konstituierung des neugebildeten Landtages. Um 11.25 Uhr wurde die Sitzung im Auftrag des oldenburgischen Staatsministeriums eröffnet, und der Landtag wählte sein Präsidium und seine Ausschüsse. Nach dem Verlesen einer kurzen Erklärung von Reichsstatthalter Röver zur politischen Lage in Oldenburg schloß Präsident Johann Behlen (NSDAP) um 12.30 Uhr den Landtag und vertagte ihn auf unbestimmte Zeit.<sup>124</sup> Der oldenburgische Landtag hatte seine verfassungsmäßige politische Funktion endgültig verloren und trat bis zum Untergang des "Dritten Reiches" nicht wieder zusammen.

Damit verlor auch der südoldenburgische Katholizismus seine parlamentarische Basis und mußte sich in Zukunft auf die außerparlamentarische Opposition beschränken. Mit der Selbstauflösung der Deutschen Zentrumspartei am 5. Juli 1933 ging auch die Geschichte des oldenburgischen Zentrums zu Ende, die nach 1945 noch einmal eine politische Neuauflage erfuhr.<sup>125</sup> Unmut oder Empörung über das Ende des Zentrums, das über 60 Jahre die politische Heimat des südoldenburgischen Katholizismus gewesen war, wurde nicht mehr laut. Das "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" vom 14. Juli 1933 setzte ohnehin einen Schlußstrich unter die moderne deutsche Parteiengeschichte.<sup>126</sup> Zusammen mit der Gleichschaltung der katholischen Presse schloß das Parteienverbot und damit das Ende des Zentrums ein großes

---

<sup>121</sup> MT vom 13., 20.4.1933, GELHAUS, 1933, S. 155-157.

<sup>122</sup> SCHAAP, Endphase, S. 264.

<sup>123</sup> MT vom 23.5.1933; GÜNTHER, Freistaat, S. 448; GÜNTHER, NS-Herrschaft, S. 113.

<sup>124</sup> MT vom 24.5.1933.

<sup>125</sup> MT vom 6.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 284.

<sup>126</sup> MT vom 15.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 305.

Kapitel in der Geschichte des politischen Katholizismus in Süldenburg, dessen Belange nunmehr von der katholischen Kirche, ihren Vereinen, soweit sie nach dem Abschluß des Reichskonkordats noch bestehen durften, und engagierten Laien vertreten werden mußten. Am 14. Oktober 1933 wurde "das Ende selbst der formalen Hülle des Landtages" vollzogen, als der Reichstag und mit ihm alle deutschen Landtage im Hinblick auf die bevorstehende "Reichstagswahl" und Volksabstimmung am 12. November 1933 aufgehoben wurden.<sup>127</sup>

Der Beseitigung der parlamentarischen Demokratie folgte in Oldenburg der Verlust der staatlichen Eigenständigkeit. Auf der Grundlage des "Zweiten Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 7. April 1933 wurde der oldenburgische Ministerpräsident Röver am 5. Mai 1933 zum Reichsstatthalter für Oldenburg und Bremen ernannt.<sup>128</sup> Das zweite Gleichschaltungsgesetz ordnete die Einsetzung von Reichsstatthaltern an, die die Vorsitzenden der Landesregierung ernannten und entließen. Zu ihren weiteren Kompetenzen gehörten die Auflösung des Landtages und seine Neuwahl, die Ausfertigung und Verkündung von Landesgesetzen, auf Vorschlag der Landesregierung die Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Staatsbeamten und Richter, soweit sie bisher durch die Landesbehörde erfolgt war, und die Ausübung des Begnadigungsrechts. Die Reichsstatthalter wurden vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt und hatten die Aufgabe, "für die Beobachtung der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen". Der Reichsstatthalter repräsentierte als Reichsorgan zwar die Landessouveränität und erhielt wichtige Kompetenzen der Landesregierung, war aber als "Aufseher des Reiches" an die Weisungen der Reichsregierung gebunden.<sup>129</sup> Der neuen oldenburgischen Regierung unter Ministerpräsident Joel gehörte Julius Pauly als einziger Staatsminister an, während der Katholik Heinz Spangemacher, der das Ministerium der Kirchen und Schulen geleitet hatte, aus dem Kabinett ausschied.<sup>130</sup>

---

<sup>127</sup> GÜNTHER, NS-Herrschaft, S. 113f., Anm. 11: Verordnung des Reichspräsidenten vom 14.10.1933.

<sup>128</sup> MT vom 6.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 188; GÜNTHER, Freistaat, S. 449; GÜNTHER, NS-Herrschaft, S. 114f.; SCHAAP, Endphase, S. 264f.

<sup>129</sup> MT vom 8.4.1933; MÜNCH, Gesetze, S. 46f.

<sup>130</sup> MT vom 6.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 188; GÜNTHER, Freistaat, S. 449; GÜNTHER, NS-Herrschaft, S. 114f.

Die an das Reichsstatthaltergesetz geknüpften Erwartungen, daß die Landesregierungen überhaupt aufgehoben oder mit der Funktion des Reichsstatthalters verschmolzen werden würden, erfüllten sich nicht. Durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 wurden die Volksvertretungen der Länder unter Berufung auf das Ergebnis der Volksabstimmung und Reichstagswahl vom 12. November 1933 aufgehoben und gingen die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich über. Die Landesregierungen unterstanden fortan der Reichsregierung und die Reichsstatthalter der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern; die Reichsregierung konnte neues Verfassungsrecht schaffen.<sup>131</sup> Auch an diesem Gesetz wird wieder deutlich, daß die Ausschaltung der Länderparlamente und die Gleichschaltung der Landesregierungen pseudoplebiszitär legitimiert wurden. Das "Neuaufbaugesetz" war der "erste entscheidende Schritt" auf dem Wege zu einer Reichsreform, die "mit Rücksicht auf die erheblichen Unterschiede in der Größe der Länder, in der Ausgestaltung des Landesrechts sowie in der Gestaltung der Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Länder nur schrittweise angesteuert und verwirklicht werden" konnte.<sup>132</sup> Vorbereitet wurde dieser Schritt durch den 1928 gegründeten Parteigau Weser-Ems mit dem Sitz in der Stadt Oldenburg, die aufgrund eines Erlasses vom 18. Juni 1933 auch zum Sitz des Reichsstatthalters von Oldenburg und Bremen erklärt wurde.<sup>133</sup>

Parallel zur politischen Gleichschaltung vollzog sich in Südoldenburg die gesellschaftliche Anpassung in einem wechselseitigen Prozeß, in dem Absender und Adressat politischer Impulse und Wirkungen nicht in jedem Falle eindeutig zu identifizieren waren. Die Gleichschaltung berufsständischer Verbände und bürgerlicher Vereine und ihre Ausrichtung nach dem Führer- und Gefolgschaftsprinzip, die Entkonfessionalisierung des katholischen Schulwesens, die mit der Gleichschaltung des Katholischen Lehrervereins einen ersten wichtigen Erfolg erzielte, bestimmten im Frühjahr 1933 das öffentliche Leben und die veröffentlichte politische Meinung in Südoldenburg. Dabei traf die Gleichschaltung von oben auf eine konstruktive Erwartungshaltung breiter katholischer Bevölkerungskreise, die sich von der nationalen Aufbruchsstimmung tragen ließen. Sie begrüßten offen oder verhalten die autoritäre Bewältigung der Weimarer Staats- und Gesellschaftskrise, und zwar in dem Glauben, den politischen Extremismus Hitlers durch eine positi

---

<sup>131</sup> MÜNCH, Gesetze, S. 48.

<sup>132</sup> ZÜRLIK, Weser-Ems, S. 157.

<sup>133</sup> Ebd., S. 158.

ve Einstellung zur neuen Obrigkeit und eine konstruktive Mitarbeit an der vermeintlichen "christlichen Volksgemeinschaft" disziplinieren und kanalisieren zu können. Diese Anpassung vollzog sich unter einem konfessionellen Vorbehalt, der politisch allerdings wirkungslos blieb, und bekannte sich ausdrücklich zur "legalen Revolution", die auf breite Sympathie im katholischen Rechts- und Staatsdenken stieß.

Die katholische Kirche überlebte als intakte Institution den Gleichschaltungsprozeß im Frühjahr 1933, indem sie sich in den ihr vom Reichskonkordat zugewiesenen unpolitischen Raum zurückzog, und sicherte sich damit eine moralisch-religiöse Einflußsphäre, aus der in Südoldenburg die wirkungsvollsten Impulse für die Opposition gegen den Nationalsozialismus hervorgingen. So wahrten die katholische Kirche und der durch das Konkordat auf kirchlich-religiöse Funktionen beschränkte Vereinskatholizismus die historische Kontinuität im konfessionellen Milieu Südoldenburgs und trugen sie durch und über das "Dritte Reich" in die westdeutsche Nachkriegswirklichkeit hinein. Die fortgesetzte Behauptung katholischer Resistenz im "Dritten Reich" und die moralische Reputation durch die alliierten Besatzungsmächte trugen nach 1945 zur raschen politischen Rehabilitierung des deutschen Katholizismus bei, die einer kritischen Überprüfung an der eigenen Vergangenheit heute nicht mehr standhält. Moderne Kategorien einer historischen Sozialwissenschaft übergreifen die Zäsur von 1933 ebenfalls wie die von 1945, die als die "Stunde Null" bezeichnet wurde, und lassen die Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg von 1918 bis in die Gegenwart als eine historische Epoche erscheinen, die gleichermaßen von politischen und gesellschaftlichen Kontinuitäten und Diskontinuitäten geprägt ist. In ihrem Ergebnis führte sie in den 1960er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zur Erosion des katholischen Milieus selbst. Eine "Stunde Null" gibt es bekanntlich in der Geschichte nicht. Die Epochen moderner Geschichte werden nicht nur durch ihre historischen Nachbarschaften mit- und untereinander verbunden, sondern auch durch die Fragen, die sie aneinander stellen, und die Auskünfte, die sie für die Gegenwart geben. Das Scheitern der Weimarer Demokratie und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland enthalten für den politischen Katholizismus in Deutschland solche epochenübergreifenden Fragen moderner deutscher Geschichte. Diese Erkenntnis läßt sich an historischen Persönlichkeiten verdeutlichen.

### 1.2.1. Karriere im Schatten der "Machtergreifung": Studienrat Dr. Anton Kohnen

Dem Aufstieg der NSDAP im Freistaat Oldenburg und der politischen Gleichschaltung im Frühjahr 1933 hatte der aus Südoldenburg stammende promovierte Studienrat und spätere Schulrat Dr. Anton Kohnen seine berufliche und politische Karriere im oldenburgischen Staatsdienst im wesentlichen zu verdanken.<sup>134</sup> Kohnen erlebte einen persönlichen Werdegang, der für das katholische Milieu in Südoldenburg eher untypisch war und in seiner Zeit keine Parallelen aufwies. Der Aufstieg Kohnens vollzog sich nicht mit Unterstützung der katholischen Kirche über kirchliche Institutionen und Verbände, sondern mit dem Rückhalt der politischen Rechten und später der NSDAP und gegen den Einspruch der katholischen Kirche in den nationalsozialistischen Behörden. Am 1. Oktober 1928 berichtete der Leiter des Vechtaer Gymnasiums Antonianum, Dr. Wilhelm Uhlmann, an die vorgesetzte Behörde, das Katholische Oberschulkollegium, daß Studienrat Kohnen "ein Gegner des humanistischen Gymnasiums" und "ein Fremdkörper an unserer Schule" sei, in deren Interesse es liege, "wenn über Kohnen anderweitig verfügt würde".<sup>135</sup> Dr. Kohnen bewegte sich nach dem Ersten Weltkrieg am rechten Rand des Weimarer Parteienspektrums und entschied sich dann aus politischer Überzeugung für den Nationalsozialismus. Die nationalsozialistische Herrschaft in Oldenburg beförderte das berufliche Fortkommen Kohnens in besonderer Weise.

Anton Kohnen wurde am 20. Februar 1889 in Lindern geboren und starb am 9. März 1985 in Oldenburg. Sein Vater war als Hauptlehrer an der Volksschule in Lindern tätig. Nach dem Besuch der Volksschule in Lindern und der Bürgerschule in Werlte wechselte Anton Kohnen auf das Gymnasium Antonianum in Vechta und legte hier im Jahre 1910 die Reifeprüfung ab. Er nahm das Studium der Philologie in Marburg, Berlin und Münster auf, wo er 1913 mit dem historischen Thema "Die Grafen von Olden

---

<sup>134</sup> Willi Baumann hat inzwischen eine umfassende Biographie von Anton Kohnen vorgelegt und zeigt darin ein realistisches Porträt dieser Persönlichkeit, die zu den politischen Außenseitern des katholischen Milieus in Südoldenburg zählte (BAUMANN, Kohnen, S. 71-147). Eine komprimierte Darstellung dieser Arbeit enthält ein Beitrag aus dem Jahre 1999, der mittlerweile gedruckt vorliegt (BAUMANN, Anton Kohnen, S. 67-86). STRICKMANN, Heinz: Kohnen bereute Nazigesinnung bis zu seinem Tode nicht, IN: MT vom 18.12.1999. Noch in den 1970er Jahren herrschte in Südoldenburg ein einseitiges Kohnen-Bild vor und galt der NS-Karrierist aufgrund seiner heimatkundlichen Schriften als der "Nestor der südoldenburgischen Heimatforschung". (DEUTER, Jörg: Dr. Anton Kohnen - Chronist einer literarischen Landschaft. Dem Nestor der südoldenburgischen Heimatforschung zum 85. Geburtstag gewidmet, IN: VuL Jg. 36, Nr. 89, 1974, S. 11)

<sup>135</sup> StAO 160, 2 - 3832.

burg-Wildeshausen" promovierte. 1914 legte er ebenfalls in Münster das philologische Staatsexamen in Deutsch, Geschichte und Französisch ab. 1918 absolvierte er die Ergänzungsprüfung im Fach Latein. Nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg von 1915/16 bestand Dr. Kohnen 1917 die pädagogische Prüfung für das Lehramt an Gymnasien in Oldenburg und nahm seine erste Lehrtätigkeit als Studienassessor in Rüstringen-Wilhelmshaven auf. Seit dem 15. April 1919 unterrichtete er als Oberlehrer am Lehrerseminar in Vechta und wurde 1925 an das Gymnasium Vechta versetzt. Nach eigenen Angaben wurde er am 1. April 1932 vom Katholischen Oberschulkollegium zur Disposition gestellt und wegen Krankheit auf Wartegeld gesetzt. Von 1924 bis 1933 leitete Kohnen Mittelschullehrer-Kurse in Oldenburg und fungierte von Januar bis August 1933 als Leiter der Polizeiberufsschulen in Oldenburg. Im Januar 1933 verlegte er seinen Wohnsitz von Vechta nach Oldenburg.

Gegen die beabsichtigte Ernennung Kohnens zum katholischen Schulrat im Juli 1933 erhob das Bischöfliche Offizialat Einspruch, da der Kandidat kein "überzeugungstreuer Katholik" sei und in der Vergangenheit eine "auffällige Wandlungsfähigkeit" gezeigt habe. Trotz massiver Einwände des Offizialats wurde Kohnen am 1. September 1933 zum Fachreferenten für das katholische Volksschulwesen im Ministerium der Kirchen und Schulen in Oldenburg berufen und führte den Titel "Schulrat". Im Nebenamt war er zuständig für den Schulbezirk Friesoythe. Am 26. Oktober 1933 beantwortete Röver Proteste aus Vechta mit dem Hinweis, daß Kohnen "seine vornehmlichste Aufgabe darin sehen wird, darüber zu wachen, daß die deutsche Jugend in national-sozialistischer Staatsauffassung erzogen wird". Im Januar 1935 wies Kohnen die Behauptung zurück, er habe früher dem linken Zentrum angehört. Vielmehr sei er 1920 - richtig ist die Jahreszahl 1921 - öffentlich aus dem Zentrum ausgetreten und Mitglied des Stahlhelm geworden. 1936 wurde Kohnen zum Regierungsschulrat ernannt und 1940 nach Kattowitz in die Schulabteilung des Regierungspräsidenten versetzt. Nach eigenen Angaben geschah dies wegen fortgesetzter Konflikte mit Röver. Von 1942 bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft war Kohnen als Schulrat bei der Regierung in Kassel und in Wiesbaden tätig. Vom 20. April bis zum 24. Mai 1945 nahm er die Vertretung des Sachbearbeiters des Volks-, Haupt- und Mittelschulwesens im Ministerium der Kirchen und Schulen in Oldenburg wahr. Nach dem Ende des Krieges wurde Kohnen vom 6. Juni 1945 bis zum 22. Juli 1946 in Esterwegen interniert. 1947 beantragte er wegen Erkrankung und Dienstunfähigkeit seine Versetzung in den Ruhestand. Die Auseinandersetzungen um die Entnazifizierung Kohnens dauerten aufgrund der Einsprüche des Beschuldigten von 1948 bis 1951. Am 17. Dezember 1941 änderte Kohnen seinen jüdisch klingenden Familiennamen in "Konnen" um, machte die Namensänderung aber 1956 wieder rückgängig.

Anton Kohnen war ein politisches Talent und ein "Multi-Funktionär". Er gehörte zahlreichen Organisationen und Verbänden an, die in der Weimarer Republik größtenteils der nationalen Rechten zuzuordnen waren. Von 1919 bis 1933 war er zweiter Bundesvorsitzender des Kyffhäuser-Bundes in Vechta und Oldenburg und wurde 1919 Mitglied der "Orgesch" und der Schwarzen Reichswehr.<sup>136</sup> Im September 1933 stieg er zum zweiten Stellvertreter des Führers des Landesverbandes Oldenburg-Bremen des Kyffhäuserbundes auf. Von 1920 bis 1932 gehörte er dem Stahlhelm an und war 1924 maßgeblich an der Errichtung des Schlageter-Denkmals zwischen Vechta und Lohne beteiligt. Kohnen fühlte sich der Heimatbewegung in Süldenburg verbunden und trug 1919 wesentlich zur Gründung des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland bei. Weiterhin war er im CV der katholischen deutschen Studentenverbindungen vertreten. Die politische Karriere Kohnens zeigte eine gewisse Stringenz: Sie führte ihn in Vechta vom Zentrum, das er 1921 verließ, über die DVP, für die er 1923 im Alter von 34 Jahren in den Oldenburger Landtag einzog, schließlich zur NSDAP. Als DVP-Abgeordneter (seit 1925 Landesblock) gehörte er bis 1928 dem

---

<sup>136</sup> Die "Organisation Escherich" (Orgesch) war 1919 in Bayern zur Zeit der Räterepublik unter Führung des Politikers Georg Escherich als Einwohnerwehr entstanden. Sie zählte bei ihrem Verbot 1921 in Deutschland und Österreich über 1 Mio. Mitglieder und gehörte damit zu den größten Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Die "Orgesch" wurde in Oldenburg nicht verboten. Ministerpräsident Tantzen warnte zwar vor der Organisation, verhielt sich aber weiter abwartend. Anders lautende Nachrichten der in Vechta erscheinenden Oldenburgischen Volkszeitung wies er umgehend zurück. (StAO 270 - 27, Nr. 5, Bl. 30; OV vom 20.4.1921) Ein weiteres Rekrutierungsbecken für Nationalrevolutionäre stellte die sog. "Schwarze Reichswehr" dar, die von Major Bruno Ernst Buchrucker und Oberleutnant Paul Schulz unter stillschweigender Duldung und Förderung der Reichswehrrführung gebildet wurde. Ihr gehörten vor allem Freikorpsleute an, die im Geheimen ausgebildet wurden, um im Kriegsfall die Reihen der 100 000-Mann-Armee zu verstärken. Nach dem Putsch der in der Nähe von Küstrin zusammengezogenen Schwarzen Reichswehr, der am 1. Oktober 1923 von regulären Reichwehrtruppen niedergeschlagen wurde, ließ Generaloberst Hans von Seeckt, der Chef der Heeresleitung, die Schwarze Reichswehr fallen. Dabei ging es Seeckt nach Mohler darum, "in der Reichswehr ein 'neutralisiertes' Gebilde zu schaffen, das dem neuen Staat zwar loyal dient, sich aber im Grunde von einer übergeordneten, umfassenderen Einheit beauftragt fühlt und die Zeit der Republik als 'Überwinterung' ansieht". Mit diesem 'neutralen' Status der Reichswehr war ein "praktisches Eingreifen in die Politik" oder gar eine politische Verschwörung unvereinbar. Deshalb widersprach die offene republikfeindliche Haltung der Schwarzen Reichswehr den langfristigen politischen Absichten Seeckts, der ihre Aufgaben rein auf militärischem Gebiet sah. Die fehlende Deckung durch die Heeresleitung wurde von der Schwarzen Reichswehr besonders in den sog. "Fememord"-Prozessen vermißt, die 1925 durch Enthüllungen in der Presse ausgelöst wurden und sich bis gegen Ende der 1920er Jahre hinzogen. (MOHLER, Revolution, S. 44ff., 246f.)

Landtag an. Am 1. März 1931 wurde Kohnen Mitglied des NS-Lehrerbundes und trat am 1. April 1931 in die NSDAP (Mitgliedsnummer 496 789) ein. Er zählte in Vechta am 28. März 1931 zu den Mitbegründern der NSDAP-Ortsgruppe, deren Ortsgruppenleiter er bis zum 31. Mai 1933 war. Vom 26. Juli 1932 bis zum Mai 1933 fungierte er auch als Kreisleiter der NSDAP Vechta. In der nationalsozialistischen Partei übernahm Kohnen zahlreiche Funktionen. Er war vom 1. April 1933 bis 1940 im Rang eines Obersturmführers Mitglied des NSKK und gehörte seit dem 1. Juli 1940 der SS (Mitgliedsnummer 414 782) an. Am 15. Dezember 1941 wurde Kohnen zum SS-Hauptsturmführer (SD-Mitarbeiter) befördert. Noch 1944 trat er als Gauredner auf.

Das Verhältnis Kohnens zur katholischen Kirche blieb gespannt. Er löste seine Verbindung mit der katholischen Kirche und trat am 16. August 1938 aus. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges machte Kohnen diesen Schritt wieder rückgängig und vollzog die Wiederaufnahme im November 1945 in Esterwegen. Im Entnazifizierungsverfahren gab Kohnen dafür folgende Erklärung ab:

"Auf Verlangen der Gauleitung bin ich etwa 1938/39, nach Einführung der Gemeinschaftsschule, wodurch eine Betreuung der kath. Schulen gegenstandslos wurde, aus der Kirche ausgetreten. Ich habe jedoch innerlich die Verbindung zur römisch-katholischen Konfession aufrecht erhalten, wie das anliegende Schreiben des Prälaten Ulitzka aus Ratibor - jetzt Berlin - zeigt. Unmittelbar nach dem Umbruch bin ich der Kirche auch formell wieder beigetreten."

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Abschluß des Entnazifizierungsverfahrens war die berufliche und politische Laufbahn Kohnens nicht beendet. Von 1954 bis 1959 war er ehrenamtlicher Beisitzer des Landesverwaltungsgerichts Oldenburg, gehörte seit 1954 der Historischen Kommission für Niedersachsen an, war 1956 für die DP als Beisitzer im Eintragungsausschuß für das Volksbegehren in Oldenburg tätig, wurde 1959 zum Ehrenmitglied des Oldenburger Philologenvereins ernannt und erhielt 1964 das Goldene Doktordiplom der Universität Münster "für Verdienste auf pädagogischem und wissenschaftlichem Gebiet". Dr. Anton Kohnen veröffentlichte zahlreiche regionalgeschichtliche Beiträge, die zum Teil in Tageszeitungen und ihren heimatkundlichen Beilagen und in historischen Periodica wie dem Oldenbur



---

ger Jahrbuch veröffentlicht wurden. Zusammen mit seinem Bruder, Rektor Wilhelm Kohnen, verfaßte er 1954 eine Chronik der Gemeinde Lindern.<sup>137</sup>

Die unaufhaltsame Karriere des katholischen Akademikers, Schulfachmannes und regionalgeschichtlich versierten und interessierten Studienrates aus Südoldenburg, der sich als Vertreter der nationalen Rechten unermüdlich und erfolgreich in das gesellschaftliche und politische Leben seiner Heimat einschaltete, konnte nur gelingen, weil Kohnen über ein hohes Maß an politischer Energie und politischem Opportunismus verfügte und auch bereit war, sich wegen seines politisch eindeutig ausgerichteten Engagements auf der nationalen Rechten aus dem Schatten der katholischen Kirche zu lösen. Diese war in der nationalsozialistischen Zeit nicht mehr stark genug, den beruflichen Werdegang Kohnens aufzuhalten, der in der NS-Regierung in Oldenburg jedenfalls bis zum Kriege einen zuverlässigen Rückhalt hatte. Die im ehemaligen Freistaat herrschende NSDAP förderte seit 1932 die Karriere des katholischen Schulfachmannes Anton Kohnen, weil sie in ihm, einem überzeugten Nationalsozialisten, einen zuverlässigen Garanten für die Durchsetzung ihrer schulpolitischen Vorstellungen im sog. "schwarzen" Münsterland sah: ein politisches 'Geschäft' auf Gegenseitigkeit. Vor diesem Hintergrund ist die für Südoldenburg untypische Karriere Anton Kohnens seit 1932/33 insofern aufschlußreich, als sie die Stellung der katholischen Kirche unter der nationalsozialistischen Herrschaft im ehemaligen Freistaat Oldenburg beleuchtet und deutlich macht, daß die Kirche den Wettlauf zwischen Religion und Politik verloren hatte. Die Biographie Kohnens vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zeigt den beruflichen und politischen Erfolg eines katholischen Karrieristen, der sich in das nationalsozialistische Herrschaftssystem einfügte und sich ihm als katholischer Beamter in hohen Diensträngen bereitwillig zur Verfügung stellte.

---

<sup>137</sup> MdL-Kartei; RADEMACHER, Weser-Ems, Manuskript; RENKEN, Lindern, S. 700-702; KUROPKA, Schlageter, S. 89-96; ECKHARDT, Staatsdienerverzeichnis, S. 140; KUROPKA, Lehrerausbildung, S. 178; KUROPKA, Hitler, S. 50f.; ECKHARDT, Landtag, S. 100; NSDAP, 3. Kreistag, S. 14; HBL 3/1920, S. 17. Die angeführten Zitate sind dem EDV-Ausdruck der MdL-Kartei entnommen, die das Niedersächsische Staatsarchiv in Oldenburg mir freundlicherweise zur Verfügung stellte. Die "Linderner Chronik. Mit Skizzen und Bildern aus der Vergangenheit der Gemeinde Lindern" von Anton und Wilhelm Kohnen erschien 1963 in zweiter Auflage. Zahlreiche kleinere Beiträge, die in zwangloser Folge in den Jahren 1952 und 1953 in der Heimatbeilage "Volkstum und Landschaft" der Cloppenburg MT erschienen waren, faßte Anton Kohnen in einer Broschüre mit dem Titel "Aus Linderns Vergangenheit. Heimatgeschichtliche Studie" zusammen, die im Verlag Hermann Imsiecke in Cloppenburg erschien; das Erscheinungsjahr ist nicht angegeben.

Der Aufstieg Kohnens, der den Typus eines politischen Beamten in der nationalsozialistischen Zeit verkörperte, wäre ohne die Herrschaft der NSDAP in Oldenburg in dieser Form nicht möglich gewesen. Mit Anton Kohlen wußte die NS-Regierung in Oldenburg einen beruflich ehrgeizigen und politisch zuverlässigen katholischen Schulfachmann in ihren Diensten, der sich auch über die Interessen und Belange seines angestammten katholischen Milieus hinwegsetzte. Deshalb war es kein Zufall, daß der Beginn seiner Karriere mit der Aufhebung der Oberschulkollegien in Oldenburg zusammenfiel und der Sitz der oberen Schulaufsicht von Vechta nach Oldenburg verlegt wurde. In der Umgebung des Bischöflichen Offizialats wäre Kohnens berufliche und politische Karriere zum Scheitern verurteilt gewesen, weil die katholische Kirche seinen politischen Extremismus ablehnte.

### **1.3. Formen sozialer und kultureller Gleichschaltung im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs**

Im politischen Kontext der nationalsozialistischen "Machtergreifung" zeigte sich im Frühjahr 1933 ein gravierender Unterschied zwischen dem katholischen und dem konfessionell ungebundenen Vereinswesen. Während sich unter den religions- und kirchenfeindlichen Bestrebungen des NS-Staates und den restriktiven Vorschriften des Reichskonkordats die katholischen Vereine aus der politischen Öffentlichkeit weitgehend zurückzogen und sich in der geschützten Sphäre ihrer Volkskirche in eine Art innere Emigration begaben, suchten die konfessionell unabhängigen Vereine ihr Überleben vorwiegend im Anschluß an den neuen Zeitgeist und schalteten sich weitgehend freiwillig gleich. Die kirchliche Domestizierung des katholischen Vereinswesens, die jahrzehntelang eingeübt und in der offenen Gesellschaft der Weimarer Republik kaum aufgeweicht worden war, erwies sich als wichtige Voraussetzung für das Überleben des organisierten Katholizismus im "Dritten Reich" und die Wahrung seiner moralischen Integrität. Aus dieser Position heraus traf der Vereinskatholizismus nach dem Zweiten Weltkrieg auf positive Voraussetzungen für seine Restauration, die das öffentliche Leben in Südoldenburg nach 1945 maßgeblich bestimmte und allseits durchdrang. Die Gleichschaltung des katholischen Milieus in Südoldenburg vollzog sich im Frühjahr 1933 auf sozialer und kultureller Ebene sehr rasch und ohne erkennbare Widerstände. Sie bewegte sich in der historischen Kontinuität und wies eine wesentliche Voraussetzung in der christlichen und nationalen Tradition der

einzelnen Vereine und Verbände sowie in ihrem kämpferischen Antikommunismus auf.

Was sich vor 1914 in den Reihen der Honoratioren im bürgerlichen Vereinswesen angekündigt hatte, setzte sich in der Nachkriegszeit fort. Die Gesang- und Turnvereine begnügten sich nach dem Ersten Weltkrieg nicht mit der Pflege unpolitischer Geselligkeit, sondern wurden politisch genutzt und wirkten in die national-konservative Agrargesellschaft Südoldenburgs hinein, ohne sich dieser Funktion bewußt zu werden. Sie agierten als Medien politischer wie kultureller Sozialisation und bemühten sich in diesem Sinne auch besonders um die Jugend. Daß man über die diffus-irrationale Sphäre von Heimat, Volk und Vaterland eines Tages in das politische Fahrwasser der "Nationalen Revolution" geraten und sich durch Billigung wie durch aktive Unterstützung in der gleichgeschalteten NS-Volksgemeinschaft wiederfinden könnte, wurde selbst in der dramatischen Phase am Ende der Weimarer Republik ignoriert und blieb unreflektiert.<sup>138</sup>

### **1.3.1. Die Gleichschaltung der berufsständischen Verbände**

#### **1.3.1.1. Die Gleichschaltung in der Landwirtschaft**

Neben dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit genoß die "Rettung des deutschen Bauern" im Regierungsprogramm Hitlers absolute Priorität. Willi Baumann kommt nach der Befragung von Zeitzeugen zu dem Ergebnis, "daß in der Bevölkerung die nationalsozialistische Regierung zunächst durchaus breite Sympathien genoß, weil die spürbare wirtschaftliche Gesundung [...] auf die Politik der neuen Machthaber zurückgeführt wurde".<sup>139</sup> Die ersten agrarpolitischen Maßnahmen der Hitler-Regierung schienen den Bauern recht zu geben: Es wurde ein Vollstreckungsschutz für Zwangsversteigerungen von Boden und Inventar ausgesprochen, eine Umschuldungsaktion vorgenommen

---

<sup>138</sup> GELHAUS, 1933, S.451-455: Verzeichnis der in der Münsterländischen Tageszeitung des Jahres 1933 angezeigten Veranstaltungen von NS-Organisationen.

<sup>139</sup> BAUMANN, Neuaenberg, S. 461. Bei der Gemeinde Neuaenberg/Gehlenberg handelt es sich um ein agrarisch-katholisches Milieu, das große Übereinstimmungen mit den Verhältnissen in Südoldenburg aufweist. Deshalb lassen sich aus den Ergebnissen, die Baumann systematisch entwickelt, auch Rückschlüsse auf den nationalsozialistischen Alltag im katholischen Milieu Südoldenburgs ziehen.

und durch Anhebung der Zölle ein sichtlich höherer Agrarpreis erzielt.<sup>140</sup> Diese Maßnahmen hoben nach Ansicht von Onno Poppinga das Ansehen der NSDAP bei den Bauern, zumal das Jahr 1933 eine gute Ernte aufwies.<sup>141</sup> Sie reichten aber nach Ansicht der Cloppenburg MT längst nicht aus, um die drängenden Probleme zu lösen. Sie befürchtete nach öffentlichen Erklärungen Hugenbergs sogar eine "völlige Ausschaltung des Staates aus der Wirtschaft und völlige Freiheit für die Wirtschaft". Diese Auffassung, der "Gipfelpunkt des kapitalistischen Materialismus", stehe "in krassem Widerspruch insbesondere zu den Anschauungen der Landbevölkerung und der Landwirtschaft, die die Auswirkungen dieses Geistes am stärksten zu spüren bekommen hat".<sup>142</sup> Der Ruf nach stärkeren Eingriffen des Staates in den landwirtschaftlichen Markt zum Schutz der bäuerlichen Existenzen war unüberhörbar. Die nationalsozialistische Agrarpolitik entschied sich aus übergeordneten politischen Motiven für einen dirigistischen Mittelweg, der den landwirtschaftlichen Markt ordnete und das Bauerntum ideologisch aufwertete.

Die moralische Rückendeckung, die die Regierungserklärung Hitlers vom 23. März 1933 dem Bauernstand zweifellos gewährte, dürfte bei der Landbevölkerung ihre Wirkung nicht verfehlt haben, zumal die avisierten agrarpolitischen Maßnahmen relativ schnell umgesetzt wurden. So entgegenkommend wie Adolf Hitler hatte keine Regierung der Weimarer Republik zu den deutschen Bauern gesprochen. In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Reichstag wiederholte er seine bekannten agrarpolitischen Thesen und stellte prophetisch die "Rettung des deutschen Bauern" in Aussicht:

"[...] die Rettung des deutschen Bauern muß unter allen Umständen durchgeführt werden. (Erneuter starker Beifall.) Die Vernichtung dieses Standes in unserem Volke würde zu denkbar schärfsten Konsequenzen führen. Die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mag für den Konsumenten hart sein. Das Schicksal aber, das das ganze deutsche Volk träfe, wenn der deutsche Bauer zugrunde ginge, wäre mit diesen Härten gar nicht zu vergleichen. Nur im Zusammenhang mit der unter allen Umständen zu erreichenden Rentabilität unserer Landwirtschaft kann die Frage eines Vollstreckungsschutzes bzw. einer Entschuldung gelöst werden. Würde diese nicht gelingen, so müßte die Vernichtung unserer Bauern nicht nur zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft überhaupt, sondern vor allem zum Zusammenbruch des deutschen Volkskörpers führen. [...] Ohne das Gegengewicht des deutschen Bauertums hätte der kommunistische Wahnsinn schon jetzt Deutschland überrannt und

---

<sup>140</sup> MT vom 16.2.1933: Der neue Vollstreckungsschutz (Verordnung des Reichspräsidenten über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz vom 14. Februar 1933).

<sup>141</sup> POPPINGA, Bauern, S. 50.

<sup>142</sup> MT vom 18.2.1933.

---

damit die deutsche Wirtschaft endgültig vernichtet. (Sehr richtig! rechts.) Es muß auch der weiteren Besiedlung des deutschen Bodens in Zukunft unsere größte Sorge gelten."<sup>143</sup>

Adolf Hitler vermied es, die politischen Implikationen der nationalsozialistischen Agrarpolitik, die immer zugleich auch Raum- und Ordnungspolitik war, anzusprechen. Nach den Erfahrungen im Ersten Weltkrieg, als die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland vor allem durch die britische Seeblockade von überseeischen Futtermittelimporten und Düngemitteln abgeschnitten war, setzte das NS-Regime auf eine möglichst große Autarkie der deutschen Landwirtschaft, um im politischen oder militärischen Konfliktfall aus eigener Kraft überlebensfähig zu sein. Dieses Ziel der nationalsozialistischen Agrarpolitik wurde unter dem Schlagwort "Nahrungsfreiheit für das deutsche Volk" popularisiert. Darunter war eine möglichst weitgehende Sicherung der Ernährung aus eigener Produktion und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu niedrigen bzw. stabilen Preisen zu verstehen, um das allgemeine Preis- und Lohnniveau sowie die darauf beruhende Rüstungsfinanzierung nicht zu gefährden.<sup>144</sup>

Aufgrund des "Reichsnährstandsgesetzes" vom 13. September 1933, dem eine Schlüsselstellung in der nationalsozialistischen Agrarpolitik zukommt, wurden sämtliche landwirtschaftliche Verbände und Organisationen gleichgeschaltet und zwangsweise im sog. "Reichsnährstand" (RNS) zusammengeschlossen.<sup>145</sup> Nach dem Führerprinzip mußten die leitenden Funktionen mit Mitgliedern der NSDAP besetzt sein. Die Marktverbände des "Reichsnährstandes" regulierten die Produktion, die Veredelung, den Transport, die Lagerung und den Absatz aller landwirtschaftlichen Produkte. Das geschah auf dirigistischer Grundlage durch staatliche Verordnungen und Gesetze sowie durch die Festsetzung von Erzeugermindestpreisen, die bald in ein System von Festpreisen übergingen. 1934 rief Reichsbauernführer Walter Darré zur sog. "Erzeugungsschlacht" auf, um die deutsche Landwirtschaft zur Steigerung der Produktion zu ermutigen.<sup>146</sup> Ideologischer Hintergrund der 'neuen' Agrarpolitik, die einen ständischen Aufbau der Landwirtschaft vorsah, war

---

<sup>143</sup> MT vom 24.3.1933; POPPINGA, Bauern, S. 49f.

<sup>144</sup> BLAICH, Wirtschaft, S. 304.

<sup>145</sup> MÜNDEL, Agrarpolitik, S. 100-106; MT vom 17.9.1933: zum "Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse".

<sup>146</sup> BLAICH, Wirtschaft, S. 304f.; MÜNDEL, Agrarpolitik, S. 106-112; BEHRENS, Weser-Ems, S. 52, 110.

die vermeintliche Unvereinbarkeit des ökonomischen Liberalismus mit dem bodenständigen Bauerntum, ein Argument, das aus der Vergangenheit kam, und rassistische Vorgaben, die im deutschen Bauerntum nicht nur den Ernährer des Volkes, sondern auch die "Blutquelle" der Nation sahen. So gingen in der Ideologie der deutschen Agrarpolitik im "Dritten Reich" traditionelle antimoderne Mentalitäten, die dem alten Mittelstand sehr vertraut waren, und neue Elemente, die der Rassenlehre entnommen waren, eine Einheit ein, die es in dieser Form bisher nicht gegeben hatte. Die doppelte Zielsetzung des deutschen Bauerntums bekräftigte Reichsbauernführer Darré auf einer Reichspressekonferenz, auf der er sich zum "Reichsnährstandsgesetz" äußerte:

"Das Gesetz räumt mit der irrümlichen Annahme des liberalistischen Zeitalters auf, daß der Landwirt ein Unternehmer im geschäftlichen Sinne sei. Wir brauchen den Bauern [...] als die Blutquelle des deutschen Volkes und wir brauchen ihn als den Ernährer. [...] Der Bauer muß seine Tätigkeit immer als seine Aufgabe an seinem Geschlecht und seinem Volk betrachten."<sup>147</sup>

Die "Blut und Boden"-Ideologie des Nationalsozialismus appellierte an mentalitätsgeschichtliche Überzeugungen und Haltungen, die im deutschen Bauerntum tief verwurzelt waren, und griff ordnungspolitische Parolen der Agraropposition auf, die die Landwirtschaft vor den negativen Folgen des agrarkapitalistischen Systems bewahren und unmittelbar an den Staat binden wollte. Als politische Rechtfertigung diente stets die exklusive nationale Bedeutung des deutschen Bauerntums, die die nationalsozialistische Ideologie rezipierte und rassistisch umdeutete. Ein gesundes bodenständiges Bauerntum war danach die Voraussetzung für die Sicherung der Ernährungsgrundlage und die Erhaltung des deutschen Blutes. Der "Reichsnährstand" war nach Auffassung von Onno Poppinga "ein Musterbeispiel für das NS-Konzept der Volksgemeinschaft". Bäuerliche Unternehmer und Landarbeiter,

---

<sup>147</sup> MT vom 20.9.1933. Staatsrat Meinberg hatte wenige Tage zuvor in Essen von einem "Bauernsyndikat" gesprochen und die agrarpolitischen Vorstellungen der NS-Regierung erläutert. Ein "verkapitalisierter Bauer" sei ein Mensch, "der die Scholle als Handelsware betrachte". Von "der Seite des Preises her" sei der Landwirtschaft aber nicht zu helfen, "das Primäre sei" vielmehr: "Man setze den Bauern fest auf die Scholle, dann könne ihm keine Inflation und keine Deflation etwas anhaben". Im Osten müsse wieder "ein gesundes bodenständiges Bauerntum wohnen", auch aus berechtigten sicherheitspolitischen Gründen: "Der beste Schutz des deutschen Volkes an der Ostgrenze seien niemals Gewehre und Maschinengewehre, sondern ein gesundes Bauerntum. Aus diesem Grunde müsse der Staat im Osten zwangsläufig siedeln." (MT vom 14.9.1933)

Kreditnehmer und Kreditgeber saßen in einem "gemeinsamen Bott".<sup>148</sup> Sichtbarster symbolischer Ausdruck dieser Volksgemeinschaft war das "Erntedankfest", das am 1. Oktober 1933 als "Der Tag des deutschen Bauern" begangen wurde.<sup>149</sup>

Das "Reichserbhofgesetz" vom 29. September 1933 knüpfte an diese Vorstellungen an und setzte sie in ein konkretes agrarpolitisches Konzept um. Es sollte das Bauerntum als "Blutsquell" des deutschen Volkes erhalten und die Höfe vor dem ökonomischen Niedergang durch Überschuldung und Aufteilung im Erbgang schützen. Aus der Einleitung des Gesetzes läßt sich deutlich auf die ihm zugrunde liegenden Zielsetzungen schließen:

"Die Reichsregierung will unter Sicherung alter deutscher Erbsitte das Bauerntum als Blutsquell des deutschen Volkes erhalten. Die Bauernhöfe sollen vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang geschützt werden, damit sie dauernd als Erbe der Sippe in der Hand freier Bauern verbleiben. Es soll auf eine gesunde Verteilung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen hingewirkt werden, da eine große Anzahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauernhöfe, möglichst gleichmäßig über das ganze Land verteilt, die beste Gewähr für die Gesunderhaltung von Volk und Staat bildet."<sup>150</sup>

"Bauer" hieß demnach der Eigentümer eines Erbhofes, der die deutsche Staatsangehörigkeit besaß und deutschen oder stammesverwandten Blutes war. Vom Bauernstand ausgenommen war, "wer unter seinen Vorfahren väterlicher= oder mütterlicherseits jüdisches oder farbiges Blut hat". Zum "Erbhof" gehörten alle Grundstücke, die im Eigentum des Bauern standen und von der Hofstelle regelmäßig bewirtschaftet wurden. Eine zeitweilige Verpachtung schloß die Hofzugehörigkeit nicht aus. Im Zweifelsfalle hatte das Anerbengericht auf Antrag des Eigentümers oder des Kreisbauernführers zu entscheiden. Die Erbhöfe wurden "von Amts wegen" in die Erbhöferolle eingetragen, wenn sie die Größe einer Ackernahrung (ca. 7,5 ha) aufwiesen und die Höchstgrenze von 125 ha nicht überschritten.<sup>151</sup> Durch die Einrich-

---

<sup>148</sup> POPPINGA, Bauern, S. 52.

<sup>149</sup> MT vom 18.9.1933; GELHAUS, 1933, S. 371: Aufruf zum "Deutschen Erntedanktag", unterzeichnet von den Reichsministern Darré und Goebbels.

<sup>150</sup> POPPINGA, Bauern, S. 50.

<sup>151</sup> MÜNDEL, Agrarpolitik, S. 112-120; BEHRENS, Weser-Ems, S. 110; MT vom 7.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 391. Die Cloppenburg MT erläuterte die Grundsätze des "Reichserbhofgesetzes", die an das in Oldenburg übliche Anerbenrecht anknüpften. Der "Anerbe" sollte den Hof unbelastet allein erhalten und ihn auch nicht zum Zwecke der Abfindung der anderen Kinder belasten. Die Miterben können nur aus dem sonstigen Vermögen befriedigt werden. Dazu gehörten eine den Verhältnissen entsprechende Berufsausbildung auf dem Hof und im Falle der Not "Heimatzuflucht". Der Grundsatz der Unbelastbarkeit und Unveräußerlichkeit

tung des "Erbhofes" war die deutsche Landwirtschaft aus übergeordneten innen- wie außenpolitischen Zielsetzungen des Regimes in ihrer Substanz zunächst geschützt. Neben den steuerrechtlichen Vorteilen, die das Gesetz mit sich brachte, wurden bald die Nachteile deutlich. Das Verbot jeder Belastung des Erbhofes schnitt die Betriebe von der normalen Kreditversorgung ab und hemmte ihre Investitionen; sie wichen aus auf arbeitsintensive Produktionsformen und waren in extremer Weise von staatlichen Hilfen abhängig. Zudem wurde das Reichserbhofgesetz aufgrund der als ungerecht empfundenen Bevorzugung des Hoferben stark kritisiert. Seine ideologische Bedeutung verlor sich um so schneller, je mehr Darré mit dem Beginn des Vierjahresplanes (1936) an Kompetenzen einbüßte.<sup>152</sup> Das Ziel der 'neuen' Agrarpolitik in den ersten Jahren des "Dritten Reiches" war nicht die Lösung der Agrarfrage. Sie hätte strukturelle Eingriffe in die deutsche Landwirtschaft erforderlich gemacht, die das Regime für wenig opportun hielt. Die notwendigen Reformen wurden vertagt.

Der Weg der bisher unabhängigen deutschen Bauernvereine in den NS-Staat war damit vorgezeichnet. Am 4. April 1933 schlossen sich der Reichs-Landbund, die Deutschen Bauernvereine und der Agrarpolitische Apparat der NSDAP zur "Reichsführergemeinschaft des Deutschen Bauernstandes" zusammen, die die organisatorische Neugliederung des Landvolks vorbereiten sollte. Damit verfügten die Nationalsozialisten über "eine scheinbar legale Schlüsselposition", die sie zur Gleichschaltung des ländlichen Verbandswesens einsetzten.<sup>153</sup> Der Vorsitzende der "Reichsführergemeinschaft", der bisherige Leiter des Agrarpolitischen Apparates, Walter Darré, übertrug Reichskanzler Adolf Hitler "aus der besonderen Verbundenheit des deutschen Bauerntums mit dem Führer des neuen Deutschland" symbolisch die

---

brachte es mit sich, daß Zwangsvollstreckungen in den Erbhof unmöglich waren. Eine angekündigte Durchführungsverordnung sollte darüber hinausgehen und eine Zwangsvollstreckung auch in die Erzeugnisse des Erbhofes unterbinden, "so daß private Gläubiger den Erbhof und seine Erzeugnisse überhaupt nicht mehr angreifen können". An die Kritiker richtete die MT die Warnung, "daß es im nationalsozialistischen Staate und nach nationalsozialistischer Weltanschauung nicht auf das Wohl und den Vorteil des Einzelnen ankommt, sondern einzig und allein das Interesse der Gesamtheit maßgebend ist." Daraus sei zu schließen: "Das Wohl der Gesamtheit erfordert es daher, daß die Höfe ungeteilt und unbelastet erhalten bleiben und die gesunde Grundlage des Staates sowohl in rassischer wie auch in bevölkerungspolitischer Hinsicht bilden."

<sup>152</sup> POPPINGA, Bauern, S. 51. Das Gesetz gewährte den Erbhöfen besondere Umschuldungsbedingungen, Befreiung von Grund- und Erbschaftssteuern sowie Steuerermäßigungen.

<sup>153</sup> STOLTENBERG, Landvolk, S. 192.



Schirmherrschaft der neuen Organisation.<sup>154</sup> Damit war bereits im April 1933 das Ende der freien Berufsorganisationen in der deutschen Landwirtschaft besiegelt.<sup>155</sup>

1933 verlor der Oldenburger Bauernverein seine Eigenständigkeit und wurde in den "Reichsnährstand" überführt. Bereits Ende März stellte er sich auf einer außerordentlichen Sitzung hinter die jetzige Reichsregierung und strebte den Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Organisationen an.<sup>156</sup> Zwischen dem Landbund Oldenburg-Bremen und dem Oldenburger Bauernverein wurde Anfang Juni 1933 ein Vertrag abgeschlossen, der der Vorbereitung der landwirtschaftlichen Einheitsorganisation diente und einen Austausch von Vorstandsmitgliedern zwischen Landbund und Bauernverein vorsah. Danach trat der Kolon Franz Meyer-Holte, der Vorsitzende des Oldenburger Bauernvereins, in den Vorstand des Landbundes ein, der landwirtschaftliche Gaufachberater Karl Poppe (Barel, MDR) in den Vorstand des Bauernvereins. Mit der Vorbereitung und Durchführung der Bildung einer neuen Einheitsorganisation wurden für den Landbund in Südoldenburg im Amt Vechta Dr. Averdarm-Stuckenborg und im Amt Cloppenburg Gutsbesitzer Georg Meyer-Nutteln und Zeller Heinrich Vorwerk (Westeremstek) beauftragt.<sup>157</sup> In einem Aufruf, der am 17. Juni 1933 in der Cloppenburger MT veröffentlicht wurde, begrüßte der Oldenburger Bauernverein den geplanten Zusammenschluß des Bauernstandes im Lande und konnte darin keinen Bruch mit der langen Tradition der selbständigen Bauernvereine erkennen, sondern eher die Erfüllung ihres historischen Auftrages:

"Das Zusammengehen unter einer einheitlichen Führung, die im Einklang steht mit der Führung des Staates und in der auch unseren bewährten Führern ein Platz und ein entsprechender Einfluß gesichert ist, findet in den Reihen der Bauernvereinsmitglieder freudige Zustimmung. Das Ziel der Gründer der Bauernvereine war stets die Schaffung eines einheitlichen Berufsstandes. Wenn wir uns heute diesem Ziele näher wissen und wenn wir überzeugt sein können, daß in dieser neuen Standeseinheit auch die durch 70 Jahre lange Arbeit bewährten für alle Verhältnisse geltenden Grundsätze und Ideale ihre gebührende Beachtung finden, dann kann sich daran jedes Bauernvereinsmitglied ehrlich freuen."<sup>158</sup>

---

<sup>154</sup> OV vom 5.4.1933; MT vom 3., 4.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 147.

<sup>155</sup> POPPINGA, Bauern, S. 214-218.

<sup>156</sup> MT vom 27.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 136.

<sup>157</sup> MT vom 10.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 233; OV vom 17.6.1933.

<sup>158</sup> MT vom 17.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 248: "Zur Einigung des oldenburgischen Bauernstandes", unterzeichnet von Dr. Werlemann. Heinrich Gertken faßt das Ergebnis dieser Entwicklung für den Kreis Cloppenburg zutreffend in den Worten zusammen: "Aus dem Willensträger des Bauern-

Noch war die landwirtschaftliche Einheitsorganisation nicht geschaffen, aber Landbund und Bauernverein rechneten mit dem Anschluß weiterer Organisationen. Zu ihnen zählte als erste der Verband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe in Südoldenburg, der sich auf einer Verbandsversammlung am 11. Juni 1933 auf den Boden des "Dritten Reiches" stellte. Die Kundgebung des Verbandes hatte zeittypischen Charakter und verdeutlichte die ideologischen Nachbarschaften zwischen dem Bauerntum und dem Nationalsozialismus. Der erste Teil der Erklärung enthielt eine politische Abrechnung mit dem ökonomischen Liberalismus und Interessenpluralismus in der Vergangenheit, der erst die unterschiedlichen bäuerlichen Standesvertretungen erforderlich gemacht habe. Der Verband, der sich nun als "Kleinbauernbewegung" verstand, bekannte sich zu seiner christlichen und nationalen Tradition und sprach seine antikommunistische Abwehrhaltung nunmehr offen aus:

"Die Verbandsversammlung des Verbandes landw. Kleinbetriebe begrüßt die geplante Vereinheitlichung des landwirtschaftlichen Organisationswesens. Die bisherige liberalkapitalistische Wirtschaftsverfassung zwang die einzelnen Berufsgruppen innerhalb der Landwirtschaft, sich ihren besonderen Interessen entsprechend zu organisieren. Für die Kleinlandwirte, Heuerleute, Pächter und Siedler bestand nach dem Kriege auch deshalb im besonderen Maße der Zwang, sich eine wirtschaftspolitische Kampforganisation zu schaffen, weil diese Schichten der Landwirtschaft z. Zt. des Höhepunktes der liberalistischen und materialistischen Wirtschaftsepoche in besonderem Maße gefährdet waren und eines besonderen Schutzes bedurften. Dem auf christlich-nationaler Grundlage aufgebauten Verband landw. Kleinbetriebe ist es zu verdanken, daß nach dem Kriege die marxistischen Organisationen in Südoldenburg keinen Fuß faßten."

Nach der Überwindung der "liberalkapitalistischen Wirtschaftsverfassung" und der "materialistischen Wirtschaftsepoche" konnte "an die Stelle von Interessen und Kampforganisationen" im Frühjahr 1933 "der organische Aufbau der Wirtschaft auf berufsständischer Grundlage treten", der vom Verband nachhaltig begrüßt wurde:

"Wir begrüßen dies umso mehr, als die Ziele des Volkskanzlers Adolf Hitler und seines landwirtschaftlichen Beauftragten, des Bauernführers Darré, - Verbindung des deutschen Menschen mit dem deutschen Boden durch Siedlung, Schutz desjenigen, der den Boden bearbeitet, Beseitigung der Klassegegensätze - dieselben sind, für welche die Kleinbauernbewegung immer gekämpft hat. In der festen Überzeugung, daß die in der

---

standes wurde nun zwangsweise der Befehlsempfänger im Reichsnährstand und in der Landesbauernschaft. Der Persönlichkeit des damaligen Kreisbauernführers Georg Meyer - Nutteln ist es zu verdanken, daß in dieser Ära menschliche Rücksichten in der Behandlung vieler Fragen und Forderungen eingeflossen sind." (GERTKEN, Landwirtschaft, S. 107)

---

Kleinbauernbewegung organisierten Kräfte bei dem ständischen Aufbau der Landwirtschaft unentbehrlich sind und nicht übergangen werden können, wenn der Gedanke einer wahren Volksgemeinschaft verwirklicht werden soll, stellen wir uns voll und ganz hinter den vom Vertrauen des gesamten Bauernstandes getragenen Führer."<sup>159</sup>

Die Resolution des Verbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe enthielt Elemente einer Siedlungsideologie, die bereits in demokratischer Zeit kultiviert wurde und in der Bindung des Bauern an die Scholle einen Damm gegen die aktuellen Modernisierungsprozesse zu errichten versuchte. So zeigt die Erklärung den gleitenden Übergang des Kleinbauertums in Süddoldenburg vom christlich-nationalen Konservatismus, der betont antikommunistisch ausgerichtet war und ausgeprägte antidemokratische Ressentiments enthielt, zur Adaption der nationalsozialistischen Ideologie, die die konservativen Denkfiguren geschickt aufzunehmen und umzulenken verstand. Die im Verband organisierten katholischen Kleinbauern Süddoldenburgs befanden sich durchaus auf der politischen Höhe der Zeit, denn gleichzeitig arrangierte sich die katholische Kirche in Konkordatsverhandlungen mit dem Heiligen Stuhl mit dem nationalsozialistischen Regime und suchte die Nähe zum NS-Staat.<sup>160</sup> Das konnte an der katholischen Basis nicht ohne politische Resonanz bleiben.

Der um seine Existenz kämpfende Kleinbauer mußte sich geehrt fühlen, wenn er die politischen Sympathiebekundungen des nationalsozialistischen Regimes an seine Adresse ernst nahm. Auf einer außerordentlichen Verbandsversammlung im September 1933 hörte der anwesende Kleinlandwirt "wohl zum ersten Male aus berufenem Munde, daß auch der Heuermann im neuen Staate als vollwertiges Glied der Volksgemeinschaft gelte u. in den wichtigsten Stand - den Bauernstand - eingegliedert wird". Mit dem Bekenntnis, "daß der Verband stets auf christlicher Grundlage für den Heuerleute= und Pächterstand gekämpft habe und daß die Ziele des Verbandes fast 100prozentig die des neuen Staates gewesen seien", wurde der Zusammenschluß landwirtschaftlicher Kleinbetriebe am 10. September 1933 in Vechna aufgelöst.<sup>161</sup> Am 30. September 1933 hörte der Oldenburger Bauernverein auf zu bestehen und wurde in die Landesbauernschaft Oldenburg - Bremen überführt. Auf einer Sitzung des Gesamtausschusses des Oldenburger Bauernvereins in Cloppenburg berichtete der Vorsitzende, Kolon Franz Meyer-

---

<sup>159</sup> MT vom 13.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 240.

<sup>160</sup> Vgl. zum Reichskonkordat Kap. 3.5.4.: Der Abschluß des Reichskonkordats.

<sup>161</sup> MT vom 26.9.1933; GELHAUS, 1933, S. 375.

Holte, über die Liquidierung der christlichen Bauernvereine und warf aus gegebenem Anlaß einen Blick zurück auf die Geschichte des Bauernvereins. Ein Bruch war aus seiner Sicht nicht zu erkennen:

"Als vor mehr als 70 Jahren Freiherr von Schorlemer die Bauernvereine gründete, da kam es ihm darauf an, die liberalistischen Tendenzen zu bekämpfen. Heute sehen wir im Reichsnährstand die praktische Verwirklichung der Schorlemerschen Gedanken, der korporativen Idee. Wir blicken mit Freuden auf unsere Arbeit zurück, wir schauen sehr zuversichtlich in die Zukunft. Bei dem Aufbau des Reichsnährstandes gilt es, die Pflichten und die Forderungen, die an den einzelnen herangetragen werden, zu erfüllen. Um des großen Zieles, wegen des einigen Berufsstandes müssen alle kleinlichen Bedenken bei Seite gestellt werden. Im Obrigkeitsstaate hört die Kritik in der Öffentlichkeit auf, es muß die Autorität des Staates wieder anerkannt werden. Unser Ziel war immer die Erhaltung der Höfe. Heute ist es unsere Aufgabe, voll und ganz die Regierung des Volkskanzlers Adolf Hitler zu stützen, der in der Erhaltung des Bauernstandes die Erhaltung des Vaterlandes sieht."<sup>162</sup>

Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst galt als Führer des Westfälischen Bauernvereins, den er 1862 mit gegründet hatte. Dieser Bauernverein, der vor allem im Münsterland verankert war, sollte die Interessen der mittelbäuerlichen Landwirtschaft wahrnehmen und zu einer stärkeren Besinnung auf das Christentum führen. Der Verein entwickelte sich politisch zu einem Unterbau der Zentrumspartei. Schorlemer-Alst gehörte 1870 zu den Gründungsmitgliedern der konfessionellen Partei und war von 1873 bis 1890 Vorsitzender der Zentrumsfraktion im preußischen Landtag. Wiederholt hatte sich der katholische Konservative Schorlemer gegen den kirchenfeindlichen Liberalismus und eine kapitalistische Wirtschaftsordnung ausgesprochen, deren soziale Mißstände er anprangerte. Den Ideen einer parlamentarischen Demokratie, wie sie im deutschen Linkskatholizismus diskutiert wurden, standen Schorlemer und die christlichen Bauernvereine, die auch in Süddoldeburg weit verbreitet waren, strikt ablehnend gegenüber.<sup>163</sup>

Der Antrag des Gesamtausschusses, den Oldenburger Bauernverein zum 30. September 1933 zum Zwecke der Überführung in den Landesbauernstand aufzulösen, wurde angenommen. Im April 1933 wurden auch Verhandlungen

---

<sup>162</sup> MT vom 3.10.1933.

<sup>163</sup> Kirche und Leben Nr. 11, 19.3.1995, S. 6. Burghard Freiherr von Scholemer wurde am 21. Oktober 1825 auf Schloß Herringhausen im ehemaligen Kreis Lippstadt geboren. Er entstammte einer alteingesessenen katholischen Adelsfamilie in Westfalen. 1853 erwarb er mit seiner Frau Anna Gräfin Droste zu Vischering das Rittergut Haus Alst in der Nähe von Burgsteinfurt. Als Autodidakt eignete sich Schorlemer große Kenntnisse in der Landwirtschaftslehre und der Agrarpolitik an und engagierte sich in mehreren landwirtschaftlichen Vereinen und Verbänden.

über den Zusammenschluß der Rindvieh- und Herdbuch-Vereine im Landes-  
teil Oldenburg geführt. In Südoldenburg waren davon betroffen der Verein  
der Schwarzbunt-Züchter und der Verein der Rotbunt-Züchter.<sup>164</sup> Am 24.  
April 1933 meldete die Cloppenburger MT die Gleichschaltung des deut-  
schen Viehhandels.<sup>165</sup> Für den Freistaat Oldenburg wurde sie Anfang Mai  
1933 vollzogen.<sup>166</sup> Auf der Tagesordnung der Generalversammlung des  
Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Cloppenburg am 6. Mai 1933 stand  
die "Neuwahl von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß Verordnung des Mini-  
steriums des Innern [...] über Gleichschaltung oldenburgischer Genossen-  
schaften" auf der Tagesordnung.<sup>167</sup> Aufgrund einer Verordnung des olden-  
burgischen Staatsministeriums hatten sämtliche Landwirtschaftlichen Genos-  
senschaften ihre Vorstände und Aufsichtsräte neu zu wählen. Zum Zwecke  
der Gleichschaltung mußten in diesen Gremien 51 % Nationalsozialisten ver-  
treten sein.<sup>168</sup>

### 1.3.1.2. Die Gleichschaltung in Handel und Gewerbe

Was sich in der Landwirtschaft vollzog, erfaßte auch große Teile des Han-  
dels und Gewerbes in Südoldenburg. Ende April 1933 lag das Mittelstands-  
schutzgesetz im Entwurf vor, das angesichts der schweren Lage des Einzel-  
handels "eine Sperre für die Errichtung neuer Geschäfte bzw. ein Verbot,  
bereits bestehende Verkaufsräume unnötig zu erweitern", vorsah.<sup>169</sup> Die Auf-  
gaben der bisher freien berufsständischen Vereinigungen übernahm der  
"Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes", der in Cloppenburg am 8. Mai  
1933 gegründet wurde. Über den Aufbau dieser NS-Organisation informierte  
Gaukampfbundführer Jens Müller auf der Gründungsversammlung aus erster  
Hand:

"Im Vorstand müsse dem Nationalsozialismus ein solcher Einfluß gegeben werden,  
daß im Interesse des Deutschen Volkes die nationalsozialistische Revolution durchge-  
führt werden könne."<sup>170</sup>

---

<sup>164</sup> MT vom 6.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 149.

<sup>165</sup> MT vom 24.4.1933.

<sup>166</sup> MT vom 8.5.1933. Für Südoldenburg gehörte der Viehhändler August Schlotmann (Spreda) als  
Schriftführer dem "Verein der Viehhändler vom Freistaat Oldenburg und Umgegend e. V." an.

<sup>167</sup> MT vom 26.4.1933.

<sup>168</sup> MT vom 10.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 194.

<sup>169</sup> MT vom 29.4.1933.

<sup>170</sup> MT vom 8.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 189f.

Auf der Gründungsversammlung wurde an die in der demokratischen Vergangenheit diskutierten Modelle einer berufsständischen Vertretung erinnert, um die historische Kontinuität der gegenwärtigen politischen Entwicklung zu dokumentieren.<sup>171</sup> An eine Realisierung dieser Modelle war 1933 weniger denn je zuvor zu denken:

"Durch die berufsständische Gliederung könne nur Rettung kommen u. sie sei das Fundament für das berufsständische Parlament. Als gerecht ausgleichender Faktor stehe die Regierung über allen."<sup>172</sup>

Kaufmann Bernhard Klöveborn, der erste Vorsitzende des Handels- und Gewerbevereins Lohne, begrüßte auf einer Versammlung Ende März 1933 im Namen des gewerblichen Mittelstandes "die jetzt beginnende politische und wirtschaftliche Umwälzung in Deutschland" und war zuversichtlich, daß "viele Forderungen vom Handel und Gewerbe jetzt der Erfüllung entgegengehen und nicht diese Kreise wie bisher mit leeren Versprechungen abgepeist würden". Die Erklärung des Vorsitzenden wies in eine eindeutige politische Richtung:

"Handel und Gewerbe stellten sich freudig in den Dienst der jetzigen Regierung und wollten ihrerseits alles dazu beitragen, um den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes sicherzustellen."

Klöveborn wandte sich mit Blick auf den bevorstehenden Boykott am 1. April 1933 der Judenfrage zu, der man "an und für sich für den Ort Lohne keine Bedeutung zuzumessen" brauche, da in Lohne kein Jude ansässig sei. Er empfahl den Mitgliedern des Handels- und Gewerbevereins indes, "insoweit den Wünschen der NSDAP gerecht zu werden" und die noch bestehenden jüdischen Geschäftsverbindungen aufzuheben, "und zwar auf Grund der im Auslande verbreiteten Greuelnachrichten".<sup>173</sup>

Der Hauptausschuß der Südoldenburger Kaufmannsgilde erklärte auf einer Sitzung Anfang Mai 1933 in Cloppenburg, "daß sich die Gilde einmütig hinter die Regierung der nationalen Revolution stelle". Der Vorstand legte

---

<sup>171</sup> Kaufmann Bernahrd Klöveborn war seit dem 24. November 1934 Ortsgruppenwalter der NS-Hago in Lohne und gehörte seit dem 21. September 1935 dem Stadtrat der Stadtgemeinde Lohne an. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 275)

<sup>172</sup> MT vom 8.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 190.

<sup>173</sup> OV vom 1.4.1933.

auf dieser Sitzung sein Amt nieder, "um den Weg in die Gleichschaltung frei zu machen".<sup>174</sup> Im Einvernehmen mit dem Gaukampfbundführer Weser-Ems, Jens Müller, übernahm der Cloppenburg Kaufmann Heinz Koll (NSDAP) den Vorsitz der Südoldenburger Kaufmannsgilde. Gauleiter und Reichsstathalter Röver wurde "die Gleichschaltung der Kaufmannsgilde zur Kenntnis gebracht und von ihm der Wunsch ausgesprochen, daß der Verband der Kaufmannsgilde den Kampf für den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand in der Zukunft mit bestem Erfolge weiter führen möge".<sup>175</sup> Die Verbände paßten sich dem Führer- und Gefolgschaftsprinzip an und gaben damit ihre Eigenständigkeit auf.

Ebenfalls im April 1933 wurde die Gleichschaltung des Oldenburgischen Handwerks betrieben, mit der staatlich bestellte Kommissare beauftragt wurden. Für die Schlachter-, Tapezierer-, Elektriker- und Schuhmacherinnung wurden neue Obermeister bestellt.<sup>176</sup> Am 12. Mai 1933 erfolgte die Gleichschaltung des Amtshandwerkerbundes Cloppenburg, die auf einer Versammlung in der "Walhalla" vorgenommen wurde. Bei der Besetzung des Vorstandes kam es wegen zu geringer Beteiligung an der Versammlung zunächst zu Schwierigkeiten. Der Kreiskampfbundleiter ernannte schließlich Schuhmachermeister Anton Behrens aus Cloppenburg zum Kommissar, der die Leitung der Versammlung übernahm und den alten Vorstand aus seinem Amt entließ:

"Die Versammlung erhob sich zu Ehren der scheidenden Vorstandsmitglieder, wobei betont wurde, daß sie sich nichts hätten zuschulden kommen lassen, der Amtshandwerkerbund habe aber gleichgeschaltet werden müssen."

Für den Vorstand vorgeschlagen, nicht gewählt, weil sie von der Gaukampfbundleitung in Oldenburg bestätigt werden mußten, wurden Schuhmachermeister Anton Behrens als Vorsitzender, Tischlermeister Nordiek und Schneidermeister Otto Meyer (beide Cloppenburg), Tischlermeister Rüwe (Emstek), Schneidermeister Benken (Lindern) und "ein weiteres Mitglied der NSDAP aus Lönningen oder Essen". In den Vorstand des gleichgeschalteten Handwerkerbundes, Ortsgruppe Cloppenburg, wurden auf einer Versammlung in der Gastwirtschaft Kramer Malermeister Franz Behrens (Vorsitzen

---

<sup>174</sup> MT vom 5.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 187.

<sup>175</sup> MT vom 9.5.1933. Als Beisitzer fungierten Fabrikant Franz Beckmann, Lohne, und Kaufmann Max Middendorf, Vechta.

<sup>176</sup> MT vom 28.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 167.

der), Schneidermeister Otto Meyer (Schriftführer) und Schneidermeister Konrad Tabeling (Kassierer) gewählt. Auch sie bedurften der Bestätigung durch die Gaukampfbundleitung in Oldenburg.<sup>177</sup> Die Betriebe im Handel und im Gewerbe wurden der Deutschen Arbeitsfront (DAF) angeschlossen. Für die einzelnen Abteilungen der Reichsbetriebsgemeinschaft Handel in der DAF wurden Kreisfachgruppenwalter gewählt, und zwar in Cloppenburg für den Groß- und Außenhandel R. Speller, für den Einzelhandel C. Vaske, für das Vermittlergewerbe Ferd. Göken, für das Gaststättengewerbe H. Luhmann und für das Haus- und Grundstückswesen W. Baumbach. Zuständig für alle Fachgruppen der Reichsbetriebsgemeinschaft "Handel" in der DAF des Kreises Cloppenburg war der Kreisbetriebsgemeinschaftswalter W. Schlüter, Cloppenburg.<sup>178</sup> Anfang Mai 1933 vollzog auch der Landesverband der oldenburgischen Gastwirtevereine die Gleichschaltung, "die im Zuge der Gründung des Deutschen Gastwirtegewerbes notwendig geworden war". Dem Vorstand des Cloppenburger Vereins gehörten Benken, Lützenrath, Kramer (alle Stahlhelm) und Strohschnieder (NSDAP), dem Friesoyther Vorstand von der Horst (Sedelsberg), Wilkens, Lenz, Hüffer (alle Stahlhelm) und Scheibe (Altenoythe, Vertrauensmann der NSDAP) an.<sup>179</sup>

Die örtlichen Betriebe, die sich in der Nationalsozialistischen Handwerks-, Handels und Gewerbeorganisation (NS-HAGO) gleichgeschaltet hatten, sollten nach dem Willen der Partei offensichtlich einen Wettbewerbsvorteil genießen. Auf Veranlassung des Gauleiters wandte sich die Kreisamtsleitung Cloppenburg der NS-HAGO in einem Schreiben vom Februar 1934 an Amtshauptmann Münzebrock mit der Bitte, "bei Vergebung von Aufträgen, wie Massnahmen, die Handel, Handwerk und Gewerbe betreffen, stets den zuständigen Kreisamtsleiter der N.S. HAGO zu Rate zu ziehen bzw. über die Kreisamtsleitung den jeweiligen Ortsgruppenführer der N.S. HAGO bei sämtlich vorkommenden Fragen wirtschaftlicher Art in Kenntnis zu setzen". Weiter erging die Bitte an den Amtshauptmann, "den jeweiligen Bürgermeister (Gemeindevorsteher) dahin eine Anweisung zukommen zu lassen, dass selbige sich ebenfalls stets mit den zuständigen Ortsgruppen=Amtsleitern in Verbindung setzen, sobald es um wirtschaftliche Fragen geht".<sup>180</sup> Im Ant

---

<sup>177</sup> MT vom 13.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 197.

<sup>178</sup> Archiv des Landkreises Cloppenburg 10 - 15/1: Mitteilung der DAF, Kreisverwaltung Cloppenburg, an Amtshauptmann Münzebrock vom 20. November 1936.

<sup>179</sup> MT vom 12.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 196.

<sup>180</sup> Archiv des Landkreises Cloppenburg 10 - 15/1: Schreiben der NS-HAGO Cloppenburg vom 26.2.1934 an Amtshauptmann Münzebrock.



wortschreiben an den Kreisamtsleiter der NS-HAGO in Cloppenburg, Kaufmann Hinrichsmeyer, erklärte sich Münzebrock mit den Worten zur Zusammenarbeit bereit:

"Auch ich bin selbstverständlich gern bereit, mit Ihnen und Ihrer Organisation in allen einschlägigen Fragen zusammenzuarbeiten. Ich wäre dankbar, wenn Sie mir von besonderen Begebenheiten, die für mich von Interesse sind, Kenntnis geben würden und mir auch Gelegenheit geben würden, an besonderen Veranstaltungen solcher Art teilzunehmen."

An die Gemeindevorstände wandte sich Münzebrock mit der Bitte, "sich in allen in Betracht kommenden Fällen auf dem Gebiet des Handels, Handwerks und Gewerbes mit den Ortsgruppenführern der N.S. Hago ins Benehmen zu setzen". Er bat darum, seinem Ersuchen "Folge zu leisten".<sup>181</sup>

### 1.3.2. Die Gleichschaltung im bürgerlichen Vereinswesen

In Cloppenburger Sängerkreisen hielt man den 30. Januar 1933 offensichtlich für eine so einschneidende politische Wende, daß man dieses Tages in der Chronik des traditionsbewußten Männergesangsvereins "Liederkrantz" gedachte und ihn mit den Worten würdigte:

"Die Chronik des Liederkrantz wäre mehr als lückenhaft, wenn sie die großen Ereignisse, die sich in unserem Vaterlande am 30. Januar und 21. März vollzogen, mit einem Stillschweigen übergehen würde. Bei unserer Einstellung zum neuen Deutschland war eine innere Umstellung nicht nötig. Denn stets sind wir Sänger in nationaler Hinsicht unantastbar und gut deutsch gewesen. Unsere Sängerkulte, das gilt sowohl für die heimatlichen, als auch für die in großem Rahmen abgehaltenen, waren stets Bekenntnisse deutscher Art. Wien und Frankfurt, die deutschesten aller deutschen Feste der Nachkriegszeit haben das vollauf bezeugt; ohne in den Verdacht der Überheblichkeit zu kommen, können wir Liederkränzler von uns behaupten, daß wir lange vor dem 30. Januar auch auf sozialem Gebiet unsere Pflicht getan haben. Wir stehen nicht an zu erklären, daß wir dem Volkskanzler Adolf Hitler, in dem wir einen Kenner und eifrigen Förderer der von uns gepflegten Kunst erblicken, auch in kultureller Hinsicht unser volles Vertrauen entgegenbringen."<sup>182</sup>

Die Erklärung vom Frühjahr 1933 stellt in der ansonsten unpolitischen Chronik des Cloppenburger "Liederkrantz" eine regelrechte Ausnahme dar, wobei

---

<sup>181</sup> Archiv des Landkreises Cloppenburg 10 - 15/1: Schreiben vom 5. März 1934.

<sup>182</sup> Chronik, Liederkrantz, S. 226f.; HEUER, Liederkrantz, S. 81; GELHAUS, Hubert: "Grüß Gott mit hellem Klang ...", IN: MT vom 13.5.1989.

es sich keineswegs um eine rein persönliche Meinungsäußerung des Vereinschriftführers handelte. Diesem ausformulierten politischen Bekenntnis lag "eine Überlegung des Vorstandes" zugrunde, "der es für angebracht hielt, zu diesem Zeitpunkt [...] einen Kotau vor den neuen Machthabern zu machen". Zur politischen Diktion des Textes trifft Günther Heuer eine Differenzierung, die auch auf andere Erklärungen dieser Zeit zutrifft:

"Indem die Begriffe 'national' und 'sozial', zu denen beiden sich unser Sänger bekennen kann, getrennt angesprochen und zu ihrem wörtlichen Nennwert genommen werden, vermeidet er die Identifizierung mit dem weltanschaulich so ganz anders besetzten Wort 'nationalsozialistisch'. Selbst die Huldigung an Hitler enthält mit den Wendungen 'wir stehen nicht an' und 'in kultureller Hinsicht' Einschränkungen, die für den wissenden Zeitgenossen, der zwischen den Zeilen zu lesen verstand, sehr wohl aussagekräftig waren."<sup>183</sup>

Der politische Grundtenor der Kundgebung bestand in der eindringlichen Vergewisserung, daß im "Liederkranz" angesichts der politischen Wende "eine innere Umstellung nicht nötig" sei. Als weltanschauliche Brücke zum "neuen Deutschland" Adolf Hitlers diene den Sängern eine nationale Grundhaltung, die sie in der Vergangenheit durch ihre "Bekanntnisse deutscher Art" immer wieder bezeugt hatten. Der differenziert angelegte Text ist durchaus wörtlich zu lesen. Mit ihrem verklausulierten Hinweis auf ihren traditionellen Antirepublikanismus empfahlen sich die Sänger für die politische Zukunft Deutschlands und sahen sich in nationaler Hinsicht durch den 30. Januar 1933 vollauf bestätigt. In der unbestrittenen nationalen Haltung ist der politische Grund dafür zu sehen, daß im Mai 1933 nicht die bürgerlichen Vereine, sondern die Arbeiterturn- und Arbeitersportvereinigungen und die sozialdemokratischen Jugendbünde verboten wurden.<sup>184</sup>

In einer groß angelegten Rede auf dem Bundesfest des Sängerbundes "Heimattreu" am 17. Mai 1933 in Essen, der ersten öffentlichen Veranstaltung der münsterländischen Gesangsvereine nach der Machtübernahme, ordnete der Cloppenburger Studienrat Dr. Hubert Burwinkel in seiner Funktion als Vorsitzender des Sängerbundes "Heimattreu" die politischen Ereignisse dieser Zeit in die konservativ-nationale Tradition der südoldenburgischen Sängerbewegung ein und vertraute das historische Erbe, daß "der Deutsche auch ohne Parteipolitik seiner Liebe zu Heimat und Volk Ausdruck geben" konnte, dem

---

<sup>183</sup> HEUER, Liederkranz, S. 82.

<sup>184</sup> MT vom 19.5.1933: aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 durch das Staatsministerium.

politischen Aufbauwerk Adolf Hitlers an. Offen bekannte sich Burwinkel zur politischen Idee der deutschen Volksgemeinschaft:

"Wenn unser Reichskanzler eine wahre Volksgemeinschaft aufbaut, so können wir als Deutsche Sängern das nur freudig begrüßen. Ein einziges Volk von Brüdern aus der Not zu schmieden, über alle Standesunterschiede hinweg alle Deutschen im Liede einig zu umfassen [...], das war unser redliches Bemühen. Kann es eine bessere Einheit geben als ein Chor singender Menschen? Im Gesangsverein stehe neben dem Bauern der Beamte, der Kaufmann neben dem Handwerker und Arbeiter. Da heißt es sich einfügen ins Ganze, damit der Verein ein einziger, großer, einheitlich bewegter Gesamtkörper wird. So waren unsere Gesangsvereine in der Vergangenheit Horte der Einigkeit und der inneren Sammlung. Denn unser Vaterland kann nur wieder aufblühen, wenn nach einem Worte des Reichskanzlers Hitler alle zusammengefügt werden, die guten Willens sind, wenn eine geistige Volksgemeinschaft aller Deutschen zustande kommt."

Burwinkel konnte im 30. Januar 1933 keinen historischen Bruch erkennen, sondern nur eine Bestätigung deutscher Geschichte, auf die man in Sängerkreisen seit 1918 gewartet hatte. Die "Machtergreifung" fügte sich so in die ruhmvolle Geschichte der Geburt der deutschen Nation aus dem Krieg. Hubert Burwinkel erinnerte in Essen an sie und rekapitulierte ihre glanzvollen politischen Höhepunkte:

"Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte! Durch das deutsche Lied sind unsere Vorfahren hineingeschmiedet in die große Volksgemeinschaft. Sie ist es gewesen vor 100 Jahren, als die Freiheitsdichter ihre herrlichen Lieder dem deutschen Volke gaben. Durch die Lieder wurden sie verbunden, über Volksteile und Grenzen hinweg. So entstand das Lied von der deutschen Sehnsucht. Die Einigkeit wurde 1848 nicht erreicht, wohl aber 1870. Da ist es gelungen mit Blut und Eisen. Das Lied aber war der Wegbereiter."<sup>185</sup>

In dieser deutschen Geschichte war die Zeit der Weimarer Republik nur eine Übergangsphase, ein historisches Intervall, gewesen. Der Gesangsverein, ein "Chor singender Menschen", war nach den Worten Burwinkels als "Pforte der Einheit" ein sinnfälliges Symbol für die Volksgemeinschaft, die Adolf Hitler zu schaffen gedachte, weil ein singender Verein "ein ganzer Körper" sei.<sup>186</sup> Der Essener Kaplan Wilhelm Niermann, der im Herbst 1936 zu den geistigen Vorkämpfern im sog. "Kreuzkampf" in Südoldenburg zählte, hielt auf dem Bundessängerfest in Essen anlässlich der Fahnenweihe die Weiherede. Darin erneuerte er das Bekenntnis des Sängerbundes "Heimattreu", das seit nunmehr achtzig Jahren laute: "Treu unserm Gotte und treu der Heimat!"

---

<sup>185</sup> Chronik, Liederkranz: Bericht der MT, ohne Datum.

<sup>186</sup> OV vom 19.5.1933.

Niermann begrüßte den vollzogenen Umschwung in der deutschen Politik, der dem Deutschen Reich eine neue Einheit gebracht habe:

"Als wir im vorigen Herbst gemeinsam die Fahne schufen, da war noch kein einiges deutsches Reich. Da war noch das Reich zerrissen in Klassen und Parteien und Gegensätzen. [...] 'Wir wollen predigen und sprechen vom heiligen deutschen Reich', sagt der Dichter. Nicht nur das, wir wollen singen und singen und abermals singen vom heiligen deutschen Reiche."<sup>187</sup>

Die politischen Differenzierungen, die die "wahre" und "geistige Volksgemeinschaft" von der gleichgeschalteten NS-Gesellschaft unterscheiden sollten, stellten einen konservativen Vorbehalt gegenüber der "nationalen Erhebung" dar, der allerdings wirkungslos blieb.

Wilhelm Niermann, ein Bruder des späteren Landrats Reinhold Niermann, wurde am 14. September 1898 in Lönningen als zweitältestes von zehn Kindern geboren und wuchs in einer Handwerkerfamilie auf. Aus der ehemaligen Drechslerwerkstatt wurde eine Fabrik für Bürstenhölzer. Wilhelm Niermann besuchte das Gymnasium Antonianum in Vechta und meldete sich als Unterprimaner freiwillig zum Militärdienst. 1916 wurde er an die Westfront eingezogen. Sein Weg zum Priestertum soll auf ein Schlüsselerlebnis in seinem Leben zurückgehen: Niermann entging nur knapp der Vollstreckung eines Todesurteils, das wegen Gehorsamsverweigerung gegen ihn ausgesprochen worden war. 1919 kehrte er aus britischer Kriegsgefangenschaft in einem Lager in der Normandie in seine Heimat zurück. Ohne Prüfung erhielt Niermann das Abiturzeugnis zuerkannt und nahm das Theologiestudium in Münster auf. Bischof Johannes Poggenburg weihte ihn am 14. Juni 1924 zum Priester. Niermann kam am 15. Juli 1924 nach Essen, "wo sich schon in seinen Predigten und in seinem seelsorglichen Wirken eine große Persönlichkeit abzeichnete", und übernahm hier die Funktion eines Pfarrkooperators. 1926 wurde ihm als Nachfolger des angesehenen Kaplans Joseph Hinners die Verwaltung der Kaplanei anvertraut. Insgesamt wirkte Niermann 14 Jahre in der Pfarrgemeinde Essen. Er engagierte sich in der Jugend- und Kolpingarbeit, leitete die Katholische Jungeschar, gehörte dem Essener Kriegerverein und dem Gemeindeausschuß der Zentrumsparlei an. Weil Niermann als hervorragender Prediger bekannt war, holten ihn Vereine und Verbände gerne als Festredner. Nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten wurde er zur "Seele des Widerstandes im Kampf um das Kreuz in unserem Oldenburger Land". Die Erteilung des Unterrichts an der Bürgerschule wurde ihm 1935 untersagt und die von ihm geleitete "Katholische Jungeschar" verboten. Niermann gehörte zu den wenigen Geistlichen Südoldenburgs, die am 25. November 1936 an der Großkundgebung in der Cloppenburger Münsterlandhalle teilnahmen. 1938 wurde er zum Pfarrer der Diasporagemeinde St. Marien in Delmenhorst ernannt. Die Marien-Kirche wurde im Krieg völlig zerstört. Als Weihbischof Heinrich Roleff 1949 die Altarkonsekration in der wiederaufgebauten Pfarrkirche St. Marien vornahm, wurde die Ernennung von Pfarrer Niermann zum Propst bekanntgegeben. 1954 ernannte ihn Bischof Michael Keller zum ersten Dechanten des neuer

---

<sup>187</sup> OV vom 19.5.1933.

---

richteten Dekanats Delmenhorst. In Delmenhorst konnte Wilhelm Niermann insgesamt 17 Jahre wirken. Er starb am 4. November 1955.<sup>188</sup>

Auf dem Sängerfest des Oldenburgischen Sängerbundes im Juni 1933 in Vechta griff der Vorsitzende Hillmann die innere Beziehung der Sängerbewegung zur "Nationalen Revolution" auf und unterstrich in diesem Sinne die historische Bedeutung des Jahres 1933:

"Alle Ereignisse der letzten Monate treten zurück hinter das große Ereignis, das die Herzen und Gemüter Deutschlands und der Welt bewegt, die Tatsache der inzwischen erfolgten nationalen Erneuerung. Wir haben stets in vaterländischem Geist gearbeitet und sind bemüht gewesen, diesen in das Volk hineinzutragen. Wir haben dahin gestrebt, die Volksgemeinschaft zu erreichen. Mit Stolz können wir sagen, daß sie in der Sängergemeinschaft schon voll durchgeführt ist. [...] Freudig stellen wir uns hinter die Bestrebungen der heutigen Regierung. Wir streben wie immer für die Durchdringung des Volkes mit vaterländischem Geist und arbeiten kräftig mit am Wiederaufbau des Vaterlandes."<sup>189</sup>

Im Herbst 1933 - unmittelbar vor den Reichstagswahlen und der Volksabstimmung am 12. November 1933 - führte der Cloppenburger Liederkranz das Führerprinzip ein. Der Gleichschaltung der Gesangvereine ging das Rundschreiben vom 18. September 1933 voraus, das vom "Bundesführer" des "Sängerbundes Niedersachsen von 1831" herausgegeben wurde. Diesem Zusammenschluß war der "Oldenburgische Sängerbund von 1910", dem der Cloppenburger "Liederkranz" angeschlossen war, bereits am 20. September 1933 beigetreten. Das Schreiben des "Bundesführers" enthielt die Aufforderung, "daß auch Ihr Verein sich bis spätestens zum 15. Oktober d. J. auf das Führerprinzip umzustellen hat". Bei der Berufung seiner Mitarbeiter zum Vorstand hatte der "Vereinsführer" darauf zu achten, daß mehr als 50 % der Vorstandsmitglieder der NSDAP oder einer ihr nahestehenden Organisation angehören. Die Wahl des "Vereinsführers" bedurfte der Bestätigung durch den zuständigen Gau führer. Der Mitteilung an den Gau führer war eine Bescheinigung der NSDAP-Ortsleitung beizufügen, "daß ihrerseits Bedenken gegen die neue Zusammensetzung des Vorstandes nicht bestehen". Dieser

---

<sup>188</sup> STRICKMANN, Heinz: Vor 40 Jahren starb der 1898 in Lönigen geborene Geistliche Propst Wilhelm Niermann - eine der markantesten Persönlichkeiten des Kreuzkampfes 1936, IN: MT vom 18.11.1995. Heinz Strickmann stellt in seinem Artikel eine Gedenkschrift vor, die von der Pfarrgemeinde St. Marien in Delmenhorst zusammen mit Michael Hirschfeld anläßlich des 40. Todestages von Wilhelm Niermann herausgegeben wurde. BAUMANN, Niermann, S. 324-329; WILKEN, Willi: Propst und Dechant Wilhelm Niermann +, eine markante Persönlichkeit des Oldenburger Landes, IN: HKL 1956, S. 141-143.

<sup>189</sup> Chronik, Liederkranz: Bericht der MT, ohne Datum.

Anordnung trug der "Liederkrantz" auf seiner Generalversammlung am 15. Oktober 1933 Rechnung.<sup>190</sup> Der bisherige Liedervater Dr. Hubert Burwinkel übernahm das Amt des "Vereinsführers" und sprach "in bewegten und bewegendem Worten" von den jüngsten politischen Ereignissen:

"Als Träger alter nationaler Ideen werde auch der Liederkrantz es sich nicht nehmen lassen, aktiv in den Dienst des großen Zeitgeschehens zu treten. Einmütig werden sich die Sänger hinter den Führer des Reiches stellen und mit ihm die scham- und ehrlosen Forderungen des Feindbundes zurückweisen. Für jeden Deutschen von Pflichtbewußtsein gibt es heute nur einen Weg: Treue Gefolgschaft dem Führer. Heil Hitler! Heil deutschem Wort und Sang!"<sup>191</sup>

Der ohnehin von außen zu erwartenden Aufforderung zur Gleichschaltung kamen viele bürgerliche Vereine, Standes- und Berufsgruppen durch Selbstgleichschaltung zuvor und signalisierten frühzeitig schon immer bekundete nationale Grundhaltungen und eine Bereitschaft zur politischen Gefolgschaft, die sich aus ihrer historischen Tradition ergab. Zweifel an der nationalen Grundhaltung wurden als politische Zumutung zurückgewiesen. Die Kundgebungen dokumentieren eine Identifikation der Sängerbewegung mit den neuen politischen Verhältnissen in Deutschland, die der Vorbehalt von der "wahren Volksgemeinschaft" in ihrer revolutionären Dynamik nicht mehr abschwächen konnte. Durch das Bekenntnis zur "nationalen Erneuerung" und zur Reichskanzlerschaft Adolf Hitlers erhielt die irrationale Welt des politischen Konservatismus ein erkennbares Profil und lieferte sich einer Zielsetzung aus, auf die sie nach der Überwindung des liberalen Verfassungsstaates keinen Einfluß mehr hatte. Die vagen Hoffnungen der konservativen Revolutionäre, sich zur nationalsozialistischen "Volksgemeinschaft" bekennen und zu ihr halten und sich gleichzeitig von ihrem revolutionären Elan und ihren amoralischen Zielen distanzieren zu können, erfüllten sich nicht. Sie legten aber nach dem Untergang des "Dritten Reiches" Ausreden nahe, die die politische Verantwortung zu bestreiten und die Verstrickungen der Vergangenheit aus der eigenen Geschichte zu tilgen versuchten. Dafür gibt es auch einzelne Beispiele.

### **1.3.2.1. Kulturpolitischer Pragmatismus: das Beispiel Hermann Bitter**

Eine herausragende Rolle im kulturellen Leben seiner Heimatstadt spielte zwischen den beiden Weltkriegen der Cloppenburgler Studienrat Hermann

---

<sup>190</sup> Chronik, Liederkrantz, S. 30f.

<sup>191</sup> MT vom 11.11.1933; GELHAUS, 1933, S. 417.

Bitter. Er verhielt sich pragmatisch und arrangierte sich seit 1933 mit der NSDAP, um seine kulturpolitische Karriere nicht zu gefährden oder aufgeben zu müssen. Daraus zog er einen persönlichen Nutzen und wurde nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft politisch voll rehabilitiert. Ein Einblick in die Auseinandersetzungen um die Person Hermann Bitters nach dem Ende des "Dritten Reiches" vermittelt auch eine Anschauung von dem kulturellen Leben in einer katholischen deutschen Kleinstadt unter der nationalsozialistischen Herrschaft. Neben Turn- und Sportlehrer Kurt Samerski, der maßgeblich am Aufbau der HJ in Südoldenburg beteiligt war, gehörte Hermann Bitter zu den Mitgliedern des Lehrkörpers am Cloppenburg Realgymnasium, die im öffentlichen Leben standen. Er leitete die sog. "Aula-Abende", eine kulturelle Veranstaltungs- und Vortragsreihe, die in der Aula der Schule durchgeführt wurde, war beteiligt an der Ausarbeitung der Resolution, mit der sich die Allgemeine Lehrerkonferenz des Realgymnasiums am 24. April 1933 demonstrativ auf die Seite der nationalsozialistischen Regierung stellte, übernahm Führungsaufgaben im sog. "Wehrsport" und war als "Vertrauensmann" für "Fragen des N.S.L.B. und des Philologenvereins" zuständig.<sup>192</sup>

Der Cloppenburg Studienrat Hermann Bitter bestritt nach dem Zweiten Weltkrieg, eine Funktion in der NSDAP ausgeübt zu haben, und verwies zu seiner Entlastung auf seine großen Verdienste um das kulturelle Leben in seiner Heimatstadt. Dabei spielten die Auseinandersetzungen um die Besetzung der Direktorenstelle am Cloppenburg Gymnasium, die bis heute nicht ganz geklärt sind, eine große Rolle. Zu Unrecht sei er in Presseberichten "stets mit verschiedenen Rängen und Titeln bedacht" worden: "Schulungsleiter, Ortsgruppenleiter der NSKG, Pg, Stellenleiter, Ortskulturwart usw."<sup>193</sup>

Hermann Bitter wurde am 30. August 1893 als Sohn des Sanitätsrates Dr. Josef Bitter in Determ bei Leer geboren. Als sein Vater seine Praxis nach Cloppenburg verlegte, besuchte sein Sohn Hermann hier zunächst die höhere Bürgerschule und dann das Gymnasium Antonianum in Vechta. Dort legte er 1911 die Reifeprüfung ab und nahm das Studium in Deutsch, Englisch und Französisch auf. Nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg schloß er 1920 sein Studium mit der wissenschaftlichen Staatsprüfung in Münster ab. Nach dem Ersten Weltkrieg erhielt Bitter 1920 als Studienreferendar seine

---

<sup>192</sup> Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34; Protokolle vom 24.4., 20.6. und 19.9.1933. Dem NS-Lehrerbund gehörte Bitter nach Auskunft des Bundesarchivs Berlin unter der NSLB-Nr. 197303 seit dem 1. Oktober 1933 an. (Bundesarchiv, Bitter). Nach eigenen Angaben war er von 1934 bis 1939 Mitglied im NSLB. (StAO 351 - 842: Entnazifizierung; RADEMACHER, Weser-Ems, Manuskript)

<sup>193</sup> StAO 351 - 842: Entnazifizierung.

erste Anstellung am damaligen Realprogymnasium in Cloppenburg und übernahm die Leitung der Schülerkapelle. 1921 wurde er zum Studienrat ernannt, nach dem Zweiten Weltkrieg, als er das Gymnasium in Cloppenburg kommissarisch leitete, erfolgte 1946 seine Ernennung zum Oberstudienrat. Hermann Bitter entfaltete eine rege Vereinstätigkeit auf musikalischem und sportlichem Gebiet. Er leitete von 1924 bis 1954 den Männergesangsverein "Liederkranz", gründete 1930 den Frauenchor Cloppenburg und hatte von 1937 bis 1955 das Amt des Bundeschormeisters im Sängerbund "Heimat-treu" inne. Bitter war Vorsitzender des Cloppenburger Tennisvereins und arbeitete seit 1923 in der Leitung der "Aula-Abende" mit. Um der Gefahr der Auflösung zu entgehen, schalteten sich die "Aula-Abende" 1934 selbst gleich und erhielten den Titel "NS-Kulturgemeinde" (NSKG); Bitter behielt die Leitung der NSKG. Aus den ehemaligen "Aula-Abenden" gingen 1949 unter der Leitung Bitters die "Freunde der Kunst" hervor. 1936 erhielt Bitter nach eigenen Angaben das Amt eines städtischen Musikbeauftragten und 1939 die Stellung eines Kreismusikbeauftragten. Als kommissarischer Leiter der Schule war Bitter an der Namensgebung des Cloppenburger Gymnasiums nach Kardinal von Galen im Jahre 1949 maßgeblich beteiligt. 1953 trat er die Nachfolge von Hans Hartweg, der die Schule seit 1950 leitete, an und wurde offiziell zum Schulleiter des Clemens-August-Gymnasiums berufen. Dieses Amt übte er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1958 aus und erteilte über diesen Zeitpunkt hinaus noch Aushilfsunterricht in Französisch und Englisch. Gegen seine Berufung zum Schulleiter bestanden offensichtlich politische Bedenken, die dazu führten, daß sich Stadtrat und Kreistag für ihn verwendeten. Für die Errichtung einer dritten katholischen Kirche in Cloppenburg, die "Gymnasialkirche" St. Augustinus, im Jahre 1959 setzte sich Bitter, der sich inzwischen auch kommunalpolitisch engagierte, mit Erfolg ein. Von 1956 bis 1968 gehörte er dem Rat der Stadt Cloppenburg an und war 16 Jahre als Mitglied des Kreistages des Landkreises Cloppenburg tätig. Für seine Verdienste um das kulturelle und musische Leben in seiner Heimatstadt wurde Hermann Bitter 1979 zum Ehrenbürger der Stadt Cloppenburg ernannt. Er verstarb am 26. Januar 1980. Die Stadt Cloppenburg ehrte Hermann Bitter anlässlich seines 100. Geburtstages im Jahre 1993 mit einem Festakt in der Aula des Clemens-August-Gymnasiums.<sup>194</sup>

Nachdem die britische Militärregierung seine Anstellung im Schuldienst abgelehnt hatte, erklärte sich Bitter am 29. Oktober 1946 persönlich vor dem Landesentnazifizierungsausschuß in Oldenburg. Er sei 1926 oder 1927 in den Stahlhelm eingetreten und "aus Protest" wieder ausgetreten, "als dann der Stahlhelm mit den Nazis die sog. Harzburger Front bildete". Als 1933 jeder Beamte einer sog. Rechtsorganisation beigetreten sei, habe er kein Mitglied der NSDAP werden wollen und sich erneut dem Stahlhelm angeschlossen. 1934 sei er vom Stahlhelm zwangsläufig in die SA-Reserve überführt worden und 1935 wieder ausgetreten. "Ohne sein Zutun" sei er 1937 Mitglied der

---

<sup>194</sup> StAO 351 - 842: Entnazifizierung; WINTER, Adreßbuch, S. 124f.; GELHAUS, 1933, S. 51f.; REINHARDT, Chronik, S. 65-69; WILLENBORG, Kulturleben, S. 189-197; BRENGELMANN, Liturgie, S. 77-79; STRICKMANN, Heinz: In der über 550jährigen Stadtgeschichte gab es nur sechsmal eine Ernennung. IN: MT vom 12.4.1996.



NSDAP geworden.<sup>195</sup> Der Landesausschuß faßte daraufhin den Beschluß: "Bitter war kein aktiver Nationalsozialist. Er ist politisch tragbar. Gegen seine Belassung im Amt bestehen keine Bedenken."<sup>196</sup> Als die Vorwürfe gegen seine Person nicht verstummten, nahm Bitter in einem für die zuständigen Behörden bestimmten umfangreichen Dossier vom 15. November 1947 zu seiner Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus Stellung. Darin unterstrich er erneut sein kulturelles Engagement, dem er alle politischen Erwägungen untergeordnet habe. Er habe nicht die Kunst mißbraucht, um für die NSDAP zu werben, sondern "das genaue Gegenteil" sei der Fall gewesen:

---

<sup>195</sup> Die Feststellungen über die Parteizugehörigkeit Hermann Bitters sind widersprüchlich. Nach Auskunft des Bundesarchivs Berlin trat Hermann Bitter am 1. April 1936 unter der Mitglieds-Nr. 3737806 in die NSDAP ein. (Bundesarchiv, Bitter). Nach Aussagen der Zeitzeugen Maria Kruse und Bernd Thonemann aus Cloppenburg, die in der örtlichen Presse veröffentlicht wurden, entschied sich das Lehrerkollegium des Cloppenburger Realgymnasiums 1933 geschlossen für die Mitgliedschaft in der NSDAP. Zu den Ausnahmen - dabei besteht kein Einvernehmen darüber, ob es sich um einen oder zwei Kollegen handelt - gehörte Hermann Bitter offensichtlich nicht. (MT vom 10. und 13.10.1998). Im sog. "Fragebogen", den Hermann Bitter am 14. Januar 1946 unterzeichnete, antwortete er auf die Frage nach seiner Parteizugehörigkeit mit der Bemerkung: "Unbestimmt, kein Parteibuch erhalten." Nach eigenen Angaben gehörte er dem NSV von 1936 - mit Fragezeichen versehen - bis 1945 und dem VDA seit 1937 an. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen berichtete Bitter, er habe kein Parteibuch bekommen und etwa seit 1936/37 Mitgliedsbeiträge zahlen müssen. (StAO 351 - 842: Entnazifizierung; RADEMACHER, Weser-Ems, Manuskript)

<sup>196</sup> StAO 351 - 842. Der Landesausschuß begründete sein Urteil: "Die eingereichten schriftlichen Zeugenbegutachtungen lassen erkennen, daß es sich bei Bitter um keinen wirklichen Anhänger der Naziideen gehandelt hat. Er ist nur zwangsläufig durch den Stahlhelm in die SA und schließlich in die NSDAP hineingeraten und muß im großen und ganzen als Mitläufer und im gewissen Sinne auch als Mußnazi bezeichnet werden. Eine politische Belastung liegt somit nicht vor." Zu seiner Entlastung hatte Bitter seinem Schreiben an den Landesentnazifizierungsausschuß vom 2. Juli 1946 ein Zeugnis der Bürgermeisterversammlung des Kreises Cloppenburg vom 27. November 1945 und ein Schreiben der amtierenden Bürgermeister der Stadt Cloppenburg vom 20. Juni 1946 beigelegt. Bürgermeister Josef Wichmann und der stellvertretende Bürgermeister Georg Weßling, der zugleich Mitglied des örtlichen Entnazifizierungsausschusses war, bestätigten darin "in vollem Umfange das von der Bürgermeisterversammlung abgegebene Urteil", das auf die Beibehaltung Bitters im Amt gedrängt hatte, und erklärten, "daß der Studienrat Bitter, der uns seit seiner Jugend bekannt ist, unser uneingeschränktes Vertrauen besitzt und daß wir überzeugt sind, daß er die seiner Leitung anvertraute Schule in wahrhaft demokratischem und christlichem Geiste führen wird". Er sei "nur nominelles Mitglied der NSDAP" gewesen und kein Militarist. Er stehe den Zielen der alliierten Nationen nicht feindlich gegenüber. Oberstudienrat Bitter leitete das Cloppenburger Gymnasium nach seiner Wiedereröffnung am 10. Oktober 1945 kommissarisch. Ende 1946 wurde der ehemalige Direktor der Schule, Dr. Claus Thomé, erneut mit der Leitung des Cloppenburger Gymnasiums beauftragt.

"Ich habe die Parteieinrichtungen ausgenutzt, um für die Kunst zu werben, und diese meine Haltung zur Kunst einerseits und zur Partei andererseits ist hier in Cloppenburg auch immer nur so verstanden worden."<sup>197</sup>

Nach eigener Darstellung ging es Bitter bei der Umwandlung der "Aula-Abende" in die NS-Kulturgemeinde (NSKG) darum, "die Kulturabende in Cloppenburg zu retten und unter meiner Leitung zu erhalten, um sie nicht der KdF-Leitung Oldenburg auszuliefern". Diese Linie habe er beibehalten und sie habe schließlich zur Auflösung der "Aula-Abende" geführt. Er selbst habe "keine nationalsozialistische Kultur gepflegt". Seine Ansprachen auf Veranstaltungen im Rahmen der "Aula-Abende" seien "frei von nationalsozialistischen Floskeln" gewesen.<sup>198</sup> Als die Aufführung von Haydns Oratorium "Die Jahreszeiten", deren Einstudierung mit dem "Liederkranz" und dem Frauenchor Hermann Bitter bereits 1931 begonnen hatte, an finanziellen und technischen Schwierigkeiten zu scheitern drohte, arrangierte sich der Cloppenburg-Chorleiter lakonisch mit der örtlichen SA und sicherte damit den Erfolg seines ehrgeizigen Projekts.<sup>199</sup> Das Oratorium "Die Jahreszeiten" wurde am

---

<sup>197</sup> StAO 351 - 842, S. 3. Der Urheber der gegen Bitter erhobenen Vorwürfe blieb nach Auskunft des Beschuldigten anonym. Seinem Schreiben, das insgesamt 17 Seiten umfaßt, fügte Bitter zu seiner Entlastung 38 Belege und Zeugnisse bei, u. a. von Vikar Sommer, Dipl. Ing. Thonemann, Schriftsteller Karl Bunje, Bankdirektor Hermann Bitter und von den Studienräten Kneilmann und Kleene. Für ihn als Leiter des Cloppenburg-Gymnasiums hätten sich der frühere Bürgermeister der Stadt Cloppenburg, Dr. Heukamp, die Bürgermeisterversammlung des Kreises Cloppenburg vom 27. November 1945, der frühere Bürgermeister Wichmann, der jetzige Bürgermeister, Landtagsabgeordnete und Mitglied des Entnazifizierungsausschusses Georg Weßling und der frühere Landrat und spätere Oberkreisdirektor Dr. Ostmann ausgesprochen, außerdem der frühere Provinzial des Dominikanerordens, Pater Laurentius Siemer, der von den Nationalsozialisten verfolgt worden sei und mit dem er "ständig während dieser Jahre in Verkehr" gestanden sei, der frühere Direktor, Ministerialrat a. D. Dr. Thomé, die katholische Geistlichkeit, an ihrer Spitze Dechant Hackmann, und die evangelische Geistlichkeit. Nach der Pensionierung von Dr. Thomé 1947 wurde das Cloppenburg-Gymnasium wieder kommissarisch von Hermann Bitter geleitet. Die Stelle wurde 1950 trotz zahlreicher Interventionen schließlich nicht mit Hermann Bitter, sondern mit dem aus Schwaney bei Paderborn stammenden Hans Hartweg besetzt, der 1953 als Oberstudiendirektor an das Gymnasium Petrinum in Recklinghausen zurückging.

<sup>198</sup> StAO 351 - 842, S. 7. Bitter erklärte wiederholt, daß er "nicht mit der Kultur Reklame für die NSDAP gemacht habe, sondern die damals gegebenen Möglichkeiten nutzte, um für gute, nicht nationalsozialistische Kunst zu werben". Als Beleg für seine Kulturpolitik fügte er die unter seiner Regie durchgeführten Programme von 1933 bis 1939 bei. Bitter wörtlich: "Ich habe keinen Auftrag irgendeiner Parteiinstanz entgegengenommen, sondern die 'Gesellschaft für Aula-Abende' umgetauft, getarnt, um das Cloppenburg-Kulturleben vor dem Einfluß der Parteiinstanzen zu schützen." (S. 6, 9f.)

<sup>199</sup> StAO 351 - 842, S. 13. Als er in die SA eingetreten sei, habe ihn diese aufgefordert, sich als "Kulturmann" zu engagieren. Darauf habe er geantwortet: "Kommandieren Sie Ihre SA-Männer

10. Juni 1934 in der Münsterlandhalle aufgeführt und am 26. Juni 1938 wiederholt; der Erfolg der ersten Aufführung blieb bei der zweiten allerdings aus.<sup>200</sup> Im Rahmen der Festwoche zur 500-Jahrfeier der Stadt Cloppenburg brachten Männergesangverein und Frauenchor unter der Leitung von Hermann Bitter am 26. Juni 1935 Haydns Oratorium "Die Schöpfung" in der Münsterlandhalle zur Aufführung.<sup>201</sup> Den Männergesangverein "Liederkrantz" selbst bezeichnete er nach dem Kriege "als "Anti-Nazi-Verein", weil viele Sänger "nicht mal nominelle Mitglieder der Partei und bekannte Antifaschisten" waren.<sup>202</sup> Bitter verwies darauf, daß er auch an der sog. großen "Kreuzversammlung" am Nachmittag des 25. November 1936 in der Cloppener Münsterlandhalle teilgenommen habe.<sup>203</sup>

Grundsätzlich erklärte Bitter sich über seine Auffassung vom Nationalsozialismus und den Einfluß der katholischen Kirche. Bis 1933 habe er die NSDAP "vollkommen abgelehnt", sei ihr aber auch "nach der Freigabe des Eintritts in die Partei durch die deutschen Bischöfe" nicht beigetreten, weil er sich nicht habe überwinden können, "aus Opportunität einer Partei beizutreten, die ich bis dahin scharf abgelehnt hatte, zweitens, weil ich mich von jeher aller parteipolitischen Bindung mit Bewußtsein ferngehalten habe, da sie nicht meiner Meinung entspricht und ich auch glaubte, daß meine künstlerischen - kulturellen Bestrebungen dadurch geschädigt würden". Einen Ausgleich zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus habe er 1933 mit großen Teilen des deutschen Katholizismus noch für möglich gehalten:

"Dennoch glaubte ich im Anfang, nachdem die Kirche ihr Eintrittsverbot zurückgenommen hatte, daß eine Synthese zwischen einem nationalen Sozialismus - ich vermeide das Wort National-Sozialismus - und der katholischen Glaubenslehre bzw. Christentum nicht unmöglich sei. Diese Meinung teilten damals noch Kirchenfürsten

---

für 1.- RM in die Aufführung, dann kann ich Ihnen in vier Wochen ein Oratorium bieten." So habe er seine Aufführung durchgesetzt, "nicht für die SA, sondern für die Stadt".

<sup>200</sup> Chronik, Liederkrantz, S. 31f. Bei der zweiten Aufführung war die Münsterlandhalle mit Hakenkreuzfahnen geschmückt. (GELHAUS, 1933, S. 491: Bilddokument; Chronik, Liederkrantz, S. 32)

<sup>201</sup> Chronik, Liederkrantz, S. 31.

<sup>202</sup> StAO 351 - 842: Schreiben Hermann Bitters an den Landesentnazifizierungsausschuß Oldenburg über das Schulumt Cloppenburg vom 2. Juli 1946.

<sup>203</sup> StAO 351 - 842, S. 12. Ebenfalls verurteilte Bitter nach eigenen Worten die sog. "Reichskristallnacht" 1938: "Daß ein anständiger Mensch die 'spontane Volkserhebung' gegen die Juden im Jahre 1938 ablehnte, ist eine Selbstverständlichkeit, daß aber ein Lehrer in der Klasse offen dagegen protestierte, die Kinder, die, von Erwachsenen mißleitet, sich an dem Umstürzen von Denkmälern auf dem Judenfriedhof beteiligten, hart tadelte und ihnen das Schändliche ihres Betragens vorhielt, ist nicht überall selbstverständlich gewesen." (S. 17)

beider Konfessionen, auch unsere südoldenburgischen geistlichen Religionslehrer [...]. Daß eine solche Synthese mit dem National-Sozialismus unmöglich war, beweisen die Ereignisse Ende Juni 1934."<sup>204</sup>

Die Entnazifizierung Hermann Bitters wurde am 30. September 1948 mit seiner völligen Entlastung abgeschlossen. Der Entnazifizierungs-Hauptausschuß des Kreises Cloppenburg kam zu dem Ergebnis, "daß Bitter trotz äußerer Parteizugehörigkeit den Nationalsozialismus weder gefördert noch unterstützt, sondern abgelehnt hat". Deshalb habe der Beschuldigte einen Anspruch auf volle Rehabilitation. Unter diesen Umständen bestünden "natürlich keine Bedenken, daß ihm endgültig die Oberstudiendirektorenstelle und damit die Leitung des Staatl. Gymnasiums in Cloppenburg übertragen wird".<sup>205</sup>

Die zwiespältige Haltung von Studienrat Hermann Bitter in der nationalsozialistischen Zeit ist ein signifikantes Beispiel für die gespaltene Wirklichkeit im katholischen Milieu in Südoldenburg vom Machtwechsel des Jahres 1933 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Hermann Bitter gehörte zu den prominentesten Trägern des kleinstädtischen Kulturlebens und übte in drei Epochen deutscher Geschichte, in der Weimarer Republik, im "Dritten Reich" und in der westdeutschen Nachkriegszeit nachhaltigen kulturpolitischen Einfluß auf die Region aus. In der Umgebung Hermann Bitters kam nur noch Studienrat Dr. Hubert Burwinkel eine vergleichbare Bedeutung zu. Burwinkel fungierte seit 1932 als Liedervater bzw. "Vereinsführer" des Männergesangvereins "Liederkrantz", seit 1933 als Vorsitzender des Sängerbundes "Heimattreu", leitete die Ortsgruppe Cloppenburg im Heimatbund für

---

<sup>204</sup> StAO 351 - 842, S. 1f. Als Beispiel führte Bitter Dr. Göken an, "der durch seinen Beitritt zum NSLB, dessen Verweigerung man ihm als Geistlichen nicht übergenommen hätte, den Glauben an diese Möglichkeit zugab und durch Teilnahme an einem Umzuge in der Landeshauptstadt Oldenburg offen bekannte". Mit den "Ereignisse[n] Ende Juni 1934" bezog sich Bitter auf den sog. Röhms-Putsch vom 30. Juni 1934.

<sup>205</sup> StAO 351 - 842. Durch Bescheid der Militärregierung vom 26. Februar 1948 wurde Bitter zunächst in die Kategorie IV (Unterstützung des Nationalsozialismus) mit Beschäftigungsbeschränkung eingeordnet. Dagegen erhob der Beschuldigte mit Schreiben an den Überprüfungsausschuß in Oldenburg vom 2. März 1948 Einspruch und wurde vom Entnazifizierungsausschuß des Kreises Cloppenburg durch Beschluß vom 30. September 1948 schließlich entlastet. Zur Parteizugehörigkeit Bitters erklärte der Ausschuß: "Ohne sein Zutun und insbesondere ohne Unterschriftsleistung wurde Bitter später in die NSDAP aufgenommen. Auch hier handelte es sich um eine automatische Eingliederung der ehemaligen Stahlhelmmitglieder um 1936/37 herum."

das Oldenburger Münsterland und trat als Heimatdichter hervor.<sup>206</sup> Unter der Leitung Bitters wurden die "Aula-Abende" seit 1933 erheblich politisiert. Zahlreiche Eintragungen im Gästebuch der "Aula-Abende", das von Hermann Bitter geführt wurde, belegen nach Auffassung von Paul Willenborg die Politisierung des kulturellen Lebens in Cloppenburg. Es ist nach seiner Meinung unwahrscheinlich, daß in einem Vortrag im Rahmen der "Aula-Abende" unter dem Thema "Familienforschung und Nation" 1934 nicht auch Vorstellungen der nationalsozialistischen Rassenlehre propagiert wurden. Die Eintragung eines Gastes im Jahre 1936 unter der Überschrift "Soldaten - Kameraden" enthält das Wort eines Pfarrers:

"Ein Soldat und ein deutscher Mann für seine Feinde nicht beten kann."<sup>207</sup>

Eine Parallele zur Gleichschaltung der "Aula-Abende" in Cloppenburg findet sich in Vechta. Wie in Cloppenburg wurde auch in Vechta im Sommer 1934 eine NSKG gegründet, die der Politisierung des kleinstädtischen Kulturlebens diente. Neben Theater-, Konzertveranstaltungen und Dichterlesungen gehörten auch "nationalsozialistische Feierstunden" zum Programm der NSKG in Vechta. Nach parteioffiziösen Angaben wurden in den Spielzeiten 1934/35 und 1935/36 21 Veranstaltungen und zwei Ausstellungen durchgeführt, die "von rund 10 000 Volksgenossen" besucht wurden.<sup>208</sup>

Persönlich trat Bitter in dieser Zeit durch öffentliche Vorträge und Ansprachen hervor. Auf der "Sonnenwendfeier", die erstmalig 1933 durchgeführt wurde, sprach "Stahlhelmer Bitter" eine "Gedenkrede auf die Gefallenen" des Ersten Weltkrieges. In einer Zeit, wo "in deutschen Landen die Flammen lodern als Zeichen der Erneuerung des Vaterlandes", sei es ein Unrecht, "wenn wir nicht auch derjenigen gedächten, die ihr Herzblut verspritzten auf den Gefilden Flanderns, in den Steppen Rußlands, in den Alpen und in den Karpaten, im Wüstensande Afrikas und auf der schäumenden See". Am Ende seiner Rede rezitierte Bitter das kriegsverherrlichende Gedicht "Abschied" von Heinrich Lersch und wiederholten die Teilnehmer der Kundgebung die letzten beiden Verse:

---

<sup>206</sup> WINTER, Adreßbuch, S. 125. Chronik, Liederkranz, S. 67, 93. Von 1929 bis 1933 war Burwinkel 2. Vorsitzender des Sängerbundes "Heimattreu".

<sup>207</sup> WILLENBORG, Kulturleben, S. 194.

<sup>208</sup> NSDAP, 3. Kreistag, S. 73f. Das erklärte kulturpolitische Ziel bestand nach dieser Darstellung darin: "**Kampf dem Kulturbolschewismus, Kampf für eine deutsche Kultur.** Die größte Aufgabe war und ist, auf allen Gebieten des kulturellen Lebens den neuen nationalsozialistischen Kulturwillen zu fördern und zu gestalten."

"Ein freier Deutscher kennt kein kaltes Müssen.  
Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen."<sup>209</sup>

Auf einem "Vaterländischen Abend" Ende Oktober 1933 bezeichnete Bitter "Sturmführer Horst Wessel als echten Nationalsozialisten", dessen Vermächtnis sich nun erfüllt habe.<sup>210</sup> Auf der ersten Kreistagung des NS-Lehrerbundes am 10. November 1933 bekannte er sich zur politischen Zeitenwende und stellte den Nationalsozialismus als einen Damm gegen den Zerfall von Kultur und Moral, der seit 1918 eingetreten sei, dar.<sup>211</sup> Bitter merkte zu dieser Veranstaltung im Schreiben vom 15. November 1947 an, daß es sich um eine Versammlung zur Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund am 12. November 1933 gehandelt habe, und wies auf die Haltung der katholischen Kirche hin:

"Diese politische Aktion wurde auch von der Kirche gebilligt und gestützt. Ziel und Inhalt meiner Rede decken sich gedanklich mit dem Aufruf des Bischofs Clemens August v. Galen."<sup>212</sup>

Hermann Bitter pflegte in der nationalsozialistischen Zeit einen kulturpolitischen Pragmatismus und begab sich auf eine Gratwanderung zwischen Kunst und Politik, die erheblichen Belastungsproben und auch Zweifeln ausgesetzt war. Dadurch wurde die gleichgeschaltete NS-Gesellschaft politisch aufgewertet, was dem Liberalismus der Weimarer Republik versagt geblieben war. Mit seiner Haltung bewies Bitter nicht nur eine flexible Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft, sondern verkörperte im Bewußtsein der Bürger auch ein hohes Maß an personeller Kontinuität in der Geschichte seiner Heimatstadt Cloppenburg. Die biographische Literatur verzichtet aber fast durchgehend auf eine kritische Würdigung dieser herausragenden Persönlichkeit, deren Verdienste um das kulturelle Leben in Cloppenburg nicht bestritten werden. Ein unvoreingenommener Blick auf die öffentliche Laufbahn Hermann Bitters macht aber deutlich, daß Kunst und Politik in seinem Leben nicht zu trennen waren. Diese Haltung, die Bitter auch noch nach 1945 zu seiner Verteidigung einnahm, erweist sich aus historischer Sicht als ein krasses

---

<sup>209</sup> MT vom 27.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 266f.

<sup>210</sup> MT vom 30.10.1933.

<sup>211</sup> MT vom 11.11.1933; GELHAUS, 1933, S. 417.

<sup>212</sup> StAO 351 - 842, S. 8. Die Kundgebung Galens vom 9. November 1933 wurde in der Ausgabe der MT vom 11.11.1933 veröffentlicht.

Vorurteil. Die Gründe, weshalb Bitter dieser trügerischen Illusion nachging, sind in seiner ehrgeizigen Persönlichkeit zu sehen.

### **1.3.3. Die politische Inszenierung nationalsozialistischer Alltags- und Festkultur**

Die politische Alltags- und Festkultur des "Dritten Reiches" etablierte sich in Süddoldenburg sehr rasch in der nationalsozialistischen Gesellschaft und erfüllte spezifische Funktionen, auch politischer Natur. Sie war Ausdruck einer ideologischen Gleichschaltung, die das nationalsozialistische Regime anerkannte und gleichzeitig das "Deutungs- und Heilsmonopol" der katholischen Kirche schwächte. Vielfältige Formen einer differenzierten Festkultur wurden zu einem "Teilbereich der lokalen Gesellschaft" und leisteten dadurch einer Entwicklung Vorschub, die nach dem Untergang des "Dritten Reiches" zur Erosion katholischer Sozialmilieus führte. Werner Freitag betont jedoch nachdrücklich, daß diese Öffnung des katholischen Milieus nicht mit Modernisierung gleichgesetzt werden darf, und trifft damit eine Unterscheidung, die im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung in Süddoldenburg von 1933 bis 1936 nur zu unterstreichen ist.<sup>213</sup> In dieser Hinsicht ist die Phase der nationalsozialistischen Herrschaft auch als Inkubationszeit zu betrachten, weil sie Entwicklungen beförderte, die erst in der Nachkriegszeit zur vollen Entfaltung gelangten. Offensichtlich hat der Klerus diese politischen Strömungen nicht richtig eingeschätzt oder wurde von der nationalsozialistischen Herrschaftstechnik auch auf lokaler und regionaler Ebene übertroffen.

#### **1.3.3.1. Der "Feiertag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 und die Gleichschaltung der Gewerkschaften**

Propagandistischer Höhepunkt der kommunalpolitischen Gleichschaltung in Süddoldenburg waren die Veranstaltungen zum 1. Mai 1933, der zum "Feiertag der nationalen Arbeit" ausgerufen wurde. Der Ablauf der Feierlichkeiten wurde durch reichsgesetzliche und ministerielle Anordnungen und Verfügungen bis ins kleinste Detail geregelt.<sup>214</sup> Dabei stellte sich eine große Betrieb

---

<sup>213</sup> FREITAG, Reichshandwerkerwoche, S. 62f.

<sup>214</sup> Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 95, 27.5.1933, S. 397f. Der 1. Mai wurde durch das "Gesetz über die Einführung eines Feiertages der nationalen Arbeit" vom 10. April 1933 offiziell zum nationalen Feiertag erhoben. (MT vom 13.4.1933)

samkeit ein. Um jedem Bürger die Teilnahme an den Demonstrationen zu ermöglichen, untersagte eine ministerielle Bekanntmachung vom 24. April 1933 vorsorglich "Kündigungen von Arbeitnehmern, die zu dem Zwecke erfolgen, die reichsgesetzlich vorgeschriebene Lohnzahlung für den Feiertag der nationalen Arbeit zu vermeiden". Eine Verfügung des Staatsministeriums vom 25. April 1933 präziserte die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 10. April 1933 für den organisatorischen Ablauf der Feierlichkeiten bis in alle Einzelheiten; nichts wurde dem Zufall überlassen. Die Verfügung ordnete die Beflaggung der öffentlichen Gebäude und Schulen, die Ausschmückung der Dienstgebäude und Schulen "mit frischem Birkengrün oder sonstigem Grün" an, das von den Forstverwaltungen kostenlos gestellt wurde, die Übertragung der zentralen Feierlichkeiten in Berlin und die Durchführung von Musik- und Platzkonzerten.<sup>215</sup>

In Cloppenburg wurde zur Durchführung dieses Feiertages ein Ausschuß gebildet, dem u. a. Vertreter des Amtes und der Stadt Cloppenburg, der Gemeinde Krapendorf, der NSDAP und der NSBO im Kreis Cloppenburg, des Stahlhelm, der SA und der örtlichen Presse angehörten. Der Ausschuß richtete einen "Aufruf zum Feiertag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 an die Bevölkerung und sprach "im Sinne der Reichsregierung" die Erwartung aus, "daß die Bevölkerung restlos an den Feierlichkeiten teilnimmt, um auch in Südoldenburg der Verbundenheit aller schaffenden Stände Ausdruck zu geben nach dem Grundsatz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz".<sup>216</sup> In einem von Amtshauptmann Haßkamp und vom Kreisleiter der NSDAP unterzeichneten Aufruf wurden Ende April 1933 alle Bewohner des Amtes Vechta aufgefordert, sich an der "machtvollen Kundgebung zu beteiligen", die nicht ohne Grund in Lohne veranstaltet werde, "in dieser Stadt, wo der grösste Teil der Industrie des Amtes vereinigt ist, wo die meisten Volksgenossen als Arbeiter der Faust wohnen, wo besonders stark die Not der letzten 14 Jahre unter der arbeitenden Bevölkerung zu merken war". Der Aufruf wandte sich an alle "ohne Unterschied des Standes, ob Hand- oder Kopfarbeiter, ob Ka

---

<sup>215</sup> Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 95, 27.5.1933, S. 397f.; MT vom 27.4.1933. Im Jahre 1934 wurden diese Bestimmungen in der ministeriellen Verfügung vom 19. April 1934 weitgehend wiederholt; es hatte sich offensichtlich schon eine Routine eingestellt. Eine medienwirksame Maßnahme von Goebbels sah 1934 vor, daß die Aufstellung von Lautsprechern zur Übertragung der zentralen Kundgebungen aus Berlin verstärkt werden sollte. (StAO 262 - 11 - 698: Schnellbrief vom 19. April 1934)

<sup>216</sup> MT vom 25.4.1933. Die Stadtgemeinde Cloppenburg und die Landgemeinde Krapendorf waren bis zur oldenburgischen Verwaltungsreform geteilt.



tholik oder Protestant".<sup>217</sup> Auf kirchlicher Seite sollte der 1. Mai 1933 in einer Form begangen werden, die den höchsten Festtagen im katholischen Kirchenjahr und nur besonderen Anlässen vorbehalten war.<sup>218</sup> Auf der sog. "Josephsfeier", die der katholische Arbeiterverein am Sonntag vor dem 1. Mai 1933 im Wallfahrtsort Bethen durchführte, spannte Vikar Hülsmann in seiner Festrede einen großen Bogen, "angefangen mit dem Tag der nationalen Arbeit, dem 1. Mai, bis zur christlichen Familie zu Nazareth und der Arbeiterfamilie im allgemeinen." Dechant Hackmann ergriff das Wort und forderte alle auf, den "Tag der nationalen Arbeit" würdig mitzugestalten, "so wie die oberste Behörde es angeordnet" habe, "denn es müsse wirklich anerkannt werden, daß der Feiertag mit einem Gottesdienst beginnen solle, woran alle teilnehmen müßten". Hackmann dankte den Teilnehmern mit den Worten:

"Gott segne die christliche Arbeit und auf Wiedersehen am morgigen Tage und am nächsten Sonntag im Männer-Apostolat an der Kommunionbank."<sup>219</sup>

Die geplante Marschordnung für die Umzüge und Aufmärsche anlässlich des 1. Mai 1933 ließen die politische Mobilisierung einer kleinstädtischen 'Volksgemeinschaft' erkennen, die mit politischen Funktionsträgern und Einheiten der sich formierenden NS-Gesellschaft durchmischt war. Wie die Bekanntmachungen in der Tagespresse zeigten, nahm die katholische Kirche keine einheitliche Haltung ein. Die Cloppenburg "Marschordnung" für den 1. Mai 1933 hatte demnach folgendes Bild:

1. Reiter,
2. Fahnenabordnungen,
3. Musikzug des kath. Arbeitervereins,
4. Chef der politischen Behörden (Amt, Stadt Cloppenburg und Gemeinde Krapendorf), Geistliche beider Konfessionen,
5. Leiter der N.S.B.O. und Kommissar in Uniform, N.S.B.O., Arbeiter und Angestellte nach Berufsgruppen,
6. Beamtschaften, die Spitze führt die Polizei, Post, Reichsbahn, Zoll (Dienstanzug),
  
7. Gymnasialkapelle,
8. Studenten und Schüler von Ilb an,
9. Arbeitsdienstabteilung,
10. Kampfband des gewerblichen Mittelstandes (Freie Berufe, Kaufleute, Handwerker),

---

<sup>217</sup> StAO 262 - 11 - 698: Aufruf zum "Tag der nationalen Arbeit" mit Aufmarschplan.

<sup>218</sup> OV vom 26.4.1933; MT vom 26.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 163.

<sup>219</sup> MT vom 2.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 181.

11. Feuerwehrkapelle,
12. Landwirte.<sup>220</sup>

Die am 28. April 1933 veröffentlichte Marschordnung wurde tags darauf korrigiert und in einer neuen Fassung bekanntgemacht.<sup>221</sup> Für Lohne, wo die zentrale Kundgebung für den Amtsdistrikt Vechta stattfand, galt für den 1. Mai 1933 ein "Aufmarschplan", der die sich formierende NS-Gesellschaft idealtypisch abbildete.<sup>222</sup>

Die politische Bedeutung dieses Feiertages, der in Vechta und Cloppenburg in ähnlicher Weise begangen wurde, unterstrichen Ehrenbürgerschaften, die in fast gleichlautenden Erklärungen vom Magistrat der beiden Städte verliehen wurden: in Cloppenburg an Hindenburg, Hitler, Seldte und Röver, in Vechta an Hindenburg, Hitler und Röver.<sup>223</sup> Nach Auskunft der OV wurde über die Ehrenbürgerschaften in Vechta auf Antrag der Kreisleitung und der Ortsgruppe der NSDAP, des SA-Sturmes Vechta-Nord, der Stahlhelmorts

---

<sup>220</sup> MT vom 28.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 165. In Cloppenburg nahm nur der Musikzug des katholischen Arbeitervereins am Umzug teil, nicht der katholische Arbeiterverein selbst.

<sup>221</sup> MT vom 29.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 168.

<sup>222</sup> StAO 262 - 11 - 698: Aufruf zum "Tag der nationalen Arbeit!", unterzeichnet von Amtshauptmann Haßkamp und vom Kreisleiter der NSDAP, Bruno Brasch. Die Marschordnung sah in Lohne folgendermaßen aus:

1. Amtshauptmann, Kreisleiter der N.S.D.A.P. und Bürgermeister von Lohne.
2. Arbeiterorganisationen.
3. D.H.V. und sonstige kaufmännische Angestelltenorganisationen.
4. Beamtenschaft (möglichst im Dienstanzug).
  - a. Post,
  - b. Reichsbahn,
  - c. Zoll,
  - d. Strafanstalt,
  - e. Beamte in Zivil.
5. Feuerwehren.
6. Freiwilliger Arbeitsdienst.
7. gewerblicher Mittelstand (Innungen usw.), möglichst in Berufskleidung.
8. landwirtschaftliche Organisationen und nicht organisierte Landwirte.
9. Schulen.
10. S.A. und politische Organisationen der N.S.D.A.P.
11. Stahlhelm.
12. D.N.V.P.
13. Kyffhäuserbund.
14. Schützenvereine.
15. Turn- und Sportvereine.
16. sonstige Teilnehmer."

<sup>223</sup> StAO 262 - 11 - 039; MT vom 2.5.1933; OV vom 15.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 177.

gruppe und des Bürgervereins Vechta auf einer gemeinsamen Sitzung von Magistrat und Stadtrat entschieden. Der Stadtrat folgte dabei einstimmig der Empfehlung des Magistrats und nahm den Antrag an.<sup>224</sup> Das 1933 von Röver ernannte Stadtratsmitglied Josef Klövekorn, dem nach 1945 sein Abstimmungsverhalten im April 1933 zur Last gelegt wurde, erinnerte sich in einer Stellungnahme vom 27. Januar 1946 an die Umstände, die zum Beschluß über die Ehrenbürgerschaft für Hitler und Röver in Vechta führten:

"Der Antrag wurde von der Ortsgruppe der NSDAP. Vechta, dem Stahlhelm und dem damaligen Bürgerverein eingebracht im Jahre 1933. Der Antrag wurde s. Zt. im Stadtrat angenommen. Ich entsinne mich noch folgender Einzelheiten. Der Antrag stand, soviel ich weiß, nicht auf der Tagesordnung. Auffallend war, dass der Zuhörerraum zu Beginn der Sitzung sich voll von Angehörigen der SA. sowie einigen Stahlhelmlenten und mehreren Bürgern befand. Die Leute standen im alten Rathaus bis weit auf die Treppe. Bürgermeister Brandis verlas die Anträge, die demselben auf den Tisch gelegt wurden, und schritt zur sofortigen Abstimmung. Eine Debatte fand nicht stand. Keine Stimme war dagegen, alle dafür. Innerlich waren wohl mehrere dagegen, aber unter dem Druck der Verhältnisse mussten alle zustimmen, wozu auch ich gehörte. Mit lauten Kundgebungen entfernten sich hierauf die erschienenen SA.- und Stahlhelmlente. Wie ich nachher erfuhr, sind die Drahtzieher dieser ganzen Aktion der s. Zt. stellv. Bürgermeister Renken und der Sturmbannführer Hohn gewesen. Vielen Stadtratsmitgliedern konnte man noch lange in den Gesichtern ansehen, dass denselben diese ganze Angelegenheit nicht passte. Dieses ist so ungefähr der Verlauf der Sitzung, wie dieselbe im Jahre 1933 stattfand, soweit ich mich noch entsinne."<sup>225</sup>

Klövekorn erklärte die weitere Prozedur nach dem positiven Beschluß des Stadtrats und stellte den politischen Druck heraus, der die Entscheidung nach seiner Meinung stark beeinflusste:

"Ausgestellt wurden s. Zt. die Originale der betr. Ehrenbürgerbriefe im Schaufenster der St. Georgs Buch- und Kunsthandlung. Der Besitzer Vatterodt hat sich damals in keiner Weise gegen die Ausstellung der betr. Ehrenbürgerbriefe ausgesprochen. Ich frage, was möchte wohl s. Zt. mit dem betreffenden Bürger passiert sein, der sich gegen diese Aktion geäußert hätte."<sup>226</sup>

---

<sup>224</sup> StAO 262 - 11 - 039; OV vom 15.4.1933. Weitere Einzelheiten und Motive für die Verleihung der Ehrenbürgerschaften ergeben sich nicht aus dem Ratsprotokoll.

<sup>225</sup> StAO 262 - 11 - 630: Schreiben Klövekorns vom 27. Januar 1946 an den Bürgermeister der Stadt Vechta, Anton Cromme, S. 2f. Friedrich Hohn war Referendar in Vechta und legte 1935 in Berlin seine zweite juristische Staatsprüfung ab. Er war seit dem 31. Juli 1933 SA-Sturmführer in Vechta und wurde mit dem Aufbau des Sturmbannes II/20 beauftragt, dessen Führung er 1934 für kurze Zeit übernahm. 1935 erhielt er die Leitung des SA-Sturmbannes III/229, der für den Kreis Vechta zuständig war. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 256)

<sup>226</sup> Ebd., S. 4.

Den "Druck der Verhältnisse", dem sich der Vechtaer Stadtrat im April 1933 geschlossen beugte, führt Josef Klövekorn auch auf die positive Beziehung zwischen der neuen NS-Regierung und der katholischen Kirche im Frühjahr 1933 und den Vertrauensvorschuß zurück, den Hitler auch bei den Katholiken offensichtlich genöß:

"Wie die Verhältnisse im Jahre 1933 lagen, konnte keiner wissen - (das Konkordat mit der kath. Kirche war soeben abgeschlossen, die Engländer sowie andere Staaten verhandelten persönlich mit Hitler) -, dass diese Parteigrößen solche Untaten vorhätten. Wer dachte 1933 an den Krieg und alle seine Folgen. Hier in Vechta war es doch so, dass bei Einführung des hochw. Offizials Vorwerk durch den Bischof jetzt seiner Eminenz Kardinal Clemens August die SA. das Ehrengelicht gab, wovon ich noch Fotografien habe [...]. Auch in dieser Zeit nahm die SA. noch häufig am Hauptgottesdienst mit Fahnen in der hiesigen kath. Kirche teil. Ebenso wurden SA.-Fahnen vom hochw. Offizial Vorwerk hierselbst geweiht."<sup>227</sup>

Zur großen Demonstration der politischen Wende nutzte der Cloppenburger NS-Magistrat die Feiern zum 1. Mai 1933, dem "Tag der nationalen Arbeit". Der Beschluß über die Ehrenbürgerbriefe für Hindenburg, Hitler, Seldte und Röver, der in der MT am 2. Mai 1933 bekanntgegeben wurde, ging auf eine Initiative des kommissarischen NS-Magistrats zurück und darf nach Auffassung von Joachim Kuropka nicht als repräsentativ für die Einstellung der Stadt zum Nationalsozialismus angesehen werden.<sup>228</sup> Es war freilich Dr. Heukamp, der Cloppenburger Bürgermeister aus dem Zentrum, der diesen Beschluß im Namen der Stadt öffentlich kundgab. Er hatte folgenden Wortlaut:

---

<sup>227</sup> StAO 262 - 11 - 630: Schreiben Klövekorns vom 27. Januar 1946 an den Bürgermeister der Stadt Vechta, Anton Cromme, S. 3f. Hier irrt Klövekorn, weil das Konkordat zwischen dem Hl. Stuhl und der deutschen Reichsregierung erst am 20. Juli 1933 abgeschlossen wurde. Offensichtlich nahm auch Offizial Vorwerk gegenüber dem Nationalsozialismus keine übereinstimmende Haltung ein, denn persönlich hatte er Klövekorn nach Rücksprache mit Pfarrer Hermes von St. Georg den Rat erteilt, "nicht in die Partei zu gehen". (S. 1f.)

<sup>228</sup> MT vom 2.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 177f.; KUROPKA, Übergang, S. 157-59; SÜDBECK, Freistaat, S. 24f. 1985 kam es im Cloppenburger Stadtrat zu einem Streit zwischen den Parteien über die Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers aus dem Jahre 1933. Auf Antrag der Grünen sollte diese Ehrenbürgerschaft für nichtig erklärt werden. Gegen die CDU, die die absolute Mehrheit im Rat stellte, und die SPD konnten sich die Grünen nicht durchsetzen. Der Streit wurde vor allem in Leserbriefen ausgetragen, die in der Cloppenburger MT und in der NWZ erschienen. (KANNEN, Demokratie, S. 492-512)

---

"Die Stadt Cloppenburg hat anlässlich des Tages der nationalen Arbeit Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, Herrn Reichskanzler Hitler, Herrn Reichsarbeitsminister Selde und Herrn Ministerpräsidenten Röver zu Ehrenbürgern der Stadt ernannt."<sup>229</sup>

Die Überreichung des Ehrenbürgerbriefes gehörte zu den protokollarischen Höhepunkten des Besuchs, den Gauleiter und Reichsstatthalter Carl Röver Anfang Oktober 1933 der Stadt Cloppenburg abstattete.<sup>230</sup> Aufgrund der politischen Enttäuschung, die die Haltung Südoldenburgs in der Auseinandersetzung um die Einführung der deutschen Gemeinschaftsschule im Jahre 1938 und das negative Ergebnis bei der Volksabstimmung (Wahl zum Großdeutschen Reichstag) vom 10. April 1938 in Oldenburg ausgelöst hatten, trug sich Röver mit der Absicht, die Ehrenbürgerschaft von Vechta zurückzugeben. Davon nahm er wieder Abstand. Am 20. Mai 1938 setzte Bürgermeister Brandis den Vechtaer Stadtrat davon in Kenntnis, "dass unser Gauleiter Karl Röver seine Absicht, der Stadt Vechta den Ehrenbürgerbrief zurückzugeben, zurückgenommen habe und wies darauf hin, dass es Bestreben aller sein müsse, die Neinsager in der Stadt Vechta eines anderen zu belehren".<sup>231</sup> Die Ehrenbürgerschaft der Stadt Cloppenburg ließ Röver ruhen. Im Schreiben vom 14. April 1938 an den Rat der Stadt Cloppenburg und Bürgermeister Heukamp erklärte der Gauleiter:

"Ich stelle fest, daß die Stadt Cloppenburg bzw. der Kreis mehr als 2 ½tausend Menschen in seinem Raum hat, die sich gegen den Führer stellen und somit nicht mehr zur Volksgemeinschaft gehören. Es ist für mich unerträglich, Ehrenbürger einer Stadt zu sein, die 8 % Verräter am Führer beherbergt. Ich bitte aus diesem Grunde, meine Ehrenbürgerrechte der Stadt Cloppenburg so lange ruhen zu lassen, bis diese Schande von der Stadt genommen ist. Den Ehrenbürgerbrief lasse ich Ihnen durch den Kreisleiter aushändigen und nehme ihn erst wieder in Empfang, wenn die Schmach gelöscht ist."<sup>232</sup>

Ministerpräsident Joel lehnte im gleichen Jahr die Einladung zur Einweihung des Cloppenburger Rathauses mit dem Hinweis auf "Ihre ganze Haltung vor der Zusammenlegung der Schulen im Kreise Cloppenburg" ab.<sup>233</sup> So belastete das

---

<sup>229</sup> MT vom 2.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 177.

<sup>230</sup> MT vom 4.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 388.

<sup>231</sup> StAO 262 - 11 - 625: Protokoll der Sitzung vom 20. Mai 1933.

<sup>232</sup> KUROPKA, Cloppenburg, S. 39. Im Amt Cloppenburg hatte es 92,29 % und in der Stadt Cloppenburg 92,94 % Ja-Stimmen gegeben (im Münsterland insgesamt 95,5 %, im Gau Weser-Ems 97,5 %, im Reich 99,08 %).

<sup>233</sup> KUROPKA, Cloppenburg, S. 58. Die Cloppenburger MT erinnerte anlässlich der Einweihung des neuen Rathauses an die Grundsteinlegung vor einem Jahr: "Am 10. Juli 1937, im 5. Jahre des Dritten Reiches, wurde unter der kraftvollen Regierung des Führers und Reichskanzlers Adolf

Kapitel "Ehrenbürgerbriefe" das Verhältnis zwischen Südoldenburg und der nationalsozialistischen Führung in Oldenburg und erwies sich damit politisch als kontraproduktiv.

Auf den Rausch des Festes folgte die Ernüchterung. In Oldenburg wurden die dem Gesamtverband der Freien Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen am 2. Mai 1933 mit Hilfe von SA und SS von der NSBO übernommen. Bei der "Aktion zur Gleichschaltung der Gewerkschaften" wurden nach Angaben der MT sieben Personen in Schutzhaft genommen.<sup>234</sup> Am 3. Mai 1933 erfolgte die Gleichschaltung der Christlichen Gewerkschaften durch ihre Aufnahme in ein von der NS-Regierung beherrschtes "Aktionskomitee zum Schutz der Deutschen Arbeit", das von Robert Ley geleitet wurde. Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften unterstellte sich bedingungslos der Führung Adolf Hitlers und den Anordnungen des "Aktionskomitees zum Schutz der Deutschen Arbeit".<sup>235</sup> Am 10. Mai 1933 wurde die Deutsche Arbeitsfront (DAF) als neue Einheitsgewerkschaft unter der Führung von Robert Ley gegründet. Damit wurde die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung zerschlagen. Am 22. Juni 1933 ordnete DAF-Führer Ley an, daß die Dienststellen der Christlichen Gewerkschaften mit Nationalsozialisten zu besetzen waren, weil die großmütige Einstellung des Nationalsozialismus "als Schwäche ausgelegt" und "mit Undank und Illoyalität beantwortet" worden sei.<sup>236</sup> Mit der Gleichschaltung der Christlichen Gewerkschaften wurde auch die Existenz der Deutschen Zentrumspartei zusehends fragwürdiger.

### **1.3.3.2. "Reichshandwerkerwochen" und Cloppenburg Stadtjubiläum (1935)**

Bereits im Herbst des Jahres 1933 hatte das Handwerk seinen Platz in der gleichgeschalteten NS-Gesellschaft in Südoldenburg gefunden. In der "Reichshandwerkerwoche", die auf Veranlassung der Reichsregierung in den Ämtern

---

Hitler der Grundstein zu diesem Rathaus gelegt. Als der Bau errichtet wurde, waren Reichsstatthalter und Gauleiter: Carl Röver, Ministerpräsident des Landes Oldenburg; Georg Joel, Kreisleiter; Meyer, Amtshauptmann; Münzebrock, Ortsgruppenleiter; Sumpelmann, Bürgermeister; Dr. Heukamp – dann folgen die Namen der Stadträte." (MT vom 10.11.1938)

<sup>234</sup> MT vom 3.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 183; MEYER, Macht, S. 69f.: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 3.5.1933.

<sup>235</sup> MT vom 4.5.1933; HIRSCHFELD, Althaus, S. 51.

<sup>236</sup> MT vom 23.6.1933.

Cloppenburg und Vechta gleichzeitig vom 15. bis 21. Oktober 1933 stattfand, konnte der Berufsstand bereits sein neues Selbstverständnis demonstrieren. Die "Reichshandwerkerwoche" diente nicht nur der Werbung für einheimische handwerkliche Produkte, sondern intendierte auch eine politische Demonstration. Getragen und organisiert wurde sie von den einzelnen Innungen, aktiv unterstützt wurden die Veranstaltungen in den einzelnen Gemeinden aber auch von örtlichen wie überörtlichen politischen Funktionären und vom Pfarrklerus. Sie stellten sich in den Dienst an der "Volksgemeinschaft". In Cloppenburg wurde die "Handwerkswoche" mit einem feierlichen Levitenamt auf dem Marktplatz eröffnet; Gehrock und Zylinder waren für die Männer Pflicht. In seiner Eröffnungsrede appellierte Tischlermeister Nordiek an die Bevölkerung, das einheimische Handwerk zum Wohle des Volksganzen zu unterstützen:

"Das große Ziel des Reichskanzlers Hitler ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es zu erreichen, wird ihm nur möglich sein, wenn jeder deutsche Volksgenosse mitarbeitet und Arbeit schafft. Deshalb schafft dem Handwerk Arbeit, auch dem kleinen. Deine Hand dem Handwerk! Brüder reicht die Hand zum Bunde im neuen Staat. Möge die Volksgemeinschaft in dieser Woche sehr gefördert werden zum Segen für das Handwerk und das Reich."<sup>237</sup>

Nordiek betrachtete das Handwerk als staatstragenden Stand im nationalsozialistischen Deutschland, der für das Wohl des Volkes unverzichtbar war. Die nationalsozialistische Regierung in Oldenburg sah in der "Reichshandwerkswoche" eine willkommene Gelegenheit, dem Gleichschaltungsprozeß eine höhere 'politische Weihe' zu geben. Nach Tischlermeister Nordiek ergriff Amtshauptmann Münzebrock in Cloppenburg das Wort und verteidigte den tags zuvor vollzogenen Austritt Deutschlands aus dem "Völkerbund", den er als Signal zum nationalen Aufbruch wertete:

"Die Ereignisse des gestrigen Tages sind von nicht absehbarer Bedeutung. Endlich hat eine deutsche Regierung mit der Komödie in Genf Schluß gemacht. Wenn die Regierung appelliert, so muß das deutsche Volk hinter sie treten."

Mit diesen Worten trug Münzebrock mit Blick auf die angekündigten "Neuwahlen am 12. November" zu einer erheblichen Politisierung der "Handwerkswoche" in Cloppenburg bei und verfolgte damit konkrete politische Absichten. Nach dem traditionellen Festumzug durch die Stadt, in dem zahlreiche Wagen mit handwerklichen Symbolen und Emblemen mitgeführt wurden, hielt Vikar Göttke am Kriegerdenkmal eine Gedenkrede auf die Gefal

---

<sup>237</sup> MT vom 16.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 395f., auch zum folg.

lenen des Ersten Weltkrieges. Darin zeigte er seine Verbundenheit mit der neuen deutschen Schicksalsgemeinschaft, der er "Gefolgschaft" gelobte:

"Wir Männer von heute stehen mitten im Leben und wollen das Schicksal meistern. Unsere Heimat und Vaterland sollen uns auch heute noch alles sein. Vertrauen wollen wir auf unsern Herrgott, daß er uns in diesem Schicksalskampfe helfen möge. Unserm greisen Reichspräsidenten von Hindenburg und unserm Volkskanzler Adolf Hitler wollen wir angesichts dieses Denkmals geloben, daß wir am 12. November bei der Volksbefragung fest und geschlossen hinter ihnen stehen werden. Wir haben Vertrauen zu ihnen und geloben treue Gefolgschaft. [...] Er wisse, im Sinne der Gefallenen zu handeln, wenn er die Versammelten aufforderte, einzustimmen in ein dreifaches Sieg Heil auf den Reichspräsidenten von Hindenburg und seinen Volkskanzler Adolf Hitler."

"Begeistert", so schließt der Bericht der MT, wurde "dieser Aufforderung Folge geleistet". Auf der großen "Handwerkerkundgebung" sprach Staatsminister Spangemacher, der aufgrund seiner Schulpolitik in Süddenburg bereits umstritten war, als prominentester politischer Redner im Lauf der "Handwerkswoche". Er bekräftigte den patriarchalischen Charakter im traditionellen Handwerk und würdigte die Machtübernahme Hitlers als eine entscheidende Wende, die das deutsche Handwerk aus den Fängen von Liberalismus und Kapitalismus und erst recht vom Marxismus befreit habe. Geradezu messianisch stilisierte er den Führer, in eschatologischer Erwartung eines neuen Erlösers:

"Es gab eine Zeit, wo scheinbar der Liberalismus der richtige Weg war. Es war die Gründungsperiode. Alles hatte Geld. Aber man merkte nicht, daß durch diesen Vorgang die Fabriken vorherrschend wurden. Auf der einen Seite wurde das Leistungsprinzip, das Grundgesetz des Handwerks, beiseite geschoben, und auf der anderen Seite eroberte die Massenware den Markt. Hinzu kam ein anderes Gift, der Marxismus. Er trieb einen zweiten Keil in das Handwerk. Er stellte den Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf. So wollte man den Lehrling und Gesellen loslösen vom Meister. Diese Parole hat beim Handwerk nur zu einem kleinen Teil Erfolg gehabt. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Meister, Geselle und Lehrling blieb im großen und ganzen bestehen. Nachdem aber sonst das Gift genügend gewirkt und man eine Weltwirtschaftskrise heraufbeschworen hatte, trat das Unglück ein. Die Not fraß immer weiter. Es war ein großes Chaos in Deutschland. Da stand einer im Volke auf, in der letzten Stunde, und er wurde der Führer der deutschen Nation. Ein Mann, der alle Not und allen Jammer seiner Zeit gespürt hat. Das war Adolf Hitler. Er griff hinein in die Speichen ..."<sup>238</sup>

---

<sup>238</sup> MT vom 18.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 396.



Damit hielt der Führermythos seinen Einzug in die politische Festkultur katholischer Milieus und konkurrierte mit der Kirche um das Deutungsmonopol in Fragen von Politik und Gesellschaft. Wie die religiöse Dimension dieser Alltagskultur gerade in katholischen Regionen beweist, waren alle Elemente des Festes, Prozession und Mythos, bereits als Archetypen vorhanden und trugen zum Führerkult bei.<sup>239</sup> Spangemachers Cloppenburgere Rede ist ein mustergültiger Beleg für die janusköpfige Ungleichzeitigkeit des "Dritten Reiches" und bestätigt eine Feststellung, die Werner Freitag über die "Reichshandwerkerwoche" in Südoldenburg trifft. Ein "Komplex von Tradition und Modernität" sei die entscheidende Ursache für "eine über das aktuelle Tagesgeschehen hinausgehende und somit längerfristige Zustimmung und Bejahung des NS-Herrschaftssystems" im Handwerk gewesen. Die "Handwerkerwochen" wurden eingebunden in die traditionelle katholische Handwerkerkultur und griffen Elemente populärer mittelständischer Liberalismus- und Kapitalismuskritik dankbar auf, von der Ablehnung des Marxismus ganz zu schweigen, und wurden ausgestattet mit modernen Impulsen, die auf eine allgemeine Politisierung des katholischen Milieus in Südoldenburg zielten. Der Handwerkerstag bekräftigte nach Ansicht von Werner Freitag "den Glauben an die Legitimität nationalsozialistischer Herrschaft" und führte zu einer "pseudomodernen Politisierung". Diese ging in der Handwerkschaft nicht nur von den Handwerkern, vor allem den Meistern, selbst aus, sondern vollzog sich "im Verein mit der Kirche".<sup>240</sup>

Die 500-Jahrfeier der Stadt Cloppenburg im Jahre 1935 ist ein weiteres anschauliches Beispiel für die Inszenierung politischer Festkultur in Südoldenburg. Für die Festfolge vom 23. Juni bis zum 1. Juli 1935 wurde ein exaktes Protokoll vorbereitet. Nach Festgottesdiensten in der Andreaskirche und in der evangelischen Kirche versammelten sich Vertreter von Partei und Staat zur Eröffnung der 500-Jahrfeier in der Aula des Realgymnasiums. An der Spitze der Ehrengäste standen Reichsstatthalter Röver und der oldenburgische Ministerpräsident Joel. Nach der offiziellen Eröffnung der Festwoche wurde das Richtfest des "Quatmannshofes" im neuen Cloppenburgere Museumsdorf feierlich begangen. Ein Beispiel für die historische Legendenbildung, die sich um den Mythos der deutschen Volksgemeinschaft rankte, ist der "Große historische Festzug", der sich am Sonntagnachmittag des 23. Juni 1935 durch die Straßen der flaggengeschmückten Stadt bewegte. Im ersten Teil des

---

<sup>239</sup> FREITAG, Führermythos, S. 45.

<sup>240</sup> FREITAG, Reichshandwerkerwoche, S. 62f.

Festzuges stand der historische Rückblick von der deutschen Frühgeschichte bis zum Ersten Weltkrieg (1914 - 1918) im Mittelpunkt, der zweite Abschnitt war den Ständen und Vereinen zwischen "einst und jetzt" vorbehalten, und der dritte Abschnitt dokumentierte in zeittypischer Weise den "Kampf um das Dritte Reich" und die "neue Zeit". Aus germanisch-bronzener Urzeit, aus dem Dunkel zum Licht, stieg die "neue Zeit" empor, an Grafen und Bischöfen, an Drostern und Herzögen vorbei. Sie alle hatten Deutschland nicht vor Untergang und Umsturz bewahren können, das war erst Adolf Hitler gelungen. Die Dramaturgie des historischen Festzuges von 1935 ist heute ein einzigartiges Zeitdokument, die Kommentierung in der Programmschrift liest sich wie ein Regiebuch zum Fall und Aufstieg des Deutschen Reiches.<sup>241</sup>

Nach der belehrenden Vorstellung der deutschen Geschichte im historischen Festumzug stand das große Festspiel "Elske Steding" in der Münsterlandhalle auf dem Programm, ein "Stück ut olle Tiden in drai Uptöge und äin Naospill". Das dramatische Spiel ist ein "Vertellsel", das der Cloppenburger Studienrat Dr. Theodor Kühling nach Carl Ludwig Niemanns "Geschichte der alten Grafschaft und des nachherigen Münster'schen Amtes Kloppenburg" aus dem Jahre 1873 verfaßte.<sup>242</sup> Am Montag in der Festwoche wurde die 78. Bezirkstierschau auf dem Marktplatz durchgeführt, am Mittwochabend dirigierte Oberstudienrat Hermann Bitter in der Münsterlandhalle "Die Schöpfung" von Josef Haydn, die vom Männergesangverein "Liederkranz" mit angeschlossenem Frauenchor und eigens verpflichteten Solisten zur Auf-führung gebracht wurde. Der Freitag war dem "Tag der Jugend" vorbehalten, der unter der Regie der Hitlerjugend stand und mit Weckruf, Wettkämpfen, Antreten und Sprechchor begangen wurde. In der Feierstunde im Rathaus sprach aus diesem Anlaß Staatsminister Pauly. Am Freitagabend organisierte die "N.S. Kulturgemeinde" in der Münsterlandhalle einen "Festabend für Volkstum und Heimat", der Trachtentänze, Lieder zur Laute und plattdeutsche Vorträge enthielt, eine bunte folkloristische Mischung zur Unterhaltung. Die erste Tagung der "Staatlichen Arbeitsgemeinschaft für Oldenburgische Landes- und Volkskunde", Verhandlungen des "Oldenburger Vereins für Landesgeschichte und Alterumskunde" und des "Heimatbundes für das Ol

---

<sup>241</sup> GELHAUS, 1933, S. 474, 475f.: Ordnung des Festzuges (Faksimile aus dem Programmheft), S. 479-491: Bilddokumente zu den Feierlichkeiten und zum historischen Festumzug; Cloppenburg, 500 Jahrfeier, o. S.

<sup>242</sup> KÜHLING, Steding: maschinenschriftliche Textvorlage aus dem Jahre 1935. Das plattdeutsche Stück wurde am 23., 28. und 29. Juni 1935 in der Münsterlandhalle aufgeführt (Cloppenburg, 500 Jahrfeier, o. S.).

denburger Münsterland" und die Kreistagung des "Kreises Nr. VIII Cloppenburg der Deutschen Arbeitsfront im Gau Weser-Ems" verliehen der Festwoche in Cloppenburg eindeutige politische Akzente.<sup>243</sup> Die 500-Jahrfeier der Stadt Cloppenburg im Jahre 1935 machte deutlich, daß sich in Südoldenburg eine politische Festkultur etabliert hatte, die zur gesellschaftlichen Normalität im katholischen Milieu geworden war. Sie zeigte eine gemischte, doppelte Wirklichkeit, die traditionelle 'unpolitische' und neue politische Formen miteinander verknüpfte und sich nach außen als geschlossene "Volksgemeinschaft" präsentieren sollte. Der "Kreuzkampf" des Jahres 1936 führte zu einem gesellschaftlichen Bruch und zu einer stärkeren Rekonfessionalisierung des katholischen Milieus in Südoldenburg. Die Feste, die danach folgten, hatten einen anderen Charakter.

#### **1.3.4. Die politische Instrumentalisierung der traditionellen Heimatbewegung**

Die traditionelle Heimatbewegung wurde im katholischen Milieu Südoldenburgs zum gesellschaftlichen Einfallstor für die nationalsozialistische Ideologie. Durch ihre agrarromantischen Vorstellungen und den Mythos vom zivilisatorisch noch nicht angekränkelten 'gesunden' Bauernstand hatte sie dafür selbst ideale Voraussetzungen geschaffen. Sie wurde politisch instrumentalisiert, ohne daß es der nationalsozialistischen Propaganda gelang, sie zur Gänze in den Dienst der "Blut und Boden"-Agitation zu stellen. Dazu war der konfessionelle Dissens zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus zu groß. So beschreibt auch die Geschichte der südoldenburgischen Heimatbewegung im "Dritten Reich" eine Gratwanderung zwischen Anpassung und Abstand, die politisch einseitig ausgelegt werden konnte. Die Vertreter des Heimatgedankens suchten für ihre Projekte aber die Zustimmung und Unterstützung der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg und fanden sie in einer Weise, daß diese Kooperation als politischer Konsens und als Zustimmung zum Nationalsozialismus überhaupt gedeutet und politisch in Anspruch genommen werden konnte. So stellten sich wechselseitige Abhängigkeiten ein. Dabei resultierte die politische Manipulierbarkeit des Heimatbegriffes "aus dem Unpolitischen des Heimat-Verständnisses [...], aus der politischen Positions- und Entscheidungslosigkeit, dem programmatischen Rückzug aus der Welt des Politischen, der Grundstimmung, daß sie etwas Frem-

---

<sup>243</sup> GELHAUS, 1933, S. 477f.

des, Bedrohendes, wenn nicht gar etwas schlechthin Böses sei".<sup>244</sup> Der Moloch "Großstadt" war immer noch der Ort, wo keine Heimat existierte. Die Heimat adelte das Land.

Der südoldenburgische Heimatbegriff, der sich um die Jahrhundertwende als mittelständisch-bäuerliche Reaktion gegen den sozialen wie kulturellen Modernisierungsprozeß etabliert hatte, war ausgesprochen antirevolutionär, trug eine rückwärtsgewandte defensive Funktion und gehörte zum ideologischen Inventar eines romantisch-organologischen Konservatismus. Was Lothar Kettenacker als eine "grundsätzlich neue Variante des Revolutionsbegriffs" anspricht, nämlich "den verspäteten Aufstand der kleinbürgerlichen Massen gegen die Moderne", läßt sich in Südoldenburg auch an der Geschichte von Heimatbegriff und Heimatbewegung ablesen.<sup>245</sup> Daß die nationalsozialistische Propaganda auch in Südoldenburg kurzfristige Erfolge aufweisen konnte, zeigte ein "Deutscher Abend" in Emstek bereits am 5. Mai 1933. Nach dem Ende des offiziellen politischen Teils, in dem Staatsminister Spangemacher eine Festrede gehalten hatte, "folgte ein echt deutscher Tanz, an dem alt und jung sich beteiligte". Man stellte sich ein auf die neue Zeit:

"Frei von dem Negertanz Jazz, frei von ausländischen Tänzen, erfreute die Kapelle die Teilnehmer mit deutschen Märschen, Walzer, Rheinländer, Polka und den alten Bauertänzen."<sup>246</sup>

Die Cloppenburg MT unterstützte dieses Vorurteil und zitierte im April 1933 ein geistliches Wort aus den "Stimmen der Zeit", das vor der Dekadenz des modernen Jazz warnte:

"Wir wollen nicht ungerecht verallgemeinern; aber jedenfalls hat die fast unlösbare Verbindung des Jazz mit dem Tanz, und zwar nicht dem gemessenen, beherrschten Tanz, sondern dem Rauschtanz, der aufpeitschende Rhythmus, der aus einem wegen seiner Sinnlichkeit bekannten Volk sich herleitet, die Beliebtheit, der er sich in Zeiten ärgster Dekadenz in allen Kreisen der Halbwelt erfreute, nicht nur psychologische, sondern auch sachliche Assoziationen geschaffen, die bisher nicht in der Richtung ethischer Hochwertigkeit laufen."<sup>247</sup>

---

<sup>244</sup> KNOCH, Heimat, S. 31.

<sup>245</sup> KETTENACKER, Aspekte, S. 131.

<sup>246</sup> OV vom 8.5.1933.

<sup>247</sup> MT vom 7.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 151. Die MT zitierte einen Artikel von Georg Straßenberger (S. J.) aus dem April-Heft der "Stimmen der Zeit" im Jahre 1933. Die "Stimmen der Zeit" erschienen im Freiburger Verlag Herder, der sich als katholischer Verlag verstand.

Für viele sei Jazz "die Musik schlechthin geworden, die sie nach Art eines körperlich=seelischen Narkotikums gebrauchen". Der Einfluß dieser Musik liege "nicht in der Richtung zum Edelmenschen, zu klarer verantwortungsbewußter Tat", sondern ziele auf "Menschen ohne seelische Tiefe". Im nationalsozialistischen Deutschland wurde der "Niggerjazz" im Rundfunk im Oktober 1935 offiziell verboten. Die kulturpolitische Ideologie des NS-Regimes machte das internationale Judentum mit dafür verantwortlich, daß der Jazz als eine neue Form der Kunstmusik in der liberalen Vergangenheit Anerkennung gefunden hatte.<sup>248</sup>

Im Gegensatz zum traditionellen münsterländischen Heimatbegriff war der fingierte nationalsozialistische Heimatbegriff manipulativ angelegt und mit dem offensiven politischen Auftrag ausgestattet, den Herrschaftsanspruch des NS-Regimes auch über den überkommenen Heimatgedanken zu transportieren und mit seiner Hilfestellung konservative Milieus politisch zu absorbieren. Im Verhältnis zur konservativen Kritik an der Moderne, die auch zur politischen Kultur im katholischen Milieu Süddoldenburgs gehörte, war der "Antimodernismus der Nazis" nicht traditionell, sondern "radikal, utopisch, revolutionär".<sup>249</sup> Während sich der Erfolg dieser sozialpsychologisch ausgerichteten Herrschaftstechnik nicht exakt verifizieren läßt, steht aber doch zu vermuten, daß sie die "Nationale Erhebung" auf dem Lande ideologisch inspirierte und ihr umfangreiche politische Energien zur Verfügung stellte. Nationalsozialistische Phrasen und sprachliche Floskeln, die Victor Klemperer in seinem Notizbuch als "arm und eintönig" bezeichnet, sogar als "bettelarm", auf der einen und Natur, Heimat, Tradition, Religion und Kirche auf der anderen Seite schlossen einander nicht aus, sondern verschmolzen zu einem diffusen ideologischen Komplex, der in seinen Teilen nicht mehr erkennbar war, nicht mehr differenziert und rational bald auch nicht mehr beherrscht werden konnte.<sup>250</sup> Die Instrumentalisierung des Heimatgedankens durch die nationalsozialistische Propaganda macht aber auch besonders deutlich, "wie wenig 'dramatisch', nur scheinbar plötzlich der Massenerfolg der NSDAP" war. Sie "übernahm oft nur und vermochte relativ leicht und schnell zusammenzufassen - was - zersplittert, aber in großer Breite - als

---

<sup>248</sup> WULF, Musik, S. 348.

<sup>249</sup> NIPPERDEY, Geschichte, S.67ff. Der Nationalsozialismus antwortete nach Auffassung von Nipperdey auf "die fundamentale Ambivalenz gegenüber der Modernität". Einerseits versprach er "Sicherheit vor Wandel, Konflikt" und andererseits "Produktivität, Effektivität und ein Stück Egalität als soziale Anerkennung".

<sup>250</sup> KLEMPERER, LTI, S. 25.

ideologisch-politisches und interessenpolitisches Potential schon längst vorgeformt war".<sup>251</sup> Der Nationalsozialismus propagierte gerade auf dem Lande die moralische Absicht, mit den Mitteln einer modernen politischen Revolution die alten Werte zu retten und sie wieder in ihr verbürgtes historisches Recht zu setzen. Darum betonte er besonders in den noch relativ geschlossenen Zirkeln des alten Mittelstandes den antibürgerlichen und antikapitalistischen Effekt seiner Bewegung.

Eine pseudowissenschaftliche Sprachregelung stellte den Heimatgedanken und die Heimatbewegung ideologisch auf die völkisch-rassistische Grundlage des "Dritten Reiches". Sie brach sich aufgrund ihrer politischen Tendenz zwar am 'unpolitischen' Heimatbegriff Südoldenburgs, wies aber in der Abwehr des kulturell Fremden in anderen Kulturen auch Übereinstimmungen mit der südoldenburgischen Heimatbewegung auf. Diese kulturpolitische Ambivalenz war zeittypisch für die Heimatbewegung in Südoldenburg und bestimmte ihre Geschichte in der NS-Zeit. Der nationalsozialistische Sprachgebrauch versuchte, den überlieferten 'unpolitischen' Heimatbegriff zu manipulieren und ihn mit seinen ideologischen Inhalten anzureichern, um die in ihm enthaltenen antimodernistischen Ressentiments zu aktivieren und ihn dadurch für seine politischen Zwecke verfügbar zu machen. Die ideologische Instrumentalisierung des traditionellen Heimatgedankens ist in Südoldenburg exemplarisch zu beobachten. Sie stand hier wie in anderen ländlichen Regionen im Dienste politischer Herrschafts- und Machtsicherung, indem sie historische Kontinuitäten in scheinbar unpolitischen Mentalitäten und Haltungen bezeugte und den Nationalsozialismus als politische Funktion der Heimatbewegung auftreten ließ. Das "Dritte Reich" erfüllte anscheinend die irrationalen Sehnsüchte und politischen Anliegen, die bisher in der Heimatbewegung 'unpolitisch' gebunden gewesen waren.

#### **1.3.4.1. Foren der neuen Heimatbewegung: Heimatwoche, Gewerbeschau, Heimat- und Familiengeschichte**

Die traditionelle Heimatbewegung erwies sich im konservativen katholischen Milieu Südoldenburgs als ein geeigneter sozialpsychologischer Resonanzboden, auf dem große Teile der nationalsozialistischen Alltags- und Festkultur inszeniert werden konnten. Für die "Heimatwoche des Amtsbezirks

---

<sup>251</sup> BROSZAT, Struktur, S. 63.

Vechta" vom 2. bis 9. Juli 1933 stellten die "Heimatblätter" einen revidierten Heimatbegriff zur Verfügung, der bereits mit den erforderlichen national-sozialistischen Ideologemen ausgestattet war und seine politische Funktion voll erfüllte. Im dialektischen Dreischritt stieg "Heimat" aus den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges empor und erfuhr in den Tagen der Novemberrevolution ihren tiefsten politischen und moralischen Verrat. Heimat und Republik schienen unvereinbar. Mit Anbruch des "Dritten Reiches" aber wurde der Heimatbegriff endlich erlöst und konnte - unter der Hand mit neuem Leben erfüllt - wieder seinen angestammten Platz in der gleichgeschalteten politischen Kultur der Region einnehmen. Die ideologische Mission der "erwachten" Heimat stattete die "Nationale Erhebung" quasi mit einer moralischen Legitimation aus, die im katholischen Milieu Südburgs seit Generationen auch mit christlichen Glaubensinhalten verbunden gewesen war. Das Wort "Heimat" verlieh dem "Dritten Reich" einen metaphysischen Schein. Anlässlich der "Heimatwoche des Amtsbezirks Vechta" zeichneten die "Heimatblätter" die Skizze eines operationalisierten Heimatbegriffes, der politisch eindeutig adressiert war:

"Auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges in Ost und West wuchs in Millionen Herzen eine Liebe auf, die Not und Entsagung, Wunden und Tod verklärte, die Liebe zur Heimat. Und wer nicht Haus noch Hof noch Ar und Halm besaß, auch in seinem Herzen loderte diese Liebe, denn auch sein Leben war verwurzelt in der Heimerde, die allen gemeinsam Mutter war. Und diese Liebe zur Heimat erlosch nicht in den bitteren Stunden der Niederlage, erlosch nicht in den trostlosen Tagen der Novemberrevolution; im Gegenteil war sie das Licht, das Millionen durch diese dunkle Zeit hindurchführte. [...]

Jahre kamen voller Not, wieder Jahre vermeintlichen Glücks, Jahre schrankenloser Freiheit in Wort und Schrift, und aus den riesenhaft wachsenden Großstädten drang auf das Land bis in die letzte Hütte des letzten Dorfes hinein im Gewande der Freiheit und Modernität der Feind und suchte die Lebensquellen der Heimat zu vergiften, suchte die Menschen der Heimat vom Wurzelboden des Volkstums, der Religion, zu lösen, suchte das heilige Erbe der Väter in Sitte und Brauch zu zerstören. [...] Der Feind war im Lande und sein Wirken blieb nicht verborgen und ohne Erfolg.

\* \* \*

Heute geht ein Aufwachen durch die Lande; dem Feinde des echten Volkstums ist der Kampf angesagt, aus den Kraftquellen der Heimerde soll wieder der Strom gesunden, kräftigen Lebens über das Land fließen, es zu reicher Ernte in der Zukunft zu befruchten. Und der großen Aufgabe der Wiedererneuerung und Wiedererweckung sollte auch die Heimatwoche in Vechta dienen."<sup>252</sup>

---

<sup>252</sup> HBL 7/1933, S. 97. Der Leitartikel wurde offensichtlich von Schriftleiter Hermann Thole verfaßt.

Der religiös-organologische Sprachgebrauch dieses Leitartikels, der den Heimatbegriff gegen die pluralistische Wirklichkeit der untergegangenen Weimarer Republik abgrenzte, und seine Ausstattung mit ideologischen Partikeln des Nationalsozialismus unterstreichen den synthetischen Charakter des politisch revidierten Heimatbegriffes. Er stellte das "Dritte Reich" auf den Boden von Heimat und Volkstum und ordnete es nahtlos in die ungebrochene historische Kontinuität vom Burgfrieden des Jahres 1914 bis zur "Nationalen Erhebung" des Jahres 1933 ein. Das bezeichnete die Erfüllung des Heimatverlangens in der politischen Gegenwart dieser Zeit.<sup>253</sup>

Höhepunkt der "Heimatwoche" war ein historischer Festzug, der die Geschichte des Amtsbezirks Vechta von der Christianisierung bis zur Ankunft in der Gegenwart folkloristisch aufführte.<sup>254</sup> Jeder Tag des einwöchigen Festprogramms war einem Stand vorbehalten: Tag der Jugend (Großer Sporttag), Tag des Handwerks, Großer Bauerntag und Tag der Frau. Zur Eröffnung wurde das Freilichtspiel "Abzug der Schweden aus Vechta" von der Heimatdichterin Elisabeth Reinke zur Aufführung gebracht. Der prominenteste politische Gastredner war Ministerialrat Zimmermann, der auf dem Festabend im Oldenburger Hof nach dem "Großen Sporttag" eine Ansprache hielt. Der "Tag der Frau" wurde mit einer heiligen Messe eröffnet, die von Strafanstaltspfarrer Vorwerk zelebriert wurde. Danach sprachen Dozentin Soldmann aus Münster über das Thema "Das Wirken der Frau in Familie und Heimat" und Frau Dr. Dyckerhoff aus Bad Zwischenahn über das Thema "Die Frau im neuen Staate" auf einer Veranstaltung der NS-Frauenschaft im Hotel Schäfers.<sup>255</sup> Die gesamte Juli-Ausgabe der "Heimatblätter" war dem Rückblick

---

<sup>253</sup> 1936 verfaßte Franz Kramer einen Aufsatz für eine Propagandaschrift, die von der NSDAP des Kreises Vechta anlässlich des 3. Kreistages herausgegeben wurde. Unter der Überschrift "Unsere Heimat" schildert er darin die kulturelle Vergangenheit Südoldenburgs, ohne einen direkten Bezug zum Nationalsozialismus herzustellen. (NSDAP, 3. Kreistag, S. 33-36)

<sup>254</sup> Vechta, Heimatwoche, S. 71-75. Die Reihenfolge des Festzuges wies eine zeittypische historische Gliederung auf. Er zeigte u. a. folgende Abschnitte in der Geschichte des Amtsbezirks: Germanen - Römer - Thing - Christianisierung - Burg Vechta - Zünfte - Schweden (Dreißigjähriger Krieg) - Zitadelle (angelegt von Fürstbischof Christoph Bernhard von Galen) - Schützengilde - Franziskaner (Gründung des Gymnasiums) - Übergabe der Stadt Vechta (1803) - Freiheitsfrage (Turnvater Jahn) - Biedermeierwagen - Heimat und Brauchtum: Peiterbultfeier, Spinnstube, Hochzeitsbitter, Herdfeuer, Pfingstkranz, Leineweber, Schafkoven, Fastnachtsfeier (Damme), Federindustrie (Lohne), Feuerwehr und Dragoner in alter Tracht, Gegenwartsbild (Stahlhelm Vechta) - Eisenbahn aus alter Zeit. MT vom 3.7.1933: Heimatwoche des Amtes Vechta, Eröffnung und Sport.

<sup>255</sup> Vechta, Heimatwoche, S. 67-70. Berichte über die einzelnen Veranstaltungen in der MT vom 3.7. (Eröffnung und Sport), 5.7. (Handwerkertag), 6.7. (Bauerntag), 8.7.1933 (Tag der Frau); GELHAUS, 1933, S. 280f., 285f., 289, 291.



---

auf die "Heimatwoche" gewidmet, über die Studienassessor Franz Kramer in einer ausführlichen Bilddokumentation berichtete.<sup>256</sup>

Die Geschichte des Heimatbegriffes im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs enthält auch komplementäre Deutungs- und Interpretationsansätze der jüngsten deutschen Zeitgeschichte und gibt Auskunft über die politische Kultur, die sie jeweils repräsentierte. Die rastlos fortschreitende Geschichte konnte nach diesem Heimatbild erst zur Ruhe kommen, wenn sie sich in der Katharsis der militärischen Feuerprobe auf ihre ewige Natur besann und sich wieder in dem Schoß der Mutter Heimat - die auch Mutter Natur war - bergen ließ. Daß die neuen Machthaber es "mit der politischen Aufladung des Heimatbegriffs, der aus Blut und Boden erwuchs und in der "Volksgemeinschaft" zur politischen" Anschauung gelangte, ernst meinten, geht aus der Rede des hessischen Staatskommissars Wagner auf dem Bauerntag der Vechtaer "Heimatwoche" hervor. Die Cloppenburger MT zitiert ihn mit den Worten:

"Er versicherte, daß man die Macht gebrauchen werde, um das Ziel zu erreichen, in Deutschland eine einige Volksgemeinschaft aufzurichten, und daß alle, die sich abseits stellen oder Schwierigkeiten machen, sich im Konzentrationslager wiederfinden würden."<sup>257</sup>

Die Cloppenburger MT eröffnete die Berichterstattung über die Vechtaer "Heimatwoche" mit Sentenzen, die die spezifische 'unpolitische' Qualität des münsterländischen Heimatbegriffes zum Ausdruck brachten und den Gegensatz zu seiner nationalsozialistischen Einfärbung anschaulich darboten:

"Kein Fest kommt der Eigenart des Münsterländers mehr entgegen, wächst mehr und besser aus seinem Wesen heraus, als ein Heimatfest; denn wo gibt es einen Volksstamm, der so mit seiner Heimat verwachsen ist, wie der Münsterländer? Er weiß ihre Schönheit zu schätzen in den rauschenden Wäldern und flüsternden Tannen, in den mit ihrer Umgebung verwachsenen alten Häusern, in der derben Treue ihrer Bewohner. Er gewinnt sich die Heimat in rastloser Arbeit immer von neuem, so daß das Seine immer

---

<sup>256</sup> HBL 7/1933, S. 98-108. Die Festschrift zur "Heimatwoche" enthält ebenfalls einen historischen Beitrag von Franz Kramer (Vechta, Heimatwoche, S. 58-60: Vechta. Aus der Entwicklungsgeschichte der Stadt). Die Geschichte des Amtes Vechta von den Anfängen bis zum Jahre 1815 schildert in dieser Broschüre ausführlich der Vechtaer Studienrat Otto Terheyden. Er schließt seinen umfangreichen Beitrag mit dem Motto: "Es lebe das neue Deutschland unter Führung von **Hindenburg** und **Hitler**!" (Vechta, Heimatwoche, S. 3-54)

<sup>257</sup> MT vom 6.7.1933.

mehr sein wird, er liebt seine Heimat, die ihm noch nie seine Verbindung mit Gott gestört hat."<sup>258</sup>

Wie die Vechtaer "Heimatwoche" wurde auch die "Gewerbeschau und landwirtschaftliche Woche" in Cloppenburg im Juni 1933 von den nationalsozialistischen Machthabern zur politischen Indoktrination benutzt. Der Reichstagsabgeordnete Weidenhöfer (NSDAP) räsonierte über die religiös-politische Verquickung des Heimatbegriffes und erhob ihn in dieser Mixtur sogar zur Grundlage eines außenpolitischen Programms, das auf Boden- und Raumpolitik - Schaffung von "Lebensraum" - ausgerichtet war:

"Darin liegt begründet eine Politik, die geführt werden muß und wird, indem auf dem Gedanken von Blut und Boden, d. h. der ewigen Verbundenheit des Blutes aus dem Bauerntum mit dem Boden, auf den der Herrgott die Familie gestellt hat, aufgebaut werden muß. [...] Wenn ich als Politiker Außenpolitik betreiben will, kann ich es nur, wenn ich den Brotkorb meines Volkes selbst in der Hand habe und er ihm nicht durch fremde Mächtschaften höher gehängt werden kann. Nur die Politik kann frei machen, die auf dem Boden der hl. Muttererde des deutschen Lebens aufgebaut ist."<sup>259</sup>

So wurde unter der Hand aus Heimat "Blut und Boden" und ein Begriff politisch veräußert. Die Gewerbewoche in Cloppenburg erwies sich als Einfallstor für den Führermythos, weil in Veranstaltungen dieser Art "NS-Ständeideologie und 'Blut und Boden' mit der katholischen Ständeorganisation und Agrarromantik zusammenfanden".<sup>260</sup> Weidenhöfer unterschied im weiteren Verlauf seiner Rede zwischen dem Landwirt und dem Bauern und bekannte sich zum "Bauernstaat" - nur dieser vermöchte Gefühle von Heimat und Religion zu geben:

"Bauer sein ist eine hl. Gottesgabe, von der er sich niemals trennen wird. Das ist der Unterschied zwischen Landwirt und Bauer. Wir wollen einen Bauernstaat [...]"<sup>261</sup>

Heimat war nach dem Gehalt dieser Worte wie der ererbte christliche Glaube der Väter nur als seelisches Erlebnis erfahrbar, keine Kategorie des Rationalen, sondern des Religiösen. Heimat war Anfang und Ende, Heimat war bei Gott. Heimat war ein Wort, eine romantische Chiffre, ein archaischer Mythos, der auf seine politische Erlösung gewartet hatte. Der Heimatgeschichte und der Heimatbewegung, die ihre unpolitische Grundhaltung immer wieder

---

<sup>258</sup> MT vom 3.7.1933.

<sup>259</sup> MT vom 13.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 238f.

<sup>260</sup> FREITAG, Führermythos, S. 46.

<sup>261</sup> MT vom 13.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 238f.

betonten, war es in der vergangenen kurzen liberalen Ära nicht um absichts- und folgenloses Erzählen des Vergangenen zu tun gewesen, sondern um politische Einflußnahme auf eine kritische Gegenwart, die, gemessen am romantisch verklärten und populistisch attraktiven Bild der "guten alten Zeit", nur als Mangel und Ungenügen wahrgenommen werden konnte. Die beglückende Retrospektive und der frustrierte Blick auf die als defizitär empfundene politische und soziale Gegenwart gehören zu den Rezeptionsvorgaben, die in jeder wahren Heimatgeschichte enthalten sind.

Im ideologischen Kontext des Heimatbegriffes fanden in Süddoldenburg nicht nur die Museumsbewegung und die Heimatkunde, sondern auch die Familienforschung, die im "Dritten Reich" zur "Sippenforschung" ausartete, das Heimattheater und das heimatliche Brauchtum eine politisch motivierte Renaissance. Die heimatgeschichtliche Forschung schöpfte nach ihrem eigenen Bekunden aus den "tiefsten und wahren Quellen einer Volksgemeinschaft" und rekonstruierte ein Geschichtsbild, "das völkisch=heroisch und realistisch ist, weil es volks= und blutgebunden ist und im Boden der Heimat verwurzelt". Ihr politischer Auftrag war klar umrissen:

"So kann auch gerade die Heimatgeschichte der politischen Willensbildung, dem volksnationalen Gedanken und der Volksgemeinschaft dienstbar gemacht werden."<sup>262</sup>

Im Zuge einer Revision der traditionellen Heimatgeschichte würde nach den Worten von Paul Niemann "in der neuen kommenden Geschichtsschreibung" selbst die Bauernverschwörung im Amt Vechta noch "ihre richtige Würdigung erfahren und in das richtige Licht gestellt werden müssen".<sup>263</sup> Das angesprochene Ereignis bot dazu eine geeignete historische Vorlage. Bauern aus Emstek, Cappel und der Umgebung hatten es abgelehnt, dem durch die Wiedertäufer in Bedrängnis geratenen Fürstbischof Franz von Waldeck (1532 - 1553) in Münster 300 Mann zu Schanzarbeiten zu überlassen, und auf dem Desum den Beschluß gefaßt, "die geforderten Leistungen abzulehnen, einer für den anderen einzustehen und lebendig oder tot beisammen zu bleiben". Den Hintergrund für die Bauernverschwörung, die blutig niedergeschlagen wurde, bildete der Wunsch der Bauern nach Freiheit. Sie erstrebten die "Abschaffung der Eigenhörigkeit, der Frondienste, der Zehnten und anderer Lasten, Aufhebung der Zinsen für entlehnte Kapitalien, Freiheit der Jagd,

---

<sup>262</sup> HBL 5/1935, S. 71: "Sinn und Aufgabe heimatgeschichtlicher Forschung".

<sup>263</sup> NIEMANN, Paul: Uebersicht über die Geschichte des Oldenburgischen Münsterlandes, IN: VuL 6/1935, S. 119.

der Fischerei und der Holzungen". Die Erfüllung dieser Ziele glaubten sie durch die Reformation Martin Luthers und die Bauernkriege in Mittel- und Süddeutschland in greifbare Nähe gerückt. Der Sieg des Fürstbischofs machte ihre Hoffnungen völlig zunichte.<sup>264</sup> Die von Niemann angeregte Stilisierung der Bauernverschwörung zum heroischen Freiheitskampf der Unterdrückten gegen die geistliche Obrigkeit, der im "Dritten Reich" seine Vollendung gefunden hätte, blieb in der Heimatgeschichte Südoldenburgs jedoch aus. Aus der Bauernverschwörung im Amt Vechta wurde keine historische Vorlage für ein Schauspiel wie "De Stedinge".

Der Wunsch nach Heimat hat in der deutschen Geschichte eine destruktive Rolle gespielt und eine Entwicklung genommen, die im "Dritten Reich" ihren Kulminationspunkt erlangte. Die Geschichte des Wortes "Heimat" im nationalsozialistischen Deutschland hat den Begriff "Heimat" gründlich desavouiert. Der Grund dafür ist in einer "Überdehnung und Transzendierung des Heimatbegriffes" zu sehen, der Heimat "nur noch als Mythos oder Utopie, aber nicht mehr als reale menschliche Möglichkeit" erscheinen lassen konnte. Dabei ist Heimat nach Auffassung von Micha Brumlik eine "notwendige Bedingung geglückter Identitäten" und impliziert als "Basisbegriff normativer Normalität" seine empirische Überprüfbarkeit. Im Spannungsverhältnis von Heimat und Ich-Identität, das weder artikuliert noch gelöst werden konnte, siedelte die deutsche Tradition Heimat in dörflicher - nicht-urbaner, naturbelassener, ländlicher - Enge an und geleitete sie so auf den deutschen Sonderweg.<sup>265</sup> Außerhalb von Gesellschaft und moderner Zivilisation wurde Heimat zum pseudoreligiösen Kult und zum imaginären Ort einer Gemeinschaft, in der unterentwickeltes Ichbewußtsein das Ideal eines Lebens in der Gemeinschaft des Stamms pflegte und die Entwicklung und die Durchsetzung individueller Interessen subjektiv wie objektiv so gut wie ausgeschlossen schienen. Heimat und Nation wurden als "Mittel zur kompensatorischen Gewinnung kollektiven Selbstwertgefühls" benutzt, dem es an Ichstärke und Autonomie mangelte. Die "Überspanntheiten des kulturellen Nationalismus" - ein Wort von Paul Tillich - waren Symptome einer kritischen Bewußtseinslage, die von der nationalsozialistischen Propaganda ausgebeutet wurde.<sup>266</sup> Unter der nationalsozialistischen Herrschaft wurden Prinzipien wie

---

<sup>264</sup> RIEBELMANN, Bauernverschwörung, S. 218f.; NIEMANN, Münsterland 2, S. 18-23; VORMOOR, J.: Die Bauernverschwörung im Amte Vechta 1534, IN: HBL 8/1956, o. S. Die angeführten Gemeinden gehörten seinerzeit zum Amt Vechta.

<sup>265</sup> BRUMLIK, Utopie, S. 35ff.

<sup>266</sup> FETSCHER, Heimatliebe, S. 35.

Autorität, Unterordnung und Hierarchie, regressives Verhalten, das seinen Ursprung zumeist in der Kindheit hat, wieder opportun. Der Wunsch nach Heimat ertönte als Kampfruf: Sein antizivilisatorischer, antistädtischer und antiliberaler Affekt war dabei niemals zu übersehen. Dabei schließt echte Heimatliebe Toleranz und Sympathie für Menschen anderer Heimaten und Kulturen ein, eine demokratische Tugend, die auf eine ichstarke, autonome Persönlichkeit angewiesen ist.

### **1.3.4.2. Die "Heimatblätter" der Oldenburgischen Volkszeitung**

Zur theatralischen Inszenierung der politischen Alltagskultur griff die nationalsozialistische Propaganda in Südoldenburg seit 1933 auch auf historische Traditionsbestände zurück und instrumentalisierte sie. Sie füllte bestehende Formen gesellschaftlichen und kulturellen Lebens mit neuen politischen Inhalten und verlieh ihnen so den Anschein des Alten gleichzeitig mit dem des politischen Neuen. Der Schnittpunkt des Neuen und Alten war für den Erfolg der nationalsozialistischen Revolution im katholischen Milieu in Südoldenburg eine entscheidende Voraussetzung. Im Heimat-Mythos waren die Teile nicht mehr getrennt, sondern wieder zu einem organischen Ganzen vereint. Die publizistischen Aktivitäten in Südoldenburg, soweit sie im Dienste an der Heimat standen, waren enorm, besonders in den Vechtaer "Heimatblättern", die die ideologische Gleichschaltung von Heimatbegriff und Heimatbewegung in Wort und Bild aufwendig begleiteten.

Ein Blick in die einzelnen Ausgaben der "Heimatblätter", der Beilage der Vechtaer OV, vermittelt einen Eindruck von dem nationalsozialistischen Alltag, der offiziell die politische Kultur Südoldenburgs seit 1933 bestimmte. Die Gedenkfeier am Schlageter-Denkmal auf dem Lohner Kreuzberg<sup>267</sup>, die Einweihung des Kriegerdenkmals in Kellerhöhe-Hoheging<sup>268</sup>, das Reiterfest in Langförden<sup>269</sup>, das Erntedankfest in Goldenstedt mit HJ-Kapelle und SA-Sturm<sup>270</sup>, das Sängerverfest des Männergesangsvereins "Harmonia" in Damme<sup>271</sup>,

---

<sup>267</sup> HBL 6/1933, S. 91: Bilddokumentation.

<sup>268</sup> HBL 8/1933, S. 124: "Deutschland steht auf zu neuer Größe, zu neuem Blute." MT vom 26., 27.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 262f., 267.

<sup>269</sup> HBL 9/1933, S. 131: Bilddokumentation.

<sup>270</sup> HBL 10/1933, S. 158: Bilddokumentation.

<sup>271</sup> HBL 5/1933, S. 69-71: Bilddokumentation. Unter dem Titel "Was wir wollen!" hieß es im Willkommensgruß: "Wir wollen mit unserm deutschen Liede einen Damm setzen dem Vordringen

der Flugtag auf dem neuen Flughafen in Vechta<sup>272</sup> und die Fahrt der Hitlerjugend zum Gebietstreffen nach Bremen<sup>273</sup> gehörten zum vielfältigen Spektrum der nationalsozialistischen Alltags- und Festkultur in Süddoldenburg. Bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Kellerhöhe-Hoheging verband Kaplan Benno Hülsmann in seiner Weiherede obligatorisch Heimat und Vaterland:

"Auch eine Lehre geben uns die gefallenen Krieger: Wie wir uns gemüht und geopfert für Heimat und Vaterland, so müßt auch ihr opfern, eure Pflicht tun für Heimat und Vaterland, damit unser Opfer nicht vergeblich ist."<sup>274</sup>

In der Flammenrede übertrug der katholische Geistliche den Heimatgedanken auf die nationalsozialistische Gegenwart; an die Jugend gerichtet, rief Hülsmann am Ehrenmal aus:

"Wenn das Vaterland ruft, dann muß sie bereit sein, froh und gern alles, Blut und Leben für das Vaterland hinzugeben. Heute geht eine große nationale Welle durch deutsches Land. Die Flammenzeichen rauchen. Das deutsche Volk steht auf. Ein neuer Frühling wird erblühen. Deutschland wird wieder groß und mächtig werden."

Die Rede klang aus in "ein kräftiges Hoch auf den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, auf den Volkskanzler Adolf Hitler und auf das liebe, deutsche Vaterland."<sup>275</sup>

Im November 1933 begrüßten die Vechtaer "Heimatblätter" den neuen Bischöflichen Offizial Vorwerk als "tätigen Förderer der Heimatbewegung" mit Worten, die die traditionelle Symbiose von Volk und Kirche im Heimatbegriff zum Ausdruck brachten:

"Kirche und Volk sind mit tausend Banden verknüpft, und die Kirche ist seit jeher stärkste Hüterin eines gesunden Volkstums gewesen. Kirche und Heimatbewegung werden in der Volkstumsarbeit auf den verschiedensten Gebieten Hand in Hand gehen können und auch müssen [...]."<sup>276</sup>

In den zahlreichen Verlautbarungen und Kundgebungen zum Heimatbegriff, die ausgesprochen appellative Tendenzen aufwiesen, wird deutlich: Nicht die

---

der Welt=Schlager und undeutschen Gassenhauer, damit deutsches Empfinden rein und gesund bleibe."

<sup>272</sup> HBL 6/1933, S. 92f.: Bilddokumentation.

<sup>273</sup> HBL 9/1933, S. 130: Bilddokumentation.

<sup>274</sup> MT vom 26.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 263.

<sup>275</sup> MT vom 27.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 267.

<sup>276</sup> HBL 11/1933, S. 169.

Wörter als solche enthalten die politische Lüge, sondern ihre Kontextdetermination macht, daß sie lügen. Der Sprachwissenschaftler Harald Weinrich macht die Konnotationen dafür verantwortlich, daß aus lügenden Wörtern lügende Begriffe werden:

"Wörter, die man sich ohne jede Kontextdetermination denkt, können nicht lügen. Aber es genügt schon ein kleiner Kontext, eine 'und' - Fügung etwa, daß die Wörter lügen können. Begriffe sind von der Art, daß sie überhaupt erst durch einen Kontext zustande kommen. Ohne Definition kein Begriff. Und sie bestehen nur, solange dieser Kontext, diese Definition gewußt wird. Es verschlägt nichts, wenn der Definitionskontext nicht jedesmal mitgenannt wird, wenn der Begriff lautbar wird. Das ist oft überflüssig [...]. Lügende Wörter sind fast ausnahmslos lügende Begriffe. Sie gehören zu einem Begriffssystem und haben einen Stellenwert in einer Ideologie. Sie nehmen Verlogenheit an, wenn die Ideologie und ihre Lehrsätze verlogen sind."<sup>277</sup>

Mit diesen Sätzen erklärt Weinrich die semantische Manipulation, die der nationalsozialistische Sprachgebrauch an Schlüsselwörtern des politischen Konservatismus vornahm. Durch den Definitionskontext, der "nicht jedesmal mitgenannt" werden mußte, entstanden "lügende Begriffe", die ihre Aussage einer verlogenen nationalsozialistischen Ideologie verdankten. Die Definition brauchte in der nationalsozialistischen Rhetorik nicht jedesmal genannt zu werden, sie wurde ohnehin gewußt, weil der Kontext der Gleichschaltung mitgedacht wurde. Ein zentraler semantischer Träger der Gleichschaltung, ein "lügender Begriff", wie ihn Weinrich nennt, war im katholischen Milieu Süddoldenburgs der Heimatbegriff, der nach dem Ersten Weltkrieg in das Zentrum des historisch-politischen Bewußtseins gerückt war. Nie haben nach Ansicht von Harald Weinrich "Schlagworte hemmungsloser die Szene beherrscht als in der Hitlerzeit".<sup>278</sup>

### 1.3.4.3. Die Gründung des Museumsdorfes in Cloppenburg

Nicht ausgenommen von der Instrumentalisierung des traditionellen süddoldenburgischen Heimatgedankens war das Museumsdorf in Cloppenburg, dessen Gründungsgeschichte im Herbst 1933 in ihre entscheidende Phase trat.<sup>279</sup> Die Gründung des Museumsdorfes stand unter der besonderen Protektion von Reichsstatthalter und Gauleiter Carl Röver. Die national

---

<sup>277</sup> WEINRICH, Linguistik, S. 37.

<sup>278</sup> Ebd., S. 35.

<sup>279</sup> OTTENJANN, Heimatmuseum, S. 167ff.; OTTENJANN, Museumsdorf, S. 18ff.; MÜNZE-BROCK, Amtshauptmann, S. 20ff.

sozialistische Regierung in Oldenburg stellte Heinrich Ottenjann für das Schuljahr 1933/34 vom Unterricht frei, damit er sich ganz dem Aufbau des Museums widmen konnte. Ottenjann hatte bereits mit Scheiben vom 9. Januar 1933 an die Katholische Abteilung des Ministeriums der Kirchen und Schulen um seine Beurlaubung für das Schuljahr 1933/34 nachgesucht. Er habe wiederholt einen solchen Antrag gestellt, der bisher stets abgelehnt worden sei. Aber zum derzeitigen Ministerium habe er das Vertrauen, "daß es die Dringlichkeit der angedeuteten Arbeiten, aber auch die hohe vaterländische Bedeutung des Museums, das ein Stück deutschen Landes einem tieferen Verständnis erschließt und von der Liebe zur Heimat zu wahrer Vaterlandsliebe führt, anerkennt und das Urlaubsgesuch des Unterzeichneten genehmigt".<sup>280</sup> Auf der Generalversammlung des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland am 8. Dezember 1933 dankte Ottenjann der Regierung in Oldenburg für den "erbetenen Urlaub", der ihm nun gewährt worden war.<sup>281</sup>

Nach eigenen Aussagen des Museumsgründers, des Cloppenburgers Studienrats und Leiters des Heimatmuseums Heinrich Ottenjann, bedeutete der Besuch Rövers in Cloppenburg am 3. Oktober 1933 die "Geburtsstunde des Museumsdorfes". Mit den Worten "Da kam die Wendung" charakterisierte er 1935 - im Jahre des Cloppenburgers Stadtjubiläums - die Bedeutung dieses politischen Ereignisses. Zur Bedeutung Rövers, der auch die Schirmherrschaft über das Museumsdorf übernommen hatte, notierte er:

"Zur größten Freude aller übernahm inzwischen Gauleiter und Reichsstatthalter Carl Röver die Schirmherrschaft über das Museumsdorf. Damit ist die stärkste Gewähr gegeben für eine weitere glückliche Entwicklung des großen Unternehmens. Der Schirmherr, dem wir es danken, daß der große Plan des Museumsdorfes überhaupt erst ernstlich ins Auge gefaßt werden konnte, wird ihm auch für die Zukunft ein starker Förderer sein."<sup>282</sup>

Im Rahmen des Röver-Besuches überreichte Bürgermeister Heukamp auch den Ehrenbürgerbrief, der Ministerpräsident Röver zusammen mit Reichspräsident Hindenburg, Reichskanzler Hitler und Reichsarbeitsminister Seldte anlässlich des 1. Mai 1933 vom Magistrat der Stadt zuerkannt worden war.<sup>283</sup>

---

<sup>280</sup> MT vom 24.4.1933; StAO 160, 2 - 3880. Unterstützt wurde das Urlaubsgesuch Ottenjanns durch den Leiter des Cloppenburgers Gymnasiums, Dr. Thomé, mit Schreiben vom 12. Januar 1933. Ministerialrat Teping befürwortete den Antrag, der schließlich am 19. April 1933 vom Ministerium der Kirchen und Schulen genehmigt wurde.

<sup>281</sup> MT vom 9.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 439.

<sup>282</sup> OTTENJANN, Heimatmuseum, S. 167f.; OTTENJANN, Museumsdorf, S. 18.

<sup>283</sup> MT vom 4., 5.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 387-390.



Gauleiter Carl Röver unternahm in Begleitung von Ministerpräsident Joel und Minister Pauly eine ausgedehnte Besichtigungsfahrt durch das von der Agrarkrise besonders stark in Mitleidenschaft gezogene ehemalige Amt Friesoythe und stattete dem Heimatmuseum, das im Cloppenburg Realgymnasium untergebracht war, einen Besuch ab.<sup>284</sup> Die Überreichung des Ehrenbürgerbriefes an Reichsstatthalter Röver im Rathaus nahm Bürgermeister Heukamp offensichtlich in einer Weise vor, die auch die politische Zurückhaltung der Münsterländer gegenüber dem Nationalsozialismus anklingen ließ:

"Wenn auch der Münsterländer nicht so rasch von Entschluß sei, um gleich vorne an zu sein, so halte er um so treuer an dem einmal für recht Erkannten fest. So könne er denn auch dem Reichsstatthalter namens des Magistrats und Stadtrats die Versicherung abgeben, daß Cloppenburg sich in unverbrüchlicher Treue hinter den Führer stelle und von niemandem sich in der Hingabe an die Mitarbeit des neuen Reiches übertreffen lassen wolle. [...] Mit dem Gelöbniß treuester Mitarbeit auch in der Zukunft überreichte Bürgermeister Dr. Heukamp dann dem Reichsstatthalter den Ehrenbürgerbrief."<sup>285</sup>

"Über den weiteren Verlauf des Abends mit seinen für die Geschichte Cloppenburgs voraussichtlich sehr wichtigen Besprechungen", die vor allem den Museumsplänen Ottenjanns galten, kündigte die Cloppenburg MT ihre weitere Berichterstattung über den Röver-Besuch an.<sup>286</sup> Dem offiziellen Besuchsprogramm schloß sich ein informelles Beisammensein in der CV-Hütte in den Bührener Tannen an, auf dem der Leiter des Heimatmuseums, Studienrat Ottenjann, seine Pläne für den Aufbau des Museumsdorfes erläuterte. Die politische Prominenz aus Oldenburg sagte ihre Unterstützung zu, und die weitere Beurlaubung Ottenjanns vom Schuldienst für das Schuljahr 1934/35 wurde von Staatsminister Pauly umgehend bestätigt. Angesichts der angestrengten Haushaltslage war die Beurlaubung Ottenjanns auch als ein politisches Signal zu verstehen. Röver selbst versprach bei dieser Gelegenheit, den geplanten Aufbau des Heimatmuseums durch eine "große Heimatkundgebung" in Cloppenburg zu unterstützen, machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, "daß eine solche Aufgabe aus der Heimatverbundenheit des Münsterländers im Wesentlichen selbst gelöst werden müßte".<sup>287</sup> Ministerpräsi

---

<sup>284</sup> MÜNZEBOCK, Amtshauptmann, S. 20-24. Amtshauptmann Münzebrock schildert in seinen Aufzeichnungen die prekäre wirtschaftliche Lage im Amtsbezirk Friesoythe und betont den Aufschwung nach 1933, der vor allem durch die Verwaltungsreform gefördert worden sei.

<sup>285</sup> MT vom 4.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 388.

<sup>286</sup> Ebd.

<sup>287</sup> OTTENJANN, Museumsdorf, S. 18; MT vom 5.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 388; KUROPKA, Cloppenburg, S. 36.

dent Joel schrieb dem Cloppenburgger Heimatmuseum, das 1932 sein zehnjähriges Bestehen feiern konnte, als politisches Vermächtnis ins Stammbuch:

"Nur wer die Heimat liebt, kann den Kampf verstehen, der von Adolf Hitler und seinen Getreuen unermüdlich geführt wurde und geführt wird. Es liegt im Sinne dieses Kampfes, daß das alte Erbgut unserer Altvordern gehegt und gepflegt wird. Heimatkunde und Heimatliebe sind die Grundsteine der Liebe zum Volke."<sup>288</sup>

Auf der Generalversammlung des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland am 8. Dezember 1933 in Cloppenburg deutete Ottenjann Verbindungslinien zwischen der münsterländischen Heimatbewegung und den Zielen der nationalsozialistischen Führung an. Durch den Aufbau des Museumsdorfes würden Regierungsmaßnahmen unterstützt, "die sich so sehr mit dem Bauertum befassen", denn das Münsterland sei "überreich an Urwüchsigem, mit Blut und Boden innigst Verbundenem, wie es sonst nicht mehr gefunden wird".<sup>289</sup> Am 21. Januar 1934 löste Gauleiter Röver sein im Oktober 1933 gegebenes Wort mit dem Besuch der großen Museumskundgebung im Cloppenburgger Central-Hotel ein, an der auch der neue Bischöfliche Offizial Vorwerk teilnahm.<sup>290</sup> Er unterstützte die politische Arbeit im Dienst an der Heimat und den Aufbau des Museumsdorfes. Ottenjann zitiert den Gauleiter auf der Museumskundgebung mit den Worten:

"Dieses Herrliche, das die Männer in Cloppenburg sich zum Ziel gesetzt, lohnt sich, deutsche Männer und Frauen, zu unterstützen, damit uns stets die Kraft erhalten bleibe, zu arbeiten im Sinne des Vaterlandes, damit uns in schweren Stunden der Glaube nicht verlorenghehe an Deutschland."<sup>291</sup>

Die Vechtaer HBL berichteten in einem Beitrag von Hermann Thole ausführlich über die Museumskundgebung mit Gauleiter und Reichsstatthalter Röver, der in Begleitung von Ministerpräsident Joel nach Cloppenburg gekommen war, und zitierten aus den Reden von Amtshauptmann Münzebrock,

---

<sup>288</sup> MT vom 5.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 390; OTTENJANN, Museumsdorf, S. 18.

<sup>289</sup> MT vom 9.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 439. Vorsitzender Averdarm erklärte in seiner Begrüßungsansprache zur aktuellen politischen Lage: "Seit der letzten Generalversammlung hat sich viel im Deutschen Reich geändert. Wir haben eine neue Regierung erhalten. Wir haben das feste Vertrauen, daß sie und die oldenburgische Regierung für die Interessen des Heimatbundes gut eintreten werden." Averdarm erinnerte an den Besuch Rövers in Cloppenburg, der "für die Bestrebungen des Heimatbundes größtes Interesse gezeigt" habe, und brachte ein "Sieg=Heil!" auf das oldenburgische Ministerium aus.

<sup>290</sup> KUROPKA, Cloppenburg, S. 36.

<sup>291</sup> OTTENJANN, Museumsdorf, S. 19.

Museumsleiter Ottenjann und Reichsstatthalter Röver. Dieser beklagte in seiner Ansprache den "Geist der Zersetzung", der in den letzten Jahrzehnten im Volk gewirkt habe, und forderte, "daß diese Zeit ein für allemal vorbei ist". Ein neuer Geist müsse "in dieses wunderbare Denkmal hineingebaut" werden. Röver beschloß seine Rede mit einer für ihn durchaus typischen Floskel, die auf das religiöse Gefühl der Zuhörer gerichtet war:

"Wenn wir wollen, daß einmal unsere deutschen Kinder mit Glück und Stolz und Freude an diese große Zeit zurückdenken, so werden wir den Sinn des Lebens nicht auffassen als das Materielle. Deutsche Volksgenossen, es ist entscheidend, das zu begreifen im Zeichen des Umbruchs dieser neuen Zeit des Dritten Reiches, das jetzt angebrochen ist, das gebaut werden soll Stein auf Stein. [...] **Schaffen wir's, und dazu rufen wir euch auf zur Mitarbeit.** Dann wird Deutschland stehen, auch wenn wir gestorben sind, und wir werden hintreten können vor den Höchsten, weil wir unsere Pflicht erfüllten für Deutschland und unsere deutschen Kinder. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)"<sup>292</sup>

Am 25. Januar 1934 beschloß der Amtsvorstand Cloppenburg offiziell die Errichtung eines Museumsdorfes in der Stadt Cloppenburg und nahm die Regulierung der Standortfrage vor.<sup>293</sup> Mit großer Energie wurde der Aufbau des Museumsdorfes vorangetrieben. Allerdings hielt sich nach den Aufzeichnungen von Amtshauptmann Münzebrock die finanzielle Unterstützung seitens der öffentlichen Hand außerhalb des Amtsbezirks aufgrund der von Röver favorisierten Förderung der "Thingstätte" Bookholzberg in engen Grenzen. Nach den Angaben Münzebrocks betrug der Staatszuschuß zum Ankauf des 12 ha großen Grundstückes 11 000 RM, zusätzlich wurden die Arbeiten des moorigen Geländes im Jammertal durch staatliche Notstandsarbeiten durchgeführt. Zu den Erschließungskosten, die sich auf 47 000 RM beliefen, steuerte die Reichsanstalt 28 000 RM bei, die Stadt Cloppenburg beteiligte sich mit 11 000 RM. Zwei Sammlungen in Süddoldenburg für den Aufbau des Museumsdorfes erbrachten 20 000 RM. Als eine wesentliche Unterstützung seitens der oldenburgischen Staatsregierung bewertet Münzebrock die Freistellung Ottenjanns vom Schuldienst seit Ostern 1933. Was die öffentliche Finanzierung der ehrgeizigen Museumspläne Ottenjanns angeht, kommt Münzebrock zu dem Ergebnis:

---

<sup>292</sup> HBL 2/1934, S. 17f. Thole schloß seinen Bericht über die Museumskundgebung mit dem bemerkenswerten Zusatz: "So steht nun dieses große Werk als eine Gegenwartsaufgabe vor uns, und wir, denen die Heimat das schönste Gottesgeschenk ist, wir wollen dieses Werk unterstützen, wollen für seine Verwirklichung Opfer bringen, damit es kommenden Geschlechtern künde, daß wir in einer großen Stunde unsere Pflicht getan haben."

<sup>293</sup> MÜNZE BROCK, Amtshauptmann, S. 26.

"Den Hauptteil der einmaligen und laufenden Ausgaben hat bis in den Krieg hinein der Amtsverband getragen. Jede Möglichkeit, für den weiteren Ausbau des Museumsdorfes Gelder freizumachen, ist in enger Zusammenarbeit mit den Amtsvorstandsmitgliedern und mit Zustimmung der Kommunalaufsichtsbehörde ausgenutzt worden."<sup>294</sup>

Am 20. August 1934 erfolgte der erste Spatenstich auf dem neu erschlossenen Gelände im Jammertal, das ca. 5 ha groß war. Als eines der ersten Objekte wurde vom Bauern Karl Quatmann in Schwichteler der Quatmannshof zum Abbruch erworben. Am 23. Juni 1935 wurde er im Rahmen der 500-Jahrfeier der Stadt Cloppenburg feierlich gerichtet.<sup>295</sup> Am Himmelfahrtstag des Jahres 1936 wurde das Cloppenburger Museumsdorf durch Gauleiter und Reichsstatthalter Carl Röver offiziell eröffnet. In der letzten Ausgabe der "Heimatblätter" erinnert Hermann Thole, der Schriftleiter der Oldenburgischen Volkszeitung, 1942 an dieses denkwürdige Ereignis und zitiert aus einer Ansprache des Gauleiters, die dieser am Herdfeuer des Quatmannshofes gehalten haben soll:

"Wenn das Museumsdorf einst ganz fertig sein wird, wenn es wunderbar und groß sein wird wie diese Zeit, die Zeit Adolf Hitlers, dann wird das ganze deutsche Volk Anteil nehmen an dem, was hier geschaffen wurde."<sup>296</sup>

Röver zeigte sich dem Cloppenburger Museumsdorf auch weiterhin verbunden. Am 16. Februar 1937 besuchte er das Museumsdorf und würdigte den Aufbau des "Kulturwerkes, dessen weitere Förderung und Unterstützung ihm sehr am Herzen liege".<sup>297</sup> Am 25. Juli 1937 wurde die Burg Arkenstede in Anwesenheit von Gauleiter und Reichsstatthalter Carl Röver feierlich eingeweiht.<sup>298</sup>

Professor Konrad Hahm, der Direktor des Museums für deutsche Volkskunde in Berlin, verfaßte auf Einladung Heinrich Ottenjanns in dem Festbuch, das

---

<sup>294</sup> Ebd., S. 27.

<sup>295</sup> GELHAUS, 1933, S. 480f.: Bilddokumentation.

<sup>296</sup> HBL 24. Jg., Nr. 2, ohne Datum (1942), S. 8: Vom Heimatmuseum zum Museumsdorf. Gedanken zur 20. Wiederkehr des Jahrestages der Gründung des Heimatmuseums für das Oldenburger Münsterland am 5. März 1922 (S. 5-8). An Museumsleiter Ottenjann wandte sich Röver nach diesem Bericht mit den Worten: "Mein lieber Dr. Ottenjann, das verpflichtet Sie, weiter zu arbeiten mit Tatkraft und Willensenergie, das verpflichtet aber auch alle zur Unterstützung, damit dieses Werk in seiner Vollendung in alle Ewigkeit für Deutschland stehen möge."

<sup>297</sup> HBL 19. Jg., Nr. 3, 25.3.1937, S. 41.

<sup>298</sup> HBL 19. Jg., Nr. 8, 25.8.1937, S. 121.

anlässlich der 500-Jahrfeier der Stadt Cloppenburg im Jahre 1935 herausgegeben wurde, einen Beitrag über die "Aufgabe der Heimatmuseen" in der Gegenwart. Ohne einen direkten Bezug zum Nationalsozialismus herzustellen, führt Hahm den Grundgedanken des Heimatmuseums auf die "völkische Geschichtsauffassung" und auf die "Ahnherren der völkischen Bewegung" zurück, zu denen Justus Möser, Gottfried Herder, Ernst Moritz Arndt, Gottlieb Fichte und vor allem "Turnvater Jahn" zu zählen seien. Der Heimatgedanke gründe sich als "etwas Universelles" auf "die Voraussetzung und Bejahung einer Bluts- und Lebensgemeinschaft". Der "völkische Staat" habe dem Heimatgedanken erst zum Durchbruch verholfen, "weil er die große geistige Erblinie der deutschen Vergangenheit zum Staatsbildungsprinzip erhoben hat". Die historische "Erblinie von Blut und Boden" müsse von der germanischen Frühgeschichte bis zur Gegenwart gezogen werden.<sup>299</sup> So wurde der konservative Volksmythos in der nationalsozialistischen Zeit politisch benutzt und zur historischen Legende stilisiert.

#### **1.3.4.4. Museumsleiter Studienrat Dr. Heinrich Ottenjann**

Nach Auffassung von Joachim Kuropka hatte Studienrat Heinrich Ottenjann "alle Mühe, sein Konzept eines Museums bäuerlicher Kultur zu behaupten".<sup>300</sup> Der heutige Direktor des Cloppenburg Museumsdorfes, Dr. Uwe Meiners, betont, daß es seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten "eine von allen politischen Zwängen befreite Museumsarbeit" nicht mehr geben konnte, wenn "der Gedanke an ein Freilichtmuseum für bäuerliche Kulturdenkmäler Südoldenburgs tatsächlich Realität" werden sollte: "Dieser Verlockung zu widerstehen, wäre einem Verzicht gleichgekommen, den Ottenjann zu diesem Zeitpunkt nicht mehr wollte."<sup>301</sup> Das Cloppenburg Museumsdorf, das unter dem Protektorat von Reichsstatthalter und Gauleiter Carl Röver entstand, hätte in der realisierten Form nicht verwirklicht werden können, wenn nicht der politische und geistige Umbruch durch den Nationalsozialismus im Jahre 1933 erfolgt wäre. Seit seiner offiziellen Eröffnung wurde das Museumsdorf auch häufiger durch nationalsozialistische Organisationen und Verbände für politische Veranstaltungen in Anspruch genommen.<sup>302</sup>

---

<sup>299</sup> HAHM, Heimatmuseen, S. 161-164.

<sup>300</sup> KUROPKA, Cloppenburg, S. 44f.

<sup>301</sup> MEINERS, Geschichte, S. 19f.

<sup>302</sup> So fand beispielsweise 1937 eine Schulungstagung für das gesamte höhere Führerkorps der SA-Gruppe Nordsee in Cloppenburg statt. Unter Leitung von Gruppenführer Böhmecker besuchten die

Davon distanzierte sich die Museumsleitung nicht, um ihre Pläne für den weiteren Ausbau des großen Projektes nicht zu gefährden.

Heinrich Ottenjann wurde am 19. Februar 1886 als Sohn des Tischlermeisters Johann Ottenjann in Greven in Westfalen geboren. Nach dem Besuch der katholischen Volks- und Rektoratsschule in Greven und des Gymnasiums in Rheine legte er hier im Jahre 1906 die Reifeprüfung ab. In Münster und Berlin nahm Ottenjann das Studium der Altphilologie auf. In Münster bestand er bereits 1908 das Turnlehrer-Examen und wurde hier zwei Jahre später promoviert. 1911 unterzog er sich ebenfalls in Münster der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen und erwarb die Lehrbefähigung im Lateinischen, Griechischen und in Geschichte. Nach verschiedenen Lehrtätigkeiten an Gymnasien in Warendorf und Ahlen trat Ottenjann 1914 eine Stelle als wissenschaftlicher Hilfslehrer am neugegründeten Realprogymnasium in Cloppenburg an. Im Ersten Weltkrieg nahm er an Feldzügen in Belgien, Frankreich, Polen, Rußland und Serbien teil. Nach schwerer Verwundung setzte Ottenjann seinen Dienst in Cloppenburg 1917 fort. Heinrich Ottenjann begann 1922 aus dem Bestand der vorgeschichtlichen Privatsammlung des Löniger Apothekers und Landtagsabgeordneten Bernhard König mit dem Aufbau eines heimatkundlichen Museums in den Räumen des Cloppenburger Realgymnasiums, das unter nationalsozialistischer Förderung zum Freilichtmuseum, dem Cloppenburger Museumsdorf, ausgebaut wurde. 1934 erfolgte der erste Spatenstich. Für das Schuljahr 1933/34 wurde Ottenjann vom Ministerium der Kirchen und Schulen erstmalig vom Schuldienst befreit, um den Aufbau des Museumsdorfes voranzutreiben. Diese Befreiung wurde bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges fortgesetzt. Ottenjann entfaltete eine rege Vereinstätigkeit und übernahm leitende Funktionen u. a. im Volksverein für das katholische Deutschland, im Cloppenburger und Oldenburger CV der katholischen deutschen Studentenverbindungen, in der Turn- und Sportbewegung, in der südoldenburgischen Heimatbewegung und in verschiedenen überregionalen volks- und museumskundlichen Kommissionen. Seit 1937 hatte er den Vorsitz im Heimatbund für das Oldenburger Münsterland inne. Weiterhin gehörte er zu den Mitbegründern der "Aula-Abende" und war langjähriger Leiter des Cloppenburger Turnvereins. Die Anlage eines ersten Freibades in Cloppenburg geht ebenfalls auf seine Initiative zurück. Heinrich Ottenjann erhielt hohe Auszeichnungen, u. a. bereits 1950 das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, und wurde 1956 zum Ehrenbürger der Stadt Cloppenburg ernannt. Er verstarb in seiner Heimatstadt am 16. Mai 1961.<sup>303</sup>

---

SA-Führer auch das Museumsdorf. Bei dieser Gelegenheit sprach Böhmecker dem Leiter des Museumsdorfes seine Anerkennung für "das große Werk" aus, das die SA nach Kräften unterstützen werde. (HBL 19. Jg., Nr. 5, 25.5.1937, S. 72)

<sup>303</sup> StAO 160, 2 - 3880: Lebenslauf Heinrich Ottenjanns für das Katholische Oberschulkollegium in Vechta; StAO 351 - 853: Entnazifizierung; WILLENBORG, Kulturleben, S. 189-197; OTTENJANN, Museumsdorf, S. 216-226; OTTENJANN, Museumsdorf Cloppenburg, S. 109-111; FRIEDL, Handbuch, S. 545-547 (von Uwe Meiners); OTTENJANN, Heinrich: Unser Heimatmuseum, IN: WINTER, Adreßbuch, S. 85-91; STRICKMANN, Heinz: Heimatbund für das Oldenburger Münsterland feiert 75. Geburtstag, IN: MT vom 11.11.1994; ders., In der über 550jährigen Stadtgeschichte gab es nur sechsmal eine Ernennung, IN: MT vom 12.4.1996.

Um die Verwirklichung seiner ehrgeizigen Museumspläne in Cloppenburg und seine berufliche Karriere nicht aufzuhalten, nahm Studienrat Dr. Heinrich Ottenjann die politische Zusammenarbeit mit der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg billigend in Kauf.<sup>304</sup> In den Auseinandersetzungen um seine Entnazifizierung bekannte er sich auch nach dem Untergang des "Dritten Reiches" zu seinem museumspolitischen Konzept. Dazu notierte er in einem umfangreichen Dossier im November 1948:

"Es müsste jedem einleuchten, dass ich, zumal unter den geschilderten Verhältnissen, den Nationalsozialisten, ohne die das Werk nicht möglich gewesen wäre, - alle anderen Parteien, auch alle amtlichen Stellen hatten sich mir bis dahin immer und immer wieder versagt - auf deren Gunst ich jeden Augenblick angewiesen war, wofem ich das Werk wollte, schon mal ein freundliches Wort widmen musste, um so mehr, als ich wusste und auf Schritt und Tritt zu spüren bekam, dass sie mir misstrauten."<sup>305</sup>

Nach Mitteilung des Landkreises Cloppenburg vom 18. Juni 1946 war Ottenjann in "die Gruppe der zu Entlassenden" eingeordnet worden. Dagegen erhob er Einspruch und fügte seinem Schreiben "eine ausführliche persönliche Erklärung meiner Stellung zum Nationalsozialismus" bei. Darin erklärte

---

<sup>304</sup> Nach Auskunft des Bundesarchivs Berlin trat Heinrich Ottenjann unter der Mitglieds-Nr. 2860013 am 1. Mai 1933 in die NSDAP und am 1. Oktober 1933 in den NSLB (Mitglieds-Nr. 197291) ein. Nach eigenen Angaben, die im sog. "Fragebogen" der britischen Militärregierung enthalten sind, gehörte er der NSDAP von Mai 1933 bis zum April 1945 an. Seit 1934 bzw. 1935 - diese Angaben sind mit Fragezeichen versehen - bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war Ottenjann nach eigener Auskunft Mitglied des NS-Lehrerbundes bzw. der NSV und von 1937 - mit Fragezeichen - bis 1945 Mitglied im Reichsbund deutscher Familien. Ottenjann unterzeichnete den "Fragebogen" am 15. Dezember 1945. (StAO 351 - 853: Entnazifizierung).

<sup>305</sup> StAO 351 - 853: Entnazifizierung. Mit diesem Schreiben wandte sich Ottenjann gegen den Beschluß des Entnazifizierungs-Hauptausschusses des Kreises Cloppenburg vom 20. November 1948, der ihn in die Kategorie IV ("Der Überprüfte hat den Nationalsozialismus unterstützt.") eingeordnet hatte. In der Begründung hieß es: "In seiner Stellung und Tätigkeit als Museumsleiter hat er [= Ottenjann] sich in großem Umfange für die NSDAP. einspannen lassen. Er hat sich für die Ziele und Bestrebungen der NSDAP. eingesetzt und dadurch den Nationalsozialismus unterstützt. Seine an sich unpolitischen Vortragsreihen und Veröffentlichungen waren nicht immer frei von Nazipropaganda." Mit der zitierten Stelle des Schreibens bezog sich Ottenjann ausdrücklich auf den Vorwurf, sich in Büchern - so in seinem 1944 veröffentlichten Werk über das Museumsdorf Cloppenburg, das die Verdienste des 1942 verstorbenen Gauleiters Röver um das Museumsdorf ausdrücklich würdigte -, Schriften, Aufsätzen und Reden für den Nationalsozialismus eingesetzt zu haben. Persönlich sei er niemals "ein Freund Rövers und Rosenbergs" gewesen, aber Reichsleiter Rosenberg habe sich nach einem Besuch des Museumsdorfes in Begleitung von Gauleiter Wegener dafür eingesetzt, daß das Papier für das Buch über das Museumsdorf bewilligt wurde, "was auch Gauleiter Röver nicht hatte durchsetzen können." Grundsätzlich gelte für seine Person: "Man wusste überdies zur Genüge, dass ich kein Nationalsozialist, vielmehr überzeugter Katholik war."

er, der NSDAP "keineswegs aus innerer Überzeugung" beigetreten zu sein, sondern "einzig und allein unter dem Druck der Verhältnisse, d. i. um nicht meine Stellung zu verlieren, vor allem aber, um mein Lebenswerk, das Heimatmuseum für das Oldenburger Münsterland, aus dem später das Museumsdorf folgerichtig weiterentwickelt wurde, fortsetzen zu können". Er stehe "nach wie vor mit gutem Gewissen" zu einer Arbeit, "die mich auch dann nicht ruhen ließ, als andere die Hände in den Schoss legten". Den Titel eines "Museumsdirektors" habe ihm die nationalsozialistische Regierung stets verwehrt. Allen Versuchen, "den Plan des Museumsdorfes nach nationalsozialistischen Grundsätzen irgendwie umzugestalten", sei er entschlossen entgegengetreten. Schließlich habe das Gutachten des ehemaligen Direktors des Berliner Volkskundemuseums, Prof. Konrad Hahm, "der sich rückhaltlos für den ursprünglichen Plan aussprach", in der Museumsfrage den Ausschlag zu seinen Gunsten gegeben. Lieber sei er in den Schuldienst zurückgekehrt, als einen Plan zu realisieren, "der vom Standpunkt des Forschers und Wissenschaftlers nicht tragbar sei".<sup>306</sup> Die Kooperation mit der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg, von der sich Ottenjann nicht distanziert hat, trug zweifellos zur politischen Aufwertung des Regimes bei, das ohnehin um sein Ansehen in Süldenburg besorgt war. Es erhielt die Anerkennung eines kulturpolitischen Partners, der den süldenburgischen Interessen nicht abgeneigt war, sondern sie sogar wohlwollend protegierte. Trotz politischer Bedenken, die ihn beunruhigt haben mögen, war Dr. Heinrich Ottenjann

---

<sup>306</sup> StAO 351 - 853. Durch seine Arbeit habe er sich, so Ottenjann, "unzählige Freunde in Stadt und Land", aber "selbstverständlich auch Gegner und Feinde" erworben. Diese machte Ottenjann offensichtlich für die gegen ihn erhobenen Vorwürfe verantwortlich. Mit dem Museumsdorf in Cloppenburg habe der Gedanke des Freilichtmuseums in Deutschland "erstmalig einen glänzenden Sieg" errungen. Unter Anspielung auf ein bekanntes Bibelwort fügte Ottenjann hinzu: "Wo wäre auch jemals ein Prophet im Lande geehrt worden?! Dabei hatte ich gerade für das südliche Oldenburg, die Stadt Cloppenburg im besonderen, ein ganzes Menschenleben hindurch gekämpft und gerungen, Turnen und Sport mit Macht vorangetrieben, in Cloppenburg die erste grössere Badeanstalt des Münsterlandes gebaut und mit dem Museumsdorf schliesslich für das Land etwas Einmaliges geschaffen." Ottenjann fügte seinem Einspruch 16 weitere Erklärungen und Zeugnisse bei, u. a. von Pfarrer Otto Beckmann aus Elsten, Diözesanarchivar Dr. Börsting-Gimbte aus Münster, Schriftsteller Karl Bunje aus Cloppenburg, Bildhauer Paul Dierkes aus Berlin (Dierkes stammte gebürtig aus Cloppenburg), vom Präsidenten der Handwerkskammer Oldenburg, Freese, von Dechant Hackmann aus Cloppenburg, der Leiterin der Cloppenburger Liebfrauenschule, Schwester M. Josephe, Kreishandwerksmeister Rüge aus Emstek, vom Rektor der Westf. Landesuniversität Münster, Prof. Dr. Georg Schreiber, und von Bürgermeister Wichmann, Cloppenburg. Durch Bescheid des Entnazifizierungs-Hauptausschusses vom 10. Januar 1949 wurde Dr. Heinrich Ottenjann endgültig entlastet. Zur Begründung erklärte der Ausschuss, daß Ottenjann den Nationalsozialismus "nicht aktiv" unterstützt habe.



bereit, diesen Preis für den Aufbau des Museumsdorfes in Cloppenburg zu zahlen. Seine Verdienste um dieses kulturhistorische Baudenkmal sind unbestritten.

## 2. Die politische Resistenz der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus von 1930 bis 1933

Die Reibungsflächen in den Verlautbarungen der katholischen Bischöfe zum Nationalsozialismus waren die pastoralen Fragen, die Glaubens- und Sittenlehre der Kirche und nicht die Auseinandersetzung mit den staatspolitischen Zielen des Nationalsozialismus. Diese politische Scheidung der Geister begleitete selbst die glaubensbegründete Opposition des Bischofs von Münster, Clemens August von Galen, und die Massenbewegung im südoldenburgischen "Kreuzkampf" 1936. Die Resistenz der katholischen Bevölkerung gegenüber dem Nationalsozialismus ist vor allem auf kulturpolitische und religiöse, weniger auf staatspolitische Gründe zurückzuführen.<sup>307</sup> Das ist ein Ergebnis der bewegten Vergangenheit des politischen Katholizismus in Deutschland, der sich mit der fortschreitenden Trennung von Staat und Gesellschaft und der Emanzipation einer freien Gesellschaft vom Staate nicht abfinden wollte.<sup>308</sup> Die katholische Abwehrhaltung konnte nur so lange aufrechterhalten werden, wie sie durch die Amtskirche massiv gestützt wurde. Das faktische Ende dieser Unterstützung läßt sich exakt datieren auf die Zeit

---

<sup>307</sup> STAMBOLIS, Jugendliche, S. 157f. Barbara Stambolis spricht von "Resistenzräumen" im "Dritten Reich", die im katholischen Milieu lebensweltlich geprägt gewesen seien, und bevorzugt den Terminus "Resistenz" gegenüber den Begriffen "Opposition" und "Widerstand". Gegenüber nationalsozialistischen Einflüssen resistente Haltungen seien durch "gemeinsame Wertvorstellungen, Gefühle und Verhaltensweisen sowie durch gemeinsame Bande sozialer Beziehungen und Organisationen" gestützt worden und hätten der Gleichschaltung Grenzen gesetzt. Eine wichtige Resistenzgrundlage sei die milieuspezifische Sozialisation gewesen, die auf einer "religiösen Kollektiverfahrung" beruht habe. In dieser Hinsicht sei von katholischen Bischöfen wie Clemens August von Münster eine große Wirkung ausgegangen (S. 164ff.). Joachim Kuropka spricht von einem "gebremsten Aufstieg des Nationalsozialismus im katholischen Bevölkerungsteil" und sieht die Ursache für die Resistenz in Süddenburg "zweifelloos in der noch intakten Milieubindung an die katholische Zentrumsparterie, in den ausdrücklichen Warnungen der Bischöfe seit 1930 und in der zu großen Normendifferenz zum Nationalsozialismus". (KUROPKA, Kirche, S. 540ff.)

<sup>308</sup> LÖNNE, Katholizismus, S. 235f. Karl-Egon Lönne faßt diese historische Entwicklung zusammen: "Trotz der Politisierung des Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, welche die Konsequenz des Auseinandertretens von Staat und Gesellschaft war und auf die er im Interesse seiner weiteren Wirkungsmöglichkeiten nicht verzichten wollte und konnte, hatte er eine Tendenz behalten, der Verselbständigung der Gesellschaft zu mißtrauen und ihr in dazu geeignet erscheinenden Situationen entgegenzuwirken oder sich zeitweilig von ihr abzuwenden. Während sich der niedere Klerus in der Tradition des Zentrums für eine Vertretung der Interessen des Katholizismus und der Kirche im Kampf der Parteien einsetzte, war die Bereitschaft von Episkopat und Kurie groß, die Interessen von Katholizismus und Kirche den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu entziehen und ihre Stellung durch eine internationale konkordataré Vereinbarung der Kurie mit dem Staat eindeutig zu regeln."

zwischen dem 23. und 28. März 1933 - die Zeit zwischen der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes und der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz, in der sich der deutsche Episkopat politisch konstruktiv zur NS-Regierung stellte. Dabei zeigt sich eine Kontinuität im politischen Verhalten des deutschen Katholizismus, die im Frühjahr 1933 voll zum Tragen kam. Nachdem er sich 1918 ohne Begeisterung oder nur wider Willen auf den Boden der neuen politischen Tatsachen gestellt hatte, wurden die katholischen Wähler von der tatsächlichen Entwicklung der parlamentarischen Demokratie vielfach enttäuscht. Sie folgten zwar ihren Spielregeln, konnten aber für die verfassungsmäßige Ordnung und ihre demokratischen Ideale innerlich nicht gewonnen werden.<sup>309</sup> Ihr Verhältnis zur Weimarer Republik blieb indifferent und wurde zusehends negativer. Deshalb war auch die Ablehnung Hitlers und seiner Partei "noch lange kein Prüfstein demokratischer Gesinnung."<sup>310</sup>

Mit derselben verfassungspolitischen Indifferenz, mit der der politische Katholizismus die Gründung der Weimarer Republik aufgenommen hatte, reagierte er auf die Machtübernahme Hitlers und den Aufbau der NS-Diktatur im Frühjahr 1933 und gab der konservativ-nationalen Haltung den Vorzug vor einer politisch-rationalen Lösung des Konfliktes. Diese Einstellung hatte in der Endphase der Weimarer Republik bereits feste Konturen angenommen. In der moralisch-religiös begründeten Abwehrhaltung verwarnten sich große Teile des deutschen Episkopats zwischen 1930 und 1933 gegen den materialistisch-atheistischen Charakter der NS-Bewegung, das sog. "Neuheidentum", begrüßten aber grundsätzlich ein politisches Programm der nationalen Erneuerung, das sie zu diesem Zeitpunkt freilich noch nicht ausschließlich an die NSDAP gebunden wissen wollten. Im Schatten der Präsidialkabinette konnte sich der Katholizismus in Deutschland noch in politischer Unentschiedenheit üben und in moralisch-religiöser Treue bewähren, aber die politische Lage im Frühjahr 1933 mahnte eine Entscheidung an, die von Hitler nachdrücklich eingefordert wurde.

---

<sup>309</sup> LÖNNE, Katholizismus, S. 235ff.

<sup>310</sup> SONTHEIMER, Denken, S. 283.

## **2.1. Die Kundgebung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz vom 5. März 1931**

Die Haltung des deutschen Episkopats gegenüber der NS-Bewegung in der Phase nach den Septemberwahlen des Jahres 1930 bis zu den Wahlen am 5. März 1933 beschreibt ein Spannungsfeld, in dem der politische Katholizismus zwischen nationaler Loyalität und moralisch-religiöser Ablehnung aufgegeben wurde. Der nationalsozialistische Staat konnte sich schließlich durchsetzen, indem er die religiös-kirchlichen Vorbehalte durch ein ausgeklügeltes politisches Manöver im Frühjahr 1933 kassierte. Schockiert durch den Ausgang der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 ergriffen katholische Bischöfe die Initiative und warnten aus moralisch-religiösen und nicht aus politischen Gründen vor dem Nationalsozialismus. In einer Kundgebung der Bischöfe der Kölner (oder rheinischen) Kirchenprovinz vom 5. März 1931, die für Münster von Bischof Johannes Poggenburg unterzeichnet wurde, distanzieren sich die Oberhirten von einer "Reihe von schiefen und falschen Auffassungen, die von führenden Vertretern der nationalsozialistischen Bewegung in öffentlichen Versammlungen, in Presse und Literatur über fundamentale christliche Glaubenswahrheiten, insbesondere über die katholische Lehre von der Universalität, Einheit und Autorität der Kirche Jesu Christi, über einzelne sittliche Grundsätze, ferner über das Verhältnis von Kirche und Staat, von Religion und Rasse kundgetan wurden, mehr und mehr die unserer Hirtensorge anvertrauten Seelen zu verwirren und zu gefährden".<sup>311</sup> Disziplinarische Vorschriften enthielt die Kundgebung nicht.

Sowohl gegen den Rechts- als auch gegen den Linksextremismus im "katholikenfeindlichen Sozialismus" und in dem "aus ihm hervorgegangenen Kommunismus" wurde eine scharfe Trennungslinie gezogen und damit der Unterschied zwischen den beiden politischen Lagern verschleiert. Der säkularisierte und materialisierte Heilsglaube, mit dem die katholische Kirche in den verschiedensten ideologischen Ausformungen schon seit dem frühen 19. Jahrhundert konfrontiert worden war, begegnete ihr im Nationalsozialismus in einer neuen Gestalt und in einem neuen politischen Kontext wieder, ließ aber im säkularisierten, jede Jenseitskultur und -bezogenheit des Menschen leugnenden Materialismus eine gemeinsame geistige und historische Wurzel

---

<sup>311</sup> LV vom 11.3.1931; DENZLER, Kirchen 2, S. 31-35; OV vom 16.5.1931. In der Vechtaer OV wurde die Kundgebung der Bischöfe der rheinischen Kirchenprovinz erst am 16. Mai 1931 - einen Tag vor der Landtagswahl am 17. Mai 1931 - abgedruckt.

erkennen. Das vom katholischen Herder-Verlag in Freiburg herausgegebene "Staatslexikon" brachte es im Jahre 1929 auf die kurze Formel:

"Der Mensch schafft sich also seinen Gott selbst, wie er ihn braucht."<sup>312</sup>

In der Auseinandersetzung mit der NS-Bewegung als einem modernen politischen Massenphänomen entzündete sich der Protest der katholischen Oberhirten am Charakter der Ersatzreligion, der in Ideologie und Kultus der NS-Agitation zum Ausdruck kam und den jenseitsbezogenen Heilsanspruch der katholischen Religion und Kirche untergrub. Die Bischöfe der Rheinprovinz unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Köln, Kardinal Schulte, stellten deshalb klar:

"Wir katholischen Christen kennen keine Rassenreligion, sondern nur Christi weltbeherrschende Offenbarung, die für alle Völker den gleichen Glaubensschatz, die gleichen Gebote und Heilseinrichtungen gebracht hat."<sup>313</sup>

Übereinstimmungen zwischen dem politischen Katholizismus und dem Nationalsozialismus ergaben sich in Grundfragen von Staat und Nation, die von beiden Seiten im autoritären und christlich-konservativen Geist mit dem gemeinsamen Ziel, die Weimarer Republik allmählich zu überwinden, beantwortet wurden:

"Das schließt, wie wir mit Nachdruck betonen, nicht aus, daß wir auch vom Standpunkt unserer Religion aus, ja gerade von dieser aus, es verstehen und begrüßen, wenn in unserem armen, gedemütigten und geknechteten Vaterlande, in unserem von Gegensätzen zerrissenen Volke das Zusammengehörigkeitsgefühl deutscher Stammes- und Volksgenossen untereinander allenthalben sich neu belebt."

Die Erklärung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz vom 5. März 1931, die auch für den Officialatsbezirk Oldenburg galt, machte sich die vorangegangenen Verlautbarungen der Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns und des Erzbischofs von Breslau, Kardinal Bertram, zu eigen und lehnte eine "Rassenreligion" ebenso ab wie ein "nationales Kirchengebilde", das mit der "Universalität, Einheit und Autorität der Kirche Jesu Christi" nicht zu vereinbaren sei. Für sie gelte weiterhin der katholische Grundsatz: "'Ein Hirt und eine Herde' rings auf dem Erdkreise" unter der Herrschaft des Königs Christus. Die Bischöfe erinnerten an ihre Warnung vor dem "katholiken

---

<sup>312</sup> SACHER, Staatslexikon 3, 1504.

<sup>313</sup> LV vom 11.3.1931; OV vom 16.5.1931, auch zum folg.

feindlichen Sozialismus und damit auch vor dem aus ihm hervorgegangenen Kommunismus" vom 8. Januar 1920, die unvermindert Gültigkeit habe, und an die Verurteilung, die die "Action française", eine "in einzelnen wesentlichen Punkten ganz offensichtlich verwandte nationalsozialistische Bewegung", durch Papst Pius XI. erfahren habe.<sup>314</sup> Die Gleichsetzung von Kommunismus bzw. 'Bolschewismus' und Nationalsozialismus nivellierte die fundamentalen politischen Gegensätze zwischen diesen beiden radikalen Strömungen. Sie wurde nicht willfährig vorgenommen, sondern war Teil eines politischen Konzeptes, mit dem katholische Bischöfe einer einseitigen Wahrnehmung ihrer Kundgebungen vorzubeugen versuchten. Die heftigen Reaktionen der nationalsozialistischen Partei und Presse machten aber deutlich, daß diese Hoffnung tög. Was von dieser Seite verärgert registriert wurde, war die Ablehnung des Nationalsozialismus. Der Antikommunismus, der in den Verlautbarungen zum Ausdruck kam, verstand sich von selbst und war Gegenstand des eigenen politischen Kalküls.

Die Kundgebung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz bildete ein Glied in einer Kette von zahlreichen Verlautbarungen, in denen katholische Oberhirten in pastoraler und moralischer, nicht aber in politischer Sorge vor dem Nationalsozialismus warnten. Sie waren bemüht, eine einheitliche Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus einzunehmen.<sup>315</sup> Die Fuldaer Bischofskonferenz stellte am 5. August 1931 eindeutig fest, daß der Nationalsozialismus "tatsächlich mit fundamentalen Wahrheiten des Christentums und mit der von Christus geschaffenen Organisation der katholischen Kirche in

---

<sup>314</sup> Die Bischöfe zitierten zum Teil aus dem "Offenen Mahnwort zur Jahreswende" 1930/31 des Breslauer Erzbischofs Bertram. Vor dem Hintergrund der Affäre Dreyfus (1898) hatte sich in der Sorge um das Interesse der französischen Nation eine Gruppe junger Leute um Charles Maurras versammelt, auf dessen Lehre sich viele katholische Monarchisten stützten. Die "Action française" war vom agnostischen Positivismus nach Art Auguste Comtes beeinflusst und sprach der katholischen Kirche nur das Verdienst zu, auf lateinische und griechische Weise "die wirren orientalischen Schriften" verstehbar gemacht zu haben. Die Verurteilung, die das Hl. Offizium bereits 1914 ausgesprochen hatte, wurde vertagt und erst am 20. Dezember 1926 durch Pius XI. veröffentlicht. Nachdem führende Persönlichkeiten ihre Theorien widerrufen hatten, hob Pius XII. die Verurteilung der "Action française" am 10. Juli 1939 wieder auf. (LTHK 1, Sp. 116f.)

<sup>315</sup> DENZLER, Kirchen 2, S. 27-35, S. 39f.; BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 42, Anm. 5. Zu diesen Erklärungen zählten u. a. die Mahnrufe des Ordinariats Mainz vom 30. September 1930, die Silvesterkundgebung Kardinal Bertrams von 1930, die pastoralen Anweisungen der deutschen Bischöfe vom 10. Februar 1931, das Schreiben der Bischöfe der Paderborner Kirchenprovinz vom 10. März 1931, die Erklärung des Bischofs von Berlin vom 20. März 1931 und das Protokoll der Fuldaer Bischofskonferenz vom 17. August 1932.

schroffstem Gegensatz steht".<sup>316</sup> Bis zum Frühjahr 1933 bildete sich so im deutschen Katholizismus "eine nahezu geschlossene Abwehrfront gegenüber der NS-Bewegung und auch gegenüber der Regierung Hitler".<sup>317</sup> Unterschiedlich gehandhabt wurden offensichtlich bischöfliche Anweisungen zum Ausschluß katholischer Nationalsozialisten von den Sakramenten. Die nationalsozialistische Presse versuchte Beispiele dafür anzuführen, daß diese Anordnung in der Praxis unterlaufen würde. Nach Darstellung der Vechtaer OV hatte der deutsche Episkopat dazu aber einmütig Stellung genommen:

"Die Bischöfe haben Anweisung gegeben, den aktiven Vertretern des Nationalsozialismus die Sakramente zu verweigern."

Selbstverständlich habe sich das Verhalten der katholischen Geistlichen danach zu richten, weil die Bischöfe "ohne Frage" das Recht hätten, "den Vertreter einer Irrlehre vom Empfang der Sakramente auszuschließen." Deshalb bedeute es auch keine "Entkräftung der bischöflichen Verfügung", wenn man die katholischen Oberhirten "Parteimänner" nenne.<sup>318</sup> Damit spielte die Vechtaer OV auf anhaltende Kritik aus nationalsozialistischen Kreisen am deutschen Episkopat an.<sup>319</sup> Joachim Kuropka führt für Südoldenburg ein prominentes Beispiel an. Der Emsteker Pfarrer Anton Wempe verweigerte dem Zeller Heinrich Vorwerk, der zu den Anführern in der Eberborg-Affäre gehört hatte, dann aber die Landvolkparei verlassen und als "angesehener katholischer Bauer" in die NSDAP eingetreten war, am 24. Mai 1932 die Kommunion, solange er sich nicht vom Nationalsozialismus lossagte. Eine entsprechende Beschwerde Vorwerks, der sich um seine Ehre als aufrechter Katholik betrogen sah, reichte Minister Spangemacher zuständigkeitshalber an das Bischöfliche Offizialat in Vechta weiter, das sich seinerseits an das Generalvikariat an Münster wandte. Dieses billigte schließlich das Verhalten Wempes, da es "den von der Bischofskonferenz aufgestellten Grundsätzen" entspreche.<sup>320</sup>

---

<sup>316</sup> DENZLER, Kirchen 1, S. 27.

<sup>317</sup> BÖCKENFÖRDE, Stellungnahme, S. 75.

<sup>318</sup> OV vom 20.6.1932.

<sup>319</sup> Auch Gauleiter Carl Röver hatte sich im oldenburgischen Landtag gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, dem Geistlichen Heinrich Wempe, wiederholt in diesem Sinne geäußert und in der Landtagssitzung am 30. Juni 1931 in beleidigender Weise von "Parteibischöfen" gesprochen (VI. Lt., 1. Vers., 6. Sitzung, 30.6.1931, S. 6)

<sup>320</sup> Zit. b. KUROPKA, Hitler, S. 52.

Die zahlreichen Kundgebungen katholischer Oberhirten knüpften an die Verlautbarungen gegen den Rechts-, aber vor allem gegen den Linksextremismus in der Weimarer Republik an und verwarfen aus pastoraler Sorge die politische Materialisierung der religiösen Heilslehre, die nach ihrer Ansicht in beiden Weltanschauungen zum Ausdruck kam und in dem politisch erstarkenden Nationalsozialismus zu einer ernsthaften Bedrohung für den Bestand der katholischen Kirche wurde. Ihre gemeinsame Wurzel hatten die extremen Ideologien auf der politischen Linken wie auf der Rechten nach Auffassung der katholischen Oberhirten in der Krise des christlichen Jenseitsglaubens, die seit der Aufklärung herrsche und nur durch eine konsequente Verchristlichung der modernen westeuropäischen Gesellschaften aufgehoben werden könne. Was unter der Materialisierung der christlichen Heilslehre zu verstehen war, beschrieb der ehemalige Reichskanzler Marx auf einer Zentrumsversammlung in Lohne am 10. Mai 1931, als er sich gegen den nationalsozialistischen Totalitarismus mit den Worten abgrenzte:

"Dem Grundsatz des Zentrums bezgl. Staat, Kirche und Elternschaft stehen die Nationalsozialisten schroff gegenüber: Der Staat ist Gott, ihm ist alles unterworfen. Der Staat ist alles. Nur eine deutsche Kirche ohne römischen Einschlag wird anerkannt. Das Christentum der Nationalsozialisten ist niemals das Christentum Christi."<sup>321</sup>

Das in der NS-Bewegung verabsolutierte und damit pervertierte Nationalstaatsprinzip war unvereinbar mit der Universalität der römisch-katholischen Weltkirche und wurde in der völkisch-rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus in den Rang einer politischen Ersatzreligion gehoben, die die Inhalte der katholischen Glaubens- und Sittenlehre diskreditierte. Die Oberhirten bekannten sich hingegen zu einer nationalen Grundhaltung und zu einem parteiunabhängigen autoritären Staatsbegriff, der gerade in Zeiten der wirtschaftlichen und politischen Krise eine Antwort auf den moralischen Niedergang des deutschen Volkes sein sollte und von der katholischen Kirche mitgetragen wurde. In der Kundgebung der katholischen Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz heißt es dazu:

"Wahre Liebe zu Volk und Vaterland fordert weiter, daß wir ehrlich und einmütig über alle Gegensätze von Stand und Klasse, Konfession und Partei hinweg uns bemühen, die Wurzeln des Elends unserer Zeiten aufzufinden und ohne unfruchtbare Polemik nach entsprechender Besserung in unserer Lebens-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu streben."<sup>322</sup>

---

<sup>321</sup> OV vom 11.5.1931.

<sup>322</sup> LV vom 11.3.1931; OV vom 16.5.1931; DENZLER, Kirchen 2, S. 31-35.



So versammelte die Kölner Kundgebung die Grundeinstellungen, die nach den Septemberwahlen des Jahres 1930 die Haltung der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus bestimmten und nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 den Ausgleich des deutschen Episkopats mit dem "Dritten Reich" im Zeichen der Konkordatspolitik ermöglichten: das mit großem moralischen Elan wiederholt vorgetragene Bekenntnis zu nationalstaatlicher Loyalität, die fraglose Bereitschaft zur aufopferungsvollen Mitarbeit "in unserem armen, gedemütigten und geknechteten Vaterlande" und ein "einheitlicher Abwehrwille, ein entschlossenes Eintreten für Recht und Wahrheit," für die christliche Offenbarungsreligion und gegen die rassistischen und nationalistischen Irrtümer der NS-Bewegung. In den besorgten Kundgebungen der katholischen Oberhirten erhob sich nach Darstellung der Vechtaer OV die kirchliche Autorität "gegen die Hitlerianer", und zwar "nicht wegen der politischen Ziele und Interessen, nach denen sie streben, sondern wegen derjenigen Grundsätze in ihrem Programm, die mit der katholischen Lehre unvereinbar sind." Es sei der einschlägig bekannte Punkt 24 des nationalsozialistischen Programms von 1920, der "die Bischöfe als Lehrer der katholischen Kirche" zu der Warnung veranlasse:

"Was der Nationalsozialismus Christentum nennt, ist nicht mehr das Christentum Christi."<sup>323</sup>

Die in den Mahnrufen bekundeten Haltungen setzten unterschiedliche politische Akzente, stimmten aber in ihrer moralisch-religiös motivierten Abwehrhaltung gegen den Nationalsozialismus überein. Das änderte sich nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933, als die deutschen Bischöfe und der deutsche Verbandskatholizismus dazu übergingen, die Regierung Hitler als rechtmäßige Obrigkeit anzuerkennen sowie die politische Loyalität und die Bereitschaft der katholischen Bevölkerung zur positiven Mitarbeit im "Dritten Reich" zu bekunden. Die Schwäche der bischöflichen Verlautbarungen, die vor den nationalsozialistischen Irrtümern warnten und so politische Gefolgschaft sanktionierten, lag in ihrer moralisch-religiösen Tendenz. Eine politische oder gar parteipolitische Orientierungsvorgabe war von den deutschen Bischöfen weder beabsichtigt noch zu erwarten. Mahnende oder warnende Worte mit Blick auf die staatspolitische Zielsetzung der NSDAP blieben aus. Es fiel kein Wort gegen die heraufziehende Diktatur und zugunsten

---

<sup>323</sup> OV vom 4.2.1932.

der parlamentarischen Demokratie, gegen die avisierte Revanchepolitik und zugunsten einer friedlichen Völkerverständigung oder gegen die arische Rassenlehre und zugunsten der Menschen- und Bürgerrechte. Der deutsche Episkopat blieb ausschließlich auf kulturpolitische Fragen fixiert und versperrte sich damit den Blick für den totalitären Macht- und Herrschaftsanspruch der NSDAP.<sup>324</sup> Das hatte politische Folgen für die entscheidenden Wochen und Monaten nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933, die einen politischen Kurswechsel im deutschen Katholizismus einleiteten.

## **2.2. Der "Aufruf der katholischen Verbände" vom 16. Februar 1933**

Die katholische Kirche behielt ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und ihr Bekenntnis zur deutschen Zentrumsparterie bis zu den Reichstagswahlen am 5. März 1933 bei und gab erst danach ihre resistenteste Haltung auf. Der "Aufruf der katholischen Verbände" vom 16. Februar 1933 gilt als letzter katholischer Protest gegen den Nationalsozialismus in Deutschland. Er wurde am 18. Februar 1933 mit einem dreitägigen Verbot der gesamten katholischen Presse quittiert. Die für den Aufruf verantwortlichen katholischen Vereine und Verbände, die sich selbst als "die großen Volksverbände der deutschen Katholiken" bezeichneten, erklärten ausdrücklich ihren Kampf "gegen alle Formen des Bolschewismus" und erkannten im politischen Extremismus allgemein die größte Gefahr für den inneren Frieden, verwahrten sich aber gegen jeden Verfassungsbruch:

"Wir erklären, daß wir den Kampf führen werden gegen alle Formen des Bolschewismus.

Wer unser Land und Volk erhalten, wer der Nation wahrhaft dienen will, muß mit uns heute bekennen: Deutschland darf nicht den Extremen ausgeliefert werden.

Rettung kann nur werden aus dem Geiste einer starken, eigenwüchsigen und schöpferischen **Mitte**, einer politischen Mitte, die ihre Ziele setzt nach unveränderten Normen für die staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung.

Das katholische Volk aller Lebens- und Berufsstände fühlt sich als unzerstörbaren Träger einer solchen Ordnung. Darum verurteilen seine Vertreter jede Politik, die die Bahnen des Rechtes und der Gerechtigkeit verläßt. Uns ist Freiheit ein hohes Gut. Wir kämpfen im Geiste der großen Papstzyklen gegenüber unchristlichem Staatsabsolutismus für die Selbständigkeit volkhafter Lebensordnung in Familie und Gemeinde, in Beruf und Stand, in Stamm und Landschaft. Wir wollen die Erhaltung des Rechtes im öffentlichen Leben, die Heilighaltung des Verfassungseides, die Wahrung der staatsbürgerlichen und sozialen Grundrechte der Reichsverfassung.

---

<sup>324</sup> DENZLER, Kirchen 1, S. 29.

Zu diesem Einsatz aller geistigen und staatsbürgerlichen Kräfte für **Verständigung, Versöhnung, Ausgleich, für Rechtsordnung, Wirtschafts- und Kulturordnung** rufen wir alle auf."<sup>325</sup>

Die Warnungen, die der Aufruf der katholischen Verbände und Vereine enthielt, gingen über moralische und theologische Bedenken weit hinaus und verwarnten sich nachdrücklich gegen einen Bruch der Weimarer Verfassung. In der gleichen Ausgabe der Tageszeitung fand sich ein "Mahnruf" des Freiburger Erzbischofs Conrad Gröber unter dem Titel "Wahrt den Frieden!" Darin forderte Gröber "alle überzeugungstreuen Katholiken auf, sich mit christlichem Hoffen um ihren Oberhirten zu scharen und nach Kräften dafür zu sorgen, daß Lüge und Verleumdung, die Verhetzung und der Haß, die Gewaltakte und der Mord nicht weiter den deutschen Namen beflecken." Am Ende des Hirtenschreibens ordnete der Erzbischof an, "daß an jedem Sonntag nach der Predigt ein Gebet für den inneren Frieden unseres Volkes gemeinsam zu verrichten ist."<sup>326</sup> In dieser konsequenten Haltung unterstützten deutsche Bischöfe auch die Zentrumsparterie und forderten sie auf, sich politisch nicht beirren zu lassen.<sup>327</sup> Erst der massiven Intervention durch führende Repräsentanten des organisierten Katholizismus in Deutschland gelang es, Göring zur Rücknahme des Verbots zu veranlassen. Die Erklärung des preußischen Pressedienstes, die das inzwischen aufgehobene Verbot begründete, kompromittierte den deutschen Katholizismus politisch erheblich:

---

<sup>325</sup> MT vom 17.2.1933. Der Aufruf wurde nur auszugsweise auf Seite 2 unten veröffentlicht. Unterzeichnet wurde er vom Reichsverband katholischer Arbeiter- und Arbeiterinnen Deutschlands, Verband katholischer Beamtenvereine Deutschlands, vom Katholischen Deutschen Frauenbund, Katholischen Gesellenverein, vom Zentralverband der katholischen Jungfrauenvereine Deutschlands, Katholischen Jungmännerverband Deutschlands, vom Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, vom Jugendbund im Verbands katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, Katholischen Lehrerverband des Deutschen Reiches, vom Verein katholischer deutscher Lehrerinnen, vom Verband der katholischen Frauen- und Müttervereine Deutschlands und von der Katholischen Werkjugend.

<sup>326</sup> MT vom 17.2.1933.

<sup>327</sup> Einen Tag vor der Landtagswahl am 17. Mai 1931 in Oldenburg gab die Vechtaer OV einen Artikel aus der "Ermländischen Zeitung" vom 26. Februar 1931 wieder. Nach diesem Bericht hatte Diözesanbischof Maximilian sich an den Provinzialausschuß der Ostpreußischen Zentrumsparterie gewandt und ihm versichert, "daß er vorbehaltlos und ohne Einschränkung für seine Person sich das Programm des Zentrums zu eigen" mache. Es sei sein "lebhafter Wunsch, daß alle seine Diözesanen diese Gesinnung ebenfalls teilen, und daß diejenigen, die - gewiß in guter Meinung - vom Zentrum sich trennten und anderen Parteien sich zuwandten, wieder den Weg zurückfinden." Den Grund erkannte der Bischof in der aktuellen politischen Lage: "Mann für Mann und Frau für Frau mögen dem Zentrum die Treue halten. Es handelt sich geradezu um die Existenz des Vaterlandes, um sein und der Kirche Wohlergehen." (OV vom 16.5.1931)

"Der Aufruf stellt einen unqualifizierten Angriff auf die Reichsregierung dar. Er ist von Verbänden unterzeichnet, die der Zentrumsparlei aufs engste verbunden sind oder einen Bestandteil von ihr bilden. Die Behauptung jedoch, daß durch dieses Verbot ein Kampf gegen den katholischen deutschen Volksteil beginne, ist eine böswillige und unwahre Unterstellung. Keine Regierung, die sich nicht selbst aufgeben will, kann sich eine derartige Herabsetzung bieten lassen. Da jedoch die betroffenen Zeitungen in ihrer eigenen Politik sich Herabsetzungen von der Art des Aufrufs enthalten haben, hat der Kommissar des Reiches für das Ministerium des Innern das Verbot auf drei Tage beschränkt."<sup>328</sup>

Die Ablehnung des Nationalsozialismus und die Treue zum Zentrum stellten vor den letzten halbwegs freien Reichstagswahlen ein politisches Junktim dar, wie die Annäherung zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus nach dem 5. März 1933 deutlich machte. Am 18. Februar 1933 gab die Cloppenburg MT eine "Oberhirtliche Kundgebung zu den bevorstehenden Wahlen" wieder, die "die in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten der Diözesen" in Deutschland verabschiedet hatten. Darin hieß es:

"Wir erneuern daher unsere Mahnung:

Wählet Abgeordnete, deren Charakter und erprobte Haltung Zeugnis gibt von ihrem Eintreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für den Schutz der konfessionellen Schulen, der christlichen Religion und der katholischen Kirche. Hütet Euch vor Agitatoren und Parteien, die des Vertrauens der katholischen Kirche nicht würdig sind. Schöpft Eure Belehrung aus bewährten katholischen Blättern.

Das ist die Mahnung Eurer Bischöfe, die nicht den politischen Parteikampf in das Heiligtum der Kirche tragen wollen, doch an Ereignissen, die für Vaterland und Kirche von so tiefer Bedeutung sind, nicht ohne ein Wort der Mahnung vorübergehen wollen."<sup>329</sup>

Der katholischen Basis in Südoldenburg waren die Weck- und Mahnrufe der katholischen Bischöfe wesentlich gegenwärtiger und näher als die programmatischen Erklärungen und Interpretationen des nationalsozialistischen Parteiprogramms, die von der Parteileitung bereitgestellt wurden, um die Vorbehalte der katholischen Wählerschaft auszuräumen. Auf der traditionellen Arbeiterwallfahrt nach Bethen am 10. Mai 1931, an der nach dem Bericht der Vechtaer OV 1 000 katholische Arbeiter aus dem Offizialatsbezirk teilnahmen, unterrichtete Diözesanpräses Konermann aus Münster die Versammlung über die Aufgaben der katholischen Arbeitervereine in einer politischen Gegenwart, in der wirtschaftliche Not und materielle Entbehrungen sowie politi

---

<sup>328</sup> MT vom 20.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 106.

<sup>329</sup> MT vom 18.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 105.

scher Radikalismus den sozialen Frieden gefährdeten. Von rechts und links träten "im Zeitalter der Maschine" Propheten auf, die den Menschen den christlichen Glauben aus dem Herzen nehmen wollten. An die Adresse der nationalsozialistischen Bewegung richtete Konermann die eindeutige Mahnung: "Vom Hakenkreuz kann für uns nur das Wort gelten: Brecht dem Kreuz die Haken aus, macht ein Christenkreuz daraus." Die Vechtaer OV leitete ihren Bericht über die Arbeiterwallfahrt mit den Worten ein:

"Notvoll ist die Zeit, schwere Sorgen überschatten die Familien, Haß und Zwietracht säend ziehen die irregeleiteten Jünger des Hakenkreuzes und des Sowjetsterns durch die Lande und rütteln an den Fundamenten der Ordnung und der christlichen Kultur. Sie bringen nicht das Heil, denn sie wandeln auf Wegen, die nicht christlich sind, die in das Chaos führen."<sup>330</sup>

Der Verzicht auf politische Tätigkeit, zu dem das katholische Verbands- und Vereinswesen gezwungen wurde, bedrohte auch die Existenz der Deutschen Zentrumspartei. Die ablehnende Haltung des deutschen Episkopats prägte maßgeblich noch bis zum Frühjahr 1933 die Wahlnorm der katholischen Bevölkerung zugunsten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, obwohl die NSDAP am 5. März 1933 auch in katholischen Regionen wie Süddoldenburg beachtliche partielle Wahlerfolge erzielen konnte.

### **2.3. Die Trierer "Rockwallfahrt"**

Ungeachtet der Gleichschaltungswelle, die sich in Süddoldenburg ohne erkennbaren Widerstand vollzog, blieben die vielfältigen Formen katholischer Volksfrömmigkeit zunächst erhalten. In einem Beitrag zum "Herz=Jesu=Monat" Juni im "Jubeljahr 1933" äußerte die Cloppenburg MT noch die Hoffnung, daß sich die Einsicht in "die Notwendigkeit einer ungeheuchelten Rückkehr zu den christlichen Ueberlieferungen unseres Volkes" durchsetzen würde:

"Aber es [das Volk] muß dann auch aufräumen mit der heidnischen Genußsucht, mit der schwächlichen Wehleidigkeit und der Verweichlichung der letzten Jahrzehnte."<sup>331</sup>

---

<sup>330</sup> OV vom 12.5.1931.

<sup>331</sup> MT vom 2.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 226.

Solche Äußerungen waren Programm. Die katholische Volksfrömmigkeit wurde im "Heiligen Jahre" 1933 außerordentlich belebt durch die Trierer Rockwallfahrt, die an die großen Massenwallfahrten der Jahre 1844 und 1891 erinnerte. Die "Ausstellung des Heiligen Rockes" im Trierer Dom fand vom 23. Juli bis zum 10. September 1933 statt.<sup>332</sup> An der Eröffnung der Ausstellung nahm Vizekanzler von Papen als Vertreter der Reichsregierung teil. Papen und der Trierer Bischof Dr. Franz Rudolf Bornewasser richteten aus diesem Anlaß ein Telegramm an Reichspräsident Hindenburg. Darin gaben sie ihrer Hoffnung Ausdruck, "daß die symbolische Feier der Zusammenarbeit von Kirche und Staat und dem Aufbau des Deutschen Reiches zum Segen gereichen wird". Von der Berührung des Rockes konnte die Heilung einer Krankheit als Wunder ausgehen.<sup>333</sup>

Die Teilnehmer an der "Wallfahrt zum Hl. Rock" im "Jubeljahr 1933, der 1900. Wiederkehr des Jahres unserer Erlösung", erhielten als Andenken ein "Pilger-Büchlein", das von der Wallfahrtsleitung Trier herausgegeben wurde und das Bild des "heiligen Rockes" als ein "Zeichen Christi, Zeichen des Leidens und des Heiles, Zeichen des Kampfes und der Ehre" deutete.<sup>334</sup> Am 9. September 1933 wurde die Wallfahrt zum Heiligen Rock mit einer feierlichen Prozession geschlossen und die Reliquie am folgenden Tage im Rahmen eines Pontifikalamtes wieder verhüllt. Rund 2,2 Millionen Pilger waren zur Ausstellung des Heiligen Rockes nach Trier gekommen. Die Schlußprozession, an der auch die politische Organisation der NSDAP teilnahm, geriet nach den Worten des Trierer Bischofs Dr. Bornewasser zu einer mächtigen Kundgebung des katholischen Glaubens. Als "die bedeutungsvollste Tatsache im neuen Deutschland" stellte Bischof Bornewasser heraus, daß die Wallfahrt auch ins Ausland "hineingewirkt" habe.<sup>335</sup>

In den Trierer Rockwallfahrten entwickelte sich nach Auffassung von Hermann-Josef Große Kracht "eine enge emotionale Bindung des einfachen Kirchenvolkes" an den ultramontanen Klerus und ein kollektives Identitäts

---

<sup>332</sup> MT vom 11.4.1933: Ausstellung des Heiligen Rockes in Trier.

<sup>333</sup> MT vom 25.7.1933. Am 10. August 1933 berichtete die Cloppenburger MT über die Heilung einer Schwerkranken aus der Pfalz, die Ärzte für unheilbar erklärt hatten. (MT vom 10.8.1933)

<sup>334</sup> Trier, Pilger-Büchlein, S. 1f. (Imprimatur vom 22. Juni 1933). In den genannten Jahren wurde in Trier ein ungeteiltes Gewand ausgestellt, das der historische Jesus getragen haben soll. Auf der Wallfahrt konnten verschiedene Ablässe gewonnen werden, die Papst Pius XI. für die "Trierer Heiligtumsfahrt" verliehen hatte.

<sup>335</sup> MT vom 11.9.1933.

muster, das prägend für den modernen Milieukatholizismus war.<sup>336</sup> Was Trier 1933 für große Teile des deutschen Katholizismus bedeutete, das war der Wallfahrtsort Bethen für den süddoldenburgischen Katholizismus in den Anfangsjahren des "Dritten Reiches": ein geschützter Raum für katholische Massendemonstrationen, die einen latenten politischen Charakter hatten. Aus den Treue- und Glaubensdemonstrationen, die vielfach auf Wallfahrten, Prozessionen und kirchlichen Festen geübt wurden, erwuchs für die Gläubigen jedoch keine "handlungsleitende Kraft, die den Führermythos entlarvt hätte". Sie bildeten Räume politischer Resistenz und leiteten einen wichtigen Beitrag zur "partiellen Nichtanpassung, die aber nicht in einen breiten Widerspruch überging, sondern im beschränkten öffentlichen Bekenntnis und im sich verdichtenden religiösen Leben verblieb".<sup>337</sup> So konnten Konsens und Konflikt, politische Akklamation und Widerspruch nebeneinander bestehen. Allerdings, so Werner Freitag, stand die Kirche immer dann auf "verlorenem Posten", wenn es sich um Belange und Interessen handelte, die dem einzelnen mindestens ebenso wichtig waren wie Religion und Kirche im engeren Sinne: "Auch der Christ verehrte Hitler, wenn er ihn in nationalen und wirtschaftlichen Fragen für kompetent hielt." In diesem Falle stieg das kirchliche Fest zum "Forum gelegentlicher Widersetzlichkeiten und des Milieuegoismus" auf, tangierte aber nicht die politische Führung.<sup>338</sup> Das war auch in Süddoldenburg der Fall.

---

<sup>336</sup> GROBE KRACHT, Kirche, S. 126ff.

<sup>337</sup> FREITAG, Führermythos, S. 50.

<sup>338</sup> Ebd., S. 45

### **3. Der Niedergang des politischen Katholizismus in Deutschland und seine Auswirkungen auf das katholische Milieu in Süddoldenburg**

#### **3.1. Einleitung**

Die Gleichschaltung des politisch-sozialen Milieus in Süddoldenburg ist ohne die politischen Rahmenbedingungen, die im Jahre 1933 geschaffen wurden, nicht denkbar. Sie hat einen großen Teil ihrer Ursachen in der Niederlage des politischen Katholizismus in der "Nationalen Revolution" des Jahres 1933 und in der modernen Geschichte des deutschen Katholizismus. Die innere Entwicklung der katholischen Kirche in Deutschland bis 1933 ist über weite Strecken als Reaktion auf die umfassenden Modernisierungs- und Emanzipationsprozesse zu verstehen, die auf europäischer Ebene durch die Revolutionen auf politischem und ökonomischem Sektor ausgelöst und in ihrem Verlauf von tiefgreifenden Krisen und Einschnitten begleitet waren. Sie waren nach Thomas Nipperdey eine Ursache für die nationalsozialistische Machtübernahme, "aber determinierend oder gar allein determinierend" waren sie nicht. Unter Modernisierungskrise ist in diesem Zusammenhang eine "Diskrepanz zwischen modernen und vormodernen Elementen" zu verstehen, die in allen sich modernisierenden Gesellschaften anzutreffen ist. Die verzögerte politische Modernisierung und ihre sozialen Folgen, die Verfestigung bestimmter vormoderner sozialer Strukturen waren "eine wichtige Ursache der Spannungen und der Labilität der deutschen Gesellschaft" im 19. Jahrhundert und stellten für die Weimarer Republik eine schwere Belastung dar.<sup>339</sup> Der politische Modernisierungsprozeß erreichte mit dem Untergang der deutschen Monarchien im Herbst 1918 seinen Höhepunkt und führte zur Bildung des ersten demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaates. Der politische Katholizismus stellte sich unter der Führung des Zentrums auf den Boden der neuen politischen Tatsachen und wirkte in den demokratischen Organen und Institutionen verdienstvoll mit, ohne sich mit dem politischen System von Weimar vorbehaltlos zu identifizieren. Dieses Dilemma der Zentrumsparterie trat in der Ära Kaas offen zutage und konnte durch das Prinzip der geistlichen Führerschaft nicht behoben werden. Die Vergeistlichung der politischen Debatte war keine ausreichende Antwort auf die Staats- und Verfassungskrise am Ende der Weimarer Republik.

---

<sup>339</sup> NIPPERDEY, Geschichte, S. 65.



Der deutsche Katholizismus hatte die Revolution von 1918/19 nicht gewollt und war auf die demokratische Grundordnung der Weimarer Republik, auf deren Boden er sich im November 1918 stellte, weder politisch noch geistig vorbereitet. In der Staats- und Verfassungskrise am Ende der Republik leistete er politische Mithilfe, um das historische Erbe von 1789 aufzuheben, indem er sich mit dem NS-Staat arrangierte; der Weg dahin war schwer und heftig umstritten. Die im politischen Katholizismus seit dem 19. Jahrhundert als Reaktion auf die Französische Revolution ausgeprägte konservierte Staatstheorie überwand 1933 die demokratischen Zweifel und die rationale Skepsis und glaubte in einem autoritären System einen historischen Sieg über die europäische Moderne erringen zu können. Der latente Aufstand gegen die Moderne, dessen politische und geistige Führerschaft der Nationalsozialismus für sich reklamierte, stieß im politischen Katholizismus auf eine breite Resonanz, die ihn innerlich von der Weimar Republik trennte. Der inneren Abkehr folgte die äußere. Führende Repräsentanten der katholischen Kirche und des organisierten Katholizismus in Deutschland gelangten im Frühjahr 1933 offensichtlich zu der Überzeugung, den Auflösungsprozessen der Moderne, den vielfältigen Phänomenen von 'Zerfall' und 'Zersetzung', unter dem Protektorat einer autoritären Staatsführung wirksamer entgegenzutreten zu können als in einer Republik, die immer nur einen Teilwillen zum Ausdruck brachte.

Die Wahl Kaas' in den Vorsitz der Deutschen Zentrumspartei leitete einen Umschwung in der Zentrums politik ein, der im Vorfeld der nationalsozialistischen Machtübernahme voll zum Tragen kam. Der Trierer Domkapitular, Professor des Kirchenrechts und Päpstlicher Hausprälat Dr. Ludwig Kaas war am 8. Dezember 1928 überraschend zum Vorsitzenden der Zentrumspartei und damit zum Nachfolger von Wilhelm Marx gewählt worden. Kaas wurde mit 184 Stimmen gegen Josef Joos (Katholische Arbeiterbewegung) mit 92 und Adam Stegerwald (Christliche Gewerkschaften) mit 42 Stimmen gewählt. Damit hatte er sich gegen die sozialpolitischen Reformkräfte in der Partei durchgesetzt. Ludwig Kaas war seit 1920 kirchenrechtlicher und politischer Berater von Nuntius Pacelli. Dadurch war der Partei ein direkter Zugang zum Vatikan eröffnet.<sup>340</sup>

---

<sup>340</sup> SCHOLDER, Kirchen 1, S. 67f. Im Jahre 1930 hatte Cesare Orsenigo als Nachfolger von Eugenio Pacelli, der zum Kardinalstaatssekretär berufen worden war, die Berliner Nuntiatur übernommen. Kardinal Pacelli wurde am 2. März 1939 zum Papst gewählt und übte sein Pontifikat als Pius XII. bis 1958 aus.

Karsten Ruppert sieht in der Wahl Kaas' "vor allem anderen eine Verlegenheitslösung des Augenblicks: Es war der Glaube, daß ein Priester dem Zentrum am ehesten die zum Teil abhanden gekommene Sicherheit aus der Weltanschauung zurückgeben würde und daß der Mann, 'der durch seinen Stand über den Ständen steht', die Interessengegensätze ausgleichen könne." Den Hauptgrund für die Wahl von Kaas sieht Ruppert darin, "daß durch den Aufstieg des Radikalismus elementare Werte des Katholizismus wie Grundüberzeugungen der Zentrumspartei gefährdet wurden."<sup>341</sup> Nach Auffassung von Rudolf Morsey konnte mit der Wahl von Kaas das Prinzip der geistlichen Führerschaft über das der politischen einen wichtigen Sieg erringen. Das Zentrum setzte stärker als in der vorangegangenen Ära Wilhelm Marx (1922 - 1928) wieder auf "eine sichtbare Anlehnung an die Kirche".<sup>342</sup> Die politische Idee der "Nationalen Sammlung", die an die Parteien rechts vom Zentrum gerichtet war, war im sog. "Oktober-Appell" von Münster enthalten, mit dem Kaas am 17. Oktober 1932 den letzten Reichstagswahlkampf vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eröffnete.<sup>343</sup> Es war Kaas' ganz persönliche Antwort auf die Bedrohung des Verfassungs- und Rechtsstaates von Weimar. Der "Zentrumsführer" rief auf der Großkundgebung in Münster zur Bildung einer "deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft" auf:

"Wenn heute drei, vier, fünf politische Führer der verschiedenen Lager den Mut hätten, sich den aufrüttelnden Ernst der Stunde einzugestehen und aus der Erkenntnis dieses Ernstes zu dem Entschluß vorzustoßen, ihre ganze Autorität und den ganzen Einsatz ihres Führertums zu wagen, um ihre Gefolgschaft auf die Bildung einer deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft zu verpflichten, dann wäre die Durchbruchsschlacht deutscher Selbstbesinnung geschlagen."<sup>344</sup>

Konkrete Aufgabe der "Not- und Mehrheitsgemeinschaft" war die Schaffung einer breiten parlamentarischen Basis, um auf legalem Wege eine autoritäre Verfassungsrevision herbeizuführen. Ziel blieb eine starke Regierung, die nicht länger vom Reichspräsidenten abhängig war, sondern verfassungsrechtlich legitimiert werden mußte. Dazu gab es für Kaas keine Alternative mehr. Sowohl für die parlamentarische Mehrheit wie für die Regierung, die sie tragen sollte, war die NSDAP seit den Juli-Wahlen unverzichtbar geworden.

---

<sup>341</sup> RUPPERT, Staat, S. 352-357: politische Charakteristik des Zentrumsvorsitzenden Kaas.

<sup>342</sup> MORSEY, Katholizismus, S. 18f.; MORSEY, Zentrumspartei, S. 285-287; DEUERLEIN, Katholizismus 3, S. 209.

<sup>343</sup> MORSEY, Katholizismus, S. 70ff.

<sup>344</sup> Zit. b. JUNKER, Zentrumspartei, S. 109, Anm. 144.

### 3.2. Kirchenpolitische Grundlagen im Offizialatsbezirk Oldenburg

Der politische Rahmen, der durch die Entscheidungen des deutschen Episkopats im Jahre 1933 gebildet wurde, stellte auch die Grundlage für die Beziehung der katholischen Kirche in Südoldenburg zu den in der Landeshauptstadt seit dem 16. Juni 1932 regierenden Nationalsozialisten dar. Die Wahl von Clemens August Graf von Galen zum neuen Bischof von Münster am 5. September 1933 löste allgemeine Überraschung aus; sie wurde am 11. September 1933 in Rom bekanntgegeben.<sup>345</sup> Sein Vorgänger im Amt, Bischof Johannes Poggenburg, war am 6. Januar 1933 gestorben. Seitdem hatte die Diözese unter einer ungewöhnlich langen Sedisvakanz gelitten. Sie war von Generalvikar Meis verwaltet worden, der dieses Amt seit 1923 bekleidet hatte und bis zum Ende der Amtszeit Galens weiterführte. Die Reichsregierung hatte keine Einwendungen gegen die Wahl Galens und versprach sich vom neuen Amtsinhaber eher einen willfährigen "Staatsbischof".<sup>346</sup> Aufgrund seiner nationalen Grundeinstellung suchte der neue Bischof von Münster nicht von vornherein den Konflikt mit der NS-Regierung. Am 7. Oktober 1933 teilte Galen Reichsinnenminister Frick seine Berufung zum Bischof von Münster mit und äußerte die Bitte, den nach Artikel 16 des Reichskonkordats vorgeschriebenen Treueid "in die Hand des Herrn Reichspräsidenten selbst ablegen zu dürfen", weil "es das erste Mal nach Abschluß des Konkordates sein wird, daß diese feierliche Handlung vollzogen wird".<sup>347</sup> Zu einer Begegnung mit dem Reichspräsidenten kam es jedoch nicht. Dem Treueid, den Graf von Galen am 19. Oktober 1933 in die Hand des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring schwor, fügte der neue Diözesanbischof persönliche Worte hinzu:

"Als deutschem Mann ist es mir stets nicht nur Pflicht, sondern auch Herzenssache gewesen, dem deutschen Volke, der Heimat, dem Vaterlande nach besten Kräften in Treue zu dienen. Als Christ kenne ich die Pflicht, die rechtmäßige Obrigkeit zu achten und zu ehren, wie es Christus und die Evangelien gebieten ... So darf ich hoffen, in vertrauensvoller Harmonie mit den Führern des deutschen Staatswesens durch gewis

---

<sup>345</sup> MT vom 12.9.1933; GELHAUS, 1933, S. 369; Kirchliches Amtsblatt Jg. 67, Nr. 15, 13.9.1933, Titelseite; KUROPKA, Galen, S. 12; Münsterischer Anzeiger vom 22.9.1933 (Faksimile), S. 14; Kirchliches Amtsblatt vom 13.9.1933 (Faksimile).

<sup>346</sup> SCHRÖER, Bischöfe, S. 298ff.

<sup>347</sup> LÖFFLER, Galen I, S. 13.

senhafte Wahrnehmung der Pflichten meines bischöflichen Amtes zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes mitzuwirken." <sup>348</sup>

An der kirchlichen Inthronisation Galens im Dom zu Münster am 29. Oktober 1933 nahmen SA-Formationen mit Hakenkreuzfahnen teil. <sup>349</sup> Vertreter von Regierung und NSDAP würdigten "das Einvernehmen von Staat und Kirche im Zeichen des vor wenigen Wochen abgeschlossenen Reichskonkordats" und begrüßten die neue Eintracht von katholischer Kirche und Staat im nationalsozialistischen Deutschland. <sup>350</sup> Graf von Galen war in der Frage politischer Anpassung keine Ausnahme im deutschen Episkopat, sehr wohl aber in der Frage glaubensbegründeter Opposition gegen eine gottlose Staatsomnipotenz, als die er die NS-Diktatur stets betrachtete. Bischof Clemens August bezeichnete sich selbst in seinem ersten Hirtenbrief vom 28. Oktober 1933 als "Kind des Oldenburger Münsterlandes, des alten Niederstifts des Bistums," und erklärte, daß "der Gehorsam gegen den Papst, die vertrauensvolle Hingabe an die Leitung der heiligen Kirche und die Weisungen des Heiligen Stuhls" ihm auch in Zukunft "Leitstern und Richtschnur" für sein persönliches Leben und Wirken sein sollten, getreu dem Motto:

"So habe ich es im Elternhaus gelernt, so will ich es halten bis zum letzten Atemzug." <sup>351</sup>

Das erste Hirtenschreiben Galens hatte zweifelsohne programmatischen Charakter und beschrieb "in nuce" seine Haltung gegenüber dem Totalitarismus

---

<sup>348</sup> SCHRÖER, Bischöfe, S. 300.

<sup>349</sup> DAMBERG, Moderne, S. 243f.; KUROPKA, Grundsätze, S. 38f. Nach Ansicht von Kuropka stellt "der Eindruck der Miterlebenden, abgeleitet vom SA-Spalier auf dem Domplatz und der Gratulation uniformierter Amtsträger zur Bischofsweihe", keine ausreichende Basis für die politische Einschätzung Galens dar. Kuropka zitiert aus dem in Mannheim erschienenen "Volksblatt" vom 17.9.1933, um der Bewertung Galens als einer "außergewöhnlich grundsatztreuen Persönlichkeit" Nachdruck zu verleihen: "Niemals ist dieser Priester in die Ebenen der Tagespolitik hinabgestiegen, wohl aber hat er jederzeit im politischen Leben des deutschen Katholizismus die Treue zu den katholischen Grundsätzen gefordert. [...] Grade dem Staat und dem gesamten Volke gegenüber sind wir ja alle von der Erkenntnis durchdrungen, daß der Katholizismus nur dann das neue Deutschland mit aufbauen kann, wenn er die granitnen ewigen Quader des göttlichen und des menschlichen Rechtes in die Fundamente hineinfügt."

<sup>350</sup> SCHRÖER, Bischöfe, S. 300.

<sup>351</sup> Kirchliches Amtsblatt Jg. 67, Nr. 20, 28.10.1933, S. 117-123; MT vom 30.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 404; KUROPKA, Galen, S. 19: Auszug; LÖFFLER, Galen 1, S. 29f.; auch zum folg. Clemens August Graf von Galen wurde am 16. März 1878 auf Burg Dinklage geboren. (Clemens August Kardinal von Galen vor 100 Jahren auf Burg Dinklage geboren, IN: VuL Jg. 40, Nr. 99, 1978, S. 4)

des nationalsozialistischen Regimes. Clemens August wählte den Satz "Nec laudibus, nec timore" zu seinem Wahlspruch.<sup>352</sup> Die von tiefem gläubigem Ernst getragenen Worte des Hirtenbriefes lesen sich heute noch wie das politische Credo eines katholischen Oberhirten, der sein Wächteramt kompromißlos wahrzunehmen gedachte:

"Ihr [= Diözesanen] habt als Herde Christi ein Recht darauf, daß euch die göttliche geoffenbarte Wahrheit vollständig, unverändert und unverfälscht gepredigt wird. Ich will in meiner Lehrverkündigung niemals auch nur um ein Jota abweichen von der Lehre der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche, welche 'die Säule und Grundfeste der Wahrheit ist'; ich will darüber wachen, daß kein Irrtum und keine Irrlehre sich in die Lehre und den Glauben der Münsterischen Kirche einschleiche. 'Weder Menschenlob noch Menschenfurcht soll mich jemals daran hindern.' Und sollte ich solch schleichendes Gift übersehen, und sollte ich selbst in menschlicher Schwäche jemals einem Irrtum in Glaubenssachen unterliegen, dann hoffe ich, daß der Nachfolger Petri auf dem Bischofsstuhl zu Rom mich zurechtweisen und euch vor Irrtum bewahren wird."

Dabei wende sich die Hirtengewalt nicht an den Verstand des Menschen, der sich im Glauben "der unfehlbaren Lehre der Kirche" unterwerfen müsse, sondern an den Willen, der sich im Gehorsam "der Wegweisung durch den Vorgesetzten" zu fügen habe. Wenn auch der Bischof sich in einem Einzelfall irren sollte "über die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit einer Anordnung" oder "der Untergebene in einem Einzelfall eine bessere Einsicht in die Zeitlage und ihre Erfordernisse zu haben" glaube, dürfe darüber doch niemals vergessen werden:

"Wie der Papst in der Gesamtkirche und der Bischof in seiner Diözese für die Regierung der Kirche bestellt und verantwortlich ist, so sind die ihrer Hirtensorge anvertrauten Gläubigen bestellt und verantwortlich für den Gehorsam in der Kirche."

In diesen Gehorsam sah sich Clemens August in seinem neuen Amt als Diözesanbischof in einer besonderen Weise gestellt:

"Euch in unbedingtem kindlichem Gehorsam gegen den obersten Hirten voranzugehen, ist meine, wie jedes katholischen Bischofs, selbstverständliche Pflicht!"

---

<sup>352</sup> KUROPKA, Grundsätze, S. 45-47. "Nicht Menschenlob, nicht Menschenfurcht soll uns bewegen!" hieß es im Wahlspruch Galens wörtlich. Nach Auffassung von Kuropka entsprach die Haltung Galens den Grundprinzipien, die er im Brief vom 25.1.1928 gegenüber seinem Freund Heinrich Holstein formuliert hatte: "Furchtloses Eintreten für die katholische Sache und für jedes Recht ... unabhängig von der Gunst oder Ungunst der jeweiligen Machthaber."

Galen war sich der kritischen Zeitumstände bewußt und rief die Diözesanen auf, Vertrauen zu ihren Oberhirten zu haben und ihren Weisungen gehorsamst zu folgen. Er bekannte sich zur persönlichen Verantwortung, die dem katholischen Bischof mit dem Amt übertragen wird; sie war für ihn nicht teilbar. Trotz seiner politischen Loyalität, die er nicht verbarg, war Galen auf Konflikte gefaßt und bereit, sie aus pastoraler Verantwortung zu bestehen:

"Glaubt nicht, daß euere Bischöfe leichtfertig Maßnahmen oder Warnungen aussprechen, ohne Erkenntnis der Verhältnisse und der Schwierigkeiten, sie zu befolgen. Glaubt nicht, daß euere Bischöfe sorglos Gefahren übersehen, wenn sie noch schweigen, während ihr nach Wegführung verlangt! Seid versichert: zentnerschwer lastet jeden Tag das Bewußtsein der Verantwortung für euere Seelen auf ihnen, und sie wissen, daß sie ihre eigenen Seelen nicht retten können, wenn sie zur Unzeit schweigen oder sprechen. Gern werde ich von anderen, auch von Laien, auch von wohlmeinenden Andersgläubigen Informationen über die Zeiterscheinungen, Wünsche und auch guten Rat annehmen. Aber ich weiß, daß die Pflicht zur 'Entscheidung' über erforderliche Weisungen und Warnungen für meine Diözesanen auf mir allein und auf meinem Gewissen lastet, und von niemand mir abgenommen werden kann."

Auch seinen Diözesanen gegenüber bekannte sich Galen zur vollzogenen politischen Umwälzung in Deutschland und stellte sich ausdrücklich auf den Boden der Konkordatspolitik, in der Hoffnung, mit dem politischen Einfluß der neuen autoritären Staatsgewalt die Verchristlichung der deutschen Gesellschaft weiter vorantreiben zu können. In dieser Zuversicht teilte er den Irrtum der meisten katholischen Oberhirten, die in der Regierung Hitler einen politischen Bundesgenossen im Kampf gegen den moralischen Verfall in der säkularen zeitgenössischen Kultur erkennen zu können glaubten. Galens katholischer Glaube war fundamentalistisch und als solcher mit republikanischen Grundsätzen nur schwer zu vereinbaren. Seinem Widerspruch gegen "Parlamentsomnipotenz" und "Majoritätsabstimmung" liegt strukturell die Ablehnung des demokratischen Systems und der demokratischen Repräsentativverfassung zugrunde.<sup>353</sup> Ohne die Anerkennung des Majoritätsprinzips besteht keine Volkssouveränität auf der Basis demokratischer Verfassungen. Wie für die katholische Gesamtkirche waren für den neuen Bischof von Münster die weitreichenden Beschlüsse des Konzils von Trient (1545 - 1563)

---

<sup>353</sup> KUROPKA, Grundsätze, S. 39-42. Kuropka bemüht sich in diesem seinem neuesten Aufsatz über Galen darum, die Kritik am Antiliberalismus des neuen Bischofs von Münster abzuschwächen. Galen habe weder in der Hohenzollernmonarchie eine katholischen Grundsätzen adäquate Staatsform gesehen noch in der Weimarer Republik. Seine Kritik habe sich weniger gegen die Weimarer Demokratie gerichtet als vielmehr gegen "den Grundgedanken der Parlamentsomnipotenz und der Rechtssetzung durch Majoritätsabstimmung" (so Galen an Heinrich Holstein am 25.1.1923) überhaupt.

die fundamentalen Grundlagen seiner Theologie. Daran erinnerte Galen mehrmals in seinem ersten Fastenhirtenbrief vom 29. Januar 1934.<sup>354</sup> Die Reaktion der katholischen Kirche auf die Reformation enthielt nach Karl Gabriel eine folgenschwere Weichenstellung, die vor allem das Konzil von Trient bestimmte.<sup>355</sup> In Galens Opposition gegen die nationalsozialistische Schul- und Kulturpolitik blieb deshalb auch die Ablehnung des demokratischen Liberalismus enthalten. Auf einer Dechantenkonferenz in Münster am 19. April 1934 klärte Bischof Clemens August seinen persönlichen politischen Standort und grenzte sich sowohl gegen den Liberalismus als auch gegen die Machtüberschreitungen der herrschenden Amtsinhaber ab, weil er in ihnen einen Ausdruck staatlicher Omnipotenz erkannte:

"Gegenüber dem Liberalismus, der die Freiheit des Individuums und der Menschheit von jeder Bindung verkündete, hat die Kirche stets das in Gott gegründete Recht der Autorität verteidigt."

Auf diesem Boden bewegte sich auch Galens Ablehnung der Revolution von 1918, die "sich gegen die bisherige staatliche Autorität" gerichtet und unter der kirchenfeindlichen "Fahne der Freiheit" gestanden habe. Große Hoffnungen hätten die katholischen Bischöfe auf die "Nationale Erhebung" des Jah

---

<sup>354</sup> OV vom 9.3.1934. Darin bekräftigte Galen ausdrücklich die Lehre von der Erbsünde und das Sakrament der heiligen Taufe, "welche in der Kraft des Sühnetodes Jesu Christi die Erbschuld in uns tilgt und die Kindheit Gottes uns vermittelt". Dieser Glauben war für die katholische Kirche von fundamentaler Bedeutung, weil auf ihm die Lehre von den heiligen Sakramenten beruhte, die von der Kirche verwaltet wurden und - wie das Beispiel der Taufe zeigt - für den einzelnen Katholiken zur Erlangung seines ewigen Seelenheils unverzichtbar waren.

<sup>355</sup> GABRIEL, Christentum, S. 92. Was den Primat des römischen Papstes betrifft, führte ein direkter Weg vom Konzil in Trient zum Ersten Vatikanischen Konzil in Rom (1869/70), das das sog. "Unfehlbarkeitsdogma" verabschiedete. Nach Karl Gabriel antwortete die katholische Kirche auf die Herausforderung der Reformation "mit einer engeren Bindung des Glaubensgutes an ihre institutionelle Struktur" und setzte gegen "Luthers Gewißheit aus dem Glauben allein" noch "die Gewißheit aus der sichtbaren Existenz der Kirche". Die tridentinische Synode nahm auf ihrer vierten Sitzung am 8. April 1546 "alle Bücher des Alten wie des Neuen Testaments, da der eine Gott der Urheber beider ist, und die Überlieferungen selbst, die sich teils auf den Glauben, teils auf die Sitten beziehen, als von Christus oder dem h. Geiste wörtlich diktiert und in ununterbrochener Folge in der katholischen Kirche erhalten, mit der gleichen frommen Scheu und Ehrfurcht an". Damit forderte sie die absolute Unterwerfung unter die heiligen Glaubensgüter und das kirchliche Lehramt, das zuständig für die Überlieferung war. So wurde die vom katholischen Lehramt überlieferte Tradition und Sittenlehre auf eine Rangstufe mit der Offenbarung im Alten und Neuen Testament gesetzt und war autorisiert, unbedingten Gehorsam einzufordern. Verwaltet und vollzogen wird diese Autorität von der katholischen Orthodoxie und Hierarchie, an deren Spitze der römische Papst steht.

res 1933 gesetzt und den Worten des Reichskanzlers vom 23. März 1933 Vertrauen geschenkt:

"Als daher nach der Machtergreifung durch Hitler dieser in feierlicher Stunde erklärte, daß das Christentum die Grundlage des neuen Staatsaufbaues werden solle, haben sie [die Bischöfe] nicht gezögert, im Vertrauen auf dieses Wort ihre Warnungen zurückzuziehen. Dieses Vertrauen der Bischöfe wurde noch verstärkt durch den schnellen Abschluß des Reichskonkordates, durch manche Maßnahmen und Anordnungen der neuen Regierung, z. B. Unterdrückung der Gottlosenpropaganda, Bekämpfung der Unsittlichkeit. Der Führer hat sein Wort verpfändet und nicht zurückgenommen. Es ist richtig und heilsam, sich bei passender Gelegenheit hierauf zu berufen. Der kath. Volksteil darf nicht aus Pessimismus die Hände müßig in den Schoß legen. Unsere heilige Pflicht ist es, besonders einzutreten: für die Reinerhaltung der übernatürlichen Wahrheit, für Gerechtigkeit in allen Beziehungen des menschlichen Lebens, für die Freiheit der Kirche zur Erfüllung ihrer heiligen Aufgabe."<sup>356</sup>

Clemens August blieb auf dem politischen Boden des Jahres 1933 und erklärte sich trotz aller Rückschläge und Enttäuschungen einverstanden mit der historischen Entwicklung, die das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche nach dem demokratischen Provisorium der Weimarer Republik im Zuge der "Nationalen Revolution" genommen hatte. Die vielfältigen Phänomene der modernen Kultur faßte Galen unter dem Titel "Laizismus" zusammen. Dazu veröffentlichte der damalige Stadtpfarrer von St. Lamberti in Münster 1932 die Schrift "Die 'Pest des Laizismus' und ihre Erscheinungsformen. Erwägungen und Besorgnisse eines Seelsorgers über die religiös=sittliche Lage der deutschen Katholiken". Galen verurteilte darin die laizistische Haltung, die bereits große Teile der katholischen Bevölkerung erfaßt habe, und attackierte mit seiner Veröffentlichung den laizistischen Staat von Weimar und die laizistische Gesellschaft der Nachkriegszeit gleichermaßen. Damit stand er in der antimodernistischen und kulturskeptischen Traditionslinie der katholischen Kirche seit dem Anbruch der Moderne. Aufgrund der großen Verdienste Galens um die katholische Kirche im "Dritten Reich" und seines tapferen Eintretens für die Freiheit des katholischen Glaubens wurde 1956, zehn Jahre nach seinem Tod, das Seligsprechungsverfahren eingeleitet.<sup>357</sup>

---

<sup>356</sup> LÖFFLER, Galen 1, S. 82-87.

<sup>357</sup> Kirche und Leben 28/1996, S. 1. Die sog. Positio, die zusammenfassende Darstellung des Lebens und Wirkens Graf von Galens, der am 23. Dezember 1945 als bisher einziger Bischof von Münster in den Kardinalsrang erhoben wurde, wurde 1996 abgeschlossen.



Die Nachfolge des am 2. Februar 1933 verstorbenen Bischöflichen Offizials Lambert Meyer trat der Vechtaer Anstaltsgeistliche Franz Vorwerk an. Vorwerk wurde am 3. Oktober 1933 mit der Administratur des Offizialates beauftragt und von Bischof Clemens August am 14. November 1933 offiziell ernannt. Die Berufung von Franz Vorwerk wurde in seiner Heimat Südoldenburg allgemein begrüßt. Bischof Clemens August führte ihn am 6. Dezember 1933 in sein Amt ein. Zwei Tage zuvor, am 4. Dezember 1933, hatte Galen in Begleitung des neuen Offizials dem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Carl Röver in Oldenburg einen förmlichen Antrittsbesuch abgestattet.<sup>358</sup> Bei seiner feierlichen Amtseinführung am 6. Dezember 1933 in Anwesenheit von Staatsminister Pauly sprach Vorwerk die politischen Konflikte zwischen der katholischen Kirche in Südoldenburg und dem oldenburgischen Staatsministerium bereits offen an. In seiner Rede, die trotz ihrer Kritik an der NS-Regierung in Oldenburg von der Cloppenburger MT wiedergegeben wurde, bekannte sich Vorwerk unabhängig von den politischen Gegensätzen zur nationalen Erneuerung Deutschlands unter der Führung Adolf Hitlers und sprach sich für eine loyale politische Mit- und Zusammenarbeit aus. An Staatsminister Pauly gewandt, erklärte Vorwerk:

"Wir haben uns durch unsere Zusammenarbeit schätzen gelernt, obwohl wir nicht immer die gleiche Anschauung hatten. Ich hoffe, ja ich weiß es, daß diese Zusammenarbeit so bleiben wird. Ihr Erscheinen zeigt mir auch heute den Willen, mit der Kirche zusammenzuarbeiten. Gerade die letzten Monate haben so manche Schwierigkeiten gebracht. Es wäre unrecht, wenn man erwarten wollte, daß nach der Neugestaltung sich alles ohne Reibung vollziehen könnte. Ich weiß aber auch andererseits, daß der Wille, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu schaffen, um eine freundschaftliche Zusammenarbeit im Sinne Hitlers zu erreichen, bei Ihnen und bei uns vorhanden ist. Ich weiß, daß Sie der Kirche ihre Selbständigkeit lassen wollen. Wir sind unsererseits gewillt, an der Aufbauarbeit des Vaterlandes tatkräftig mitzuwirken."

Erwartungsgemäß widmete sich Vorwerk besonders der schulpolitischen Frage und bemühte sich auch hier um einen Ausgleich zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus, wie sie Hitler in seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 entworfen hatte:

"Staat und Schule sind aufeinander angewiesen. Wenn wir heute an der Wende eines neuen Zeitalters stehen, in einem Umbruch, wo Neues sich gestalten will, dürfen wir nicht vergessen, daß die Religion das Fundament für das neue Volkstum sein muß. Nur ein Volk, das wurzelt im Ewigen, wurzelt auch in der Scholle. [...]"

---

<sup>358</sup> HINXLAGE, Offizialat, S. 55f.; BAUMANN, Vorwerk, S. 298ff.

Wir wollen dieses Zusammensein der staatlichen und kirchlichen Behörden in dem Sinne auffassen, daß Staat und Kirche in dieser Zeit treu und friedlich zusammenarbeiten wollen. Wir wollen die vaterländische Aufgabe zusammen erfüllen, den religiösen Grund zu schaffen, auf dem sich ein Volksleben allein aufbauen kann."<sup>359</sup>

Bischof Clemens August äußerte "die feste Zuversicht, daß er [Vorwerk] mit seinem lebendigen Empfinden auch für die vaterländischen Interessen der rechte Mann ist, um diesen Posten auszufüllen", und appellierte an die versammelten Träger der weltlichen und geistlichen Gewalt, gleichberechtigt und in friedfertiger Eintracht zum Wohle der Menschen zu wirken.<sup>360</sup> Die Nachfolge des durch die NS-Regierung in Oldenburg des Landes verwiesenen Franz Vorwerk trat am 3. April 1940 Johannes Pohlschneider an.<sup>361</sup> Seine Ernennung durch Bischof Clemens August wurde vom Staatsministerium jedoch nicht anerkannt.<sup>362</sup>

---

<sup>359</sup> MT vom 7.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 437f.

<sup>360</sup> MT vom 7.12.1933. Clemens August erinnerte in diesem Zusammenhang an den Besuch bei Ministerpräsident Röver in Oldenburg am 4. Dezember 1933: "Ich habe vorgestern mit dem Herrn Offizial Besuch gemacht in Oldenburg und habe festgestellt, daß auch dort der neue Offizial Vorwerk herzlich bewillkommt und begrüßt wurde."

<sup>361</sup> Nach schweren Auseinandersetzungen zwischen NS-Staat und katholischer Kirche um die Aufhebung der katholischen Bekenntnisschulen und die Einführung von Gemeinschaftsschulen in Süddoldenburg im Frühjahr 1938 wurde Offizial Vorwerk am 30. Juni 1938 des Landes verwiesen und gewaltsam nach Münster verbracht. Bischof Clemens August verfaßte noch am gleichen Tag ein Hirtenwort, mit dem er gegen die Ausweisung protestierte und das Läuten der Kirchenglocken in Oldenburg verbot (bis 1940). Demonstrativ ernannte Galen Franz Vorwerk zum residierenden Domkapitular in Münster. Nach erbitterten Kontroversen zwischen Oldenburg und Münster wurde Vorwerk am 4. Mai 1941 von der Gestapo in die "Verbannung" nach Brüel in Mecklenburg verschleppt. Dort hielt er sich bis Kriegsende auf. Die Ernennung des neuen Offizials Pohlschneider löste bei der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg Empörung aus, weil das Reichskirchenministerium seit mehr als zwei Jahren eine Vereinigung des Offizialats mit der Diözese Osnabrück betrieb. Am 1. Juni 1940 führte Bischof von Galen Dr. Pohlschneider in Vechta in sein Amt ein. Am 3. Juni 1940 forderte die Gestapo die Räumung des Offizialats, die am 11. Juni 1940 durch Strafgefangene aus Vechta vollzogen wurde. Am 13. Juni 1940 erhielt Pohlschneider die Mitteilung, daß die in der Konvention von Oliva (1830) vereinbarte sog. "Bauschumme" gesperrt sei. Trotz der staatlichen Zwangsmaßnahmen übte der neue Offizial sein Amt bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges aus. (BRECHER, Bischof, S. 22ff.; HINXLAGE, Offizialat, S. 61ff.; BAUMANN, Vorwerk, S. 304ff.)

<sup>362</sup> Johannes Pohlschneider wurde am 18. April 1899 in Osterfeine, Gemeinde Damme, als Zweitältester von zwölf Geschwistern geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Vechta und Münster studierte er nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er noch im Frühjahr 1918 teilgenommen hatte, zunächst in Münster und dann am "Germanicum" in Innsbruck und Rom. Er promovierte in Philosophie und Theologie und wurde 1924 in der Lateranbasilika in Rom zum Priester geweiht. Pohlschneider war zunächst in Lutten bei Vechta als Vikar und seit 1928 als Kaplan in Oldenburg-Osternburg tätig. Bischof Michael Keller, der Nachfolger Galens, er-

In der spannungsreichen Polarität zwischen nationalstaatlicher Loyalität im allgemeinen und katholischem Widerspruch im besonderen politischen Falle schwankte die Haltung der katholischen Kirche gegenüber dem "Dritten Reich" und prägte ihre Einstellung den neuen Machthabern gegenüber. In dieser Frage waren auf regionaler wie auf nationaler Ebene in der Beziehung zwischen der katholischen Kirche und der NS-Herrschaft keine gravierenden Differenzen zu erkennen. Das galt nach beiden Seiten auch für den südoldenburgischen Katholizismus, der sich in seiner Loyalität wie in seinem glaubensbegründeten Widerspruch ebenso verhielt wie andere katholische Regionen auch. Für die Annahme einer Sonderstellung Südoldenburgs gibt es auch nach der denkwürdigen historischen Leistung Graf von Galens und des "Kreuzkampfes" keinen Anlaß. Die politische Strategie, die der südoldenburgische Katholizismus befolgte, stimmte mit der von den Oberhirten der deutschen Diözesen im Laufe des Jahres 1933 festgelegten Linie überein: Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit und Appell zur moralischen Unterstützung des "Dritten Reiches", um zum Wohle der katholischen Kirche und ihrer Gläubigen Einfluß auf die politische Entwicklung zu nehmen und eine erneute Gettoisierung zu vermeiden. Diese Grundsätze galten auch für Bischof Clemens August und 'seinen' Offizial Vorwerk. Aus der Haltung positiver Mitarbeit heraus, so war die Überlegung in Münster wie in Vechta, ließ sich unter Berufung auf das Reichskonkordat der Kampf gegen politische Einzelentscheidungen von nationalsozialistischen Regierungen besser führen als aus der Position der Verweigerung, - wenn der Kampf denn geführt werden mußte. Daß sie ihn gegebenenfalls auf sich nehmen müßten, daran ließen Galen wie Vorwerk keinen Zweifel.

Bischof Clemens August von Münster und der Bischöfliche Offizial Franz Vorwerk waren fest im katholischen Traditionalismus verwurzelt, fühlten sich der katholischen Dogmatik und der christlichen Soziallehre verpflichtet und traten aus der selbstverständlichen Haltung des katholischen Seelsorgers unerschrocken für sie ein. Ihre Vorstellung von sozialer und politischer Ordnung war ständisch-korporativ angelegt und kollidierte zwangsläufig mit dem

---

nannte ihn 1948 zum Generalvikar. Sechs Jahre später wurde er zum Bischof von Aachen berufen; 1975 trat er von diesem Amt zurück. 1978 veröffentlichte Pohlschneider eine Arbeit über den nationalsozialistischen Kirchenkampf in Oldenburg, die vor allem auf seinen persönlichen Erinnerungen beruhte. Er starb am 7. März 1981. (BRECHER, Bischof, S. 13ff.; HINXLAGE, Offizialat, S. 65f.)

Wesen der Freiheit als dem immanenten Sinn politischen Handelns.<sup>363</sup> Als Galen und Vorwerk ihr Amt antraten, waren die wichtigsten kirchenpolitischen Entscheidungen bereits gefallen. Einen politischen Kampf gegen die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland - einen sog. "Kirchenkampf" - haben sie nicht geführt. Er lag außerhalb ihres katholischen Selbstverständnisses, das seit 1933 nachdrücklicher als je zuvor auf eine Scheidung der geistlichen von der politischen Sphäre bedacht war, um die Integrität der katholischen Kirche zu retten; sie war überlebenswichtig. Das belegen die zahlreichen Kundgebungen, die von 1930 bis 1933 zur Klärung des Verhältnisses zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus publiziert wurden.

### **3.3. Für Staat und Nation**

In den Entscheidungen des deutschen Episkopats im Frühjahr 1933 kulminierte die Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland und scheiterte an einem konservativen Staats- und Politikbegriff, der sich am ideellen Entwurf einer christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung orientierte und die demokratischen Grundlagen des Rechts- und Verfassungsstaates in der Weimarer Republik ignorierte. Die Erfolge der "Nationalen Revolution" und erste Anzeichen der politischen Gleichschaltung im Frühjahr 1933 stürzten den politischen Katholizismus in eine tiefe Krise. Diese dramatische Lage sprach der Erzbischof von Breslau, Kardinal Bertram, der zugleich auch Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz war, in einem Brief an Reichspräsident Hindenburg vom 10. März 1933 an, nur wenige Tage nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933. Darin beschwor er die Rettung des christlichen Glaubens und der katholischen Kirche und betonte ihre große Bedeutung für den Bestand von Staat und Nation; das habe auch für die Zukunft zu gelten. Die politische Bedrängnis, der Bertram sich ausgesetzt sah, wurde in der sorgenvollen Frage an Hindenburg deutlich, "ob die zur Macht gelangte Bewegung vor dem Heiligtum der Kirche und vor der Stellung der Kirche im öffentlichen Leben Halt machen werde". Was 1933 zum "Heiligtum der Kirche", für die Bertram nachhaltig "Sicherheit von Recht und Gerechtigkeit und von gesetzlich verbürgter Freiheit" forderte, im einzelnen gehörte, geht aus dem Schreiben eindeutig hervor:

---

<sup>363</sup> ARENDT, Politik, S. 85. Auf die Frage nach dem Sinn von Politik gibt Hannah Arendt eine einfache und in sich schlüssige Antwort: "Der Sinn von Politik ist Freiheit."

"Eure Exzellenz wissen aus reichster Lebenserfahrung und aus den zweitausendjährigen Zeugnissen der Geschichte, daß die Heiligkeit des christlichen Glaubens, der religiösen Übung und Überzeugung zu den unantastbaren Gütern gehört. Wie die Kirche ihrerseits von den rein politischen Angelegenheiten sich fernhält und nicht mit politischen Kampforganisationen Gemeinschaft macht, diese auch nicht in ihr Heiligtum eindringen läßt, so ist auch ihr Innenleben und ihr Wirken jeder weltlichen Macht entzogen.

Eure Exzellenz wissen ferner, daß die Kirche in der reichsten Entfaltung des vielseitigen Ordenslebens und Vereinslebens in unserem Vaterlande den segensreichsten Einfluß auf alle Kreise des Volkes im karitativen, kulturellen und sozialen Leben, in Anleitung zur Treue gegen Volk, Staat und Obrigkeit und ganz besonders auf die religiös-sittliche Jugendziehung geübt hat. Daß das alles schwerster Gefährdung ausgesetzt werden wird, ist inmitten der sich überstürzenden Ereignisse die Befürchtung weitester Kreise des katholischen Volkes. Die Stunde ist gekommen, wo wir uns an das Reichsoberhaupt wenden müssen mit der dringenden Bitte um Schutz für Kirche und kirchliches Leben und Wirken."<sup>364</sup>

Zur politischen Rettung der heiligsten Güter erklärte sich Kardinal Bertram namens der katholischen Kirche zu einem Opfer bereit. Er schlug im Schreiben an Hindenburg bereits am 10. März 1933 eine Trennung der weltlichen und geistlichen Sphäre vor, wie sie später im Reichskonkordat verankert wurde. Die Gründe für das politische Einvernehmen zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus, das im Frühjahr 1933 erzielt werden konnte, liegen nicht in erster Linie in einer öffentlichen Akklamation der 'Hitler-Partei', sondern in einer Abwehrstellung gegen den säkularen Modernismus begründet, als deren politischer und gesellschaftlicher Repräsentant dem politischen Katholizismus immer mehr die demokratischen Organe und Institutionen der Weimarer Republik erschienen. Die NS-Bewegung - das zeigt auch das Beispiel Süddoldenburg - stieß im Katholizismus nicht von vornherein auf positive Resonanz, sondern mobilisierte einen diffusen Komplex von antirepublikanischen Ressentiments und moralischen Präntentionen, der sich mit dem modernen politischen und gesellschaftlichen System der Weimarer Republik innerlich nicht aussöhnen ließ. Der politische Katholizismus in Deutschland strebte in der Endphase der Weimarer Republik einen christlichen Totalkonsens im Sinne geistiger Führerschaft an und verlor darüber die notwendigen politischen Voraussetzungen für den Fortbestand des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates immer mehr aus den Augen. Er verabsolutierte bestimmte Politikinhalt und beanspruchte für sie den Rang von eschatologischer Wahrheit. Dadurch beraubte er sich selbst seiner Freiheit, die nach seinem dogmatischen Verständnis in diesem Falle nichts

---

<sup>364</sup> MICHAELIS, Ursachen 9, S. 537f.

anderes als den Irrtum und seine Verbreitung geduldet hätte. Die Folge davon war, daß abweichende Interessen und Meinungen als illegitim betrachtet wurden und nicht mehr zur politischen Verhandlung anstanden. Im Hinblick auf die Verfassungsfrage kam dem Unterschied zwischen weltanschaulichem Totalkonsens und politischem Grundkonsens nach Dieter Grimm eine große Bedeutung zu, die in der Endphase der Weimarer Republik im deutschen Katholizismus deutlich zu registrieren war:

"Die hinter dem Totalkonsens stehende Wahrheit tendiert dazu, die Verfassung zu relativieren und sich im Konfliktfall gegen diese durchzusetzen. Dagegen ist der in der Verfassung niedergelegte Grundkonsens nicht Ausdruck einer vorgegebenen Wahrheit, sondern eines Einverständnisses von Konkurrenten. Politische Herrschaft bezieht dann nicht aus der Wahrheit ihre eigentliche Legitimation und kann diese daher auch nicht gegen die Verfassung ausspielen. Legitime Herrschaft wird vielmehr durch die Verfassung erst konstituiert und bleibt an sie gebunden. Was die Verfassung regelt, ist nicht mehr Thema, sondern Prämisse von Politik."<sup>365</sup>

Die politische Theologie, der der deutsche Episkopat 1933 folgte, unterschied strikt zwischen naturrechtlichen Grundsätzen staatlicher Ordnung, die außerhalb der Geschichte standen, und den vom Naturrecht nicht abhängigen und daher dem geschichtlichen Wechsel unterliegenden konkreten Staats- und Verfassungsnormen; diesen gegenüber hatte sich die katholische Staatslehre unter Berufung auf Röm. 13 stets neutral verhalten. Danach war Christen aus religiösen Motiven grundsätzlich die Teilhabe an einem revolutionären Umsturz untersagt, nicht aber ihre Auflehnung gegen Befehle der Obrigkeit, die ihren Pflichten als Christen widersprachen<sup>366</sup>. Das hatte Folgen für die Stellung der katholischen Kirche im "Dritten Reich". Die Staatsvorstel

---

<sup>365</sup> GRIMM, Konsens, S. 37.

<sup>366</sup> In einer Edition der Paulus-Briefe aus dem Jahre 1919 hatte Röm. 13, 1-3 folgende Fassung: "Jedermann sei der obrigkeitlichen Gewalt untertan! Denn es gibt keine Gewalt außer von Gott, die bestehenden aber sind von Gott angeordnet. Also leistet der, der sich der Gewalt widersetzt, gegen Gottes Anordnung Widerstand; die Widerstand Leistenden werden sich aber das Gericht zuziehen. Denn die Herrscher bilden nicht für das gute, sondern für das böse Werk (einen Gegenstand der) Furcht. Du willst aber ohne Furcht vor der Gewalt sein; (gut, dann) tue das Gute und du wirst Lob von ihrer Seite bekommen." In den Anmerkungen erläutert der Breslauer Theologe Joseph Sickenberger diesen Abschnitt mit den Worten: "Die Forderung, mit allen Menschen in Eintracht zu leben, führt Paulus dazu, den Christen auch ihre Pflichten gegenüber den Gewalthabern, die sie regieren [...], einzuschärfen. [...] Der Grund ist ein durchaus religiöser. Nur durch Gottes Fügung sind die Obrigkeiten zu ihrer Gewalt gekommen [...]. Die Folge ist, daß ein Revolutionär sich Ungehorsam gegenüber Gottes Fügungen zu schulden kommen läßt und demgemäß auch von seiten Gottes beim Gericht bestraft werden wird. [...] daß damit Paulus nicht Gehorsam gegen schlechte obrigkeitliche Befehle predigt und ordnungsmäßige Umwälzungen im staatlichen Leben nicht verbietet." (SICKENBERGER, Briefe, S. 248)

lung der katholischen Kirche beruhte auf der "Nikomachischen Ethik" (Nikomacheia) und der "Politik" (Politika) des Aristoteles (384 - 322 v. Chr.). Danach bestand das höchste Gut in der Glückseligkeit (Eudaimonia) und war nur durch ein Leben mit anderen zusammen im Staat zu erreichen, weil der Mensch von Natur aus den Trieb zur Gemeinschaft in sich trägt. Der Staat ist ein der Familie und der Dorfgemeinschaft übergeordnetes Gemeinwesen, dessen Ziel in der Erhaltung, Sicherung und Vervollkommnung des physischen und ethischen Lebens ist. Was die staatliche Gewalt für das irdische Heil, war nach katholischer Lehre die hl. Kirche für das ewige Seelenheil des Menschen, wobei die kirchliche vor der weltlichen Gewalt wegen des höheren Gutes Vorrang genoß. Beide Obrigkeiten waren von Gottes Gnaden und genossen somit eine metaphysische Legitimation. Diese bildete die Grundlage für die Einheit von Thron und Altar, die - in ihrer Geschichte heftig umkämpft - in der europäischen Aufklärung dem demokratischen Legitimationsprinzip weichen mußte und in der Französischen Revolution ihren historischen Niedergang erfuhr. Rudimente dieser sakralen Welt, die der mittelalterliche ORDO umfaßte, ragten freilich noch weit in das 20. Jahrhundert hinein und führten zu historischen Ungleichzeitigkeiten, die gravierende gesellschaftliche und politische Instabilitäten zur Folge hatten. Am Horizont der Erinnerung erschien immer wieder die universale Einheit von Glauben und Politik, die historisch längst überwunden war. Diese theoretischen Grundlagen bildeten die geistigen Voraussetzungen für den politischen Kurswechsel des deutschen Episkopats im Frühjahr 1933 und stellten auch den Bezugsrahmen für das ambivalente Verhältnis des südoldenburgischen Katholizismus zum NS-Regime her: Es wurde wiederholt und ernsthaft belastet, büßte aber seine politische Funktionsfähigkeit nicht ein.

Die konservativen Überlegungen zum "Staat an sich", der in der politischen Theologie eine herausragende Rolle gespielt hatte, entfalteten im Frühjahr 1933 ihre volle Wirkung und bildeten auch die staatstheoretische Grundlage für die Verständigung zwischen der katholischen Kirche und der nationalsozialistischen Regierung, die in den Konkordatsverhandlungen ihren Höhepunkt erreichte. Dieser "Staat an sich" entwickelte sich seit dem Frühjahr 1933 unter Duldung oder Zustimmung einflußreicher Kreise im politischen Katholizismus zu einer modernen Diktatur, die den Staat zerstörte, indem sie sich über sein verfaßtes Recht und sein Gesetz hinwegsetzte. Der Begriff der "politischen Theologie", der in den 1920er Jahren vom rechtskonservativen deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt in die wissenschaftliche Diskussion eingebracht worden war, beschrieb eine dezisionistische und dualistische

Anschauung vom Staat, die nicht auf Kriterien des politischen Rationalismus beruhte, sondern auf geoffenbarten Grundsätzen eines vorgestellten Glaubens. Mit dem Begriff der "politischen Theologie" stellte Schmitt dem immanenten Politik-Begriff in der Tradition der westeuropäischen Aufklärung eine transzendente politische Glaubenswelt gegenüber, die in der Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland am Ende der Weimarer Republik voll zum Tragen kam und sich in der Kapitulation vor dem Nationalsozialismus historisch auf tragische Weise erledigte. Für Carl Schmitt manifestierte sich der Untergang der politischen Theologie, die ihren Ursprung im Unpolitischen hatte, im Totalitarismus der nationalsozialistischen Revolution, wenn er in einer Vorbemerkung zur zweiten Ausgabe seiner "Politischen Theologie" im November 1933 notiert:

"Inzwischen haben wir das Politische als das Totale erkannt und wissen infolgedessen auch, daß die Entscheidung darüber, ob etwas unpolitisch ist, immer eine politische Entscheidung bedeutet, gleichgültig wer sie trifft und mit welchen Beweisgründen sie sich umkleidet. Das gilt auch für die Frage, ob eine bestimmte Theologie politische oder unpolitische Theologie ist."<sup>367</sup>

Die staatstheoretischen Überlegungen, die Carl Schmitt zur Lehre von der politischen Souveränität anstellte, enthalten hilfreiche Ansätze, um das ambivalente Verhältnis zwischen dem Nationalsozialismus und dem politischen Katholizismus zu erklären und katholische Sympathien für eine autoritäre Lösung der deutschen Verfassungs- und Staatskrise am Ende der Weimarer Republik - für die Einwilligung in den permanenten politischen Ausnahmezustand - theoretisch zu begründen. Die Totalität des Politischen, die kein anderes Kriterium des Politischen denken konnte als das Politische selbst, widersprach jener Trennung von Staat und Gesellschaft, die zu den großen geistigen Errungenschaften des politischen Rationalismus gezählt hatte. Der Glaube an die Totalität des Politischen, den der Nationalsozialismus intentional teilte, stellte den Versuch dar, die komplexe Krisenlage am Ende der Weimarer Republik durch die Aufhebung der Trennung von Staat und Gesellschaft zu bewältigen. In seiner omnipotenten Übersteigerung erfuhr er aber auch einen qualitativen Umschwung ins Unpolitische.<sup>368</sup> Die

---

<sup>367</sup> SCHMITT, Theologie, S. 8f. Die erste Ausgabe war 1922 erschienen.

<sup>368</sup> BUCHHEIM, Herrschaft, S. 83f. Hans Buchheim beschreibt diesen qualitativen Umschwung, der sich nach dem 23. März 1933 vollzog, und erklärt seine scheinbare Widersprüchlichkeit: "Es ist ein außerordentlich wichtiger Tatbestand, den wir im Umgang mit totalitären Mächten viel zu wenig berücksichtigen, daß diese zwar scheinbar das ganze Leben politisieren und auch immer von 'Politik' reden, in Wirklichkeit aber die Politik in ihren Fundamenten zerstören."



Ideologie der "Volksgemeinschaft", die als "wahre" Volksgemeinschaft auch in katholischen Milieus kolportiert wurde, schloß nach Möglichkeit eine vom Staat unabhängige gesellschaftliche Sphäre ganz aus und zielte auf den totalen Staat. Der Totalitarismus genoß als politisches Konfliktlösungsmodell im deutschen Katholizismus große Sympathien und manövrierte ihn in eine brennende ideologische Nachbarschaft zum Nationalsozialismus. Am Ende dieser historischen Entwicklung war das politische Vermächtnis der Französischen Revolution vollends außer Kraft gesetzt, das in der "Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte" vom 26. August 1789 die Existenz eines Rechtsstaates und die Anerkennung der Gewaltenteilung zu den unabdingbaren Voraussetzungen einer politischen Konstitution erklärt hatte.<sup>369</sup> Eine politische Konstitution existierte in Deutschland am Abend des 23. März 1933 nicht mehr. Eine Rückkehr zu den Traditionsbeständen politischer Theologie, wie sie vor 1933 vorzufinden gewesen waren, verbot sich nach dem Untergang der nationalsozialistischen Diktatur wie von selbst, und Versuche in dieser Richtung blieben auf Dauer ohne Erfolg.

In den Verhandlungen über den Abschluß eines Konkordats zwischen dem Hl. Stuhl und der nationalsozialistischen Regierung wurde die politische Vertretung des organisierten Katholizismus in Deutschland, das Zentrum, bereits im Frühjahr 1933 zur Disposition gestellt; ihre Ausschaltung aus dem politischen Leben wurde mit der Selbstauflösung der Deutschen Zentrumspartei am 5. Juli 1933 vollzogen. Dadurch wurde das katholische Milieu in Süddoldenburg seines politischen Identifikationspartners beraubt, mit dem es über 60 Jahre eng verbunden gewesen war. Ihrem politischen Wesen nach handelte es sich bei der Konkordatspolitik des Hl. Stuhls um den Versuch, die katholischen Interessen unter Umgehung gesellschaftlicher wie politischer Konkurrenz- und Partizipationsstrukturen dem moralischen Patronat des "Dritten Reiches" anzuvertrauen und in einer neuen naturrechtlich motivierten Einheit von Thron und Altar zu entpolitisieren. Dieser Versuch ist Adolf Hitler gelungen.<sup>370</sup> Durch die Einigung

---

Gewiß werden die Menschen vom totalitären Regime unausgesetzt in Anspruch genommen, und ihr Leben wird bis in die persönlichsten Bereiche hinein erfaßt; doch ist das keine Politisierung, sondern gerade eine Entpolitisierung, weil dadurch die Quellen des politischen Lebens verschüttet werden."

<sup>369</sup> In der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte hieß es: "Eine Gesellschaft, in der die Verbürgung der Rechte nicht gesichert und die Gewaltenteilung nicht festgelegt ist, hat keine Verfassung." (GRAB, Revolution, S. 39)

<sup>370</sup> JUNKER, Zentrumspartei, S. 203f. Detlef Junker betont "die dominierende Rolle Hitlers" in den Konkordatsverhandlungen, der "nachdrücklich auf einer eindeutigen und klaren Entscheidung der für ihn wichtigsten Konzessionen in den Artikeln 31 und 32" bestanden habe. Der

der katholischen Kirche mit dem nationalsozialistischen Regime in der Konkordatspolitik wurde der Handlungsspielraum des süddenburgischen Klerus und der Kirchenleitung, des Bischöflichen Offizials in Vechta und des Diözesanbischofs von Münster, erheblich eingeschränkt, die katholische Basis spürbar verunsichert und letztlich isoliert. Das hatte negative Folgen für mögliche Oppositionshaltungen gegen das Regime, die im katholischen Milieu Süddenburgs vor allem von katholischen Geistlichen geübt wurden und im christlichen Glauben begründet waren. Außerdem wurde die Gleichschaltung dadurch begünstigt, daß die Katholiken in Süddenburg sich zu diesem Zeitpunkt nicht auf eine funktionsfähige Kirchenleitung stützen konnten: Das Amt des Diözesanbischofs in Münster und das des Bischöflichen Offizials in Vechta wurden erst im Herbst 1933 wieder besetzt. Zu diesem Zeitpunkt waren die vielfältigen Gleichschaltungsprozesse in Süddenburg schon zum Abschluß gekommen und hatten politische Fakten geschaffen.

### **3.4. Das Verhältnis zwischen dem politischen Katholizismus und dem Nationalsozialismus im Jahre 1933**

Die NSDAP bemühte sich, die von katholischer Seite gegen sie vorgetragenen moralischen Bedenken zu zerstreuen und die Abwehrhaltung der katholischen Kirche ideologisch zu unterwandern. Gewissermaßen parteiamtlich erläuterte Gottfried Feder den in der katholischen Bevölkerung besonders umstrittenen Artikel 24 des nationalsozialistischen Programms, das das Motto "Die Partei als solche steht auf dem Boden des positiven Christentums" enthielt.<sup>371</sup> Feder setzte sich für eine strikte Trennung von Religion und Politik ein:

"Im übrigen muß es Grundsatz für den Nationalsozialisten sein, 'religiöse' Fragen nicht in allgemeine politische Aussprachen hineinzuziehen. [...] Alle Fragen, Hoffnungen

---

Artikel 31 enthielt die Bestimmungen den Schutz der katholischen Verbände, der Artikel 32 die über die Entpolitisierung der Geistlichen. Seiner Kompromißlosigkeit sei es zuzuschreiben, daß der Vatikan zu diesen weitreichenden Zugeständnissen schließlich bereit gewesen sei.

<sup>371</sup> FEDER, Programm, S. 22. Der Artikel 24 des Parteiprogramms der NSDAP vom 25. Februar 1920 lautete exakt: "Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie kämpft gegen den jüdisch=materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: **Gemeinnutz vor Eigennutz.**"

und Wünsche, ob das deutsche Volk dereinst einmal eine neue Form finden wird für seine Gotterkenntnis und sein Gotterleben, gehören nicht hierher, das sind Dinge von säkularer Bedeutung, die auch über den Rahmen eines so grundstürzenden Programmes, wie es der Nationalsozialismus verkündet, weit hinausgehen."

Vermeintliche Angriffe der NSDAP auf die christliche Religion und Geistlichkeit versuchte Feder mit der Bemerkung zu entkräften:

"Es kann nicht genug betont werden, daß der N.S.D.A.P. nichts ferner liegt, als die christliche Religion und ihre würdigen Diener anzugreifen. Gewiß greifen wir mit großer Schärfe die volksverderbende Politik des Zentrums und der Bayer. Volkspartei an, die zwar bei jeder Gelegenheit in den Angstruf ausbrechen 'die Religion ist in Gefahr', nur nicht wenn sie mit der atheistischen, gottesleugnerischen Sozialdemokratie ihre politischen Geschäfte machen. Gerade weil uns die Beziehung des Menschen zu seinem Herrgott so hoch und heilig ist, wenden wir uns dagegen, daß die Religion in den Dreck des politischen Tageskampfes heruntergezerrt wird."<sup>372</sup>

Die 1931 erschienene Schrift des Münchner Physikers Johannes Stark über "Nationalsozialismus und Katholische Kirche" unternahm den gezielten Versuch, "mit wissenschaftlicher Objektivität die behandelten Verhältnisse so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit liegen".<sup>373</sup> Johannes Stark, ein Protestant, war Münchener Universitätsprofessor und Nobelpreisträger für Physik und verfügte nach Auffassung von Klaus Scholder über "keinerlei eigene Ambitionen und Kenntnisse" in den von ihm behandelten Fragen, "so daß seine Ausführungen als authentische Wiedergabe der Überzeugungen Hitlers gelten dürften".<sup>374</sup> Bei Starks Arbeit handelt es sich um eine parteiamtliche Schrift vom Dezember 1930, als der katholische Episkopat und das Zentrum noch eine geschlossene Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus bildeten. In der Schrift, die seit 1931 in Zehntausenden von Exemplaren vertrieben wurde, wurde Hitlers Strategie gegenüber der katholischen Kirche, wie sie nach dem 5. März 1933 zur Anwendung gelangen sollte, vorweggenommen. Für das Verhältnis von Nationalsozialismus und katholischer Kirche kam Stark zu einem Ergebnis, das die Regierungserklärung Hitlers am 23. März 1933 in ihrer politischen Strategie andeutete:

"Die nationalsozialistische Bewegung schätzt die christlichen Bekenntnisse, wie sie im deutschen Volke bestehen, als ein unantastbares Fundament für die religiös sittliche Festigung des deutschen Volkes; sie verteidigt darum die christlichen Kirchen gegenüber der Bedrohung durch den atheistischen kirchenfeindlichen Marxismus. Wer dar

---

<sup>372</sup> FEDER, Programm, S. 61f., 17.

<sup>373</sup> STARK, Nationalsozialismus: Vorwort vom 12. Januar 1931.

<sup>374</sup> SCHOLDER, Kirchen 1, S. 208.

um die nationalsozialistische Bewegung bekämpft, bekämpft damit einen Freund und Verteidiger der christlichen Kirchen und ist ein bewußter oder unbewußter Verbündeter des Feindes des Christentums, des Marxismus."<sup>375</sup>

In seiner Schrift, die auch in Südoldenburg verbreitet war, opponierte Johannes Stark nicht so sehr gegen die katholische Kirche wie gegen die Zentrums-partei.<sup>376</sup> Er wandte sich kritisch an die Zentrumswähler, in deren Augen "die nationalsozialistische Partei bis jetzt als religions= und kirchenfeindlich verleumdet" worden sei.<sup>377</sup> Dabei nahm er die kirchenpolitische Konzeption, wie sie zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 20. Juli 1933 "Punkt für Punkt und Satz für Satz" verwirklicht wurde, vorweg.<sup>378</sup> Das Ziel war eine Entpolitisierung des deutschen Katholizismus, die auf eine Ausschaltung des Zentrums hinauslief und in ihrem Ergebnis das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland überhaupt bedeutete. Die politischen Verhältnisse in Deutschland, so Stark, stellten sich gegenwärtig - im Jahre 1931 - noch nicht so dar, daß der Vatikan auf die Möglichkeit verzichten wolle, "die Verteidigung der Kirche durch das Zentrum in Anspruch zu nehmen". Die Einstellung des Vatikans werde sich aber ändern, wenn er "mit einer grundlegenden Änderung der politischen Verhältnisse in Deutschland rechnen" könne oder sobald sich diese Änderung vollzogen habe. Wichtigster Bestandteil der politischen Konzeption, die Stark darstellte, war das Verbot der politischen Betätigung für katholische Geistliche, Vereine und Verbände. Als Vorbild für die neue Konkordatspolitik, die auch für Deutschland zum Tragen kommen sollte, schwebte Stark der Lateranvertrag zwischen dem faschistischen Italien und dem Vatikan unter Pius XI. vor:

"Sobald der erklärte Feind der Kirche, der Marxismus, in Deutschland aus Macht und Einfluß gedrängt und niedergeworfen ist, und sein Überwinder gemäß seinem Programm Schutz und Freiheit auf dem religiösen Gebiet der katholischen Kirche gewährt und deren Verknüpfung mit dem deutschen Volke als einen wertvollen Teil des deutschen Volkstums erklärt, kann die Leitung der katholischen Kirche mit der neuen kirchenfreundlichen Macht in Deutschland Verträge schließen und auf die politische Hil

---

<sup>375</sup> STARK, Nationalsozialismus, S. 68.

<sup>376</sup> Daß Johannes Stark in Südoldenburg nicht unbekannt war, geht aus einer Notiz der Vechtaer OV hervor, in der sie feststellt, daß der "Protestant Prof. Stark" kein Gegengewicht gegenüber den eindeutigen Stellungnahmen des deutschen Episkopats gegen den Nationalsozialismus bilden könne. (OV vom 20.6.1932) Die Schrift von Johannes Stark gehörte im besagten Zeitraum zum Bestand der Lehrerbibliotheken in den staatlichen höheren Schulen in Vechta und in Cloppenburg. (GELHAUS, Bibliothek, S. 90)

<sup>377</sup> STARK, Nationalsozialismus, S. 5 (Vorwort).

<sup>378</sup> SCHOLDER, Kirchen 1, S. 209. Am 20. Juli 1933 wurde das Reichskonkordat in Rom unterzeichnet.

fe des Zentrums verzichten. Dann kann der Vatikan genau wie in dem Konkordat mit dem faschistischen Staat Italiens, so in einem Vertrag mit dem nationalsozialistischen Staat Deutschlands erklären, daß er allen Geistlichen und Ordensleuten in Deutschland verbieten werde, sich bei irgendeiner politischen Partei einzuschreiben oder zu betätigen. Dann ist das Ende der Zentrumsparterie gekommen."<sup>379</sup>

Denn die Zentrumsparterie sei "kein Teil der katholischen Kirche" und dürfe, so Stark, mit dem Weimarer Parteienstaat untergehen, weil mit ihrem Namen die "Aufrechterhaltung des bestehenden parlamentarischen Systems" verbunden sei.<sup>380</sup> In der Schrift von Johannes Stark war schon prophetisch zu lesen:

"Die katholische Kirche hat bestanden, lange bevor es das Zentrum gab; sie wird bestehen, wenn das Zentrum verschwunden und vergessen sein wird."<sup>381</sup>

Das deutsche Zentrum habe sich "nicht für den Nationalsozialismus, sondern für den Marxismus entschieden" und "seine langjährige Verbundenheit mit der Sozialdemokratie nicht gelockert, sondern verstärkt".<sup>382</sup> Einen willkommenen Angriffspunkt für die antikatholische NS-Agitation bildete die Zusammenarbeit des Zentrums mit der SPD in der Weimarer Koalition. Johannes Stark nutzte diesen Umstand, um das Zentrum in die politische Defensive zu drängen:

"Welch erstaunlicher Widerspruch: der angebliche Verteidiger der katholischen Kirche im Bunde mit dem erklärten Feind der katholischen Kirche!"<sup>383</sup>

---

<sup>379</sup> STARK, Nationalsozialismus, S. 20. Die sog. "Lateranverträge", die am 11. Februar 1929 zwischen dem Hl. Stuhl und dem faschistischen Italien unter Mussolini abgeschlossen wurden, gelten als die bedeutendste kirchenpolitische Leistung Pius' XI. Nach sechzig Jahren Auseinandersetzung wurde in den Verträgen zwischen Quirinal und Vatikan die Gründung des souveränen Staates der Vatikanstadt vereinbart, ein Finanzabkommen und ein Konkordat abgeschlossen. Die Souveränität des Hl. Stuhls wurde anerkannt, er besaß das volle Eigentum und die unumschränkte Gewalt und Jurisdiktion über die Vatikanstadt, deren Grenzen genau festgelegt wurden. Der Vatikan seinerseits anerkannte das Königreich Italien und erklärte die sog. Römische Frage als endgültig beigelegt. Der Abschluß der Lateranverträge führte zur politischen Aufwertung Mussolinis, der sich durch die Ablehnung des Kommunismus und Liberalismus und durch die Erklärung der katholischen Religion zur Staatsreligion große Sympathien im italienischen Katholizismus erwerben konnte. (FRANZEN, Papstgeschichte, S. 386f.)

<sup>380</sup> STARK, Nationalsozialismus, S. 21, 61.

<sup>381</sup> Ebd., S. 16.

<sup>382</sup> Ebd., S. 8.

<sup>383</sup> Ebd., S. 18.

Aus dem Charakter des Zentrums leitete der Autor zwangsläufig eine "antina-tionale Politik" der katholischen Konfessionspartei ab, die die "große Mission der deutschen Katholiken im deutschen Freiheitskampf" verfehlt habe.<sup>384</sup> Vor allem die Tatsache, "daß das Zentrum seit Jahren mit der Sozialdemokratie im Reich und in Preußen und Baden verbündet ist und mit ihr zusammen sich die Regierung teilt", offenbarte nach den Worten Starks den inneren Widerspruch in dieser Partei und ließ sie für die Verteidigung der katholischen Kirche und der christlichen Werte nicht mehr in Frage kommen.<sup>385</sup> Denn im nationalsozialistischen Deutschland finde "keine Trennung von Kirche und Staat" mehr statt, vielmehr gewähre der Staat selbst den Kirchen "Schutz und Mittel für ihre Tätigkeit auf religiösem Gebiet", weil er "grundsätzlich eine friedliche Zusammenarbeit mit den von ihm anerkannten christlichen Kirchen" wünsche.<sup>386</sup> Diese programmatischen Aussagen von Johannes Stark, die symbolträchtig die Vision einer neuen Einheit von Thron und Altar am politischen Horizont des Jahres 1931 erscheinen ließen, enthalten den Schlüssel für den Erfolg Hitlers im politischen Umgang mit der katholischen Kirche nach dem 5. März 1933 und das Gelingen seiner Konkordatspolitik. Weil der nationalsozialistische Totalitarismus eine Trennung von Kirche und Staat nicht dulden wollte und kirchenpolitisch mit der liberalen Vergangenheit der Weimarer Republik gebrochen hatte, verlor das Zentrum seine politische Funktion und brauchte sich nicht länger "gegenüber seinen katholischen Wählern und gegenüber dem Vatikan als unentbehrlichen Verteidiger der katholischen Kirche" auszugeben.<sup>387</sup> Die lange Geschichte des fortgesetzten "Kulturkampfes", dem das Zentrum seine politische Existenzberechtigung verdankte, würde dann zu Ende gehen. Verträge wie ein Konkordat könnte der Vatikan nicht "mit einem parlamentarischen System abschließen, das in seiner französischen Form die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt hat, wohl aber mit einem nationalsozialistischen Staat, der gemäß dem Programm der ihn tragenden Partei sich grundsätzlich zum Christentum bekennt und in den christlichen Bekenntnissen wertvolle Stützen seines Volkes schätzt".<sup>388</sup>

---

<sup>384</sup> Ebd., S. 66.

<sup>385</sup> Ebd., S. 18f.

<sup>386</sup> Ebd., S. 31.

<sup>387</sup> Ebd., S. 21.

<sup>388</sup> Ebd., S. 68.

### 3.4.1. Aufruf zur Bildung der "Not- und Mehrheitsgemeinschaft"

Nach Auffassung von Detlef Junker wurde besonders in den Koalitionsverhandlungen, die das Zentrum zur Überraschung der katholischen Öffentlichkeit nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 mit Hitler führte, eine konsequente Haltung des Zentrums deutlich. Der Weg einer Verständigung mit Hitler, der "auf dem Boden der Verfassung" gegangen werden sollte, bedeutete kein opportunistisches Streben nach der Macht. Denn "tatsächlich glaubte das Zentrum nach bestem Wissen und Gewissen, 1932 gegen Papen opponieren, mit Hitler verhandeln und strikt auf der Verfassung bestehen zu können", und sah darin einen Versuch, "die letzte reale Alternative zur Machtergreifung, den Verfassungsbruch, zu zerstören". An das Selbstverständnis als "Verfassungspartei" gebunden, sei das Zentrum "ein Opfer der Hitlerschen Legalitätstaktik" geworden.<sup>389</sup> Anders als Junker schätzt Rudolf Morsey die Position des Zentrums nach den Juli-Wahlen ein. Er sieht in der Aufnahme von Verhandlungen mit der NSDAP eine politische Neuorientierung des Zentrums, das aufgrund der radikal gewandelten Machtverhältnisse bereit war, sich über "alle bischöflichen Kundgebungen, die von der Zentrumspartei und ihrer Presse nur zu bereitwillig aufgegriffen worden waren, alle von führenden Abgeordneten, von Vertretern der Kirche und der christlichen Kirchen zur Genüge ausgesprochenen Warnungen vor der antichristlichen NS-Weltanschauung und der destruktiven politischen Tätigkeit der NSDAP" hinwegzusetzen und sich "auf den so oft zitierten Boden der Tatsachen" zu stellen und von "der sogenannten 'Totallösung', also von einer Einbeziehung der NSDAP in die Mitverantwortung durch Eintritt in eine Koalition mit dem Zentrum, deren 'Zähmung'" zu erhoffen. Die Auflösung des Reichstages am 12. September 1932 führte schließlich zur Einstellung der für die amtierende Regierung Papen "politisch höchst unbequemen Verhandlungen".<sup>390</sup> Kaas' Strategie änderte sich auch nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen nicht. Schlüsselfigur einer autoritären Demokratie, die sich in der abgewandelten Form einer Präsidialregierung nicht auf die Kompetenzen des Reichspräsidenten, sondern auf eine möglichst breite Basis in der Volksvertretung stützte, blieb weiterhin Adolf Hitler. Auf einer Großkundgebung des Zentrums am 17. Oktober 1932 in Münster rief Kaas die Parteien zur Bildung einer "deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft"

---

<sup>389</sup> JUNKER, Zentrumspartei, S. 105ff.

<sup>390</sup> MORSEY, Zentrumspartei, S. 321.

auf und appellierte an die Parteiführer, die Ohnmacht der Nation in letzter Minute zu überwinden:

"Wir wollen eine starke Regierung und sind bereit, ihr die verfassungsmäßigen Fundamente schaffen zu helfen. Aber wir glauben, daß das auch in Formen möglich ist, die dem Volke lassen, was des Volkes ist."<sup>391</sup>

Selbstbewußt nahm Kaas in Münster für seine Partei die Rolle des Verfassungsschützers in Anspruch. Deutschland müsse "ein Staat demokratischer Grundhaltung sein", oder es werde nicht sein. Ähnliches galt nach Brüning auch für das Zentrum: Es müsse Verfassungspartei sein, oder es werde nicht sein. Ein Verfassungsbruch war für Kaas wie für Brüning keine Alternative zum Nationalsozialismus. Nach dem Rücktritt der Regierung Papen am 17. November 1932 stellte Prälat Ludwig Kaas dem Reichspräsidenten sein Konzept für eine "autoritäre Regierung" vor und sicherte ihm die Unterstützung seiner Partei bei einer politischen Lösung des Dualismus Reich - Preußen auf verfassungsmäßigem Wege zu. Für unbedingt notwendig hielt er die Beteiligung der NSDAP an einer Regierung der "Nationalen Konzentration", die er sich als ein Präsidialkabinett dachte. Die "Not- und Mehrheitsgemeinschaft" der Parteien sollte nach Auffassung Junkers zu dem Ergebnis führen, "was schon vorher unter dem Namen Totallösung als Rettung aus der Krise angesehen wurde: eine gemäßigte autoritäre Demokratie; in verfassungsrechtliche Begriffe übersetzt, eine Präsidialregierung, die sich gleichwohl nicht nur auf die Kompetenzen des Reichspräsidenten, sondern auch auf eine möglichst breite Basis in der Volksversammlung stützen sollte". Ohne Hitler war diese Lösung nicht zu realisieren.<sup>392</sup>

Vom Erfolg der Regierung Schleicher, die mit ihrer "Querfront-Konzeption" für politischen Zündstoff sorgen konnte, hing es nach Ansicht der Cloppenburgener MT ab, "ob die Zusammenfassung aller staatsbewußten und vaterlandsliebenden Kräfte" gelang und die "sozialpolitische Querfront" zum Erfolg geführt werden konnte oder nicht. Sollte die Regierung Schleicher scheitern und keine parlamentarische Mehrheit finden, was abzusehen war, so lag nach den Worten der MT "die Schuld nicht bei ihr, sondern bei den Parteien". Der Regierung Schleicher attestierte die Zeitung immerhin positive Wahlaussichten:

---

<sup>391</sup> Zit. b. JUNKER, Zentrumspariei, S. 109.

<sup>392</sup> JUNKER, Zentrumspariei, S. 108f.



---

"Sie mag in Ruhe dann das Volk befragen."<sup>393</sup>

Die Unterstützung der Regierung Schleicher durch die Cloppenburg MT galt nicht einem Rettungsversuch der Weimarer Demokratie, sondern der Stabilisierung eines autoritären politischen Übergangssystems, das den schleichenden Verfassungswandel am Ende der Weimarer Republik mit einer neuen politischen Variante fortsetzte. Die "Befragung des Volkes" verwehrte Hindenburg General Schleicher, dessen Kabinett damit vor dem Ende stand. Während Schleicher noch um das politische Überleben rang, vereinbarten Adolf Hitler und der ehemalige Reichskanzler von Papen in den Gesprächen im Kölner Bankhaus Schroeder am 4. Januar 1933 die Bildung einer "Regierung der nationalen Konzentration" und desavouierten damit nicht nur das Präsidialkabinett Schleicher, sondern übergaben auch die Zentrumsparterie, die sich ein zweites Mal von Hitler d'üpiert sah. Wie enttäuscht und verärgert die Zentrumsf'ührung über die völlige Übergewung bei der Bildung der Regierung Hitler-Papen war, zeigte sich in den Stellungnahmen der darauffolgenden Tage. Kaas verfolgte unbeirrt das Konzept der "Nationalen Sammlung" und stellte Hitler in einem Briefwechsel unter verfassungs- und kirchenrechtlichen Garantien die Tolerierung seines Kabinetts in Aussicht.<sup>394</sup> Das Zentrum unter Führung des Prälaten Kaas war seinem Kurs treu geblieben, in Verhandlungen mit der NSDAP eine legale Lösung der ausweglosen Regierungs- und Staatskrise zu finden. Mit dem programmatischen Motto "Das Volk will die Tat" kommentierte die MT 1933 den Neujahrsempfang des Reichspräsidenten und kehrte sich demonstrativ von der Parteiendemokratie Weimarer Prägung ab, die sie für die desolote politische Lage verantwortlich machte:

"Das deutsche Volk hat in weiten Teilen den Glauben an die alleinseligmachenden Parteiprogramme verloren, zumal wenn sie sich in der Praxis noch nicht bewährt haben. Der Wähler kann schwerlich Vertrauen zu seiner Partei aufbringen, wenn diese die nationale und soziale Politik einer Regierung aus Parteidoktrinen und Parteirück-sichten sabotiert."<sup>395</sup>

---

<sup>393</sup> MT vom 7.1.1933; GELHAUS, 1933, S. 70.

<sup>394</sup> MORSEY, Zentrumsparterie, S. 339ff.

<sup>395</sup> MT vom 7.1.1933.

### 3.4.2. Die Bildung der Regierung Hitler-Papen

Die Reaktionen des Zentrums im Reich und in Oldenburg auf die Bildung des Kabinetts der "Nationalen Konzentration" waren von Gefühlen der Enttäuschung und Ohnmacht gekennzeichnet. Sein Protest galt nach dem 30. Januar 1933 nicht dem neuen Reichskanzler Adolf Hitler, sondern seinem eigenen Ausschluß von der Kabinettsbildung.<sup>396</sup> In den Verhandlungen mit Hitler am 31. Januar 1933 und dem Briefwechsel zwischen Hitler und Kaas, der in der katholischen Tagespresse Süoldenburgs ausführlich dokumentiert wurde, ging es der Zentrumsführung um die Bedingungen einer Tolerierung oder einer eventuellen Beteiligung am Kabinett Hitler. Die Forderungen, die das Zentrum stellte, waren eminent politisch und bezogen sich in erster Linie auf die Erhaltung des Verfassungs- und Sozialstaates. Dazu zählten die Unterrichtung des Zentrums über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung, Zusicherungen über die Einhaltung der Verfassung, die auch verfassungswidrige Maßnahmen "auf Grund des sog. Staatsnotstandes" ausschließen sollten, die Rückkehr zu "normalen verfassungsrechtlichen Verhältnissen" in Preußen, die Sicherung des Koalitionsrechts und der Tarifautonomie.<sup>397</sup> Für Hitler handelte es sich um Scheinverhandlungen, um aufgrund ihres Scheiterns die Notwendigkeit von Neuwahlen zu demonstrieren. Das Zentrum, das konsequent seine seit den Juli-Wahlen gegenüber Hitler verfolgte Politik fortsetzte, fühlte sich als "verhinderter Koalitionspartner" und durchschaute diese "skrupellose Taktik" nicht.<sup>398</sup> Es war seiner Illusion, in der NSDAP einen loyalen politischen Verhandlungs- und möglichen Koalitionspartner vorzufinden, erlegen.

Die ersten Kommentare der Cloppenburger MT nach dem Machtwechsel beschäftigten sich mit der politischen Situation des Zentrums nach dem historischen 30. Januar 1933. Im taktischen Zögern des neuen Reichskanzlers erkannte die Cloppenburger MT ganz richtig die politische Absage an eine gemäßigte Lösung des Konflikts und an eine Mitwirkung des Zentrums:

"Immer deutlicher wird so die Kampfansage, immer deutlicher der Wille zur Ausschaltung von Parteien, die eine Mehrheit schaffen können und wünschen, solange annehmbare, verfassungsrechtliche und nicht abenteuerliche Wege beschritten werden."<sup>399</sup>

---

<sup>396</sup> JUNKER, Zentrumsparlei, S. 156ff.

<sup>397</sup> MT vom 2.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 94.

<sup>398</sup> JUNKER, Zentrumsparlei, S. 164.

<sup>399</sup> MT vom 2.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 93.

Zwei Tage später bedauerte die Zeitung in einem großen Kommentar unter dem Titel "Die letzten Tage" offen, daß man die katholischen Parteien "vor vollendete Tatsachen" gestellt und damit den politischen Katholizismus in Deutschland von der Regierung der "Nationalen Konzentration" ausgeschlossen habe. Die Cloppenburg MT entschlüsselte das politische Motiv für die erstrebte Regierungsbeteiligung des Zentrums, wenn sie vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 über die zukünftigen Mehrheits- und Machtverhältnisse im Reich spekulierte:

"Durch die jetzige Wahl können sich nun die Mandatsverhältnisse so verschieben, daß schließlich Nationalsozialisten und Zentrum die Mehrheit bilden können wie im Sommer vorigen Jahres."

Damit erinnerte die MT an die Verhandlungen, die NSDAP und Zentrum nach den Wahlen vom 31. Juli 1932 geführt hatten. Die MT hoffte immer noch, daß die Ausschaltung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei revidiert werden würde, und setzte ihre ganze Zuversicht auf den Ausgang der angekündigten Reichstagswahlen. Sie wußte, daß Entscheidungen von langfristiger Tragweite bevorstanden, und stellte ihren verunsicherten Lesern eindringlich die Bedeutung des bevorstehenden Wahlgangs vor Augen:

"Da gilt es, daß die Zentrumsparterie dabei ist, daß sie die Entscheidungen im Sinne der katholischen Weltanschauung beeinflusst. Jetzt gilt es, daß sie den anderen Weltanschauungen nicht das Feld überläßt. Die Pflicht zu wählen ist darum gerade jetzt so groß. Die Entscheidungen fallen demnächst und wie sie fallen, so liegen sie für lange, lange Zeit fest. Sorgen wir dafür, daß kommende Generationen nicht Anklage gegen uns erheben."<sup>400</sup>

Das Scheitern der Verhandlungen bedeutete für das Zentrum eine wenig schmeichelhafte politische Rolle und verwies es in die Opposition. Es blieb in den nächsten Wochen auf der vergeblichen Suche nach dem am 30. Januar 1933 gescheiterten Bündnis mit der NSDAP. Nach Ansicht von Prälat Kaas "habe man von Anfang an beim Zentrum in der Einstellung zum neuen Kabinett die Auffassung vertreten, daß man über Dinge mit sich reden ließe, die zu verantworten seien". Der Zentrumsvorsitzende wies nach der Bildung der Regierung Hitler-Papen entschieden den Vorwurf zurück, "als habe sich das Zentrum der großen nationalen Konzentration versagt". Er erinnerte an die

---

<sup>400</sup> MT vom 4.2.1933.

loyale Haltung seiner Partei in den vergangenen Wochen und Monaten, die politisch unbeantwortet geblieben sei:

"Als wir im November an den Verhandlungen über eine Mehrheitsbildung beteiligt waren, da ist die große Sammlung an dem klaren und indiskutablen Nein des Herrn Hugenberg gescheitert. Als das Kabinett Schleicher gestürzt wurde, war es für uns eine Selbstverständlichkeit, der großen Sammlungsidee mit aller Hingabe positiv zu dienen. Aber damals wurden wir nicht gerufen."<sup>401</sup>

In mehreren getrennten Unterredungen mit Reichskanzler Papen und Reichspräsident Hindenburg hatte Kaas die Forderung erhoben, die NSDAP in eine Koalition einzubeziehen, und seine Bereitschaft erklärt, mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten auf dem Boden der Verfassung zusammenzuarbeiten. Dieser Plan war wieder gescheitert.<sup>402</sup> Hitler stand aber nicht im Zentrum der Kritik. Unumwunden rechtfertigte der Reichsparteiausschuß am 5. Februar 1933 in einer offiziellen Entschließung die bisher eingenommene Position und erklärte an die Adresse der NSDAP Adolf Hitlers:

"Indem die Führung der Partei Klarheit über die Willensrichtung der gegenwärtigen Reichsregierung verlangte, hat das Zentrum nicht 'für links optiert', sondern für die Autorität des Reiches, für Volksfreiheit und Wahrung der Verfassung, nicht für Sozialismus oder Bolschewismus, sondern für den christlichen und sozialen Staat."<sup>403</sup>

Das Zentrum richtete durch die ergebnislosen Verhandlungen für die Glaubwürdigkeit des politischen Katholizismus in Deutschland großen Schaden an, dessen Auswirkungen die katholische Basis unmittelbar erreichten. Die Vechtaer OV sah sich genötigt, die Annäherung zwischen NSDAP und Zentrum mit staatspolitischen Notwendigkeiten zu begründen, und nahm für das "Zentrumsvolk" die sympathische Rolle eines Hüters der Verfassung und eines politischen Garanten öffentlicher Ruhe und Ordnung in Anspruch:

"Es ist bekannt, daß das Ziel der Verhandlung nicht darin gesehen wird, irgend ein parteipolitisches Regime alten Stils aufzurichten. Das Zentrumsvolk erkennt ferner die unbedingte Notwendigkeit, nichts unversucht zu lassen zur **Verhinderung** einer **Durchbrechung der Verfassung**, es weiß, daß ein '**Herrschen**' ohne die Stütze **breiter Volkskräfte** nur im Chaos enden würde. - Eindeutig ist denn auch von den beiden Verhandlungspartnern erklärt worden, daß die Verhandlungen geführt werden 'mit dem Ziel der Beruhigung und Festigung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland auf längere Sicht, da nur auf der Grundlage der Wiederherstellung des Vertrauens

---

<sup>401</sup> MT vom 18.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 104.

<sup>402</sup> Junker, Zentrumsparlei, S. 112ff.

<sup>403</sup> MT vom 6.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 98: "Für Sammlung, gegen Spaltung".

---

eine erfolgreiche und dauernde wirtschaftliche Besserung und Beseitigung der außenpolitischen Isolierung erzielt werden kann.' - Diese Erklärung bedarf keines Kommentars. Jeder Mensch, dem nicht die Erkenntnis unserer Lage mangelt und der nicht Ketten vorzieht, wird jedenfalls wollen, daß das Volk über den Reichstag **durch die Sammlung arbeitswilliger und verfassungsmäßiger Gruppen oder Parteien in der Gesetzgebung und Mitbestimmung eingeschaltet bleibt.**"<sup>404</sup>

Nach dem Abbruch der Gespräche war die "Zentrumspropaganda" denn auch bestrebt, "die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten als Konsequenz verfassungspolitischer Grundsätze der eigenen Partei zu rechtfertigen und gleichzeitig deren Spuren nach Kräften zu verwischen".<sup>405</sup> Die Gespräche waren aber nicht an der Verhandlungsführung des Zentrums gescheitert, sondern an der "Alles oder Nichts"-Position Adolf Hitlers, der nicht bereit war, sich in der Rolle eines Koalitionspartners mit einem Teil der Macht zu begnügen. Die Konzeption, die die Zentrumsführung in den Gesprächen mit der NSDAP verfolgte, ging vom Modell einer sog. "autoritären Demokratie" aus, die eine Lösung der Staatskrise unter Einbeziehung des Zentrums und der Parteien rechts vom Zentrum vorsah.<sup>406</sup> Diese politische Konzeption war in ihrem Kern bis zu den Reichstagswahlen am 5. März 1933 gültig. Als "starker Ordnungsblock der Mitte" nahm das Zentrum auch 1933 noch einen Platz "zwischen den Fronten von Links und Rechts" für sich in Anspruch, um durch "seine aufbauende, versöhnende und sachliche Politik zerstörerischer Zwietracht und politischem Hazardspiel den Weg zu parteidiktatorischer Alleinherrschaft" zu versperren.<sup>407</sup> Eine deutlichere, nämlich eine rechtsstaatliche und demokratische Abgrenzung gegen die NSDAP erfolgte nicht.

Die versuchte Zähmung der Hitler-Partei durch ihre Einbindung in Koalitionen und Regierungsverantwortung war kein letzter politischer Versuch zur Rettung des Weimarer Verfassungsstaates, sondern trug zur sukzessiven Systemüberwindung bei. Es fehlte an kritischen Stimmen, auch im katholischen Milieu Süddolnburgs, die sich für die Grundwerte bürgerlicher Ordnung einsetzten: die persönliche Freiheit des Menschen, den Rechts- und Verfassungsstaat, die Toleranz und die Pluralität abendländischer Zivilisation - die politische und geistige Wirklichkeit, die die Weimarer Verfassungsnorm ausgemacht hatte.

---

<sup>404</sup> OV vom 7.9.1932.

<sup>405</sup> MORSEY, Katholizismus, S. 68.

<sup>406</sup> MORSEY, Zentrumsparlei, S. 330.

<sup>407</sup> MT vom 13.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 103. Der Aufruf der Deutschen Zentrumsparlei vom Februar 1933 war unterzeichnet vom Vorsitzenden Dr. Ludwig Kaas und wurde in der katholischen Tagespresse als Annonce veröffentlicht.

Dabei bestand besonders im Freistaat Oldenburg seit dem 16. Juni 1932, als die nationalsozialistische Regierung Röver gewählt worden war, die einmalige Gelegenheit, regierende Nationalsozialisten an ihren politischen Taten zu messen und danach zu beurteilen. In diesem Falle läßt Kurt Sontheimer keinen entschuldigenden Einwand gelten:

"Die letzten Jahre der Weimarer Republik waren reich an Möglichkeiten, das Verhältnis von Geist und Politik zu studieren, und es gibt erleuchtende Beispiele einer geistig-politischen Verantwortung in jenen Jahren, die zeigen, daß man mit wachem Verstande und kritischer Vernunft sehr wohl eine Ahnung davon gewinnen konnte, wie der Nationalsozialismus seine Ideen ins Werk setzen würde. So notwendig es aus Gründen der Gerechtigkeit ist, auf die Widerstandshaltung mancher der konservativen Revolutionäre zum Hitler-Regime hinzuweisen, diese Widerstandshaltung selbst kann nicht als Alibi für ihre angeblich wertvolle politische Gesinnung dienen. Sie wollten die liberale Demokratie beseitigen, und das ist ihnen mit Hilfe der antidemokratischen Parteien auch gelungen. Danach hatten sie nicht mehr viel zu melden. Lag aber gerade dies nicht auch in der Konsequenz so mancher Ideen, die ihnen lieb und teuer waren?"<sup>408</sup>

Das oldenburgische Zentrum teilte die große Enttäuschung, die in Berlin über die Bildung der Regierung Hitler-Papen herrschte. In einem Aufruf für die Reichstagswahl vom 5. März 1933 bedauerte der Landesvorstand ausdrücklich, daß die katholischen Parteien bei der Regierungsbildung übergangen wurden, und warnte vor einer weiteren Eskalation der politischen Krise:

"Die Rettung des Volkes und Vaterlandes kann nur bringen die opferwillige Zusammenarbeit aller, die guten Willens sind. **Unser Ziel bleibt die Not- und Schicksalsgemeinschaft aller, welche auch den ärmsten Sohn des Volkes nicht ausschließt!** Das Volk will die **Schicksalsgemeinschaft**, nicht Terror und Gewaltherrschaft. Das Volk will **Arbeit und Existenzsicherung**, nicht Paraden und Fackelzüge. Das Volk will die **gottgegebene Freiheit** und das Recht, nicht die Knute der Entrechtung."<sup>409</sup>

Der Landesvorstand des oldenburgischen Zentrums verurteilte einhellig "das Kulissenspiel bei der Bildung der Regierung Hitler=Hugenberg=Papen und der Reichstagsauflösung", für die das Zentrum jede Verantwortung ablehne. Er befürchtete, daß das Zentrum ausgeschaltet werden könnte, weil bereits allen politischen Kräften die Existenzberechtigung abgesprochen werde, die nicht "in dieser Harzburger Front" stünden: "Das ist Versündigung am Geiste der Volksgemeinschaft." Im Mittelpunkt des Wahlaufufes "An das Zentrumsvolk in Stadt und Land!" stand das komplizierte Verhältnis zwischen Zentrum und

---

<sup>408</sup> SONTHEIMER, Denken, S. 290.

<sup>409</sup> MT vom 6.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 98, auch zum folg.

NSDAP. Das oldenburgische Zentrum hielt strikt an seinem Oppositionskurs fest und attackierte offener als das Zentrum im Reich die regierende NSDAP:

"Die 'Dunkelmänner' und 'geheimen Drahtzieher', deren Ziel nach nationalsozialistischem Ausspruch der **'reaktionäre Feudal = Klassen = staat'** ist, haben **Hitler in diese Reaktion** eingespannt. Die **Harzburger Front** der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und des Stahlhelm ist zusammengekommen. Selbst für die gemäßigte Rechte ist kein Platz in dieser 'nationalen Konzentration'. Die **'katholischen Parteien'** wurden bewußt ausgeschaltet. Die vom Zentrum verlangte **Aufklärung über das sachliche Arbeitsprogramm blieb aus**. Nach falscher Informierung des Reichspräsidenten erfolgte die **Reichstagsauflösung**. Wahlen statt Taten!"

Unter Anspielung auf den Prestigeverlust der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg hatte der Landesvorstand der oldenburgischen Zentrumsparterie eindringlich davor gewarnt, die politische Realität im Reich aus den Augen zu verlieren:

"Hier in **Oldenburg** haben wir ja schon den Unterschied zwischen nationalsozialistischen Verheißungen und Taten kennengelernt! - Toren, die jetzt noch auf Wunder warten!"

Den Aufruf des oldenburgischen Zentrums beantwortete die Regierung Röver mit dem ersten Zeitungsverbot, das in Oldenburg aufgrund der "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes" vom 4. Februar 1933 verhängt wurde.<sup>410</sup> Durch ministerielle Bekanntmachung vom 8. Februar 1933 wurde die Tageszeitung für den Amtsbezirk Friesoythe bis zum 14. Februar 1933 verboten.<sup>411</sup> Begründet wurde das Verbot mit dem Abdruck des Wahlaufufes der oldenburgischen Zentrumsparterie, der nach Ansicht der Regierung "eine Verächtlichmachung des Reichskanzlers" enthielt. Nach Mutmaßungen der Cloppenburg MT wären auch die anderen Zentrumsblätter verboten worden, "wenn sie nicht den genannten Artikel an einem Tage veröffentlicht hätten, da die Anwendung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar noch nicht zugänglich war".<sup>412</sup>

---

<sup>410</sup> MT vom 7.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 100.

<sup>411</sup> Oldenburgische Anzeigen Jg. 188, Nr. 34, 9.2.1933, S. 145. Auf die Stellung der Tageszeitung für den Amtsbezirk Friesoythe in der südoldenburgischen Presselandschaft soll in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden.

<sup>412</sup> Die Cloppenburg MT und die Vechtaer OV veröffentlichten den Aufruf des Landesvorstandes der oldenburgischen Zentrumsparterie "An das Zentrumsvolk in Stadt und Land!" am 6.2.1933, die Tageszeitung für den Amtsbezirk Friesoythe am 7.2.1933. Die Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes, die Beschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit enthielt, wurde am 6. Februar 1933 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. In

### 3.4.3. Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 und der "Tag von Potsdam"

Der Niedergang des Rechts- und Verfassungsstaates, der durch die Notverordnungen vom 4. und vom 28. Februar 1933 in Deutschland politische Realität geworden war, war nicht der politische Schwerpunkt im Wahlkampf des oldenburgischen Zentrums für die Reichstagswahlen am 5. März 1933. Bedeutender als die demokratischen Interessen und die politische Sorge um die Aufrechterhaltung des liberalen Rechts- und Verfassungsstaates wogen die "bona particularia" der katholischen Kirche und des katholischen Volksteils. Der Wahlauf Ruf des Münchener Erzbischofs, Kardinal Faulhaber, der in der Cloppenburg MT in Auszügen abgedruckt wurde, faßte die "Rechte der katholischen Kirche", die sie "gegen Übergriffe des Staates in rein kirchliche Gebiete" zu verteidigen habe, noch einmal eindringlich zusammen:

"Es gehe bei den Wahlen nicht bloß um politische Fragen, es gehe um die Wahrung christlicher **Grundsätze im öffentlichen Leben**, es gehe um die Freiheit der Kirche, um die Erhaltung der Bekenntnisschule, um die christliche Kultur des Abendlandes. Die Katholiken wollten aus ihrem katholischen Gewissen heraus an den staatlichen Aufgaben mitarbeiten. Auch den Priestern könne die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte nicht verweigert werden."<sup>413</sup>

Das Ergebnis der Reichstagswahl zerstörte alle Hoffnungen des Zentrums auf eine Beteiligung an der "Nationalen Sammlung", sie vollzog sich ohne die Zentrumspartei. Obwohl sie ihre Stimmen fast gehalten hatte (6.11.1932: 11,9 %; 5.3.1933: 11,2 %), war ihr politischer Einfluß angesichts der absoluten Mehrheit von NSDAP und DNVP gesunken. Durch dieses Wahlergebnis wurde auch der Einfluß des politischen Katholizismus in Deutschland stark reduziert, "da sich keinerlei Möglichkeiten direkter Einflußnahme auf das Geschehen mehr zeigten" und der Übergang in "eine aktive Oppositionsstellung" ebenfalls nutzlos erschien. In diesem Moment, "da alle Möglichkeiten verschlossen wa

---

der MT erschien die Notverordnung in vollem Wortlaut am 7.2.1933, das auf 6 Tage ausgesprochene Verbot der Friesoyther Zeitung am 9.2.1933 (GELHAUS, 1933, S. 98, 100, 102). Die Verordnung, die auf Art. 48 WRV beruhte, trat mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. (MÜNCH, Gesetze, S. 64-69)

<sup>413</sup> MT vom 2.3.1933. Der als Hirtenbrief titulierte Wahlauf Ruf erschien auf Seite 1 dieser Ausgabe unter der Überschrift "Unser staatsbürgerliches Gewissen". Der Bischofsstuhl in Münster war zu diesem Zeitpunkt vakant, so daß für die Diözese kein eigener Wahlauf Ruf erschien.



ren, aktiv an der politischen Gestaltung mitzuwirken", erfolgte im Zentrum "eine Rückbesinnung auf die Grundlagen der Partei nach der religiösen und kulturpolitischen Seite hin", die - programmatisch zwar lange vorbereitet und latent angelegt - im nachhinein als eine psychologische Kompensation für den Niedergang des politischen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik erscheint.<sup>414</sup>

Gleichzeitig mit den Reichstagswahlen fanden Wahlen zum preußischen Landtag statt. Unter Berufung auf das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932 hatte der Reichspräsident durch die "Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen" vom 6. Februar 1933 den Landtag aufgelöst und die Regierung Otto Braun (SPD) amtsenthoben.<sup>415</sup> Die ihr nach dem 20. Juli 1932 verbliebenen Rechte gingen auf den Reichskommissar für Preußen über. Die Bildung einer Mehrheitsregierung durch NSDAP und Zentrum war nach Ansicht Brauns daran gescheitert, daß die Reichsregierung nicht bereit war, für diesen Fall den für Preußen eingesetzten Reichskommissar zurückzuziehen. Gegen die Verordnung vom 6. Februar 1932 erhob der Präsident des Preußischen Staatsrats, Dr. Konrad Adenauer, Einspruch.<sup>416</sup>

Nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 verfügten NSDAP (43,7 %) und DNVP (8,0 %) zwar über eine absolute Mehrheit im Deutschen Reichstag, aber nicht über die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit, um Verfassungsänderungen durchzusetzen; SPD (18,3 %) und Zentrum (10,9 %) bzw. BVP (3,1 %) stellten eine beachtliche Minderheit dar. Auch im preußischen Landtag verfügte die NSDAP (43 %) nur im Bündnis mit der DNVP (9,0 %) über eine absolute Mehrheit.<sup>417</sup> So konnten SPD und Zentrum die in der gegebenen Situation für

---

<sup>414</sup> MORSEY, Zentrumsparlei, S. 354.

<sup>415</sup> Die Verordnung vom 6. Februar 1933 ("Zweiter Preußenschlag") hatte folgenden Wortlaut: "Durch das Verhalten des Landes Preußen gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 ist eine Verwirrung im Staatsleben eingetreten, die das Staatsleben gefährdet. Ich übertrage deshalb bis auf weiteres dem Reichskommissar für das Land Preußen und seinen Beauftragten die Befugnisse, die nach dem erwähnten Urteil dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zustehen." Nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes verblieb die Exekutivgewalt in Preußen beim Reichskommissar, behielt die Regierung Otto Braun die Hoheitsrechte und vertrat Preußen im Reichsrat.

<sup>416</sup> MT vom 7., 8.2.1933; SCHWARZ, Adenauer, S. 343f. Gegen ihre Amtsenthebung reichte die Regierung Braun erneut Klage beim Staatsgerichtshof ein. Sozialdemokraten und Kommunisten hielten die Auflösung des Landtags für verfassungswidrig. Der Ständige Ausschuß des Landtags setzte den Termin für die Landtagswahl auf den 5. März 1933 fest.

<sup>417</sup> MT vom 6., 7.3.1933.

Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit in beiden Parlamenten blockieren und hatten es dadurch in der Hand, die von der neuen Regierung erstrebte legale Außerkraftsetzung der Weimarer Verfassung zu verhindern. Nach den März-Wahlen stellte sich die entscheidende Frage, "ob der deutsche Katholizismus und seine politische Vertretung bereit waren, die Verfassung von Weimar als solche zu verteidigen und einer antidemokratischen Regierung und Parlamentsmehrheit den legalen Zugriff auf die gesamte Staatsgewalt zu verwehren" oder nicht. Letztlich setzte sich der politische Kurs von Prälat Kaas in der Fraktion durch und bestimmte das Handeln mit dem Ziel, "sich mit dem neuen Regime zu arrangieren, wenn dieses zu bestimmten Konzessionen auf den für die Katholiken besonders bedeutsamen Gebieten der Kirchen- und Schulpolitik bereit war und für christlichen Einfluß offenblieb".<sup>418</sup> Der politische Katholizismus ruhte auf dem katholischen Glauben, der von der katholischen Kirche autoritativ verwaltet und verteidigt wurde; dieser gehörte zu den wesentlichen Bedingungen seiner historischen Erscheinungsform, von ihm war er abhängig. Ihm fehlte es an der Erkenntnis, daß eine freie Gesellschaft nicht auf Wahrheiten weltanschaulicher oder religiöser Natur gründet, sondern auf dem demokratischen Wettstreit partikularer Meinungen und Interessen zur Bewertung von politischen Fragen und zur Bildung von politischen Mehrheiten, die grundsätzlich revidierbar sind. Bereits am 9. März 1933 nahm Vizekanzler von Papen "Führung mit dem Zentrum" auf, um die "Klärung der Form des Ermächtigungsgesetzes" zu erörtern.<sup>419</sup>

Mit einem äußerst wirkungsvoll angelegten Kommentar zur Eröffnung des Reichstages in der Potsdamer Garnisonkirche am 21. März 1933, dem "Tag von Potsdam", verabschiedete sich die Cloppenburg MT von der Weimarer Demokratie und begrüßte die Zukunft des neuen Deutschland, die nicht mehr aus dem Buchstaben eines Verfassungstextes, sondern aus der Mitte des Volkes und dem Geist des alten Reiches erwachsen sollte. Für die politische Vergangenheit stehe der Reichspräsident als unerschütterliches Symbol und für die politische Zukunft Reichskanzler Adolf Hitler. In diesen beiden Persönlichkeiten sah die Cloppenburg Tageszeitung nunmehr die politische Kontinuität in der deutschen Geschichte verkörpert. Unkommentiert nahm sie die Nachricht zur Kenntnis, daß Hitler nicht am katholischen Gottesdienst vor der Reichstags-sitzung teilgenommen hatte. In einer offiziellen Erklärung machte der Reichskanzler die Warnungen der katholischen Bischöfe vor dem Nationalsozialismus

---

<sup>418</sup> BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 42ff.

<sup>419</sup> MT vom 10.3.1933.

für sein Fernbleiben verantwortlich; sie waren schließlich noch nicht revidiert. Nach den immer noch geltenden Aussagen der Bischöfe, ließ der Reichskanzler verlauten, würden "Mitglieder der NSDAP. als Abtrünnige bezeichnet, die nicht in den Genuß der Sakramente kommen dürften". Aus diesem Grunde habe er sich "zu seinem Leidwesen" nicht in der Lage gesehen, am katholischen Gottesdienst in Potsdam teilzunehmen.<sup>420</sup> Hitler führte in Potsdam politische Regie und stellte sich "ostentativ an die Spitze der Revisionsforderer", um den deutschen Episkopat zu brüskieren.<sup>421</sup>

In der Potsdamer Garnisonkirche führte die politische Erinnerung die deutsche Öffentlichkeit wieder in den Ersten Weltkrieg zurück und weckte noch einmal die antirepublikanischen Stimmungen und Überzeugungen, die die Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 erst mit ermöglicht hatten. Die Cloppenburg MT stimmte Ende März 1933 in den Chor der nationalen Euphorie mit ein, wenn sie sich kompromißlos gegen den Liberalismus in der Weimarer Republik aussprach:

"Es ist ein geradezu herrlicher Beweis für die gesunde Urkraft, für die Robustheit und Jugendlichkeit unseres Volkes, daß es sich trotzdem in dem Weltkrieg so großartig schlug. Als dann die Krone 1918 fiel, war das Gegengewicht gegen den übersteigerten Individualismus, gegen die Ichsucht verschwunden. Es gab keine leitende, zusammenfassende und die auseinanderstrebenden Tendenzen umklammernde Idee mehr. Das Feld der Politik war den verschiedensten Weltanschauungen, Parteien und Interessen überlassen. Und man sieht das traurige Bild deutscher Zerrissenheit und Uneinigkeit. Sicherlich gab es auch Augenblicke nationaler Einheit und festen Zusammenstehens. Aber es waren nur Augenblicke [...]"<sup>422</sup>

Der Kommentar der MT reihte die "Nationale Revolution" in den langen Abwehrkampf gegen die politische und gesellschaftliche Moderne ein, die im "übersteigerten Individualismus" in der "Systemzeit" ihre zynischen Triumphe über die Autorität von Staat, Reich und Kirche gefeiert habe. Mit diesen Bekundungen in der ehemaligen Zentrumspresse erhielt die nationalsozialistische Revolution einen festen Platz in der modernen Geschichte des politischen Katholizismus, der der neuen Regierung im Frühjahr 1933 erwartungsvoll den Abwehrkampf gegen die unchristlichen Phänomene des neuheidnischen Zeitgeistes und dem neuen Staat das Patronat über die großen christlichen Volkskirchen übertrug. Auf die Frage, ob die nationalsozialistische "Machtergrei

---

<sup>420</sup> MT vom 22.3.1933.

<sup>421</sup> VOLK, Kundgebung, S. 432f.

<sup>422</sup> MT vom 25.3.1933.

fung" als Revolution zu betrachten ist, antwortet Horst Möller mit einem "eindeutigen Befund": "Die NS-Machtergreifung war eine Revolution." Der mögliche Einwand gegen diese Auffassung, die "Machtergreifung" sei legal erfolgt, bleibt formal. Die "Machtergreifung" war ein spektakulärer Umsturz, der "die bis dahin geltenden und zunehmend umstrittenen Ordnungsprinzipien der Gesellschaft endgültig außer Kraft" setzte. 1933 erfolgte ein radikaler politischer Führungswechsel und ein fundamentaler gesellschaftlicher Strukturwandel. Die demokratische Gesellschaft der Weimarer Republik wurde "zerschlagen" und nach dem autoritären Führer- und Gefolgschaftsprinzip neu geordnet. Das läßt sich auch im katholischen Sozialmilieu in Süddoldeburg nachweisen.<sup>423</sup> Die politische Kapitulation des deutschen Katholizismus vor dem Nationalsozialismus versuchte die Cloppenburg MT mit den Worten zu verschleiern:

"Die neue Weltanschauung ist eine *conditio sine qua non*. Aus den außer= und innerdeutschen Verhältnissen ist sie mit psychologischer, ja mit logischer Folgerichtigkeit entsprungen. Durch sie wird das Dasein unseres Volkes wieder an die Natur, an Grund und Boden, an die deutsche Seele gebunden und auf ihren Kräften aufgebaut. Volks= und Seelenleben wird deutscher, wird volkhafter, naturnäher. Es wird einfacher, unkomplizierter und ist nicht so schwierig zu gestalten und zu meistern."<sup>424</sup>

Mit einem frappierenden semantischen und rhetorischen Einfühlungsvermögen, das die politische Vision einer organisch gewachsenen christlichen "Volksgemeinschaft" erfüllte, erfaßte die Cloppenburg MT nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 die historische Stunde, in der sich die Sehnsüchte der konservativen Gegenrevolution mit der politischen Realität der nationalsozialistischen Revolution wie in einem historischen Idealfall verbanden und das Warten auf die große politische Wende ein Ende gefunden hatte. Der Staatsakt in Potsdam wurde nicht als Bruch empfunden, sondern als fulminante Bestätigung historischer Kontinuität in der modernen Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland. Den unwiderruflichen historischen Wendepunkt setzte die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes.

---

<sup>423</sup> MÖLLER, Machtergreifung. S. 46ff. Die wichtigsten "umstürzenden Ereignisse" lassen sich exakt notieren: Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933, Ermächtigungsgesetz vom 23.3.1933, Gesetze zur Gleichschaltung der Länder vom 31.3. und 7.4.1933 und die Gesetze vom Juni/Juli zur Auflösung der Parteien.

<sup>424</sup> MT vom 25.3.1933.

### 3.4.4. Die Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes"

Hitlers Regierungserklärung vom 23. März 1933 in der Berliner Kroll-Oper war darauf angelegt, durch das Bekenntnis des Reichskanzlers zum christlichen Fundament des neuen Staates die Renaissance der verlorengegangenen Einheit von Thron und Altar am politischen Horizont erscheinen zu lassen. Es war die Stunde der großen politischen Imagination. Demonstrativ kam Hitler den beiden christlichen Konfessionen politisch weit entgegen, wenn er erklärte:

"Indem die Regierung entschlossen ist, die politische und moralische Entgiftung unseres öffentlichen Lebens durchzuführen, schafft und sichert sie die Voraussetzungen für eine wirklich tiefe, innere Religiosität. Die Vorteile personalpolitischer Art, die sich aus Kompromissen mit atheistischen Organisationen ergeben mögen, wiegen nicht annähernd die Folgen auf, die in der Zerstörung der allgemeinen religiös-sittlichen Grundwerte sichtbar werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen)

Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren; ihre Rechte sollen nicht angetastet werden. Sie erwartet aber und hofft, daß die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erhebung unseres Volkes, die sich die Regierung zur Aufgabe gestellt hat, umgekehrt die gleiche Würdigung erfährt.

(Sehr gut! bei den Nationalsozialisten)

Sie wird allen anderen Konfessionen in objektiver Gerechtigkeit gegenüberreten. Sie kann aber niemals dulden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder einer bestimmten Rasse eine Entbindung von allgemeingesetzlichen Verpflichtungen sein könnte oder gar ein Freibrief für straflose Begehung oder Tolerierung von Verbrechen. Die nationale Regierung wird in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluß einräumen und sicherstellen. Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat.

Der Kampf gegen eine materialistische Weltauffassung und für die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft dient ebenso sehr den Interessen der deutschen Nation wie denen unseres christlichen Glaubens. [...]

Ebenso legt die Reichsregierung, die im Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes sieht, größten Wert darauf, die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl weiter zu pflegen und auszugestalten.

(Bravo! Im Zentrum.)<sup>425</sup>

Den Aussagen in der Regierungserklärung gingen Verhandlungen zwischen der nationalsozialistischen Regierung und Vertretern des Zentrums voran, die am

---

<sup>425</sup> MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 58f.; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 141; DENZLER, Die Kirchen 2, S. 41f.; MT vom 24.3.1933 (in Auszügen); GELHAUS, 1933, S. 134 (in Auszügen).

20. März 1933 begannen.<sup>426</sup> In den Besprechungen, die Ludwig Kaas, Adam Stegerwald und Albert Hackelsberger im Auftrag des Zentrums mit Hitler und Frick führten, gab der Reichskanzler dem Zentrum zwar keine schriftlichen, aber weitreichende mündliche Zusagen. Diese waren in erster Linie kulturpolitischen Inhalts und betrafen die Sicherung des kirchlichen Einflusses auf Schule und Erziehung, die Anerkennung der Länderkonkordate und die Rechte der christlichen Konfessionen, aber auch verfassungs- und rechtspolitische Garantien zum Schutze des Reichspräsidenten, von Reichstag und Reichsrat und des föderalistischen Systems.<sup>427</sup> Die Regierungserklärung vom 23. März 1933 stimmte nicht nur inhaltlich mit dem Verhandlungsergebnis überein, sondern rekapitulierte die schriftlich niedergelegten Forderungen des Zentrums vom Vortage auch im Wortlaut größtenteils exakt.<sup>428</sup> Nach Auffassung von Rudolf Morsey gab Hitler in seiner Regierungserklärung die vom Zentrum erkämpften Garantien "bedenkenlos" ab. Nicht Gegenstand der Verhandlungen war die Ankündigung Hitlers gewesen, die "freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl weiter zu pflegen und auszugestalten". Diese Passage aus der Regierungserklärung wurde als Bereitschaft Hitlers verstanden, mit dem Vatikan in Konkordatsverhandlungen einzutreten, und von der Zentrumsfraktion nachdrücklich begrüßt. Damit deutete Hitler überraschenderweise eine politische Möglichkeit an, die für die katholische Kirche in Deutschland nach den Enttäuschungen mit der Weimarer Republik in unerreichbare Ferne gerückt zu sein schien: den Abschluß eines Reichskonkordats. Die Forderung der Zentrumsfraktion, "in einer noch zu vereinbarenden Form für die Durchberatung der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes von ihr [der Regierung] beabsichtigten oder noch in Aussicht zu nehmenden Einzelgesetze einen Arbeitsausschuß zu schaffen zur Durchberatung dieser Einzelgesetze", scheiterte jedoch am Totalitätsanspruch Hitlers, der jedes 'Mitregieren' des Zentrums entschieden ablehnte.<sup>429</sup>

Vor allem kirchen- und parteipolitische Präferenzen, wie sie Hitler in seiner Regierungserklärung angesprochen hatte, waren Gegenstand der Verhandlungen mit der Reichsregierung und spielten in den kritischen Sitzungen der Zentrumsfraktion am 23. März 1933 neben den verfassungsrechtlichen Zusicherun

---

<sup>426</sup> Der erste Bericht über bevorstehende Verhandlungen wegen des Ermächtigungsgesetzes zwischen Kaas und Hitler erschien in der MT am 20.3.1933. (GELHAUS, 1933, S. 130)

<sup>427</sup> MT vom 23.3.1933; MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 37ff.; LÖNNE, Katholizismus, S. 237.

<sup>428</sup> MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 49ff.; MORSEY, Zentrumspartei, S. 429-31: Dokument Nr. 12.

<sup>429</sup> MORSEY, Zentrumspartei, S. 358-364; MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 49-52.

gen eine entscheidende Rolle. Nach dem Protokoll der Sitzung beschrieb Ludwig Kaas die politischen Grundlinien, die zur Ausgangsbasis für die positive Entscheidung der Zentrumsfraktion wurden:

"Er [= Hitler] habe ihm erklärt, das Ermächtigungsgesetz sei für die Zentrumspartei nur tragbar, wenn gewisse Zusicherungen gegeben würden. Es müsse für die Gesetzgebung der Reichstag eingeschaltet bleiben. [...] Es sei vom Reichskanzler zugesichert worden, daß keine Maßnahmen gegen den Willen des Reichspräsidenten durchgeführt würden. [...] Die Gleichheit vor dem Gesetze werde nur den Kommunisten nicht zugesprochen werden. Die Zugehörigkeit zur Zentrumspartei solle kein Grund zum Einschreiten gegen Beamte sein. Es sei nicht beabsichtigt, die Unabhängigkeit der Richter zu beseitigen. Das Bestehen der Länder werde nicht angetastet. Auf kulturpolitische Dinge werde das Ermächtigungsgesetz nicht angewendet. Die bestehenden Rechte der christlichen Konfessionen werden gewahrt, die Errungenschaften gesichert bleiben. Kirche, Konkordat und Schule würden durch [das] Ermächtigungsgesetz nicht berührt. - Im Anschluß weist Dr. Kaas auf die schwierige Stellung der Fraktion im gegenwärtigen Augenblick hin. Es gelte einerseits unsere Seele zu wahren, andererseits ergäben sich aus der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes unangenehme Folgen für die Fraktion und die Partei. Es bliebe nur übrig, uns gegen das Schlimmste zu sichern. Käme die 2/3-Majorität nicht zustande, so werde die Durchsetzung der Pläne der Reichsregierung auf anderem Wege erfolgen. Der Reichspräsident habe sich mit dem Ermächtigungsgesetz abgefunden. Auch von den Deutschnationalen her sei kein Versuch einer Entlastung der Situation zu erwarten."<sup>430</sup>

Ludwig Kaas argumentierte mit kirchlich-religiösen Zusicherungen, die Minimalforderungen des Zentrums darstellten, und erkannte die dringende Notwendigkeit, angesichts der vorangegangenen Warnungen der katholischen Bischöfe vor dem Nationalsozialismus das Verhältnis zwischen dem politischen Katholizismus und Nationalsozialismus zu klären.<sup>431</sup> Im Unterschied zu Kaas warnte Brüning vor den verfassungs- und staatsrechtlichen Folgen der Annahme des Ermächtigungsgesetzes. Er bezeichnete es als "das Ungeheuerlichste, was je von einem Parlament gefordert worden wäre". Brüning äußerte Zweifel an der Loyalität Hitlers, dessen Garantien keineswegs als gesichert zu betrachten seien:

"Unzweifelhaft bestehe Gefahr für die Zukunft der Zentrumspartei. Wäre sie zerschlagen, so könne sie nicht wieder ins Leben gerufen werden. Er sehe sich veranlaßt, die Bedenken und die möglichen Gefahren aufzuzeigen. Er habe sich für die Wahl Hindenburgs besonders mit dem Argument eingesetzt, er - Hindenburg - sei Garant und Treuhänder der Verfassung. Nun beständen die größten Gefahren für die gesamte Ver-

---

<sup>430</sup> MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 47.

<sup>431</sup> DEUERLEIN, Katholizismus 3, S. 214: Aufzeichnungen der Reichstagsabgeordneten Clara Siebert.

fassung, besonders da sich Hindenburg mit dem Ermächtigungsgesetz abgefunden habe. Er - Brüning - könne sich kaum für ein Ja entscheiden, selbst wenn man anerkenne, daß man eine moralische Verantwortung für eine Zustimmung nicht trage."<sup>432</sup>

Die Probeabstimmung, die auf Kaas' Antrag in der Sitzung der Zentrumsfraktion nach der Regierungserklärung Hitlers am 23. März 1933 durchgeführt wurde, ergab kein klares Bild. Nach einer längeren Aussprache über das Abstimmungsverhalten setzte sich "der allseitige Wille der Fraktion" durch, "mit Rücksicht auf die Partei und ihre Zukunft der Mehrheit der Fraktion zu folgen und für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen".<sup>433</sup> In dieser historischen Entscheidung gab der politische Komplex des deutschen Katholizismus, der im vermeintlich unpolitischen Sinne den Begriff des Nationalen von der geltenden Verfassungsnorm abzutrennen versuchte, den Ausschlag. Damit war das Schicksal der Weimarer Verfassung besiegelt. Unreflektierte Chiffren wie Nation und Reich erzeugten ein moralisches Gebot der Stunde und einen Begriff politischer Tugenden, der die katholischen Abgeordneten in die moralische Pflicht nahm. In der Krisis bestand die Gefahr, daß die politische Analyse irrational ausgeblendet wurde und vehemente Ängste um die innere Sicherheit der deutschen Nation das Gesetz des Handelns bestimmten. Die loyale Bindung an die Regierung Hitler-Papen trug wesentlich zur psychologischen Manipulation der Entscheidung bei. Sie offenbarte die enormen Defizite einer politischen Theologie, die in der Verfassungs- und Staatskrise des Jahres 1933 völlig versagte. Es mangelte in erster Linie an genuin politischen Kategorien, an intakten rechtsstaatlichen Prinzipien und an einem demokratischen Ethos, das sich rückhaltlos zur Republik bekannt hätte. Die politische Isolation, in die die Zentrumsparterie unter der geistlichen Führung des Prälaten Kaas geraten war, wurde aufgefüllt mit einem moralisch-religiösen Defätismus, der die Aussicht auf eine politisch ausgewiesene und verantwortete Entscheidung von vornherein erschwerte.

Die Niederlage des politischen Katholizismus am 23. März 1933 ist nach Auffassung von Rudolf Morsey unwiderruflich mit dem Namen des Prälaten Ludwig Kaas verbunden, der in seiner Person das Scheitern des Prinzips geistlicher Führerschaft in der modernen Politik verkörperte.<sup>434</sup> Den weltanschaulichen Maßstäben der geistlichen Führerschaft war die politische Argumentation aus

---

<sup>432</sup> MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 48.

<sup>433</sup> MORSEY, Katholizismus, S. 140; MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 63.

<sup>434</sup> MORSEY, Katholizismus, S. 30: Morsey faßt das Dilemma in dem Satz zusammen: "Die Problematik der geistlichen Führerschaft gipfelte in der Persönlichkeit von Ludwig Kaas."



der Rede Brüning unterlegen. Der Ausgangspunkt für die Haltung von Kaas, die in der Zentrumsfraktion schließlich den Ausschlag gab, ist in der katholischen Staatslehre zu sehen, die "den Einsatz für eine bestehende Verfassung so lange unbedingt gebietet, wie die Rechtskontinuität der staatlichen Gesetze nicht durch revolutionäre Ereignisse zerbricht". Für den anderen Fall, daß die Rechtskontinuität zerbrochen war, galt umgekehrt ebenso: "Ist das aber durch andere geschehen, dann muß der Katholik versuchen, die neue Ordnung stabilisieren zu helfen." Diese Interpretation, die nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 von der Zentrumspresse aufgegriffen wurde, sah das Ermächtigungsgesetz "nicht als verfassungsbeseitigendes, sondern als Ordnung schaffendes und die revolutionären Verhältnisse beruhigendes Gesetz" an. Außerdem berührte das Ermächtigungsgesetz weder die naturrechtliche Basis der katholischen Staatslehre noch das christliche Sittengesetz, denn für einen Katholiken war mit der Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten und Grundrechte und der Preisgabe der Gewaltenteilung, also mit der Errichtung einer Diktatur, das göttliche Naturrecht nicht schlechthin und solange nicht verletzt, "wie die Interessen von Religion und Kirche nicht eklatant angetastet" wurden.<sup>435</sup> Von diesem Grundsatz ging Kaas offensichtlich aus, weil zur Annahme des Gegenteils kein ausreichender Grund vorhanden schien. So trug paradoxerweise die Annahme des Ermächtigungsgesetzes zur 'Konstitutionalisierung' der nationalsozialistischen Revolution und zur politischen Konsolidierung des nachrevolutionären Zustandes bei. In der Revolution von 1918/19, die ebenfalls "durch andere" ausgelöst worden war, hatte sich das Zentrum nicht anders verhalten. Es stellte sich auf die neue politische Ordnung ein und anerkannte sie, sobald sie sich etabliert hatte. Am 23. März 1933 nahm die Zentrumsfraktion die Entscheidung von 1918 in eigener Verantwortung zurück.

Die Zustimmung der Zentrumsfraktion zum Ermächtigungsgesetz bedeutete die Kapitulation des politischen Katholizismus in Deutschland vor dem NS-Regime. Ihr Vollzug war nur noch eine Frage der Zeit. Hitlers politische Suggestivkraft und der Sog der nationalen Bewegung, der Druck der Straße und die Angst vor dem Kommunismus verfehlten ihre Wirkung in der katholischen Öffentlichkeit nicht. Sie stellten eine politische Symbiose von nationaler und christlicher Staatsidee in Aussicht, zu der der säkulare und religiös indifferente Weimarer Parteienstaat nicht in der Lage gewesen war. Das Eintreten für Brüning's Haltung hätte außerordentliche persönliche Konsequenzen verlangt, opportuner - nicht leichter - erschien in diesem Augenblick die Zustimmung.

---

<sup>435</sup> JUNKER, Zentrumsparlei, S. 188f.

Die Cloppenburger MT konnte sich dieser nationalen Strömung in den Märztagen des Jahres 1933 nicht entziehen und erkannte die historische Zäsur, die die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes in der deutschen Politik seit 1918 darstellte. Da die Entscheidung falle, erklärte sie am Tag der Abstimmung im Reichstag, komme es darauf an, daß sie auch von allen "willigen Kräften" getragen werde:

"Im ganzen werden durch die Vier=Jahres=Vollmachten Verantwortlichkeiten von ungeheurer Größe geschaffen. Mögen diejenigen, in deren Hände eine derartige Machtfülle gegeben ist, wie sie auch noch nicht zu einem Teil [k]einer anderen früheren Regierung je anvertraut war, sie zum Nutzen und zur Wohlfahrt des Landes und Volkes gebrauchen. Dazu bedarf die Reichsregierung aller willigen Kräfte des Volkes, die bereit sind, sich in ehrlicher Arbeits= und Schicksalsgemeinschaft zu sammeln."<sup>436</sup>

Nach dem 23. März 1933 verstummten die Parteiinstanzen "schlagartig wochenlang" und gingen die Appelle zur positiven Mitarbeit und zur Anerkennung der bestehenden Obrigkeit von der Zentrums Presse und der katholischen Kirche aus.<sup>437</sup> Diesen schlossen sich zahlreiche katholische Verbände an. Katholische Kirche, katholische Presse und katholische Verbände begaben sich auf den Weg in das "Dritte Reich" und setzten sich überraschend schnell vom Zentrum ab. Auf der Grundlage der nationalsozialistischen Herrschaft wurde am 23. März 1933 im deutschen Katholizismus ein neuer politischer Konsens gefunden, dem sich das politisch-soziale Milieu in Südbaden bereitwillig anschloß. Daß das Ermächtigungsgesetz den politischen Kern der nationalsozialistischen Revolution enthielt, was Brüning als das "Ungeheuerlichste" empfand, das "je von einem Parlament gefordert" worden sei, diese materielle Interpretation des Ermächtigungsgesetzes konnte sich gegen die grassierenden politischen Irrationalismen und weltanschaulichen Grabenkämpfe in der Umbruchsituation des Jahres 1933 nur schwer durchsetzen. In einem Leitartikel in der "Germania", dem offiziellen Presseorgan der Zentrums Partei, bekräftigte das Zentrum seine Haltung vom 23. März 1933. Es habe sich "in einem entscheidenden Augenblick der Nachkriegsentwicklung aus ihrem inneren staatspolitischen und sittlichen Muß heraus ihre Mitarbeit selbst dann zu leihen bereit" erklärt, "wenn die Gesamtumstände sowohl wie auch die Sondervorgänge, die zur Bildung der neuen Regierung führten, ihr normalerweise hätten Anlaß sein können, sich zurückzuziehen". Mit dieser Entscheidung habe die Zentrums Partei "dem deutschen Staate und der

---

<sup>436</sup> MT vom 23.3.1933.

<sup>437</sup> JUNKER, Zentrums Partei, S. 216.

deutschen Staatsführung an loyaler Chance alles gegeben, was sie geben konnte, außer ihrer Ehre und ihrer Treue zu sich selbst". Sie stelle sich "mit Bewußtsein, trotz nicht geringer innerpolitischer Bedenken der neuen werdenden deutschen Staatsführung als Mitarbeiter zur Verfügung", um der "stürmischen Dynamik der soeben erst aus der Opposition zu verantwortlicher Regierungstätigkeit gelangten Kräfte" ein notwendiges "ausgleichendes und regulierendes Moment" entgegenzusetzen. Dadurch trug die Zentrumsparlei zur Normalisierung der revolutionären Übergangszeit bei und rückte endgültig vom - wie sie es jetzt nannte - "System des in Weimar geborenen Staates" ab.<sup>438</sup> Die Entscheidung hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Einstellung des deutschen Episkopats gegenüber der nationalsozialistischen Partei.

### **3.4.5. Die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933**

Mit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 wurden die Voraussetzungen zum innenpolitischen Kurswechsel im deutschen Episkopat geschaffen, der nur fünf Tage später in der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933 seinen überraschend positiven Niederschlag fand und der katholischen Basis auch kirchlicherseits den Weg in das nationalsozialistische Deutschland ebnete. Durch diese Erklärung anerkannten die deutschen Bischöfe die durch das Ermächtigungsgesetz geschaffene politische Realität und richteten sich auf eine Koexistenz mit dem Nationalsozialismus ein.<sup>439</sup> Schon vor der entscheidenden Reichstagssitzung hatten sie ihre Absicht angekündigt, sich "im Rahmen ihres Hirtenamtes in einer Kundgebung an die ihnen anvertrauten Gläubigen" zu wenden, "sobald die durch die jüngsten Vorgänge geschaffene Lage sich klarer überblicken läßt".<sup>440</sup> Karl Bachem, der Chronist der Zentrumsparlei, erfaßte diese neue Lage realistisch und notierte am 25. März 1933:

"Was jetzt geschehen ist, hat mit Recht, Freiheit und Verfassung nicht das mindeste zu tun. Es ist richtig, daß der Parlamentarismus und damit der demokratische Gedanke sich totgelaufen hat."<sup>441</sup>

---

<sup>438</sup> MT vom 8.4.1933: "Der Weg des Zentrums"; MORSEY, Zentrumsparlei, S. 373f. Die MT gab den Artikel aus der "Germania" in Auszügen wieder.

<sup>439</sup> BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 45.

<sup>440</sup> MT vom 18.3.1933.

<sup>441</sup> MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 84.

Als demokratisch legitimiert war die deutsche Staatsführung, die die Bischöfe in ihrer Erklärung vom 28. März 1933 als weltliche Obrigkeit anerkannten, demnach nicht mehr anzusehen. Der Staatsrechtler Carl Schmitt sprach 1933 in diesem Zusammenhang zutreffend von einem "Wendepunkt von verfassungsgeschichtlicher Bedeutung".<sup>442</sup> Diese Fragen wurden in den Konsultationen, die der Veröffentlichung der Fuldaer Kundgebung vorausgingen, jedoch nicht als "conditio sine qua non" behandelt. Darin besteht das eigentliche politische Debakel in der Haltung des deutschen Episkopats im Frühjahr 1933. Es hat seine Ursache in der Bewahrung verfassungspolitischer Neutralität, die das höchste katholische Lehramt seit Leo XIII. nachdrücklich vertritt. Aus dieser Haltung hatte sich keine zwingende Notwendigkeit zur Anerkennung der demokratischen Staatsform in der Weimarer Republik ergeben. In dieses verfassungspolitische Vakuum konnte die aggressive Strategie, die Hitler gegenüber der katholischen Kirche verfolgte, vordringen und so den politischen Katholizismus ausschalten. Die deutschen Bischöfe legitimierten trotz unterschiedlicher Auffassungen in Einzelfragen die 'nachrevolutionäre' Situation, die am Abend des 23. März 1933 eingetreten war, und trugen mit ihrer Erklärung vom 28. März 1933 erheblich zur politischen Entspannung des Verhältnisses zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus und zur moralischen Aufwertung des neuen Regimes bei.

Einen Weg in den NS-Staat hatte wenige Tage vor der besagten Kundgebung bereits der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber in einem Grußwort an die katholische Jugend gewiesen, das in der Cloppenburg MT unter dem bezeichnenden Titel "Nationale Gesinnung auf christlichem Fundament" erschien. Das Schreiben Gröbers bezog sich auf eine Jugendkundgebung, die seit mehreren Wochen in Freiburg geplant war, aber aufgrund der "unruhigen Zeitverhält

---

<sup>442</sup> In einem Kommentar, der 1933 in der "Deutschen Juristen-Zeitung" erschien, erkannte Carl Schmitt im Ermächtigungsgesetz einen Sieg der "Nationalen Revolution", die einen völligen Bruch mit der demokratischen Verfassung von Weimar darstellte. Dabei erlangte der "berühmte Satz" des Reichsgerichts aus dem Jahre 1920, daß "die Rechtmäßigkeit der Begründung kein wesentliches Merkmal der Staatsgewalt" sei, eine neue aktuelle Bedeutung: "Wenn die Gerichte schon zugunsten der neuen Mächte des Zusammenbruchs vom November 1918 diesen Standpunkt einnahmen, muß der gleiche Gesichtspunkt erst recht und in weit höherem Maße zugunsten einer nationalen Revolution und der gegenwärtigen Staatsgewalt gelten." Schmitt warnte davor, "mit der Sophistik des alten Parteienstaates die Rechtsgrundlagen des neuen Staates zu untergraben". Die Reichsregierung könne "Verfassungsgesetze im formellen Sinne" erlassen, die "neues, von dem bisherigen Verfassungsrecht abweichendes materielles Verfassungsrecht" schaffen. Schmitt schloß daraus: "Damit ist der überlieferte Gesetzesbegriff des parlamentarischen Gesetzgebungsstaates, für welchen die Mitwirkung der Volksvertretung zum Begriff des Gesetzes gehörte, überwunden." (MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 89f.)

nisse" auf den 31. März 1933 verschoben werden mußte. Unter Anspielung auf Hitlers Regierungserklärung verlangte Gröber von der katholischen Jugend seiner Diözese "Treue um Treue" und rief mahndend zur politischen Loyalität auf:

"Zuerst spreche ich die zuversichtliche Erwartung aus, daß sich unsere Organisationen und ihre Mitglieder ohne Ausnahme in gewissenhafter Weise von allem enthalten, was irgendwie als Störung des Friedens oder der öffentlichen Ordnung gedeutet werden könnte. Diese Mahnung ist deswegen am Platze, weil sich der jugendlich überschäumende Mensch, zumal in Zeiten der Umwälzung und Gärung und der Aufreizung durch andere nur zu leicht zu Aeüßerungen und Handlungen fortreißen läßt, die nicht bloß ihm selber schweren Schaden zufügen, sondern auch in der Gegenwart die katholischen Organisationen in ihrer Weiterentwicklung und in ihrem Weiterbestande beeinträchtigen könnten. Wir wollten in gereifter Besonnenheit und nervenstarker Ruhe und Beherrschtheit den Verlauf der äußeren Ereignisse verfolgen und durch unsere eigene, straffe und lückenlose Disziplin der breitesten Oeffentlichkeit beweisen, daß wir selber und unsere Organisationen auf Grund unseres christlichen Wesens und unserer Verbundenheit durch Sprache und Blut der inneren Erstarkung unseres Volkes und Vaterlandes opferfroh dienen.

Wir dürfen deshalb auch vertrauensvoll erwarten, daß die Stürme, die immer wieder unser deutsches Vaterland erschüttern, den katholischen Jugendorganisationen keinen wesentlichen Schaden zuzufügen vermögen. Nun heißt es: Treue um Treue! Nun müssen die jungen Menschen sich an den Handschlag erinnern, mit dem sie nicht nur zur persönlichen Freundschaft sich verpflichten, sondern auch ihr Denken und Wollen, ihre Liebe und ihr Leben mit der Kirche verbinden."<sup>443</sup>

Das Grußwort des Freiburger Erzbischofs Gröber gab die politische Linie vor, die auch die Fuldaer Kundgebung beherrschte. Die als "Kundgebung" apostrophierte Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz setzte in einer entscheidenden Phase eine Entwicklung fort, die die katholische Kirche zwar nicht gleichschaltete, aber sie soweit in das neue politische System einpaßte, daß sie im Grunde für den inneren Bestand des NS-Regimes keine politische Gefahr mehr darstellte. In dem Dokument vom 28. März 1933 revidierten die deutschen Bischöfe ihre bisherige ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und forderten ihre Gläubigen offiziell zur Bejahung der "Nationalen Revolution" und zur aktiven Teilnahme am politischen Leben im nationalsozialistischen Deutschland auf. Ohne die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz ist die vielfältige Bereitschaft zur Selbstgleichschaltung, die in den Wochen nach dem 28. März 1933 auch in Süddenburg anzutreffen war, nicht zu erklären. Das Dokument, dem eine Schlüsselstellung in der Geschichte des

---

<sup>443</sup> MT vom 27.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 137.

deutschen Katholizismus im Jahre 1933 zukommt, wies in den entscheidenden politischen Inhalten folgenden Wortlaut auf:

"[...] Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer jener Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderten Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen, sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird. Ohne die in seinen früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös=sittlicher Irrtümer aufzuheben, glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, daß die vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.

Für die katholischen Christen, denen die Stimme ihrer Kirche heilig ist, bedarf es auch im gegenwärtigen Zeitpunkte keiner besonderen Mahnung zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung alles rechtswidrigen oder umstürzlerischen Verhaltens.

In Geltung bleibt die so oft in feierlicher Kundgebung an alle Katholiken ergangene Mahnung, stets wachsam und opferfreudig einzutreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für Schutz der christlichen Religion und Sitte, für Freiheit und Rechte der katholischen Kirche und Schutz der konfessionellen Schule und katholischen Jugendorganisationen.

In Geltung bleibt ferner die Mahnung an die politischen und ähnlichen Vereine und Organisationen, in Gotteshaus und kirchlichen Funktionen aus Ehrfurcht vor der Heiligkeit derselben zu vermeiden, was als politische oder parteimäßige Demonstration erscheinen und daher Anstoß erregen kann. [...]"<sup>444</sup>

Der Wortlaut des Textes zeigt deutlich einen Kompromißcharakter, der in der Geschichte seiner Entstehung begründet ist. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die Loyalität gegenüber der neuen politischen Obrigkeit und vor allem die Wahrung der katholischen Interessen hatten Vorrang vor den verfassungs- und staatspolitischen Problemen, die als temporäre Erscheinungen die Mitte des katholischen Glaubens nicht berührten und denen gegenüber sich der deutsche Episkopat insgesamt weiterhin indifferent verhielt. Um der Wahrung dieser katholischen Interessen willen war es erforderlich, das Auftreten jeder politischen Opposition zu unterdrücken und sich in den Wirren der Umbruchsituation der Führung der katholischen Kirche anzuvertrauen; diese erhob einen durch alle Zeiten ungebrochenen Anspruch auf die vorbehaltlose Anerkennung

---

<sup>444</sup> Kirchliches Amtsblatt Jg. 67, Nr. 7, 6.4.1933, S. 31f.; VOLK, Kundgebung, S. 444; DENZLER, Kirchen 2, S. 42-44; MT vom 29.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 138; SANDSTEDTE, Galen, S. 133f. Die Cloppenburger MT übernahm die Kundgebung wörtlich aus dem Kirchlichen Amtsblatt der Diözese Münster. Unterzeichnet war sie für die Diözese Münster von Generalvikar Meis.

ihrer moralischen Autorität. Die Aufforderung zur grundsätzlichen Loyalität gegenüber der NS-Regierung bestimmte den politischen Tenor in den zahlreichen oberhirtlichen Kundgebungen und Weisungen, die das Verhältnis zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus nach dem 28. März 1933 klären helfen und die katholische Öffentlichkeit politisch nachhaltig umstimmen sollten. Persönliche Irritationen konnten da nicht ausbleiben.

Umgehend hob die Fuldaer Bischofskonferenz in einer Instruktion für die katholischen Geistlichen vom 29. März 1933 verschiedentlich verhängte Sanktionen gegen Mitglieder der "nationalsozialistischen Bewegung" ausdrücklich auf.<sup>445</sup> Die Bischöfe ordneten an, daß Katholiken wegen ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP "hinsichtlich des Sakramentenempfanges nicht zu beunruhigen" seien; auch "die bloße Zugehörigkeit zu jener Partei" stelle keinen Grund zur Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses dar. Zum Gottesdienst und zum Empfang der Sakramente waren in Zukunft auch in Uniform erscheinende Mitglieder zugelassen. "Das Einbringen von Fahnen dieser und anderer politischer Parteiorganisationen in die Kirche" sollte "durch freundliche vorherige Verständigung nach Tunlichkeit" unterbleiben, weil es "das Gepräge einer politischen Parteidemonstration" annehmen könnte. Sollten die Anweisungen nicht befolgt werden, sei darüber in jedem Falle "ein öffentlicher Skandal" zu vermeiden. Wegweisend für die Haltung der katholischen Kirche im politischen Umgang mit dem Nationalsozialismus blieb die Unterscheidung zwischen nationalen und (partei)politischen Veranstaltungen:

"Veranstaltung von Feldgottesdiensten für politische Parteiorganisationen ist, weil sie parteipolitischen Charakter zu haben pflegen, im allgemeinen zu unterlassen. Für allgemeine vaterländische Veranstaltungen gilt diese Bemerkung nicht."

Auch bei kirchlichen Begräbnissen war "die Zulassung weltlicher Vereine, die keinen kirchenfeindlichen Charakter tragen", nicht untersagt; das galt auch für das Mitführen von Fahnen, wobei auf die "Unterlassung parteipolitischer Kundgebungen - wenigstens in Gegenwart des Priesters - hingewirkt werden" sollte. Das Amt der Kirche erschöpfe sich nicht in natürlichen weltlichen Aufgaben, sondern habe "die Augen stets hinzulenken auf die höheren Aufgaben und Ziele des Menschen, auf die christliche Religion als Grundlage und Quellborn der Kultur, auf die Notwendigkeit innerer religiöser und sittlicher Bildung, damit zugleich auf die hohen Aufgaben, die unsere katholischen, kirchlich approbierten Vereine für religiöses Leben und religiöse Bildung, für die ge

---

<sup>445</sup> HUBER, Kirche 4, S. 468f., auch zum folg.

samte katholische Jugendpflege, für sozialen Frieden und damit für Volk und Vaterland, für zeitliches und ewiges Heil der Menschheit zu erfüllen haben". Damit deutete die Instruktion Unterscheidungen an, die auch die Konkordatspolitik bestimmten, und nahm eine Trennung von Religion und Politik vor, die zum Fundament für die Verständigung zwischen der katholischen Kirche und dem NS-Staat wurde.

Offensichtlich waren die katholischen Oberhirten nach dem 23. März 1933 mehrheitlich der Auffassung, daß der deutsche Episkopat die unerwartete 'Friedensnote' Hitlers an die Adresse der katholischen Kirche umgehend zu beantworten habe. Unterschiedlich waren die Ansichten darüber, wann und in welcher Form die Antwort konzipiert werden sollte. Als "Initiator und Promotor" des politischen Kurswechsels trat der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, der Breslauer Erzbischof Kardinal Bertram, auf, der die Korrespondenz mit den deutschen Oberhirten führte und als Koordinator an Einflußmöglichkeiten gewann. Der Münchner Kardinal Faulhaber, persönlich wie viele Amtskollegen "von der Legalität der Machtaneignung überzeugt", setzte sich als Vorsitzender des bayerischen Episkopats "für ein einheitliches Vorgehen der Bischöfe" ein, meldete aber gewisse politische Vorbehalte an.<sup>446</sup> Die Differenzen der beiden Konferenzvorsitzenden von Fulda und Freising, Bertram und Faulhaber, wurden bis zum "hektischen Endspurt der Schlußredaktion" nicht ganz beigelegt. Obwohl Faulhaber, "um die Einheitlichkeit des Episkopats bangend", sich am 28. März 1933 entschloß, "summarisch die Zustimmung des bayerischen Episkopats zur vorgelegten Kundgebung" zu erklären, erschien die Verlautbarung der deutschen Bischöfe in den meisten Tageszeitungen als "Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz".<sup>447</sup> Die gravierenden Abänderungsbegehren Faulhabers brachten Bertram offensichtlich in zeitlichen Verzug, den er sich nicht mehr länger gestatten zu können glaubte. Bertram fühlte sich als Sprecher des Episkopats beim Wort genommen, "nachdem er über Papen bei Hitler die Vorbedingungen einer kirchlichen Umorientierung angemeldet hatte und sie nun durch Hitler vor dem Reichstag feierlich proklamiert sah". Für den Zeitdruck, den Bertram empfand, waren "neben der Faszination des einmaligen Augenblicks" sicherlich auch "pastorale Nöte" und "die Stimme gegen den Bolschewismus" aus Rom mit verantwortlich.<sup>448</sup> In einer Konsistoriumsansprache hatte Papst Pius XI. am 13. März 1933 erneut den Kommunis

---

<sup>446</sup> VOLK, Kundgebung, S. 433f.

<sup>447</sup> Ebd., S. 436.

<sup>448</sup> MT vom 29.3.1933; VOLK, Kundgebung, S. 439f.



mus verurteilt und in diesem Zusammenhang die "Haltung der deutschen Katholiken im Kampf gegen den Bolschewismus lobend hervorgehoben". Im Osservatore Romano, dem Presseorgan des Heiligen Stuhls, war die Kundgebung des Papstes unter dem Titel "Die Stimme gegen den Bolschewismus" erschienen. Sie enthielt eine positive Bewertung der politischen Entwicklung in Deutschland durch das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche und eine deutliche Absage an demokratisch verfaßte Staatswesen, die dem Bolschewismus nicht gewachsen seien:

"Der moderne Staat sei wegen der ihm innewohnenden tödlichen Logik, die seine eigene Grundlage verfälsche, unfähig zur Verteidigung seiner selbst. Als er sich von den unvergänglichen Quellen der Wahrheit und des Guten losgesagt, als er die ursprüngliche, die christliche Kultur verleugnet, als er den Strömungen des Freidenkertums und der freien Moral Tür und Tor geöffnet habe, da habe er jede Anarchie, jede Rebellion, jeden Bolschewismus gerechtfertigt. Er sei daher machtlos. **Polizeimaßnahmen könnten die Idee nicht lösen. Die bolschewistische Idee sei im Herzen Europas geboren.** [...] Trennung von der Kirche, Laiengesetz, Bolschewismus bedeuteten im Grunde genommen das gleiche. Die Logik habe ihre eisernen Gesetze. Deshalb richte sich auch, wie wiederum der Papst bemerkt, der wahre Kampf des Bolschewismus letzten Endes gegen Rom und die katholische Kirche. Der Bischof von Rom sei auch heute der wahre Defensor civilitatis."<sup>449</sup>

Was die beabsichtigte Erklärung betraf, herrschte im deutschen Episkopat keine volle Übereinstimmung. Ein Teil der katholischen Oberhirten konnte sich dem Breslauer Metropolitenerklärung nur unter Vorbehalt anschließen. Das galt vor allem für die ausdrückliche "Mahnung zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit".<sup>450</sup> Darin anerkannte der deutsche Episkopat nachhaltig die moralische Legitimität der nationalsozialistischen Regierung und schwächte die kulturpolitischen und moralischen Vorbehalte gegenüber dem Nationalsozialismus erheblich ab. Getreu den politischen Maximen, die die katholische Kirche seit dem 19. Jahrhundert dogmatisch vertreten hatte, bekannte sie sich in konsequenter Anwendung von Röm. 13,1 zum neuen Staat, ohne die Frage nach seiner politischen Legitimation zu prüfen. Erst die dramatische Situation im Frühjahr 1933 kann erklären, daß die katholischen Bischöfe ihre Gläubigen "auch im gegenwärtigen Zeitpunkt" zu einer politischen Loyalität ermahnten, die für den Katholiken zu keiner Zeit außer Frage gestanden hatte. Das Motiv lag in der besonderen Staatskrise, die im Frühjahr 1933 zweifellos existierte und den Worten der Bischöfe eine präventive Absicht unterlegte:

---

<sup>449</sup> MT vom 29.3.1933.

<sup>450</sup> VOLK, Kundgebung, S. 444f.

"Um die Regierung der 'nationalen Konzentration' in den Genuß katholischer Staats-treue zu bringen, war keine Kundgebung des Episkopats vonnöten. Loyalität der Ob-rigkeit gegenüber war den Katholiken als Haltung anerzogen und in der Betätigung kontinuierlich. Sie übertrug sich, ohne innezuhalten oder zu schwanken, von einer Re-gierung auf die andere. Unproblematisch und unreflektiert, wie sie in der Katechese gelehrt und vom Kirchenvolk seit Jahrzehnten ohne die Grenzerfahrungen des Un-rechtsstaates geübt worden war, schwebte sie freilich in der größten Gefahr, von einem unter dem Schein des Rechts installierten Usurpator mißbraucht zu werden."<sup>451</sup>

Während die bisherige Haltung der katholischen Bischöfe die noch in der Wahl vom 5. März 1933 geübte Resistenz der Katholiken gegen den Nationalsozia-lismus gestützt hatte, legte nun eine wohlwollende nationale Zeitbetrachtung dem einzelnen Katholiken "eher eine schnelle Anpassung an die jüngste politi-sche Entwicklung" nahe. Die große "Barriere gegen das Eindringen des Natio-nalsozialismus in den kirchlich und parteipolitisch gebundenen katholischen Volksteil" war damit weithin gefallen.<sup>452</sup> Die Kundgebung der Fuldaer Bi-schofskonferenz sah in den jüngsten Ereignissen eine günstige politische Ent-wicklung, die es ihr erlaubte, die "vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig" zu betrachten. Sie waren zum "Schutz der unantastbaren Aufgaben und Rechte der katholischen Kirche [...] gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung" nicht mehr vonnöten.<sup>453</sup> Die Kritik be-schränkte sich im deutschen Episkopat auf einzelne Stimmen. So hegte der Regensburger Bischof Dr. Michael Buchberger schwerwiegende Zweifel an der politischen Aufrichtigkeit Hitlers und mahnte zur Vorsicht. Im Schreiben an Kardinal Faulhaber vom 27. März 1933 warnte er vor einem allzu raschen Kurswechsel und hielt weitsichtig an der Zentrumsparterie fest:

"Die Erklärung des Reichskanzlers bei Eröffnung des Reichstages ist sehr dankens-wert, und sein Entschluß, mit aller Tatkraft den Bolschewismus in seinen verschiede-nen Formen zu bekämpfen, verdient höchste Anerkennung. Aber vorläufig sind das nur Worte. Wir dürfen nicht im Gefolge jener erscheinen, die jetzt Vorschußlorbeeren ge-ben in einem Ausmaß, wie das noch nie dagewesen ist. Zurückhaltung und Würde ist das Gebot der Stunde. Viele unserer besten Katholiken sind tumultuarisch ihrer Stel-lungen beraubt worden, viele schmachten in Haft wie Sträflinge, andere hat man fort-gejagt wie Verbrecher, und noch ist nichts geschehen, um solche Ausschreitungen hintanzuhalten oder wieder gut zu machen. Wir dürfen unser treu katholisches Volk und seine Führer jetzt nicht im Stiche lassen. [...]"

---

<sup>451</sup> VOLK, Kundgebung, S. 447.

<sup>452</sup> LÖNNE, Katholizismus, S. 238.

<sup>453</sup> MT vom 29.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 138; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 538f.

---

Wir werden nach wie vor eine katholische Partei brauchen, sonst sind wir auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Dessen soll sich auch der Klerus bewußt bleiben, und das soll irgendwie in der Anweisung durchklingen."<sup>454</sup>

Eine ähnliche Position vertrat auch Konrad von Preysing, damals Bischof von Eichstätt, aber Preysing wie Buchberger konnten sich gegen die Mehrheit der deutschen Bischöfe nicht durchsetzen. Graf von Preysing (1880 - 1950) war ein Vetter Clemens Augusts von Galen. 1932 wurde er zum Bischof von Eichstätt, 1935 zum Bischof von Berlin ernannt und 1946 zusammen mit Bischof Clemens August von Münster in den Kardinalsrang erhoben. Mit Fritz Gerlich und dem Franziskanerpater Ingbert Naab, den Redakteuren der katholischen Zeitschrift "Der Weg. Monatsschrift für die oberen Klassen der höheren Lehranstalten", gehörte Preysing dem "Konnersreuther Kreis" an, der den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland kritisch beobachtete und Gegenmaßnahmen in Erwägung zog. Clemens August von Galen und Konrad von Preysing gingen in ihrer Opposition gegen den Nationalsozialismus in Deutschland getrennte Wege. Im Unterschied zu Bischof Clemens August übte Preysing sich nicht in Ergebniseits- und Beifallsbekundungen an die Adresse der neuen Machthaber und forderte zu Beginn des Zweiten Weltkrieges nicht "wie die übrigen deutschen Bischöfe zur Erfüllung der patriotischen Pflicht als Soldat" auf. 1940 gab er unter Protest gegen die politische Einstellung des Breslauer Kardinals Bertram das Pressereferat der Fuldaer Bischofskonferenz auf. In ungewöhnlicher Form nahm sich der Bischof von Berlin der verfolgten jüdischen Mitbürger an.<sup>455</sup>

Die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933 wurde von der NS-Regierung als ein positives Bekenntnis zum politischen Umschwung in Deutschland begrüßt und in diesem Sinne gewürdigt. Gerade die einschränkende Formulierung "Ohne die in seinen früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös=sittlicher Irrtümer aufzuheben, glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, daß die vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen." wurde von der nationalsozialistischen Propaganda als Ausdruck "einer einseitigen Akklamation der Machtergreifung Hitlers" aufgenommen.<sup>456</sup> Im eklatanten Widerspruch zum Wortlaut der Erklärung stellte der "Völkische Beobachter" begeistert fest, "daß die Fuldaer Bischofskonferenz

---

<sup>454</sup> MÜLLER, Kirche, S. 93f.; VOLK, Kundgebung, S. 438, Anm. 28.

<sup>455</sup> WILLENBORG, Amboss, S. 22, 26ff.

<sup>456</sup> DEUERLEIN, Vergegenwärtigung 3, S. 216.

ihre sämtlichen Verfügungen gegen die NSDAP - und somit auch gegen die nationalsozialistischen katholischen Priester - zurückzieht" und der Episkopat mit dem neuen Beschluß "den nunmehr gegebenen unabänderlichen politischen Verhältnissen Rechnung getragen und die nicht mehr haltbare Plattform aufgegeben" habe.<sup>457</sup> Etwa zwei Wochen nach der Veröffentlichung der Kundgebung zitierte die Cloppenburg MT ausführlich aus dem vatikanamtlichen "Osservatore Romano", der nachdrücklich bestritt, daß die Fuldaer Bischofskonferenz beschlossen habe, "ihre Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus zu revidieren und die seinerzeit gegen die Bewegung getroffenen Maßnahmen zurückzunehmen". Das Gegenteil sei vielmehr der Fall:

"Es genüge, die Erklärungen des Episkopats zu lesen, um sich davon zu überzeugen, daß er nicht etwa getroffene Anordnungen zurückgenommen, sondern lediglich festgestellt habe, daß kein Anlaß zu ihrer Anwendung vorliege. Denn ein Richtungs- und Haltungswechsel sei auch seitens des Nationalsozialismus festzustellen mit den Erklärungen des Reichskanzlers Hitler in seiner bekannten Programmrede im Reichstag, Erklärungen, die die Fuldaer Bischofskonferenz als Begründung für ihre Beschlüsse wörtlich zitiert habe."<sup>458</sup>

Diese Unterscheidungen stellten sich als allzu philologisch heraus, um im politischen Alltag vollends bedacht zu werden. Die Manipulation der "Kundgebung" durch die NS-Behörden war vom deutschen Episkopat nicht ins politische Kalkül gezogen worden. Somit erlebte die Erklärung der deutschen Bischöfe ein ähnliches Schicksal politischer Vereinnahmung wie das Reichskonkordat, das vom NS-Regime innen- wie außenpolitisch respektlos instrumentalisiert wurde.

Nach Rudolf Morsey ist die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz "in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzen", denn sie führte zum Aufatmen vieler Zentrumsmitglieder, "für die die Haltung der kirchlichen Obrigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus auch im Parteikampf des Zentrums gegen die NSDAP verpflichtend gewesen war".<sup>459</sup> Ein Bruch zwischen dem Zentrum und den deutschen Bischöfen wurde vermieden. Deshalb begrüßte das Zentrum in einer Stellungnahme, die in der "Germania" erschien, die jüngste Verlautbarung der deutschen Bischöfe und stellte einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Regierungserklärung Hitlers her. Dabei nahm es eine strikte Trennung der

---

<sup>457</sup> DENZLER, Kirchen 2, S. 44f.: Wiedergabe aus dem Völkischen Beobachter vom 30.3.1933.

<sup>458</sup> MT vom 13.4.1933.

<sup>459</sup> MORSEY, Zentrumsparlei, S. 369f.

politischen und geistlichen Kompetenzen vor und machte für die eingetretenen Irritationen ausschließlich die NSDAP verantwortlich:

"Wir haben immer wieder betont, daß es sich für die kirchlichen Instanzen in dieser wichtigen Frage nie um Erwägungen politischer Natur gehandelt hat, sondern um eine Frage, die die Glaubenslehre und das Wesen der Kirche selbst angeht. Wie haben immer wieder gefordert, die maßgeblichen Instanzen der NSDAP möchten die Unklarheit, die einzelne Veröffentlichungen und Abhandlungen nationalsozialistischer Führer und insbesondere der Artikel 24 des nationalsozialistischen Parteiprogramms auf katholischer Seite hervorrufen mußten, durch eindeutige Erklärungen beseitigen und damit die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten auf diesem rein weltanschaulichen Gebiet aus der Welt schaffen. Wir möchten heute feststellen, daß es nicht an uns, vor allem nicht an den Bischöfen lag, wenn diese Klärung nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt erreicht werden konnte. Erst die klaren Ausführungen des Herrn Reichskanzlers in der Regierungserklärung vom 23. März haben es dem Episkopat ermöglicht, die bevorstehende bedeutsame Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben."<sup>460</sup>

Durch diese Erklärung rechtfertigte das Zentrum die Haltung des deutschen Episkopats, anerkannte ohne Vorbehalte die innenpolitische Lage in Deutschland, wie sie sich Ende März 1933 darstellte, und legitimierte dadurch nachträglich die nationalsozialistische Revolution. Dabei war die Kundgebung in den Reihen der gläubigen Katholiken durchaus dazu angetan, für Verwirrung und Desorientierung zu sorgen. Es war zu schnell gegangen und die kirchenpolitische Note insgesamt zu knapp ausgefallen, um für rasche Orientierung zu sorgen. Nachfolgende grundsätzliche Erklärungen deutscher Bischöfe versuchten den Mangel zu beheben, daß in der Kundgebung vieles ungesagt geblieben war. Der Münchner Kardinal Faulhaber reflektierte durchaus den Konflikt an der katholischen Basis, den er nur mit Blick auf "die große katholische Sache" und das Gesetz der Kirchenräson zu rechtfertigen vermochte. In einem Brief an den Erzbischof von Paderborn stellte er über "die neue Erklärung der deutschen Bischöfe, die aber heute irrtümlicherweise wieder als Kundgebung der Fuldaer Konferenz veröffentlicht" wurde, nachdenklich fest:

"Die deutschen Bischöfe dürfen sich freilich nicht verhehlen, daß diese Erklärung von heute, die gestern abend im Radio als eine 'Zurücknahme' früherer Warnungen und Verbote bezeichnet wurde, auf unsere treuen Katholiken, die für das Zentrum und die Bayerische Volkspartei schwere Opfer brachten und zum Teil, als Katholiken, ihre Stelle, zum Teil sogar ihre Freiheit verloren, einen niederschmetternden Eindruck machen wird. Es ist eine jener tragischen Stunden, in der die höchsten kirchlichen Stellen

---

<sup>460</sup> MT vom 30.3.1933. Der Artikel aus der "Germania" wurde in Auszügen in der Cloppenburg MT wiedergegeben. Zu Art. 24 des NSDAP-Programms vom 25. Februar 1920 vgl. Kap. 2.: Die politische Resistenz der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus von 1930 bis 1933.

einen Schritt tun müssen, der dem Einzelnen rätselhaft erscheint, der aber notwendig ist für die große katholische Sache."<sup>461</sup>

Viele überzeugte Katholiken fühlten sich durch die Haltung ihrer Kirche im Stich gelassen; das war auch in Südoldenburg der Fall.<sup>462</sup> Mit dem Abstand weniger Wochen waren die März-Entscheidungen des Jahres 1933 im katholischen Milieu Südoldenburgs bereits politische Realität geworden. Der gläubige Katholik in Südoldenburg, an die Weisungen seiner Kirche gewöhnt, seinen Oberhirten zur unbedingten Treue verpflichtet, war zu wenig freier Bürger gewesen, um auf die großen politischen Herausforderungen in demokratischer Verantwortung zu reagieren. Den mündigen Christen, der nach seinem Gewissen entscheidet, gab es im katholischen Milieu nicht oder nur vereinzelt. Der katholische Laie, das unterste Glied in der hierarchisch gegliederten katholischen Kirche, war gewohnt, den Geistlichen, den Bischöfen und dem Papst zu gehorchen. Zum 44. Geburtstag Adolf Hitlers am 20. April 1933 erschien in der Cloppenburgener Tageszeitung ein eigenverantwortlicher Kommentar, in dem unumwunden erklärt wurde, daß Hitler "heute nicht mehr nur der Führer einer Partei, sondern als Kanzler der Repräsentant der deutschen Politik und des deutschen Volkes" sei. In einer vorläufigen Bilanz der jüngsten politischen Ereignisse würdigte die MT seine politischen Verdienste mit den Worten:

"Es ist noch nicht an der Zeit, über die Kanzlerschaft Hitlers zu schreiben, aber die Tatsache, daß es ihm gelang, den partikularistischen Aufbau des Reiches zu beseitigen und eine starke Zentralgewalt zu schaffen, die die Voraussetzung einer machtvollen Innen- und Außenpolitik ist, diese Tatsache kann schon jetzt nicht klar genug hervorgehoben werden."<sup>463</sup>

Die Cloppenburgener MT stellte die Beseitigung der ersten deutschen Demokratie als eine staatsmännische Leistung des Reichskanzlers Adolf Hitler heraus und setzte einen politischen Akzent, der bezeichnend für die Stimmung im deutschen Katholizismus des Jahres 1933 war. Für ihn war Hitler der Führer einer Partei und noch mehr der legitime Reichskanzler des Deutschen Reiches. Hitlers Reichstagsrede und die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz waren der "aditus ad pacem" und räumten für die Katholiken die schwierigsten Hin

---

<sup>461</sup> VOLK, Kundgebung, S. 455: Brief Kardinal Faulhabers an Dr. Kaspar Klein, Erzbischof von Paderborn, vom 29. März 1933.

<sup>462</sup> Oberstudienrat Paul Willenborg, Cloppenburg, über seinen Vater Paul Willenborg, der im besagten Zeitraum als Lehrer in der kleinen Bauerschaft Harkebrügge tätig war. (Interview vom 1.12.1997)

<sup>463</sup> MT vom 20.4.1933.

dernisse auf dem Weg zur positiven Mitarbeit im neuen Staate aus dem Wege.<sup>464</sup> Damit waren die Rahmenbedingungen für die Stellung der Katholiken im "Dritten Reich" geschaffen.

### 3.4.6. Kundgebungen katholischer Verbände

Exemplarisch für das politische Klima der Anpassung, das sich im deutschen Katholizismus nach den Reichstagswahlen und den preußischen Landtagswahlen vom 5. März 1933 bis zum Beginn der Pfingsttagung der deutschen Bischöfe am 30. Mai 1933 in Fulda immer mehr ausbreitete, sind zahlreiche Kundgebungen und Solidaritätsadressen verschiedener katholischer Verbände. Der Katholische Gesellenverband (KGV) war der erste im deutschen Katholizismus, der seine Weichenstellung zugunsten der neuen Machthaber nachhaltig korrigierte. Am 15. März 1933 erschien im "Kolpingsblatt" ein Grundsatzerartikel von Generalsekretär Johannes Nattermann, der unter dem programmatischen Titel "Mitten in der Bewegung der Zeit" das Verhältnis des Gesellenverbandes zur NS-Regierung völlig revidierte. Nattermann kritisierte in Übereinstimmung mit dem deutschen Episkopat zwar die neuheidnischen Elemente in der NS-Ideologie, warnte die deutschen Katholiken aber ausdrücklich vor einem neuen "Kulturkampf" und drängte sie, sich nicht wieder ins politische Abseits manövrieren zu lassen. Gleichzeitig distanzierte er sich bereits zu diesem Zeitpunkt von der Deutschen Zentrumspariei:

"Entweder schafft der deutsche Katholizismus begeistert mit, oder er schaltet sich aus, wird wiederum ins Ghetto gedrängt, läuft polternd hinter dem Reichswagen her oder verflüchtigt sich in Geistreichigkeiten und leere Träumereien."<sup>465</sup>

Es handelte sich bei diesem Artikel zwar nicht um eine offizielle Deklaration des Gesamtverbandes, aber viele Diözesanverbände, so auch Münster, und die Basis rezipierten den Text und machten ihn zur Richtschnur für die zukünftige Vereinsarbeit. Er bot positiv offensichtlich klare Orientierung in einer verwirrenden Zeit. Damit begann im KGV eine Phase der Illusionen, die durch die Vorfälle auf dem 1. Deutschen Gesellentag in München am 11. Juni 1933 jäh beendet wurden. In einer Erklärung des Katholischen Jungmännerverbandes, die vom Reichsvorstand dieser Organisation bereits am 16. März 1933 - also eine Woche vor der Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes" -

---

<sup>464</sup> BÖCKENFÖRDE, Stellungnahme, S. 89.

<sup>465</sup> WIRTZ, Gesellenvereine, S. 126.

beschlossen worden war, aber in der Cloppenburg MT erst am 11. April 1933 erschien, wurden die angeschlossenen Zweigvereine, Bezirks- und Diözesanverbände aufgefordert, sich in Zukunft "die volkspolitische Aufgabe" des Jungmännerverbandes zu eigen zu machen: "Für seinen Teil mitzubauen an einem einigen und starken Reich der Deutschen, an einem Deutschland in Frieden und Freiheit; [...]." Der Katholische Jungmännerverband bekräftigte seine nationale Haltung, die auch in der Gegenwart keiner Revision bedürfe:

"Wir stehen auch in dieser Stunde zu unserem deutschen Vaterland in der gleichen Dienstbereitschaft wie bisher. Politischen Parteien haben wir nie gedient, sind keinerlei Bindungen mit ihnen eingegangen, aber die Pflicht aller Mitglieder, 'deutschem Volk und deutschem Vaterland in Liebe sich zu weihen' und 'aus jungem deutschen Willen mitzuarbeiten an der Erneuerung deutschen Volkstums und deutschen Staates' sowie 'bewußte Träger und Sendboten der Frohen Botschaft ins Volk hinein zu werden', wollen wir auch jetzt und in Zukunft erfüllen."<sup>466</sup>

Der Katholische Lehrerverband des Deutschen Reiches (KLVdDR), dem auch der "Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg" angeschlossen war, erklärte in seiner Kundgebung vom 30. März 1933 - zwei Tage nach der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz -, er habe nun "seine erste und letzte Aufgabe wiedererhalten, aus seinen Prinzipien: Treu dem Vaterlande, treu dem Stande, treu der Kirche an der sittlichen, moralischen und staatsformenden Aufgabe der Volksbildung mitzuarbeiten". Wie in den Augusttagen des Jahres 1914 habe "ein nationales und deutsches Fühlen und Aufbegehren" das Volk erfaßt, das "alles Trennende beiseite" treten lasse und "das spezifische aus dem Wesen des religiösen Katholizismus lebende katholische Volkstum" wieder "auf seine eigentlichen Volksaufgaben im Katholischen" zurückführe. Die nationalsozialistische Revolution war aus der Sicht der katholischen Lehrer bereits vollzogen:

"Der Umbruch des Bestehenden und die Zielausrichtung auf ein neues werdendes deutsches Volk und einen neuen deutschen Staat ist vollzogen. An diesem Wandel wurden bedauerlicherweise die katholischen Führer ebenso wenig beteiligt wie bei der Gründung des deutschen Reiches Bismarckscher Prägung. Durch den Mahn- und Weckruf Adolf Hitlers und seiner Bewegung und durch seine Arbeit ist der Durchbruch durch den undeutschen Geist, der in der Revolution von 1918 zum Siege kam, gelungen. Jetzt ist das ganze deutsche Volk in allen seinen Gliedern, auch den katholischen, zur Mitarbeit und zum Aufbau des Neuen aufgerufen. Es darf nun nicht mehr so kommen, daß der Katholizismus abwartend und tolerierend oder nur geduldet in dieser Zeitenwende dasteht. Wir legen, vertrauend auf den Führer der deutschen und völkischen

---

<sup>466</sup> MT vom 11.4.1933.



---

schen Bewegung und vertrauend auf die volksverwurzelten Kräfte des Katholizismus, mit Hand an, den neuen Reichs= und Volksaufbau zu schaffen."<sup>467</sup>

Der Katholische Lehrerverband werde in Zukunft "frei von jeder parteipolitischen Bindung" bestrebt sein, "sich auf seine eigentlichen Volksaufgaben im Katholischen zu besinnen", und verstehe sich als "Mithelfer und Freund der nationalen Bewegung, die heute die Macht und das Ansehen hat, allem Neuen und Gesunden in unserer Zeit und unserem Volke zum Leben zu verhelfen". Scharf grenzte sich der KLVdDR gegen seine demokratische Vergangenheit in der Weimarer Republik ab:

"Möge es vereinter Kraft aller in unserem Volke gelingen, möglichst bald die Spuren alles Undeutschen und alles Volks= und Christentumsfremden aus unserem öffentlichen und staatlichen Leben zu verbannen."

Die Kundgebung des Katholischen Lehrerverbandes hat eine repräsentative Bedeutung und ist geeignet, zeittypische Positionen des politischen Katholizismus in der Umbruchsituation des Jahres 1933 zu charakterisieren. In typischer Haltung warf sie den Blick zurück auf den "Burgfrieden" und warb darum, die politischen und gesellschaftlichen Gegensätze in der klassen- und parteiübergreifenden Geschlossenheit des Jahres 1914 zu überwinden. Die Utopie des "Burgfriedens" war in den Tagen der Republik nicht untergegangen und zeigte 1933 aufs neue ihre politische Attraktivität. Sie appellierte erfolgreich an antiliberale Mentalitäten und antimodernistische Ressentiments, die in mittelständischen Schichten katholischer Milieus durchaus verfangen. Der Katholische Lehrerverband unterstrich die historische Kontinuität von 1914 bis 1933, die 1918 verletzt worden war, und brachte im Begriff des "katholischen Volkstums" die Verbindung des Katholischen mit dem Nationalen suggestiv zum Ausdruck. Der KLVdDR schloß sich dem Programm nationaler Erneuerung, das der Nationalsozialismus in Angriff genommen hatte, vorbehaltlos an und bedauerte in diesem Zusammenhang unter Anspielung auf den ergebnislosen Briefwechsel zwischen Hitler und Kaas beim Machtwechsel am 30. Januar 1933, daß "die katholischen Führer und Kräfte" bei der politischen Wende des Jahres 1933 wie zuvor bei der Gründung des Bismarckreiches nicht beteiligt gewesen seien.

---

<sup>467</sup> MT vom 3.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 147; Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 4, 1.4.1933, Titelseite, auch zum folg. Unterzeichnet war die Kundgebung vom 30. März 1933 vom Verbandsvorsitzenden August Weber.

Das entscheidende Motiv für die bejahende Anerkennung der nationalsozialistischen Revolution durch den KLVdDR war die Abkehr von der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik, die sich durch die Enttäuschungen in der Ära Brüning verfestigt hatte. Genährt wurde die zunehmende Distanzierung vom demokratischen Geist des Weimarer Parteienstaates von antimodernistischen Strömungen im deutschen Katholizismus, der sich mit dem Ideenpluralismus und weltanschaulichen Relativismus der Moderne nicht aussöhnen konnte. Den politischen Widerruf moderner Säkularisierungs- und Modernisierungsprozesse, die vom Menschen als dem handelnden Subjekt in der Geschichte ausging, faßte die Kundgebung in der nationalen Chiffre vom "undeutschen Geist" und in der politischen Utopie eines ständisch-korporativen "katholischen Volkstums", das in Weimar keine Erfüllung gefunden hatte und nun als Renaissance von Thron und Altar am historischen Horizont des "Dritten Reiches" erschien: "Das ganze deutsche Volk in allen seinen Gliedern, auch den katholischen" sei "zur Mitarbeit und zum Aufbau des Neuen aufgerufen". Wie die deutschen Bischöfe in der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz erklärt hatten, ging es an diesem Wendepunkt deutscher Geschichte darum, einer erneuten Gettoisierung des deutschen Katholizismus durch die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit an der christlichen Erneuerung der deutschen Gesellschaft unter Führung der nationalsozialistischen Regierung vorzubeugen. Sie versprach endlich, die Trennung von Staat und Gesellschaft, eine Trennung von Staat und Kirche und damit der Schule von der Kirche, wie sie in demokratischen Gesellschaften drohte, rückgängig zu machen oder ganz aufzuheben. Das war das politische, soziale und kulturelle Spannungsfeld gewesen, an dem der katholische Lehrer gelitten hatte und von dem er sich nun befreien zu können glaubte. Es hatte seinen Ursprung immer noch im ambivalenten Verhältnis des katholischen Bewußtseins zur Moderne.

Mit der Kundgebung vom 30. März 1933 revidierte der KLVdDR endgültig seine Entscheidung vom Herbst 1918, als er sich mit großen Teilen des deutschen Katholizismus auf den Boden der neuen politischen Tatsachen gestellt hatte. Nach Auffassung von Heinrich Küppers reichte der Motivationsbogen der Kundgebung vom 30. März 1933 "vom blanken Opportunismus bis zur erwartungsvollen Hoffnung auf die Verwirklichung eines auf 'organischen' und 'autoritären' Ordnungsstrukturen beruhenden christlichen Gesellschaftsideals im Rahmen eines militärisch und wirtschaftlich starken Deutschlands, eine Zielsetzung, die nicht zuletzt vom Gedanken eines Bollwerks gegen den Kommunismus getragen wurde, von der Furcht vor Repressalien bis zur

Enttäuschung über die Selbstentmündigung des Zentrums".<sup>468</sup> Die innerlich längst vollzogene Abwendung von Weimar eröffnete Ende März 1933 die Aussicht, in der neuen Rolle als "Mithelfer und Freund der nationalen Bewegung" am "neuen Reichs- und Volksbau" mitzuarbeiten. Die Alternative, sich länger als notwendig in einem politischen Vakuum aufzuhalten, kam in den Augen des Verbandsvorsitzenden August Weber offensichtlich einer Schwächung des Lehrerverbandes gleich und eröffnete keine Aussicht, die Interessen der katholischen Lehrer in Zukunft überhaupt noch vertreten zu können. Die Kundgebung war eine Flucht nach vorne, wie sie zahlreiche katholische Vereine und Verbände in diesen Wochen antraten.

Der "Verein katholischer deutscher Lehrerinnen" (VkdL), dem auch die katholischen Lehrerinnen in Oldenburg angeschlossen waren, stand dem KLVdDR in der Bereitschaft, sich dem neuen System politisch zur Verfügung zu stellen, nicht nach. In einem Aufruf, der im April 1933 in der "Wochenschrift für katholische Lehrerinnen", dem Organ des VkdL, erschien, betonte die Vorsitzende Maria Schmitz die nationale Verantwortung des Lehrerinnenvereins, die ihn auch gegenüber der neuen Obrigkeit moralisch verpflichtete:

"Wir standen und stehen zur staatlichen Obrigkeit um Gottes willen. Wir werden sie stützen und ihr folgen in allem, was nicht gegen Gottes Gebot ist.

Wir lieben mit heißem Herzen unser Vaterland und unser deutsches Volk. An seiner seelischen Erneuerung zu arbeiten, Irrtum durch Belehrung, Sittenlosigkeit durch Erziehung zum Guten, Gottlosigkeit durch die Lehre Christi und unser Beispiel zu bekämpfen, war und ist unsere schöne Aufgabe. Wir dienen ihr mit ungeteilter Kraft als deutsche Menschen, die auf dem Boden katholischen Glaubens stehen.

Als Frauen haben wir mütterliche Aufgaben in der Volksgemeinschaft: seelisches Leben zu hüten und zu entwickeln. Unser Dienst gilt ganz besonders der weiblichen Jugend. Wir waren und wollen sein Erzieherinnen zu echter deutscher Frauenart, die getragen ist von einem ganzen vollen Menschentum in der Frau.

Gott segne unser Vaterland und gewähre, daß wir ihm in Treue, in Wahrhaftigkeit und Opferbereitschaft dienen."<sup>469</sup>

Neben dem politischen Gehorsam diente der VkdL der neuen Staatsmacht auch die spezifischen weiblichen Tugenden an, die er in seiner Erziehungs- und Bildungsarbeit bisher gepflegt hatte. So war kein Bruch auf der pädagogischen Linie zu erkennen. Zu den katholischen Vereinen, die im April 1933 an die neue Regierung appellierten und ihr prinzipiell politische Gefolgschaft in Aussicht stellten, gehörten auch die Arbeitervereine. Sie grenzten sich ebenfalls

---

<sup>468</sup> KÜPPERS, Lehrerverband, S. 110.

<sup>469</sup> Lehrerinnenverein, 100 Jahre, S. 51.

gegen die Ideologien der Systemzeit ab, "gegen die zerstörenden Mächte des Materialismus, des Liberalismus, Marxismus und Bolschewismus", und paßten die Grundsätze der christlichen Soziallehre, die den historischen Zeitläuften enthoben seien, flexibel den neuen Machtverhältnissen in Deutschland an:

"Das Werk der nationalen Einheit zu fördern, Volk und Staat miteinander zu verbinden und insbesondere die Arbeiterschaft in den Volksstaat organisch einzugliedern, war unser heißes Bemühen. An diesem Werke werden wir verbleiben bei allem Wechsel der Zeiten. Denn über den wandelbaren Formen staatlichen und völkischen Lebens steht die unzerstörbare christliche Idee eines Staates und einer Nation, in denen die Persönlichkeit wie die Gemeinschaft der Deutschen in gleicher Weise zu ihrem Rechte gelangen sollen."<sup>470</sup>

Ziel bleibe eine "berufsständische Ordnung", die nicht durch "einen zentralisierten Zwang von oben" zu erreichen sei, "wohl aber im natürlichen Wachstum der organischen Gebilde von Familie, Berufsstand und Volk". Daran mitzuarbeiten habe Pius XI. die katholischen Arbeitervereine in seiner Sozialenzyklika aus dem Jahre 1931 bereits aufgefordert, nur dadurch könne "das Gegeneinander und der volkszersetzende Klassenkampf" vermieden werden und Ordnung "an Stelle von Anarchie" treten.<sup>471</sup> Wie die katholischen Arbeitervereine distanzierte sich auch der Volksverein für das katholische Deutschland von 'seiner' demokratischen Vergangenheit und bekannte sich zu einer berufsständischen Ordnung, wie sie Pius XI. in seinem Rundschreiben ausgeführt habe:

"Wir müssen den Mut haben, den Trugbildern des Sozialismus und Bolschewismus das Idealbild einer aus dem Geiste des Evangeliums geordneten Wirtschaftsgesellschaft gegenüberzustellen und die Katholiken mit dem Willen zur Gestaltung zu erfüllen."

Die Evangelisierung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens diente im "Ruf des Volksvereins" als politische Ersatzformel und war geeignet, die Stellung des Volksvereins im nationalsozialistischen Deutschland neu zu bestimmen. Grundlage war eine Trennung von Politik und Kirche - nicht von Staat und Kirche - , die der deutsche Katholizismus im Frühjahr 1933 bereitwillig akzeptierte; sie stellte keinen Bruch mit der Vergangenheit dar. Das galt auch für das Verhältnis des Volksvereins zum neuen Staat:

"Im Staatsleben hat der Katholik seine besonderen Aufgaben. Die ihm eigenen Ordnungskräfte sind wertvollste Aufbaukräfte für den Staat. Belastet mit der Gewissens

---

<sup>470</sup> MT vom 5.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 148.

<sup>471</sup> Die Kundgebung der katholischen Arbeitervereine bezog sich auf die Enzyklika "Quadragesimo anno", die Pius XI. anlässlich des 40. Jahrestages des Rundschreibens "Rerum novarum" von Leo XIII. am 15. Mai 1931 herausgegeben hatte.

verantwortung für das allgemeine Wohl, sind wir von Verantwortung erfüllt gegenüber dem Garanten dieses Wohles des gesamten Volkes, gegenüber dem Staate. Wir müssen ihn mittragen und in schwerer Stunde seine gewaltige Verantwortung erleichtern. Wir sind der Meinung, daß der Staat einmal nicht Spielball in den Kämpfen einer Klassengesellschaft bleiben kann, zum anderen, daß er nicht unchristlichen Kräften überantwortet werden darf. Wir werden darum die Katholiken durch eine Erweckung der Gewissen, eine kluge staatsbürgerliche Bildungs- und Schulungsarbeit zu guten Reichs- und Staatsbürgern erziehen. Gegenüber einer drohenden Laisierung des Lebens wollen wir religiöse Kräfte gestaltend auch in das öffentliche Leben hineinbringen, da wir überzeugt sind, daß jedes Lebensgebiet von der Religion durchdrungen sein muß.<sup>472</sup>

Der Volksverein für das katholische Deutschland realisierte im Mai 1933, daß die Wahrnehmung der politischen und sozialen Interessen des katholischen Volksteils als Existenzberechtigung nicht mehr ausreichte, weil es das politische und soziale Medium zur Wahrnehmung katholischer Interessen, eine vom Staat unterschiedene freie Gesellschaft, immer weniger gab. Deshalb bezog er sich unmittelbar auf die beiden Ordnungsmächte Staat und Kirche und anerkannte die jeweiligen Amtsinhaber als die legitimen Träger dieser beiden Gewalten. Verkirchlichung und Entpolitisierung stellten zwei Seiten eines Prozesses dar, dem das katholische Vereins- und Verbandswesen zu großen Teilen sein Überleben unter der nationalsozialistischen Herrschaft verdankte. Nach diesen Grundsätzen richtete sich auch die katholische Kirche im nationalsozialistischen Deutschland ein und konnte als kirchliche Institution überleben. Der Preis, den sie dafür zahlte, war die Anerkennung der NSDAP als der einzigen legitimen Trägerin der deutschen Staatsgewalt und ihre Selbstbeschränkung auf die geistliche Sphäre. Diese Trennungslinie wurde im Frühjahr 1933 gezogen, von beiden Konfliktparteien wiederholt bekräftigt und von seiten der katholischen Kirche prinzipiell respektiert. In seiner Verantwortung gegenüber diesem Staat schrieb sich der Volksverein offiziell eine neue Aufgabe zu: den Staat vor "unchristlichen Kräften" zu verteidigen. Das war aber die Aufgabe des Volksvereins seit seiner Gründung gewesen.

Die katholischen Verbände bezogen sich in ihren Kundgebungen unmittelbar auf die Kirche und vor allem unmittelbar auf den neuen Staat, anerkannten ausdrücklich die neue politische Ordnung in Deutschland und übergingen dabei das Zentrum, auf dessen politische Protektion sie schon im Frühjahr 1933 verzichten zu können glaubten. Dieser neue Konsens zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus wurde durch die katholische Kirche ausdrücklich gebilligt. Der Breslauer Erzbischof, Kardinal Bertram, informierte die katholi-

---

<sup>472</sup> MT vom 10.5.1933: Volksverein und neue Zeit. Ein Ruf des Volksvereins.

sche Öffentlichkeit im Mai 1933 über einen Briefwechsel zwischen ihm und Reichskanzler Adolf Hitler. Die Ergebnisse dieser Absprachen wurden in der "Germania" wiedergegeben. Danach erhob Bertram die eindringliche Forderung, "daß alle treu katholischen Kreise, Vereinigungen und Organisationen an den großen Aufgaben unserer Tage verantwortungsvoll und opferfreudig mitarbeiten und Entscheidungen nicht vor Verständigung mit ihren Zentralen fassen". Nach diesen Worten legte der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz großen Wert darauf, daß die Funktionsfähigkeit der zentralisierten katholischen Amtshierarchie in der Umbruchsituation des Jahres 1933 nicht beeinträchtigt wurde und die katholische Bevölkerung sich politisch nicht verweigerte:

"Keine Verzagtheit oder gar Auflösung, sondern opferfreudiges Schaffen."

Diese Aufforderung war für den Fortbestand katholischer Sozialmilieus unter den völlig veränderten politischen Verhältnissen von ausschlaggebender Bedeutung. Auf der anderen Seite habe der Reichskanzler in seinem Brief vom 28. April 1933 "größten Wert" darauf gelegt, "daß die Kirche ihre Kräfte im Volksleben entfaltet und sich wendet gegen die Gottlosenbewegung, gegen Bolschewismus, gegen Unsittlichkeit und Genußsucht." Für "die katholische Jugend, Jungmänner= und Jungfrauenvereine, die katholischen Standesvereine, Berufs= und Arbeitervereine" hielt Bertram somit die "ehrende Erklärung" des Reichskanzlers bereit, "daß bezüglich der katholischen Verbände, insoweit solche Verbände keine parteipolitisch dem jetzigen Regiment feindlichen Tendenzen pflegen, auch keine Absicht besteht, gegen sie vorzugehen". Hitler habe ausdrücklich bestätigt:

"Die Regierung wünscht nicht mit den beiden Kirchen Deutschlands Konflikte, sondern ein aufrichtiges Zusammenarbeiten zum Nutzen des Staates sowohl als auch zum Nutzen der Kirchen."<sup>473</sup>

Diese in der Presse veröffentlichten Passagen enthielten "in nuce" den politischen Konsens, auf den sich die nationalsozialistische Regierung und die katholische Kirche im April 1933 verständigten. Es war ein Abkommen auf Gegenseitigkeit. Bereits am 1. Mai 1933, dem neuen "Feiertag der nationalen Arbeit", zeigte er seine volle Funktionsfähigkeit auch im angepaßten katholischen Milieu Südoldenburgs. Oberhirtlich angeordnete Bittgottesdienste begleiteten die mit großem propagandistischen Aufwand inszenierten Feierlichkeiten am 1. Mai 1933. Weil "auch die Arbeit im Dienste der großen deutschen

---

<sup>473</sup> MT vom 19.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 203.

Familie und innerhalb des gemeinsamen deutschen Vaterhauses dadurch erst ihren höheren Adel und ihren wahren Ewigkeitswert erhält, daß sie Arbeit im Dienste Gottes und zu seiner Ehre wird", rief Generalvikar Meis in der Anweisung vom 24. April 1933 die Gläubigen der Diözese Münster eindringlich dazu auf, diesen Feiertag zugleich in weltlicher und kirchlicher Weise zu begehen. Deshalb werde verordnet, "daß in allen Pfarr-, Rektorats- und Klosterkirchen am 1. Mai zu einer den Gläubigen passenden Stunde ein feierliches Hochamt vor ausgesetztem Allerheiligsten gehalten wird". Vor dem sakramentalen Segen war "gemeinschaftlich das allgemeine Gebet zu verrichten, damit Gottes Güte unserem deutschen Vaterlande Schutz und Segen und neues wirtschaftliches Aufblühen schenken möge".<sup>474</sup>

Fast gleichzeitig stellte sich auch eine erste Welle der Ernüchterung ein, die sich noch öffentlich artikulieren konnte. Die Kundgebungen und Hirtenworte katholischer Oberhirten schwankten in den Wochen nach den folgenreichen März-Entscheidungen zwischen der wiederholten Beteuerung nationaler und politischer Loyalität und kritischen Äußerungen, die noch selbstbewußt auch das Leid von politisch Verfolgten ansprachen. Sie wurden ungehindert in der südoldenburgischen Presse veröffentlicht. In einer Kundgebung vom 10. April 1933 riefen die Oberhirten der Paderborner und Kölner Kirchenprovinz, zu der auch die Diözese Münster gehörte, zur Wachsamkeit und Solidarität mit den Verfolgten auf, betonten aber zugleich ihre uneingeschränkte nationale Loyalität:

"Erfüllt von heißester Liebe zu ihrem Vaterlande, dessen nationalen Aufstieg sie stets mit allen ihren Kräften fördern, sehen die Bischöfe mit tiefster Kummernis und Sorge, wie die Tage nationaler Erhebung zugleich für viele treue Staatsbürger und darunter auch für gewissenhafte Beamte unverdientermaßen Tage des schwersten und bittersten Leides geworden sind. Sie flehen zu Gott, der in unendlicher Liebe seinen eingeborenen Sohn zur Erlösung für alle Menschen dahingab, er wolle die Geschicke unseres vielgeprüften Volkes zum Guten wenden, wolle Haß und Zwietracht von ihm fernhalten, Frieden und Einigkeit, Wohlfahrt und Freiheit und den gebührenden Platz unter den Völkern der Erde ihm wiedergeben."<sup>475</sup>

Ebenso äußerten sich die Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz. In einer vom Freiburger Erzbischof Conrad Gröber unterzeichneten Kundgebung sicherten sie der nationalsozialistischen Regierung ihre uneingeschränkte Loyalität zu, bedauerten "deswegen aber auch alles, was das Ansehen unseres Vol

---

<sup>474</sup> MT vom 26.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 163.

<sup>475</sup> MT vom 11.4.1933.

kes und Vaterlandes vermindert und im eigenen Volke und bei den benachbarten Völkern den Schein der Härte und Ungerechtigkeit erweckt, wie es bei der sich leider mehrenden Beseitigung treuer Staatsdiener und verdienter arbeitswilliger Männer aus ihren bisherigen Aemtern der Fall ist".<sup>476</sup> Kardinal Bertram trug in seiner Funktion als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz Reichspräsident Hindenburg seine "ernsten Besorgnisse" schriftlich vor und bekräftigte "zugleich mit Ausdruck den aufrichtigen Wunsch" der deutschen Katholiken, "am nationalen Aufbau des Vaterlandes mit allen Kräften mitzuarbeiten".<sup>477</sup> Das Leid einzelner, das katholische Bischöfe durchaus teilten, konnte ihre politische Loyalität gegenüber dem Regime nicht erschüttern und sie nicht zum Widerruf bewegen. Die politische Akklamation des NS-Staates, den sie ihrer vorbehaltlosen Loyalität versicherten, war nach ihrem kirchenpolitischen Kalkül die Voraussetzung für die Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen und Forderungen gegenüber Staat und Regierung. An dieser Strategie hielt der deutsche Episkopat in seiner breiten Mehrheit bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland fest. Das gilt auch für den Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen. Der Rückzug auf die katholische Pastoral war bereits im April 1933 eine Voraussetzung dafür, daß sich katholische Amtsträger für politisch Verfolgte einsetzen konnten.

Anläßlich des Schulsonntags, der auf Geheiß der deutschen Bischöfe 1933 am 7. Mai begangen wurde, erinnerte die Vechtaer OV wenige Tage nach den Feierlichkeiten zum 1. Mai 1933 und der Zerschlagung der Gewerkschaften - der Freien ebenso wie der Christlichen - am 2. bzw. 3. Mai 1933 an die Erziehungszyklika Pius' XI. vom 31. Dezember 1929 und leitete aus ihr eine Botschaft ab, die den Anpassungswillen der katholischen Kirche an die veränderten politischen Verhältnisse in Deutschland unterstrich:

**"Christentum und Volkstum:** in dieser großen Synthese sehen wir Deutschlands Zukunft und neue Größe verbürgt."<sup>478</sup>

---

<sup>476</sup> MT vom 18.4.1933.

<sup>477</sup> Ebd. Kardinal Faulhaber hatte beim zuständigen Reichsstatthalter Erfolg mit seiner Bitte, "die Untersuchung für die in Schutzhaft Befindlichen so zu beschleunigen, daß wenigstens die Familienväter bis Ostern in ihre Familien zurückkehren können, oder doch den Schutzhäftlingen einen Osterurlaub vom Karfreitag bis zu den Osterfeiertagen zu gewähren". Außerdem wandte er sich im Namen der Freisinger Bischofskonferenz mit der Bitte an die Staatsregierung, für die Zellengefangenen wie für die Gefangenenlager eine regelmäßige Seelsorge einzurichten, "die in keiner Weise in die Untersuchung und Strafverfahren der staatlichen Behörden eingreife".

<sup>478</sup> OV vom 6.5.1933, auch zum folg.



Die Vechtaer OV zitierte aus dem Rundschreiben Abschnitte, in denen Pius XI. das staatliche Schulmonopol bestritt und für die katholische Kirche einen "von jedweder irdischen Macht" unabhängigen Erziehungsauftrag reklamierte. Diesen bewährten schulpolitischen Grundsätzen kam in der kritischen Situation des Jahres 1933 eine besondere politische Brisanz zu. Diese Komplikation versuchte die Vechtaer OV dadurch zu entschärfen, indem sie das Wort des Papstes als ein pastorales deklarierte und dazu aus der Enzyklika den Abschnitt zitierte:

"Wenn die Katholiken irgend eines Landes sich bemühen, die katholische Schule ihren Kindern zu sichern, so üben sie damit **nicht eine politische Parteitätigkeit** aus, sondern sie erfüllen eine unerläßliche **Gewissenspflicht ihrer Religion**. Den katholischen Eltern kommt es nicht in den Sinn, ihre Kinder **von der Volksgemeinschaft abzusondern und dem Geist der Nation** entfremden zu wollen, im Gegenteil, sie wollen ihnen eine möglichst vollkommene Erziehung angedeihen lassen, die auch das Staatswohl am meisten fördert."

Einem Ausgleich zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus stand nach den Worten der päpstlichen Enzyklika ebenfalls kein Hindernis entgegen, wenn sie das Verhältnis des Katholiken zu seiner Obrigkeit mit der Erklärung beachte:

"Der gute Katholik ist gerade deswegen, weil er die katholische Lehre befolgt, zugleich auch der beste Bürger, ein wahrer Patriot und ein treuer Untergebener der rechtmäßigen staatlichen Obrigkeit, ganz gleich, welcher Regierungsform dieselbe angehören mag."

Der gute Katholik war auch ein guter Staatsbürger, daran war auch in der Zeit des "Dritten Reiches" nicht zu zweifeln. So blieb der gute Katholik ein Bürger zweier Welten und wußte es nicht selten seinem Schicksal zu danken, wenn er sich zwischen ihnen nicht entscheiden mußte. Tiefgläubige Katholiken wie Clemens August Graf von Galen haben diesen weltanschaulichen Konnex auch immer existentiell begriffen und den daraus resultierenden Gewissenskonflikt durchlitten.

### **3.4.7. Das "Führerwort in ernster Zeit" des deutschen Episkopats vom 3. Juni 1933**

Die Welle der politischen Anpassung katholischer Vereine und Verbände bedeutete eine Reaktion auf die Entscheidungen und Kundgebungen hoher Würdenträger in der katholischen Kirche, die das Verhältnis zwischen dem deut

schen Katholizismus und dem Nationalsozialismus nach dem 23. März 1933 wesentlich entspannten. Angesichts dieser Entwicklung sah sich der deutsche Episkopat genötigt, eine allseits verbindliche politische Standortbeschreibung der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland vorzunehmen. Andernfalls drohte die Gefahr einer sukzessiven Auflösung des organisierten Katholizismus, einer Entkirchlichung, der es mit den Mitteln der Seelsorge vorzubeugen galt. Die deutschen Bischöfe mußten die vorauseilende Entwicklung möglichst rasch einholen, um die Kontrolle über sie nicht zu verlieren. Deshalb mußte die Zeit des Übergangs abgeschlossen werden: Für weiteres Taktieren war es zu spät.

Vor diesem politischen Hintergrund tagte die Fuldaer Bischofskonferenz vom 30. Mai bis zum 1. Juni 1933. Im Pfingsthirtbrief der deutschen Bischöfe vom 3. Juni 1933, der unter dem programmatischen Titel "Ein Führerwort in ernster Zeit" das Verhältnis zwischen dem politischen Katholizismus und dem Nationalsozialismus programmatisch zu klären versuchte, kam das unentschiedene Schwanken zwischen der ideologischen Abwehrhaltung, der Forderung nach einer Garantie für die fundamentalen Rechte und Freiheiten der Kirche und der Bejahung der neuen weltlichen Obrigkeit deutlich zum Ausdruck. In der Frage der Staatsautorität vertiefte das Hirtenwort den naturrechtlichen Standpunkt der katholischen Kirche und ordnete ihn in die lange Tradition der politischen Theologie ein. Damit unterstrich es die historische Kontinuität der politischen Ereignisse in der ersten Hälfte des Jahres 1933:

"Neben der gesteigerten Liebe zum Vaterland und Volk kennzeichnet sich unsere Zeit durch eine überraschend starke Betonung der Autorität und durch die unnachgiebige Forderung der organischen Eingliederung der Einzelnen und der Körperschaften in das Ganze des Staates. Sie geht damit vom naturrechtlichen Standpunkte aus, daß kein Gemeinwesen ohne Obrigkeit gedeiht und die willige Einfügung in das Volk und die gehorsame Unterordnung unter die rechtmäßige Volksleitung die Wiedererstarkung der Volkskraft und Volksgröße gewährleisten."<sup>479</sup>

Dieser Passus bekräftigte die Position vom 28. März 1933 und ordnete sie systematisch in die Tradition der kirchlichen Lehre ein, die seit dem 19. Jahrhundert gegolten hatte. Die politische Haltung der Katholiken, die von prinzipieller Loyalität gegenüber der jeweiligen Obrigkeit gekennzeichnet war, bedurfte auch unter den neuen politischen Verhältnissen keiner besonderen Revision:

---

<sup>479</sup> MT vom 14.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 244-247; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 541-546, auch zum folg.

"Wir deutschen Katholiken brauchen deswegen auch keine Neueinstellung dem Volk und Vaterland gegenüber, sondern setzen höchstens bewußter und betonter fort, was wir bisher schon als unsere natürliche und christliche Pflicht erkannten und erfüllten."

Während die deutschen Bischöfe eine breite Übereinstimmung mit ihren bisherigen Positionen feststellten, konnte die Regierung Hitler diese Worte als eine Loyalitätsbekundung des deutschen Katholizismus werten. An die Adresse der neuen Regierung gerichtet, bekannten sich die deutschen Bischöfe zu ihren politischen Zielen und stellten ihre Unterstützung in Aussicht, um nicht wieder - wie 1871 - in eine nationale Außenseiterrolle abgedrängt zu werden:

"Es fällt deswegen uns Katholiken auch keineswegs schwer, die neue, starke Betonung der Autorität im deutschen Staatswesen zu würdigen und uns mit jener Bereitschaft ihr zu unterwerfen, die sich nicht nur als eine natürliche Tugend, sondern wiederum als eine übernatürliche kennzeichnet, weil wir in jeder menschlichen Obrigkeit einen Abganz der göttlichen Herrschaft und eine Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes erblicken (Röm.13, 1ff.).

Auch die Ziele, die die neue Staatsautorität für die Freiheit unseres Volkes erstrebt, müssen wir Katholiken begrüßen. Nach Jahren der Unfreiheit unseres Volkes und der Mißachtung und schmachvollen Verkürzung unserer völkischen Rechte muß unser deutsches Volk jene Freiheit und jenen Ehrenplatz in der Völkerfamilie wieder erhalten, die ihm aufgrund seiner zahlenmäßigen Größe und seiner kulturellen Veranlagung und Leistung gebühren. [...]

Zu unserer großen Freude haben die führenden Männer des neuen Staates ausdrücklich erklärt, daß sie sich selbst und ihr Werk auf den Boden des Christentums stellen. Es ist das ein öffentliches feierliches Bekenntnis, das den herzlichen Dank aller Katholiken verdient. Nicht mehr soll also der Unglaube und die von ihm entfesselte Unsittlichkeit das Mark des deutschen Volkes vergiften, nicht mehr der mörderische Bolschewismus mit seinem satanischen Gotteshaf die deutsche Volksseele bedrohen und verwüsten."

Zentraler Ausgangspunkt der katholischen Lehrtradition in politischen Fragen blieb also Röm. 13. Mit dieser naturrechtlichen Staatstheorie, die sich auf die übernatürliche Autorität der reinen Schrift stützte und jeden Widerstand gegen die herrschende Staatsgewalt verwarf, mußte der deutsche Episkopat mit dem Hitlerstaat in schwere Konflikte geraten und um den Bestand der katholischen Volkskirche fürchten. Denn die Schriftstelle legitimierte keine Revolution, wohl aber die aus einer revolutionären Umwälzung hervorgegangene Staatsgewalt. Auf der Grundlage eines vorbehaltlosen politischen Bekenntnisses zum neuen Staat - nicht nur zur neuen Regierung, als dem legitimen Träger dieser neuen Staatsgewalt - forderten die deutschen Bischöfe in ihrem Pfingsthirtenbrief von der Reichsregierung mit Blick auf die laufenden Konkordatsverhandlungen die Garantie der katholischen "bona particularia". Dazu gehör

ten vor allem die konfessionelle Schule und Lehrerbildung, die katholischen Vereine und Verbände sowie die katholische Presse, Positionen, die Bausteine eines kulturpolitischen Programms waren, das die Oberhirten der deutschen Diözesen als "Verchristlichung" des politischen wie des öffentlichen Lebens propagierten:

"Die Verchristlichung des Menschen muß schon die Familie als die Volkszelle erfassen und sich in der Erziehung der jungen Menschen bekunden und bewähren. Da Verchristlichung für uns aber soviel bedeutet als Vermittlung von christlichen Grundsätzen und Kräften, scheidet die interkonfessionelle Erziehung grundsätzlich aus. [...] Aber auch der schulentlassene Mensch bedarf der sorgsamten Betreuung durch die Kirche. Sie ist eben keine Kleinfamilie, der das Kind mit den Jahren naturgemäß entwächst, um sich auf eigene Füße zu stellen, sondern eine lebenspendende, dauernde Gemeinschaft, aus der nicht einmal der Tod den Menschen völlig entläßt, denn wir glauben an die Gemeinschaft der Heiligen, die das Jenseits und Diesseits verbrüdert."

Das Ziel katholischer Sozialisation in Elternhaus und Schule war nicht die Emanzipation des Menschen und seine Entlassung in die Freiheit, sondern seine ewige Gotteskindschaft, die im Himmel und auf Erden beschlossen war und in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht den Gläubigen der Autorität der katholischen Kirche unterwarf. Das galt unverändert auch unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland. Mit diesen Erklärungen unsterklichen die Bischöfe den moralischen Fundamentalismus der katholischen Lehre, die über die rein kirchliche Sphäre hinaus "das ganze Leben des Menschen, das private und öffentliche zu durchdringen und mit ihren Lebenskeimen zu befruchten" suchte. Das hatte auch für die Weimarer Republik gegolten und war stets ein Grund gewesen, sich nicht vollends auf sie festzulegen. Die autokratische Stellung der katholischen Kirche und ihr moralischer Anspruch auf die Totalität des menschlichen Lebens mußte unausweichlich zu Konflikten mit dem nationalsozialistischen Machtanspruch führen.

Das "Führerwort in ernster Zeit" stellte die politische Gegenwart des Jahres 1933 nicht als ein Phänomen historischer Diskontinuität dar, sondern als Ausdruck von historischer Kontinuität, weil sie lang gehegte politische Zielvorstellungen der katholischen Kirche zu verwirklichen schien. In den kultur- und schulpolitischen Forderungen an die neue Regierung war nach ausdrücklichem Willen der katholischen Bischöfe "nicht etwa ein versteckter Vorbehalt dem neuen Staat gegenüber" zu sehen, sondern eher das Gegenteil. Dem "neuen Staat" sollten die Kräfte des deutschen Katholizismus "um keinen Preis" entzogen werden. Fest auf dem vertrauten Boden der naturrechtlichen Staatslehre stehend, sicherten die katholischen Bischöfe der neuen Regierung und dem

neuen Staat ihre vorbehaltlose Unterstützung zu, eine Haltung, die sie gegenüber der Weimarer Republik so niemals eingenommen und vor allem nicht ausgesprochen hatten:

"Ein abwartendes Beiseitestehen oder gar eine Feindseligkeit der Kirche dem Staate gegenüber müßte Kirche und Staat verhängnisvoll treffen."

Das oberhirtliche "Führerwort" ist ein wichtiges kirchenpolitisches Dokument des Jahres 1933, weil es in ausformulierter Form die zahlreichen Gemeinsamkeiten und wenigen Differenzen zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus abklärt.<sup>480</sup> Im Gegensatz zur Mehrheit im deutschen Episkopat äußerte Bischof Dr. Konrad Graf von Preysing Bedenken gegen eine vorbehaltlose politische Loyalitätsbezeugung und wollte an der bisher geübten Verurteilungspraxis festhalten. In einer Erklärung zur Bischofskonferenz vom 31. Mai 1933 forderte er:

"1. Ich bitte, in dem Hirtenwort (wie auch in den anderen Kundgebungen) kein Bekenntnis zur 'neuen Ordnung', zum 'neuen Staat' aufzunehmen. Begründung: Der neue Staat wird von seinen Schöpfern mit der nationalsoz. Partei gleichgesetzt. Er hat somit - wie diese - Grundlagen, die mit anderer Weltanschauung nicht vereinbar sind.  
2. Ich bitte, in das Hirtenwort grundsätzlich dogmatische und ethische Ausführungen einzufügen, die actu exercito, wenn nicht signato eine Verwerfung der Irrtümer in dogmatischer und ethischer Beziehung enthalten, die der Grund für die Verurteilung des Nationalsozialismus in den letzten Jahren waren."

Graf von Preysing vertrat die Ansicht, daß sich die katholische Kirche 1933 "in einer ähnlichen Gefahr" befinde "wie zur Zeit des Modernismus", als christliche Termini gebraucht und "zu gleicher Zeit ihres Inhalts beraubt" worden seien. Für die gegenwärtige Lage der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland sei eine genaue Prüfung der aktuellen Begriffe notwendig:

"Heute wird den Worten Gott, Christentum, Sittlichkeit, Recht ihr Sinn genommen und ihnen ein entleerter, besser gesagt, verdeckter Sinn gegeben."<sup>481</sup>

Durch das persönliche Beispiel Konrad Preysings wird deutlich, daß 1933 auch "eine klarere und entschiedenerere Haltung möglich gewesen wäre". Nach Auffassung von Paul Willenborg war Preysing "der einzige wirklich politische Kopf im Episkopat". Das in Aussicht gestellte Konkordat mit Hitler lehnte er ab

---

<sup>480</sup> MORSEY, Zentrumsparthei, S. 392f.

<sup>481</sup> Zit. b. MÜLLER, Kirche, S. 161.

und warnte vor Konzessionen an die Nationalsozialisten. Die politischen Ansichten von Bischof Preysing blieben 1933 in der Minderheit und waren für den deutschen Gesamt-Episkopat nicht repräsentativ.<sup>482</sup>

### 3.4.8. Der Rückzug auf die katholische Pastoral

Eine entscheidende Rolle in der politischen Strategie der deutschen Bischöfe in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus spielte 1933 die Entpolitisierung des deutschen Katholizismus und der Rückzug von Klerus, Vereinen und Verbänden auf katholische Seelsorge und Glaubensverkündigung. Davon erhofften sich die katholischen Oberhirten politische Schonung durch das Regime und das Überleben der katholischen Volkskirche unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft. Alternativen zu dieser politischen Konzeption schienen angesichts der kritischen Lage der katholischen Kirche kaum denkbar. Die "Pastoralen Anweisungen", die als Anhang zum "Gemeinsamen Hirtenbrief" vom 3. Juni 1933 verabschiedet wurden, setzten sich rückblickend mit der Kundgebung vom 28. März 1933 auseinander und versuchten, angefallene Komplikationen im Verhältnis zwischen dem Nationalsozialismus und dem Katholizismus zu klären. Die Konferenz sprach sich für den Abschluß eines Reichskonkordates aus und erklärte nach traditioneller indifferenter Auffassung zum Verhältnis von Politik und Religion kategorisch:

"Die Grundsätze der Pastoral werden von den Umstellungen des politischen Lebens nicht berührt."<sup>483</sup>

Damit lehnten die Oberhirten im nachhinein eine politische Rezeption der Kundgebung vom 28. März 1933 ab und besetzten Positionen, wie sie im späteren Reichskonkordat fixiert wurden. Die Entpolitisierung sollte die katholische Kirche vor der ideologischen und politischen Vereinnahmung durch die nationalsozialistischen Machthaber schützen. Das stellte ein in sich widersprüchliches Unterfangen dar. Was die Kundgebung vom 28. März 1933 anging, so wiesen die katholischen Bischöfe den weltlichen Klerus darauf hin, "daß die Gründe der ablehnenden Haltung des Episkopats gegenüber fehlsamen und bedenklichen Richtungen im Nationalsozialismus" eindeutig formuliert seien, und begrüßten es im allgemeinen, daß sich im März 1933 "ein Weg der Verständigung" zwischen der katholischen Kirche und dem Nationalsozialismus als

---

<sup>482</sup> WILLENBORG, Amboss, S. 22.

<sup>483</sup> DEUERLEIN, Katholizismus 3, S. 218f., auch zum folg.

"gangbar" erwiesen habe. Als "Aufgabe pastoraler Wachsamkeit" sahen es die Bischöfe an, "dahin zu wirken, daß nicht von neuem irreleitende Bestrebungen radikaler Kreise zur Verbreitung von weltanschaulichen Auffassungen führen, die mit den katholischen Glaubens- und Sittenlehren unvereinbar sind". Damit bestätigte die Fuldaer Bischofskonferenz einen weltanschaulichen Konflikt zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus, nicht aber einen genuin politischen:

"Die Bischöfliche Kundgebung erklärt ausdrücklich, daß es gegenüber dem Irrtum eine Duldung nicht gibt."

Die Entpolitisierung religiöser Praxis und kirchlichen Lebens, die von der Mehrheit des deutschen Episkopats unterstützt wurde, wurde im Sommer 1933 besonders in der brisanten Frage "Nationalsozialismus und katholische Vereine" deutlich. Auch hier nahmen die "Pastoralen Anweisungen" Positionen des Reichskonkordats vorweg. Sie stellten zu diesem Komplex fest, "daß sowohl die rein kirchlichen Vereine als auch die Standesvereine und Jugendorganisationen als solche keine politischen, sondern weltanschauliche Vereinigungen sind und bleiben müssen". Der deutsche Episkopat lehnte in dieser Frage Kompromisse gegenüber dem Nationalsozialismus ab und begründete seinen Standpunkt mit der nationalen Grundhaltung der katholischen Vereine, die auch stets von staatsbürgerlicher Bedeutung gewesen seien:

"Unsere katholischen Vereine haben von jeher, auch als sie in der Revolution von 1918 einsam standen und von kommunistischer Seite schwer bekämpft wurden, soziale und vaterländische Gesinnung gepflegt und die Erziehung der Jungmänner zu gewissenhaften Staatsbürgern auf sittlichen Grundlagen aufgebaut."

Für "das Läuten der Kirchenglocken anlässlich einer staatlichen oder politischen Feier" war die Erlaubnis des Diözesanbischofs einzuholen, für "die Zulassung von Nationalsozialisten zu den heiligen Sakramenten" sowie für die kirchliche Beerdigung von Nationalsozialisten galten "die gleichen kirchenrechtlichen Grundsätze wie für andere Katholiken" auch. Aufschlußreich für den 'unpolitischen' Politikbegriff des Episkopats war die diffizile Unterscheidung zwischen "politischen" Veranstaltungen auf der einen Seite und "vaterländischen" oder "staatlichen" auf der anderen Seite. Während die Teilnahme an "politischen" Veranstaltungen für die katholische Kirche und ihre Vereine ausdrücklich untersagt wurde, konnte ihre Beteiligung an "vaterländischen" Veranstaltungen gegebenenfalls toleriert werden. Für die Gottesdienstordnung galt dabei folgende Regelung:

"Von Gesuchen um Genehmigung von besonderen Gottesdiensten für politische und ähnliche Vereine möge tunlichst abgesehen werden, wenn nicht eine besondere allgemeine vaterländische Veranstaltung die Bitte rechtfertigt."

Die Scheidung zwischen "Vaterland" und "Politik" - sie ist schlechthin nicht möglich - war ein zentrales Kriterium im politischen Denken der katholischen Kirche im Jahre 1933, gab Grundlinien in ihrer Stellung zum Nationalsozialismus vor und ermöglichte schließlich das erzielte Einvernehmen zwischen dem deutschen Katholizismus und dem NS-Staat. Eine autoritäre deutsche Staatsführung, die die Überparteilichkeit der Regierung garantierte, bildete jenen ideologischen Konnex zwischen dem Nationalsozialismus und dem Katholizismus, der über den politischen Umbruch des Jahres 1933 historische Kontinuität garantieren sollte und dem deutschen Episkopat den theoretischen Rahmen für die Anpassung der katholischen Kirche an den NS-Staat zur Verfügung stellte. Über diese Brücke konnten die katholische Kirche und ihre Gläubigen in das "Dritte Reich" gehen; es war nunmehr in ihr Belieben gestellt.

### **3.4.9. Kirchenpolitische Zwischenbilanz vor dem Reichskonkordat**

Dem Hirtenwort vom 3. Juni 1933 haftete nichts Provisorisches mehr an. Die deutschen Bischöfe glaubten, in der nationalsozialistischen Bewegung und ihren Führern einen politischen Bundesgenossen im Kampf gegen die Moderne gefunden zu haben. Sie versprachen sich von dem autoritären System eine Verchristlichung von Staat und Gesellschaft, in deren Dienst die katholische Kirche ihre sittliche Macht und geistliche Autorität bereitwillig stellte. In diesem Kampf hatten die demokratischen Systeme versagt, weil sie sich den christlichen Normen gegenüber indifferent verhalten hatten. Sie waren ursächlich verbunden mit der 'entchristlichten' Welt und konnten deshalb zu ihrer Verchristlichung, zu ihrer Rechristianisierung, nur wenig beitragen und mußten versagen. Hitler hingegen, der Reichskanzler eines autoritären deutschen Staatswesens, hatte sich in seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 zu den christlichen Grundwerten in eindeutiger Weise bekannt.

Die Mehrheit des deutschen Episkopats entschied sich gegen einzelne Vorbehalte unter den extremen politischen Bedingungen in der ersten Hälfte des Jahres 1933 auf der Grundlage verbindlicher Positionen, die ihre politische Theologie enthielt, und nach Maßgabe erklärter kirchenpolitischer Zielsetzungen für eine bestimmte Haltung im politischen Umgang mit dem Nationalsozialismus; diese Haltung war nicht mehr situativ bedingt, sondern konzeptionell. Die ka



tholische Kirche in Deutschland hat ihre Aussöhnung mit dem nationalsozialistischen Deutschland in der ersten Hälfte des Jahres 1933 politisch zu verantworten. Entlastende Hinweise auf den eingeschränkten Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum in der besagten Zeitspanne bedürfen erheblich der historischen Relativierung. Der deutsche Episkopat und mit ihm große Teile der katholischen Basis hatten sich von der parlamentarischen Demokratie längst abgekehrt, als sie den neuen Staat bejahten und die Regierung Hitler als neue legitime Obrigkeit anerkannten. Sie sicherten der nationalsozialistischen Regierung ihre prinzipielle Unterstützung zu und klärten ihre Stellung im nationalsozialistischen Deutschland systematisch ab. Auf dem Weg, den der politische Katholizismus in Deutschland unter der autoritären Führung seiner Oberhirten ging und der ihn zum friedlichen Ausgleich mit dem NS-Regime führte, fanden die historischen Grundlinien seiner politischen Theologie ihre wirkungsvollste Bestätigung.

Der Pfingsthirtbrief der deutschen Bischöfe aus dem Jahre 1933 war darauf angelegt, den neuen Staat in seinen Grundlagen, nicht in jeder politischen Entscheidung, zu bejahen und die Gläubigen zur aktiven Mitarbeit an ihm anzuhalten. Die Bischöfe warnten die Regierung vor Übersteigerungen und Willkürmaßnahmen, die sich aus bestimmten Zügen der nationalsozialistischen Ideologie und Bewegung ergeben könnten; davor hatten sie auch schon vorher gewarnt. Sie erhoben die Freiheit von katholischer Kirche, Schule, Presse, Vereinen und Verbänden zu Forderungen, die politisch nicht zur Disposition standen; auch daran hatte sich nichts geändert. In der Geschichte der katholischen Kirche im "Dritten Reich" und in den zahlreichen bischöflichen Verlautbarungen ist eine Grundeinstellung des Episkopats zu erkennen, die politisches Handeln ganz überwiegend aus religiös-konfessionellen Beweggründen und Gesichtspunkten motivierte, den neuen Staat prinzipiell anerkannte und sich loyal für ihn einsetzte, solange dieser die Autorität der katholischen Kirche nicht berührte und ihre kulturpolitischen Interessen nicht verletzte.<sup>484</sup> Diese Grundsätze, die durchaus ambivalent waren, bestimmten auch die vom politischen Tenor her positiv angelegten Erklärungen katholischer Vereine und Organisationen, die in diesen Wochen an die Öffentlichkeit drangen. In dem Beschluß zur Frage der katholischen Jugendverbände beugte sich die Fuldaer Bischofskonferenz bereits am 31. Mai 1933 dem politischen Willen des neuen Staates und zeigte sich entschlossen, "die Jugend der Nation innerlich zu einigen, sie zu echtem deutschen Volkstum zu erziehen, sie für den opferbereiten

---

<sup>484</sup> BÖCKENFÖRDE, Stellungnahme, S. 93ff.

Dienst am Staat vorzubereiten", wies aber auch auf die Grenzen ihrer politischen Kompromißbereitschaft hin:

"Eine Staatsauffassung, nach der die gesamte Jugend ausschließlich vom Staat erfaßt und erzogen werden soll, innerhalb und außerhalb der Schule, in interkonfessioneller Gemeinschaft und eigener weltanschaulicher Prägung, lehnt die Kirche als mit der kirchlichen Lehre unvereinbar ab."<sup>485</sup>

Gleichzeitig setzten sich die Bischöfe für die Erhaltung der katholischen Jugendorganisationen und für "die Freiheit der Organisation und der Erfüllung ihrer Aufgaben" ein und wehrten sich gegen eine "Benachteiligung von Mitgliedern kirchlicher Jugendorganisationen in der Schule und im Arbeitsleben, namentlich auch in den staatlichen Formen des Jugenddienstes, Arbeitsdienst und Wehrdienst".<sup>486</sup> Die Anpassung der katholischen Kirche an das nationalsozialistische Regime hatte da ihre Grenzen, wo die Stellung der Kirche und die Belange der Seelsorge im weitesten Sinne betroffen waren. Durch diese Haltung setzte sich die Kirche bereits seit 1933 fortgesetzt der Not politischer Kompromittierung aus. Die Konkordatsverhandlungen lieferten dafür schon im Sommer 1933 ein anschauliches Beispiel.

Zu einer Zeit, als über die deutsche Zentrumspartei und die katholischen Vereine in Rom so gut wie entschieden war, kämpfte Ministerialdirektor Dr. Erich Klausener, der Vorsitzende der Katholischen Aktion im Bistum Berlin, auf dem 31. Berliner Katholikentag noch für das Überleben der katholischen Kirche im "Dritten Reich". In seiner Festrede in der "Stunde des Bekenntnisses zu Volk und Kirche", die nach der Eucharistiefeier im Grunewaldstadion begangen wurde, ermahnte er die Katholiken, ihre Kirche und ihre Religion nicht aufzugeben, sondern im Leben zu bezeugen:

"Religion ist Leben. Daher stellt auch der gewaltige Umbruch und Aufbruch der deutschen Nation dem deutschen Katholiken große Aufgaben; um so mehr, weil ja nach dem Willen des Kanzlers und Führers Hitler die christliche Konfession die Grundlage des sittlichen und moralischen Lebens des Volkes sein soll. **Opfermut und Heroismus, die heute unser Volk bekennt, sind die Wurzeln der katholischen Kirche.** Pflegestätte solcher religiösen und vaterländischen Gesinnung sind die katholischen Standesvereine, um deren Erhaltung die katholische Welt leidenschaftlich sich bemüht. Sie können niemals Staatsfeinde sein. Sie wollen für Kirche und Vaterland

---

<sup>485</sup> MT vom 22.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 258f.

<sup>486</sup> MT vom 22.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 258f.: Die Bischöfe und die katholischen Jugendorganisationen. Der Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz vom 31. Mai 1933.

---

sittlich gefestigte Persönlichkeiten, verantwortungsbewußte deutsche Männer und Frauen erziehen, die für Volk und Vaterland Wertvolles leisten."

In Anwesenheit des päpstlichen Nuntius Cesare Orsenigo, der "unter Glockenklängen und Posaunenschall" von "weißgekleideten Mädchen, 200 Ministranten und zahlreichen Geistlichen zum Altar in die Mitte der Arena geleitet" wurde, "wo ein Thron für ihn errichtet war", bezeichnete Domprediger Marianus Vetter Papst Pius XI. vor über 40 000 versammelten Gläubigen als den "Johannes des 20. Jahrhunderts" und rief "alle Menschheit auf zu Welt-erneuerung durch eine neue Königsherrschaft Christi." An der loyalen Haltung der katholischen Kirche gegenüber der neuen politischen Führung bestand nach den Worten Veters kein Zweifel. Er erklärte zur gemeinsamen politischen Mission aller Christen unter den neuen politischen Verhältnissen in Deutschland:

"Das deutsche Volk, das ehemals das Leitvolk der Christenheit sein durfte, habe eine Aufgabe als Vorläufervolk zu erfüllen. Die deutschen Katholiken sollten in seelischer Verbundenheit mit den evangelischen Volksgenossen die Parole lebendig machen: 'Deutschland erwache - Christus entgegen!'"<sup>487</sup>

Dr. Erich Klausener, Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium, begrüßte Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund, der große Popularität genoß. Zusammen mit Kapitularvikar Paul Steinmann telegraphierte er am 15. Oktober 1933 im Namen der Katholischen Aktion in Berlin an den Reichskanzler:

"In den Schicksalsstunden der Nation treten die Katholiken des Bistums Berlin in unerschütterlicher Liebe zum Volk und Vaterland geschlossen hinter den Führer und Kanzler in seinem Kampf für die Gleichberechtigung und die Ehre der Nation und die Wiederherstellung eines gerechten Friedens unter den Völkern."<sup>488</sup>

Eine politische Kursänderung der katholischen Kirche gegenüber dem neuen Staat stand zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht mehr zur Diskussion. Die Haltung der deutschen Bischöfe war 1933 von dem illusionären Versuch gekennzeichnet, das neue Regime "durch aktive Mitarbeit von innen zu lenken". Dieses Bemühen verkannte den totalitären Charakter der nationalsozialistischen Bewegung. Die politische Konzeption der deutschen Oberhirten offenbarte "eine gewisse Doppelseitigkeit", die für die Gläubigen persönliche Gewissensnot und tragische Konflikte auslösen konnte. Aus der Einstellung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat, wie sie in den "Pastoralen An

---

<sup>487</sup> MT vom 28.6.1933.

<sup>488</sup> SCHOLDER, Kirchen 1, S. 638.

weisungen" formuliert wurde, ergaben sich für den einzelnen Katholiken unvermeidbare Zielkonflikte, die im Raum des katholischen Milieus im günstigsten Fall kollektiv, ansonsten aber individuell bestritten und ausgetragen werden mußten.<sup>489</sup> Das war die Stunde katholischer Opposition und katholischen Widerspruches, dessen politische Ursachen in der Zerstörung des deutschen Rechts- und Verfassungsstaates im Jahre 1933 zu suchen sind. Daran änderten auch die im Reichskonkordat enthaltenen Vereinbarungen über die Stellung der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland nur wenig. Die Pfingsttagung der Fuldaer Bischofskonferenz leitete das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland ein, das mit der Selbstauflösung der Zentrumspartei endgültig vollzogen wurde. Für sie hatten die Bischöfe kein Wort mehr eingelegt.

### **3.5. Das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland**

Der Totalitarismus der nationalsozialistischen Revolution beendete die demokratische Konstitution der Weimarer Republik, indem er den Rechts- und Verfassungsstaat aufhob und das Prinzip der Gewaltenteilung außer Kraft setzte. Damit vollstreckte er auch das Erbe jener politischen Theologie, die eine vermeintliche Alternative - einen deutschen Sonderweg - zum politischen Rationalismus der aufgeklärten westlichen Gesellschaften aufzeigen sollte. Sie war aber nicht mehr als eine politische Ersatzformel, die an die Stelle eines emanzipierten Politik-Begriffs trat. Der Niedergang des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1933 bedeutete auch das Ende der politischen Theologie. Politik und Theologie müssen seitdem als voneinander unabhängige geistige Kategorien gedacht werden, was vorher nicht der Fall war. Das Jahr 1933 setzte in historischer Hinsicht jene prinzipielle Trennung von Politik und Glauben zugunsten der Politik durch, die der deutsche Katholizismus seit dem Anbruch der Moderne ständig verweigert hatte. Das ist auf den ersten Blick ein paradoxes Resultat der nationalsozialistischen Vergangenheit, das die katholische Geschichtsschreibung nach 1945 erst nach und nach zur Kenntnis nehmen konnte. Das Ende des Zentrums lag auf der politischen Linie, die der deutsche Episkopat mehrheitlich gegenüber dem NS-Staat verfolgte. Die Zentrumspartei verlor nach den März-Entscheidungen 1933 zusehends ihre Funktion als Vertreterin kirchlicher Interessen und konfessioneller Rücksichten.

---

<sup>489</sup> BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 46.

### 3.5.1. Die Selbstaflösung der Deutschen Zentrumspartei

Die Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland fand mit der Selbstaflösung der Deutschen Zentrumspartei am 5. Juli 1933 ihren Abschluß. Als "Verfassungspartei" hatte das Zentrum 1918 den Boden der parlamentarischen Demokratie betreten, und als "Verfassungspartei" hörte es im Sommer 1933 auf zu existieren, nachdem es am 23. März 1933 wesentlich dazu beigetragen hatte, die neue politische Ordnung in Deutschland faktisch zu legitimieren. In ihr waren keine Parteien außer der NSDAP vorgesehen. In diesem Sinne entbehrte die Selbstaflösung der Zentrumspartei keiner inneren Logik, zumal sich die katholische Kirche in den Konkordatsverhandlungen darauf vorbereitete, die "cura religionis" in Zukunft selbst zu verwalten und zur Wahrnehmung dieser Aufgabe auch ohne parteipolitische Vermittlungsinstanzen, die für das demokratische Repräsentativsystem notwendig sind, auszukommen. Dafür sprach, daß zahlreiche Kundgebungen aus dem deutschen Episkopat und dem katholischen Verbands- und Vereinswesen seit dem 23. März 1933 die Zentrumspartei übergangen und sich unmittelbar auf den neuen Staat bezogen und das Reichskonkordat, das am 8. Juli 1933 - drei Tage nach der Selbstaflösung der Zentrumspartei - paraphiert wurde, das Zentrum zur Disposition stellte.<sup>490</sup> Der Rücktritt Kaas' vom Parteivorsitz und die Wahl Brünings auf einer Versammlung von Parteivorstand, Reichstagsfraktion und der Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses am 5./6. Mai 1933 in Berlin leitete die letzte Etappe in der Geschichte der deutschen Zentrumspartei ein.<sup>491</sup> Brüning erhielt quasi "diktatorische" Vollmachten für die Reorganisation der Zentrumspartei in personeller und sachlicher Hinsicht, ein Vorgang, der "die lange erwartete entschlossene Hinwendung zum Führerprinzip" zum Ausdruck brachte.<sup>492</sup> Die Cloppenburg MT charakterisierte Brüning als den neuen "Führer in der Zentrumspartei" mit einem Bekenntnis zum "Totalen" in der deutschen Geschichte, dem sich auch der katholische Volksteil zur Verfügung zu stellen habe. Offen sei nur noch die Frage nach der Form, in der diese politische Arbeit zu leisten sei:

---

<sup>490</sup> JUNKER, Zentrumspartei, S. 217ff. Die Bayerische Volkspartei (BVP) löste sich am 4. Juli 1933 selbst auf.

<sup>491</sup> MT vom 6., 8.5.1933.

<sup>492</sup> MORSEY, Zentrumspartei, S. 383-386.

"Der Grundzug der geradezu schicksalhaften Auseinandersetzung innerhalb der Zentrumsinstanzen ist durch die Notwendigkeit charakterisiert, dem Staate die einzige und geschlossene Kraft des deutschen Katholizismus zur Verfügung zu stellen. Das Zentrum als ein starker und gewichtiger politischer Standort deutscher Katholiken steht vor der Frage, in einer Zeitentwicklung, die zum Totalen auch im Parteiwesen drängt, der Nation vom Geistigen, Ethischen und Weltanschaulichen her die in ihm tätigen so ungemein wertvollen und für den nationalen Wiederaufbau unentbehrlichen Kräfte nutzbar zu machen. In welcher Weise das geschieht, unterliegt noch den letzten Entschlüssen, die nicht zum geringsten auch die äußere Ausdrucksform, unter der künftig in dem eben bezeichneten Sinne gearbeitet werden soll, zu klären haben werden. Der deutsche Katholizismus und die Zentrumsparterie als eine starke Vertretung der katholischen Kräfte im Volke sind willens, getreu der Christen- und Gewissenspflicht dem Staate und dem Volke zu dienen und alles einzusetzen, was zum Heile der Nation gereichen kann."<sup>493</sup>

Die letzte Aufgabe des Zentrums sah die Cloppenburg MT darin, den deutschen Katholizismus unter Wahrung seiner kirchlich-religiösen Rechte und Freiheiten in die politische Zukunft des "Dritten Reiches" zu führen und ihm darin einen angemessenen Platz zu sichern. Für eine politische Vertretung des katholischen Volksteils bestand kein Bedarf mehr. Es durfte 1933 auf keinen Fall der Eindruck entstehen, als wolle sich der deutsche Katholizismus lieber neben als in der deutschen "Volksgemeinschaft" plazieren. Am 17. Mai 1933 stimmte das Zentrum im Reichstag Hitlers Erklärung über die deutsche Forderung nach internationaler Gleichberechtigung in der sog. "Friedensrede"<sup>494</sup> zu und einen Tag später im preußischen Landtag dem von Ministerpräsident Göring eingebrachten Ermächtigungsgesetz gegen die Stimmen der SPD.<sup>495</sup> Der

---

<sup>493</sup> MT vom 6.5.1933.

<sup>494</sup> MT vom 18.5.1933: Deutschland will Frieden. Die große außenpolitische Rede des Reichskanzlers Hitler. In seiner "Friedensrede" unterstrich Hitler die Forderung nach einer Revision des Versailler Vertrages, Deutschlands Willen zur Abrüstung und das Versagen des Völkerbundes, dem Deutschland nur bei voller Gleichberechtigung weiterhin angehören könne. Den Sinn der "Nationalen Revolution" faßte Hitler vor dem Reichstag in drei Punkten zusammen: "1. Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau eines die verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volksstaates [...]. 2. Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionennarmee unserer bedauernswerten Arbeitslosen in die Produktion. 3. Die Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, getragen von dem Vertrauen und Willen der Nation, die dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber vertragsfähig macht." Die Erklärung Hitlers wurde von allen Parteien gebilligt. Die "Germania" kommentierte die Rede mit den Worten: "Es ist nichts mit der lügnischen Verleumdung von einem kriegs- und revanchelustigen waffenstarrenden Deutschland. Dieses Deutschland will aufrichtig den Frieden und ist bereit, noch weitere Opfer für ihn zu bringen. Das Ausland hat nun das Wort."

<sup>495</sup> MT vom 19.5.1933: Regierungserklärung in Preußen. Annahme des Ermächtigungsgesetzes. In seiner Regierungserklärung unterstrich Göring, daß der Dualismus Preußen - Reich, der "seit

Hirtenbrief der katholischen Bischöfe vom 3. Juni 1933 klärte in pastoraler Verantwortung und in gebotener Ausführlichkeit die Beziehung der katholischen Kirche zum "Dritten Reich" und gestaltete sie in politischer Hinsicht positiv. Das Wort der deutschen Bischöfe hatte eine Welle von Austritten aus dem Zentrum ausgelöst. Die Konkordatsverhandlungen in Rom, die auf ein Verbot der politischen Betätigung von Geistlichen hinausliefen, die Gleichschaltung der Länder und die zunehmende Isolierung katholischer Vereine und Jugendverbände stellten die Weichen für die Selbstauflösung des deutschen Zentrums am 5. Juli 1933.<sup>496</sup> Als Ende Juni 1933 der Ausschluß der SPD-Abgeordneten aus dem Oldenburger Landtag bekanntgegeben wurde, rechneten die "Nachrichten" aufgrund "Berliner Meldungen" bereits mit einem Verbot des Zentrums, "was jedenfalls auch nicht ohne Rückwirkung auf Oldenburg bleiben dürfte".<sup>497</sup> Die Abschlußkundgebung der Reichsparteileitung an die Presse rekapitulierte noch einmal jene nationalen Grundsätze, die dem deutschen Katholizismus den Weg in das "Dritte Reich" gewiesen hatten und seinen Platz im nationalsozialistischen Staat nunmehr bestimmten:

"Das Deutsche Zentrum ist nicht mehr.

Sein Rücktritt vom Schauplatz der politischen Geschichte erfolgt wie seine Geburt vor nunmehr sieben Jahrzehnten unter den Stürmen einer neuen Zeit.

Fest und tief in katholischen Volksteil verwurzelt und auf seine Volksverbundenheit oft hart erprobt, hat das Zentrum stets vermocht, Millionen Deutscher mit Achtung vor der Obrigkeit, mit Liebe zum Vaterlande, mit Respekt vor der Ueberzeugung der Mitmenschen zu einem Staatsbürgerbewußtsein zu erziehen, das auch für das neue Reich von unermeßlichem Vorteil ist.

Diese zur Staatstreue und zu selbstlosem Dienst am Volksganzen erzogenen Millionen sind ein so wertvolles Element im Gemeinschaftsleben, daß sie auf die Dauer nicht übersehen werden können, noch übersehen werden wollen, wenn es gilt, die Volkskräfte unauflöslich ineinander zu schweißen und Staat und Volk gegen die feindlichen Mächte der Zersetzung zu schützen.

Im ehrlichen Streben, am Neubau des Staates und der Volksgemeinschaft mitzuwirken, dürfen und werden sich die ehemaligen Zentrumsleute auch heute von niemand übertreffen lassen.

Die Stunde des Abschieds sei eine Stunde ehrfurchtvollen Gedenkens an unsere großen Führer und aufrichtigen Dankes an alle, die treu zur alten Fahne gestanden haben.

---

den unglückseligen Novembertagen 1918" zur "Zerreißung Deutschlands, zur Scheidung der deutschen Reichspolitik und zur Verminderung der preußischen Belange" geführt habe, nunmehr endgültig überwunden sei. Franz von Papen war am 7. April 1933 als Reichskommissar für Preußen zurückgetreten. Hitler ernannte in seiner Eigenschaft als Reichsstatthalter für Preußen den bisherigen kommissarischen preußischen Innenminister, Hermann Göring, am 11. April 1933 zum neuen preußischen Ministerpräsidenten. (MT vom 12.4.1933)

<sup>496</sup> MORSEY, Zentrumsparlei, S. 388-402.

<sup>497</sup> MEYER, Macht, S. 79: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 28.6.1933.

Wenn wir jetzt den zeitbedingten Rahmen der Partei lösen, so tun wir das in dem festen Willen, auch weiterhin dem Volksganzen zu dienen, getreu unserer stolzen Überlieferung, die stets Staat und Vaterland über die Partei gestellt hat. Heil Deutschland!"<sup>498</sup>

Die politischen Konflikte wurden in dieser Abschiedsformel verschwiegen, waren aber vorprogrammiert und für viele Katholiken schon Alltagserfahrung geworden. Die Problematik des Zentrums lag in dem weltanschaulich-religiös begründeten Legalismus der traditionellen "Verfassungspartei", die seit ihrer Gründung "jeder etablierten Ordnung" als stabilisierender Faktor gedient, aber sie im Ernstfall nicht verteidigt hatte.<sup>499</sup> Die Aufrufe zur positiven politischen Mitarbeit, die das Zentrum an die katholische Öffentlichkeit richtete, bedeuteten in diesem Sinne "keine prinzipielle Option für den Führerstaat, sondern die faktische Anerkennung der neuen Ordnung". Dieser Grundgedanke bestimmte - exakter als in der Abschlußkundgebung - auch den politischen Tenor des Auflösungsbeschlusses, den die Reichsleitung des Zentrums ebenfalls am 5. Juli 1933 veröffentlichte:

"Die politische Umwälzung hat das deutsche Staatsleben auf eine völlig neue Grundlage gestellt, die für eine bis vor kurzem mögliche parteipolitische Betätigung keinen Raum mehr läßt. Die Deutsche Zentrumsparlei löst sich daher im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler Hitler mit sofortiger Wirkung auf.

Mit dieser Auflösung gibt sie ihren Anhängern die Möglichkeit, ihre Kräfte und Erfahrungen der unter Führung des Herrn Reichskanzlers stehenden nationalen Front zur positiven Mitarbeit im Sinne der Festigung unserer nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und zur Mitwirkung am Neuaufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen. [...].<sup>500</sup>

Den Mandatsträgern im Reichstag, in den Landtagen und in den kommunalen Körperschaften wurde hinsichtlich der Beibehaltung ihrer Mandate "völlige Entschlußfreiheit" zugesichert. Die Mitglieder der bisherigen Zentrumsfraktionen traten also nicht geschlossen als Hospitanten in die Fraktionen der

---

<sup>498</sup> MT vom 6.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 284; MORSEY, Zentrumsparlei, S. 440f.: Dokument Nr. 21.

<sup>499</sup> JUNKER, Zentrumsparlei, S. 234f.

<sup>500</sup> MT vom 6.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 284; MORSEY, Zentrumsparlei, S. 439f. (Dokumente Nr. 20). Heinrich Brüning faßte diesen Grundgedanken in seinen Erinnerungen in dem Satz zusammen: "Schließlich kann man mit jeder Verfassung und jedem Wahlsystem regieren und dauernde Erfolge erzielen, wenn im Volke und bei der Regierung gewisse Traditionen der Verantwortung für das Gemeinwohl bewußt bleiben, die als ein verfassungsrechtliches 'depositum fidei' ein stärkeres Bollwerk gegen den Mißbrauch der Regierungsgewalt sind als alle verfassungsmäßigen Grundregeln." (BRÜNING, Memoiren, S. 52)



NSDAP über. Zum Verbindungsmann der bisherigen Zentrumsfraktion im Reichstag bei der Reichstagsfraktion der NSDAP wurde Dr. Albert Hackelsberger bestellt. Morsey sieht die Gründe für den Niedergang der "traditionsreichen Partei, die an keiner Stelle auch nur den Willen zum Widerstand erkennen ließ", vor allem im naiven Vertrauen gegenüber "Hitler als der rechtmäßigen, 'gottgegebenen' Autorität sowie dem Retter vor dem angeblich drohenden Bolschewismus" und in der Entpolitisierung der Konfliktsituation, von der man sich "eine neue Blüte des von äußeren Fesseln und parteilichen Erwägungen befreiten Katholizismus" erhoffte.<sup>501</sup> Die Selbstauflösung des Zentrums am 5. Juli 1933, die Berufung des Osnabrücker Bischofs Berning zum Preußischen Staatsrat am 11. Juli 1933 und der Abschluß des Reichskonkordats am 20. Juli 1933 waren Ausdruck einer imponierenden "Hochstimmung im katholischen Lager" im Sommer 1933 und beschleunigten den Wechsel von Zentrumsanhängern in den politischen Raum des NS-Staates. Am 7. Juli 1933 faßte Karl Bachem die historische Bedeutung der Selbstauflösung der deutschen Zentrumspartei in den einfachen Sätzen zusammen:

"Nun beginnt also ein neuer Abschnitt in der Geschichte des deutschen Katholizismus. Der politische Katholizismus, wie er im Zentrum dargestellt war, ist nicht mehr."<sup>502</sup>

### 3.5.2. Das Ende der politischen Theologie

Der Erfolg von Hitlers politischer Strategie zur Überwindung der katholischen Opposition läßt sich an einem längeren akademischen Vortrag belegen, der der geistigen Mitte des politischen Katholizismus im Jahre 1933 entstammte. Im Juli 1933 bekannte sich die Theologische Fakultät Münster, die auch für die Ausbildung des südoldenburgischen Klerus zuständig war, unter der Führung des jungen Dogmatik-Professors Michael Schmaus zur politischen Herrschaft des Nationalsozialismus. Die Rede, die Universitätsprofessor Schmaus an der theologischen Fakultät Münster gegen Ende des Sommersemesters 1933 hielt, ist ein denkwürdiges Zeugnis für das Scheitern der politischen Theologie in Deutschland. Die ungewöhnlich umfangreiche Darstellung des erst im Frühjahr 1933 nach Münster berufenen Professors Michael Schmaus bezeichnete der "Münsterische Anzeiger" euphorisch als "einen Vortrag von richtunggebender Bedeutung, nicht nur für die katholischen Theologiestudenten, sondern für

---

<sup>501</sup> MORSEY, Zentrumspartei, S. 412.

<sup>502</sup> Ebd., S. 452.

jeden deutschen Katholiken, der es mit seiner Arbeit für das neue Deutschland ernst meint". Die Rede von Schmaus wurde unter dem Titel "Katholischer Glaube und nationalsozialistische Weltanschauung" am 14. Juli 1933 in der "Münsterländischen Tageszeitung" als auszugsweiser Abdruck des "Münsterischen Anzeigers" veröffentlicht. Die programmatischen Ausführungen des Münsteraner Theologen sind für das Verständnis der politischen Kultur unmittelbar vor der Unterzeichnung des Reichskonkordates ein akademisches Schlüsseldokument. Durch sie wurde deutlich, daß die katholische Theologie an der Universität Münster im "Dritten Reich" angekommen war und die Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland nach den Worten von Schmaus im Jahre 1933 zu ihrer Erfüllung gefunden hatte:

"Unaufhaltsam sinkt eine große Epoche abendländischer Geschichte ins Grab. Die sie beherrschenden Mächte waren Liberalismus, Individualismus, Rationalismus.

**Die nationalsozialistische Bewegung ist der lauteste und stärkste Protest dagegen, sie setzt ihnen entgegen die hohen Güter der Bindung an naturgegebene Wirklichkeiten und Ordnungen.**

Organismus, Ordnung, Gemeinschaft sind die Grundpfeiler der nationalsozialistischen Weltanschauung. Der Gegensatz zu der entschwindenden Zeit ist ein vollständiger. Die nationalsozialistische Weltanschauung und die liberalistische Weltanschauung stehen sich gegenüber wie Natur und Unnatur. Die nationalsozialistische Bewegung wäre ihres tiefsten Sinnes beraubt, wenn sie zur Ruhe käme, bevor an die Stelle der bisherigen Geistigkeit die ihre gesetzt wird. Die nationalsozialistische Weltanschauung ist die Vollendung der um die Jahrhundertwende entstehenden Fronten gegen den Liberalismus und zugleich der machtpolitische Garant ihres Sieges. Ihren höchsten Gegenstand findet die organische Weltauffassung, die Ganzheitsbetrachtung in dem aus Blut und Boden, aus Schicksal und Aufgabe gewachsenen Volk. Während das liberalistische Zeitalter nur den Staatsbürger kannte, kennt unsere Zeit den Volksgenossen, mag er diesseits oder jenseits der staatlichen Grenzen leben. [...]

Der Reichskanzler sagte: Sozialismus ist nichts anderes als die natürliche Ordnung eines Volkes nach seinen angeborenen Fähigkeiten. Durch diese organische Auffassung der Gemeinschaft, durch die Betonung des Rechtes der Einzelpersonlichkeit trotz strengster Einordnung in die Gemeinschaft unterscheidet sich der Nationalsozialismus innerlich und wesentlich vom russischen Kollektivismus, welcher den Menschen nur als eine Nummer in der Masse betrachtet und daher der liberalistischen Unnatur nur eine andere, die kollektivistische gegenüberstellt. Größte Förderung läßt der Nationalsozialismus der Familie, der natürlichen Regenerationszelle des Volks angedeihen. Ein Ausdruck seiner organischen Betrachtung ist sein Wille, die klassenkämpferisch zerrissene Gesellschaft durch die ständische Gliederung wieder zur Einheit zusammenzufügen.

**Zu diesen Ideen (Gemeinschaft, Volk, Bindung, Autorität) hat der Katholik auf Grund seines Glaubens eine durch und durch positive Einstellung; er muß sie haben, wenn er nicht aufhören will, Katholik zu sein.**

[...] Vor beinahe 70 Jahren schleuderte Papst Pius IX. seinen Bannfluch gegen den Liberalismus und Individualismus. So sehr damals die Kirche als fortschritts= und kulturfeindlich verlacht wurde, so blieb diese Gegnerschaft doch die grundsätzliche Haltung der Katholiken, mochte auch für den politischen Katholizismus die Durchsetzung dieser Ideen im taktischen Hin und Her des Alltags zu manchen Zeiten außer Reichweite liegen. Der katholischen Lehre ist die Bindung an die Wirklichkeit, an Gemeinschaftsordnungen so wesentlich, daß eine ideenmäßige Aussöhnung mit dem Liberalismus eine Aufgabe ihres eigenen Wesens wäre. Letzten Endes bejaht der Katholik alle naturgemäßen Ordnungen, weil er an den Schöpfer Gott glaubt. Unter den Wirklichkeiten und Ordnungen hat jede ihren Klang. Nichts ist unkatholischer als eine extrem demokratische Wertung. Gott gab zwar jedem Ding einen Wert, aber nicht jedem den gleichen. Für die naturgewachsenen Gemeinschaften hat die Kirche um so mehr Verständnis, als sie selbst eine geheimnisvolle Gemeinschaft ist (corpus Christi mysticum), von welcher die Organisation der Kirche nur den äußeren Ausdruck darstellt. Auf Grund ihres Schöpfungs= und Vorsehungsglaubens bejaht sie die Volksgemeinschaft.

[...] Naturgemäß ist bei jedem Volke die Offenbarung Gottes in die Farbe seines Volkstums getaucht. Jedes Volk bedarf der Ergänzung durch die Kirche. Denn die Glieder des Volks sind erbsündige Menschen, die nicht zur Vollendung ihres Menschentums kommen können ohne die Gnade Gottes, und die Kirche bedarf des Volkes, weil von der kräftig entwickelten völkischen Eigenart das Gedeihen und Blühen des gesamten kirchlichen Organismus abhängig ist. Die Kirche anerkennt den Staat als eine aus der menschlichen Gesellschaft herauswachsende Realität.

**In der katholischen Lehre von der Erbsünde liegt das Recht und die Notwendigkeit einer starken Autorität begründet. Die menschliche Freiheit ist infolge der Schwäche und Unvollkommenheit der menschlichen Natur vom Mißbrauch bedroht und bedarf daher des starken Dammes einer klaren und energischen Führung. Der Katholik hat die Gewissenspflicht, dem konkreten Staat mit dem Einsatz aller seiner Kräfte entschlossen und opferbereit zu dienen.**

Das Wohl des Staates steht über dem Nutzen des einzelnen. Das eben abgeschlossene Konkordat grenzt die Sphären des Staates und der Kirche sorgfältig ab und trägt damit wesentlich zur Harmonie zwischen Staat und Kirche bei. Der Katholik muß immer klarer Wesentliches von Unwesentlichem scheiden. Eine letzte Begegnung zwischen Staat und Kirche liegt in dem Zusammentreffen von Rationalem und Irrationalem. Die nationalsozialistische Bewegung ist nicht ein Verstandesprodukt, sondern etwas aus menschlichen Urtrieben Kommendes, will jedoch in eine neue Ordnung der ratio hinführen. Sie wird so Denken und Erleben zugleich. Der katholische Glaube ist von Gott herabsteigendes, vom Geist erhelltes Leben. Ausdruck dieses irrationalen Momentes sind die religiösen Symbole, für die heute ein neues Verständnis anbricht."<sup>503</sup>

---

<sup>503</sup> MT vom 14.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 301f.

Die Rede von Schmaus wurde nach der Paraphierung des Reichskonkordats durch Papen und Kardinalstaatssekretär Pacelli am 8. Juli 1933 - mit der Paraphierung war noch keine Veröffentlichung des Vertragstextes verbunden gewesen - und vor der Unterzeichnung des Vertragswerkes, die für den 20. Juli 1933 vorgesehen war, gehalten. Sie ist in einem politischen Kontext angesiedelt, der durch die März-Entscheidungen und durch die Selbstauflösung des Zentrums am 5. Juli 1933 gekennzeichnet ist. Die politische Stimmung, die aus den öffentlichen Darlegungen spricht, ist nicht nur vom Geist nationaler Aussöhnung von NS-Staat und katholischer Theologie geprägt, sondern auch von einer unsicheren und erwartungsvollen Spannung. Die theologische Rede thematisierte unter antirepublikanischem Vorzeichen langfristige Traditionen und Mentalitäten im politischen Denken des deutschen Katholizismus seit dem 19. Jahrhundert und bescheinigte ihnen eine unerwartete politische Aktualität. Das nationale Pathos und die aufdringliche Rhetorik unterstützen die appellative Funktion des Textes, der eine Mischung aus religiöser Unterweisung und politischer Rede darstellt. Die Veröffentlichung dieses akademischen Vortrags in der lokalen Presse dürfte auf das katholische Milieu in Südoldenburg nicht ohne Wirkung geblieben sein, galt doch die Bischofs- und Universitätsstadt Münster, in der der weltliche Klerus Südoldenburgs ausgebildet wurde, als richtungweisende geistige Metropole, besonders in einer Zeit politischer und kirchlich-religiöser Umorientierung.

Der Vortrag des Münsteraner Theologen Schmaus kontrastiert antithetisch die angebrochene Gegenwart des "Dritten Reiches" mit der zu Ende gegangenen und historisch überwundenen Vergangenheit der Republik von Weimar. Diese war nach seiner Auffassung gekennzeichnet gewesen durch den Liberalismus, der Nation und Volkstum zerstört, den Individualismus, der das Recht des einzelnen absolut gesetzt, und eine rationalistische Grundhaltung, die das Mysterium des staatlichen und religiös-kirchlichen Organismus entzaubert hatte. Im Lichte der katholischen Naturrechtslehre handelte es sich bei dem Liberalismus um eine "Unnatur", die nicht gottgewollt war und die Gesellschaft spaltete. Seine natürliche Unvollkommenheit setzte den Menschen außerstande, seine Freiheit in der rechten Weise zu gebrauchen und als moralisches Wesen in einer offenen Gesellschaft zu existieren, weil es ihr an politischen Autoritäten, festen sozialen Ordnungsgefügen und unwandelbaren ethischen Normen mangelte; es fehlte an Glauben. Im Liberalismus der Weimarer Republik hatten sich kritische Strömungen der europäischen Aufklärung und die Grundideen der Französischen Revolution, vor allem die Grundsätze von Freiheit und

Gleichheit etabliert: ein Egalitarismus, der zu den geistigen Fundamenten der parlamentarischen Demokratie gehörte. Dieses politische Erbe war durch die nationalsozialistische Revolution in Deutschland überwunden worden.

Schmaus deutete das "Dritte Reich" aus der Perspektive des Jahres 1933 als Reaktion des politischen Katholizismus auf die revolutionäre Neuzeit. Er begrüßte den Nationalsozialismus, weil er das liberalistische Welt- und Ordnungsbild einer radikalen Revision unterzog. Die "Volksgemeinschaft" forderte nach seiner Meinung die Ein- und Unterordnung des einzelnen und hob den schrankenlosen Individualismus in der deutschen Nachkriegsgesellschaft auf. In der Anerkennung von Familie, Staat, Volk und Stand kehrte das "Dritte Reich" ideologisch zu den organischen Grundlagen staatlichen und sozialen Zusammenlebens und damit zur gottgewollten sittlichen Ordnung zurück. Dabei handelte es sich nicht um mechanische Konstrukte, wie sie in modernen politischen und sozialen Gebilden vorzufinden waren, sondern um gewachsene Einheiten, die aus der Geschichte des deutschen Volkes hervorgegangen waren und respektiert werden wollten. Es herrschten wieder die natürlichen Gesetze der Evolution. Der Irrationalismus, der dieser pseudophilosophischen politischen Naturrechtslehre anhaftete, gehörte zum ideologischen Reservoir des antirepublikanischen Denkens in der Weimarer Republik, das die demokratischen Institutionen und Organe als Medien politischer Entfremdung und als seelenlose Mechanismen diskreditiert hatte.

Schmaus stellte zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus wesentliche Übereinstimmungen in archaischen Sehnsüchten, autoritären Herrschaftsstrukturen sowie in den nationalen Aufgaben der Zeit fest, die Kirche und Staat in der historischen Stunde des Jahres 1933 zur politischen Kooperation geradezu herausforderten. Im Wort vom "wahren" Sozialismus verbirgt sich nicht nur der Gegensatz zum marxistisch-bolschewistischen Kollektivismus, sondern auch die Ablehnung der demokratischen Grund- und Werteordnung in der Vergangenheit, die weder einen "wahren" Volksstaat noch eine "wahre" Demokratie herbeiführen konnte. Der Vortrag von Schmaus ist das beklemmende Dokument einer historischen Zeitenwende, die als Reaktion auf den politischen und sozialen Modernisierungsprozeß der Weimarer Republik das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland markiert. Es ist auch das trügerische Zeugnis einer politischen Selbsttäuschung, die nur aus der sensiblen Nähe von katholischer Kirche und NS-Staat im Juli 1933 zu erklären und als Resultat einer politischen Psychologie zu verstehen ist, die von der nationalsozialisti

schen Demagogie erfolgreich gegen den politischen Katholizismus angewandt wurde.

Das Wort des Münsteraner Professors Schmaus wirkt wie eine Erlösung aus einem lange verdrängten Spannungszustand und gibt der politischen Ausöhnung zwischen katholischer Kirche und NS-Staat den Gestus eines sakralen Zeremoniells. Darin verrät es eine geistige Verwandtschaft zur "Weiherede" und "Weihestunde" in der nationalsozialistischen Gebärdensprache. Auf sie trifft die Feststellung von Klaus Vondung zu, daß alle nationalsozialistische Literatur religiöse Qualität hat, "insofern sie die Ideologeme als Elemente einer Ordnung auslegt, die nicht nur die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse regelt, sondern auch spirituelle Sinngebung ermöglicht".<sup>504</sup> Der Vortrag von Schmaus dokumentiert aber auch die tiefe Spaltung des politischen Katholizismus im Jahre 1933, die die katholische Führung im Episkopat und in Teilen der akademischen Elite von der katholischen Basis trennte und das Ergebnis einer erfolgreichen Politik der Regierung Hitler-Papen gegen die katholische Kirche war. Während die katholische Basis wie in Süddoldenburg um ihre alten kirchlichen Rechte und ihre kulturellen Bestände zu kämpfen begann, näherten sich der NS-Staat und die Elite in der katholischen Amtskirche und Theologie in einer Weise an, die Laien nachhaltig irritierte und in der Verteidigung ihres alten Rechtsstandpunktes moralisch schwächte.

### **3.5.3. Ehrennung Bernings zum Preußischen Staatsrat**

Die Berufung des Osnabrücker Bischofs Wilhelm Berning zum Preußischen Staatsrat durch den preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring am 11. Juli 1933 war nicht unmittelbar eine innere Angelegenheit der Diözese Münster, wurde in der süddoldenburgischen Zentrumspressen aber ausführlich dargestellt und positiv aufgenommen. Sie verdeutlicht schlaglichtartig die schwerwiegenden politischen Konflikte, in die sich Mitglieder des deutschen Episkopats aus wohlverstandenen kirchlichen Interesse begeben konnten. Positionen der politischen Theologie waren in der bisherigen Form nicht

---

<sup>504</sup> VONDUNG, Nationalsozialismus, S. 252f. Nach Auffassung von Klaus Vondung können "Weihestunden" und "Weihereden", die die nationalsozialistische Propaganda nicht erfunden hat, sondern als Stilmittel der völkisch-nationalen Rhetorik entlehnte, als liturgische Texte für nationalsozialistische Feiern bezeichnet werden. Sie dienten dazu, den Glauben an Aussagen der nationalsozialistischen Ideologie bekenntnishaft zu formulieren und dadurch rituell zu verstärken.

mehr zu vertreten. Der Preußische Staatsrat war eine Institution aus dem 19. Jahrhundert und wurde als beratendes Organ der Monarchie im Jahre 1817 geschaffen. Seine Mitglieder wurden von den Provinziallandtagen ernannt und rekrutierten sich nach dem Prinzip der Partialerneuerung. In der Zeit der Weimarer Republik war der Staatsrat in die demokratischen Strukturen eingebunden und besaß wirkliche gesetzgeberische Mitwirkungsrechte. Sein Präsident war von 1920 bis 1933 der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der am 13. März 1933 gewaltsam abgesetzt wurde.<sup>505</sup> Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme definierte Göring mit dem Gesetz über den Staatsrat die Zusammensetzung und die Funktion dieses Organs völlig neu. Danach war der Staatsrat eine das preußische Staatsministerium beratende Institution; Präsident des Staatsrates war der Ministerpräsident, seine Mitglieder wurden nicht gewählt, sondern ernannt.<sup>506</sup> Berning bedankte sich für seine Ernennung telegraphisch bei Göring mit den Worten:

"Für die ehrenvolle Ernennung zum Preußischen Staatsrat danke ich herzlichst. Gern werde ich nach Kräften an den wichtigsten Aufgaben des Staatsrates für deutsches Volk und Vaterland mitarbeiten."<sup>507</sup>

Ministerpräsident Göring verknüpfte mit der Ernennung Bernings zum Preußischen Staatsrat die Erwartung, daß sich der Bischof von Osnabrück in dieser Funktion für den neuen Staat einsetzen werde. Nach Auffassung Reckers hatte Göring eine taktische Komponente im Sinn, während Berning in seiner Ernennung eine Chance sah, sich wirkungsvoller für die "Einheit von Kirche und Staat als Forderung der kirchenamtlichen Traditionen zum Heil des Menschen" einsetzen zu können. Er wollte das neue Amt im staatstragenden Sinne entsprechend den wiederholten Erklärungen Hitlers führen und sah insbesondere in der Konkordatspolitik ein Mittel zur Wahrung kirchlicher Interessen. Das Konkordat diente ihm als "Sicherungsinstrument" in den zu erwartenden Konflikten mit dem nationalsozialistischen Regime. Die katholische Staatsrechtslehre und die "cura religionis" bildeten den Hintergrund für Bernings Hinwendung zum NS-Staat, die viele Gläubige in seiner Diözese irritierte. Recker umschreibt in diesem Sinne das Verhältnis von Staat und Kirche, wie es Berning vorschwebte, mit dem Leitbild des mittelalterlichen ORDO, der die geistliche wie die weltliche Gewalt im Geiste der Koordination miteinander verbun-

---

<sup>505</sup> MT vom 14.3.1933; SCHWARZ, Adenauer, S. 344ff.

<sup>506</sup> MORSEY, Zentrumsparlei, S. 405f.; RECKER, Berning, S. 59ff.

<sup>507</sup> MT vom 15.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 305.

den hatte.<sup>508</sup> Der Osnabrücker Bischof und preußische Staatsrat Wilhelm Berning trat für eine enge Zusammenarbeit der katholischen Kirche mit dem nationalsozialistischen Staat ein. Sein politisches Engagement im "Dritten Reich" setzte Signale, die mißverstanden werden konnten, und trug zweifelsohne zu einer Aufwertung des Systems bei, von der die nationalsozialistische Staatsführung einseitig profitierte.<sup>509</sup>

### 3.5.4. Der Abschluß des Reichskonkordats

Durch den Abschluß des Reichskonkordats erreichte die politische Unterstützung des NS-Regimes durch die katholische Kirche in Deutschland ihren Höhepunkt.<sup>510</sup> Zwischen den Verhandlungen, die die Regierung Hitler-Papen und die römische Kurie im Frühjahr 1933 in Rom aufnahmen, und den Konsultationen in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 bestand kein unmittelbarer Zusammenhang.<sup>511</sup> Nach eigenen Aufzeichnungen reiste Ludwig Kaas bereits am Abend des 24. März 1933 nach Rom ab und kehrte am 31. März 1933 zu politischen Gesprächen nach Berlin zurück. Er stellte sich "aus innerer Überzeugung auf die Seite der positiven Mitarbeit" im NS-Staat mit dem ausdrücklichen Ziel, "zu einer inneren Konsolidierung des autoritären Regimes" beizutragen. Mit dem Abschluß eines Reichskonkordats werde sich "die kulturpolitische Verteidigungsaufgabe des Zentrums" erledigen, für die sich in der Vergangenheit "mit vollem Recht auch eine starke Geistesgemeinschaft und Gefolgschaft zwischen Zentrumspartei und katholischem Klerus entwickelt" habe.

---

<sup>508</sup> RECKER, Berning, S. 63, 76f.

<sup>509</sup> Bezeichnend für seine politische Einstellung war sein Buch "Katholische Kirche und deutsches Volkstum", das im Frühjahr 1934 unter dem Motto "Das Neue Reich" in München erschien. (SCHOLDER, Kirchen 2, S. 222, 224: Faksimile des Buchtitels)

<sup>510</sup> BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 48; SANDSTEDE, Galen, S. 13-17: kurzer Überblick über die Konkordatsverhandlungen; KUPPER, Reichskonkordat, S. 354-375; DAMBERG, Moderne, S. 239ff. Damberg gibt einen Überblick über die positive Aufnahme des Reichskonkordats in Münster.

<sup>511</sup> KUPPER, Geschichte, S. 25-50. Die Verhandlungen waren an offenen Fragen der Militärseelsorge gescheitert, für die der Vatikan eine Exemption ablehnte. Nach dem Abschluß des preußischen Konkordats 1929 versuchte Kardinalstaatssekretär Pacelli, die zum Stillstand gekommenen Gespräche und Verhandlungen über ein Reichskonkordat wieder in Gang zu bringen, obwohl sich die Aussichten auf einen Erfolg aufgrund der innen- und wirtschaftspolitischen Lage in Deutschland rapide verschlechtert hatten. In der Person des Reichskanzlers und nachmaligen Vizekanzlers von Papen bestand eine unmittelbare Verbindung zwischen den Verhandlungen im Jahre 1932 und der Fortführung und dem Abschluß der Verhandlungen am 20. Juli 1933.



Kaas akzeptierte die von Papen ins Spiel gebrachte "Entpolitisierung des Klerus" und forderte als Gegenleistung den von der Reichsregierung zu erbringenden "Nachweis für die Schaffung hinreichender kulturpolitischer Garantien". Im Gespräch zwischen dem Prälaten und Franz von Papen am 8. April 1933 in München wurde die Auflösung der Zentrumspartei bereits zur Verhandlungsgrundlage erklärt. Kaas erinnerte in diesem Zusammenhang an die Regierungserklärung Hitlers und zeigte sich willens, "auf dem durch diese Erklärungen beschrittenen Wege" weiterzugehen.<sup>512</sup> Für den bayerischen Vatikangesandten stand schon am 24. April 1933 außer Zweifel, daß Kardinalstaatssekretär Pacelli "eine ehrliche Mitarbeit der Katholiken zur Förderung und Leitung der nationalen Bewegung in Deutschland im Rahmen der christlichen Weltanschauung" billige.<sup>513</sup> Mit Vizekanzler Franz von Papen trat im Vatikan zudem ein deutscher Verhandlungsführer auf, der das christlich-konservative Erbe in der nationalsozialistischen Revolution zu retten suchte, auf eine rasche Aussöhnung des deutschen Katholizismus mit dem Nationalsozialismus bedacht war und bei der Bewältigung dieser großen Aufgaben schon auf die Mitwirkung politischer Parteien verzichtete; das galt auch für das Zentrum.<sup>514</sup>

Vizekanzler Franz von Papen rief Anfang 1933 den "Bund katholischer Deutscher 'Kreuz und Adler'" ins Leben, der dazu beitragen sollte, die katholische Kirche und den Nationalsozialismus auszusöhnen. Die Cloppenburgische MT veröffentlichte den Aufruf des Bundes "An die deutschen Katholiken!" Darin hieß es:

"Aus der Erkenntnis der nationalen Notwendigkeit ist in diesen Tagen ein **Bund** katholischer Deutscher 'Kreuz und Adler' entstanden. Sein satzungsmäßiger Zweck ist, den **christlich-konservativen** Gedanken im deutschen Volke zu vertiefen, das Nationalbewußtsein der katholischen Deutschen zu stärken und den Aufbau des kommenden Reiches geistig zu fördern. [...] Der Bund ist **überparteilich**, d. h. er fragt nicht nach der parteipolitischen Haltung seiner Mitglieder und verzichtet auf die den Parteien ei

---

<sup>512</sup> MORSEY, Kaas, S. 426f.; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 558; MORSEY, Zentrumspartei, S. 374, Anm. 44. Bereits am 6. April 1933 berichtete eine Pariser Zeitung über einen Vortrag Papens im Vatikan und die Absicht der Reichsregierung, die politische Tätigkeit der Geistlichen im Konkordat zu verbieten. Die MT meldete die Ankunft Papens in Rom in ihrer Ausgabe vom 10. April 1933. Bereits einen Tag später berichtete sie über eine Begegnung zwischen Papen und Pacelli und vermutete als Gegenstand der Unterredung den Abschluß eines Konkordats zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl. (MT vom 11.4.1933)

<sup>513</sup> MORSEY, Kaas, S. 430: Telegramm des bayerischen Vatikangesandten Ritter zu Groenesteyn vom 24. April 1924 nach München, ausgefertigt und abgesandt nach einer Unterredung mit dem Prälaten Kaas.

<sup>514</sup> SCHOLDER, Kirchen 2, S. 129.

gentümlichen Betätigungsformen. Sein Erfolg ist nicht an den Bestand der Parteien gebunden, die für das konservative Denken ohnehin zeitbedingte Gebilde sind. Unser Zukunftsglaube beruht darauf, daß die [Parteien] vom christlichen Erbgut und von der Idee des Reiches der Deutschen überdauert werden. Kreuz und Adler!"<sup>515</sup>

In einem Interview, das Papen der rechtskonservativen preußischen Kreuz-Zeitung vor seiner Rom-Reise gegeben hatte, betonte er den interkonfessionellen Charakter des Bundes.<sup>516</sup> Der Bund wurde wieder aufgelöst, als im Oktober 1933 die "Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher" (AKD) gegründet wurde, die ähnliche Ziele wie der Bund verfolgte. Das politische Schicksal Franz von Papens und das Scheitern seiner Konzeption, die sich eine konservative "Zähmung" der nationalsozialistischen Bewegung zum Ziel gesetzt hatte, ist nach Auffassung von Martin Greiffenhagen ein anschauliches Beispiel für die "letzte Phase eines spezifisch deutschen Konservatismus in ihrer ausweglosen Absurdität". Aufgrund seines widersprüchlichen Charakters hört der Konservatismus zum Zeitpunkt seines "revolutionären Umschlags" auf zu bestehen und zerbricht an sich selbst. In Deutschland war es der Nationalsozialismus, der sich als moderne Bewegung "in irrationalem Gegenschlag gegen den Liberalismus" wandte und den Konservatismus gleichzeitig liquidierte.<sup>517</sup>

In dem politischen Junktim, das die "Sicherung des naturrechtlichen Bereichs der Kirche" mit der "Sanktion des Verlustes der politischen Repräsentation" des deutschen Katholizismus verknüpfte, lag neben dem außenpolitischen Nutzen für Hitler die eigentliche Bedeutung des Konkordats.<sup>518</sup> Mit der vertraglichen Dokumentierung der eingeforderten Garantien im Konkordatstext und der Entpolitisierung des Klerus im Artikel 32 des Vertragswerkes war das Ende der Deutschen Zentrumspartei politisch entschieden. Brüning erkannte die weitreichende Bedeutung dieser Bestimmung, wenn er über die Lage der Partei nach seiner Wahl in den Parteivorsitz notierte:

---

<sup>515</sup> MT vom 4.4.1933. Unterzeichnet ist der Aufruf vom Protektor des Bundes, Vizekanzler Franz von Papen, Berlin.

<sup>516</sup> MT vom 12.4.1933: "Uns kommt es nicht darauf an, die deutsche Politik innerlich auf eine Konfession abzustellen, sondern gemeinsam mit den nationalen und konservativen Protestanten beim Ausbau des neuen Reiches mitzuwirken und diesem neuen Gemeinwesen die geistigen und sittlichen Kräfte des Katholizismus zuzuführen."

<sup>517</sup> GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 243f.

<sup>518</sup> JUNKER, Zentrumspartei, S. 191. Junker fügt hinzu: "Das Zentrum war das Zahlungsmittel der Kirche in diesem Geschäft."

"Die Partei konnte vielleicht noch gerettet werden, wenn es gelang, einer Bestimmung des Konkordats zuvorzukommen, die den Geistlichen die Annahme von Mandaten unmöglich machen sollte."<sup>519</sup>

Als Ludwig Kaas sich in enger Fühlungnahme mit Kardinalstaatssekretär Pacelli in die am 9. April 1933 in Rom beginnenden Konkordatsverhandlungen einschaltete, war er immer noch Vorsitzender des deutschen Zentrums und blieb dies noch für knapp einen Monat.<sup>520</sup> Die Parteiführung des Zentrums begleitete die Verhandlungen in Rom mit Schweigen. Sie blieb auch in der Reserve, als Meldungen aus der römischen Kurie die absehbare Gefahr anzeigten, "auf Kosten einer diplomatischen Verständigung geopfert zu werden".<sup>521</sup> Am 1. Juli 1933 wurde der endgültige Text des Reichskonkordats, der das Verbot der politischen Betätigung von Geistlichen und kirchlichen Vereinen enthielt, vom Papst genehmigt.<sup>522</sup> Zwei Tage später, am 3. Juli 1933, telegraphierte der deutsche Verhandlungsführer, Vizekanzler Franz von Papen, an Außenminister von Neurath eine wichtige Meldung, die den bevorstehenden Konkordatsabschluß mit der Auflösung der Zentrumspartei verknüpfte:

"In Verhandlung, die ich heute abend mit Pacelli, Erzbischof Gröber und Kaas hatte, ergab sich, daß Auflösung der Zentrumspartei mit Abschluß [des] Konkordats hier als feststehend betrachtet und gebilligt wird."<sup>523</sup>

---

<sup>519</sup> BRÜNING, Memoiren, S. 668.

<sup>520</sup> BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 44ff.; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 557ff.: Aufzeichnungen des Prälaten Kaas vom April 1933. Die Cloppenburg MT meldete am 12.4.1933, daß sich Prälat Kaas "schon seit längerer Zeit" in Rom aufhalte. Sie gab noch am folgenden Tag ein "entschiedenes Dementi" wieder, in dem Vizekanzler von Papen Verhandlungen über ein Reichskonkordat bestritt. (MT vom 13.4.1933)

<sup>521</sup> MORSEY, Zentrumspartei, S. 380ff.; MORSEY, Briefe, S. 30.

<sup>522</sup> MORSEY, Zentrumspartei, S. 398. LEIBER, Zentrumspartei, S. 213-223. In einer Auseinandersetzung mit Rudolf Morseys Arbeit über die "Deutsche Zentrumspartei" aus dem Jahre 1960 bestreitet Robert Leiber, der ehemalige Sekretär Pacellis, daß der Hl. Stuhl das Zentrum dem Reichskonkordat "geopfert" habe. Die katholische Interpretation Leibers sieht nicht in erster Linie die römische Kurie, sondern die Reichsregierung in der zentralen Verantwortung für das Konkordat und seine Folgen: "Wo es [das Zentrum] nun einmal - nicht durch die Schuld der 'Kurie', sondern durch die innerdeutsche Entwicklung - zum Erliegen verurteilt war, mußte die oberste kirchliche Leitung ihr Möglichstes tun, um durch Verhandeln mit der neuen Regierung die Freiheit des katholischen Glaubens in Deutschland zu sichern. Die Regierung bot dem Hl. Stuhl ein Konkordat an, ja drängte es ihm so auf, daß er ohne Schaden für die katholische Sache nicht ablehnen konnte. So benützte er die auf völkerrechtlicher Ebene liegende feierliche Vereinbarung, um durch sie dem bonum commune, dem Allgemeinwohl der katholischen Kirche in Deutschland, eine neue Grundlage zu geben." (S. 223)

<sup>523</sup> MORSEY, Zentrumspartei, S. 401, Anm. 40. Der Freiburger Erzbischof Gröber war am 1. Juli 1933 zu den Abschlußverhandlungen in Rom eingetroffen.

### 3.5.4.1. Der Vertragstext

Der Vertragstext konnte einer kritischen Überprüfung durchaus standhalten und war nicht der Grund für das Scheitern der Konkordatspolitik. Dieser ist eher in der eindeutigen Instrumentalisierung und Manipulation der Bestimmungen durch das NS-Regime zu sehen. Wolfgang Wippermann betont den Nutzen, den die katholische Kirche aus dem Konkordat zog, aber auch den "hohen Preis", den sie dafür zahlte, indem sie das Zentrum opferte und "die mit dem Konkordat verbundene, politisch und propagandistisch äußerst wichtige Anerkennung und Aufwertung des Dritten Reiches" in Kauf nahm.<sup>524</sup> Der katholischen Kirche wurde durch den Vertrag "die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion" garantiert.<sup>525</sup> Sie genöß "das freie Besetzungsrecht für alle Kirchenämter und Benefizien ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden" und erhielt damit ein Recht, das in der neueren Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland stets umkämpft gewesen war; die Geschichte der katholischen Kirche in Oldenburg hält dafür viele Beispiele bereit. Die Bischöfe wurden verpflichtet, "in die Hand des Reichsstatthalters in ihrem zuständigen Lande bzw. des Reichspräsidenten" einen Treueid zu leisten, der sie "dem Deutschen Reich und dem Lande" gegenüber politisch verpflichtete, und "die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten". Das bedeutete eine durch die Eidesformel erschlichene Anerkennung des politischen Regimes durch den zukünftigen deutschen Episkopat. Die katholischen theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen blieben erhalten. Für die religiöse Unterweisung in den Schulen wurde vereinbart, daß der katholische Religionsunterricht in den Volksschulen, Berufsschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten als "ordentliches Lehrfach" und "in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche" erteilt werden sollte. Im Einvernehmen mit der Schulbehörde konnten die kirchlichen Oberbehörden den Religionsunterricht in den Schulen überprüfen. Für den Religions

---

<sup>524</sup> WIPPERMANN, Faschismus, S. 58f. In seinen Aufzeichnungen vom 7. Juli 1933 - einen Tag vor der Paraphierung des Vertrages - hatte Karl Bachem in bezug auf die Konkordatspolitik noch zu bedenken gegeben: "Aber wird ein solches Konkordat auf die Dauer in Geltung bleiben, wenn keine politische Macht mehr vorhanden ist, welche seine Geltung stützt?" (MORSEY, Zentrums-  
partei, S. 452)

<sup>525</sup> Kirchliches Amtsblatt Jg. 67, Nr. 17, 9.10.1933, S. 97-109; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 561-569; MT vom 24.7.1933: Wortlaut des Reichskonkordats; GELHAUS, 1933, S. 316; DENZLER, Kirchen 2, S. 61-74, auch zum folg.

unterricht enthielt das Konkordat in Artikel 21 eine eindeutige politische Bestimmung, die zwar in Übereinstimmung mit der bisherigen nationalen Grundhaltung des katholischen Volksschulwesens stand, aber unter den politischen Verhältnissen des "Dritten Reiches" zu Konflikten führen konnte:

"Im Religionsunterricht wird die Erziehung zu vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Pflichtbewußtsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens- und Sittengesetzes mit besonderem Nachdruck gepflegt werden, ebenso wie es im gesamten übrigen Unterricht geschieht. Lehrstoff und Auswahl der Lehrbücher für den Religionsunterricht werden im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde festgesetzt. Den kirchlichen Oberbehörden wird Gelegenheit gegeben werden, im Einvernehmen mit der Schulbehörde zu prüfen, ob die Schüler Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Lehren und Anforderungen der Kirche erhalten."

Ausdrücklich enthielt der Vertrag Bestimmungen zur Sicherung der katholischen Bekenntnisschule, die sich auch auf die katholische Lehrerbildung erstreckten. Das Konkordat räumte Orden und anderen kirchlichen Trägern weiterhin die Möglichkeit ein, Privatschulen zu gründen, die mit staatlichen Schulen gleichgestellt wurden:

**"Artikel 23.** Die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen bleibt gewährleistet. In allen Gemeinden, in denen Eltern oder sonstige Erziehungsbeauftragte es beantragen, werden katholische Volksschulen errichtet werden, wenn die Zahl der Schüler unter gebührender Berücksichtigung der örtlichen schulorganisatorischen Verhältnisse einen nach Maßgabe der staatlichen Vorschriften geordneten Schulbetrieb durchführbar erscheinen läßt.

**Artikel 24.** An allen katholischen Volksschulen werden nur solche Lehrer angestellt, die der katholischen Kirche angehören und Gewähr bieten, den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule zu entsprechen.

Im Rahmen der allgemeinen Berufsausbildung der Lehrer werden Einrichtungen geschaffen, die eine Ausbildung katholischer Lehrer entsprechend den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule gewährleisten.

**Artikel 25.** Orden und religiöse Kongregationen sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze und gesetzlichen Bestimmungen zur Gründung und Führung von Privatschulen berechtigt. Diese Privatschulen geben die gleichen Berechtigungen wie die staatlichen Schulen, soweit sie die lehrplanmäßigen Vorschriften für letztere erfüllen.

Für Angehörige von Orden oder religiösen Genossenschaften gelten hinsichtlich der Zulassung zum Lehramte und für die Anstellung an Volksschulen, mittleren und höheren Lehranstalten die allgemeinen Bedingungen."

Die schulpolitischen Garantien des Konkordats waren die Bestimmungen, die von der oldenburgischen NS-Regierung am häufigsten unterlaufen wurden und deren Einhaltung von den kirchlichen Repräsentanten immer wieder eingefordert wurde. An ihnen entzündeten sich die zahlreichen Konflikte und Überworfungen zwischen der katholischen Kirche und dem oldenburgischen Staats

ministerium unter Pauly. Das galt für die Anstellung katholischer Lehrer an katholischen Bekenntnisschulen ebenso wie für die Führung von Privatschulen und die konfessionelle Lehrerausbildung, die traditionell in Vechta vorgenommen wurde. Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche entzündeten sich in Süddoldenburg auch an der im Konkordat enthaltenen Bestandssicherung des katholischen Vereinswesens, dessen nationale Grundhaltung und -verpflichtung für die katholische Kirche unbestritten war. Das Konkordat teilte gemäß der politischen Linie des Vertrages in Artikel 31 die katholischen Vereine in zwei Kategorien ein, in die ausschließlich religiösen Zwecken und in die außerreligiösen, auch anderen Zwecken dienenden Vereine:

"Diejenigen katholischen Organisationen und Verbände, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen und als solche der kirchlichen Behörde unterstellt sind, werden in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit geschützt.

Diejenigen katholischen Organisationen, die außer religiösen, kulturellen oder karitativen Zwecken auch anderen, darunter auch sozialen oder berufsständischen Aufgaben dienen, sollen, unbeschadet einer etwaigen Einordnung in staatliche Verbände den Schutz des Artikels 31, Abs. 1 genießen, sofern sie Gewähr dafür bieten, ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei zu entfalten.

Die Feststellung der Organisationen und Verbände, die unter die Bestimmungen dieses Artikels fallen, bleibt vereinbarlicher Abmachung zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Episkopat vorbehalten.

Insoweit das Reich und die Länder sportliche oder andere Jugendorganisationen betreffen, wird Sorge getragen werden, daß deren Mitgliedern die Ausübung ihrer kirchlichen Verpflichtungen an Sonn- und Feiertagen regelmäßig ermöglicht wird und sie zu nichts veranlaßt werden, was mit ihren religiösen und sittlichen Überzeugungen nicht vereinbar wäre "<sup>526</sup>

Mit diesen Bestimmungen ließ das Reichskonkordat den rein kirchlichen Organisationen, die religiöse, kulturelle und karitative Aufgaben erfüllten, formal den Schutz des Staates angedeihen. Unsicherer und strittiger war bereits der Status der Organisationen, die neben religiösen, kulturellen oder karitativen

---

<sup>526</sup> MICHAELIS, Ursachen 9, S. 561-69: Artikel 1, 14, 16, 21, 23, 24, 25, 31, 32. Auslegungsgrundsätze zu Art. 31 des Reichskonkordats, die zwischen der Reichsregierung und Vertretern der deutschen Bischöfe ausgehandelt worden waren, besagten, daß die in Abs. 1 aufgeführten Organisationen "ihr Eigenleben völlig in sich führen" können: "Der Staat hat ihnen gegenüber keine weitergehenden Einmischungsbedürfnisse, als sie sich aus der allgemeinen Treuepflicht der Staatsbürger gegenüber dem Staat an sich ergeben." Für die in Abs. 2 angeführten Organisationen sollte gelten, daß sie in staatliche Verbände (Dachorganisationen) eingeordnet werden können, aber nicht müssen. Die Einordnung dürfe nicht den "katholischen Charakter und die Selbständigkeit in der Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben" ausschließen: "Die Mitglieder der katholischen Organisationen dürfen irgendeinen rechtlichen Nachteil in Schule und Staat aus ihrer Zugehörigkeit nicht erfahren." (Kirchliches Amtsblatt Jg. 67, Nr. 17, 9.10.1933, S. 109f.)

Zwecken auch anderen, zum Beispiel sozialen oder berufsständischen Aufgaben dienten. Sie sollten staatlichen Schutz genießen, sofern sie sich jeder parteipolitischen Betätigung enthielten. Diese Vertragsklausel bedrohte den politischen Katholizismus in Deutschland in seiner Existenz, weil er einflußreiche politische Verbände wie den Volksverein für das katholische Deutschland zur Disposition stellte. In ihrer Wirkung war sie vergleichbar mit dem Artikel 32 des Reichskonkordats. Zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Episkopat sollten auf dem Wege der Vereinbarung die Organisationen und Verbände ermittelt werden, die die Schutzbestimmungen des Konkordats genießen sollten.<sup>527</sup> In einer Besprechung im Reichsinnenministerium mit dem Freiburger Erzbischof Gröber und Bischof Berning von Osnabrück konnte zwar Einverständnis über die fortan zugelassenen katholischen Vereine und Verbände erzielt werden, aber das ausgearbeitete Verzeichnis wurde nicht veröffentlicht. Fest stand aber, daß der Volksverein für das katholische Deutschland nicht mehr zugelassen war und aufgelöst werden sollte.<sup>528</sup> Das war eine wichtige Entscheidung, die den politischen Katholizismus in Deutschland an der Basis traf. Im Schnittpunkt der politischen und kirchlich-religiösen Interessensphären befanden sich die katholischen Gesellen- und Arbeitervereine.

Eine mögliche Konkurrenzsituation unter den kirchlichen und staatlichen Verbänden bedenkend, traf das Konkordat im Artikel 31 eine einvernehmliche Regelung, die die kirchlichen Pflichten der katholischen Jugend betraf. Es sollte dafür Sorge getragen werden, daß den katholischen Mitgliedern der staatlichen Organisationen "die Ausübung ihrer kirchlichen Verpflichtungen an Sonn- und Feiertagen regelmäßig ermöglicht" werde und sie "zu nichts veranlaßt werden, was mit ihren religiösen und sittlichen Ueberzeugungen und Pflichten nicht vereinbar wäre". Damit legte der Vertragstext die Bedingungen fest, unter denen katholische Vereine und Verbände und die von ihnen mitgetragene religiöse Alltags- und Festkultur, die in katholischen Milieus auf eine große Akzeptanz stieß, im "Dritten Reich" überleben konnten. Die katholische Kirche war genötigt, sich an die Vereinbarungen des Vertrages zu halten, wollte sie im

---

<sup>527</sup> MT vom 24.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 316.

<sup>528</sup> MT vom 19.7.1933. Nach dem Bericht der MT verlief die Besprechung "harmonisch" und führte zu "einem befriedigenden Ergebnis". Verbände, die nicht nur kirchliche, sondern auch soziale oder berufsständische Aufgaben wahrnahmen, könnten in staatliche Verbände eingeordnet werden. Sie müßten aber Gewähr dafür bieten, daß ihre Tätigkeit "keinerlei parteipolitischen oder gewerkschaftlichen Charakter" annehme. Mit den besprochenen Maßnahmen sei "der Friede auch im katholischen Vereinsleben wiederhergestellt und gesichert". Danach gelte: "Die Mitglieder der katholischen Organisationen sollen irgendeinen rechtlichen Nachteil in Schule und Staat aus ihrer Zugehörigkeit nicht erfahren."

Konfliktfall die Schutzbestimmungen des Konkordates für sich in Anspruch nehmen. Bischof Clemens August und Offizial Franz Vorwerk waren sich dieser besonderen kirchenpolitischen Lage bewußt und handelten danach. Im einzelnen Fall gab jedoch nicht immer die Gültigkeit der verbrieften Vertragsnorm, sondern die Verfügungsgewalt über die politischen Machtinstrumente den Ausschlag.

Der Artikel 32 des Konkordates faßte die Ergebnisse der Verhandlungen zur Entpolitisierung des katholischen Klerus zusammen. Darin anerkannte der Vatikan die "in Deutschland bestehenden besonderen politischen Verhältnisse" und verpflichtete sich, "im Hinblick auf die durch die Bestimmungen des vorstehenden Konkordats geschaffenen Sicherungen einer die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche im Reich und seinen Ländern währenden Gesetzgebung" Maßnahmen zu treffen, "die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien ausschließen". Mit dieser Bestimmung ließ sich die katholische Kirche in die Pflicht und Verantwortung dafür nehmen, daß sich ihre Geistlichen in Zukunft jeder politischer Betätigung enthielten.

Der Wortlaut des Artikels 32 markiert den Zusammenhang zwischen dem Ende des parteipolitisch organisierten Katholizismus in Deutschland und dem Abschluß des Reichskonkordates, das die Wahrnehmung der besonderen Interessen der katholischen Kirche gleichsam als politisches Patronat auf die deutsche Reichsregierung übertrug. Heinrich Brüning, der letzte Vorsitzende des Zentrums, kommentiert in seinen Erinnerungen mit Bitterkeit die Auflösung seiner Partei am 5. Juli 1933 und zeigt sich enttäuscht über die Haltung der deutschen Bischöfe und der römischen Kurie. Im Ergebnis der Konkordatsverhandlungen sieht er nicht weniger als einen Verrat am katholischen Zentrum:

"Kein Bischof hat schriftlich oder mündlich ein Wort des Dankes ausgesprochen für das, was die Partei in ihrer mehr als 60jährigen Geschichte für den Katholizismus getan und gelitten hat. [...] Rom schwieg. Ich mußte daran denken, daß Kaas auf die telefonische Bitte von Joos, den Abschluß des Konkordats und damit die Auflösung des Zentrums aufzuhalten, scherzend gesagt hatte: 'Habt ihr euch noch nicht aufgelöst? Macht doch schnell!' Um mich wurde es einsam. Die alten Freunde nahmen Abschied und dann sah ich für Wochen niemanden mehr."<sup>529</sup>

---

<sup>529</sup> BRÜNING, Memoiren, S. 673f.



In einem geheimen Zusatzprotokoll, das die politische Brisanz des Vertragswerkes im Jahre 1933 unterstrich, wurden Absprachen zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich für den Fall getroffen, daß die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland wieder eingeführt werden sollte. Danach war "die Heranziehung von Priestern und anderen Mitgliedern des Welt- und Ordensklerus zur Leistung der Militärdienstpflicht" unter besonderen Bedingungen möglich. Unter der kirchlichen Jurisdiktion des Militärbischofs hatten sich die Geistlichen der Militärseelsorge zu widmen, "falls sie nicht zum Sanitätsdienst eingezogen werden".<sup>530</sup> Dieser "Anhang" des Konkordats, zu dessen Geheimhaltung sich die Vertragsparteien verpflichteten, ging über die Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen dem Hl. Stuhl und dem "Dritten Reich" weit hinaus und kam einer politischen Bundesgenossenschaft gleich, nach deren Maßgabe das NS-Regime den Vatikan und damit die katholische Weltkirche in seine Aufrüstungspläne einweihte und moralisch auf seine aggressiven politischen Ziele verpflichtete. Nach katholischer Interpretation überschritten diese Vereinbarungen jedoch nicht den Rahmen kirchlich-religiöser Zuständigkeiten und durften nicht im Sinne einer politischen Positionsbeschreibung gedeutet werden.

#### **3.5.4.2. Ausgleich zwischen katholischer Kirche und NS-Staat**

So nahe wie im Juli 1933 waren sich die katholische Kirche und ein deutscher Staat seit dem Untergang der alten Reichskirche nicht mehr gewesen. Christoph Kösters spricht von einer "Signalwirkung des Reichskonkordats". Katholische Vereine und Verbände befanden sich in den Wochen und Monaten nach der Unterzeichnung der Verträge in einer "Konkordatseuphorie" und sahen sich in ihrem ureigensten Anliegen, "Deutschland im christlichen Geist zu erneuern", nachträglich bestätigt. Staat und katholische Kirche traten in eine Phase der Koexistenz, die von "einer breiten Zustimmung der katholischen Bevölkerung im Bistum [Münster] zum neuen Staat" getragen wurde.<sup>531</sup> Das strahlte auf das katholische Milieu in Südoldenburg aus. Die Cloppenburger MT stellte sich auf das neue Verhältnis zwischen katholischer Kirche und dem nationalsozialistischen Deutschland ein und würdigte in einem eigenverantwortlichen Kommentar historisch wie politisch den erfolgreichen Abschluß des Konkordats. In einem Leitartikel unter dem Titel "Der Abschluß" erinnerte

---

<sup>530</sup> DENZLER, Kirchen 2, S. 73f.

<sup>531</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 274ff.

die Zeitung daran, daß weder im Deutschen Kaiserreich noch in der Weimarer Republik ein bindender Vertrag zwischen dem Vatikan und dem deutschen Staat zustande gekommen sei. Den entscheidenden Hinderungsgrund dafür sah die "National=soziale Zeitung", wie sich die MT im Untertitel inzwischen nannte, in "der starken Vertretung des Freidenkertums und Sozialismus wie des religiösen und politischen Liberalismus" in der jüngsten deutschen Geschichte. Die Zeitung erinnerte an die Regierungserklärung Adolf Hitlers vom 23. März 1933 und sah sich durch den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen in Rom in ihrer Auffassung bestätigt, daß der Reichsregierung "die Verwirklichung ihres Programms, durch den Schutz der christlichen Konfessionen dem Reiche einen guten und festen Unterbau zu geben", offenkundig "wirklich Herzenssache" sei. Niemand dürfe daran zweifeln, daß die Sorge der national-sozialistischen Regierung "dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat" gelte. Die Cloppenburger Zeitung war sich darüber im klaren, "daß durch eine Vereinbarung mit dem Heiligen Stuhl der Regierung der nationalen Erhebung selbst eine starke moralische Stütze" angediehen sei, und sah darin "ohne Zweifel das Anerkenntnis, daß eine große und allgemein geachtete konservative Macht, die katholische Kirche, an die Dauerhaftigkeit der neuen Regierung des Deutschen Reiches ernsthaft glaubt". In der Außerkraftsetzung des Weimarer Verfassungsstaates durch das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 erkannte die Cloppenburger Tageszeitung nunmehr die entscheidende politische Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluß der Konkordatspolitik:

"Unbeschwert und ungestört durch parlamentarische Künste und parteipolitische Quertreibereien konnte die Regierung mit dem Hl. Stuhl die kirchlichen Verhältnisse innerhalb des Deutschen Reiches regeln. Die Reichsregierung hat von der großen Macht, die ihr der Reichstag verliehen hat, ohne Zögern Gebrauch gemacht. [...]  
Die deutschen Katholiken sind im Herzen nicht nur den beiden Verhandlungsführern, dem Vizekanzler von Papen und dem Kardinal Pacelli, sondern vor allem dem Führer des Reiches, Adolf Hitler, aufrichtig dankbar für das große Werk, das geschaffen ist, das einerseits die Rechte und Freiheiten der Kirche achtet, andererseits der Hoheit und Würde des Reiches nichts vergibt."<sup>532</sup>

Die politische Euphorie, die im Sommer 1933 im deutschen Katholizismus herrschte, stützte sich auf den Glauben, daß mit dem Konkordat die zentralen schul- und kulturpolitischen Belange und Interessen der katholischen Kirche gesichert und mit der Entpolitisierung des katholischen Klerus hinreichend vergütet waren. In den Konflikten mit dem NS-Regime in Oldenburg nahmen

---

<sup>532</sup> MT vom 22.7.1933.

die Repräsentanten des südoldenburgischen Katholizismus immer wieder Bezug auf das Reichskonkordat, in der Hoffnung, durch die Berufung auf dieses Vertragswerk ihre berechtigten Ansprüche verbrieft und verbürgt zu sehen. Gefördert wurde die Euphorie in der katholischen Bevölkerung durch überschwengliche Reaktionen auf den Abschluß des Konkordats, wie sie von den höchsten Repräsentanten der katholischen Kirche in Deutschland, den Kardinalen Bertram und Faulhaber, publiziert wurden.<sup>533</sup> Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Konkordats sprach Kardinal Bertram im Schreiben vom 22. Juli 1933 "namens der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten" dem Reichskanzler "Anerkennung und Dank" aus und unterstrich noch einmal seine Bereitschaft, "nach bestem Können zusammenzuarbeiten mit der jetzt waltenden Regierung, die die Förderung von christlicher Volkserziehung, die Abwehr von Gottlosigkeit und Unsittlichkeit, den Opfersinn für das Gemeinwohl und den Schutz der Rechte der Kirche als Leitstern ihres Wirkens aufgestellt hat". Bertram sah "die harmonische Zusammenarbeit von Kirche und Staat zur Erreichung dieser hohen Ziele" durch das Reichskonkordat gefördert. Nach dem Vertragsabschluß falle es der Kirche um so leichter, "die hohen Kräfte unserer heiligen Religion in Förderung von Gottesglauben, Sittlichkeit und treuem Gehorsam gegen die leitenden Autoritäten segensreich zum Wohle von Volk und Vaterland zu entfalten".<sup>534</sup> Euphorisch äußerte sich auch der Münchner Kardinal Faulhaber im Schreiben vom 24. Juli 1933 an Hitler, mahnte aber zugleich vorsichtig die Einhaltung der Vereinbarungen an. Faulhaber schätzte den durch das Konkordat gewonnenen Einfluß der katholischen Kirche offensichtlich so hoch ein, daß er einen dringenden Appell zur politischen Amnestie an Hitler richtete. Der Brief Faulhabers an Hitler enthielt eine Reihe von politischen Akklamationen:

"Was die alten Parlamente und Parteien in 60 Jahren nicht fertig brachten, hat ihr staatsmännischer Weitblick in 6 Monaten weltgeschichtlich verwirklicht. Für Deutschlands Ansehen nach Westen und Osten und vor der ganzen Welt bedeutet dieser Handschlag mit dem Papsttum, der größten sittlichen Macht der Weltgeschichte, eine Großtat von unermäßigem Segen. Für das innere Leben des deutschen Volkes kann dieses Abkommen mit dem Oberhaupt der Kirche durch die Sicherungen der religiösen Freiheit eine Mehrung des Glaubens und damit eine Mehrung der sittlichen Volkskraft bringen. Wir wollen hoffen, daß die Artikel dieses Konkordats nicht auf dem Papier stehen bleiben, daß sie vielmehr als Artikel eines zweiseitigen feierlichen Vertrages dort, wo sie Pflichten enthalten, ebenso Leben und Wirklichkeit werden wie dort, wo sie Rechte und Zugeständnisse enthalten. Vor aller Welt ist nun bewiesen, daß Reichs

---

<sup>533</sup> DEUERLEIN, Katholizismus 3, S. 220-222.

<sup>534</sup> MT vom 25.7.1933; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 571; KUPPER, Reichskonkordat, S. 367, Anm. 50.

kanzler Adolf Hitler nicht bloß große Reden halten kann wie seine Friedensrede, daß er auch Taten wirken kann von weltgeschichtlicher Größe wie das Reichskonkordat."

Der Brief schloß mit einem dringenden Appell Faulhabers an den Reichskanzler, im Umgang mit politisch verfolgten Bürgern Milde walten zu lassen:

"Erlauben Sie mir eine Bitte: Krönen Sie die große Stunde mit einer großmütigen Amnestie für jene, die ohne Verbrechen, nur wegen ihrer politischen Gesinnung in Schutzhaft sind und mitsamt ihren Familien furchtbar leiden. Uns kommt es aufrichtig aus der Seele: Gott erhalte unserem Volk unseren Reichskanzler."<sup>535</sup>

Ende August 1933 teilte das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg mit, daß "kein kirchliches Hindernis bestehe, auch die Fahnen und Abzeichen der NSDAP in die katholischen Kirchen zuzulassen und deren Aufstellung in Kirchenschiffen zu gestatten". Die Pfarrgeistlichen wurden angewiesen, "dem Mitbringen solcher Abzeichen zum Gottesdienst oder zur Teilnahme an kirchlichen Prozessionen keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten".<sup>536</sup> Das war kein Widerspruch mehr zur offiziellen Haltung der katholischen Kirche.

In großen Teilen des deutschen Katholizismus wurde der Vertrag als historischer Durchbruch gewürdigt. Bezeichnend für die positiven Erwartungen, die an das Vertragswerk geknüpft wurden, war die Haltung von Vizekanzler von Papen: Er sah in dem Erfolg der Verhandlungen den endgültigen Abschluß des "Kulturkampfes" in Deutschland und hegte die Hoffnung, den Nationalsozialismus an ein christliches Konzept zu binden. In einem Presseinterview, das von der Cloppenburg MT abgedruckt wurde, erklärte von Papen zur zukünftigen Rolle der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland:

"Der Vatikan ist ohne Zögern an das Vertragswerk mit dem neuen Deutschland herangegangen, in der Ueberzeugung, daß der Kampf gegen den Bolschewismus und die Gottlosenbewegung eine so lebensentscheidende Aufgabe ist, daß die Kirche jedem ihre Unterstützung leihen muß, der sich diese Aufgabe gestellt hat. In diesem neuen Deutschland ist ihr ein besonders starker und wichtiger Faktor entstanden."

---

<sup>535</sup> KUPPER, Reichskonkordat, S. 367f., Anm. 50; DENZLER, Kirchen 1, S. 57f. In der sog. "Friedensrede" vom 17. Mai 1933 hatte Hitler vor dem Reichstag den Willen der Reichsregierung zur Erhaltung des Friedens und der Respektierung der abgeschlossenen Verträge bekundet.

<sup>536</sup> MT vom 25.8.1933.

Der Liberalismus habe mit seiner Forderung nach einer Trennung von Kirche und Staat "in Wirklichkeit einen unfruchtbaren Kampf zwischen beiden heraufbeschworen". Erst der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland habe die politischen Voraussetzungen für den "Versuch zu einer vorurteilslosen und ehrlichen Verständigung mit den christlichen Kirchen" geschaffen, "der vor der nationalsozialistischen Revolution völlig aussichtslos gewesen wäre". In ihrer inneren Verfassung stimmten Italien und Deutschland nunmehr überein:

"Vor allem aber zeigt sich hier als entscheidendes befruchtendes Element für die sich anbahnende Neuordnung Europas die Tatsache, daß Italien und Deutschland je nur von einem Mann regiert werden und nicht von Parlamenten, Kabinetten und Parteien. Die Entscheidungen dieser Persönlichkeiten bedeuten heute Weltgeschichte."<sup>537</sup>

Der neue politische Konsens zwischen dem deutschen Katholizismus und dem Nationalsozialismus erwies sich in Zukunft aber als äußerst brüchig. Seine Tragfähigkeit war abhängig von der Vertragstreue der Verhandlungspartner, an der kirchlicherseits bereits nach der Paraphierung des Vertrages am 8. Juli 1933 erhebliche Zweifel bestanden. Sie überschatteten das weitere Schicksal des Vertrages.

Katholische Vereine stellten sich aber schon auf die Zeit nach dem Reichskonkordat ein. Die organisatorischen und inhaltlichen Satzungsänderungen, die die berufsständischen Vereine im Spätsommer 1933 vornahmen, sind auf Artikel 31 des Reichskonkordats zurückzuführen. Kernpunkte der Umgestaltung waren die Entpolitisierung des Vereinslebens, die Stärkung des geistlichen "Führeramtes" und eine engere Anbindung an die kirchlichen Strukturen, die einen Anschluß des Verbandes an die Katholische Aktion ermöglichte. Auf diese Weise versuchten die berufsständischen Verbände, der Katholische Gesellenverband und der Katholische Arbeiterverband, Zweifel an ihrer Einordnung unter den Vereinsschutzartikel des Reichskonkordats zu beseitigen und dadurch die Zukunft ihrer Organisation zu sichern.<sup>538</sup>

#### **3.5.4.3. Von der Operations- zur Verteidigungslinie des Reichskonkordats**

---

<sup>537</sup> MT vom 21.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 312: Interview von Georg Dertinger im Auftrage der Hamburger Nachrichten, Schlesischen Zeitung und Allgemeinen Zeitung in Chemnitz.

<sup>538</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 280f. Durch den Verzicht auf den Status einer Jugendorganisation zugunsten einer um ältere Mitglieder erweiterten Basis (Gruppe Altkolping) wurde der Katholische Gesellenverband zur Deutschen Kolpingsfamilie umgestaltet.

Unmittelbar nach seiner Paraphierung am 8. Juli 1933 und noch vor seiner Unterzeichnung am 20. Juli 1933 rückte der Vatikan die defensive Funktion des Reichskonkordats in den Vordergrund des öffentlichen Interesses und zog damit Konsequenzen aus der Erfahrung, wie die Reichsregierung das Vertragswerk politisch darstellte und interpretierte. Nach Mitteilungen des Jesuitenpeters Robert Leiber an den österreichischen Vatikangesandten vom 16. Juli 1933 nahm der Hl. Stuhl zum Vertragswerk eine ambivalente Stellung ein. Danach hatte sich in Rom inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, daß "die nationalsozialistischen Grundsätze eine völlige Verleugnung der katholischen bedeuten", und wurde die Befürchtung geäußert, daß der Abschluß eines Konkordats "unter diesen Umständen schon an und für sich das Prestige des Nationalsozialismus ungebührlich stärken" würde, weil dieser Vertrag von der nationalsozialistischen Propaganda "zu einem Erfolge des Hitlerismus und zu einer Anerkennung der nationalsozialistischen Grundsätze seitens der Kirche umgedeutet werden würde". In Deutschland sei zu erwarten, daß "das Prestige der Kirche bei der katholischen Bevölkerung des Deutschen Reiches und in der ganzen Welt" darunter zu leiden habe:

"Die aufrechten Katholiken im Deutschen Reiche, die sich dem Nationalsozialismus überhaupt nicht oder nur unter Zwang beugen, würden sich auch geistig und moralisch als von dem Vatikan verlassen fühlen."<sup>539</sup>

Offensichtlich setzte sich diese skeptische Position Leibers im Vatikan aber nicht durch, sondern jene zweifelhafte Überzeugung, "auch gegenüber einer Regierung, deren Grundsätze jenen des Vatikans völlig wesensfremd sind, positive Schutzbestimmungen für das geistige Gut des Katholizismus zu schaffen oder dies zumindest zu versuchen". Leiber konstatierte allerdings, daß die Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland durchaus realistisch gesehen werde:

"Gerade wenn es zu einem scharfen Kampfe kommt, in dessen Verlauf die katholische Geistlichkeit und die katholische Bevölkerung leiden und Verfolgungen um ihrer katholischen Gesinnung willen zu erdulden hat, bedeutet es eine moralische Kraftquelle in diesem Kampfe, dass vorher alles versucht worden ist, um auf friedlichem und schiedlichem Wege das nunmehr gegenüber Verfolgungen zu erhaltende Gedankgut zu wahren."<sup>540</sup>

---

<sup>539</sup> REPGEN, Strategie, S. 530f. Die Mitteilungen Robert Leibers entstanden als Bericht über eine Unterredung mit einem engen Mitarbeiter des Vatikanischen Staatssekretariats am 16. Juli 1933.

<sup>540</sup> REPGEN, Strategie, S. 531.

Die vatikanische Diplomatie betrachte den paraphierten Vertragstext zwar als "überaus günstig", sei sich aber im klaren darüber, "dass auch dieser Vertrag die katholische Bevölkerung und die katholische Bewegung im Deutschen Reiche vor Verfolgungen und Unterdrückungen keineswegs zu schützen vermag und dass es für die Reichsregierung immer noch genügend Handhaben geben wird, um Umgehungen des Konkordatsvertrages als Verfügungen der deutschen Gesetzgebung [...] zu maskieren". Die Aufhebung des Rechtsstaates in Deutschland erleichtere die Manipulation des Konkordates ebenso wie "die bewusste Verwechslung von nationalsozialistischer Partei und Staat". So sei die bei der Paraphierung vereinbarte Geheimhaltung von deutscher Seite nicht eingehalten worden. Einflußreiche Kreise in der Kurie hätten es nach dem Leiber-Bericht gerne gesehen, wenn der Vertragsabschluß durch Verschulden der deutschen Reichsregierung zum Scheitern gebracht worden wäre. Nach der Paraphierung bestanden noch Zweifel darüber, ob der Vertrag in dieser Form überhaupt unterzeichnet oder nachverhandelt werden sollte.<sup>541</sup>

Der Bericht Robert Leibers führte die umstrittenen Bestimmungen des Vertrages an, die von der deutschen Reichsregierung einseitig ausgelegt werden konnten. Sie betrafen zentrale Aussagen über die katholischen Schulen, die politischen Einwände gegen die zu ernennenden Bischöfe, die Verteidigung der Glaubens- und Sittenlehre und vor allem den Schutz katholischer Organisationen, die gegenüber nationalsozialistischen Zwangsorganisationen und freiwilligen Verbänden ins Hintertreffen geraten könnten. Diese Bedenken wurden aber in der Erwartung zurückgestellt, "daß es sich dann eben gegenüber den Verletzungen des Buchstabens und des Geistes des Konkordates durch die Reichsregierung um einen Kampf handeln wird, bei dem die deutschen Katholiken das Bewusstsein haben werden, dass vorher alle Mittel der Verständigung erschöpft worden sind, und bei dem die ganze Welt mit um so grösserer Kraft zur Verurteilung der Kulturwidrigkeit des Nationalsozialismus wird aufgerufen werden können."<sup>542</sup> So wurde aus dem Vertragswerk, das das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche in Deutschland konstruktiv regulieren sollte, zunächst ein Medium politischer Propaganda und dann aufgrund der sich abzeichnenden innenpolitischen Entwicklung in Deutschland eine entscheidende moralische Argumentationshilfe im Kampf der katholischen Kirche für die Freiheit ihrer Glaubens- und Sittenlehre gegen die nationalsozialistische Diktatur. Aus der Sicht des Vatikans wurden die Absichten, die seinerzeit zur

---

<sup>541</sup> Ebd., S. 531f.

<sup>542</sup> Ebd., S. 533.

Eröffnung der Vertragsverhandlungen geführt hatten, schon vor der Unterzeichnung der Dokumente am 20. Juli 1933 in Rom ins Gegenteil verkehrt. Kardinalstaatssekretär Pacelli skizzierte die kirchenpolitische Position des Vatikans gegenüber dem "Dritten Reich" nach dem Vertragsabschluß, indem er das Konkordat zur Grundlage des kirchlichen Protestes und Widerspruchs gegen die kirchenfeindliche Politik des nationalsozialistischen Regimes erhob:

"Die Kirche [...] habe keine eigennützigen Ziele zu verfolgen. Sie befinde sich außerhalb der politischen Kampfbahn. Aber das geistige Wohl von zwanzig Millionen katholischer Seelen in Deutschland stand auf dem Spiel, und das war die erste und fürwahr einzige Überlegung. Wenn die Deutsche Regierung das Konkordat breche - und das würde sie bestimmt tun - hätte der Vatikan einen Vertrag, um darauf einen Protest zu stützen."<sup>543</sup>

Angesichts der massiven politischen Vereinnahmung des Konkordates durch die deutsche Regierung begab sich der Vatikan in eine defensive Haltung, die grundlegend wurde für die Opposition der katholischen Kirche gegen die Konkordatsverletzungen durch das NS-Regime. Der "Völkische Beobachter" sah in dem Vertragsabschluß "die Anerkennung des nationalsozialistischen Staates durch die katholische Kirche". Sie habe ihre "bisherigen katholisch-politischen Vereine" preisgegeben und dem Klerus in Zukunft "jede parteipolitische Betätigung" untersagt.<sup>544</sup> In einem Artikel, der auszugsweise von der Cloppenburg MT wiedergegeben wurde, hob das Parteiorgan besonders die Bestimmungen hervor, die das Zentrum sanktionierten:

"Der Papst selbst habe durch die Unterzeichnung des Konkordats in unmißverständlicher Weise zum Ausdruck gebracht, daß auch er es nicht für notwendig hält, bei der Vertretung wirklicher kirchlicher Interessen die Hilfe politisierender Prälaten in Anspruch zu nehmen. Durch das Reichskonkordat sei erwiesen, daß das katholische Bekenntnis durch sogenannte katholische Parteien, ob sie nun Zentrum, Bayerische Volkspartei oder Christlich=Soziale Partei sich nennen, des Schutzes nicht bedürfe. Das Reichskonkordat sei eine entscheidende Tat der Regierung Hitler, die Staat und Kirche in gleicher Weise zufrieden stelle."<sup>545</sup>

Der "Osservatore Romano" wies diese Interpretation umgehend zurück und bestritt insbesondere, daß die Unterzeichnung des Vertrages die Anerkennung der nationalsozialistischen Regierung bedeute. In diesem Zusammen

---

<sup>543</sup> MICHAELIS, Ursachen 9, S. 575.

<sup>544</sup> JUNKER, Zentrumsparlei, S. 214, Anm. 210: Völkischer Beobachter vom 23.7.1933.

<sup>545</sup> MT vom 25.7.1933.



hang verwies der Vatikan auf traditionelle Positionen der katholischen Staatsrechtslehre:

"Der Heilige Stuhl verhandle mit den Staaten als solche, um die Rechte und die Freiheit der Kirche zu gewährleisten, und sehe dabei von jeder Erwägung oder Bewerbung anderer Art ab. Die verschiedenen Staatsauffassungen seien innere Angelegenheiten der einzelnen Nationen und gingen, wenn die Rechte Gottes und der Kirche gewährt seien, nur die einzelnen Völker an, die frei seien, im Rahmen eines rechtschaffenen staatsbürgerlichen Daseins die Regierungsform zu wählen, die der Wohlfahrt und dem Gedeihen des Landes am besten entspräche. Die Kirche nehme also mit den Staaten als solchen Fühlung für eine gerechte Regelung der Beziehungen der beiden Gewalten, was immer zum Vorteil des religiösen Friedens und der Wohlfahrt der Völker gereiche."<sup>546</sup>

Die Zurückweisungen der vatikanischen Presse trafen die Reichsregierung offenbar so empfindlich, daß sie sich zu einer Klarstellung in einem amtlichen Pressebericht vom 28. Juli 1933 genötigt sah. Darin wies sie die staatstheoretischen Argumente des Vatikans zurück und hielt an der politischen Auslegung des Konkordats und an der faktischen Anerkennung der nationalsozialistischen Regierung durch den Vertrag fest:

"Eigentümlich mutet die Verwahrung des Artikelschreibers dagegen an, daß der Abschluß des Konkordats eine Anerkennung der nationalsozialistischen 'Richtung' bedeute. Das Konkordat sei mit dem Deutschen Reich als solchem abgeschlossen. Von jeder Erwägung oder jedem Werturteil anderer Natur als der Sicherung der Rechte und der Freiheiten der Kirche wurde abgesehen. Tatsächlich ist der Abschluß des Konkordats mit dem Präsidenten des Deutschen Reichs erfolgt. Das Deutsche Reich aber wird von der nationalsozialistischen 'Richtung' völlig beherrscht, was auch privaten Artikelschreibern in Rom nicht unbekannt sein dürfte. Der Vertragsabschluß bedeutet also die tatsächliche und rechtliche Anerkennung der nationalsozialistischen Regierung."<sup>547</sup>

#### **3.5.4.4. Die Krise um die Ratifizierung des Reichskonkordats**

---

<sup>546</sup> MT vom 29.7.1933. Nachdem die Cloppenburger MT den Artikel aus dem *Osservatore Romano* am 29.7.1933 nur auszugsweise wiedergegeben hatte, druckte sie ihn am 31.7.1933 unter dem Titel "Um die Auslegung des Konkordats. Der 'Osservatore Romano' gegen die Behauptungen deutscher Zeitungen" in vollem Wortlaut ab. Die vollständige Veröffentlichung dieses kritischen Berichtes ist ein Indiz dafür, daß das ehemalige Zentrumsorgan selbst Ende Juli 1933 noch über einen redaktionellen Spielraum verfügte und nicht völlig gleichgeschaltet war.

<sup>547</sup> MICHAELIS, Ursachen 9, S. 574.

Die deutsche Reaktion löste eine Krise um das Reichskonkordat und ein politisches Tauziehen um seine Ratifizierung aus, das auf katholischer Seite aber nicht zur grundsätzlichen Überprüfung der eigenen Position und der bisherigen Konkordatspolitik führte.<sup>548</sup> Die katholischen Bischöfe versuchten, in Fragen der Konkordatspolitik weiterhin Geschlossenheit zu demonstrieren. Anlässlich einer Firmungsreise erklärte Erzbischof Gröber Ende Juli 1933 in Karlsruhe:

"Es bestehe kein Gegensatz zwischen Katholischsein und Deutschsein. Der Oberhirte stellte es in Abrede, daß eine gewisse Spannung bestehe zwischen dem Deutschland von heute und dem katholischen Deutschland; es seien vielleicht Mißverständnisse gewesen, die einer Aufklärung bedurften, aber sie hätten in diesen Tagen ihre Beseitigung gefunden in erster Linie durch das Reichskonkordat mit dem Heiligen Stuhl. Das große Friedenswerk des Konkordats, das den Frieden für das deutsche Volk bringen werde, besage, daß man dem Staat und dem Führer gebe, was des Staates und des Führers sei, aber auch gleichzeitig der Kirche und dem Heiligen Stuhl, was ihnen zustehe."<sup>549</sup>

Kardinal Bertram lehnte in einem Schreiben an Kardinalstaatssekretär Pacelli vom 2. September 1933 "eine Retardierung der Ratifikation des Reichskonkordats" ab und argumentierte vor allem mit der Rolle, die der Vertragstext im katholischen Protest gegen kirchenfeindliche Entscheidungen der nationalsozialistischen Regierung spielen könnte:

"Erst mit der Ratifikation gewinnen wir die Möglichkeit, gegen zahlreiche Aktionen bestimmter vorzugehen. Wird aber die Ratifikation länger verzögert, so wird die Position des Episkopats verschlechtert, nicht zum Nutzen der res catholica. Diese Gründe sprechen für Beschleunigung der Ratifikation. Andererseits ist sehr zu wünschen, daß gleichzeitig bei Vollziehung der Ratifikation die Abstellung der gravamina verlangt werde, die zu ehrlicher Ausführung der Stipulation unumgänglich zu fordern ist ..."<sup>550</sup>

Bertram beschrieb noch einmal die Grundlage für die Haltung der katholischen Kirche gegenüber dem nationalsozialistischen Staat: konstruktive Gestaltung der Beziehung zu den neuen Machthabern, um Einfluß auf die politische Gestaltung des "Dritten Reiches" im Interesse der katholischen Kirche und der Gläubigen zu nehmen. Die Liste der "gravamina" wurde inzwischen immer länger. Bertram führte den Druck auf die katholischen Vereine und Repressionen gegen einzelne Mitglieder an, den Kampf um die katholische Presse und ihre offenkundige Zurücksetzung, die Benachteiligung und Entlassung von katholischen Beamten und Angestellten aus dem Staatsdienst

---

<sup>548</sup> KUPPER, Reichskonkordat, S. 364-375.

<sup>549</sup> MT vom 2.8.1933.

<sup>550</sup> MICHAELIS, Ursachen 9, S. 576.

und die Verfolgung von "vom Judentum zur christlichen Religion Bekehrten, die selbst oder deren Kinder oder Großkinder jetzt Mangels der arischen Abstammung ins Elend kommen".<sup>551</sup> Die indifferente Einstellung gegenüber verfolgten jüdischen Bürgern, wie sie Bertram hier andeutete, wurde zur Grundhaltung im deutschen Episkopat.

Nach einem regen diplomatischen Verkehr, über den die katholische Öffentlichkeit nicht im einzelnen unterrichtet wurde, wurden am 10. September 1933 im Vatikan die Ratifikationsurkunden ausgetauscht.<sup>552</sup> Sowohl dem Hl. Stuhl als auch dem Deutschen Reich ging es um die "Vermeidung jeder öffentlichen Polemik über das Reichskonkordat". Rom erwiderte nicht auf den "amtlichen Pressebericht" vom 28. Juli 1933, und die Reichsregierung gab ihrerseits Anweisung an die deutsche Presse, jede weitere Erörterung des Konkordats zu vermeiden. Der Hl. Stuhl wünschte Klarstellungen vor allem zum Artikel 31 (katholische Organisationen) und 23 (Einrichtung von Bekenntnisschulen) und konnte bei der Reichsregierung eine mündliche Erklärung durchsetzen, die Beratungen "über alle diejenigen Konkordatsmaterien, die einer umgehenden Klarstellung und Sicherung bedürfen", in Aussicht stellte, "um ein dem Wortlaut wie dem Geiste des Konkordats wirklich entsprechendes und ein nutzbringendes Zusammenarbeiten von Kirche und Staat sicherndes Einvernehmen herbeizuführen". Die Regierung billigte ein Communiqué des Vatikans, das von den deutschen Zeitungen übernommen wurde. In dieser amtlichen Mitteilung zur Ratifikation des Vertrages wurden die Vorbehalte des Hl. Stuhls noch einmal deutlich herausgestellt:

"Vor der Ratifikation hat der Heilige Stuhl in mündlicher und schriftlicher Darlegung die Reichsregierung auf eine Reihe von Punkten hingewiesen, die sich auf die Auslegung des Konkordats und seine vorläufige Handhabung beziehen. Sie betreffen vor allem den Bestand, die Betätigung und den Schutz der katholischen Organisationen sowie die Freiheit der deutschen Katholiken, auch in der katholischen Presse die Grundsätze der katholischen Glaubens- und Sittenlehre zu verkünden und zu erläutern. Die Reichsregierung hat sich dem Heiligen Stuhl gegenüber bereit erklärt, über die angeführten Materien baldigst zu verhandeln, um zu einem dem Wortlaut und dem Geiste des Konkordats entsprechenden gegenseitigen Einvernehmen zu gelangen."<sup>553</sup>

---

<sup>551</sup> Ebd., S. 576-578.

<sup>552</sup> Kirchliches Amtsblatt Jg. 67, Nr. 17, 9.10.1933, S. 109; MT vom 12.9.1933; KUPPER, Reichskonkordat, S. 367-375. Die Cloppenburg MT begrüßte in einer Anmerkung die "Schnelligkeit", mit der das Reichskonkordat ratifiziert wurde.

<sup>553</sup> MT vom 12.9.1933.

Alfons Kupper stellt fest, daß die Ratifikation des Konkordats "vor allem in ausländischen Kreisen große Überraschung hervorgerufen" habe, und wertet die Entscheidung des Vatikans vor allem "unter Berücksichtigung der kirchlichen Verhältnisse in Deutschland", die sich vom Verhandlungsbeginn im April bis zur Ratifikation im September 1933 grundlegend zuungunsten der katholischen Kirche verändert hatten.<sup>554</sup> Eine kritische Haltung, die die berechtigten Zweifel an der politischen Legitimation der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland zur Richtschnur ihres Handelns gemacht hätte, hätte die Spannungen zwischen der Reichsregierung und der römischen Kurie noch verschärft und dadurch die Einheit im deutschen Episkopat auf eine harte Probe gestellt. Dafür war es in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 offenbar schon zu spät. Mit Rücksicht auf die besondere Lage der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland versuchte der Vatikan, ein mögliches Scheitern der Konkordatspolitik zu verhindern, und nahm auf dem Boden des Vertragstextes den Kampf um die verbrieften Freiheiten und Rechte der katholischen Kirche in Deutschland wieder auf.

Nach der quälenden Prozedur, die der Ratifizierung des Vertrages vorausgegangen war, zögerten Repräsentanten des deutschen Episkopats nicht mit öffentlichen Akklamationen für die Reichsregierung. Der Osnabrücker Bischof und Preußische Staatsrat Berning erklärte auf dem Katholikentag in Bremen am 24. September 1933, daß das Reichskonkordat am 10. September 1933 "zur Ueberraschung der weiten Welt außerordentlich schnell ratifiziert" worden sei:

"Alle Gerüchte im Ausland, die da erklärten, das Konkordat sei nur eine Geste der Regierung, es würde nie zur Tat werden, wurden sehr bald Lügen gestraft. **Das Konkordat sichert unserer Kirche die Rechte und die Freiheiten zu, gewährleistet uns die konfessionelle Schule, gibt Freiheit und Eigenleben unserer katholischen Kirche, unserer katholischen Presse. Wir danken es dem Staat, wir danken es unserem Heiligen Vater, daß er uns dieses Konkordat geschenkt hat. Das Konkordat fördert auch den konfessionellen Frieden in unserem deutschen Volke, da es zum Ausgleich der Gegensätze mit beiträgt, und wir deutschen Katholiken wollen mit ganz entschlossener Kraft im Verein mit unseren andersgläubigen Mitbrüdern unserem neuen Reich und Staat dienen.**"<sup>555</sup>

Mit einer aus heutiger Sicht unverständlichen Emotionalität begrüßte Berning die Ankunft des deutschen Katholizismus in der politischen Gegenwart des "Dritten Reiches", wenn er in Bremen ausrief:

---

<sup>554</sup> KUPPER, Reichskonkordat, S. 375.

<sup>555</sup> MT vom 4.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 388.

"Wir deutschen Katholiken lieben unseren neuen Staat und stehen in Treue zu ihm. Wir folgen unserem neuen Staat nicht etwa aus politischer Berechnung, nicht aus Furcht vor Strafe, nicht aus Hoffnung auf Vorteile und Gewinn, sondern wir dienen unserem Staat in Treue um des Gewissens willen. Uns ist Liebe und Treue zum Staat, Ehrfurcht und Gehorsam zu seinen Führern eine heilige, religiöse Pflicht [...]."<sup>556</sup>

Nach Ansicht von Recker verließ Berning in Bremen die Indifferenztheorie Leos XIII. und ging darüber hinaus, indem er die Unterscheidung zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt aufhob und auf die mittelalterliche "res publica christiana" als politisches Leitbild zurückgriff. Er sah den nationalsozialistischen Staat auf dem Wege, dieses historische Leitbild politisch zu realisieren.

Nicht jedes bischöfliche Wort wäre aus südoldenburgischer Sicht erwähnens- und bedenkenswert, wenn es nicht in der Heimatzeitung gestanden und an die Bereitschaft der Gläubigen zur aktiven politischen Mitarbeit an der Erneuerung Deutschlands appelliert hätte. Die offiziellen Kundgebungen der katholischen Kirche, des Papstes, der Bischöfe und der Geistlichen verlangten in dem autoritären geistigen Klima des katholischen Milieus in Südoldenburg von den Gläubigen moralische Anerkennung und praktizierten Gehorsam. Die moralisch-religiöse Pflichterfüllung, von der die Politik auch in der Vergangenheit nicht ausgenommen gewesen war, blieb das Fundament des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg auch in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Die Bindung des Katholiken an den nationalsozialistischen Staat und seine Loyalität ihm gegenüber war weniger eine politische als eine moralische. Auch darin erfüllte sich die Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg, die auch immer die Geschichte seiner fortgesetzten Moralisierung gewesen war. Die Freiheit war im katholischen Sozialmilieu in Südoldenburg in erster Linie immer die Freiheit eines moralischen Kollektivs. Das blieb sie auch in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft.

### **3.6. Die nachkonkordatäre Zeit bis 1936**

Das Reichskonkordat galt für Oldenburg in vollem Umfang und bestimmte den Verlauf des Konfliktes zwischen der katholischen Kirche und der nationalsozialistischen Regierung erheblich mit. Das Abkommen brachte der katholischen

---

<sup>556</sup> Zit. b. RECKER, Berning, S. 68f.

Kirche die vertragliche Zusicherung einer Reihe von Freiheiten, die in der Geschichte des südoldenburgischen Katholizismus immer wieder umstritten gewesen waren und mit Blick auf die politische Zukunft im "Dritten Reich" von großer Bedeutung wurden: die Freiheit der Ämterorganisation, der Ämterbesetzung, die Ordensfreiheit, der Schutz des Religionsunterrichts und der Bekenntnisschule.<sup>557</sup> Das oldenburgische Schulgesetz von 1936 orientierte sich weithin an den Vorgaben, die durch das Reichskonkordat gegeben waren.<sup>558</sup> Ebenso waren aber auch Konflikte vorprogrammiert.

Der Vechtaer Anton Themann, ehemaliger Zentrumsabgeordneter im oldenburgischen Landtag, teilt in seinen Erinnerungen mit, wie er - als politischer Zeitgenosse und treuer Katholik - den Abschluß des Konkordates erlebte. War die katholische Kirche "von Anfang an eine scharfe Gegnerin Hitlers und seiner Partei, der NSDAP", gewesen und hatte "den Eintritt in diese Partei wegen ihrer kirchenfeindlichen Einstellung" verboten, registrierte Themann im Sommer 1933 einen grundlegenden Wandel, zumal Hitler jedes Mittel recht war, "die Leute in seine Partei oder eine ihrer Gliederungen zu bringen". Für Anton Themann stehen die politisch-strategischen Überlegungen Hitlers, die er mit dem Abschluß des Konkordats verband und denen der politische Katholizismus in Deutschland zum Opfer fiel, im Mittelpunkt der Analyse:

"Damit sich die kirchentreuen Katholiken nicht weiter ablehnend verhielten, schloß er sofort nach der Machtübernahme ein Konkordat mit der katholischen Kirche ab und billigte ihr alles zu, was sie nur wünschte. Infolgedessen wurde das kirchliche Verbot, der NSDAP beizutreten, zurückgenommen. Viele gute Katholiken traten jetzt in die Partei ein, viele in der Meinung, eine gemäßigte Mehrheit würde die Extremisten niederhalten können. Sie kannten Hitler nicht. Er - der Übermensch - wollte führen, alle anderen sollten ihm unbedingt Gefolgschaft leisten. Wer Marschrichtung und Tempo des Führers nicht innehielt, wurde schikaniert, eingesperrt oder niedergemacht. So erreichte er sein Ziel: der Schrecken hielt das Volk nieder, und er und seine Spießgesellen herrschten uneingeschränkt. Vom Konkordat hat er keinen Buchstaben erfüllt. Wohl niemand hat ihn von Anfang an besser durchschaut als der vormalige Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning, der zu uns bei unserem letzten Zusammensein vor der Auflösung der Zentrumsparterie sagte: '... und wenn er zehn Eide schwört, glaubt ihm nicht.'"

Das Schicksal Anton Themanns spiegelt die lange Geschichte der kirchenpolitischen Täuschung im Jahre 1933 wider. Den beabsichtigten politischen Schutz konnte das Reichskonkordat auch dem Zentrumspolitiker Anton

---

<sup>557</sup> ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 153f.

<sup>558</sup> WILLENBORG, Schulpolitik, S. 68, 72.

Themann nicht bieten. Er war sich nach eigenem Bekunden darüber im klaren, daß er "als Zentrumsman verschrieen war", und mußte eine Hausdurchsuchung nach der anderen über sich ergehen lassen; belastendes Material wurde aber nicht gefunden. Themann blieb "seiner katholischen Überzeugung treu" und machte nach seinen Worten "der Hitlerjugend wegen keinen Gang zur Kirche weniger oder mehr". Trotz drohender Verhaftung befolgte er nicht den Rat eines befreundeten NSDAP-Abgeordneten, der Partei beizutreten. Schließlich wurde Themann "mürbe und trat der SA-Reserve bei". Von dem Augenblick an hörten die Schikanen auf.<sup>559</sup>

Die Schutz- und Verteidigungslinie des Konkordates ist auch in der Geschichte der katholischen Kirche in Süddoldenburg nachzulesen und erhielt eine größere Bedeutung, als sich nach dem regimerefreundlichen Sommer 1933 nach und nach eine realistische Einschätzung der politischen Wirklichkeit durchsetzte. Das Recht, dem durch das Reichskonkordat Gültigkeit verschafft worden war, erwies im Kampf für die katholischen Interessen und gegen den Anspruch der nationalsozialistischen Diktatur seine Funktionsfähigkeit. Aber aufgrund der komplexen Machtverhältnisse, die kaum berechenbar waren, war der Ausgang des Konflikts in der Sache häufiger offen. Dieser Ungewißheit war auch Graf von Galen, der neue Bischof von Münster, ausgesetzt. Das Reichskonkordat blieb für ihn persönlich und seine Opposition gegen das NS-Regime eine tragende kirchenpolitische Grundlage, zu der er sich in seinem ersten Hirtenbrief dankbar gegenüber der neuen Reichsregierung bekannte:

"Wir wollen Gott dem Herrn für seine liebevolle Fügung dankbar sein, welche die höchsten Führer unseres Vaterlandes erleuchtet und gestärkt hat, daß sie die furchtbare Gefahr, welche unserem geliebten deutschen Volke durch die offene Propaganda für Gottlosigkeit und Unsittlichkeit drohte, erkannt haben. Daß statt dessen das freie Wirken der Kirche und ihr heiligender Einfluß für die Erziehung der Jugend, für das Familien- und Gemeinschaftsleben voll zur Auswirkung komme, dafür ist in dem Vertragswerk des Konkordats, welches die Reichsregierung mit dem Heiligen Stuhle abgeschlossen hat, eine glückverheißende Grundlage gegeben. Unsere Aufgabe und heilige Pflicht ist es, diese Geschenke der göttlichen Vorsehung auszunutzen, durch ein offenes, tatkräftiges Eintreten für Glaube und christliche Sittsamkeit, durch treueste Pflichterfüllung im Dienste Gottes, der Kirche, des Vaterlandes."<sup>560</sup>

Das erste Hirtenwort des neuen Bischofs von Münster zeigt das ambivalente Verhältnis Galens zum nationalsozialistischen Deutschland. Wie ein tiefer Riß,

---

<sup>559</sup> Pfarrchronik, Vechta, o. S.: Erinnerungen von Anton Themann, Mitglied des Niedersächsischen Landtages.

<sup>560</sup> MT vom 30.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 404; LÖFFLER, Galen 1, S. 37.

an dem er gelitten hat, geht durch sein katholisches Gewissen die Spannung zwischen der nationalen Pflichterfüllung, die ihm auch in der Diktatur oblag, und seiner Verantwortung gegenüber Gott, der katholischen Kirche und den ihm anvertrauten Diözesanen. Um die Schutz- und Verteidigungsfunktion des Konkordats nicht zu gefährden, drang Clemens August auf die strikte Einhaltung seiner Bestimmungen durch den katholischen Klerus. In einem Entwurf für eine oberhirtliche Weisung, die auf den 24. November 1933 datiert ist, bestätigt Bischof Clemens August die im Konkordat gezogene Trennungslinie zwischen Politik und Glauben. Er begrüßte ausdrücklich die zunehmenden Anfragen an katholische Geistliche, "in Versammlungen nationalsozialistischer Gruppen, z. B. der HJ, der NS-Frauenschaft oder anderen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei religiöse Vorträge oder Ansprachen zu halten", und erkannte darin den "Wunsch [...] nach religiöser Orientierung und Belehrung durch die dazu berufenen Priester". In diesem Zusammenhang wies er auf die einschränkenden Bestimmungen des Konkordats hin, wonach "den Geistlichen und Ordensleuten jede Zugehörigkeit zu politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien verboten ist". Von jeder parteipolitischen Aktivität, der sich der Klerus zu enthalten habe, sei strikt der Fall zu trennen, wenn der Geistliche sich "die Erziehung der Gläubigen zu vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Pflichtbewußtsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens- und Sittengesetzes" zum Ziel setzt.<sup>561</sup> Eine solche Trennungslinie zwischen dem geistlichen Wort des katholischen Seelsorgers und der politischen Rede des geistlichen Standes war eine Fiktion, die in der Praxis kaum zu realisieren war.

Das Jahr 1934 löste im deutschen Katholizismus breite Ernüchterung über die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland aus. Noch vor dem "Röhm-Putsch" hatte auch die politische Lagebeurteilung und Stimmung im deutschen Episkopat eine Verschärfung erfahren. In das Zentrum des Konfliktes geriet Alfred Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts", gegen den die katholische Kirche einen Weltanschauungskampf entfachte. Sie erkannte besonders in dieser Schrift die Wiederkehr eines neuen "Heidentums" unter nationalsozialistischem Vorzeichen. Der Gemeinsame Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 7. Juni 1934 erinnerte zwar dankbar an den im Vorjahr von der Reichsre

---

<sup>561</sup> LÖFFLER, Galen 1, S. 50-52. Galen bezog sich damit wörtlich auf den Artikel 21 des Reichskonkordats, in dem es hieß: "Im Religionsunterricht wird die Erziehung zu vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Pflichtbewußtsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens= und Sittengesetzes mit besonderem Nachdruck gepflegt werden [...]" (MT vom 24.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 316)



gierung bekundeten Entschluß und festen Willen, "die Rechte und die Freiheit der Kirche zu achten und zu schützen", warnte aber unter Hinweis auf den unverdächtigen pastoralen Charakter bischöflicher Verlautbarungen vor der Gefahr des militanten "Neuheidentums" in der herrschenden nationalsozialistischen Ideologie. Der deutsche Episkopat verurteilte die Lehre der "Neuheidn", die "eine andere Kirche, eine 'deutsche Nationalkirche'" forderten und "statt der heiligen Liturgie der einen allgemeinen Kirche die künstliche Wiederbelebung völkischen Brauchtums einführen" wollten. Übereinstimmend bekannnten sich die katholischen Oberhirten zu den kulturpolitischen Zielen der nationalsozialistischen Revolution und erklärten sich "in aufrichtiger Anerkennung der Maßnahmen der Regierung zur Abwehr der Gottlosenpropaganda und der öffentlichen Unsittlichkeit, im Vertrauen auf ihren Willen, die Kräfte des Christentums zum tragenden Fundament der neuen Volksordnung zu machen", ausdrücklich bereit, das ihnen "zugesicherte freie Wirken der Kirche zum Heile der Menschen, zum wahren Glück unseres Volkes einzusetzen". Das Wort der deutschen Bischöfe sei "nicht Politik, sondern freudig geleistete Arbeit zum Heil des Volkes und daher auch Mitarbeit zum Ziel der Reichsregierung, den Neubau unseres Volkslebens auf dem Fundament des Christentums zu errichten". Den Vorwurf politischer Intervention, der mit dem Reichskonkordat nicht zu vereinbaren gewesen wäre, wiesen die deutschen Bischöfe in dem Schreiben wiederholt zurück:

"Es ist nicht Politik, Zeugnis abzulegen für Christus, den Erlöser der Welt. Es ist nicht Politik, die ewigen Sittengesetze der Menschheit, die heiligen zehn Gebote Gottes und die von Gott gewollte Rechtsordnung zu verteidigen. Es ist nicht Politik, die Verwirrungen eines heidnischen Ehrbegriffs zurückzuweisen [...]. Es ist nicht Politik, sich in christlicher Nächstenliebe jener anzunehmen, welche ohne eigene persönliche Schuld durch den Umschwung der Zeitverhältnisse in Not und Bedrängnis gekommen [...] sind. Es ist nicht Politik, den Raum und die Möglichkeit zu einer wahrhaft christlichen Bildung und Erziehung für die einzelnen Lebensstände und besonders für die Jugend zu verlangen."<sup>562</sup>

Der Hirtenbrief sollte am 29. Juni 1934 von sämtlichen Kanzeln verlesen werden, aber die Verlesung fand nicht statt. Kardinal Bertram sagte sie am 27. Juni 1934 telegrafisch ab, "weil er dadurch eine Verstimmung der NS-Führung befürchtete, die bisherige Abmachungen in Frage stellen könnte".<sup>563</sup> In den

---

<sup>562</sup> Kirchliches Amtsblatt Jg. 68, Nr. 14, 26.6.1934, S. 85-92; SANDSTEDTE, Galen, S. 134-150. Im Kirchlichen Amtsblatt erschien der Hirtenbrief vom 7. Juni 1934 mit dem Vermerk: "Abdruck in der Presse nicht vor dem 2. Juli gestattet." (S. 85)

<sup>563</sup> MICHAELIS, Ursachen 9, S. 549, Anm. 10. Die deutschen Bischöfe tagten vom 5. bis 7. Juni 1934 in Fulda. Politischer Grund für die Verschiebung waren die Verhandlungen zwischen Ver-

Mittelpunkt der kirchlichen Anstrengungen war wieder die "cura religionis" gerückt.

### 3.6.1. Die "Berliner Juniverhandlungen"

Verhandlungen zwischen den deutschen Bischöfen und Vertretern der Reichsregierung, die am 25. Juni 1934 im Reichsinnenministerium begannen und der Auslegung und Ausführung des Reichskonkordats gewidmet waren, stellten das zukünftige Wirken der Katholischen Aktion in den Mittelpunkt der Beratungen. Die deutschen Bischöfe wurden auf den sog. "Berliner Juniverhandlungen" vertreten durch den Berliner Bischof Dr. Nikolaus Bares, den Freiburger Erzbischof Conrad Gröber und den Osnabrücker Bischof Wilhelm Berning, der die Delegation leitete. Das Vertragswerk vom 29. Juni 1934 enthielt die völlige Entpolitisierung der katholischen Organisationen und die Zusicherung von Partei und Regierung, ihre Tätigkeit im kirchlichen Raum zu schützen. Die "Vereinbarung betr. Ausführung von Artikel 31" des Reichskonkordats faßte in der Liste der konkordatsgeschützten katholischen Einrichtungen sämtliche bisher bestehenden Organisationen mit Ausnahme der Kolpingsfamilien - vormals Gesellenvereine - zusammen. Nach den wichtigsten Bestimmungen dieses Vertrages sollten die umstrittenen Vereine und Verbände als "Glieder oder Hilfsorganisationen des katholischen Laienapostolats (Katholische Aktion)" der kirchlichen Hierarchie unterstellt und in Zukunft in Pfarrei- oder Diözesanverbänden aufgebaut werden. Für die Auflösung der Vereine und die Eingliederung ihrer Mitglieder in das Laienapostolat wurde die Frist von einem Jahr festgesetzt. Die Bischöfe sicherten zu, "daß das Katholische Laienapostolat in jeder Beziehung völlig unpolitisch" sei und lediglich der "Erfüllung religiös-kultureller bzw. seelsorgerischer Aufgaben" dienen werde.<sup>564</sup> Nach Auffassung von Klaus Scholder hatten die Bischöfe mit ihrer Auffassung, unter den gegebenen Umständen das Bestmögliche erreicht zu haben, "sogar recht", vorausgesetzt, daß "man überhaupt ein Abkommen wollte".<sup>565</sup> Durch die organisatorische Einführung der

---

tretern der deutschen Bischöfe und der Reichsregierung über die Ausführung und Auslegung des Reichskonkordats, die am 25. Juni 1934 begannen und am 29. Juni 1934 aufgrund des "Röhm-Putsches" abgebrochen wurden. Am 27. Juni 1934, als die Verlesung des Hirtenbriefes verschoben wurde, herrschte aus katholischer Sicht ein günstiges Verhandlungsklima, das ein konstruktives Verhandlungsergebnis erwarten ließ. (SCHOLDER, Kirchen 2, S. 245f.)

<sup>564</sup> SCHOLDER, Kirchen 2, S. 243ff.

<sup>565</sup> Ebd., S. 248f.

Katholischen Aktion wurden die gewachsenen, überdiözesanen Verbandsstrukturen preisgegeben und einer möglichen Auflösung durch den Staat anheimgestellt. Mit Blick auf das anstehende Saarreferendum am 13. Januar 1935 versuchten die Regierungsvertreter, einen endgültigen Bruch der Verhandlungen zu vermeiden. Der Vatikan legte sein Veto gegen die Vereinbarungen ein, weil sie dem Sinn des Konkordates widersprachen. So dauerte der rechtliche Schwebezustand an.<sup>566</sup>

Die Sonderstellung der Kolpingsfamilien in den Verhandlungen ist auf die Umstände zurückzuführen, die am 11. Juni 1933 zum vorzeitigen Abbruch des 1. Deutschen Gesellentages in Münschen geführt hatten. Der Grund für die Konfrontation mit der neuen Staatsmacht waren tätliche Auseinandersetzungen zwischen SA und Kolpingmännern. Der Vorfall wurde in seiner politischen Bedeutung vom Katholischen Gesellenverband bewußt heruntergespielt. Die Leitung des Gesellentages erklärte lediglich, "daß bedauerliche Mißverständnisse vorlägen und daß es notwendig sei, sich die Bruderhände zu reichen".<sup>567</sup> Der Leitgedanke des bereits für 1932 geplanten, dann auf den Sommer 1933 verschobenen 1. Deutschen Gesellentages "Gott und Volk" - "Volk und Stand" - "Stand und Staat" erhielt angesichts der "Nationalen Erhebung" neue politische Akzente, die mit der nationalen Aufbruchsstimmung im Sommer 1933 zunächst zu harmonisieren schienen. Die Vorfälle in München lösten langanhaltende Diskussionen aus, "ohne daß damit jedoch tiefergehende Irritationen gegenüber der 'Nationalen Revolution' verbunden gewesen wären".<sup>568</sup>

Graf von Galen, der Bischof von Münster, lehnte im Memorandum vom 5. August 1934 sowohl das Verhandlungsergebnis als auch weitere Konsultationen der Reichsregierung konsequent ab. In seinen "Erwägungen über das Protokoll der Berliner Verhandlungen" verwarf er ausdrücklich Nachverhandlungen mit dem Ziel, ein neues Abkommen mit der Reichsregierung zu vereinbaren, weil sie "nur als Vorwand" benutzt würden, "um nach außen den Schein zu erwecken, daß man mit dem Heiligen Stuhl in einem harmonischen Einvernehmen stehe, welches aber durch partei-politisch unzufriedene deutsche Bischöfe gestört werde". Statt dessen schwebten Galen konkrete Kampfmaßnahmen vor:

---

<sup>566</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 298f.

<sup>567</sup> MT vom 12.6.1933.

<sup>568</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 263, 270.

"[...] sollte wider Erwarten und ungeachtet des gegebenen Versprechens [...] der Reichskanzler und Führer trotz der erneuten Vorstellungen in der Eingabe des Gesamtepiskopats es unterlassen, die zugesagte bestimmte und wirksame 'Anweisung an die Partei und die staatlichen Organe' zu geben, so muß in nächster Zeit [...] von der dazu berufenen Autorität eine eindeutige Verurteilung der den Glauben und die christliche Sittlichkeit der deutschen Katholiken gefährdenden neuheidnischen Lehren erlassen und den Katholiken jede Mitwirkung und Mitgliedschaft bei Vereinigungen und Veranstaltungen, welche die Gefahr der Ansteckung mit sich bringen würden, verboten werden. Nicht alle, aber sehr viele deutsche Katholiken sind heute noch fest entschlossen, auf das Wort der Kirche zu hören und sogar unter Opfer Gehorsam zu leisten."<sup>569</sup>

Die deutschen Bischöfe hielten am Verhandlungskurs gegenüber Hitler fest, auch nach dem 30. Juni 1934. In dieser offenen Konfrontation zeigte sich die Tragik, die sich aus der unpolitischen Haltung des deutschen Episkopats unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur zwangsläufig ergab. Selbst die Verbrechen des sog. "Röhm-Putsches", dem auch prominente Vertreter des organisierten Katholizismus zum Opfer fielen, wurden auf diese 'unpolitische' Weise bewältigt, um die Belastungen für das Verhältnis von katholischer Kirche und NS-Staat, die sich aus dieser Krise zweifellos ergaben, in Grenzen zu halten. Der Journalist Fritz Gerlich, der seit 1930 zusammen mit Kapuzinerpater Ingbert Naab die in München erscheinende Zeitschrift "Der Weg. Monatsschrift für die oberen Klassen der höheren Lehranstalten," herausgab, zählte ebenso zu den Opfern der Röhm-Affäre wie der katholische Jugendführer, der Reichsführer der "Deutschen Jugendkraft", Adalbert Probst, und der Leiter der Katholischen Aktion im Bistum Berlin, Dr. Erich Klausener.<sup>570</sup> Poli

---

<sup>569</sup> SANDSTEDTE, Galen, S. 20, 150-155. Mit der "Eingabe des Gesamtepiskopats" sprach Galen den Brief an Hitler an, den der Münchner Kardinal Faulhaber im Auftrag der Fuldaer Bischofskonferenz entwerfen sollte. Er stützte sich auf den Vortrag Faulhabers in Fulda am 6. Juni 1934 zum Thema "Stellungnahme zu den verschärften Bewegungen gegen Gottesglaube, Christentum und Kirche". Der Entwurf des Schreibens gelangte erst am 24. Juni 1934 an den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, den Breslauer Erzbischof Kardinal Bertram. Der Brief unterschied sich "in Ton und Absicht" deutlich von dem Hirten Schreiben vom 7. Juni 1934. Er führte in sechs Abschnitten zwar die wichtigsten Beschwerdepunkte des Episkopats auf, appellierte aber "an einen Mann, dem es nicht am guten Willen, sondern an wahrheitsgemäßen Informationen fehlte". (SCHOLDER, Kirchen 2, S. 237f.) Im Promemoria an den Vatikan vom 15. Januar 1934 hatte Hitler erklärt, daß der Nationalsozialismus nicht die Schaffung einer neuen Glaubensbewegung anstrebe. (BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 148)

<sup>570</sup> SCHOLDER, Kirchen 2, S. 253-260; NEUHÄUSLER, Kreuz 1, S. 175; WILLENBORG, Amboss, S. 22. Ingbert Naab gelang mit Hilfe des Eichstätter Bischofs Preysing die Flucht in die Schweiz. In der Ausgabe der Zeitschrift "Der Weg. Monatsschrift für die oberen Klassen der höheren Lehranstalten" vom 21. Juli 1932 hatte Gerlich in einem Aufsatz zur bevorstehenden Reichstagswahl unter dem kämpferischen Titel "Der Nationalsozialismus ist eine Pest!" bereits seine ablehnende Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung bekundet: "Nationalsozia-

tisch inzwischen desillusioniert, hatte Klausener noch auf dem 32. Katholikentag des Bistums Berlin am 24. Juni 1934 in mutiger Haltung 60 000 versammelte Menschen dazu aufgefordert, den Glauben auch "im Werktag des Lebens" frei und offen zu bekennen.<sup>571</sup>

### 3.6.2. "Röhm-Putsch" und Saarreferendum

Die leidvollen Erfahrungen und tragischen Opfer, die auch auf katholischer Seite im Umfeld des "Röhm-Putsches" am 30. Juni 1934 zu beklagen waren, haben den deutschen Episkopat und die römische Kurie nicht zu einer Revision ihrer bisherigen Haltung gegenüber dem totalitären nationalsozialistischen System bewegen können.<sup>572</sup> Weder ein Mitglied des deutschen Episkopats noch ein Vertreter der römischen Kurie nahmen zur Ermordung von Fritz Gerlich und zu anderen unschuldigen Opfern der Röhm-Affäre öffentlich Stellung. Lediglich der Berliner Bischof Dr. Nikolaus Bares protestierte in einem Schreiben an Hitler vom 12. Juli 1934 gegen die Ermordung Klauseners und würdigte seine Verdienste als Vorsitzender der Katholischen Aktion in einem Nachruf mit den bewegenden Worten:

"Die furchtbare Tragik, die das Lebensende dieses treukatholischen und kerndeutschen Mannes umgibt, lastet wie mit Atmosphärendruck auf allen, die ihn kannten, auf uns vor allem, die unmittelbar Zeuge seines Schaffens waren und die zu unauslöschlichem Dank ihm verpflichtet bleiben."<sup>573</sup>

Aus den Worten des Berliner Bischofs Bares zum Tode Dr. Klauseners waren die Umstände des politischen Mordes nur indirekt zu erschließen. Die tatsächliche Verantwortung für eine mögliche politische Reaktion auf die Verbrechen vom 30. Juni 1934 lag allein in Rom und beim deutschen Episkopat. Hier beschloß man "gleichzeitig und offenbar ohne Absprache, die Ereignisse vom 30.

---

lismus ... bedeutet: Feindschaft mit den benachbarten Nationen, Gewaltherrschaft im Innern, Bürgerkrieg, Völkerkrieg. Nationalsozialismus heißt: Lüge, Haß, Brudermord und grenzenlose Not. Adolf Hitler verkündigt das Recht der Lüge ... Ihr, die ihr diesem Betrage eines um die Gewaltherrschaft Besessenen verfallen seid, erwacht! ... Wir, die hier zu Euch sprechen, wollen nicht an die Macht, wir dienen keiner Partei, wir sind niemandes Sprachrohr als unseres Gewissens ... Und wir sagen Euch: Es ist eine Gewissenspflicht jedes Katholiken, jene Parteien zu wählen, die die unverlöschlichen Rechte seiner Kirche zu verteidigen entschlossen sind: Zentrum oder Bayerische Volkspartei." (SCHOLDER, Kirchen 1, S. 170)

<sup>571</sup> SCHOLDER, Kirchen 2, S. 242.

<sup>572</sup> MÜLLER, Kirche, S. 237.

<sup>573</sup> Ebd., S. 286f.

Juni als eine rein politische Angelegenheit zu behandeln und sie nicht zu einem kirchlichen Thema zu machen". Diese Haltung war nicht akzidentell, sondern ließ ein politisches Verhandlungsmuster erkennen, mit dem die deutschen Bischöfe in ihrer Mehrheit und mit Unterschied auf Rechtsbeugung, Gewalt und Unrecht der nationalsozialistischen Diktatur reagierten.<sup>574</sup>

Nach dem erfolgreichen Verlauf des Saarreferendums am 13. Januar 1935 und der von großen Teilen der Bevölkerung begrüßten Wiedereinführung der Wehrpflicht am 16. März 1935 sah sich das Regime nicht mehr gezwungen, auf die Belange der katholischen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Es begann der offene Kampf gegen die katholische Kirche.<sup>575</sup> Auf ihrer turnusmäßigen Konferenz im August 1935 befaßten sich die deutschen Bischöfe mit der Lage der katholischen Kirche und insbesondere mit der der katholischen Verbände. In ihrem gemeinsamen Hirtenbrief vom 20. August 1935 stellten sie fest, daß es den Feinden des Christentums "nicht mehr um einzelne Glaubenswahrheiten geht wie in früheren Glaubenskämpfen, sondern um das Wesen und die Fundamente der christlichen Religion". Sie stimmten ferner darin überein, "daß ihr Vernichtungskampf in erster Linie sich gegen Rom und den römisch=katholischen Glauben richtet". Die Lage habe sich dramatisch verschärft. Außerhalb der Kirchen dürften Versammlungen nicht mehr abgehalten werden, die Freiheit der Presse sei soweit eingeschränkt, "daß die früher katholischen Zeitungen religiöse Artikel nicht mehr bringen dürfen und zuweilen zur Aufnahme von Artikeln gezwungen werden, die den katholischen Leser verletzen". Als "objektives, göttliches Sittengesetz" verkünde der christliche Glauben auch "die Ehrfurcht vor der staatlichen Obrigkeit" und den "Gehorsam gegen ihre Gesetze". Wenn aber die Gesetze des Staates mit dem Naturrecht und den Geboten in Widerspruch gerieten, wie es gegenwärtig der Fall sei, gelte "das Wort, für das die ersten Apostel sich geißeln und in den Kerker werfen ließen: 'Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.'<sup>576</sup>

---

<sup>574</sup> SCHOLDER, Kirchen 2, S. 258. Kardinalstaatssekretär Pacelli betrachtete die Ereignisse als eine rein politische Angelegenheit und sah den Vatikan nicht zu einer Stellungnahme veranlaßt. (S. 261)

<sup>575</sup> DAMBERG, Moderne, S. 252ff.

<sup>576</sup> Kirchliches Amtsblatt Jg. 69, Nr. 18, 28.8.1935, S. 118ff.

### 3.6.3. Die Wiederbelebung des Laienapostolats in der Katholischen Aktion

In dieser kritischen Situation nahm der deutsche Episkopat Abstand von weiteren Verhandlungen mit der Reichsregierung und rang sich in Fulda zu einer eigenen Konzeption durch, die die Wiederbelebung des katholischen Laienapostolats, die Verkirchlichung der katholischen Verbände und den Aufbau der Katholischen Aktion auf Pfarr- und Diözesanebene zum Ziele hatte. Damit rückte der katholische Laie in das Zentrum des kirchlichen Abwehrkampfes. Innerhalb der Katholischen Aktion sollten die Vereine, die jetzt ganz der Aufsicht des örtlichen Pfarrers unterstanden, organisatorisch fortbestehen. Die Eingliederung einzelner Verbände in die Katholische Aktion und in die reguläre Pfarrseelsorge bedeutete einen Verzicht auf ihre bisherige Eigenständigkeit. Die Verkirchlichung der katholischen Laienarbeit übertrug die katholische Seelsorge, insbesondere die Jugendseelsorge, in die örtliche Pfarrei und unterstellte sie der Fürsorge des örtlichen Klerus. Unter seiner Obhut war sie geschützter und überlebensfähiger als in den traditionellen Verbandsstrukturen, die zusehends in Auflösung begriffen waren.<sup>577</sup> Um die zunehmenden Beschränkungen der katholischen Verbände zu kompensieren, regte Clemens August schon früh die Aktivierung des katholischen Laienapostolats an. Die Theologie der Pfarrgemeinde öffnete sich nach Auffassung Wilhelm Dambergs überraschenderweise der liturgischen Erneuerungsbewegung von Pius Parsch und verlagerte den pastoralen Schwerpunkt von der Vereins- in die Pfarrseelsorge. Nach dem Programm der "Katholischen Aktion" sollten die eigentlichen Impulse der Pfarrseelsorge von kleinen, besonders geschulten, aktiven Gruppen in der Pfarrgemeinde, den sogenannten "Kernscharen", ausgehen.<sup>578</sup>

Bischof Clemens August von Münster legte schon am 24. April 1934 im Kirchlichen Amtsblatt der Diözese "Richtlinien für die Arbeit der Katholischen Aktion in der Diözese Münster" vor. Angesichts der wachsenden weltanschaulichen Bedrohung der katholischen Milieus und der sich häufenden Übergriffe auf seine wichtigen Träger gewann das päpstliche Erneuerungsprogramm an Intensität. Die Richtlinien forderten im Rahmen der Katholischen Aktion zum weiteren Kampf gegen die fortgesetzte Laisierung der modernen Welt auf, die - nicht erst in der kulturellen und religiösen Gegen

---

<sup>577</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 422ff.

<sup>578</sup> DAMBERG, Synode, S. 310-319.

wart des Jahres 1934 - "in der seit Jahrhunderten fortgeschrittenen Entfernung der Menschheit von Christus und der Kirche, in der Loslösung der menschlichen Gesellschaft von den Wahrheiten und Geboten Gottes auf weiten Strecken" und "in der Trennung von Religion und Leben, die einstens fest verbunden waren", sichtbar werde. Zum Wirken in der Katholischen Aktion gäben Papst und Bischöfe "Auftrag und Richtlinien", denen die Laien sich unterzuordnen hätten. Der Erfolg dieser Arbeit hänge von einer guten Organisation ab, die "besonders in der lebendigen Familie der Pfarrei" befähigte "Menschen sammeln und sie überall auf allen Arbeitsgebieten an die Arbeiten des Reiches Gottes" aussenden solle. In diesem Sinne sollte die Katholische Aktion kein neuer Verein sein, "vielmehr eine Zusammenfassung und Krönung der bisher bestehenden katholischen Vereine und des Lebens der katholischen Pfarrgemeinde".<sup>579</sup>

Im Officialatsbezirk Oldenburg begann Mitte der 1930er Jahre eine intensive Laienarbeit. Im Rahmen der Katholischen Aktion führten Pfarrgeistliche seit 1935 religiöse Schulungskurse für männliche und weibliche Jugendliche durch und bildeten Laienkatecheten aus. Durch intensive Schulungsarbeit wurden Laien so dazu befähigt, als Tradenden des christlichen Glaubens in ihrem eigenen Lebenskreis, besonders in der Familie, zu wirken. In den Jahren 1935/36 wurde in vielen Pfarrgemeinden Südoldenburgs der Bau von Pfarrrheimen in Agriff genommen, in denen Schulungskurse und Versammlungen stattfinden konnten. Besonders gefördert und inspiriert wurde die neue Form der Laienbewegung von Vikar Wilhelm Gillmann, dem Schriftleiter der oldenburgischen Kirchenzeitung. Gillmann konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf die Schulung der männlichen und weiblichen Jugend und verfaßte dazu eigene Rundschreiben, die sich ausschließlich mit religiösen Erziehungsfragen beschäftigten. Die Mädchen sollten in erster Linie auf ihre Rolle als christliche Jungfrau oder Ehefrau und Mutter vorbereitet werden. Begabte Mädchen, die sich bereitwillig in den Dienst der Pfarrseelsorge stellten, wurden zu Katechetinnen ausgebildet.<sup>580</sup> Die politische Neutralität

---

<sup>579</sup> Amtsblatt Jg. 68, Nr. 9, 24.4.1934, S. 55-58. Das Programm des katholischen Laienapostolats wurde symbolisch im Bild des "mystischen Leibes Christi", das Galen 1934 bereits im Osterhirtenbrief verwandt hatte, vorgestellt: "In den Seelen der Laien erwacht durch diese ihnen gestellten Aufgaben [...] das Bewußtsein, wie sehr sie im Reiche Gottes, als Mitglieder des mystischen Leibes Christi, mit dem Ganzen verbunden und für das Ganze verantwortlich sind."

<sup>580</sup> LESCH, Aktion, S. 158ff. Die Laienkatechetinnen sollten sich nach Gillmanns Vorstellungen als "Werkzeuge des Bischofs", als "Hilfs-Apostel", verstehen und sich vor jeder Überheblichkeit hüten. Der "Ancilla-Geist opferfreudiger Dienstbereitschaft", der Frauen eigen sei, befähige Mädchen in besonderer Weise für den Dienst in der Katholischen Aktion. (S. 159)



sicherte das Überleben der Katholischen Aktion und beugte einer direkten Konfrontation zwischen Nationalsozialismus und Katholischer Aktion vor.<sup>581</sup>

Wilhelm Gillmann wurde am 28. Mai 1897 in Münster geboren. 1901 zog die Familie, die eine Gastwirtschaft am Domplatz betrieben hatte, nach Damme um, wo sie das Hotel Mähler erworben hatte. Nach dem Besuch der Höheren Bürgerschule in Damme wechselte Wilhelm Gillmann auf das Gymnasium Paulinum in Münster. Er fand Aufnahme im Collegium Ludgerianum, einem bischöflichen Knabenkonvikt. Nach einigen Verzögerungen wurde Gillmann im Mai 1916 auf eigenen Wunsch zum 7. Jäger-Bataillon in Bückeburg einberufen und konnte sich für soldatische Tugenden durchaus begeistern. Bei einem Fronteinsatz an der Somme entging er nur mit knapper Not einem Kugelhagel. Nach dem Kriege holte Gillmann 1919 das Abitur am Paulinum in Münster nach und nahm an der Universität Innsbruck das Studium der Theologie auf. Nach krankheitsbedingten Unterbrechungen des Studiums wurde er im Herbst 1926 im Collegium Borromaeum in Münster aufgenommen und schließlich am 23. Februar 1929 durch Bischof Johannes Poggenburg zum Priester geweiht. Der mittlerweile 31jährige Neupriester erhielt seine erste Anstellung als Vikar an der Stadtkapelle in Cloppenburg. Zugleich war er als Seelsorger im Krankenhaus und als Religionslehrer am Realgymnasium tätig (bis 1931). Der Name Wilhelm Gillmann ist unauflösbar verknüpft mit der Geschichte der Kirchenzeitung "Kirche und Leben" in Süddoldenburg. 1932 ergriff Gillmann die Initiative zur Herausgabe eines Kirchenblattes. Mit Unterstützung von Dechant Hackmann erschien am 15. Mai 1932 die erste Ausgabe von "Kirche und Leben" als Dekanatsblatt für das Dekanat Cloppenburg. Dieses Kirchenblatt wurde am 11. Juni 1934 aufgrund regimekritischer Artikel verboten. Die Herausgabe einer neuen Kirchenzeitung übernahm eine Kirchenblatt-Vereinigung für den Offizialatsbezirk Oldenburg, die am 16. September 1934 die erste neue Ausgabe von "Kirche und Leben" als Kirchenblatt für den Offizialatsbezirk Oldenburg vorlegen konnte. Redakteur war wiederum Wilhelm Gillmann, der ein Büro im Antoniushaus am Klingshagen, einem Exerzitenhaus und Schülerheim, bezog. Nach langwierigen und aufreibenden Auseinandersetzungen mit den Behörden erschien die letzte Ausgabe von "Kirche und Leben" am 25. Mai 1941. Im Laufe dieser Auseinandersetzungen wurde Wilhelm Gillmann am 28. Januar 1941 festgenommen und in das Gestapo-Gefängnis Wilhelmshaven überführt; am 7. Juni 1941 erfolgte seine Freilassung. Gillmann erhielt nach seiner Rückkehr nach Vechta als Leiter des von Offizial Pohlshneider gegründeten Seelsorgeamtes eine neue Aufgabe. 1956 übernahm er die Leitung der in Münster neuerrichteten Fachstelle für Marianische Kongregationen. Nach langem schweren Leiden starb Wilhelm Gillmann am 19. September 1980 im Hiltruper Krankenhaus und fand seine letzte Ruhestätte auf dem Friedhof in Damme.<sup>582</sup>

Konkrete Impulse für die religiöse Aktivierung der katholischen Laien gingen von der Diözesansynode des Bistums Münster vom 13. bis 15. Oktober

---

<sup>581</sup> LESCH, Aktion, S. 154-162. Karl Josef Lesch gibt einen Überblick über das Wirken der Katholischen Aktion im Offizialatsbezirk Oldenburg während der NS-Zeit und kommt zu dem Ergebnis, daß sie dazu beigetragen hat, "christlichen Glauben und christliche Werte vor den Übergriffen des Nationalsozialismus zu schützen". (S. 162)

<sup>582</sup> SIEVE, Gillmann, S. 240ff.

1936 aus. Ein Beitrag zur Demokratisierung der katholischen Laienbewegung ist in diesen Maßnahmen allerdings nicht zu sehen. Nach Auffassung von Wilhelm Damberg kam in der Bistumsleitung das Bewußtsein zum Durchbruch, daß die nationalsozialistische Regierung ihr Programm der "Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens" durchführen und zum Abschluß bringen wollte. Daher bedurfte es eines Umdenkens und der Entwicklung einer neuen Überlebensstrategie, die die Pfarrgemeinde in den Brennpunkt des kirchlich-religiösen Lebens stellte. Der Rückzug auf die Pfarrgemeinde wurde so Programm.<sup>583</sup> Die Diözesansynode verabschiedete "Leitsätze und Weisungen" für die "Pfarrgemeinde als Gemeinschaft" unter den spezifischen Verhältnissen der nationalsozialistischen Diktatur und setzte damit neue Zeichen. Sie verfaßte ein pastorales Konzept, "das einerseits auf Impulsen der Liturgiebewegung beruhte, die bereits in den zwanziger Jahren im Bistum Münster Fuß gefaßt hatte, andererseits aber eine pragmatische Anpassung an die Unterdrückung des vom Vereinswesen getragenen organisatorischen Netzwerks der katholischen Gesellschaft darstellte, wie es sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts ausgebildet hatte". Die "Allzuständigkeit des Priesters für fast alle Gegenwartsfragen", wie sie bisher bestanden hatte, wich im Zeichen der Unterdrückung einer Konzentration seiner Aufgaben auf das sakramentale Leben in der Pfarrgemeinde und machte vorsichtig dem Bild von 'halbwegs' mündigen Laien Platz. Die Laien sollten "in den wechselvollen Zeitverhältnissen" imstande sein, "auch ohne Einzelanweisungen und beständige persönliche Leitung, nicht nur für ihr eigenes Verhalten die richtige Gewissensentscheidung zu treffen, sondern auch beispielgebend, beratend und führend ihre Umwelt, ihre Familien, ihre Berufsgenossen, ihre Mitbürger und Volksgenossen zu einem christlichen Denken und Leben anzuleiten, und so der Anerkennung und Befestigung der Königsherrschaft Christi über die Menschheit Vorkämpfer und Apostel zu sein". Als Organisationsform für die Laienarbeit war die Bildung von Pfarrausschüssen vorgesehen, die von einem Laien als Vorsitzenden geleitet wurden, denen der Pfarrer, die Vorsitzenden der vier Lebensstände sowie deren geistliche Beiräte und Einzelpersönlichkeiten angehören sollten.<sup>584</sup>

---

<sup>583</sup> DAMBERG, *Moderne*, S. 276ff.; KUROPKA, *Kirche*, S. 584ff.; LESCH, *Aktion*, S. 154. Damberg gibt einen Überblick über die Konzeption und die Ergebnisse der Diözesansynode des Jahres 1936.

<sup>584</sup> DAMBERG, *Galen*, S. 310-319. Die Konzeption der Pfarrausschüsse, über deren Realisierung kein exakter Überblick vorliegt, kann als Vorläufer der Pfarrgemeinderäte gesehen werden, die im Bistum Münster 1980 durch den Pastoralplan "Communio. Kirche ist Gemeinschaft" eingerichtet wurden.

Da die katholischen Standes- und Berufsvereine als Träger dieser Erneuerungsbewegung aufgrund der politischen Selbstbeschränkung und Unterdrückung weitgehend ausfielen, konzentrierte sich das Interesse der Synode auf die vier Lebensstände, Männer, Frauen, Jungmänner und Jungfrauen, die sog. Naturstände. Unter dem politischen Druck der nationalsozialistischen Diktatur war Galen bereit, die Autorität des weltlichen Klerus auf seine sakramentalen Aufgaben zu beschränken und die Pfarrkirche vorsichtig zu öffnen. Weil der traditionelle Rahmen des organisierten Katholizismus brüchig geworden war, wies er den katholischen Laien eine neue Aufgabe zu, die an ihre religiöse Selbstverantwortung appellierte und sie befähigen sollte, als lebendige Mitglieder der Pfarrgemeinde ihren Glauben eigenverantwortlich zu vertreten und zu bekennen - ohne den Beistand der Kirche auch gegen die politische Obrigkeit. Inhaltlich neu war das, was Clemens August 1936 zur Diözesansynode sagte, nicht. Mit der Einrichtung der Diözesansynode und der Förderung des katholischen Laienapostolats unter den herrschenden politischen Bedingungen im nationalsozialistischen Deutschland verfolgte Bischof Clemens August nicht das Ziel, einen Beitrag zur religiösen Emanzipation des einzelnen zu leisten, sondern wurde eher von der Absicht geleitet, die organisatorische Geschlossenheit der Diözese zu erhalten und die innere Abwehrhaltung der katholischen Laien gegen den Nationalsozialismus zu stärken. Die Vorstellung eines mündigen Katholiken war Clemens August völlig fremd. Der pastorale Paradigmenwechsel, der auf der Diözesansynode vollzogen wurde, konkretisierte sich in neuen liturgischen Formen, in der Einführung von Exerzitien und Einkehrtagen und in der Schulung der Marianischen Kongregationen, die als die "Kernscharen" der Frauen- und Männerseelsorge betrachtet wurden. In den Jahren 1935/36 vollzog sich ein innerkirchlicher Aufbruch, der sich die Erneuerung des katholischen Lebens durch ein hierarchisch organisiertes Laienapostolat und ein liturgisch vertieftes Glaubensbewußtsein zum Ziele gesetzt hatte. Daß er in der Mitte der 1930er Jahre zum Durchbruch kam, ist "ohne die Unterdrückung des organisierten Laienkatholizismus durch das NS-Regime" nicht zu erklären.<sup>585</sup>

Aber nach außen wurde das Verhältnis zwischen Staat und Kirche weiterhin positiv dargestellt, um im Interesse der katholischen Kirche keinen Zweifel an der loyalen Haltung der deutschen Katholiken gegenüber dem nationalsozialistischen Regime aufkommen zu lassen. In einem 1935 in Essen erschienenen Band mit dem Titel "Volk und Kirche. Katholisches Leben im deutschen Westen" zog der ehemalige Reichskanzler Wilhelm Marx (Zentrum) eine positive

---

<sup>585</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 449.

Bilanz der deutschen Katholikentage seit dem Ersten Weltkrieg und betonte, daß auf diesen großen Kundgebungen niemals "die Betonung der Pflichten des Staatsbürgers gegen Staat und Volk" gefehlt habe. "Daß gerade der Katholik schon des Gewissens wegen zur Treue gegen Verfassung und Staatsordnung verpflichtet sei, daß er nach Stellung und Kenntnis mit aller Kraft für das Wohl der Allgemeinheit zu sorgen habe", dieser Grundsatz sei von "autoritativen Stellen" immer wieder hervorgehoben worden. Um die Belange der katholischen Kirche auch in Zukunft zu wahren, faßte Marx den politischen Kern seiner Aussage in dem Satz zusammen:

"Den Vorwurf der Staatsfeindlichkeit wird heutzutage wohl niemand mehr gegen die deutschen Katholiken zu erheben wagen!"<sup>586</sup>

Diese Zeiten, versicherte Marx damit den herrschenden Nationalsozialisten, seien überwunden und die Katholiken hätten keinen Grund mehr zu politischem Mißtrauen. Das Kalkül dieser Aussage war offensichtlich und entsprach der Haltung der katholischen Amtskirche gegenüber dem Nationalsozialismus.

---

<sup>586</sup> MARX, Katholikenversammlungen, S. 70.

## 4. Die Gleichschaltung des katholischen Milieus in Süddoldenburg

### 4.1. Einleitung

In der politischen Geschichte des katholischen Milieus in Süddoldenburg zeichnete sich 1933 ein großer sektoraler und inhaltlicher Schwerpunkt ab, der eine Vielfalt von größeren und kleineren Konflikten enthielt. Diese ergaben sich aus der Konfrontation der materiellen und sozialen Lebensbedingungen einer klein- und mittelbäuerlichen Agrargesellschaft mit dem NS-Staat und wurden im sog. "Kreuzkampf" des Jahres 1936 in besonderer Weise als "Weltanschauungskampf" zwischen dem Nationalsozialismus und dem süddoldenburgischen Katholizismus ausgetragen. Dabei ist zu beobachten, daß die um 1935/36 einsetzende wirtschaftliche und soziale Frustration der bäuerlichen Bevölkerung die glaubensbegründete Opposition gegenüber dem NS-Regime verstärkte. Auf die katholische Agrarprovinz Süddoldenburg läßt sich deshalb mit gebotenen Korrekturen übertragen, was Martin Broszat für ländliche Regionen in Bayern feststellt. Danach hatte sich die nationalsozialistische Herrschaft auf dem Lande "den hier mit großer Beharrungskraft fortwirkenden tradierten sozialen Schichten und Gewohnheiten in starkem Maße anzupassen" und konnte sich in dieser Umgebung oft nur "gemildert und 'gebrochen' etablieren". Die politische Infrastruktur ländlicher Regionen brachte es mit sich, daß in die agrarische Provinz "die nationale, gesamtstaatliche Politik und Propaganda des Regimes schon infolge der geringen öffentlich-politischen Partizipation der Bevölkerung nur in abgeschwächter Form" hineinwirkte.<sup>587</sup> In Süddoldenburg lagen die Verhältnisse etwas anders. Die geopolitische Nähe zur Landeshauptstadt und der hohe Verwaltungsstandard des Landes machten diese Region - im Gegensatz zu den Verhältnissen in Bayern - zu einem schnell erreichbaren Adressaten für den politischen Willen einer totalitären Herrschaft. Konservative Mentalitäten und eine bis 1933 geübte Resistenz gegenüber der nationalsozialistischen Partei, zurückhaltende Wählervoten zugunsten der NSDAP zwischen 1930 und 1933 und konfessionell ausgerichtete Oppositionshaltungen gegen die Schul- und Kirchenpolitik des NS-Regimes legen andererseits den Schluß nahe, daß die Sozial- und Alltagsgeschichte Süddoldenburgs in diesem Zeitraum keine historische Sonderstellung für sich beanspruchen kann und zumindest in den ländlichen Agrarregionen Bayerns politische Parallelen findet. Schulpolitische Konflikte in ähnlichen katholischen Regionen Badens und Westfalens machen

---

<sup>587</sup> BROSZAT, Bayern 4, S. 701.

ebenfalls deutlich, daß die Oldenburger Ereignisse nicht als "isolierter Vorgang" betrachtet werden dürfen.<sup>588</sup>

In Süddoldenburg war es nicht anders als in vergleichbaren ländlichen katholischen Regionen des Deutschen Reiches. Die kirchliche Domestizierung des katholischen Vereinswesens, die jahrzehntelang eingeübt und in der offenen Gesellschaft der Weimarer Republik kaum aufgeweicht worden war, erwies sich als wichtige Voraussetzung für das Überleben des organisierten Katholizismus im "Dritten Reich" und die Wahrung seiner moralischen Integrität. Das kam ihm nach 1945 voll zugute. Aus dieser Position heraus traf der Vereinskatholizismus nach dem Zweiten Weltkrieg auf positive Voraussetzungen für seine Restauration, die das gesamte öffentliche Leben in Süddoldenburg nach 1945 maßgeblich bestimmte und allseits durchdrang. Was die Geschichte Süddoldenburgs von anderen Regionen unterschied, war das Fanal des "Kreuzkampfes" mit seinem unerwarteten Erfolg, der aufgrund seiner spektakulären Umstände in die Geschichte des "Dritten Reiches" einging. Was Broszat über den Handlungsspielraum des oppositionellen katholischen Klerus und das "konkurrierende Neben- und Gegeneinander" von staatlichem und kirchlich-religiösem Einfluß feststellt, läßt sich ohne Bedenken auf die Verhältnisse in Süddoldenburg übertragen, wo die katholischen Repräsentanten der lokalen NSDAP ebenfalls häufig aus der Defensive heraus operierten:

"Auf der anderen Seite - dies ist unter dem Gesichtspunkt des moralischen Ranges nicht zu übersehen - hatten es die Träger und Wortführer dieser Opposition auch leichter als andere. Oppositionelle katholische Pfarrer und Bischöfe mit starkem sozialen und geistlichen Einfluß konnten sich in Regionen mit dichtem katholischen Milieu, infolge auch der relativen Zurückhaltung von Amts- und Parteistellen ihnen gegenüber, häufig mehr 'leisten' als andere Oppositionelle. Oft bestand ein konkurrierendes Neben- und Gegeneinander kirchlichen und nationalsozialistischen Weltanschauungs-Einflusses, in seltenen Fällen gerieten die lokalen Repräsentanten der NSDAP sogar in die Defensive."<sup>589</sup>

---

<sup>588</sup> DAMBERG, Kreuzkampf, S. 379-387, Zitat: S. 379; MAIER, Kreuzkampf, S. 366-378. Als Beispiel für einen erfolgreichen kirchlich-religiösen Widerstand in Bayern führt Broszat den Boykott gegen die 1941 angeordnete Entfernung der Kruzifixe aus den Volksschulen an. Er verweist auf die für Süddoldenburg interessante Parallele, daß der Kampf gegen die Gemeinschaftsschule vergeblich war und scheiterte: "Unter wirkungsgeschichtlichem Gesichtspunkt war diese Front des Widerstandes in Bayern, aber sicher nicht nur hier, die bedeutendste, trotz und vielleicht gerade wegen der nur teilhaften, im wesentlichen auf den Bereich der christlichen Weltanschauung und der Erziehung in Kirche und Schule beschränkten, hier aber prinzipiell geführten Auseinandersetzung." (BROSZAT, Bayern 4, S. 702)

<sup>589</sup> BROSZAT, Bayern 4, S. 703.

Für den katholischen Klerus Südoldenburgs in der Geschichte des "Dritten Reiches" gilt, was für ihn auch in der liberalen Ära der Weimarer Republik gegolten hatte, "daß es alles in allem nicht in erster Linie das Einzelverhalten war, das die Durchschlagkraft dieser Opposition ausmachte, sondern die Resistenz einer mächtigen traditionellen katholischen 'Struktur', in die der Nationalsozialismus zwar immer wieder einbrechen, die er im ganzen aber nicht auflösen konnte".<sup>590</sup> Die Tatsache, daß der katholische Glaube "identisch für die Münsterländer mit der Auslegung des Evangeliums durch die Amtskirche und mit der daraus resultierenden Politik der Bischöfe und der Geistlichkeit" war, hebt deutlich hervor, daß die Opposition nicht über die von der Kirche gezogenen Grenzen hinauswuchs.<sup>591</sup> Das katholische Milieu in Südoldenburg gab auf Geheiß der katholischen Bischöfe seine resistente Haltung im Frühjahr 1933 auf und fügte sich nach und nach in das nationalsozialistische System ein. Dieser Prozeß verlief nicht ohne Widersprüche, Hemmungen und Irritationen. Im gleichen Zeitraum verlor es mit der Zentrumspartei, die sich am 5. Juli 1933 selbst auflöste, und mit der Zentrumspreste, die sukzessive gleichgeschaltet wurde, seine politische Repräsentanz. Mit dem Katholischen Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg, der sich am 24. April 1933 dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) anschloß, büßte es einen seiner einflußreichsten konfessionellen Verbände ein. Aufgrund der einzelnen Bestimmungen, die das Reichskonkordat über Stellung und Funktion des katholischen Vereins- und Verbandswesens enthielt, schied der Volksverein für das katholische Deutschland aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben aus und zogen sich die übrigen Standes- und Berufsvereine weitgehend in den Binnenraum der Kirche zurück.<sup>592</sup> Die Erschwernisse und Einschränkungen, die sich aus dem Reichskonkordat und aus nachfolgenden Verordnungen für die Tätigkeit der katholischen Vereine und des katholischen Klerus ergaben, versuchte Bischof Clemens August in der Diözese Münster konzeptionell durch eine religiöse Aktivierung von katholischen Laien zu kompensieren. Aufgrund dieser Entwicklung rückte die katholische Kirche stärker als je zuvor in das geistige Zentrum des südoldenburgischen Katholizismus und verlieh ihm den notwendigen moralischen Rückhalt, den er für das Überleben in der Zeit der nationalsozialistischen

---

<sup>590</sup> Ebd.

<sup>591</sup> HESEDING, Kreuz, S. 91.

<sup>592</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 267. Nach Auffassung von Christoph Kösters war das Verhältnis der katholischen Vereine und Verbände zum neuen Staat im Bistum Münster im Frühsommer 1933 "ambivalent und durch ein vorsichtiges 'ja - aber' gekennzeichnet: Mitbauen an einem neuen, christlich geprägten Deutschland, ja, aber nur unter der Bedingung der ideellen und organisatorischen Selbstbehauptung".

Herrschaft brauchte. Dabei kam dem örtlichen Klerus innerhalb des katholischen Milieus ein "Vertretungsmonopol" zu.<sup>593</sup> Er wurde zum Garanten für die Selbstbehauptung des katholischen Milieus in Südoldenburg in der Zeit des "Dritten Reiches".

Die historische Kontinuität in der südoldenburgischen Kirchen- und Schulpolitik ist in der massiven Abwehrhaltung des katholischen Milieus zu sehen, das auf eine lange Kulturkämpferfahrung zurückgreifen konnte. Der politische und ideologische Gegner wechselte, es war nicht mehr der Liberalismus oder Sozialismus vergangener Tage, sondern der nationalsozialistische Staat, der auf eine Entkonfessionalisierung der katholischen Öffentlichkeit in Südoldenburg drängte. Zur Bewältigung des politischen Konfliktes wurden Strategien und Methoden herangezogen, die sich in der Vergangenheit bereits bewährt hatten: kirchenpolitische Interventionen aus Münster und Vechta, öffentliche Proteste katholischer Vereine und Organisationen und das mutige Eintreten einzelner für die alten Rechte der katholischen Kirche. Das Jahr 1933 war für das politisch-soziale Milieu in Südoldenburg so sehr eine Erfahrung historischer Kontinuität, wie es die Signale politischer Diskontinuität ignorierte oder verdrängte. Es erlebte die Ankunft der konservativen Gegenrevolution im "Dritten Reich" und gleichzeitig ihr Scheitern. Die NS-Kultur- und Schulpolitik schaltete in Oldenburg nicht die katholische Kirche aus, sondern wandte sich gegen die 'Reste' des politischen Katholizismus in Südoldenburg und seine kulturkämpferische Haltung, die sich gegen Kirche und Religion gerichteten politischen Bestrebungen des neuen Staates nicht beugen wollte. Der südoldenburgische Katholizismus bekämpfte auf der anderen Seite nicht das NS-Regime als politisches System, sondern einzelne kultur- und schulpolitische Maßnahmen, die als Ausdruck angemaßter Staatsomnipotenz betrachtet und zurückgewiesen wurden.

Es trafen in der Geschichte des "Dritten Reiches" im südoldenburgischen Katholizismus und im Nationalsozialismus nicht zwei totalitäre Systeme aufeinander, sondern ein auf Totalität bedachtes politisches System versuchte, den organisierten Katholizismus im katholischen Milieu Südoldenburgs zu entkonfessionalisieren und als politisches Teilsystem gleichzuschalten. Der südoldenburgische Katholizismus selbst war kein politisches System und deshalb nicht der erklärte Gegner des Nationalsozialismus, sondern bildete ein politisches und soziales Milieu, das immer ein starkes Eigenleben geführt hatte, auf seine moralische Integrität bedacht gewesen war und sich deshalb 1933 nur schwer in

---

<sup>593</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 279.



die gleichgeschaltete NS-Gesellschaft einfügen ließ. Es handelte sich nicht um einen Kampf zwischen politischen Systemen, sondern um den Kampf eines relativ geschlossenen katholischen Milieus gegen die Überfremdung durch moderne Formen ideologischer Indoktrination und politischer Gleichschaltung, die sich die Menschen in Südoldenburg aufgrund ihrer Geschichte nicht unbeachtet zu eigen machen wollten. Das hatten sie aus eben diesen Gründen auch in vergangenen Epochen deutscher Geschichte ohne Grund nicht getan.

Deshalb sind auch die vielfältigen Haltungen glaubensbegründeter Opposition in Südoldenburg a priori nicht politisch zu begreifen. Sie berührten das Politische an der Schnittstelle, wo es sich mit dem Religiösen vermischte. Die Trennung des Politischen vom Religiösen, die das oldenburgische Ministerium Pauly anstrebte, konnte in Südoldenburg nicht gelingen, weil das Religiöse auch immer das Politische gewesen war und umgekehrt. Diese Identität gehörte seit Generationen zu den historischen Konstitutionsbedingungen des katholischen Milieus und war historisch erprobt. Katholischer Glaube und moralisches Pflichtgefühl gegenüber der katholischen Kirche waren die Quellen glaubensbegründeter Oppositionshaltungen gegen den modernen Staat seit der europäischen Säkularisation gewesen. Dabei blieb es auch im "Dritten Reich". Clemens August Graf von Galen bildete von diesem Falle keine Ausnahme. Südoldenburg erlag den antimodernistischen Effekten der nationalsozialistischen Propaganda, wie sie in den öffentlichen Bekenntnissen zu Heimat und Volkstum, Glaube und Sitte und selbst zu christlicher Religion und Moral zum Ausdruck kamen, ebenso wie es bereit- und opferwillig um die Freiheit von katholischem Glauben und katholischer Kirche stritt. Zu einer politischen Form der Opposition, wie sie von Teilen der organisierten Arbeiterbewegung gegen den NS-Staat getragen wurde, hat sich der deutsche Katholizismus nicht durchringen können, weil er das Politische nicht vom Religiösen trennte und im Politischen eine Funktion des katholischen Glaubens erkannte. So blieb die Einstellung des katholischen Milieus in Südoldenburg gegenüber dem nationalsozialistischen Staat höchst ambivalent und auf eine besondere Art skeptisch: Sie schwankte von politischer Akklamation und gesellschaftlicher Anpassung bis zum moralischen Widerspruch, der auch in eine konsequente - individuelle und kollektive - Oppositionshaltung übergehen konnte. Auch das war im katholischen Milieu in Südoldenburg nicht anders als in anderen vergleichbaren Regionen.<sup>594</sup> Die Opposition blieb in der Regel partiell, entweder im Hin

---

<sup>594</sup> KRATZSCH, Hakenkreuz, S. 183-213; FASSE, Velen-Ramsdorf, S. 446-520. Norbert Fasse stellt über das ebenfalls weitgehend ländlich strukturierte katholische Amt Velen-Ramsdorf im

blick auf ihre Träger oder auf die 'Sache', um die es ging, oder in bezug auf den Adressaten. Dabei konnten auch mehrere Faktoren eine Rolle spielen.

Die Gleichschaltung des Jahres 1933 etablierte im katholischen Milieu in Südoldenburg eine politische Mischkultur, die sich zwischen katholischen Grundüberzeugungen und nationalsozialistischen Zumutungen immer wieder zu entscheiden hatte, und brachte eine gespaltene Gesellschaft hervor, die ihren Platz im Spannungsfeld zwischen dem katholischen Traditionalismus mit seiner religiösen Alltags- und Festkultur und der nationalsozialistischen Öffentlichkeit und ihrer Vielfalt an politischen Ritualen und nationalen Proklamationen immer wieder neu zu bestimmen hatte.<sup>595</sup> Daraus ergab sich für viele Menschen in Südoldenburg eine enervierende kräftezehrende Situation. Die März-Entscheidungen des Jahres 1933 beendeten die Phase politischer Resistenz im deutschen Katholizismus. Seitdem befanden sich die aktive Mitarbeit in der NSDAP und in Organisationen der Partei auf der einen Seite und das treu gelebte Bekenntnis zur katholischen Kirche und zum katholischen Glauben auf der anderen Seite in einem Verhältnis wechselhafter Koexistenz, das zahlreichen Lebensläufen ihr Profil gab. Es bildete sich eine gespaltene Gesellschaft, die für die Geschichte des katholischen Milieus Südoldenburgs in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft typisch war.

#### **4.1.1. Zwangsmaßnahmen in Südoldenburg**

Für Ministerpräsident Röver war mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes der "Umbruch" in Deutschland vollzogen. Auf einer Sonderveranstaltung für die Oldenburger "Geusenküche", die von der NSDAP für Hilfsbedürftige

---

westlichen Münsterland fest: "Wie für weite Teile der deutschen Gesellschaft gilt daher auch für das katholische Milieu, daß es manches Mal zwischen Ablehnung und Zustimmung zum NS-Staat schwankte, daß sich beide Haltungen mischten und von den aktuellen politischen Ereignissen beeinflußt wurden." (S. 526)

<sup>595</sup> BLESSING, Kirche, S. 108f. Werner K. Blessing stellt in diesem Zusammenhang über die Lage in der katholischen Region Bamberg fest, daß die katholische Kirche ihren Gläubigen "den institutionellen Rahmen für religiöse Gewohnheitsbeharrung und eine Anleitung zur partiellen Resistenz inmitten des nationalsozialistisch beherrschten Alltags" zur Verfügung stellte. Das habe zu einer "gespaltenen Wirklichkeit" geführt: "Verweigerung durch aktiven Widerstand war die Sache Einzelner, nicht der Institution Kirche." Die Nichtanpassung sei "überwiegend partiell" geblieben und habe weitgehend der "Selbstbewahrung von Kirche, religiöser Praxis und katholischer Moral" gegolten.

unterhalten wurde, sprach Röver über den "vollzogenen Umschwung" im Deutschen Reich:

"Der Umbruch ist vollzogen. Das Dritte Reich ist eingeleitet durch Adolf Hitler. Jetzt ist es an uns allen, mitzuhelfen am Aufbau, denn die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt. [...] Es gibt nur einen Führer, Adolf Hitler. Das weltgeschichtliche Große unserer Zeit liegt darin, daß nicht das alte Deutschland der Vorkriegszeit wiedererstanden ist, sondern daß daneben der deutschempfundene Sozialismus erstanden ist. [...] Das Ziel ist, den deutschen Arbeiter aus dem Sumpf des Marxismus zu erlösen und ihn einzugliedern in die Schicksals- und Volksgemeinschaft. Das Symbol muß hineingesenkt werden in die Herzen aller deutschen Menschen. [...] Wir können nicht glauben, daß der ewige Jude kampfflos das Feld räumen wird. Wir haben uns insonderheit zu hüten vor Komplikationen mit dem Auslande, solange es übermächtig ist. Deshalb bedarf es eiserner Disziplin. [...] Disziplin und entschlossener Kampfeswillen. Das Volk sympathisiert nur mit Kämpfern. Unser Ziel bleibt das vor 14 Jahren aufgestellte. Klassen und Stände werden wir überwinden, und am Ende steht das deutsche Volk in Einheit und Größe als Sehnsucht aller Deutschen, die ihr Deutschland mehr lieben als ihr kleines Ich."<sup>596</sup>

Der Vollzug des politischen "Umbruchs" hatte auch für Südoldenburg Konsequenzen, die politische Verfolgung und erste Zwangsmaßnahmen bedeuteten. Dabei fehlte es in der Cloppenburg Heimatzeitung, solange sie noch nicht gleichgeschaltet war, nicht an lokalen Nachrichten, deren Analyse auf die politische Wirklichkeit des Nationalsozialismus hätte schließen lassen können. Das Verbot von Zeitungen und Flugblättern, die Verhaftung von Kommunisten, die Entlassung und Versetzung von Beamten und Lehrern sowie Meldungen über die bevorstehende Errichtung von Konzentrationslagern waren im Frühjahr 1933 noch in der lokalen Presse Südoldenburgs nachzulesen und dokumentieren einen schleichenden Systemwandel, der öffentlich so gut wie unwidersprochen blieb.<sup>597</sup>

Die katholische Presse in Südoldenburg war im Frühjahr 1933 noch nicht gleichgeschaltet. Das beweist auch ein Leserbrief der "Ortsgruppe Cloppenburg des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", der am Tag vor

---

<sup>596</sup> MT vom 28. März 1933; GELHAUS, 1933, S. 137f.

<sup>597</sup> GELHAUS, 1933, S. 95 (Demonstrationsverbot gegen Kommunisten), 103 (Verbot eines SPD-Flugblattes), 127 (Haussuchung nach kommunistischen Flugblättern in Löningen), 135, 138, 185 (Verhaftung von Kommunisten), 135 (Errichtung eines oldenburgischen Konzentrationslagers), 146, 147, 149 (Kündigung und Versetzung von Beamten und Lehrern), 183 (Stürmung des Oldenburger Gewerkschaftsbüros und Verhaftung von Funktionären), 185 (Schutzhaft für zwei Gewerkschaftssekretäre in Nordenham). Die Angaben beziehen sich auf entsprechende Meldungen aus der Münsterländischen Tageszeitung von Februar bis Mai 1933, die im Faksimile wiedergegeben werden.

der angekündigten "Boykottbewegung" am 1. April 1933 in der Cloppenburg MT veröffentlicht wurde. In diesem Aufruf erklärten die "Staatsbürger jüdischen Glaubens" die angebliche antideutsche Hetzkampagne der Juden im Ausland, mit der die Boykottbewegung begründet wurde, für "frei erfunden" und lehnten jede Verantwortung dafür ab. Das Schreiben brachte sogar Verständnis für die gegenwärtige politische Situation in Deutschland zum Ausdruck, wenn es hieß:

"Das deutsche Volk befindet sich seit Wochen in einem politischen Umschwung gewaltigen Ausmaßes. Hierbei ist es zu politischen Racheakten und Ausschreitungen auch gegen Juden gekommen. Die Reichsregierung wie die Länderregierungen haben sich mit Erfolg bemüht, möglichst schnell Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Der Befehl des Reichskanzlers, Einzelaktionen zu unterlassen, hat seine Wirkung getan."<sup>598</sup>

Nach Auffassung Werner Teubers erwies sich der Boykott am 1. April 1933 in Südoldenburg als "Fehlschlag".<sup>599</sup> Wie in anderen Zeitungen erschien der Boykottaufruf gleichlautend auch in der Zentrumsprelle in Cloppenburg und Vechta:

"Kein Volksgenosse kauft mehr beim Juden, nimmt keinen jüdischen Rechtsanwalt, Arzt, u. handelt nicht mit jüdischen Viehhändlern! Die Ehre des deutschen Volkes erfordert diese Maßnahme."<sup>600</sup>

Protest gegen die erste Zwangsmaßnahme gegen jüdische Mitbürger blieb in Cloppenburg und Vechta aus, weil auch aus der Leitung der katholischen

---

<sup>598</sup> MT vom 30.3.1933; DENIS, Walter: Zur Geschichte der Juden in Cloppenburg, IN: VuL Nr. 126, 1989, S. 6.

<sup>599</sup> Lediglich in Vechta habe ein SA-Mann mit dem üblichen Schild "Deutsche, kauft nicht bei Juden" vor dem Textilgeschäft der Geschwister Bloch Posten bezogen. Ein Handwerksmeister aus der Nachbarschaft soll den SA-Mann gerügt und auf Werke tätiger Milde von Hanne Bloch in den Kriegsjahren hingewiesen haben. (TEUBER, Juden, S. 114)

<sup>600</sup> OV, MT vom 1.4.1933. Teuber weist darauf hin, daß der Aufruf nicht in großer Aufmachung erschien, sondern von den Kreisleitungen in Vechta und Cloppenburg nur als kleine Anzeige geschaltet wurde. Die MT forderte ihre Leser in einer Verlagsmitteilung unter dem Titel "An unsere Leser im Ausland!" auf, "nach Kräften der Lügenpropaganda gegen Deutschland entgegenzutreten. Sensationslüsterne Zeitungen, aus Deutschland geflohene Literaten und die unterirdische kommunistische Agitation sind die Quellen solcher Lügen". Die Parteileitung der NSDAP hatte den Boykott jüdischer Geschäfte "als Antwort gegen die Boykott- und Greuelhetze der Juden im In- und Ausland" am 28. März 1933 angeordnet. Zur Durchführung der Aktion, die zunächst auf einen Tag begrenzt wurde, sollten SS- und SA-Männer pünktlich um 10.00 Uhr vormittags vor jüdischen Geschäften Posten beziehen und die Bevölkerung am Betreten dieser Läden hindern. (TEUBER, Juden, S. 114)

Kirche in Deutschland keine anderen Signale kamen. Mit Ausnahme von Erzbischof Gröber (Freiburg) lehnten alle Metropoliten eine politische Intervention im Konflikt um den Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 ab. Mit Empfehlung von Domkapitular Monsignore Lichtenberg aus Berlin wandte sich Oskar Wassermann, der Direktor der Deutschen Bank in Berlin, mit der Bitte an Bertram, "der Episkopat wolle beim Herrn Reichspräsidenten und bei der Reichsregierung intervenieren für die Aufhebung des gegen alle jüdischen Geschäfte veranstalteten Boykotts". Wassermann war auch Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden. In einem Brief an die deutschen Erzbischöfe erörterte Kardinal Bertram, der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, "die Frage der Opportunität" einer möglichen Intervention beim Reichspräsidenten und bei der Reichsregierung und nannte die Gründe für seine ablehnende Haltung:

"Meine Bedenken beziehen sich

1. darauf, daß es sich um einen wirtschaftlichen Kampf in einem uns in kirchlicher Hinsicht nicht nahestehenden Interessenkreise handelt;
2. daß der Schritt als Einmischung in eine Angelegenheit erscheint, die das Aufgabengebiet des Episkopates weniger berührt, der Episkopat aber triftigen Grund hat, sich auf sein eigenes Arbeitsgebiet zu beschränken;
3. daß der Schritt keinen Erfolg haben dürfte, weil die Gründe pro und contra den maßgebenden Stellen auch ohne unsere Vorstellung genügend bekannt sind; dazu kann
4. die taktische Erwägung kommen, daß dieser Schritt, der nicht vertraulich im engeren Kreis bleiben kann, sicher die übelste Interpretation in den weitesten Kreisen von ganz Deutschland finden würde, was bei der überaus diffizilen und dunklen Gesamtlage keineswegs gleichgültig sein kann.

Daß die überwiegend in jüdischen Händen befindliche Presse gegenüber den Katholikenverfolgungen in verschiedenen Ländern durchweg Schweigen beobachtet hat, sei nur nebenbei berührt."<sup>601</sup>

Motiviert wurde die Verweigerungshaltung der deutschen Bischöfe durch die Befürchtung, daß aus dem Kampf gegen die Juden ein Kampf gegen die katholische Kirche werden könnte. Einer breiteren Öffentlichkeit ist heute nicht mehr gegenwärtig, daß im Frauengefängnis in Vechta bereits im Juli 1933 ein Konzentrationslager in Betrieb genommen wurde. Nach einer Meldung der Vechtaer OV war das "hiesige Konzentrationslager" im August 1933 mit 65 Männern belegt, "die wegen politischer Vergehen 'Gast' in Vechta sein dürfen". Der kleine Artikel macht deutlich, daß die politische Verfolgung insbesondere von Kommunisten nicht angemessen als Unrecht wahrgenommen

---

<sup>601</sup> FELDMANN, Lichtenberg, S. ff.; MÜLLER, Kirche, S. 98f.; SCHOLDER, Kirchen 1, S. 343f.

und nicht mit dem nötigen Ernst behandelt wurde. In dem Bericht heißt es weiter:

"Wenn neuer 'Besuch' ankommt, wird er sofort 'uniformiert', alles wird ihm abgenommen: Geld, Tabak und Pfeife. Des Morgens marschieren sie hinaus ins nahegelegene Moor und machen unter Aufsicht von SS-Männern Moorarbeiten. Das Essen ist gut und kräftig. Den Gefangenen oder Schutzhäftlingen werden Bücher und Schriften zur Verfügung gestellt, damit sie sich über die Ziele und das Können des Nationalsozialismus unterrichten können."<sup>602</sup>

Oldenburg hatte zwar als erstes Land im Deutschen Reich eine nationalsozialistische Regierung, aber die systematische Verfolgung politischer Gegner, insbesondere von Kommunisten, setzte erst nach dem 30. Januar 1933 auf der Rechtsgrundlage der "Reichstagsbrandverordnung" vom 28. Februar 1933 ein. Zu den prominentesten nicht-sozialistischen Insassen in Vechta gehörte der Goldenstedter Kaufmann Johannes Meyer, der vom 22. Februar bis 30. März 1934 inhaftiert war. Meyer, der für die Landvolkpartei dem Landtag angehört hatte, wurde wegen einer despektierlichen politischen Äußerung in Schutzhaft genommen. Nach Auffassung von Albrecht Eckhardt gehörte Vechta eher zu den "harmlosen" Einrichtungen und darf nicht mit Esterwegen oder Dachau verglichen werden. Anfang des Jahres 1935 wurde das Konzentrationslager in Vechta aufgelöst, und das Innenministerium in Oldenburg konnte am 11. Februar 1935 nach Berlin berichten:

"Die politische Lage ist unverändert. Ordnungstörungen sind nicht vorgekommen. Die Bevölkerung ist ruhig und blickt mit Zuversicht in die Zukunft. Offene Gegenwirkungen sind seltener geworden. Infolgedessen ist auch die Zahl der Schutzhaftgefangenen [...] immer mehr zurückgegangen, so daß die Aufhebung des Konzentrationslagers zum 1. April 1935 verfügt werden konnte."<sup>603</sup>

#### **4.1.2. Die Stellung der katholischen Vereine**

Die katholischen Vereine, von den nationalsozialistischen Machthabern zunächst geduldet und nach dem Abschluß des Reichskonkordates im Juli 1933

---

<sup>602</sup> OV vom 10.8.1933; ECKHARDT, Vechta, S. 91.

<sup>603</sup> Zit. b. ECKHARDT, Vechta, S. 92. In den ersten Jahren des "Dritten Reiches" konnten die Schutzhaftgefangenen auch das aktive Wahlrecht ausüben. Bei der Volksabstimmung am 12. November 1933 über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund nahmen von 113 Insassen 88 Stimmberechtigte an der Wahl teil. Von ihnen stimmten bei der Reichstagswahl 68 für die NSDAP, 19 (21,8 %) gaben ungültige Stimmen ab. Bei der Volksabstimmung stimmten 68 mit Ja, sechs (6,8 %) mit Nein, vier gaben ungültige Stimmen ab. (S. 91)

auf ihre religiös-kirchlichen Funktionen beschränkt, standen in Konkurrenz zu den staatlich errichteten und geförderten NS-Organisationen und wurden von diesen politischen Vereinen bedrängt. Es war ein ungleicher Wettbewerb. Während sich die nationalsozialistischen Verbände in der ländlichen Öffentlichkeit attraktiv als offizielle Organisationen von Staats wegen darstellten und als solche ihre Mitglieder anwarben, fristeten die kirchlichen Vereine ein publizistisches Schattendasein. Soweit es möglich war, verhalf vielfach nur eine Doppelmitgliedschaft aus dem Dilemma, der katholischen Kirche nicht den Rücken zu kehren und durch den Verzicht auf die Mitgliedschaft in einer NS-Organisation keine persönlichen Nachteile auf sich zu ziehen. Im Grunde überlebte das katholische Vereinswesen während des "Dritten Reiches" in einer inneren Emigration, die es nach 1945 wieder verließ. Es begab sich nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Öffentlichkeit zurück, die besonders in Südoldenburg ganz im Zeichen der Rekatholisierung des gesellschaftlichen Lebens stand. Dem deutschen Katholizismus kam aufgrund seiner Opposition gegen das nationalsozialistische "Neuheidentum" eine große moralische Reputation zu, die seine politische Kapitulation im Jahre 1933 vielfach aus dem allgemeinen Blickfeld verdrängte.

Bereits im Frühjahr 1933 stellten sich erkennbare politische und soziale Brüche im katholischen Milieu in Südoldenburg ein, das um seine Geschlossenheit offensichtlich ringen mußte. Dafür spricht ein lokales Ereignis in Lohne, bei dem es anläßlich des Volkstrauertages am 12. März 1933 aufgrund eines Flaggenstreits zu einem politischen Eklat kam. Die Tatsache, daß in der Stadt mehrere katholische Vereine - der katholische Arbeiterverein, Gesellenverein, die Deutsche Jugendkraft (DJK) - und nach den Erkundungen des Amtes auch die Geistlichkeit nicht an der Gefallenenehrung teilnahmen, weil am Kriegerdenkmal neben der Landesflagge auch die schwarz-weiß-rote Flagge aufgezogen werden sollte, erregte bei der Behörde "berechtigtes Aufsehen" und wurde allgemein verurteilt.<sup>604</sup> Der geistliche Direktor Muhle von der Bürgerschule in

---

<sup>604</sup> StAO 136 - 2861: Schreiben des Amtes Vechta an das Innenministerium vom 15.3.1933. Mitte März 1933 herrschte offensichtlich Unsicherheit bei den Behörden über die Beflaggung der öffentlichen Gebäude. Reichspräsident Hindenburg hatte im Flaggenverlaß vom 12. März 1933 angeordnet: "Am heutigen Tage, an dem in ganz Deutschland die alten schwarz=weiß=roten Fahnen zu Ehren unserer Gefallenen auf Halbmast wehen, bestimme ich, daß vom morgigen Tage ab bis zur endgültigen Regelung der Reichsfarben die schwarz=weiß=rote Fahne und die Hakenkreuzflagge gemeinsam zu hissen sind. Diese Flaggen verbinden die ruhmreiche Vergangenheit des Deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation. Vereint sollen sie die Macht des Staates und die innere Verbundenheit aller nationalen Kreise des deutschen Volkes verkörpern! Die militärischen Gebäude und Schiffe hissen nur die Reichskriegsflagge." 1933

Lohne berichtet über die Vorstandssitzung des katholischen Arbeitervereins, in der Differenzen zwischen der Haltung des örtlichen Klerus und dem katholischen Standesverein einerseits und zwischen der Vereinsführung und -basis andererseits deutlich wurden:

"Bei der am Freitag, den 10. März 1933 stattgefundenen Vorstandssitzung des Arbeitervereins war bereits eine Strömung gegen die Beteiligung an der Trauerfeier bemerkbar. Die Leute wurden von uns beruhigt und es wurde versucht, ihnen die schwarz-weiss-rote Flagge als über den Parteien stehend zu erklären, damit eine Beteiligung möglich werden sollte. Es wurde auch einstimmig angenommen, sich zu beteiligen. Die Nichtbeteiligung erfolgte gegen den Beschluss und den Willen der Geistlichkeit. Ich stand zur Teilnahme fertig angezogen, als mir mitgeteilt wurde, dass der Arbeiterverein, mit dem ich marschieren sollte, nicht mitmache."<sup>605</sup>

Nach Rücksprache mit dem Innenministerium am 11. März 1933 ordnete Bürgermeister Schürmann an, "auf dem Rathaus die Hakenkreuzflagge neben der Landesflagge zu hissen, und am Kriegerdenkmal würde neben der Landesflagge eine schwarz-weiss-rote Flagge gehisst". Diese Tatsache stieß bei den genannten katholischen Standesvereinen auf Widerspruch. Die Erklärung Schürmanns, es handle sich "um eine Flagge, worunter zwei Millionen Krieger ihr Leben gelassen hätten", überzeugte die Vereine offensichtlich nicht. Die Flaggenregelung, wie sie Schürmann vorgeschlagen hatte, wurde durch ministerielle Verfügung vom 12. März 1933 bestätigt.<sup>606</sup> Am Termin des Volkstrauertages, am 12. März 1933, war die Einstellung der katholischen Kirche gegenüber der regierenden NSDAP, die die Reichstagswahlen am 5. März 1933 gewonnen hatte, noch nicht entschieden. Das erfolgte erst gegen Ende des Monats durch die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 und durch die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz am 28. März 1933. Am Volkstrauertag des Jahres 1933 herrschte in Lohne eine offene Konfliktsituation. Klerus und Vereinsführung drängten auf ein Zeichen nationaler und politischer Loyalität, die Basis der Vereine übte sich in der Resistenz,

---

wurden zum erstenmal am Volkstrauertag Gefallenenehrungen durchgeführt, 1934 wurde dieser Tag zum "Heldengedenktag" umgewandelt. (MT vom 13.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 128) Laut Bekanntmachung des oldenburgischen Staatsministeriums ordnete die Reichsregierung "zur Feier des Sieges der nationalen Revolution" in den Reichstagswahlen vom 5.3.1933 die Beflaggung der Reichsgebäude mit der schwarz-weiß-roten und der Hakenkreuzflagge vom 12. bis zum 15.3.1933 einschließlich an. Für die oldenburgischen Landes- und Kommunalgebäude wies das Staatsministerium ebenfalls diese Beflaggung an, die noch durch die Landesflagge ergänzt wurde. (Oldenburgische Anzeigen Jg. 188, Nr. 62, 14.3.1933, S. 265)

<sup>605</sup> StAO 136 - 2861: Bericht des Gendarmeriestandorts Lohne vom 14.3.1933.

<sup>606</sup> StAO 136 - 2861: Bericht des Gendarmeriestandorts Lohne vom 14.3.1933; MT vom 14.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 130.



die bisher gegolten hatte. Der Lohner Flaggenstreit war für die Beteiligten eine Erfahrung des politischen Übergangs.

Im Gegensatz zur Basis, die in Lohne sehr selbstbewußt auftrat, waren die klerikalen und kleinbürgerlichen Führungseliten des katholischen Vereinswesens eher bereit, sich in loyaler Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Regierung zu üben und Demonstrationen politischer Opposition zu vermeiden.<sup>607</sup> Die agile Bürokratie des jungen NS-Staates ging schon im März 1933 zu Repressionen gegenüber einer möglichen katholischen Opposition über und zeigte, daß ihr viel an einer vorbildhaften Inszenierung der "Volks-gemeinschaft" gelegen war. Amtshauptmann Haßkamp verpflichtete sich anläßlich des Lohner Flaggenstreits gegenüber dem Ministerium, "die Vorsitzenden der in Frage kommenden Vereine auf das Ungebührliche ihres Verhaltens" hinzuweisen, und fragte entschuldigend an, "ob weitere Maßnahmen für möglich und notwendig gehalten werden".<sup>608</sup> Oldenburg ließ den Vorfall auf sich beruhen.

#### 4.1.3. Signale der Koexistenz

Die sich abzeichnende Verständigung zwischen der katholischen Kirche und dem Nationalsozialismus entfaltete eine Signalwirkung hinsichtlich weitreichender Koexistenzbemühungen und -bekundungen katholischer Verbände.<sup>609</sup> Der katholische Gesellenverein in Lastrup bekannte sich auf seiner Mitgliederversammlung am 1. Mai 1933 zu den "vom seligen Stifter dem Verein gegebenen Devisen: Religion und Jugend, Arbeitsamkeit und Fleiß, Eintracht und Liebe, Frohsinn und Scherz". Damit befänden sich die Gesellenvereine aber "in keinerlei Widerspruch zum heutigen Staate". Der geistliche Präses erinnerte unter dem Eindruck der "neuen Zeit" daran, daß der Gesellenverein

---

<sup>607</sup> In Cloppenburg nahmen nach Meldungen der MT der katholische Arbeiterverein und der katholische Jungmännerverein an der "Kriegergedächtnisfeier am Volkstrauertag" teil und "marschierten geschlossen hinter dem Christusbanner" zum Kriegerdenkmal an der Bahnhofstraße. (MT vom 11.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 128)

<sup>608</sup> StAO 136 - 2861: Schreiben vom 15. März 1933.

<sup>609</sup> Als Gründe für diesen Sinneswandel führt Werner K. Blessing in seiner Untersuchung über die Region Bamberg "die Achtung vor der legalen Staatsgewalt, welche nun auch für die Nationalsozialisten galt, und die pastorale Verantwortung einer Volkskirche mit Massen Klientel" an, "die mit dem in seinem totalitären Charakter unterschätzten Regime einen Modus vivendi suchte". Auch hätten "die starke Furcht vor dem Bolschewismus und die eigenen autoritären Ordnungsprinzipien" eine Verständigung erleichtert. (BLESSING, Kirche, S. 22)

"stets staatsbejahend" gewesen sei.<sup>610</sup> Der Präses des katholischen Arbeitervereins in Cloppenburg, Kaplan Holzenkamp, hob auf der Monatsversammlung des Vereins Ende Juli hervor, "daß das Fortbestehen des Arbeitervereins wohl gesichert sei", Endgültiges aber erst gesagt werden könne, wenn die Ausführungsbestimmungen zum Art. 31 des Reichskonkordats vorlägen. Das werde in Kürze geschehen.<sup>611</sup>

Die Katholischen Arbeitervereine konnten, wie Michael Hirschfeld es treffend formuliert, 1933 nur in einer "Nische des Religiösen" überleben, wenn sie den Schutz des Reichskonkordats für sich in Anspruch nehmen wollten.<sup>612</sup> Einem Erlaß des DAF-Führers Robert Ley vom 22. Juni 1933 zufolge waren Arbeitervereine außerhalb der NS-Einheitsgewerkschaft als "Staatsfeinde" anzusehen und zu behandeln. Der Erlaß drohte mit der Auflösung auch der katholischen Arbeitervereine:

"Es ist der Wille des Führers, daß außer der Deutschen Arbeitsfront keinerlei Organisationen mehr, weder der Arbeitnehmer noch Arbeitgeber, existieren. Ausgenommen sind der ständische Aufbau und Organisationen, die einzig und allein der Fortbildung im Berufe dienen. Alle übrigen Vereine, auch sogenannte katholische und evangelische Arbeitervereine, sind als Staatsfeinde zu betrachten, weil sie den großen Aufbau hindern und hemmen. Deshalb gilt ihnen unser Kampf, und es ist höchste Zeit, daß sie verschwinden."<sup>613</sup>

Solche Erlasse drängten die katholischen Arbeitervereine in den Binnenraum der Kirche zurück, wo sie gleichsam im inneren Exil zu überleben versuchten. Erst in der Not des "Kreuzkampfes" wagte sich der Katholische Arbeiterverein in Cloppenburg wieder an die Öffentlichkeit und protestierte gegen die oldenburgische Schulpolitik.

Das Schicksal des Katholischen Frauenbundes in Cloppenburg zeigt exemplarisch den doppelten Boden, auf dem sich das katholische Vereinswesen nach dem Abschluß des Reichskonkordats bewegte. Neben und anstelle der katholischen Frauenvereine etablierte der NS-Staat ein breites Spektrum von frauenspezifischen Organisationen, die ihren Mitgliedern eine große Palette öffentlicher Aufgaben und Aufmerksamkeiten zukommen ließen. Die NS-Frauen

---

<sup>610</sup> MT vom 3.5.1933.

<sup>611</sup> MT vom 25.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 319.

<sup>612</sup> HIRSCHFELD, Althaus, S. 55. Die Aussagen Hirschfelds beziehen sich auf die katholische Diasporagemeinde St.-Marien in der mehrheitlich protestantischen Stadt Delmenhorst.

<sup>613</sup> MT vom 23.6.1933.

schaft wurde in Cloppenburg am 3. Mai 1933 gegründet.<sup>614</sup> Nach dem Bericht der Cloppenburger MT erklärten rund 200 Frauen ihren Beitritt.<sup>615</sup> Bereits Ende Mai 1933 deutete der Katholische Frauenbund seinen Rückzug aus der katholischen Öffentlichkeit an. Der Pressebericht über eine Wallfahrt nach Bethen betonte, daß der Katholische Frauenbund "in seiner idealen Wirksamkeit als fürsorgende Mutter, getreu der heiligen Gottesmutter, nur ungern an die breite Öffentlichkeit" trete. Der "Präses" des Frauenbundes, der geistliche Oberstudienrat Wempe, stellte den katholischen Frauen die Gottesmutter Maria als leuchtendes Vorbild vor Augen:

"Maria ist und soll bleiben die Patronin, die Beschützerin des Bundes. Treue ihr, Treue auch dem Bunde."<sup>616</sup>

Die Vereinbarungen im Reichskonkordat setzten dem regen Vereinsleben des Frauenbundes wie den übrigen katholischen Vereinen enge Grenzen und schränkten es weitgehend auf karitative und religiöse Aufgaben innerhalb des kirchlichen Binnenraumes ein. Die Chronik des Cloppenburger Frauenbundes zeichnet diesen Rückzug aus der katholischen Öffentlichkeit exakt nach:

"Wenn in der Folgezeit der kath. Frauenbund nach außen hin nicht mehr in die Erscheinung treten durfte, so hat er doch in der Stille ein Leben reicher caritativer Tätigkeit fortgeführt. In den folgenden Jahren haben die Mitglieder dem Bunde die Treue bewahrt. [...] Sein religiöses Leben konnte der Zweigverein in den Jahren nach 1933 ungehindert fortsetzen und auch unsere Bundeszeitschrift 'Das Frauenland' konnte noch einige Jahre erscheinen, aber nur mit religiösen Beiträgen."<sup>617</sup>

Im Frühjahr 1934 wurde Oberstudienrat Wempe, der geistliche Beirat des Cloppenburger Frauenbundes, aus politischen Motiven nach Vechta versetzt,

---

<sup>614</sup> Im Aufruf zur Gründungsversammlung unter dem Titel "Was will die NS=Frauenshaft?" hieß es: "Neben caritativer Arbeit wollen wir vor allem deutschen Geist pflegen, wollen sorgen, daß die Jugend schon hineinwache in ihre späteren Aufgaben als deutsche christliche Frau und Mutter. Nur wenn wir eine innerlich starke deutsch=bewußte Jugend erziehen, kann unser schwer geprüftes Vaterland wieder gesunden, ist das Opfer der Millionen Gefallener im Weltkrieg, der vielen Hundert ermordeter Vorkämpfer für die Freiheitsbewegung nicht umsonst gewesen. Von dem Gedanken aus, daß nur eine hauswirtschaftlich gut ausgebildete Frau ihrer späteren Aufgabe gewachsen ist, wollen wir die jungen Mädchen zu Koch= und Nähkursen heranziehen. Wir wollen eine große deutsche Volksgemeinschaft sein und arbeiten für ein neues Deutschland." (MT vom 2.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 179)

<sup>615</sup> MT vom 5.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 186.

<sup>616</sup> MT vom 29.5.1933. Der geistliche Beirat des Kath. Frauenbundes wurde in der MT als "Präses" bezeichnet.

<sup>617</sup> Chronik, Frauenbund, o. S.

und Dechant Hackmann, "der dem Frauenbund stets das größte Interesse entgegenbrachte und ihn nach jeder Richtung hin unterstützte", trat an seine Stelle und beschränkte den Verein in seiner Person auf die kirchlich-religiöse Sphäre.<sup>618</sup> Die Verkirchlichung des Katholischen Frauenbundes bedeutete einen großen Rückschritt auf dem Weg zur religiösen und kirchlichen Emanzipation der katholischen Frau und eine Niederlage der katholischen Frauenbewegung. Die Cloppenburg MT berichtete bereits gegen Ende April 1933 über eine Veranstaltung des Katholischen Frauenbundes in Cloppenburg, auf der ein auswärtiger Ordensgeistlicher einen Vortrag gehalten und zur geistigen Umkehr aufgerufen hatte:

"Die Innerlichkeit solle gepflegt werden durch ruhige stille Schaffensfreudigkeit. Nicht im Jagen und Rennen nach lärmenden Vergnügungen bestehe das Glück, sondern in zielbewußter Pflichterfüllung, wodurch man sich und seine Umgebung beglücke. Im Kämmerlein seines Herzens aber solle man seinem Herrn und Gott einen Thron bereiten, um ihn dort häufig über Tag durch kleine Stoßgebete zu begrüßen."<sup>619</sup>

Nur unter extremen politischen Bedingungen, wie sie im sog. "Kreuzkampf" des Jahres 1936 anzutreffen waren, waren katholische Vereine wie der Frauenbund wieder bereit, sich aus der inneren Emigration zu lösen und ihre Stimme zum Protest gegen die Regierung zu erheben. Der Rückschritt betraf aber nicht nur die katholische, sondern auch die bürgerliche und proletarische Frauenbewegung. Die NSDAP hatte in ihrer Ideologie keinen Zweifel daran gelassen, daß sie mit Zielen und Ergebnissen der Frauenemanzipation grundsätzlich nicht übereinstimme.<sup>620</sup> Obwohl sie dem neuen Regime "positiv-erwartungsvoll" gegenüberstanden, wurden die bürgerlichen Frauenvereine, auch der BDF, gleichgeschaltet; die proletarischen Frauenvereine, die in die politische Arbeiterbewegung eingebunden waren, fanden mit der Zerschlagung von SPD und KPD und der Gewerkschaften ihr Ende. Auch in der Frauenpolitik stellte sich der Nationalsozialismus vor dem Hintergrund der Weimarer Republik "nicht so sehr als 'Rückfall' in längst vergangene Zeiten der Frauendiskriminierung dar, sondern als höchst ambivalente Epoche, in der 'modernistische' und 'traditionalistische' Tendenzen in eigentümlicher Form aufeinandertrafen". Er trat antifeministisch und antimodernistisch auf, ob

---

<sup>618</sup> Chronik, Frauenbund, o. S. Nach 1945 nahm der Katholische Frauenbund in Cloppenburg seine Arbeit wieder auf und blickte mit Resignation in die Vergangenheit zurück: "Es war vieles zerschlagen und manches Arbeitsgebiet in andere Hände übergegangen. Wir wollen dem Verlorenen nicht nutzlos nachtrauern."

<sup>619</sup> MT vom 24.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 159.

<sup>620</sup> FREVERT, Frauen-Geschichte, S. 200.

wohl seine konkrete Politik auch "andere und häufig gegenläufige Folgen" hatte.<sup>621</sup>

#### **4.1.4. Sturm- und Jungschar im katholischen "Jungmännerverband"**

Seit dem 19. Jahrhundert hatte sich ein dichtes Netzwerk von katholischen Vereinen und Institutionen ausgebildet, in dem ein großer Teil der Katholiken organisiert war. Die Schuljugend war aber bisher von den Substrukturen im katholischen Milieu noch nicht regulär erfaßt. Eine intensive Schülerarbeit schien in der Vergangenheit auch nicht vonnöten, da die katholische Erziehung und Sozialisation bis zum Eintritt in das Berufsleben durch das konfessionelle Schulwesen in noch weithin geschlossenen katholischen Teilräumen gesichert war. So lagen die Verhältnisse auch in Südoldenburg. Die Demokratisierung des politischen Lebens am Beginn der Republik und die Herabsetzung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre – noch vor der Mündigkeit – konnte zu einer frühen Politisierung der jungen Generation führen und sie womöglich radikalisieren. Aufgrund der zunehmenden Differenzierung und kulturellen Überfremdung der traditionellen katholischen Lebenswelten ergriffen kirchliche Kreise in den letzten Jahren der Weimarer Republik Initiativen, um die Schuljugend organisatorisch zu erfassen. Der Durchbruch gelang 1931 mit dem in Trier verabschiedeten "Grundgesetz des Katholischen Jungmännerverbandes Deutschlands", das auch die Satzungen für die Jungschar enthält. Die Jungmännervereine bildeten den Zusammenschluß der katholischen männlichen Jugend auf dem Boden der Pfarrgemeinde; sie waren systematisch nach dem Alter gegliedert in die Jungschar, die Jungenschaft und die Jungmannschaft. Der katholische Jungmännerverband war dreigliedrig aufgebaut. Der Jungschar gehörten Kinder von 10 bis 14 Jahren an, der Jungenschaft Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren und der Jungmannschaft junge Männer von 18 bis 24 Jahren.<sup>622</sup> Die Jungschar bildete die Schülerabteilung des Jungmännervereins und konnte untergliedert werden in die Abteilungen Strurmschar, Jugendkraft oder Pfadfinderschaft. Der Jungscharführer wurde vom Präses des Jungmännervereins bestellt und leitete im Einvernehmen mit ihm die Jungschar. Aufgabe der Jungschar war es laut "Grundgesetz":

---

<sup>621</sup> Ebd., S. 205f., 242f.

<sup>622</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 193. Die DJK (Deutsche Jugendkraft) gehörte zu den Gliedgemeinschaften des Jungmännerverbandes.

"die katholischen Jungen von der Schule her unter dem Christusbanner zu sammeln und der katholischen Gemeinschaft zu erhalten;  
ihnen ein frisches, freies, frohes Jugendleben für ihre Freizeit und Ferienzeit zu schenken;  
sie durch Körperpflege und Leibesübungen gesundheitlich zu fördern;  
sie zu einem lebendigen und bekenntnisfreudigen Christentum zu erziehen;  
sie in Ehrfurcht und Dankbarkeit zu Eltern und Erziehern und zur heiligen Kirche zu erhalten;  
sie für den Jungmännerverein und die jungkatholische Aktion inmitten einer christusfeindlichen Welt vorzubereiten."<sup>623</sup>

Durch eine sinnvolle und attraktive religiöse Freizeitgestaltung sollte die Integration der Jungen in die örtliche katholische Lebenswelt gefördert und gleichzeitig vermieden werden, daß sie konfessionell neutralen oder politischen Vereinen beitraten.<sup>624</sup> Neben den bestehenden Meßdienergruppen setzte sich die Sturm- bzw. Jungschar auch in Süddoldenburg verstärkt für die Integration der katholischen Schüler in das katholische Sozialmilieu und ihre Bewahrung vor der 'neuheidnischen' Staatskultur im nationalsozialistischen Deutschland ein. Zu den großen kirchlichen Festen traten die einzelnen Untergliederungen, die Stürme und Trupps, geschlossen im "Dienstanzug" an.<sup>625</sup> Das Bundeszeichen des Jungmännerverbandes war das Christuszeichen, sein Bundesbanner das Christusbanner. Das Christusbanner war bei allen Aufmärschen und Kundgebungen zu tragen, jedoch nicht bei Veranstaltungen parteipolitischer Art. Der Grußruf lautete "Treu Heil". Eine besondere Bedeutung und Verantwortung kam den "Jungführern" zu, die aus der Mitgliedschaft erwachsen und Funktionen als Präfekt, Gruppen- und Abteilungsführer, Spiel- und Turnwart übernahmen. Sie wurden vom Präses im Einvernehmen mit der Gruppe ernannt und auf dem "Führerabend", der "als pädagogischer Schulungsabend unter Leitung des

---

<sup>623</sup> JUNGMÄNNERVERBAND, Grundgesetz, S. 80-82. Die Jungscharler wurden nicht als Mitglieder des Jungmännervereins gezählt, sondern bildeten die Vorstufe.

<sup>624</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 331ff.; JUNGMÄNNERVERBAND, Grundgesetz, S. 74. Den Mitgliedern des Jungmännervereins war es untersagt, anderen nichtkatholischen Jugendvereinigungen beizutreten, insbesondere nicht "Vereinen und Bewegungen, deren Ziel und Haltung der katholischen Weltanschauung und den Grundsätzen des Jungmännerverbandes widersprechen." Es wurde ihnen nahegelegt, sich Christlichen Gewerkschaften und Berufsvereinen anzuschließen. Der für die Mitglieder des Katholischen Jungmännerverbandes zuständige Sportverband war die Deutsche Jugendkraft (DJK).

<sup>625</sup> MT vom 30.9.1933; GELHAUS, 1933, S. 378: Aufruf zur Teilnahme am Erntedankfest am 1. Oktober 1933, der von der nationalsozialistischen Propaganda als "Tag der Ernte" begangen wurde. Die Jungschargruppen wählten ihre Wimpel und Namen selbst aus. Als ihr Zeichen trugen die Jungscharler ein schlichtes Silberkreuz. Bei Zeltlagern war das Christusbanner als Lagerbanner mitzuführen. (JUNGMÄNNERVERBAND, Grundgesetz, S. 83f.)

Präses monatlich wenigstens einmal" stattzufinden hatte, geschult; die Teilnahme am "Führerabend" war für die gesamte Jungführerschaft verpflichtend.<sup>626</sup>

Im Laufe des Jahres 1933 wurden in Südoldenburg verschiedene Sturm- und Jungschargruppen ins Leben gerufen.<sup>627</sup> Bei der Gründung der Sturm- und Jungschar in Lastrup im Juni 1933 wurde mit einer Parole geworben, die einen Brückenschlag zwischen dem Kampf für "Jesus Christus, unsern Führer," und der nationalen christlichen Aufbauarbeit versuchte:

"Katholischer Jüngling, katholischer Junge, stehe nicht fern, hinein in die Sturm- und Jungschar oder in die Jungschar und kämpfe mit für Jesus Christus, unsern Führer. Stärke die Reihen der katholischen Jugendverbände, denn dadurch hilfst du mit am Aufbau unseres geliebten Vaterlandes:

1. Laßt die Christenbanner wehn!  
Laßt uns Christi Siege sehn!  
Christi Schlachten laßt uns schlagen,  
Christus Zeichen vorwärts tragen!  
Christus muß durchs Leben gehn!  
In den Massen auferstehn!

2. Christusjugend, Fahne hoch!  
Nimm das Kreuz! Nicht Sklavenjoch!  
Nimm's als starkes Schlachtenzeichen,  
Dem die Teufel selber weichen!  
Kreuzzug! Vorwärts! Schritt für Schritt!  
Millionen müssen mit!

3. Christusmannschaft, fasse Tritt!  
Beste Volkskraft, ziehe mit!  
Laßt die Krämerseelen laufen,  
Bestes gilt es zu erkaufen:  
Schlage kraftvoll Streich um Streich!  
Heute gilt es Christi Reich!

4. Christusreiter, zögert nicht!  
Noch grollt das Weltgericht!  
Eine Welt müßt ihr erstreiten,

---

<sup>626</sup> JUNGMÄNNERVERBAND, Grundgesetz, S. 65, 75. Der Präfekt war "mit dem Präses Vertreter und mitverantwortlicher Führer der Gesamtheit des Vereins". Er leitete die Führerschaft und führte die Jungmannschaft und berief im Einvernehmen mit dem Präses die Sitzungen und Versammlungen ein. Er wurde in der Jahresversammlung des Vereins in schriftlicher Abstimmung für ein Jahr gewählt. Zu seinen Aufgaben gehörte es auch, die Präfektenkonferenzen, Bezirkstagungen und Diözesanveranstaltungen zu besuchen und "den Geist und Willen des Verbandes lebendig zu machen". (S. 61f.)

<sup>627</sup> IMBUSCH, Jugend, S. 165-176.

Für den Erntetag bereiten!  
Laßt die Christusbanner weh'n!  
Auf! Wir wollen Siege sehn!"<sup>628</sup>

Moralischer Impuls, imperativische Syntax, militarisiertes Vokabular der religiösen Versdichtung und metrische Anleihen beim "Horst-Wessel-Lied" ("Christusjugend, Fahne hoch!") machen deutlich, wie die katholische Kirche ihre Jugend auf eine christliche Bewegung einzuschwören und gegen die 'neuheidnische' NS-Gesellschaft zu führen versuchte. Im Zeichen einer politisierenden Christusheroisierung ging das Leitbild eines kämpferischen Christentums dabei eine Symbiose mit jugendbewegten Gemeinschaftsformen und franziskanischen Idealen ein.<sup>629</sup> Die katholische Kirche suchte auch in den Schüler- und Jugendorganisationen die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und verbesserte durch die Gründung der Sturm- und Jungschar ihre Ausgangsposition im katholischen Milieu in Südoldenburg. Frei von Konflikten blieb das Verhältnis zwischen den nationalsozialistischen und katholischen Organisationen dabei freilich nicht.

Die Funktion des Führers der katholischen Jungschar Oldenburg nahm von 1933 bis 1937 Hans Schlömer wahr, der seit 1963 verschiedene Funktionen im Bischöflichen Offizialat bekleidete. Diese Tätigkeit übte er während seiner Gymnasialzeit am Vechtaer Antonianum aus. In einem Leserbrief, der in der Nordwest-Zeitung erschien, berichtet Hans Schlömer über eine Vielzahl von Übergriffen der nationalsozialistischen Regierung unter Ministerpräsident Joel gegen katholische Vereine in Südoldenburg, in die er auch persönlich verwickelt war.<sup>630</sup> Während seiner Dienstzeit am Offizialat von 1963 bis 1983 fungierte Schlömer bis 1977 auch als Redakteur des oldenburgischen Teils der Kirchenzeitung "Kirche und Leben" und widmete sich dem Archiv- und Bibliothekswesen.<sup>631</sup>

---

<sup>628</sup> MT vom 3.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 228. Den Eltern der Jungen wurde nahegelegt, die katholische Wochenzeitschrift "Junge Front" für die neuen Mitglieder der Sturm- und Jungschar zu beziehen. Die Versdichtung wurde von Ludwig Wolker, dem Generalpräses des Katholischen Jungmännerverbandes (1926 - 1939), verfaßt.

<sup>629</sup> STAMBOLIS, Jugendliche, S. 160ff.

<sup>630</sup> NWZ vom 18.4.1980.

<sup>631</sup> Zu Hans Schlömer vgl. HANSCHMIDT, Alwin: Hans Schlömer und die Studentenschaft. Eine Würdigung anlässlich des 80. Geburtstages, IN: HBL Jg. 77, Nr. 5, 10.10.1998, S. 42-44; HANSCHMIDT, Schlömer, S. 376-378; Zum Gedenken an Hans Schlömer, IN: HBL Jg. 77, Nr. 6, 12.12.1998, S. 54.



Die katholischen Schüler- und Jugendorganisationen, die im Katholischen Jungmännerverband zusammengeschlossen waren, gehörten zu den Vereinen, die den Schutz des Reichskonkordats genossen. Deshalb wurden die vom oldenburgischen Staatsministerium verhängten Verbote gegen den Jungmännerverband und seine Untervereinigungen, die Sturmchar, Jungschar und die Jungenschaft, durch die Bekanntmachung vom 18. Juli 1933 wieder aufgehoben, blieben die Maßnahmen gegen den Windthorstbund und den Volksverein für das katholische Deutschland in Kraft.<sup>632</sup> Bereits am 11. Juli 1933 fanden im badischen Innenministerium mit Vertretern des Erzbischofs Verhandlungen statt. Sie erzielten Übereinstimmung, "daß in tunlichster Bälde der durch den Abschluß des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und der Reichsregierung neugeschaffenen Lage Rechnung getragen werden sollte". Der Innenminister veröffentlichte daraufhin eine Bekanntmachung, die Maßnahmen gegen solche Organisationen, die durch das Konkordat anerkannt waren, sofort aufhob. Dabei handelte es sich um die im Jungmännerverband zusammengeschlossenen Vereinigungen, zu denen auch die Jung- und Sturmchar gehörte. Die Maßnahmen gegen Organisationen des Zentrums blieben in Kraft.<sup>633</sup>

Die katholischen Kirchen in Scharrel und Sedelsberg leiteten im Herbst 1934 für die Gründung und das Bestehen der Sturm- und Jungschar aus dem Reichskonkordat Schutzbestimmungen ab, an denen aus der Sicht der NS-Behörden "im Augenblick nicht zu rütteln" war. Nach ihrer Ansicht wurde "der HJ und dem Jungvolk schwerer Abbruch" getan, "weil die Sturmchar in ihrer Anmaßung weit über die Grenzen ihrer Zuständigkeit, d. i. Pflege des religiösen Lebens, hinausging und noch geht". In dem Monatsbericht des NSLB hieß es allgemein über die politische Lage in Scharrel und Sedelsberg:

"Es wirkt dort ein System zentrümlichen, liberalistischen Geistes, unterstützt von höherer kirchlicher Seite, durch eine ganz ultramontane katholische Aktion. Es wurde so über die Jugend nicht nur in die Schule, sondern auch in die Bevölkerung eine starke Unruhe und Uneinigkeit hineingetragen. Diese hängt sehr an der alten Weltanschauung, getreu ihrer bisherigen zentr. kath. Führung und ihrem kath. Gewissen, während andererseits der Nationalsozialismus sich noch nicht genügend durchgesetzt hat und noch hart um Boden ringt. Die Leute wissen nun überhaupt nicht mehr, was sie noch glauben sollen und was nicht. Es entwickelt sich so eine Lage, die den Bestrebungen einer wahren Volksgemeinschaft direkt entgegengesetzt ist."<sup>634</sup>

---

<sup>632</sup> Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 152, 20.7.1933, S. 648; MT vom 21.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 312.

<sup>633</sup> MT vom 14.7.1933.

<sup>634</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 35f.: NSLB-Monatsbericht des Kreises Friesoythe vom 4.10.1934.

Ein gewisses Maß an oppositioneller Haltung war trotz aller Beschränkungen in den Vereinen noch möglich, aber die Bedingungen für ihr Überleben verschlechterten sich zusehends.

#### 4.1.5. Verschärfung der politischen Spannungen

In den Jahren 1934/35 verschärften sich die Spannungen zwischen den katholischen Jugendverbänden und den politischen Behörden. Durch Erlass des oldenburgischen Ministerpräsidenten vom 27. März 1934 wurde den im Katholischen Jungmännerverband organisierten Jugendlichen geschlossenes öffentliches Auftreten untersagt. Damit griff Joel der auf Reichsebene erlassenen Verfügung vom 20. Juli 1935 vor. Das Reichsinnenministerium wies am 20. Juli 1935 die Landesregierungen an, den konfessionellen Jugendverbänden das Tragen von Uniformen sowie das geschlossene öffentliche Auftreten mit Wimpeln und Fahnen zu verbieten.<sup>635</sup> Oldenburg setzte diese Anweisung in der Verfügung vom 5. August 1935 um und schaltete damit konfessionelle Jugendorganisationen quasi aus dem öffentlichen Leben aus. Im einzelnen wurden folgende Aktivitäten verboten:

1. jede Betätigung, die nicht rein kirchlicher Art ist, insbesondere eine solche politischer, sportlicher und volkssportlicher Art;
2. das geschlossene Auftreten in der Öffentlichkeit und die Unterhaltung eigener Musik- und Spielmannszüge;
3. das öffentliche Tragen von Uniformen (Bundestracht, Kluft) oder Kleidungsstücken oder Abzeichen, die sie als Angehörige der konfessionellen Jugendorganisationen kenntlich machen. [...]
4. das Mitführen oder Zeigen von Wimpeln oder Fahnen in der Öffentlichkeit, ausgenommen bei althergebrachten Prozessionen, Wallfahrten, Primiz- oder anderen Kirchfeiern, sowie bei Begräbnissen;
5. der öffentliche Vertrieb oder das öffentliche Verteilen von Presseerzeugnissen konfessioneller Jugendverbände (Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter).<sup>636</sup>

Diese Bestimmung richtete sich eindeutig gegen die katholische Sturm- und Jungschar, die eine Kluft trug, und traf die Jungschararbeit in ihrem Kern.<sup>637</sup> Die Schule war weiterhin das herausragende Konfliktfeld, auf dem sich katholische Kirche und NS-Regierung gegenüberstanden. Besonders repressiv gegen

---

<sup>635</sup> NEUHÄUSLER, Kreuz 2, S. 301f.; KÖSTERS, Verbände, S. 341f.

<sup>636</sup> WILLENBORG, Schule, S. 73.

<sup>637</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 334. Die Kluft der Jungschargruppen bestand aus einem blauen Hemd, einer dunkelblauen Rippelamthose und einem silbernen Kreuzchen auf der Brust.

die katholische Schuljugend dürfte sich die Verfügung vom 11. Juni 1934 ausgewirkt haben, die anstehende Versetzungen und Prüfungen nicht nur vom "erforderlichen Wissensstoff" abhängig machte, sondern auch von der politischen Schulung, "wie sie außerhalb der Schule allein von den Gliederungen der NSDAP (Jungvolk, Hitlerjugend, Bund deutscher Mädel, NS-Frauenschaft, SA und SS und PO) vermittelt wird". Im Erlaß wurde dazu angeordnet:

"Künftig wird daher in allen Schulen bei der Entscheidung über Versetzungen und Prüfungen besonderes Gewicht darauf zu legen sein, ob, wie lange und mit welchem Erfolg Schüler und Schülerinnen in den genannten Gliederungen der nationalsozialistischen Bewegung tätig gewesen sind. Eine Berufung darauf, daß die Eltern mit einer solchen Tätigkeit nicht einverstanden seien, wird für die Entscheidung der Schule bedeutungslos sein."<sup>638</sup>

Zusammen mit der Einführung des Führerprinzips in der Schulleitung bot dieser Erlaß eine ausgezeichnete Handhabe für eine nationalsozialistische Pädagogik, die gegen den Schüler angelegt war und in der Hand des Schulleiters eine große Machtfülle konzentrierte. Durch Erlaß des Ministers der Kirchen und Schulen wurde in den Schulen des Landes am 15. Februar 1935 das Führerprinzip eingeführt:

"Um den nationalsozialistischen Führergedanken mehr noch als bisher im Leben der Schulen zu verwirklichen, ordne ich an:

1. Sämtliche Konferenzen haben fortan nur noch beratende Befugnisse. Die ihnen bisher zugewiesenen Entscheidungen trifft der Schulleiter. Alle entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

2. Bei allen Prüfungen fallen fortan die Abstimmungen im Prüfungsausschuß fort. Über das Prüfungsergebnis im einzelnen wie insgesamt entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses (Regierungsvertreter)."<sup>639</sup>

Durch eine Reihe von weiteren Erlassen versuchte das Ministerium Pauly, das religiöse Leben in Süddenburg einzudämmen und auf diesem Wege die Autorität der katholischen Kirche zu untergraben. Der Erlaß vom 22. Juni 1935 verfolgte das Ziel, das katholische Vereinswesen einzuschränken, ergriff jedoch keine konkreten Maßnahmen. Pauly untermauerte seine Position durch ausdrückliche Hinweise auf die Bestimmungen des Reichskonkordats und erinnerte in diesem Zusammenhang an die zwischen Staat und Kirche umstrittene Auslegung des Vertragswerkes:

---

<sup>638</sup> WILLENBORG, Schule, S. 69.

<sup>639</sup> Ebd., S. 89.

"Um diese weitgehenden konfessionellen Bestrebungen zu begründen, wird häufig behauptet, solche konfessionellen Vereine seien nach dem Konkordat mit dem Heiligen Stuhl erlaubt. Dazu ist folgendes zu sagen:

a) Es steht noch nicht fest, welche Vereine im einzelnen erlaubt sein werden und welche nicht. Insoweit ist eine Einigung noch nicht erfolgt.

b) Vereine, die 'erlaubt' sind, können praktisch sehr wohl volksschädigend wirken.

Die Förderer dieses weitgehenden konfessionellen Vereinswesens betonen immer wieder, daß sie bedingungslos deutsch seien. Diese Behauptung ist jedoch unzutreffend. Aus der Tatsache, daß sie eine so weitgehende Aufspaltung erstreben, ergibt sich einwandfrei, daß sie nicht gewillt sind, dem Volk zu geben, was das Volk nötig hat. Hier entscheiden nicht Reden, sondern Taten."<sup>640</sup>

In Oldenburg schlugen sich diese Spannungen in verstärkter Konfrontation zwischen dem südoldenburgischen Katholizismus und dem nationalsozialistischen Ministerium Pauly nieder. In den Konferenzprotokollen des staatlichen Gymnasiums in Cloppenburg findet sich ein Beispiel, das das angespannte Verhältnis zwischen den katholischen und staatlichen Jugendverbänden verdeutlicht und die Anwendung der entsprechenden Verfügungen demonstriert. Die Klassenkonferenz der Obersekunda befaßte sich am 3. Juli 1935 mit dem Schüler Bregelmann, der die katholische Sturmschar in Essen führte und offensichtlich in Konflikt mit den oldenburgischen Verfügungen geriet. Im Konferenzprotokoll heißt es dazu:

"Dr. Burwinkel berichtet, daß Bregelmann als Führer der Sturmschar in Essen geduldet hat, daß Kinder unter 10 Jahren an Veranstaltungen dieser Sturmschar teilgenommen haben. Bei einem Verhör gab B. als seine Ansicht kund, daß diese Kinder wohl als Gäste jederzeit teilnehmen könnten. Dr. Kleene gab an, daß auch der Hochw. Offizial diese Ansicht habe. Die Konferenz stellte aber nach den früher ergangenen Verfügungen fest, daß sich Bregelmann gegen diese vergangen hat, daß aber seine Vorgesetzten die letzte Schuld tragen. Dieses Ergebnis einer ergiebigen Aussprache führt zu einem Strafantrag des Klassenleiters von 2 Std. Einschließung. Außer den Herren Dr. Kleene u. Funke sind alle dafür. Der Direktor verhängt diese Strafe."<sup>641</sup>

Die Konferenz bezog sich auf die Verfügung des Ministers der Kirchen und Schulen vom 11. März 1935, in der "Schulkindern unter 10 Jahren die Beteiligung an Vereinen und Verbänden außerhalb der Schule untersagt" worden war.<sup>642</sup> Die Verfügung Paulys versuchte, den 'Wettbewerbsvorteil' der katholischen Jung- und Sturmschar, für die der Essener Sturmscharführer Bregelmann auch Jungen unter 10 Jahren angeworben hatte, gegenüber dem Jungvolk

---

<sup>640</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 42f.

<sup>641</sup> Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1934/35: Protokoll vom 3.7.1935.

<sup>642</sup> WILLENBORG, Schule, S. 73.

(Eintrittsalter 10 Jahre) auszugleichen. Vor diesem Hintergrund bekam der Fall Brengelmann eine erhebliche politische Brisanz. Auf einen Bericht von Schulrat Dr. Kohnen hin hatte das zuständige oldenburgische Ministerium eine exemplarische Bestrafung des Schülers Brengelmann verlangt. In einer Aktennotiz vom 17. Juni 1935 forderte Kohnen die Relegation des Schülers und sah den Fall vor dem kirchenpolitischen Hintergrund der Zeit:

"Der Führer der Jungschar in Essen ist der Kaplan Niermann. Die meisten Veranstaltungen wurden geleitet von den Gebrüdern Brengelmann, wovon der ältere stud. theol. ist u. nur in den Semesterferien zur Verfügung steht, während der jüngere die Obersekunda des Realgymnasiums Cloppenburg besucht u. die eigentliche Seele der Jungschar ist. [...] Es ist kaum daran zu zweifeln, daß auch in anderen Orten gegen die Min.-bekanntmachung verstoßen wird. Der Offizial wird hierauf hinzuweisen sein. [...] Dem Obersekundaner Brengelmann wird mindestens die Entfernung von der Anstalt anzutragen sein. Für einen Schüler der oberen Klassen, der jüngere Schüler zum Ungehorsam gegen Anordnungen des Staates anhält u. seinen Mitschülern als offener Gegner der Bestrebungen des NS z. B. auf dem Gebiete der Jugendbewegung bekannt ist, sollte auf einer staatlichen Schule kein Platz sein."<sup>643</sup>

Im September 1935 wurde die Jungschar in Essen aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt.<sup>644</sup> Am 7. Januar 1936 befaßte sich die Allgemeine Lehrerkonferenz des Cloppenburger Gymnasiums wieder mit dem Essener Vorfall, und es gelang dem nationalsozialistischen Leiter der Schule, Dr. Stuckenberg, nur mit Mühe, den Schüler Brengelmann vor einer Relegation zu bewahren.<sup>645</sup>

#### **4.1.6. Das Verbot der Doppelmitgliedschaft**

Das Verbot der Doppelmitgliedschaft leitete eine neue Phase im Verhältnis zwischen den katholischen Vereinen und den NS-Behörden ein. Es sorgte auf seiten der katholischen Kirche für erhebliche Verunsicherungen und Befürchtungen und förderte die Zurückdrängung des katholischen Vereinswesens, das mit der Zeit nur noch "im Stillen" zu wirken vermochte, in den kirchlichen Binnenraum. Übrig blieb vom vielfältig organisierten öffentlichen Katholizismus der Weimarer Zeit ein "unspektakulärer Torso", der nach dem Zweiten Weltkrieg völlig neu aufgebaut werden mußte. Nach Auffassung von Michael Hirschfeld liefen die Repressalien nicht auf ein generelles Verbot z. B. der Arbeitervereine hinaus, sondern erwiesen sich als wesentlich subtiler, indem sie

---

<sup>643</sup> Ebd., S. 75.

<sup>644</sup> HIRSCHFELD, Zeittafel, S. 372.

<sup>645</sup> REINHARDT, Chronik, S. 53.

"die private Existenz treuer katholischer Christen trafen." Die Mißachtung des Verbots bedeutete das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren und des Anrechts auf Arbeitslosenhilfe, Kranken-, Invaliden- und Sterbegeld seitens der Gewerkschaft verlustig zu gehen, wenn man nicht der DAF angehörte.<sup>646</sup> Nach dem Doppelmitgliedschaftsverbot, das vom Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF), Robert Ley, am 27. April 1934 verhängt wurde, konnten "Mitglieder anderweitiger Berufs- und Standesorganisationen, insbesondere konfessioneller Arbeiter- und Gesellenvereine", nicht auch Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront sein. Wenn eine Doppelmitgliedschaft bereits bestand, sollte die Mitgliedschaft zur Deutschen Arbeitsfront aufgehoben werden. Ausgenommen von dem Verbot war nach den Bestimmungen des Reichskonkordats die "Zugehörigkeit zu kirchlichen Organisationen und Verbänden, die ausschließlich religiösen, kulturellen oder karitativen Zwecken dienen". Mitglieder dieser Organisationen konnten auch in die Deutsche Arbeitsfront aufgenommen werden.<sup>647</sup> Bischof Clemens August verurteilte in seinem Hirtenbrief an die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenverbände vom 28. Juni 1935 das Verbot der Doppelmitgliedschaft, das "dem Wortlaut und dem Sinn des Reichskonkordates" und bekannten regierungsamtlichen Verlautbarungen widerspreche. Die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine pflegten "keine parteipolitischen, dem jetzigen Regiment feindlichen Tendenzen" und seien keine "überparteilichen oder getarnten Zentrumsorganisationen", wie in Regierungskreisen behauptet werde. Vielmehr verpflichteten sie sich auch für die Zukunft, "dem Staate zu geben, was des Staates ist, und aufrichtig der Volksgemeinschaft zu dienen". Solange das Wort des Führers gelte und nicht widerrufen werde, müsse die katholische Kirche ein "Entweder - Oder: entweder Austritt aus dem Arbeiterverein oder Ausschluß aus der Arbeitsfront und damit große wirtschaftliche Nachteile mit der Gefahr der Vernichtung

---

<sup>646</sup> HIRSCHFELD, Althaus, S. 57f.

<sup>647</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 292; NEUHÄUSLER, Kreuz 2, S. 311, 315; DAMBERG, Moderne, S. 261. Aufgrund der Tatsache, daß die Zugehörigkeit zu einer nationalsozialistischen Organisation im öffentlichen Dienst, in kommunalen Betrieben und in vielen Privatunternehmen vielfach als Einstellungsvoraussetzung galt, konnte die weitere Mitgliedschaft in einem katholischen Arbeiter- oder Gesellenverein wirtschaftliche Benachteiligungen zur Folge haben. Bischof Clemens August erhob beim Reichskanzler Protest gegen das Doppelmitgliedschaftsverbot, von dem im Bistum Münster nach Darstellung von Christoph Kösters "zunächst keine unmittelbar sichtbaren Auswirkungen" ausgingen. (KÖSTERS, Verbände, S. 294) Nach der Zerschlagung der Christlichen und der Freien Gewerkschaften erhob die Deutsche Arbeitsfront den Anspruch, die alleinige Vertretung der Arbeiterschaft zu bilden. Aufgrund des Verbots der Doppelmitgliedschaft, das zudem auslegungsbedürftig war, waren Konflikte zwischen katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen und nationalsozialistischen Organisationen vorprogrammiert. (ARETZ, Arbeiter, S. 55)

der wirtschaftlichen Existenz" ablehnen. Im Kampf gegen den Marxismus hätten sich die katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen nationale Verdienste erworben:

"Die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine haben in der Hochflut des Kommunismus und der Rätewirtschaft die guten und vaterländisch treuen Elemente der Arbeiterschaft gesammelt und eine solche Entrechtung nicht verdient."

Die Arbeitervereine hätten außerdem seit langer Zeit alles aus ihren Satzungen entfernt, was Vorurteile gegen sie schüren könnte, und leisteten "unter Ausschaltung aller parteipolitischen und gewerkschaftlichen Ziele, auch unter Verzicht auf berufsständische Aufgaben", ausschließlich noch "eine religiöse, rein berufs=ethische, rein kulturelle und caritative Arbeit". Deshalb seien sie zu den Vereinen mit rein religiösen, kulturellen und karitativen Aufgaben zu rechnen, denen im Reichskonkordat der staatliche Schutz zugesagt worden sei.<sup>648</sup> In der Tat hatten vor allem berufsständische Vereine ihre Satzungen in dem Sinne geändert, daß alle politik- und gesellschaftsbezogenen Aktivitäten gestrichen und dafür religiöse Akzente stärker betont worden waren, um den Schutz des Reichskonkordats für ihren Fortbestand nicht zu verlieren. Daß das Verhältnis zwischen den katholischen Standesvereinen und dem NS-Staat politisch unentschieden und in der Schwebe blieb, zeigt die Diskussion um die Doppelmitgliedschaft von Mädchen in der Marianischen Kongregation und im BDM, die in Südoldenburg 1935 zu einer Kontroverse zwischen der katholischen Kirche und den politischen Behörden führte. Nach einem Bericht an das Bischöfliche Offizialat über eine Untergautagung des BDM im Cloppenburger Gymnasium am 24. März 1935 erklärte die Gauführerin des BDM, Titia Petersen, vor etwa 40 Führerinnen, "also vor einem Teil der Gesamtagung, dass in Zukunft auch hier im Süden die Entscheidung fallen wird über die Doppelmitgliedschaft BDM - Kongregation". Im Konfliktfall, verlautete aus dem Bericht weiter, würden die Mädchen in der Kongregation verbleiben und die politische Organisation verlassen:

---

<sup>648</sup> Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 30, 28.7.1935, S. 305-307. Bei diesem Hirtenschreiben handelte es sich nach Auskunft von Bischof Clemens August um die zustimmende Übernahme des Hirtenwortes der Erzbischöfe von München und Bamberg vom 1. Juni 1935, das "als Antwort auf vielfache Gewissensfragen" aus der katholischen Bevölkerung dieser Diözesen verfaßt worden sei. Die neuen, den politischen Verhältnissen angepaßten Satzungen hielten die Arbeitervereine zur Wahrnehmung ausschließlich religiös-sittlicher und karitativer Aufgaben an, zu denen auch die "Anleitung zur aufrichtigen Mitarbeit an der Volksgemeinschaft aus echt christlichem und echt deutschem Geist" zählte. (S. 306)

"Sie [= Petersen] erklärte mit aller Bestimmtheit, dass in Zukunft auch im Old. Süden die Mitglieder des BDM nicht mehr in der Kongregation sein dürften. Dagegen erhob sich flammender Protest von seiten der katholischen Teilnehmerinnen mit dem Hinweis, dass dann die Mädchen der Kongregation die Treue bewahren würden und aus dem BDM austreten würden. Solche Mädchen seien aber keine wahren Deutsche, sagte sie dann. Sie antwortete, dass man im Süden lange genug mit der Durchführung dieser schon alten Verfügung gezögert hätte, und man würde nun endlich doch durchgreifen."<sup>649</sup>

Das Ringen zwischen NS-Staat und katholischer Kirche, zwischen nationalen Pflichten und religiöser Treue, ging 1935 weiter und beschäftigte auch den örtlichen Klerus auf dem Lande. Im November 1935 richtete der Böseler Pfarrer Sommer eine Anfrage an Offizial Vorwerk und bat um Aufklärung über die Doppelmitgliedschaft in konfessionellen Vereinen und staatlichen Jugendorganisationen. Der Pfarrer schrieb besorgt an seine vorgesetzte Behörde und verlangte eine Entscheidung:

"Hier ist augenblicklich die Frage akut, ob eine Doppelmitgliedschaft der weiblichen Jugend in unserer Jungfrauensodalität und im B.D.M. staatlicherseits offiziell erlaubt ist. Die Schulmädchen fragten dieserhalb soeben aus drängenden Gründen in der Pastorat an. Ich bitte deshalb hiermit um möglichst umgehende zuverlässige Nachricht."<sup>650</sup>

In seiner Antwort wies das Bischöfliche Offizialat darauf hin, daß eine Doppelmitgliedschaft allgemein verboten sei, aber im Süden des Landes ein "Ausnahmezustand" existiere, den die oldenburgische Regierung inoffiziell mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in dieser Region dulde. Vorwerk merkte in diesem Zusammenhang zur politischen Lage in Süldenburg kritisch an:

"Auch im kathol. Süden Oldenburgs hat man mehrfach versucht, den Mitgliedern des B.D.M. die Mitgliedschaft in der Jungfrauenkongregation zu verbieten. Infolge des sich zeigenden Widerstandes ist dann für den Süden Oldenburgs eine Ausnahme gemacht. So weit hier bekannt ist, besteht augenblicklich noch dieser Ausnahmezustand, so daß dort in Bösel die Doppelmitgliedschaft zur Zeit erlaubt ist. Ob allerdings dieser Ausnahmezustand ein Dauerzustand werden wird, erscheint mir persönlich nach den bisherigen Erfahrungen zweifelhaft."<sup>651</sup>

---

<sup>649</sup> Offizialats-Archiv A - 3 - 18I: Schreiben ohne Nennung des Autors vom 30. März 1935.

<sup>650</sup> Offizialats-Archiv A - 3 - 18I: Schreiben Sommers vom 27. November 1935.

<sup>651</sup> Offizialats-Archiv A - 3 - 18I: handschriftlich am 27.11.1935.



In der Frage der Doppelmitgliedschaft von Jugendlichen in katholischen Vereinen und nationalsozialistischen Verbänden nahm Südoldenburg aufgrund seiner spezifischen Sozial- und Kirchenverfassung weiterhin eine Sonderstellung ein. Dadurch konnte aber nicht ganz verhindert werden, daß auch in Südoldenburg katholische Vereine verboten wurden. So löste die Oldenburger Gestapo am 6. Februar 1936 die Kolpingsfamilie in Neuenkirchen auf, das Staatsministerium am 4. März 1936 die Kolpingsfamilie in Lohne. Durch Gestapo-Verfügung vom 27. Oktober 1937 wurde der Katholische Jungmännerverband im Bistum Münster verboten; davon waren auch die Gliederungen im Offizialatsbezirk Oldenburg betroffen.<sup>652</sup> Das Bestreben der NS-Behörden, die katholischen Vereine in Südoldenburg völlig aus der Öffentlichkeit in den kirchlichen Binnenraum zu verdrängen, scheiterte nicht zuletzt an den noch intakten sozialen Strukturen dieser Region. Sie waren noch relativ funktionsfähig. Dazu gehörte auch eine lokale Presse, die - wie in diesem Falle die Cloppenburger MT - noch über einzelne Aktivitäten katholischer Vereine berichten konnte. Die Cloppenburger MT warb im Mai 1935 in einem Artikel für die Aufnahme in den katholischen Jungmännerverein und die Marianische Jungfrauenkongregation in Essen und nahm bei dieser Gelegenheit Stellung gegen die NS-Kulturpolitik:

"Während der hl. Kommunion schreitet dann die gesamte kath. Jugend der Pfarrgemeinde gemeinschaftlich zum Tische des Herrn. Am Nachmittag findet sie sich wieder zur Zeit der Nachmittagsandacht ein, und nach der Maiandacht besteigt Kaplan Niermann die Kanzel. Durch eine längere Predigt verschafft er der Jugend Klarheit über die Lehre und die Ausbreitung des Neuheidentums, über die Angriffe gegen die konfessionellen Verbände, über die Stellung des H. Vaters und unserer Bischöfe und über die kath. Aktion. Im Anschluß daran legen die Jungen und Mädchen, die neu aufgenommen zu werden wünschen, das Treuegelöbnis ab, und dann werden ihnen die Abzeichen angesteckt. Alle singen: Großer Gott, wir loben dich."<sup>653</sup>

Die katholische Kirche antwortete auf die Konkurrenz der staatlichen Jugendorganisationen, die aufgrund ihrer gemeinschaftlichen Aktivitäten und größeren Freizügigkeiten für die jungen Menschen durchaus attraktiv waren, im Rahmen der Katholischen Aktion seit 1935 verstärkt mit einer Reorganisation der Vereins- und Jugendarbeit auf der Diözesan- und vor allem der Pfarrverbandsebene. Zu diesem Zweck schlug die Diözesansekretärin vom Verband der katholischen Jungfrauenkongregationen in der Diözese Münster Offizial Vorwerk für die Wintermonate 1935/36 eine intensive Schulungsarbeit vor, die jede einzelne Pfarrei erreichen sollte:

---

<sup>652</sup> HIRSCHFELD, Zeittafel, S. 372, 374.

<sup>653</sup> MT vom 13.5.1935; WILLENBORG, Schule, S. 74.

"In jedem Ort müsste nachmittags oder abends eine Vollversammlung aller Jungfrauen stattfinden und daran anschliessend eine Vorstandsbesprechung. [...] Wenn ich so durch beide Dekanate gekommen bin, dann wird ein Schulungskurs veranstaltet, zu dem jede Kongregation etwa 4 - 5 Teilnehmerinnen schickt, und zwar solche, die jung, frisch, aufgeschlossen und tief religiös sind und die sich für Vorstandsarbeit - sei es als Bezirksvorsteherin oder als Gruppenführerin - eignen. Wenn ich vorher in den einzelnen Orten bin, dann suche ich mir schon nach Überlegung mit dem Herrn Präses die richtigen Mädchen aus."<sup>654</sup>

Vorwerk begrüßte die Initiative der Diözesansekretärin und teilte ihr mit, "daß wir jetzt hier die Kongregationssache neu organisiert haben". Er hoffe bestimmt, "daß jetzt die Arbeit auch Erfolg haben wird".<sup>655</sup> Die Intensivierung der katholischen Vereinsarbeit, die auch mit einer größeren Beaufsichtigung der katholischen Jugend einhergehen sollte, und namentlich der Schulungskurs in Vechta fanden unter den Beteiligten ein zwiespältiges Echo. Das geht aus einer Nachricht des Rechterfelder Pastors Johannes Hölscher hervor, der bei dieser Gelegenheit den in den 1930er Jahren fortschreitenden sittlichen Verfall der Jugend und die zunehmende Auszehrung des katholischen Milieus beklagte. In einem Brief an Official Vorwerk bat Hölscher um Rat, welchen Weg er als katholischer Seelsorger einzuschlagen habe:

"Von der Jungfrauentagung in Vechta sind die Jungfrauen teils enttäuscht, teils begeistert zurückgekehrt. Große Begeisterung herrscht für einen Fastnachtsabend im Saale, wie es dort praktisch vorgeführt ist. Unterzeichneter bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist es gestattet, einen Fastnachtsabend abzuhalten, während doch bei den Jungmännerabenden nur religiöse Themen behandelt werden sollen?
2. Wenn es gestattet ist, ist es dann praktisch, einen solchen Abend abzuhalten, zumal wir in der Nähe von Wildeshausen sind, wo noch tatsächlich Fastnacht gefeiert wird? Daß die Jungfrauenkongregationen zur Zeit scharf beobachtet werden, ist ja bekannt. Mir scheint die Schaffung einer klaren Linie in der Jungfrauenseelsorge von großer Wichtigkeit zu sein."<sup>656</sup>

Der südoldenburgische Katholizismus bewegte sich von 1933 bis 1935/36 unentschieden zwischen politischer Loyalität aus nationaler Verantwortung und moralisch-religiöser Pflichterfüllung gegenüber der katholischen Kirche, die im

---

<sup>654</sup> Officialats-Archiv A - 3 - 18I: Schreiben vom 26.7.1935.

<sup>655</sup> Officialats-Archiv A - 3 - 18I: handschriftlich am 27.7.1935. Nach dem Schreiben Vorwerks überschneiden sich die beabsichtigten Aktivitäten der Diözesansekretärin mit denen von Kaplan Schmitz, der im Auftrage der Zentrale der katholischen Jungfrauenkongregationen auch im Oldenburger Münsterland tätig werden sollte.

<sup>656</sup> Officialats-Archiv A - 3 - 18I: Schreiben vom 22.1.1936.

Konfliktfall häufig den Vorzug vor den Ansprüchen des Staates genoß. Diese ambivalente Haltung bestimmte auch noch die Auseinandersetzungen im sog. "Kreuzkampf" des Jahres 1936, der nach den Verhaltensmustern der Kulturkämpferführung ausgetragen wurde. Mit dem Gesetz über die Hitler-Jugend vom 1. Dezember 1936 trat der kulturevolutionäre Gleichschaltungsprozeß in eine neue Phase ein und meldete der nationalsozialistische Staat kompromißlos seinen totalitären Herrschaftsanspruch über die Jugend an. Nach dem Staatsjugendgesetz wurde die deutsche Jugend in der HJ (Hitler-Jugend) zusammengefaßt. Für die gesamte körperliche, geistige und sittliche Erziehung der Jugend außerhalb von Schule und Elternhaus war die HJ zuständig. Die Führung in der Jugenderziehung ging auf den Reichsjugendführer der NSDAP, Baldur von Schirach, über, der seinerseits unmittelbar dem Reichskanzler unterstellt war.<sup>657</sup> Damit schieden die christlichen Kirchen als Erziehungsträger aus der Jugendarbeit offiziell aus. Im katholischen Milieu Südoldenburgs waren die konfessionellen Schranken damit noch keineswegs aufgehoben und blieb das Erziehungsmonopol der HJ weiterhin umstritten. Unter den extremen Bedingungen von Diktatur und Krieg konnte sich in Südoldenburg ein katholisches 'Rest'-Milieu behaupten, aus dem der südoldenburgische Katholizismus nach 1945 zu neuer Blüte emporstieg. In dieser Hinsicht hatten die vielfältigen Formen und Bekundungen von Resistenz und Opposition, die Geistliche und Laien nicht selten unter Lebensgefahr auf sich nahmen, späte Früchte getragen. Die neue Blütezeit des katholischen Milieus in Südoldenburg nach dem Zweiten Weltkrieg war aus historischer Sicht aber nur von kurzer Dauer.

#### **4.2. Die Gleichschaltung der katholischen Schulen**

Aufgrund des hohen Organisationsstandards in seinen kirchlichen, sozialen und politischen Strukturen reagierte der moderne Katholizismus wesentlich geschlossener auf den Machtwechsel in Deutschland als der parteipolitisch gesplante Protestantismus. Die dramatischen Nachrichten vom Ende des Rechts- und Verfassungsstaates in Deutschland und von der Einigung zwischen der katholischen Kirche und dem nationalsozialistischen Regime in den Konkordatsverhandlungen riefen im katholischen Milieu Südoldenburgs eine Reihe von öffentlichen Bekundungen hervor, in denen sich einflußreiche kulturpolitische Repräsentanten der Region auf den Boden der neuen politischen Tatsachen stellten. Die katholische Bevölkerung Südoldenburgs reagierte positiv auf

---

<sup>657</sup> WILLENBORG, Schule, S. 77: Gebietsbefehl der Hitlerjugend vom 7.12.1936.

den Aufbau und die Verfestigung der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland und setzte die politischen Impulse, die vom Reich ausgingen, in konkrete Schritte zur Gleichschaltung einzelner Sektoren des katholischen Sozialmilieus um.

Die Gleichschaltung des katholischen Schulwesens vollzog sich in einzelnen Schritten. Die konfessionell noch getrennt geführte obere Schulverwaltung in Oldenburg wurde im Herbst 1932 von der nationalsozialistischen Regierung Röver aufgehoben. Die katholischen Volksschulen und die staatlichen höheren Schulen schlossen sich im Frühjahr 1933 in Erklärungen dem politischen Willen des Nationalsozialismus an. Die Ausbildung katholischer Lehrer kam Anfang der 1930er Jahre in Oldenburg fast vollends zum Erliegen. Eine Schlüsselstellung in der Gleichschaltung der katholischen Schulen kam dem Katholischen Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg zu. Von seiner Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Revolution im Frühjahr 1933 war die Zukunft des katholischen Volksschulwesens in Süddoldenburg maßgeblich abhängig. Er vollzog in den Wochen nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 eine politische Wende und paßte sich dem nationalsozialistischen System sukzessive an. Die Gründe dafür sind in der wirtschaftlichen Gefährdung des Lehrerstandes in der Ära Brüning, in der Mentalität des katholischen Volksschullehrers und vor allem in der Dynamik der "Nationalen Revolution" zu sehen, die in der dramatischen Umbruchsituation des Jahres 1933 auf nationaler wie regionaler und lokaler Ebene die entscheidenden Impulse zur Anpassung auslöste. Für die katholischen Lehrer waren außerdem die Verlautbarungen deutscher Bischöfe von großer Bedeutung, die sich seit der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933 unter kulturpolitischen Vorbehalten positiv zum politischen Machtwechsel in Deutschland erklärten. In der nationalsozialistischen Revolution fand das gebrochene Verhältnis der katholischen Lehrer zur Weimarer Demokratie 1933 Antwort und Klärung.

#### **4.2.1. Die "Spangemacher-Affäre"**

Den Auftakt zur Gleichschaltung des konfessionellen Schulwesens in Oldenburg bildeten aus süddoldenburgischer Sicht Konflikte mit dem katholischen Minister der Kirchen und Schulen, Heinz Spangemacher, obwohl dieser sich zunächst wiederholt zum Christentum als weltanschaulicher Grundlage der Schule bekannte. Seine schulpolitischen Aussagen blieben widersprüchlich und ließen kein einheitliches Konzept erkennen. Bereits wenige Tage nach der

Amtübernahme äußerte sich Spangemacher auf dem Gautag des NSLB am 26. Juni 1932 in Bad Zwischenahn zu Rasse und Religion als unverzichtbaren Grundlagen deutscher Erziehung, die für den Katholiken nicht miteinander zu vereinbaren waren:

"Nimm dem Menschen Art und Rassestolz und du zerreibst die Bande, die ihn mit den gleichartigen Menschen zusammenketten. Nimm dem Menschen die Religion, und am Ende steht der verantwortungslose Verbrecher. Keine Staatsführung darf diese selbstverständliche Pflicht vernachlässigen."<sup>658</sup>

Auf einer NSDAP-Veranstaltung in der Oldenburger "Union" am 8. Juli 1932 erklärte der für Kirchen und Schulen zuständige oldenburgische Minister:

"Die Schule ist eines der wichtigsten Dinge im Volksleben. In der Schule müssen Männer stehen, die bereit sind, für das **Höchste** sich einzusetzen. Sie haben ja die Einzelheiten aus meinen Vorträgen im Lande gehört. Die Grundlagen der Schule, das will ich auch hier in die Tat umsetzen, müssen sein: deutsch und christlich. Ein Lehrer, der nicht deutsch und ein Christentumsfeind ist, wird nicht geduldet werden in der oldenburgischen Schule."<sup>659</sup>

Für die Defizite in der nationalen Erziehung der deutschen Jugend machte Spangemacher die "Krankheit der letzten 14 Jahre" verantwortlich: "das pazifistische Denken, jenes Denken, an dem letzten Endes ein Volk widerstandslos zerschellen muß". An die Stelle des pazifistischen Denkens in der Vergangenheit sei "das heldische Denken völkischer Kämpfer zu setzen" und besonders im Geschichtsunterricht zu pflegen. Der Geschichtsunterricht sei "nicht so gewesen, wie er sein soll", und bedürfe deshalb einer völligen Revision. Nach einer ministeriellen Verfügung Spangemachers von Anfang August 1932, die auch neue Richtlinien für den Geschichtsunterricht enthielt, sollten "die Behandlung der neuesten Geschichte" und "die Zukunftsentwicklung unseres Volkes" im Mittelpunkt des Unterrichts stehen. Alle Schüler sollten nach dem Ende ihrer Schulzeit über "eine ihrer Fassungskraft entsprechende Kenntnis von dem Hauptinhalt der Tributdiktate, von ihrem Werdegang und ihren verheerenden Einwirkungen auf das Volk" verfügen. Mit "gleichem Nachdruck" sei dafür zu sorgen, daß die Jugend "die Großtaten der ruhmreichen deutschen Wehrmacht und die Leistungen des ganzen deutschen Volkes

---

<sup>658</sup> GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 90: Wiedergabe (Faksimile) aus den "Nachrichten" vom 27.6.1932; Oldenburgisches Schulblatt Jg. 75, Nr. 12, 30.6.1932, S. 181: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 27.6.1932.

<sup>659</sup> SCHAAP, Weg, S. 156: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 9.7.1932.

im Kampfe um seine Ehre und Freiheit während vier unerhört schwerer Kriegsjahre" in lebendiger Erinnerung behält. Die nationalsozialistische Lesart der deutschen Zeitgeschichte wurde zum Gegenstand schulischer Indoktrination:

"Die Vorbereitung und Entfesselung des Weltkrieges, das Versailler Friedensdiktat und die darauf aufgebauten Tributdiktate, nicht zuletzt die moralische Minderwertigkeitsklärung des deutschen Volkes, die das ganze Versailler Diktat durchzieht und in der Kriegsschuldfrage des Artikels 231 gipfelt, stellen nichts anderes dar, als einen neuen Versuch der zahlreichen Feinde und Neider Deutschlands, unsere Ehre und Freiheit zu vernichten."<sup>660</sup>

Mit dieser Verfügung konnte Minister Spangemacher politische Inhalte 'verordnen', die im konservativen Traditionsbestand der Weimarer Republik populär waren. Auf dieser schulpolitischen Linie lagen auch die Attacken, die Spangemacher auf einem "Deutschen Abend" in Garrel am 18. September 1932 gegen das katholische Zentrum richtete. Er forderte offen, "daß die Kirche wieder das Heiligtum dessen werde, der im Tode auf Golgatha uns die christliche Nächstenliebe gelehrt habe, und nicht zum Zentrumstribunal herabgewürdigt werde".<sup>661</sup> Nach Ansicht der Vechtaer OV kündigte sich in den Angriffen Spangemachers in Bad Zwischenahn und Garrel eine schulpolitische Wende an, die der südoldenburgische Katholizismus nicht einfach hinnehmen dürfe. Die Vechtaer Zentrums Presse warnte das Ministerium Spangemacher vor einer Unterschätzung der katholischen Opposition im Süden des Landes. Sie erinnerte an die Warnungen und Kundgebungen deutscher Bischöfe gegen den Nationalsozialismus, die den Angriffen des Ministers offensichtlich zugrunde lägen, und machte deutlich, daß der Kampf für das katholische Schulwesen unter Umständen auch ohne das Zentrum geführt werden könnte:

"Worauf gründet der Herr Minister diesen Vorwurf? Etwa darauf, daß die deutschen Bischöfe aus religiösen Gründen den Nationalsozialismus in seiner Weltanschauung verurteilt haben und daß die katholische Geistlichkeit pflichtgemäß die Weltanschauung des Nationalsozialismus als katholischen Grundwahrheiten widersprechend in Sorge um das Heil der Seelen ablehnt. Das wäre und würde geschehen, ganz einerlei, ob es ein Zentrum gibt oder nicht, und wir bedauern außerordentlich, daß der Herr Minister derartige Vorwürfe erhebt, die nicht nur die Kirche als solche, sondern auch diejenigen verletzen müssen, die innerhalb der Kirche allein aus religiösen Gründen so handeln müssen, wie sie handeln."<sup>662</sup>

---

<sup>660</sup> Ebd., S. 156: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 7.8.1932.

<sup>661</sup> WILLENBORG, Schule, S. 22: Faksimile des "Freiheitskämpfers", der nationalsozialistischen Tageszeitung für den Gau Weser-Ems, vom 23.9.1932.

<sup>662</sup> OV vom 26.9.1932.

Die Vechtaer OV konfrontierte Spangemacher mit dem nationalsozialistischen Schulprogramm und stellte einen erheblichen Widerspruch zwischen den Absichtserklärungen und den Fakten in der oldenburgischen Schulpolitik fest. Hinter den phraseologischen Erklärungen des Ministers verberge sich ein eindeutiges Ziel:

"Der Nationalsozialismus erstrebt als Ziel die Beseitigung der konfessionellen Schule und der konfessionellen Lehrerbildung."<sup>663</sup>

Die katholische Basis in Südoldenburg stellte sich innerlich auf die Konfrontation mit der NS-Regierung und eine Trennung vom Zentrum ein, die immerhin schon für denkbar gehalten wurde. Damit nahm sie die politische Situation vom Frühjahr 1933 vorweg, die mit der Selbstauflösung des Zentrums am 5. Juli 1933 zum Abschluß kam. Das katholische Milieu in Südoldenburg traute sich offenbar zu, den Kampf für die Erhaltung des alten Rechts im konfessionellen Schulwesen auch ohne den parteipolitischen Einfluß des Zentrums zu führen, wenn die politischen Umstände es erforderlich machen sollten, und unterschätzte damit erheblich die politische Dynamik der nationalsozialistischen Revolution. Nach der Ostertagung des Oldenburgischen Landeslehrervereins am 10. April 1933, auf der sich der Verband für die Gleichschaltung und den Anschluß an den NSLB aussprach, fand am 12. April 1933 eine Versammlung des NSLB statt, auf der Staatsminister Spangemacher die umstrittene Personalpolitik der Regierung Röver verteidigte und die Grundsätze der nationalsozialistischen Schulreform erläuterte. Seine Ausführungen machten deutlich, daß der Minister einen politischen Konnex zwischen dem katholischen Schulwesen und der Stellung des Zentrums in Südoldenburg sah, den es in einem Zugriff aufzulösen galt:

"Auch die personellen Maßnahmen, die vom Staatsministerium getroffen sind und noch getroffen werden, sind alle auf den einen Willen der Gleichschaltung der Schulen mit dem Willen der nationalsozialistischen Revolution abgestimmt. Wenn ich Schullehrer abbaue, wenn ich Direktoren aus ihren Stellen herausnehme und sie als Klassenlehrer beschäftige, so tue ich das nur, um an ihre Stelle Menschen zu setzen, die als Führer und Lehrer aus heißem Herzen heraus den Ideen zur Wirklichkeit verhelfen, die wir predigen. Das völkische Deutschland kann es nicht dulden, daß irgendeinem eine Sonderstellung im Schulwesen eingeräumt wird. Wir können es auch nicht dulden, daß wir

---

<sup>663</sup> Ebd.

dem Zentrum Machtpositionen in der Schule einräumen. Es wird auch die Zeit kommen, daß der letzte Einfluß dieser Partei aus der Schule entfernt wird."<sup>664</sup>

Spangemacher formulierte vor dem NSLB einen eindeutigen politischen Bildungsauftrag der Schule, der in der "Erziehung des deutschen Menschen zum bewußt völkischen Kämpfer" bestehe: "Darum muß die Schule bedingungslos nationalsozialistisch sein." "Grundstürzend Neues" müsse in der deutschen Schule geschaffen werden:

"Wir wollen mit dem nationalsozialistischen deutschen Menschen die neue **nationalsozialistische deutsche Schule**. Wir dulden keine Reservatschule für eine besondere Konfession. Für die neue Schule ist die Erziehung des jungen Deutschen zum **Wehrwillen** und seine Einführung in die **Rassenlehre** grundlegend. Erstrebenswert ist die Gleichschaltung der Unterrichtsministerien aller Länder, damit die völkische Einheit Deutschlands auch im Schulwesen deutlich in Erscheinung tritt. Juden und Judendestämmlinge werden von Ostern ab nicht mehr in oldenburgischen Schulen unterrichtet."

Die Vechnaer OV erkannte den politischen Geist der neuen Zeit, der die oldenburgische NSDAP nach dem Wahlsieg vom 5. März 1933 beflügelte, sah aber im April 1933 offenbar noch Aussichten, die schulpolitischen Fragen des Landes einvernehmlich mit der nationalsozialistischen Regierung zu lösen. Sie nahm in den programmatischen Darlegungen des Ministers, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließen, eine "tiefgreifende Umstellung des gesamten Schulwesens" im Lande wahr und erklärte dazu aus katholischer Sicht:

"Unsere Einstellung dazu als Katholiken kann nur orientiert sein an den Erziehungsgrundsätzen der katholischen Kirche, und darum erwartet das katholische Volk, daß die Umstellung, soweit die katholischen Schulen in Frage kommen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen kirchlichen Stellen erfolgt, damit die bisherigen Rechte und Freiheiten aller Träger der Erziehung in Schule und Schulverwaltung gewahrt bleiben, und die gemeinsame Arbeit an den Zukunftsaufgaben der Erziehung gewährleistet ist. [...] Wir richten an den Herrn Minister die dringende Bitte, die geplante Umstellung in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen kirchlichen Stellen vorzunehmen."<sup>665</sup>

Im politischen Kontext der Spangemacher-Affäre und ihrer redaktionellen Aufbereitung in den noch unabhängigen katholischen Zeitungen Süddenburgs wurde die Spaltung des politischen Katholizismus Süddenburgs beim Über

---

<sup>664</sup> OV vom 15.4.1933; WILLENBORG, Schule, S. 24: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 12.4.1933; MEYER, Macht, S. 62: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 12.4.1933 (Auszüge), auch zum folg.

<sup>665</sup> OV vom 15.4.1933.



gang von der Weimarer Republik zur NS-Diktatur erkennbar. Die katholische Basis schwankte in einer ambivalenten Haltung zwischen politischer Anpassung und kulturkämpferischer Opposition, ohne den Widerspruch lösen zu können. Die politische Affäre um den einzigen katholischen Minister in Oldenburg endete mit dem Abschied Spangemachers aus dem Staatsministerium am 5. Mai 1933. Das Ministerium der Kirchen und Schulen wurde von Staatsminister Julius Pauly übernommen, der zur negativen Symbolfigur der bitter bekämpften nationalsozialistischen Kirchen- und Schulpolitik in Süldenburg wurde.<sup>666</sup>

#### 4.2.2. Dienstliche Maßregelungen der Lehrerschaft

Nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 wurde der Druck auf die Lehrerschaft in Oldenburg deutlich erhöht. Dazu machte das Staatsministerium von seinem Dienst- und Aufsichtsrecht Gebrauch und verdeckte damit den politischen Charakter der Maßregelungen. Im Schreiben vom 2. April 1933 an den Cloppenburg Amtshauptmann versuchte Schulrat Bellm dem Eindruck entgegenzutreten, "daß einige Lehrer des Amtsbezirkes sich abfällig über die jetzige Regierung geäußert hätten", und zitierte zu diesem Zweck aus dem Schreiben von Rektor Lange, dem amtierenden Vorsitzenden des Katholischen Lehrervereins, das am 24. März 1933 an alle Hauptlehrer im Amt Cloppenburg gerichtet wurde. Lange warnte die Lehrerschaft mit Nachdruck vor kritischen politischen Äußerungen über die neue Reichsregierung und gab damit ein unmißverständliches politisches Signal zur Anpassung:

"Aus dem Amte Cloppenburg sind dem Ministerium mißliebige Äußerungen von Lehrpersonen über die jetzige Regierung mitgeteilt worden. Wer die Äußerungen getan hat, und wer sie berichtet hat, ist mir nicht bekannt. Es liegt im Interesse des einzelnen wie auch im Interesse unserer Organisationen, daß die Lehrerschaft sich dieser Äußerungen enthält und sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellt. Ich bin gebeten worden und habe angenommen, die Lehrerschaft zu warnen, was hiernit geschehen sein mag. - Die Hauptlehrer in den Kirchorten des Amtes Cloppenburg bitte ich, obiges allen Lehrpersonen mitzuteilen."<sup>667</sup>

---

<sup>666</sup> MT vom 5.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 188.

<sup>667</sup> StAO 136 - 2861: Schreiben von Schulrat Bellm an den Amtshauptmann vom 2.4.1933. Das Schreiben war von Rektor Bernard Lange unterzeichnet. Bellm wurde zum 1. Juli 1933 in den Ruhestand verabschiedet. (Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 134, 23.6.1933, S. 567)

Hauptlehrer Robke aus Nutteln, dem die abfälligen Äußerungen zugeschrieben wurden, wurde im Schreiben Bellms mit einem Widerruf zitiert, für den er mehrere Zeugen anzuführen mußte:

"Irgendeine abfällige Äußerung über die jetzige Regierung und über Regierungsmaßnahmen sind meinerseits nicht gemacht worden."<sup>668</sup>

Schulrat Bellm schloß seinerseits mit der unbedingten Zusicherung, die katholische Lehrerschaft verhalte sich politisch loyal, wie man es nur von ihr erwarten könne:

"Aus Zeitungsberichten habe ich erfahren, durch Nachfrage bei Schulbesuchen habe ich festgestellt, daß unsere Lehrer wirkungsvolle Schulfeiern anläßlich der nationalen Erhebung veranstaltet, daß Lehrer mit der gesamten männlichen Schuljugend an den vaterländischen Fest- u. Fackelzügen teilgenommen haben."<sup>669</sup>

Die persönlichen Konflikte der katholischen Lehrerschaft waren in der politischen Struktur des autoritären Systems im "Dritten Reich" angelegt. In Pressemitteilungen, die nach dem Beschluß des Oldenburgischen Landeslehrervereins vom 10. April 1933 erfolgten, legte das Staatsministerium den Lehrern ausdrücklich nahe, der NSDAP oder den nationalen Verbänden beizutreten. Am 19. April 1933 veröffentlichte die Cloppenburgische MT folgende Bekanntmachung des Staatsministeriums:

"Es ist erwünscht, daß an allen höheren Schulen und an allen Volksschulen die Schüler der Hitler-Jugend, dem Hitler-Jungvolk oder dem Stahlhelm angehören. Eine Meldepflicht gegenüber der Schule besteht für die Angehörigen dieser Verbände nicht. Auch liegt es im Interesse der nationalen Gleichschaltung, daß die Lehrer der N. S. D. A. P. oder den nationalen Verbänden angehören. Sollte sich ein Lehrer den Forderungen der nationalen Revolution nicht fügen können, so soll er den Dienst quittieren."<sup>670</sup>

Diese dienstliche Instruktion war der Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins am 24. April 1933 bekannt. Mit zeitlicher Verspätung gab die Katholische Schulzeitung eine weitere Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 26. April 1933 wieder, in der es hieß:

"Es ist der Wunsch des Staatsministeriums, daß die Lehrer nicht nur in den NS. Lehrerbund, sondern auch in die NSDAP eintreten. Erst dadurch stellen sie sich mitten

---

<sup>668</sup> StAO 136 - 2861: Schreiben von Schulrat Bellm an den Amtshauptmann vom 2.4.1933.

<sup>669</sup> StAO 136 - 2861.

<sup>670</sup> MEYER, Macht, S. 57f.; MT vom 19.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 156.

---

hinein in die Volksgemeinschaft und die nationalsozialistische Revolution, deren Mitstreiter sie werden müssen."<sup>671</sup>

Der Erlass des Staatsministeriums vom 18. Mai 1933 machte die Anstellung und Beförderung von Volksschullehrern von ihrer Bewährung in sog. "Volksorganisationen", insbesondere der SA und der HJ, abhängig. Der vom neuen Minister der Kirchen und Schulen, Julius Pauly, unterzeichnete Erlass traf im einzelnen folgende Regelung:

"Um die unbedingt erforderliche Verbundenheit der Volksschullehrer mit der Volksgemeinschaft zu fördern, halte ich es für richtig, daß sich die Lehrer vor ihrer Anstellung und auch später wenigstens 1 Jahr in einer Organisation betätigen, die diese Volksverbundenheit pflegt. Als solche Organisationen kommen besonders die SA und die Hitler-Jugend in Betracht, weil sie wie keine anderen Verbände Volksgenossen aus allen Berufen und Ständen umfassen. In Zukunft wird vor der Anstellung und Beförderung von Volksschullehrern in jedem Einzelfalle geprüft werden, ob der Lehrer im Volke verwurzelt ist."<sup>672</sup>

Der Erlass wurde am 4. Juli 1933 auf die Anwärter für jeden anderen Schuldienst und auf die Anwärter für den übrigen höheren Staatsdienst ausgedehnt. Sie wurden aufgefordert, sich vor ihrer Anstellung und auch später "zur Pflege der unbedingt erforderlichen Verbundenheit mit der Volksgesamtheit" wenigstens ein Jahr in einer Organisation, besonders in der SA und HJ, zu betätigen. Vor der Anstellung und Beförderung werde in Zukunft geprüft werden, ob der Lehrer oder Beamte "im Volk verwurzelt" sei, denn nur der Lehrer oder Beamte, der sich selbst "als Kind des Volkes" fühle, könne seine Schüler "zu wahrer Volksgemeinschaft erziehen oder im Sinne wahrer Volksgemeinschaft sein Amt ausüben".<sup>673</sup>

Durch solche politischen Sanktionen ist die Parallelität von Eintritt in den NSLB und von Parteieintritten, die Ende April und im Monat Mai 1933 zu beobachten ist, häufig zu erklären. Angesichts dieser offiziellen "dienstlichen" Nötigung geht Günther-Arndt für einen Teil der oldenburgischen Volksschullehrer trotz ihres Eintritts in die NSDAP nicht von "einer Übereinstimmung mit Zielen und Methoden des Nationalsozialismus" als Motiv aus,

---

<sup>671</sup> GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 104; Dokumente Nr. 14, 15; MEYER, Macht, S. 58; Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 6, 1.6.1933, S. 46. Diese Mitteilung erschien in den "Nachrichten" am 26.4.1933.

<sup>672</sup> Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 110, 19.5.1933, S. 460; MT vom 23.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 206.

<sup>673</sup> Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 143a, 5.7.1933, S. 612.

"weil nicht diese Übereinstimmung, sondern Angst - Angst vor Entlassung, Angst vor Repressalien - ihren Eintritt bestimmte".<sup>674</sup> Diese Feststellung läßt sich auch auf die Verhältnisse in Süldenburg übertragen.

### 4.3. Die Gleichschaltung des Oldenburgischen Landeslehrervereins

Das Verhalten des Oldenburgischen Landeslehrervereins blieb in den folgenden Wochen nicht ohne Wirkung auf den Katholischen Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg, der sich der schulpolitischen Entwicklung in Oldenburg wie im Deutschen Reich nicht entziehen konnte. Als erster Lehrerverband schaltete sich in Oldenburg der Landeslehrerverein gleich. Seine Entscheidung für den Anschluß an den NSLB vom 10. April 1933 setzte für die schulpolitischen Verhältnisse im Lande ein eindeutiges Signal. Die Cloppenburger MT gab den Antrag, der auf der Hauptversammlung des Oldenburgischen Landeslehrervereins in Oldenburg am 10. April 1933 von Lehrer Richard Ordemann eingebracht und "mit überwältigender Mehrheit" angenommen wurde, in der Rubrik "Aus dem Oldenburger Land" wörtlich wieder. Er beinhaltete den korporativen Übertritt des Oldenburgischen Landeslehrervereins in den NSLB:

1. Die Hauptversammlung des Oldenburger Landeslehrervereins vom 10. April 1933 hält eine Neuordnung der Erziehungsgemeinschaft und die Eingliederung des oldbg. Landeslehrervereins in den nationalsozialistischen Lehrerbund für notwendig.
2. Die Versammlung ermächtigt den Kollegen Ordemann in Verbindung mit dem geschäftsführenden Hauptvorstand oder dem 23er Ausschuß, einen neuen Vorstand mit nationalsozialistischer Mehrheit und Führung zu berufen.
3. Die Hauptversammlung gibt dem neugebildeten Vorstand Vollmacht für alle weiteren Maßnahmen, die für eine Eingliederung notwendig sind.<sup>675</sup>

Der Nationalsozialist Richard Ordemann, der dem Gesamtvorstand des Landeslehrervereins angehörte, wurde auf der Hauptversammlung im Alter von 28 Jahren zum neuen Vorsitzenden des gleichgeschalteten OLLV bestimmt. Er bestritt eine erfolgreiche Karriere im NSLB Gau Weser-Ems, bis er im Juni 1941 zur Schulaufsicht nach Osnabrück versetzt wurde.<sup>676</sup> Der Entscheidung des Landeslehrervereins vom 10. April 1933 gingen eindeutige

---

<sup>674</sup> GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 77f.

<sup>675</sup> MT vom 11.4.1933; Oldenburgisches Schulblatt Jg. 58, Nr. 12, 23.3.1933, S. 95-98; SÜDBECK, Freistaat, S. 24.

<sup>676</sup> GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 75; RADEMACHER, Weser-Ems, S. 325.

Erklärungen des Deutschen Lehrervereins (DLV) voraus, der den Prozeß der "inneren Gleichschaltung" bereits Mitte März 1933 einleitete. Der Deutsche Lehrerverein, "der weitaus größte überparteiliche Gemeinschaftsverband deutscher Berufserzieher", entschloß sich in der richtungweisenden Kundgebung seines Geschäftsführenden Ausschusses vom 18. März 1933 bereits zu "unbedingter Mitverantwortlichkeit für die Gestaltung des nationalen Volksbildungswesens" und appellierte an seine Mitglieder, sich "als lebendige Glieder der Volksgemeinschaft willig und treu in den Dienst der deutschen Jugend= und Volkserziehung" zu stellen. Eine Woche später bekannte sich der Vorstand des Oldenburgischen Landeslehrervereins in der Entschließung vom 25. März 1933 "freudig zum Aufbauprogramm der nationalen Regierung" und erklärte seine Bereitschaft, "mit allen Kräften an seiner Durchführung mitzuarbeiten". Die Erklärungen wurden im Oldenburgischen Schulblatt veröffentlicht.<sup>677</sup> Am 22. April 1933 erhielt der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Georg Wolff, vom Geschäftsführenden Ausschuß und von den Vorsitzenden der Landesverbände auf einer gemeinsamen Tagung in Berlin den Auftrag, bis zur Magdeburger Vertreterversammlung am 7. Juni 1933 die nötigen Vorbereitungen für die Überführung des DLV in die Deutsche Erziehergemeinschaft (DEG) unter Führung des NSLB zu treffen. Die Deutsche Erziehergemeinschaft war die nationalsozialistische Nachfolgeorganisation des Deutschen Lehrervereins. Am 6. Juni 1933 billigte eine außerordentliche Vertreterversammlung des Preußischen Lehrervereins in Magdeburg einstimmig den korporativen Beitritt zum NSLB und ermächtigte den Vorstand, alle für die Überführung notwendigen Satzungsänderungen vorzunehmen und den sog. "Reinigungsparagraphen" einzufügen, der für die Aufnahme in den NSLB Voraussetzung war. Am 7. Juni 1933 erklärte die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins in Magdeburg den korporativen Beitritt zum NSLB. Danach erfolgte die Wahl Schemms, des Reichsleiters des NSLB, zum Vorsitzenden des DLV.<sup>678</sup> Hans Schemm, Kultusminister in Bayern, vereinigte in seiner Person nun die Führung des

---

<sup>677</sup> Abgedr. in: KLATTENHOFF, Dokumente, S. 96f.

<sup>678</sup> MT vom 8.6.1933; FEITEN, Lehrerbund, S. 57ff.; BÖLLING, Volksschullehrer, S. 221ff. Am 10. April 1933 hatte der Sächsische Lehrerverein als erster Landesverband im Deutschen Lehrerverein seine Überführung in den NSLB beschlossen. Am 11./12. April 1933 ermächtigte der Preußische Lehrerverein auf einer ordentlichen Vertreterversammlung den Vorsitzenden Heinrich Diekmann, in Verhandlungen mit dem NSLB die Überleitung des Lehrervereins in die Deutsche Erziehergemeinschaft in die Wege zu leiten, die am 6. Juni 1933 in Magdeburg vollzogen wurde. Nach dem "Reinigungsparagraphen" wurden Juden, Freimaurer und "für die neue Staatsgewalt untragbare Mitglieder" aus dem Verein ausgeschlossen.

gleichgeschalteten DLV und des NSLB.<sup>679</sup> Nach Auffassung von Rainer Bölling vollzog sich die Gleichschaltung des Deutschen Lehrervereins und der Landes- und Provinzialvereine "im wesentlichen ohne nachhaltigen Widerstand". Er führt sie in erster Linie auf das Versagen der Organisationen zurück, die sich im politischen Opportunismus übten und selbst in den Wochen und Monaten nach dem Machtwechsel am "überstrapazierten Dogma der parteipolitischen Neutralität" festhielten. Wie "mehr oder weniger alle bürgerlichen Gruppen" versagten die Lehrer und ihre Organisationen am Ende der Weimarer Republik gegenüber dem Nationalsozialismus.<sup>680</sup> Das hatte Folgen. Durch die vorauseilenden Erklärungen des Deutschen Lehrervereins wurde nach Ansicht von Hilke Günther-Arndt die Strategie des Oldenburger Vereins untergraben, der Gleichschaltung durch äußerliche Anpassung zu entgehen.<sup>681</sup>

Mit dem korporativen Anschluß des Oldenburgischen Landeslehrervereins erzielte der NSLB unter Führung von Hans Schemm in Oldenburg einen ersten Erfolg. Nach dem Machtwechsel war nicht mehr allein der einzelne Lehrer das Ziel der politischen Agitation des NSLB, sondern Hans Schemm, der Reichsleiter des NSLB, strebte die geschlossene Gleichschaltung ganzer Lehrerverbände durch die Fusion mit dem inzwischen in die Partei integrierten NSLB an. Dazu diente der korporative Übertritt eines bestehenden Lehrervereins, dem der Beitritt des einzelnen Lehrers zum NSLB, nach Möglichkeit auch der Eintritt in die NSDAP und in eine NS-Organisation folgen sollte.<sup>682</sup> Für die Deutsche Erziehergemeinschaft hatte Schemm bereits am

---

<sup>679</sup> Zur Persönlichkeit Hans Schemms und zur Gründung des NSLB vgl. FEITEN, Lehrerbund, S. 40ff.

<sup>680</sup> BÖLLING, Volksschullehrer, S. 224f.

<sup>681</sup> GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 75.

<sup>682</sup> FEITEN, Lehrerbund, S. 55. Der andere Weg, der in "subversiver Unterwanderung und Durchsetzung der Verbandsvorstände mit nationalsozialistischen Kräften" bestand, hatte in Oldenburg offensichtlich nur einen geringen Erfolg. Nach Auffassung von Hilke Günther-Arndt ergab sich trotz des Drucks, den die oldenburgische NS-Regierung auf die Lehrer ausübte, zwischen dem 1. Juni 1932 und dem 1. Februar 1933 "keine Sogwirkung" zugunsten der NSDAP. Der massenhafte Zulauf zur NSDAP sei stärker durch den Anpassungsdruck nach dem 30. Januar 1933 bedingt gewesen. Die Bereitschaft, sich der nationalsozialistischen Bewegung anzuschließen, sei unter den oldenburgischen Junglehrern wesentlich höher gewesen als bei den älteren Volksschullehrern. Die Gründe für "das überdurchschnittlich hohe Mitglieder- und wahrscheinlich auch Wählerpotential unter den Junglehrern" führt Günther-Arndt darauf zurück, daß die Junglehrer von den Entlassungen bzw. Nichteinstellungen und Gehaltskürzungen stärker betroffen waren als die älteren Jahrgänge. Ihnen fehlte zudem der "Immunschutz" politischer Erfahrung gegen radikale Strömungen, über den die älteren Lehrer durch die "Verarbei-

30. März 1933 in München Richtlinien herausgegeben. Offiziell bekanntgegeben wurde dieser Plan auf der zweiten Reichstagung des NSLB am 8./9. April 1933 in Leipzig. Diese zweite Reichstagung des NSLB, an der 3 500 Lehrer teilnahmen, deutete Hans Schemm rückblickend als das "Potsdam der deutschen Erziehung".<sup>683</sup> In den Richtlinien vom 30. März 1933 kam zum Ausdruck, wie Hans Schemm sich die Gründung seiner neuen Organisation und die Auflösung bzw. Überführung der bestehenden Verbände in den NSLB vorstellte. Danach sollte eine einheitliche deutsche Erziehergemeinschaft "auf der Grundlage eines echten Christentums, einer bewußten nationalen Erziehung und einer wahren Volksgemeinschaft" errichtet werden. Als "Träger dieser allein möglichen Erziehungsidee" kam ausschließlich der NSLB in Frage: "Er ist daher die alleinige Vertretung der deutschen Lehrerschaft." Voraussetzung für die praktische Verwirklichung dieser Ziele waren die "Ausscheidung der in den bisher bestehenden Lehrervereinen verankerten marxistischen, liberalistischen und rein intellektualistischen Bestrebungen" und die "völlige Entpolitisierung der bisher bestehenden wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen der Lehrerschaft durch Abkehr von der damit verknüpften tages- und kulturpolitischen Tätigkeit". Danach sollten die bestehenden Lehrerverbände "unter die Zentraleitung des NS-Lehrerbundes" zurückgeführt werden, der "gesetzmäßig wie gewerkschaftlich die organisatorische Grundlage der gesamten Lehrerschaft" darstellte. Die NS-Lehrerzeitung diene als "Zentralorgan der somit geschaffenen alleinigen Erzieherorganisation", damit nicht "einzelne Zweige der gemeinsamen Organisation abweichende weltanschauliche oder politische Einstellungen" aufwiesen. Das Ziel der neuen einheitlichen Organisation war "die Vertretung der Lehrerschaft aller Schularten, um durch diese Gemeinschaft die Einheit der gesamten Erziehungsarbeit zu manifestieren".<sup>684</sup>

---

tung politischer und gesellschaftlicher Krisen" in der Weimarer Republik verfügten. Die Ergebnisse der Autorin stützen sich auf eine Analyse der Mitgliederstruktur und -bewegung des NSLB und des Oldenburgischen Landeslehrervereins. (GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 44ff.) Nach einer Meldung der Katholischen Schulzeitung waren in Oldenburg am 1. Dezember 1932 im Bezirk der Evangelischen Abteilung des Ministeriums der Kirchen und Schulen 126, im Bezirk der Katholischen Abteilung 31 Volksschullehrer ohne Beschäftigung. (Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 3, 1.3.1933, S. 20)

<sup>683</sup> FEITEN, Lehrerbund, S. 56f.; KÜPPERS, Lehrerverband, S. 130f. Die erste Reichstagung hatte ein Jahr zuvor im Berliner Sportpalast stattgefunden.

<sup>684</sup> FEITEN, Lehrerbund, S. 56f.; BÖLLING, Volksschullehrer, S. 221. Mit der NS-Lehrerzeitung war die Nationalsozialistische Lehrerzeitung, die in Bayreuth erschien, gemeint; sie wurde von Hans Schemm herausgegeben. Am 31. März 1933 richtete Schemm an die Lehrerverbände die Aufforderung, die Funktionen und Schriftleitungen der jeweiligen Verbandspresse an die in den Verbänden bereits tätigen Nationalsozialisten zu delegieren. Dadurch wollte

Wie schnell sich die Zentrale des Deutschen Lehrervereins auf die neuen politischen Verhältnisse einstellte, ging aus ihrer Aufforderung an die Zweigvereine vom 1. April 1933 hervor, in die bevorstehende Vertreterversammlung in Magdeburg am 8. Juni 1933 neue Mitglieder zu entsenden. Sie sollten dafür Sorge tragen, "daß der Wille der Vereinsmitglieder in der Auswahl der Vertreter so zum Ausdruck kommt, wie es der heutigen Wunschrichtung in den Mitgliederkreisen entspricht". Ferner sei es empfehlenswert, "allen Ortsvereinen die beabsichtigten Maßnahmen zur Kenntnis zu bringen". Mit den "beabsichtigten Maßnahmen" war zweifellos die Eingliederung des DLV in die Deutsche Erziehergemeinschaft gemeint. Noch am gleichen Tag, am 1. April 1933, trat der Gesamtvorstand des Oldenburgischen Landeslehrervereins geschlossen zurück und trug damit den neuen politischen Verhältnissen Rechnung. Richard Ordemann war entschlossen, den Landeslehrerverein auszuschalten, und erhielt mit den Richtlinien für die Deutsche Erziehergemeinschaft vom 30. März 1933 dazu die entsprechende Hilfestellung. "Leicht haben es ihm und sich" nach Auffassung von Hilke Günther-Arndt die anderen Vorstandsmitglieder auf der fast vierstündigen Sitzung am 1. April 1933 "jedoch wohl nicht gemacht".<sup>685</sup> Einen Tag nach der Leipziger Tagung, am 10. April 1933, fiel die politische Entscheidung, die das faktische Ende des Oldenburgischen Landeslehrervereins bedeutete. Im August 1933 stellte das Oldenburgische Schulblatt sein Erscheinen ein. Der NSLB teilte umgehend seine Absicht mit, das Oldenburgische Schulblatt zum Landesblatt des NSLB umzugestalten.<sup>686</sup> Die erste Ausgabe dieser neuen Schulzeitung erschien am 19. August 1933 als "Oldenburgische N.S. Lehrerzeitung. Landesblatt der oldenburgischen Erzieher" mit einem Geleit von Gauleiter und Reichsstatthalter Carl Röver.<sup>687</sup>

Auf der Magdeburger Pfingsttagung am 8. Juni 1933, die die dritte Reichstagung des NSLB war, sollte die in Leipzig erklärte Bereitschaft der noch bestehenden Lehrerverbände, dem korporativen Beitritt in den NSLB zuzu-

---

Schemm nach außen den Eindruck wahren, der NSLB nehme als Organisation der NSDAP bei der Gleichschaltung der einzelnen Lehrerverbände eine neutrale Position ein. In Wirklichkeit ging es ihm um die Verfügungsgewalt über die Presse und das Vermögen der Verbände, die ihm nach Auflösung der Lehrerverbände ohnehin zufallen sollte.

<sup>685</sup> GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 75f.

<sup>686</sup> Oldenburgisches Schulblatt Jg. 68, Nr. 28, 17.8.1933, S. 197f.

<sup>687</sup> Oldenburgische N.S. Lehrerzeitung Jg. 58, Nr. 29, 19.8.1933, S. 205ff.; GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 80f.



stimmen, ihren vertraglichen Abschluß finden. Die unterzeichnenden Lehrerverbände beurkundeten die Gründungsversammlung der deutschen Gesamt-erzieherorganisation unter Führung des "Nationalsozialistischen Lehrbundes" und ihren korporativen Beitritt. Sie erklärten sich bereit, an allen Gliederungen der Deutschen Erziehergemeinschaft freudig mitzuarbeiten und der Reichsleitung für ihre beitragspflichtigen Mitglieder vom 1. Juli 1933 an monatlich im voraus einen Kopfbeitrag von noch festzusetzender Höhe zu überweisen. Die Vorstände der einzelnen Verbände traten dem NSLB als Einzelmitglieder bei; genauere organisatorische und wirtschaftliche Maßnahmen waren späteren Festlegungen vorbehalten. Die Magdeburger "Gründungsurkunde" sah nicht vor, daß die alten Verbände weiterhin bestehen blieben oder eine Doppelmitgliedschaft geduldet werden sollte, sondern schuf günstige Bedingungen für die angestrebte Liquidierung der bestehenden Lehrerverbände durch den NSLB.<sup>688</sup> Nach Gottesdiensten im Magdeburger Dom und in der Sebastiankirche würdigte Hans Schemm das "Einigungswerk der deutschen Erzieherchaft" und äußerte sich zur schulpolitischen Zukunft in Deutschland:

"Volk und Vaterland und das gesamte Erziehungswesen würden reingefegt werden; die letzten Fetzen von Marxismus und Materialismus, von Zerrissenheit, von Teilungs- und Zersetzungsbestrebungen müßten verschwinden, müßten der Brüderlichkeit und Kameradschaftlichkeit Platz machen. [...] Nicht der Begriff 'Lehrer' sei in der jetzigen Zeit das Wichtigste, sondern der Begriff 'Erziehung', und darüber sei geschrieben der Begriff 'Volk'. Volk und Gott seien zwei Ganzheiten: die irdische Ganzheit 'Volk' bedeute Boden, Heimat, Wehr - und darüber stehe die Ganzheit 'Gott'. [...] Damit schalte sich der Wille der ganzen Erziehungsgemeinschaft gleich mit dem Willen des Staates. Allen zersetzenden Kräften werde der Kampf angesagt werden."

Über das kritische "Verhältnis der nationalsozialistischen Idee zur Religion" stellte Schemm in Magdeburg fest, daß die beiden christlichen Religionen "zwei Lebenskräfte der Nation" darstellten, der Nationalsozialismus aber nicht "auf dem Boden einer bestimmten Konfession, sondern auf dem Boden des Christentums" stehe. Deshalb dürfe ein Lehrer die ihm anvertrauten Kinder nicht mit "Haß gegen den Protestantismus einerseits oder den Katholizismus andererseits erfüllen", wenn er es nicht "mit den Fäusten des Staates zu tun bekommen" wolle:

"Unsere Politik heißt Deutschland, unsere Religion heißt Christus', das sei die Definition, die er dem Nationalsozialismus gegeben habe."<sup>689</sup>

---

<sup>688</sup> FEITEN, Lehrerbund, S. 60ff.

<sup>689</sup> MT vom 9.6.1933.

#### **4.4. Die Gleichschaltung des Katholischen Lehrervereins**

Die Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins für den Freistaat Oldenburg am 24. April 1933 hinderten alle diese offenen Fragen nicht daran, sich zu diesem frühen Zeitpunkt für den Anschluß an den NSLB auszusprechen, weil die Klärung dieser Probleme nicht in die Kompetenz der einzelnen Lehrervereine fiel, sondern dem KLVdDR als Gesamtorganisation oblag. Die historische Versammlung in der Cloppenburg "Walhalla" vom 24. April 1933 war sich der politischen Tragweite ihrer Entscheidung völlig bewußt. Sie bedeutete das faktische Ende des Katholischen Lehrervereins, das nicht mehr widerrufen werden konnte. Mit der Form des korporativen Übertritts in den NSLB befand sich der Katholische Lehrerverein auf der verbandspolitischen Grundlinie des KLVdDR und der deutschen Bischöfe; er handelte auch in diesem Falle konform.

##### **4.4.1. Die Lage des Katholischen Lehrervereins**

Die Berufung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 und der Wahlerfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 veränderte die politische Lage nachhaltig. Auf diese Entwicklung, die eine neue politische Ordnung von Dauer zu schaffen schien, reagierte die Katholische Schulzeitung umgehend und nannte es in ihrer März-Ausgabe des Jahres 1933 bereits "eine nicht zu leugnende Tatsache, daß wir in einer Zeit des Kulturumbruchs leben". Es würden "die Weichen gestellt für die kommenden Jahrhunderte, vielleicht sogar für Jahrtausende".<sup>690</sup> Der korporative Übertritt des Katholischen Lehrervereins für den Freistaat Oldenburg in den NSLB am 24. April 1933 ist in die schul- und verbandspolitische Entwicklung einzuordnen, die die Monate März und April 1933 beherrschte. Zu ihren einflußreichen Trägern gehörte der Katholische Lehrerverband des Deutschen Reiches (KLVdDR), der bereits am 17. März 1933, nur wenige Tage vor der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, in einer Kundgebung unter dem bezeichnenden Titel "Vorwärts und Aufwärts" politische Gefolgschaft signalisierte:

---

<sup>690</sup> Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 3, 1.3.1933, S. 23. Die Schulzeitung berief sich in dieser Notiz auf einen Vortrag von Pater Kentenich in Vechta.

"Wir stehen an einer Wende der Geschichte. Das deutsche Volk hat sich in seiner Mehrheit für die Regierung Hitler ausgesprochen und damit zum Ausdruck gebracht, daß es von ihr die nationale Erneuerung und die wirtschaftliche Gesundung unseres Vaterlandes erhofft. Wir wünschen mit heißem Herzen, daß diese Hoffnung in Erfüllung gehe, und folgen gern dem Rat der Pflicht, uns bewußt und mit ganzer Kraft in den Dienst der Wiederaufbauarbeit zu stellen."<sup>691</sup>

Der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg reagierte umgehend. Auf einer Sitzung des erweiterten Vorstandes am 18. März 1933 in Cloppenburg bekannte er sich zur neuen Reichsregierung und übte sich auf der bewährten Grundlage des katholischen Glaubens in nationaler Loyalität:

"Der 5. März 1933 brachte den großen Sieg der nationalen Erhebung und zeigte das Sehnen des Volkes nach einer neuen Volksordnung. Wir sind überzeugt, daß der Schule bei dem staatlichen und kulturellen Aufbau eine wichtige Aufgabe zufällt. Die katholische Lehrerschaft Oldenburgs, stets national gleichwertig und zuverlässig, hat die nationale Erziehung immer als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachtet. Getreu den Grundsätzen unserer katholischen Weltanschauung, dem Staate unsere pflichtgemäße Arbeit zu geben, erklären wir uns freudig bereit, der Regierung in dem heißen Bemühen, christliche und nationale Grundsätze im neuen Staate zur Geltung zu bringen, unsere tatkräftige Unterstützung zu verleihen."<sup>692</sup>

Die Resolution des Katholischen Lehrervereins vom 18. März 1933 wurde in der Cloppenburger MT erst zwei Tage nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes veröffentlicht. Für die Zeit bis zum 23. März 1933 schien sich noch eine abwartende Haltung zu empfehlen, weil der Ausgang im politischen Ringen um das Ermächtigungsgesetz noch nicht abzusehen war. Der Katholische Lehrerverein erklärte sich in dieser Entschließung nicht nur eines politischen Willens mit dem "großen Sieg der nationalen Erhebung", sondern bekundete auch seine Loyalität gegenüber dem deutschen Staat, unabhängig von seiner veränderten Verfassungslage, und der katholischen Kirche. Mentalitätsgeschichtlich beruhte diese Resolution auf den durch Jahrzehnte bewährten geistigen Grundlagen des politischen Katholizismus in Südoldenburg, einer Mischung aus christlich-nationalem Konservatismus und politisch-religiösem Fundamentalismus. Diese historischen Traditionen sollten im zukünftigen Deutschland eine ersehnte Renaissance erfahren und in der neuen "Volksordnung" symbiotisch miteinander verschmelzen, wie es Hitler in seiner Reichs

---

<sup>691</sup> KÜPPERS, Lehrerverband, S. 109.

<sup>692</sup> MT vom 25.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 136; Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 4, 1.4.1933, Titelseite.

tagsrede zur Einbringung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 politisch in Aussicht stellte.

Die Kundgebung des Katholischen Lehrerverbandes vom 30. März 1933 ging nach Auffassung von Heinrich Küppers bereits einen politischen Schritt weiter und deutete die Bereitschaft des Verbandes an, für den Anschluß an die "Nationale Revolution" den Preis politischer Selbstaufgabe zu zahlen. Politische Gruppierungen im deutschen Katholizismus um Papen übten, so Küppers, sicherlich einen Druck auf das katholische Verbandsleben aus, aber insgesamt stelle die Erklärung vom 30. März 1933 "eine unangemessene Reaktion auf die befürchteten Repressalien von dieser Seite" dar. Angesprochen wurde auch nicht mehr die Beziehung zum Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, der nach dem Austritt einer Reihe der angeschlossenen Verbände auf einer Sitzung des Bundesausschusses in Berlin am 3. April 1933 seine Auflösung bekanntgegeben hatte.<sup>693</sup> Die Fuldaer Kundgebung vom 28. März 1933 war für den Katholischen Lehrerverband offensichtlich "der letzte Anstoß für seine Bereitschaft als Sozialgruppe des Katholizismus, den 'Brückenschlag' zum Nationalsozialismus mitzumachen". Dieser Vorgang bedeutete "die Anerkennung neuer Machtkonstellationen im Rahmen einer neuen Auffassung von Legalität und Legitimität".<sup>694</sup> Der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg veröffentlichte die Kundgebung des Katholischen Lehrerverbandes in seiner Schulzeitung unkommentiert und setzte sich mit ihr politisch nicht auseinander.<sup>695</sup> Ohne Zweifel kam ihr aus der Sicht des Lehrervereins der Charakter einer politischen Weichenstellung zu. Die Entscheidung für die Gleichschaltung des Katholischen Lehrerverbandes war gefallen.

---

<sup>693</sup> KÜPPERS, Lehrerverband, S. 111f.; MT vom 6.4.1933. Der Vorstand des Oldenburger Beamtenbundes stellte sich bereits auf seiner Sitzung vom 22. März 1933 auf die Seite der neuen Reichsregierung und appellierte an seine Mitglieder: "Der Vorstand hält es für selbstverständlich, daß jeder deutsche Berufsbeamte der Reichsregierung des nationalen Aufbaus treueste Gefolgschaft und hingebende Pflichterfüllung gelobt. Die Oldenburger Beamtenschaft hat die feste Zuversicht, daß es der Reichsregierung gelingt, alles Trennende im deutschen Volke zu beseitigen und es zu einer großen, freien Nation zusammenzuschließen." (MT vom 27.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 136)

<sup>694</sup> KÜPPERS, Lehrerverband, S. 110.

<sup>695</sup> Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 4, 1.4.1933, Titelseite. Zum Wortlaut und zur politischen Einordnung der Kundgebung des KLVdDR vom 30. März 1933 vgl. 3.4.6.: Kundgebungen katholischer Verbände.

Zur Leipziger Tagung am 8. und 9. April 1933 hatte der KLVdDR keine Einladung erhalten und zeigte sich über diese Brückierung beunruhigt. Eine Vorstandstagung, die zeitgleich mit der Leipziger Reichstagung am 9. April 1933 in Hannover stattfand, interpretierte die Eingliederung des Katholischen Lehrerverbandes in die neue politische Ordnung als bereitwillige Hinwendung zum Führerprinzip und bildete eine sog. "Reichsführerschaft". Das neue Amt des "Reichsführers" erhielt der Münsteraner Bernhard Gerlach, nicht der bisherige Vorsitzende August Weber, der auch persönlich für die Kundgebung vom 30. März 1933 verantwortlich zeichnete. Für seine Einordnung in das nationalsozialistische Deutschland, die auf berufsständischer Grundlage erfolgen sollte, war der Katholische Lehrerverband bereit, den Preis der "politischen Askese um der politischen Konzentration willen" zu zahlen.<sup>696</sup> Seine "Bereitschaft zur berufspolitischen Inaktivität, ein Zugeständnis, das im Grunde bereits die Anerkennung neuer politischer Ordnungsstrukturen implizierte", gab der KLVdDR bereits in ersten Kontaktgesprächen mit dem NSLB zu verstehen, die am 13. April 1933 zwischen der KLV-Reichsführerschaft und dem NSLB-Gauobmann von Westfalen-Süd, Rudolf Knoop, begannen. Sie engten den Verhandlungsspielraum bewußt auf die Sicherung der katholischen Belange ein und erörterten kaum die in Aussicht gestellte positive Mitarbeit der katholischen Lehrer an den politischen Zielen des NSLB.<sup>697</sup> Eine Reichsführertagung des KLVdDR und des Bundesvorstandes des Katholischen Junglehrerbundes (KJB) in Dortmund faßte den offiziellen Beschluß, Verhandlungen wegen der Überführung der katholischen Organisationen in den NSLB "in der neuen Form unter Wahrung der besonderen katholischen erzieherischen Aufgaben" aufzunehmen.<sup>698</sup> Die Wahrung der katholischen Belange war für die katholischen Lehrerverbände offenbar wichtiger als einzelne Bedingungen ihres korporativen Übertritts in den NSLB. Politische Rückendeckung erhielt der Katholische Lehrerverband von deutschen Bischöfen, die sich für die Selbständigkeit der einzelnen Verbände auch nach ihrem Übertritt in den NSLB einsetzten. Der Münchener Erzbischof, Kardinal Faulhaber, ging in einem Schreiben an Hitler und Schemm vom 24. April 1933 davon aus, "daß die Katholischen Lehrer- und Lehrerinnenvereine auch nach der korporativen Eingliederung in den Nationalen Lehrerbund als weltanschauliche Berufsverbände weiterbestehen dürfen".<sup>699</sup> Daß die Gleichschaltung der katholischen Lehrerverbände aus Gründen der

---

<sup>696</sup> KÜPPERS, Lehrerverband, S. 131-133.

<sup>697</sup> Ebd., S. 133f.

<sup>698</sup> MT vom 15.4.1933.

<sup>699</sup> KÜPPERS, Lehrerverband, S. 137f.

politischen Konzentration notwendig war, daran bestand im April 1933 kein Zweifel mehr. Dabei stellte die Wahrung der kirchlichen Belange eine zwingende politische Option dar. Der Erzbischof von Breslau, Kardinal Bertram, richtete in einer Mitteilung an die Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz vom 20. April 1933 "an diejenigen Hochwürdigsten Herren, in deren Diözesen sich die Zentralen des Katholischen Lehrer- und Lehrerinnenvereins befinden und die mit leitenden Personen der Vorstände engere Fühlung haben", die eindringliche Bitte, "auf die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Entschlüssen nach Tunlichkeit Einfluß zu gewinnen, um Schritten vorzubeugen, die für die Erhaltung des konfessionellen Charakters der Schule und der Lehrerbildung in ihrer Auswirkung entscheidend sein können".<sup>700</sup> Die Gefahr eines Interessenkonflikts wurde zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht in ihrer ganzen Tragweite gesehen. Die Zusage, daß der Katholische Lehrerverband in einer neuen Organisation weiterbestehen dürfe, soll Hans Schemm im Namen des NSLB dem Vorsitzenden des Katholischen Lehrerverbandes in Bayern, Georg Albrechtskirchinger, Ende April oder Anfang Mai 1933 gegeben haben.<sup>701</sup>

#### **4.4.2. Die Generalversammlung vom 24. April 1933**

Nach dem Wortlaut des Protokolls über die außerordentliche Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins für den Freistaat Oldenburg am 24. April 1933, auf der der korporative Anschluß an den Nationalsozialistischen Lehrerbund beschlossen wurde, hatte sich der engere und der erweiterte Vorstand des Lehrervereins auf einer gemeinsamen Sitzung erst am 20. April 1933, "am Geburtstag unseres Reichskanzlers", dafür ausgesprochen, "in Verhandlungen zwecks Eingliederung des Vereins in den Nationalsozialistischen Lehrerbund einzutreten", und sich "geschlossen auf den Boden der nationalsozialistischen Bewegung" gestellt.<sup>702</sup> Die Cloppenburg MT gab diesen Beschluß am 21.4.1933 mit den Worten wieder:

"Der Gesamtvorstand begrüßt eine Neuorganisation der gesamten deutschen Erziehergemeinschaft und beschließt einstimmig, in Verhandlungen zwecks Eingliederung des katholischen Lehrervereins in den Nationalsozialistischen Lehrerbund des Deutschen

---

<sup>700</sup> Ebd.: Anm. 56.

<sup>701</sup> FEITEN, Lehrerbund, S. 58f.; KÜPPERS, Lehrerverband, S. 133ff. Georg Albrechtskirchinger nahm nach eigenem Bekunden unter dieser Bedingung die Bitte Schemms an, auf seiten des KLVdDR die Verhandlungen mit dem NSLB zu führen.

<sup>702</sup> Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 5, 1.5.1933, S. 33.

---

Reiches einzutreten und eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, welche über die Eingliederung beschließen wird."<sup>703</sup>

In Anwesenheit von Staatsminister Spangemacher, Dr. Anton Kohnen, der zu diesem Zeitpunkt die Leitung der Polizeibeamtenschule der Ordnungspolizei in Oldenburg innehatte, und Rektor Richard Ordemann, der als Kommissar den gleichgeschalteten Oldenburgischen Landeslehrerverein vertrat, erklärte der Vorsitzende des Katholischen Lehrervereins, der Cloppenburgler Rektor Bernard Lange, daß der "Anschluß an den Nat.=Soz. Lehrerbund" nach den Verhandlungen, die der Vorstand "in den letzten Tagen und Wochen mit den maßgebenden Stellen gepflogen" habe, "im Prinzip feststehe". In einem gründlich ausformulierten Vortrag, der einer politischen Erklärung gleichkam, sprach sich der Delmenhorster Rektor Konrad Höffmann im Namen des engeren und weiteren Vorstandes für die Annahme des Antrages aus.<sup>704</sup> Dabei beschrieb er die politische Position des Katholischen Lehrervereins und distanzierte sich scharf von der demokratischen Vergangenheit. Höffmann ließ keinen Zweifel daran, daß der korporative Eintritt in den NSLB "ein rückhaltloses Bekenntnis zum Nationalsozialismus" bedeutete, und legte jedem einzelnen Lehrer "den Uebertritt in die N.S.D.A.P." nahe. Auch wer zum Stahlhelm und zum Kyffhäuserbund neige, solle die Mitgliedschaft in der NSDAP überdenken, weil nur diese auch die Möglichkeit biete, "den Geist des Nationalsozialismus zu gestalten und zur Auswirkung zu bringen". Der Vorwurf der "Wendigkeit" oder "Anpassungsfähigkeit" sei in diesem Zusammenhang nicht gerechtfertigt, weil große Teile der katholischen Lehrerschaft sich dem demokratischen Wechsel von 1918/19 gar nicht erst angeschlossen hätten:

"Solche Vorwürfe kommen nur von solchen, die sich nach der Revolution von 1918 sehr schnell auf den berühmten Boden der Tatsachen stellen konnten und während der Zeit des Verfallstaates von einer Kompromißlösung zur anderen herumschaukelten. Unter der kath. oldbg. Lehrerschaft gibt es viele Mitglieder, die sich 1919 nicht um

---

<sup>703</sup> MT vom 21.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 157.

<sup>704</sup> Lehrer Konrad Höffmann leitete beide katholischen Volksschulen in Delmenhorst als Rektor. Michael Hirschfeld bezeichnet ihn als "Steigbügelhalter der Delmenhorster Nationalsozialisten". Auf Initiative dieses "völkisch-national eingestellten Pädagogen", der einen Pfarrgeistlichen mehrfach denunzierte, sei am 22. März 1934 die katholische Jungschar-Gruppe der Pfarrgemeinde St. Marien verboten worden. (HIRSCHFELD, Althaus, S. 57, ders., Delmenhorst, S. 22ff.) Konrad Höffmann spielte bei der Selbstgleichschaltung des Katholischen Oldenburgischen Lehrervereins eine große Rolle und entwickelte sich "auf katholischer Seite innerhalb kürzester Zeit zu einem der wichtigsten Exponenten der nationalsozialistischen Schulpolitik an der Basis". (HIRSCHFELD, Delmenhorst, S. 11)

stellen konnten, dem alten Reich die Treue bewahrten, jede Verbindung ablehnten, die diesen Verfallstaat stützte. Diese Kollegen haben die nationale Erhebung unserer Tage ersehnt mit heißem Herzen, sie hatten nur die eine Sorge, sie nicht mehr erleben zu können. Solchen aber, die sich 1919 umgestellt haben, kann nur empfohlen werden, sich gründlich in das Schrifttum des Nat.=Soz. zu versenken. Es wird ihnen eher eine andere Welt aufgehen, die auch sie dahin führen wird, wo sie heute hingehören, unter die Führerschaft Hitlers.<sup>705</sup>

Diese Worte waren keine deklamatorische Gefälligkeit, sondern Ausdruck eines politischen Selbstverständnisses, das im Frühjahr 1933 offensichtlich keiner Revision bedurfte. Indirekt sprach Höffmann auch die Rolle des Zentrums an und distanzierte sich von der demokratischen Vergangenheit dieser Partei. Dieser Haltung kam in der Cloppenburger "Walhalla" deshalb größere Aufmerksamkeit zu, weil seit zwei Wochen in Rom Konkordatsverhandlungen geführt wurden. Höffmann unterließ es in seiner Rede, die Zentrumspartei namentlich zu erwähnen. Dazu trugen neben der völkisch-nationalen Einstellung des Referenten sicherlich auch die Erbitterung über die Mitverantwortung des Zentrums für die Finanz- und Haushaltspolitik Brünnings bei, die der Lehrerschaft große Opfer abverlangt hatte, aber auch die Kundgebungen des KLVdDR und die Verlautbarungen deutscher Bischöfe, die sich nicht mehr für die Zentrumspartei engagierten. Die Kirche selbst wurde immer mehr zum eigentlichen Rückhalt des deutschen Katholizismus in der neuen politischen Ordnung.

Die katholischen Lehrer, so Höffmann weiter, hätten verlässliche politische Zusicherungen, die Adolf Hitler in seiner Regierungserklärung am 23. März 1933 gegeben habe. Er habe der katholischen Kirche ein Mitwirkungsrecht in der Schule zugesprochen. Deshalb strebe der NSLB auch "eine Angliederung der Geistlichkeit an die Erziehungsgemeinschaft des Bundes an, damit ihr die Möglichkeit gegeben ist, von ihrem Mitwirkungsrecht auch im Rahmen der gesamten Erziehungsgemeinschaft Gebrauch zu machen". In diesem Zusammenhang dürfe aber nur der dogmatische Kern des katholischen Glaubens absolute Gültigkeit genießen, nicht aber die "sog. theol. Schulmeinungen", die zeitlich bedingt und deshalb auch dem Irrtume ausgesetzt seien. Diese Worte enthielten eine deutliche Aufforderung an die katholische Kirche, ihre zeitbedingten schulpolitischen Grundsätze zu überdenken und sie gegebenenfalls den neuen politischen Verhältnissen anzupassen. Höffmann riet seiner Kirche, den Anschluß an die "Nationale Revolution" nicht zu versäumen. Sie dürfe nicht

---

<sup>705</sup> Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 5, 1.5.1933, S. 33ff., auch zum folg.



übersehen, "daß sich Tausende und aber Tausende von Katholiken von der Kirche entfremdet fühlen werden, wenn der Katholizismus zum erwachenden Deutschland nicht eine positive Stellung finden wird". Die Zukunft von christlicher Religion und katholischer Kirche sah Höffmann nur gewährleistet, wenn sich die Kirche in den politischen Dienst des Nationalsozialismus stellte:

"Möchte die kath. Kirche auch dem Ziel einer deutschen Volksgemeinschaft zustreben, die auch Adolf Hitler erstrebt, und bei dieser Arbeit ihren ganzen Zauber entfalten, der ihr eigen ist, - die Zeit des Glückes für Volk und Kirche wäre angebrochen. Die katholische Kirche hat ihre Lebenskraft in allen Jahrhunderten und allen Kulturkreisen so reich entfaltet, daß es uns unmöglich erscheinen muß, daß ihre aufbauende Kraft irgendwie eingeengt oder gehemmt wird, wenn sie sich auch wirksam eingliedert in die Organisationsformen des Nationalsozialismus. Unser Glaube an die Macht und Tragfähigkeit der kath. Idee ist zu groß, um hieran zu zweifeln."

In der Debatte, die auf der Generalversammlung nach dem Bericht in der Katholischen Schulzeitung ausgiebig geführt wurde, kristallisierte sich die Alternative "Hie Kommunismus - hie Nationalismus!" heraus. Sie verengte die Diskussion, weil sie in einem katholischen Lehrerverein nur rhetorisch geführt werden konnte. Der Vorsitzende Bernard Lange nahm dazu eindeutige Stellung:

"Wir katholischen Lehrer wollen und müssen gegen den Kommunismus, gegen die Volksverderber arbeiten. Das geht nur durch den Nationalsozialismus unter der Führung Adolf Hitlers. Deshalb schließt die Reihen und bildet eine Einheitsfront."

Die Diskussion beschäftigte sich mit einzelnen Problemen, die der Anschluß an den NSLB aufwarf. Dazu gehörten Fragen nach der geistlichen Schulaufsicht und der Bekenntnisschule, die Stellung der Bischöfe zum Nationalsozialismus und der Zugehörigkeit des Lehrers zu nationalen Verbänden. Der Wunsch, die Entscheidung zu vertagen, fand ebenso keine Mehrheit wie das Ersuchen einzelner Versammlungsteilnehmer, die eingebrachte Resolution um die Klausel "unter Wahrung der katholischen Interessen" zu erweitern. Die Resolution wurde nicht verändert und in der von Rektor Lange gleich zu Beginn der Versammlung eingebrachten Fassung einstimmig angenommen:

"Der kath. Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg bekennt sich rückhaltlos zur Regierung der nationalen Bewegung unter der Kanzlerschaft Adolf Hitlers. Er tritt geschlossen in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (N.S.L.B.) ein und gelobt einmütig, die Erziehungsarbeit für den Aufbau des neuen Staates im Geiste unseres Führers Adolf Hitler mit ganzer Kraft und hingebender Treue durchzuführen."<sup>706</sup>

---

<sup>706</sup> MT vom 25.4.1933; GELHAUS, S. 161f.

Nach einer Debatte, die eine Reihe von Einzelfragen erörterte und in der auch erhebliche Bedenken zum Ausdruck gebracht wurden, folgte die Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins dem Antrag des engeren und weiteren Vorstands und stellte sich vorbehaltlos auf die Seite der nationalsozialistischen Revolution. Sie war bereit, dafür die Selbständigkeit des Lehrervereins aufzugeben, und wollte aufgrund der vorliegenden Erklärungen und mit Blick auf die historischen Verdienste der katholischen Kirche um Staat und Gesellschaft nicht glauben, daß ihre Freiheit vom nationalsozialistischen Regime ernsthaft gefährdet werden könnte. Nicht das politische Denken, sondern das konfessionelle bestimmte das Gesetz des Handelns. Waren die konfessionellen Interessen und Belange als so weit gesichert wie möglich anzusehen, - das war am 24. April 1933 offensichtlich der Fall, - wurden die politischen Fragen sekundär. Damit scheiterte der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg an eben den konfessionellen Bindungen und Aufträgen, die 1876 zu seiner Gründung geführt hatten, und schaltete sich selbst gleich. Damit vollzog er die grundlegende Wende, die der deutsche Episkopat in den Monaten März und April 1933 vornahm, in eigener Verantwortung mit und hatte die Folgen seiner Gleichschaltung selbst zu tragen. Mit der September-Ausgabe des Jahres 1933 beschloß die "Katholische Schulzeitung für den Freistaat Oldenburg" ihren letzten, den 25. Jahrgang, und verabschiedete sich von ihren Lesern:

"Der Schlußstrich ist vollzogen, **der alte Verein hat seine Aufgabe vollbracht**, die neue Organisation steht, sie harrt ihrer Aufgabe. Nicht Vergangenen nachtrauern, 'mit Mut und Kraft fürs Dritte Reich geschafft', ist die Losung der Gegenwart. Die kath. Lehrerschaft wird jetzt zeigen, daß das neue Deutschland ihr unbesorgt ihre Jugend, die einmal, frei von liberalistischen Anhängseln, das wahre Volkstum verkörpern soll, anvertrauen darf."<sup>707</sup>

Zum 1. September 1933 trat der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg in Liquidation.<sup>708</sup> Damit endete endgültig die freie Verbandstätigkeit einer der wichtigsten konfessionellen Berufsorganisationen im katholischen Milieu Süoldenburgs. Zum Kommissar, der in den NSLB entsandt wurde, bestellte die Generalversammlung den Lehrer Aloys Nienaber<sup>709</sup>, zu Beisitzern

---

<sup>707</sup> Katholische Schulzeitung, Jg. 25, letzte Nummer, 30.9.1933, S. 50.

<sup>708</sup> Katholische Schulzeitung, Jg. 25, letzte Nummer, 30.9.1933, S. 49; MT vom 23.9.1933; GELHAUS, 1933, S. 373.

<sup>709</sup> Aloys Nienaber war bis zum März 1934 Kreisobmann des NSLB Cloppenburg und seit Mai 1933 Mitglied im Amtsvorstand des Amtes Cloppenburg. Im März 1934 wurde er nach Delmenhorst versetzt. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 320; HIRSCHFELD, Delmenhorst, S. 30, Anm. 12: biographische Angaben zu Aloys Nienaber)

die Lehrer Höffmann (Delmenhorst), Wilhelm Kohnen (Dinklage)<sup>710</sup>, Ernst Willenbrink (Scharrel)<sup>711</sup> und Hans Dehlwisch (Cloppenburg).<sup>712</sup> Kommissar Nienaber erhielt die Vollmacht, die weiteren Maßnahmen für die Eingliederung des Katholischen Lehrervereins in den NSLB vorzunehmen. Nach der Abstimmung, die auf der Vormittagsveranstaltung durchgeführt wurde, ergriffen Staatsminister Spangemacher und Studienrat Dr. Anton Kohnen das Wort. Spangemacher wies angesichts der großen Bedeutung der konfessionellen Frage in Süddoldenburg nachdrücklich auf die Vereinbarkeit des völkischen Rassedankens mit der christlichen Religion hin:

**"Deutsch und christlich** ist unser Ideal. [...]. Wenn ich von Rasse und Rassegeschichte spreche, so handelt es sich nicht um gottverbotene Dinge. Gott hat uns erschaffen mit allen körperlichen und seelischen Eigenschaften, die uns vor anderen Völkern auszeichnen, nicht um damit Schindluder zu treiben. Wir wollen nicht Rasendünkel, aber wir wollen stolz sein auf die Mission, die wir zu erfüllen haben. Mit glühender Liebe zum Vaterlande im Herzen wird es dem Lehrer leicht, die Jugend vollzupfropfen mit echten deutschen Ideen. Er wird sich einsetzen für seine Nation und ihre letzten Dinge mit ganzer Seele. Deshalb soll der Lehrer nicht Pazifist, sondern Kämpfer für die hohe Sache sein. [...]

Wie aber bin ich fähig zum Opfern, wenn ich nicht weiß, daß einer hinter mir steht, der mich stärkt und der will, daß ich an ihn glaube: der Schöpfer der Erde? Weil ich ein Soldat der Nation bin, muß ich auch ein Christ sein. Religion muß die Grundlage bilden. [...] Will also die Schule ihrer Aufgabe, die Kinder zu bewußten Christen heranzuziehen, gerecht werden, so muß der Lehrer selbst Christ sein und zwar aus tiefstem Empfinden heraus. Echtes Christentum aber bedeutet die Umsetzung des Wortes Christi in die Tat: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Wir Nationalsozialisten sind also

---

<sup>710</sup> Wilhelm Kohnen, ein Bruder von Dr. Anton Kohnen, war Konrektor in Dinklage und fungierte bis zum März 1934 als Kreisobmann des NSLB Vechta. Bis zu diesem Zeitpunkt nahm er auch das Amt eines Ortsgruppenleiters in Dinklage wahr. Am 1. April 1934 trat Wilhelm Kohnen die Stelle eines Rektors in Cloppenburg an, war bis zum 13. Juni 1942 Kreiswalter des NSLB Cloppenburg und übernahm am 1. Dezember 1939 das Amt des stellvertretenden Kreis schulrats in Cloppenburg. Vom 7. Mai 1943 bis 1945 war er kommissarischer Ortsgruppenleiter in Cloppenburg. Am 26. Dezember 1936 forderte Wilhelm Kohnen von den NSLB-Ortsgruppenamtsleitern im Kreis Cloppenburg Berichte über regimiekritische Geistliche an. Offiziell Vorwerk machte den Klerus des Offizialatsbezirks am 12. Januar 1937 mit dem Rundschreiben bekannt. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 278; HIRSCHFELD, Zeittafel, S. 373)

<sup>711</sup> Ernst Willenbrink war bis zum 2. Oktober 1933 Kreisobmann des NSLB Friesoythe und wurde dann als Hauptlehrer nach Endel bei Visbek versetzt. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 400)

<sup>712</sup> Hans Dehlwisch war seit dem 19. September 1933 Stahlhelm-Kreisleiter Cloppenburg, von Oktober 1933 bis zum 4. Februar 1935 Stahlhelm-Kreisführer Süddoldenburg (Ämter Vechta und Cloppenburg) und seit dem 9. Dezember 1933 Standartenführer der SA-Reserve 1 (Stahlhelm). 1935 wurde er als Hauptlehrer nach Delmenhorst versetzt. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 204; HIRSCHFELD, Delmenhorst, S. 30, Anm. 13: biographische Angaben zu Hans Dehlwisch)

nicht religionsfeindlich, wir haben vielmehr im Glauben die Kraft gefunden, unsern Kampf siegreich durchzuführen. [...]

Aufgabe des Lehrers muß es sein, seine Kinder zu beseelen mit heißem Herrgottsgeist und himmelstürmender Vaterlandsliebe. Einfach und klar ist diese Aufgabe [...]."<sup>713</sup>

Studienrat Dr. Anton Kohnen erinnerte an die große Lehrertagung in Leipzig, die als das "Potsdam der deutschen Erziehung" bezeichnet werde, und hob die zunehmende Bedeutung der sog. "Gesinnungsfächer", Religion, Deutsch und Geschichte, hervor. In diesen Fächern müsse das "Gemüt und Gefühl für die Richtung des Heldischen und Starken" gefördert werden:

"Eine neue Zeit bricht an, auch für die Schule, die vielfach im Formalen und Wissenschaftlichen erstarrt war. Die Hauptaufgabe aber ist die Erschaffung des inneren Gehalts. Der Weg zum Herzen des Schülers, der bisher durch einengende Vorschriften verrammelt war, muß gefunden werden. Heute wird bekannt, daß ein ganz anderer Wind in der Schule wehen muß. Namentlich in den Gesinnungsfächern ist sowohl auf der höheren als auch in der Volksschule vielfach gesündigt worden. [...] Der Unterricht darf sich nicht im Formalen erschöpfen, er muß fortführen zu Gedanken, die heute das ganze Volk angehen."

Eine Rückbesinnung auf den heroischen Geist in der deutschen Vergangenheit und Gegenwart forderte Kohnen vor allem für den Deutsch- und Geschichtsunterricht. Im Religionsunterricht habe der Erzieher "den Weg zum Herzen seiner Kinder" bereits gefunden, "während Deutsch und Geschichte vielleicht zu kurz gekommen sind". Der "Pflege des deutschen Gedankens" müsse der Deutschunterricht Rechnung tragen, und "in der Geschichte" solle "der große einheitliche Zug zum Vaterlande den Unterricht durchziehen". Deshalb gelte es, "viel Gerümpel" zu beseitigen und "die Arbeitsweise zu revidieren unter der Devise: 'Nationale Tendenz bis zum Aeüßersten!'"<sup>714</sup>

Aussagen eines Zeitzeugen, des späteren Schulrats Friedrich Wübbolt in Cloppenburg, heben stärker den Druck hervor, dem die Lehrer ausgesetzt wurden. Danach lag der Generalversammlung in Cloppenburg ein fertiger Entschließungsantrag vor, der den Delegierten aufgezwungen wurde. Unter dem politischen Druck, der im Frühjahr 1933 bereits geherrscht habe, sei die Versammlung diesem Antrag gefolgt. In schriftlichen Aufzeichnungen, die aus der Erinnerung entstanden, erkennt Wübbolt in der Entschließung vom 24. April 1933, die ein schulpolitisches Ereignis ersten Ranges war, ein "Musterbeispiel für die Knebelung der Presse in der Hitler-Diktatur". Danach war

---

<sup>713</sup> OV vom 27.4.1933; Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 5, 1.5.1933, S. 35.

<sup>714</sup> Ebd.

der Staat Hitlers "ein totalitärer Staat, es gab nur eine Meinung, einen Führer und eine völlig untergebene Volksmasse", ein "'Gottloses' System", "weil Gott dem Menschen nie seine Freiheit nimmt".<sup>715</sup> Der Blick Wübbolts, der sich historische Gewißheit verschaffen wollte, unterliegt jener Vorstellung, die im "Dritten Reich" nur einen monolithischen Block erkennen kann, der ohne Brüche aus der politischen Gleichschaltung hervorgegangen ist. Diese war nach seiner Meinung ausschließlich für den Übertritt des Katholischen Lehrervereins in den NSLB verantwortlich. Spangemacher, Höffmann und Anton Kohnen hätten "das 'Hohe Lied' des Nationalsozialismus gesungen", und ihre Ansprachen seien in den Zeitungen umgehend wiedergegeben worden, aber nicht die Drohung Spangemachers, die folgenden Wortlaut gehabt habe:

"Sie wissen wohl, Sie sind Beamte, d. h. Diener des Staates. Das Volk hat uns mit der Leitung des Staates beauftragt. Also ist es Ihre Pflicht, uns zu dienen und mit uns zu arbeiten. Wenn Sie glauben, das nicht zu können, dann steht es Ihnen frei, den Dienst aufzugeben. Überlegen Sie das wohl!"

Unabhängig davon, ob Spangemacher sich in Cloppenburg so oder ähnlich geäußert hat, macht seine Rede doch deutlich, daß der nationalsozialistische Staat die materielle Abhängigkeit der Volksschullehrer ausnutzen und sie so seinen politischen Absichten unterwerfen konnte. Diese Staatsnähe enthielt Voraussetzungen für die Gleichschaltung der katholischen Lehrerschaft und des öffentlichen Dienstes überhaupt, die in dieser Form in anderen Berufszweigen und Gewerben nicht gegeben waren. Dieser Umstand relativiert zwar andere Gründe, die zur frühen Gleichschaltung des Katholischen Lehrervereins geführt haben, hebt ihre Gültigkeit aber nicht vollends auf. Die katholischen Volksschullehrer standen im Frühjahr 1933 auch deshalb zur politischen Disposition, weil sie sich nicht mehr an die demokratische Verfassungsordnung von Weimar gebunden fühlten und sich in ihrem Lehrerverein über Generationen in unpolitischer Pflichterfüllung geübt hatten: im Deutschen Kaiserreich ebenso wie in der Weimarer Republik und, wie sich am 24. April 1933 herausstellte, auch unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland. Es sei den Lehrern, so Wübbolt, auch "in unmißverständlicher Form dringend nahe gelegt" worden, "in die Partei und ihre Gliederungen einzutreten und damit ihre echte Gesinnung zu bezeugen". Sie seien deshalb nicht "ohne weiteres zu den Nazis übergesprungen", wie Wübbolt glaubwürdig bekundet:

---

<sup>715</sup> WÜBBOLT, S. 196f., auch zum folg.: Der katholische Lehrerverein geht zu Hitler über.

"Als die Abstimmung kam, hätte nur einer sich weigern sollen. Er wäre morgen schon von der Gestapo abgeholt und eingesperrt worden als Staatsfeind. Er hätte seine Freiheit verloren, sein Brot und auch seine Familie. Ja, sein Leben hätte er aufs Spiel gesetzt. Das ist nicht übertrieben."

An moralischen Schnittstellen wie dieser, die in der Geschichte nicht selten sind, endet die Redlichkeit historischer Analyse und öffnet den Blick auf das Subjekt in der Geschichte, das an einer Wegscheide steht, für die es letztlich nicht verantwortlich ist, an der es sich aber erklären muß. Manchmal gelingt auch ein Ausweichen oder Verzögern. Auch dafür trägt das politische Subjekt seine historische Verantwortung. Die Abstimmung der katholischen Lehrer vom 24. April 1933 resultierte nicht aus niedrigen Opportunitätsgründen, sie haben es sich nicht leicht gemacht, sondern war grundsätzlicher Natur. Deshalb kam ihr auch eine herausragende politische Signalwirkung zu. Der Historiker kann im nachhinein die Folgen historischen Handelns überblicken, politische Strukturen und Kontinuitäten erkennen und das einzelne Ereignis vor dem Hintergrund von Traditionen und Mentalitäten beurteilen, weil er nicht mit dem historischen Subjekt der Vergangenheit identisch ist. Sein Wort beruht vielmehr auf der historischen Perspektive der Gegenwart. Die Erinnerungen Friedrich Wübbolts machen deutlich, wie sich in historischen Personen Geschichte verdichtet, die an der Zeit schon lange vorher 'gearbeitet' hat.

#### **4.4.3. Die Überführung des Katholischen Lehrervereins in den NSLB**

In einem ausführlichen Beitrag für die Juni-Ausgabe der Katholischen Schulzeitung berichtete der Delmenhorster Rektor Höffmann über die Maßnahmen, die zur Überführung des Katholischen Lehrervereins in den NSLB in die Wege geleitet worden seien, und forderte die Mitglieder zwecks Regulierung der Kassengeschäfte auf, die rückständigen Vereinsbeiträge bis zum 1. Juli 1933 einzuzahlen. Höffmann betonte nachdrücklich: Die körperliche Eingliederung sei nunmehr beschlossen, die Erwerbung der Einzelmitgliedschaft müsse durch Einzelerklärung erfolgen. Er warnte davor, die Beschlüsse vom 24. April 1933 nachträglich in Frage zu stellen:

"Der K.L.V. Oldenburg [Katholischer Lehrerverein] mußte von vornherein auf seinen körperlichen Beitritt zum N.S.L.B. bestehen und ferner die Erwerbung der Einzelmitgliedschaft aller Mitglieder im N.S.L.B. als Ziel aufstellen, da nur dann die Gewähr geboten ist für eine klare nationalsozialistische Linie. Die grundsätzliche Forderung des N.S.L.B., daß nur solche Mitglieder in ihn eintreten können, die sich als vollwertig

---

ge, aktive und treue Erzieher im Sinne des Nationalsozialismus ansehen und angesehen werden können, ist hierbei zu beachten."<sup>716</sup>

Mit der Unterzeichnung des Magdeburger Abkommens vom 8. Juni 1933 habe auch der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg dem deutschen Staate die Ermächtigung zurückgegeben, "eine Erziehung im Geiste des Nationalsozialismus restlos durchzuführen".<sup>717</sup> Nach Auffassung von Heinrich Küppers bedeutete das Magdeburger Abkommen einen "Freibrief für den NSLB zur Auflösung der alten Stammvereine", der in seiner Tragweite unter dem suggestiven Eindruck der Veranstaltung nicht wahrgenommen worden sei. Von seiten der katholischen Verbände sei der Beitritt "keineswegs widerstrebend" erfolgt, weil sie in der "zentralistischen, aber dennoch augenscheinlich nicht egalisierten Struktur der Deutschen Erziehergemeinschaft eine Form der Gleichschaltung" verwirklicht gesehen hätten, die "ein Beispiel für ein harmonisches Zusammenleben in einer autoritär strukturierten Staatsordnung" gebe.<sup>718</sup> Die Auflösung der Gesamtorganisation des KLVdDR erfolgte auf einem außerordentlichen Vertretertag in Hannover am 2. August 1933.<sup>719</sup> Die Vorstellungen der katholischen Lehrervereine, ihre Eigenständigkeit im NSLB erhalten zu können, scheiterten auf der Magdeburger Reichstagung am 8. Juni 1933 "an dem alleinigen und ausschließlichen Ziel des NSLB, alle noch bestehenden Lehrerverbände zu zerschlagen".<sup>720</sup>

Nach der Eingliederung in den NSLB umfaßte Südoldenburg drei Kreise, Friesoythe, Cloppenburg und Vechta, die aus den ehemaligen Ämtern gebildet

---

<sup>716</sup> Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 6, 1.6.1933, S. 41f. Irritationen gab es im Katholischen Lehrerverein durch die Gründung der "Gemeinschaft katholischer deutscher Erzieher" (GkdE), die auf Initiative Albrechtskirchingers am 6. Juni 1933 aus einer Fusion des KLVdDR mit dem "Verein katholischer deutscher Lehrerinnen" (VkdL) hervorgegangen war. Diese Neugründung, die allerdings Episode blieb, diente in erster Linie der Gleichschaltungskonzeption des NSLB. Die "einzige politische Entscheidung der Gemeinschaft katholischer deutscher Erzieher" war der korporative Beitritt zur Deutschen Erziehergemeinschaft am 8. Juni 1933 auf dem Magdeburger Lehrertag. (KÜPPERS, Lehrerverband, S. 146ff., Zitat: S. 152)

<sup>717</sup> In Magdeburg beschlossen Vertreter von 48 Reichs- und 111 Unterverbänden einstimmig den korporativen Beitritt in die neue Gesamtorganisation unter Führung des NSLB. (FEITEN, Lehrerbund, S. 61) Der Katholische Lehrerverein aus Oldenburg war durch die Lehrer Nienaber und Höffmann vertreten. (Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 6, 1.6.1933, S. 42)

<sup>718</sup> KÜPPERS, Lehrerverband, S. 152ff.

<sup>719</sup> MT vom 23.8.1933; GELHAUS, 1933, S. 355; KÜPPERS, Lehrerverband, S. 165.

<sup>720</sup> FEITEN, Lehrerbund, S. 59.

wurden.<sup>721</sup> Zu diesen Kreisen gehörten - das war neu - alle Pädagogen ohne Unterschied der Schulart, der Konfession und des Geschlechts. Die Kreise wurden geführt von sog. "Kreisobmännern", denen in den jeweiligen Gemeinden Ortsgruppenobleute unterstanden. Zur Wahrung konfessioneller Belange und Fragen, die den Religionsunterricht betrafen, wurden im NSLB Oldenburg eine Abteilung für besondere Fragen der evangelischen Religion und eine für besondere Fragen der katholischen Religion eingerichtet. Auf der Versammlung der Ortsgruppenleute der drei südlichen Kreise des NSLB im Landesteil Oldenburg am 9. September 1933 im Gasthof Kleene in Cloppenburg wurde die Liquidation des Katholischen Lehrervereins am 1. September 1933 bekanntgegeben. In Anwesenheit von Landesleiter Richard Ordemann entwickelte Schulrat Dr. Kohnen, inzwischen Referent für das katholische Schulwesen im Ministerium, die Grundlagen nationalsozialistischer Erziehung und faßte sie in vier Grundsätzen zusammen:

1. Das Führerprinzip, das den Parlamentarismus ablehne, weil durch ihn "das Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen" gelockert werde;
2. die "Idee der Volksgemeinschaft", die durch Bismarck als "äußere Gemeinschaft" geschaffen worden sei und von Hitler als "innere Volksgemeinschaft sozialen Denkens und alleiniger Wertung der Persönlichkeit nach Leistung und Charakter" verwirklicht werde;
3. die Reinhaltung der Rasse, die eine "Verbindung von Blut und Wesen" sei und die "völkische Kraft" in sich berge;
4. das "Gebundensein an die Scholle, das "Bekennnis zum deutschen Boden", das zu "dieser Volkswerdung" notwendig sei. Im Gegensatz zur Stadt halte sich auf dem Lande "der wertvollste und reinste Bestandteil" der Bevölkerung. Mit der "Volkswerdung" eng verbunden sei "ein tiefes religiöses Gefühl", denn: "Aus der Gottschöpfung ergibt der Nationalsozialismus im Jenseits!"<sup>722</sup>

Kohnen stellte in Cloppenburg "einfach und schlicht die katholische Linie" des "Dritten Reiches" heraus und erinnerte an das Parteistatut der NSDAP von 1920:

"Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jü

---

<sup>721</sup> Katholische Schulzeitung Jg. 25, letzte Nummer, 30.9.1933, S. 50. Zu Kreisobmännern wurden berufen: Ernst Willenbrink (Kreis Friesoythe), Aloys Nienaber (Kreis Cloppenburg) und Wilhelm Kohnen (Kreis Vechta).

<sup>722</sup> Katholische Schulzeitung Jg. 25, letzte Nummer, 30.9.1933, S. 51ff., auch zum folg. Dr. Anton Kohnen wurde zum 1. September 1933 mit der Amtsbezeichnung Schulrat zum Fachreferenten für das katholische Volksschulwesen im Ministerium der Kirchen und Schulen ernannt. (Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 170, 23.8.1933, S. 728) Zu Kohnen vgl. Kap. 1.2.1.: Karriere im Schatten der "Machtergreifung".



---

disch=materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von **innen** heraus auf der Grundlage: **Gemeinnutz vor Eigennutz.**"

Die Partei fordere die "Freiheit aller religiösen Bekenntnisse außer der mosaischen Religion". Wie der Abschluß des Reichskonkordats zeige, habe der nationalsozialistische Staat "gewiß nicht die katholische Kirche gemeint". Kirche und Staat hätten "auf die Bedürfnisse der neuen Zeit gegenseitig Rücksicht genommen". Darum sei es für den Katholiken wichtig, "in allem Neuen die positiv katholische Linie zu suchen, zu finden und zu bejahen". Rektor Konrad Höffmann aus Delmenhorst wiederholte in seiner neuen Funktion als Leiter der Arbeitsgemeinschaft des Kreises Nord den dringenden Appell an die katholische Kirche, sich der historischen Stunde nicht zu versagen. Die entscheidende Frage, die an die Kirche zu stellen sei, laute:

"Wird die Kirche den Ruf Gottes zur Hingabe an den Lebenskampf des deutschen Volkes vernehmen, um die eigene Erneuerung ringen und in ihrem Gesamtleben dem neuen Hinweis auf die Wirklichkeit Gottes dienen? Die bloße Duldung des Nationalsozialismus wird dieser Entscheidungsfrage nicht gerecht."

Am Tage der Versammlung der Ortsgruppenleute am 9. September 1933 war das Reichskonkordat noch nicht ratifiziert, das geschah einen Tag später, am 10. September 1933. Die Krise hielt also noch an. Deshalb konnte die katholische Kirche jene definitive Antwort nicht geben, die Höffmann von ihr erwartete. Ihre Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat in Deutschland blieb auch nach der Ratifizierung des Reichskonkordats ambivalent. Der beschwörende Appell Höffmanns zeugt von der Verunsicherung eines katholischen Volksschullehrers, der sich der "Nationalen Revolution" verschrieben hatte, aber mit der Zeit immer deutlicher spürte, daß er nicht in jedem Falle mit dem Rückhalt der katholischen Amtskirche rechnen konnte. Über die wirtschaftliche Lage und die tagespolitische Situation hinaus sind Ursachen für die historische Entschließung der katholischen Lehrerschaft vom 24. April 1933 vor allem in den ungebrochenen religiös-autoritären Traditionen und staatsfreundlichen Mentalitäten der Lehrer selbst zu suchen, die von der nationalsozialistischen Machtübernahme wie 'mit einem Schlage' die Erlösung aus der wirtschaftlichen, sozialen, aber vor allem politischen Notlage der Weimarer Republik erhofften. Weitere Motive für die frühe Gleichschaltung der katholischen Lehrerschaft sind im Anpassungswillen an die politische Umwälzung des Jahres 1933 zu sehen, die an einen irrationalen Staats- und Volksmythos appellierte und auf christlichen Fundamenten zu beruhen schien. Zweifel daran wurden durch den Verlauf der Generalversammlung in Cloppenburg eher bestätigt

als ausgeräumt. Die Personalpolitik des Ministeriums Pauly, von der große Teile der katholischen Lehrerschaft betroffen waren, führte nicht nur zu Veränderungen innerhalb der katholischen Lehrerkollegien in Südoldenburg, sondern enthielt auch Versetzungen vom katholischen Süden in den protestantischen Norden des Landes - und umgekehrt. Damit wurde eine konfessionelle Vermischung der Lehrerkollegien angestrebt, die im Sinne der Gleichschaltung dazu diente, die Pädagogen einander zu entfremden, persönlich zu isolieren und politisch zu bedrängen.

#### **4.5. Die Gleichschaltung der höheren Schulen**

Auf der Linie politischer Anpassung bewegten sich Ende April 1933 auch die Verlautbarungen, mit denen die beiden staatlichen höheren Schulen Südoldenburgs, das Gymnasium Antonianum in Vechta und das Cloppenburger Realgymnasium, das Schuljahr 1933/34 feierlich eröffneten. Das Vechtaer Gymnasium versuchte nachzuholen, was es in dem Rausch der sich überschlagenden Ereignisse offensichtlich nicht als die große politische Wende wahrgenommen hatte. Ein Oberprimaner verlas zum Schuljahresbeginn die Rede Hitlers aus der Potsdamer Garnisonkirche zur Reichstagsöffnung vom 21. März 1933. Daran schloß sich ein Referat von Oberstudiendirektor Dr. Uhlmann an, der die politische Laufbahn Hitlers und die Grundlagen des neuen Staates erläuterte. Der durchschlagende politische Erfolg hatte dem umstrittenen Parteiführer Adolf Hitler auch im katholischen Milieu Südoldenburgs zu einer ansehnlichen Reputation verholfen. Der Schulleiter schloß seine Ausführungen mit dem dringenden Appell, sich der nationalsozialistischen Bewegung nicht zu verweigern, und ermunterte die Schuljugend, in die NS-Verbände einzutreten:

"Nur ein kleines Häuflein stehe heute noch grollend abseits; fast alle Deutschen schauen heute mit Vertrauen auf Adolf Hitler. Es könne keinen wahren Deutschen mehr geben, der nicht von ganzem Herzen wünschen müsse, daß der Segen Gottes auf seinem Kampfe um die Rettung Deutschlands ruhen möge. So gelobe auch das Gymnasium in Vechta an diesem Tage, an dem es des 44. Geburtstages Adolf Hitlers gedenke, feierlich, sich hinter den Führer zu stellen. Auch die ganze Arbeit der Schule solle uneigennützig und pflichtbewußt, wie Adolf Hitler es zeige, dem deutschen Volke und Vaterlande gelten. Insbesondere wolle die Schule ihre Schüler zum Gedanken der Volksgemeinschaft und Wehrhaftigkeit erziehen, zu Männern, die ihr Vaterland mit heißem Herzen lieben. Es sei daher der dringende Wunsch der Schule, daß möglichst viele Schüler sich den nationalen Verbänden anschließen."<sup>723</sup>

---

<sup>723</sup> OV vom 29.4.1933.

Die Feier im Gymnasium Antonianum zur Eröffnung des Schuljahres 1933/34 schloß mit dem Deutschlandlied. In der Vechtaer Erklärung, die äußerst konzi- liant angelegt war, fehlte sogar der dringende Appell an die nationalsozialisti- sche Reichsregierung, die neue Staatsordnung im christlichen Geist aufzubauen und die Belange der christlichen Kirchen zu wahren. Das Reizwort von den "wahren Deutschen", das in Weimarer Tagen auch in Südoldenburg zum Voka- bular des politischen Antiliberalismus zählte, hatte seine politische Wirkung nicht verfehlt und erfuhr jetzt in der großen nationalen Stunde, die das endgül- tige Ende der Republik bedeutete, seine politische Bestätigung.<sup>724</sup>

In einer von Mitgliedern des Kollegiums ausgearbeiteten Resolution, die von der Allgemeinen Konferenz genehmigt, in der Aula der Schule zur Eröffnung des neuen Schuljahres 1933/34 verlesen und in der örtlichen Presse publiziert wurde, kündigte das Cloppenburger Realgymnasium ebenfalls seine Bereit- schaft zur politischen Gleichschaltung an. Der Termin dieser Konferenz, der 24. April 1933, war identisch mit dem Übertritt des Katholischen Lehrervereins in den NSLB. Der Zweck der "außergewöhnlichen Allgemeinen Konferenz" vor dem Beginn des neuen Schuljahres bestand nach eigenen Angaben darin, "die Geschlossenheit des Lehrerkollegiums für die Erziehungsarbeit im neuen Schuljahr zu sichern".<sup>725</sup> Die Entschließung wurde erarbeitet vom Leiter der Schule, Oberstudiendirektor Dr. Thomé, von Oberstudienrat Wempe, der bisher die Zentrumsfraktion im oldenburgischen Landtag geführt hatte, und von den Studienräten Dr. Theodor Kühling und Hermann Bitter.<sup>726</sup> Sie hatte folgenden Wortlaut:

"Wir begrüßen den nationalen Umbruch, der das deutsche Bewußtsein in weitesten Kreisen unseres Volkes wieder geweckt und die besten Kräfte deutschen Volkstums zusammengefaßt hat. Insbesondere sehen wir in der Reichsreform die Erfüllung aller

---

<sup>724</sup> Dem NSLB traten nach dem Bericht der NSDAP auch die Lehrer der höheren Schulen in Vechta bei, "so daß bei der ersten Kreistagung am 10. Oktober 1933 in der Deutschen Oberschule zu Vechta die gesamte Erzieherschaft des Kreises Vechta erschienen war und im NSLB organisiert wurde". Über das politische Programm des NSLB hieß es in der nationalsozialistischen Propagan- daschrift aus dem Jahre 1936: "Das Ziel des NSLB ist die große, herrliche Gemeinschaft der deutschen Erzieher aller Gattungen, von der Kindergärtnerin bis zum Universitätsprofessor." (NSDAP, 3. Kreistag, S. 74f.)

<sup>725</sup> Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokoll der Allgemeinen Konferenz vom 24.4.1933.

<sup>726</sup> REINHARDT, Chronik, S. 48-54: Aufbau der Deutschen Oberschule 1932-1939; GEL- HAUS/REINHARDT, Das Clemens-August-Gymnasium im Spiegel der Zeit, 4. Teil, Schule und Machtergreifung, IN: MT vom 1.7.1989.

deutschen Sehnsucht nach der Einheit des Reiches. Mit ehrlicher Überzeugung stehen wir in der nationalen Front bei dem notwendigen Kampfe gegen die zersetzenden Kräfte des Marxismus und des Atheismus, gegen Schmutz und Kitsch in Kunst, Literatur und Musik. Als deutsche und katholische Erzieher der Jugend stellen wir uns freudig hinter die Absicht der Regierung, die Schule zu einer reinen Pflegestätte des christlichen und deutschen Gedankens zu machen, und geloben ihr, unsere besten Kräfte für dieses Ziel einzusetzen. Es soll unsere heilige Aufgabe sein, die uns anvertraute Jugend zur höchsten Auffassung deutschen Wesens und deutscher Sendung, zu echter deutscher Volksgemeinschaft, zu geistiger und körperlicher Wehrhaftigkeit zu erziehen.<sup>727</sup>

Die Konferenz bevollmächtigte den Direktor der Schule, Dr. Thomé, ausdrücklich, "bei der offiziellen Eröffnung des neuen Schuljahres in der Aula vorstehende Entschließung bekannt(zu)geben, damit die Eltern und deren Schüler Klarheit über den Kurs der Schule bekommen". Nach der offiziellen Eröffnung des neuen Schuljahres sollte "aus Anlaß des Geburtstages unseres Reichskanzlers Adolf Hitler eine schlichte eindrucksvolle Feier mit der Festrede des Studienrats Dieckmann" stattfinden, in der zum Abschluß das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied gesungen wurden.<sup>728</sup>

Mit dem Wortlaut der Resolution stimmte die Konferenz dem politischen Umschwung im Deutschen Reich, wie er sich seit dem 30. Januar 1933 vollzogen hatte, ohne Einschränkung zu. Eine Alternative erschien angesichts der herrschenden politischen Umstände nicht mehr realistisch. Die "Nationale Erhebung" hatte sich nicht revolutionär, sondern auf legale Weise vollzogen und faßte nun auf der Basis eines pervertierten Egalitätsprinzips angeblich "die besten Kräfte deutschen Volkstums" zusammen. Die Verfasser der Resolution erkannten sich im konservativen Charakter des "nationalen Umbruch(s)" wieder und begrüßten die politische Symbiose, die die ewigen Werte "des christlichen und deutschen Gedankens" wieder miteinander verbinden und die vorrevolutionäre Tradition der Einheit von Thron und Altar beleben sollte. Daß damit das Ende der ersten Demokratie in Deutschland zur politischen Tatsache wurde, dazu nahm die Erklärung des Cloppenburgers Realgymnasiums nicht Stellung und wandte den Blick nach vorne, ohne die demokratische Vergangenheit auch nur mit einem Wort zu würdigen. Die Cloppenburgers Resolution erkannte in der politischen Geschichte der Weimarer Republik in erster Linie ein Reich der "zersetzenden Kräfte des Marxismus und des Atheismus", das sich dem katholi

---

<sup>727</sup> Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokoll vom 24.4.1933; MT vom 28.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 164; SIEVERDING, Geschichte, S. 106.

<sup>728</sup> Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokoll vom 24.4.1933.

schen Moralisten traditionell als "Schmutz und Kitsch in Kunst, Literatur und Musik" darstellte. Der Kampf gegen diese Auswüchse moderner Zivilisation konnte den Katholizismus mit dem Nationalsozialismus politisch verbinden. Unter Wahrung des christlichen Standpunktes spaltete die Entschließung, die diplomatisch ausgewogen argumentierte, den nationalen Anteil aus der nationalsozialistischen Bewegung ab, verknüpfte ihn mit katholischem Berufsethos und verkürzte so ihre revolutionäre Dynamik auf die Täuschung der "legalen Revolution". In dieser Form war sie offensichtlich akzeptabel.

Die Cloppenburgener Lehrerkonferenz, deren Mitglieder sich als "deutsche und katholische Erzieher" verstanden, befand sich am 24. April 1933 bei der Beratung der Resolution in einem Zielkonflikt, der im Frühjahr 1933 noch nicht offen ausgetragen wurde und im historischen Kompromiß gezähmt werden sollte. Was sich in der politischen Wirklichkeit allenthalben als Gleichschaltung vollzog, etikettierte die Entschließung untertreibend als "Reichsreform", als ginge es nicht um mehr als um die Revision der Weimarer Verfassung. Die Cloppenburgener Philologen versuchten, unter Bezeugung nationaler Loyalität dem neuen Staat gegenüber an überlieferten christlichen Grundprinzipien festzuhalten, und exerzierten einen politischen Spagat, an dem der deutsche Katholizismus im Jahre 1933 zerbrach. Als das Cloppenburgener Realgymnasium seine regimerefreundliche Resolution verabschiedete, hatte Südoldenburg schon seine eigenen Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Regierung Röver gemacht, die es auf eine Entkonfessionalisierung des katholischen Milieus abgesehen hatte.

Das Cloppenburgener Realgymnasium setzte die Politik gezielter Anpassung offensichtlich fort. Nach Auskunft von Zeitzeugen trat das Lehrerkollegium der Schule mit Ausnahme von einem oder zwei Kollegen 1933 geschlossen in die NSDAP ein.<sup>729</sup> Durch diesen Schritt versuchten die Philologen, die Gleichschaltung der Schule zu verhindern und den Direktor Dr. Klaus Thomé in

---

<sup>729</sup> Die Zeitzeugen Maria Kruse und Bernd Thonemann veröffentlichten ihre Aussagen am 10.10. bzw. am 13.10.1998 in der Cloppenburgener MT. Mit ihren Leserbriefen reagierten sie auf einen Bericht von Karl Sieverding über die Reaktion des Cloppenburgener Realgymnasiums auf den politischen Machtwechsel in Deutschland. (SIEVERDING, Karl: "Dem Dienste der Politik unterzuordnen", IN: MT vom 2./3.10.1998). Nach Auskunft von Maria Kruse trat Oberzeichenlehrer Funke als einziges Mitglied des Kollegiums nicht der NSDAP bei. Bernd Thonemann stellt fest, daß auch Oberstudienrat Friedrich Diebels den Eintritt in die Partei verweigerte; Diebels starb im Januar 1934.

Cloppenburg zu halten.<sup>730</sup> Nach Darstellung von Maria Kruse wurde "dieser Gedanke" stark gefördert vom damaligen Cloppenburger Dechanten August Hackmann: "Er setzte sich dafür ein, das Kollegium möge der Partei beitreten, was manchem Studienrat äußerst schwerfiel." Die entscheidende politische Weichenstellung sei durch die Unterzeichnung des Reichskonkordats vorgenommen worden. Damit sei die Gefahr der "Exkommunikation für Parteimitglieder" entfallen. Das "Konzept der behutsamen Kooperation" war nach ihrer Meinung zum Scheitern verurteilt und konnte die Gleichschaltung des Gymnasiums nicht aufhalten.<sup>731</sup>

Eine nachträgliche Bestätigung fand die Haltung der Lehrerkollegien in Vechta und Cloppenburg durch die Gleichschaltung des oldenburgischen Philologenvereins und des Cartell-Verbandes der farbentragenden katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV), deren Philisterzirkel viele Philologen in Süldenburg angehörten.<sup>732</sup> Anfang Mai 1933 sprach der Oldenburger CV Volkskanzler Adolf Hitler in der Hoffnung das Vertrauen aus, "daß er das deutsche Volk besseren Zeiten entgegenführen wird".<sup>733</sup> Der Oldenburger Philologenverband forderte am 26. Mai 1933 den Rücktritt des amtierenden Vorstandes im Deutschen Philologenverband und schloß sich dem NSLB an:

"Die Vertreterversammlung des Oldenburgischen Philologenverbandes fordert [...] sofortigen Rücktritt des Vorstandes des Deutschen Philologenverbandes, damit der Berufsstand und die höhere Schule nicht Schaden leidet. Sie fordert ferner sofortigen Anschluß an den NS-Lehrerbund."<sup>734</sup>

Innerhalb des NSLB konnte der Philologenverband, dessen Mitglieder sich gegen eine nach 1933 besonders von der Volksschullehrerschaft betriebene Egalisierung des Erzieherberufes wandten, bis 1936 selbständig weiterbestehen. Diese Tatsache ist in erster Linie auf das tradierte elitäre Standesbewußtsein der Philologen zurückzuführen.<sup>735</sup>

---

<sup>730</sup> Dieser Haltung entsprach auch die Empfehlung Thomés, für die Lehrerbibliothek die "Hauptwerke der nat.-soz. Literatur" anzuschaffen. (Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokoll vom 15.8.1933; GELHAUS, Bibliothek, S. 90ff.)

<sup>731</sup> MT vom 10.10.1998. In diesem Sinne ist nach Ansicht von Maria Kruse auch die einstimmige Resolution des Lehrerkollegiums vom 24. April 1933 als "sehr schlimm" anzusehen.

<sup>732</sup> MT vom 17.5.1933; MT vom 9.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 201.

<sup>733</sup> MT vom 9.5.1933; MÜNZEBOCK, Amtshauptmann, S. 30.

<sup>734</sup> MT vom 27.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 211.

<sup>735</sup> FEITEN, Lehrerbund, S. 65f.

Durch den politischen Machtwechsel im Deutschen Reich erfuhr das Schlageterdenkmal, das 1924 auf dem Lohner Kreuzberg errichtet worden war, eine unerwartete politische Aufwertung.<sup>736</sup> An der Schlageter-Gedenkfeier des Stahlhelm am 28. Mai 1933 auf dem Lohner Kreuzberg nahmen nach den Berichten der Cloppenburg MT und Vechtaer OV etwa 5 000 Männer teil. Darunter befanden sich über 3 700 Stahlhelmer und rund 1 500 SA-Leute und Angehörige der Hitler-Jugend sowie des Jungvolks.<sup>737</sup> Auf dieser Kundgebung erklärte der Cloppenburg Studienrat Dr. Ottenjann für den katholischen Cartellverband:

"Deutsche Frauen! Deutsche Männer! Der Cartellverband der farbentragenden katholischen deutschen Studentenverbindungen, der Oldenburger C.V. insbesondere, dankt dem Stahlhelm, dem Bund der Frontsoldaten, herzlichst für die liebenswürdige Einladung zum heutigen Tage. Wie einst, als dieses Denkmal geweiht wurde, sind wir auch heute freudig und gern erschienen, um an dieser Feier teilzunehmen. Gilt es doch einen Mann zu ehren, der aus unseren Reihen hervorging, einen Mann, der in Farben seiner geliebten Verbindung das Bekenntnis zu den Prinzipien unseres Verbandes offen zur Schau trug, unsren lieben Albert Leo Schlageter."

Schlageter habe sein Vaterland, so Dr. Ottenjann, "nicht schlechthin" geliebt, sondern "mit einer Leidenschaft ohnegleichen, mit einer Hingabe, die nur selbstlose und restlose Hingabe an das Vaterland kannte." Deshalb sei er für die Korporation zum Vorbild geworden: "Wie sein Deutschtum ergreift unser Herz seine vorbildliche Treue, die Treue, die er hielt seinem Volke und Vaterland bis in den Tod [...]"<sup>738</sup>

Mit solchen Erklärungen waren auch die katholischen Philologen Südoldenburgs im Frühjahr 1933 im "Dritten Reich" angekommen und vollzogen eine politische Wende, die für die Erziehung im allgemeinbildenden höheren Schulwesen von großer Bedeutung war. Auf der ersten Kreistagung des NSLB am 10. November 1933 im "schön geschmückten Saale" des Cloppenburg Central-Hotels - unmittelbar vor der Volksabstimmung und der Reichstagswahl am 12. November 1933 - traten neben Volksschullehrer Aloys Nienaber auch Studienrat Hermann Bitter und Oberstudiendirektor Thomé vom staatlichen

---

<sup>736</sup> MEYER, Melanie: Das Schlageterdenkmal auf dem Kreuzberg: "Steine des Anstoßes", IN: HBL 2/1993, S. 18f.

<sup>737</sup> OV vom 29.5.1933; MT vom 29.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 214. Wegen der gleichzeitigen Feierlichkeiten in Oldenburg zur Ernennung von Reichsstatthalter Röver war aus der Landeshauptstadt nur die Südoldenburger Abteilung der NSDAP in Lohne erschienen.

<sup>738</sup> OV vom 29.5.1933; MT vom 29.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 214.

Realgymnasium als Redner auf. Hermann Bitter beschwor die "Wende der Zeiten", die Deutschland "eine nationale Wiedergeburt" geschenkt habe:

"Wir glauben an den Retter, wir schaffen in der Bewegung, denn nach Hitler das Chaos. Als Jugenderzieher wollen wir Wegweiser sein, nicht um uns, um die Jugend, damit sie nicht zum Sklaven- und Helotentum hinabsinkt."

Hermann Bitter bezog sich in seinem Vortrag auf Oswald Spenglers epochales geschichtsphilosophisches Werk "Untergang des Abendlandes", dessen erster Band 1918 erschienen war. Die Arbeit Spenglers wurde zum Standardwerk konservativer Kulturskepsis. In dieser Rezeption wurde die Dekadenz der Moderne, die der Erste Weltkrieg nicht hatte aufhalten können, mit dem politischen Verfall der Weimarer Republik in Verbindung gebracht.<sup>739</sup> Bitter erhob Oswald Spengler auf der Kreistagung des NSLB zum Propheten des Nationalsozialismus und führte dazu in typischer Weise aus:

"Er [= Spengler] berichtet von dem Zerfall der Kultur, der Moral, der Revolution 1918, seiner Stellung zu ihr und der Wende der Zeiten. Jetzt stehen wir an einer Zeitenwende. Staatsmänner machen Geschichte. Sie greifen ins Rädergetriebe der Zeiten. [...] Zwei Ideen standen sich gegenüber: Nationalsozialismus und Sozialismus. [...] Wohin führte die Lösung Nationalismus=Sozialismus? Pazifismus sind die bisherigen Früchte. Durch unseren Führer Adolf Hitler wurden beide Ideen zum Nationalsozialismus vereinigt. Wie eine Lawine erfaßte derselbe das deutsche Volk."<sup>740</sup>

Das politische Bekenntnis zur "Nationalen Revolution" reichte aber nicht aus, um sich vor persönlichen Repressionen durch das NS-Regime zu schützen. Das stellte sich in Cloppenburg noch im Laufe des Schuljahres 1933/34 heraus. Von insgesamt 39 Abiturienten, die am 26. Februar 1934 die Reifeprüfung bestanden, erhielten nur zwölf die von einer Mitgliedschaft in den nationalen Verbänden abhängig gemachte Hochschulreife, die zum Universitätsstudium berechtigte. Diese spektakuläre Entscheidung diente dazu, den politischen Druck auf die Schülerschaft, das Lehrerkollegium und den Leiter der Schule zu verstärken.<sup>741</sup> Der Jahresbericht des Cloppenburg Realgymnasiums meldet für das

---

<sup>739</sup> Oswald Spengler vertrat die Vorstellung, daß der moderne Parlamentarismus "in vollem Verfall begriffen" und jeder Wahlkampf "ein mit dem Stimmzettel und allen Mitteln der Aufreizung durch Rede und Schrift geführter Bürgerkrieg" sei. Eine Partei sei "kein Rassegewächs, sondern eine Sammlung von Köpfen", der "Todfeind aller gewachsenen ständischen Gliederung". Deshalb sei der Begriff der Partei immer "mit dem unbedingt verneinenden, auflösenden, gesellschaftlich einebnenden der Gleichheit verbunden." Parteien seien "eine rein städtische Erscheinung". (SPENGLER, Untergang, S. 1079, 1121f.)

<sup>740</sup> MT vom 11.11.1933; GELHAUS, 1933, S. 417.

<sup>741</sup> REINHARDT, Chronik, S. 51.



Ende des Schuljahres 1933/34 den Verlust von drei Lehrern durch behördliche Versetzungen. Durch ministerielle Verfügung wurde der katholische Leiter der Schule, Dr. Thomé, an die neue Oberrealschule in Nordenham, der ehemalige Landtagsabgeordnete, der geistliche Oberstudienrat Heinrich Wempe, an die Oberschule in Vechta und Studienrat Schneider an das Reformrealgymnasium in Rüstringen versetzt. Die Nachfolge von Dr. Thomé trat in Cloppenburg der gebürtige Badener Dr. Karl Stuckenberg an, der als überzeugter Nationalsozialist galt.<sup>742</sup>

Die NS-Regierung in Oldenburg entzog einer möglichen Opposition der katholischen Lehrerkollegien von Volksschulen und höheren Schulen die soziale Basis, indem sie durch personelle Umbesetzungen in den Schulleitungen und Lehrerkollegien, die in der Regel politische Maßnahmen waren, konfessionelle Vermischungen der Lehrerkollegien herbeiführte und vor allem durch administrative Eingriffe in die konfessionelle Schulverwaltung des Landes die institutionellen Fundamente des katholischen Milieus in Südoldenburg angriff. Das Ziel bestand darin, die politischen und sozialen Träger des relativ geschlossenen katholischen Milieus zu schwächen, ein Klima der Verunsicherung, der Angst und des persönlichen Mißtrauens zu erzeugen, um die politische Anpassung zu fördern und einer aufkommenden Opposition vorzubeugen.

Die in der Resolution des Cloppenburger Realgymnasiums artikulierte Polarität zwischen nationaler Gefolgschaft und christlicher Grundüberzeugung bestimmte den politischen Konflikt, der auf das einmütige Treuebekenntnis folgte und sich an organisatorischen wie inhaltlichen Fragen des Schulalltags im "Dritten Reich" entzündete. Die Politisierung der Schule wurde durch administrative Anordnungen und Verfügungen fortgesetzt.<sup>743</sup> Die Allgemeine Konferenz am Cloppenburger Realgymnasium beschäftigte sich ein Jahr später, am 19. April 1934, mit der Frage des Schulgottesdienstes, der zu einem Streitpunkt

---

<sup>742</sup> Realgymnasium, Jahresbericht 1933/34, S. 36.

<sup>743</sup> Mit Wirkung zum 1. Juli 1933 wurden sämtliche Schülervereine aufgelöst, durften neue nicht mehr genehmigt und gegründet werden. Die Schüler wurden angehalten, sich in den "nationalen Verbänden", SA, SS, HJ, Stahlhelm und VDA, zu organisieren. Das Realgymnasium in Cloppenburg holte daraufhin die Genehmigung für die bestehenden Schülervereine "Balder" (Verein für Literatur und Kunst), Orchester und Blaskapelle "Blech" ein. Auf der Allgemeinen Konferenz vom 19. September 1933 gab Direktor Thomé "die Zahl der Schüler bekannt, die den Wehrverbänden angehören". Danach waren insgesamt 325 Schüler organisiert, davon allein 190 in der HJ und 117 im VDA. Thomé warb auf dieser Konferenz besonders für die Mitgliedschaft im VDA. (Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokolle vom 20.6.1933, 15.8.1933 und 19.9.1933)

zwischen Kirche und Staat geworden war. Das Konferenzprotokoll markiert die Trennungslinien, die die Einstellung des Katholizismus in Südoldenburg zum "Dritten Reich" bestimmten, und die Grenzen seiner Kompromißbereitschaft:

"Die Anfrage des Ministeriums vom 12. Apr. 34 betr. Schulgottesdienst ergibt nach kurzer Aussprache, daß St-R Dr. Kleene als Religionslehrer und Turn- und Sportlehrer Samerski als Führer der H. J. sich bezüglich des sonntäglichen Gottesdienstes verständigt u. geeinigt haben. Der Gottesdienst bleibt wie bisher. Sollte zur Zeit des sonntäglichen Gottesdienstes die H. J. die Schüler benötigen, so wird die H. J. von sich aus dafür sorgen, daß die kath. Schüler dem Pflichtgottesdienst zugeführt werden. An Sonntagen, an denen die Schüler kommunizieren, wird die H. J. die Schüler nicht in Anspruch nehmen. Der werktägige Gottesdienst bleibt ebenfalls wie bisher, da Beeinträchtigungen nicht festgestellt wurden. Der Pflichtbesuch gilt im Sinne von größter Milde u. Weitherzigkeit. Dr. Kleene bemerkt noch, daß eine ganze oder teilweise Aufhebung des Pflichtbesuches z. Gottesdienst in diesem Augenblick bei der Bevölkerung auf die Leitung fallen würde, was den Tatsachen nicht entspräche. Der Direktor meint, daß die jetzige Regelung ideal sei."<sup>744</sup>

Der pragmatische Kompromiß, der keine Verlierer und keine Sieger kannte, wurde zum bevorzugten dritten Weg zwischen politischer Anpassung und gewandtem Mitläufertum auf der einen und katholischer Opposition auf der anderen Seite. Dieser dritte Weg war der Weg des Unpolitischen, des politisch Unentschiedenen und nicht selten der Weg des geringsten Widerstandes. Die Einsicht in die wahre politische Lage würde den Frieden untergraben haben, den man heimlich mit sich und der gegenwärtigen politischen Situation schließen wollte. Zur Opposition reichte die moralische Kraft nicht aus.

---

<sup>744</sup> Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokoll vom 19.4.1934. Die Bekanntmachung des Ministers der Kirchen und Schulen vom 11. Dezember 1933 enthielt Richtlinien für das Verhältnis von Schule und Hitlerjugend, die aber nicht in jedem Falle eindeutig waren. Danach sollten "die Knaben, die den Kindergottesdienst besuchen wollen, hieran nicht gehindert werden". (Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 234, 13.12.1933, S. 988f.; MT vom 14.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 443) Turn- und Sportlehrer Kurt Samerski vom Cloppenburg-Realgymnasium, der Vorsitzende des Turnverbandes Südoldenburg, war seit 1933 in der nationalsozialistischen Jugendbewegung aktiv. Seit dem 1. Juni 1933 leitete er den HJ-Unterbann Cloppenburg-Vechta, der am 1. Juli 1933 in den HJ-Bann Südoldenburg umgewandelt wurde. Vom 27. November 1933 bis zum 6. Dezember 1934 nahm er das Amt des Führers des HJ-Bannes 225 Südoldenburg wahr, im Februar 1934 war er Führer des HJ-Unterbannes Friesoythe und vom 1. Februar 1934 bis zum 29. November 1934 Führer des HJ-Unterbannes III/225 Cloppenburg. (NSDAP, 3. Kreistag, S. 37; RADEMACHER, Weser-Ems, S. 347)

#### **4.6. Schule zwischen Religion und Politik: das Knabenkonvikt der Dominikaner in Füchtel bei Vechta**

Die "Chronik des St. Josephs-Convictes der Dominikaner" in Vechta dokumentiert aufschlußreich die Haltung einer höheren Schule in der "Nationalen Erhebung" des Jahres 1933. Die Jungen der Ordens- und Missionsschule in Füchtel waren traditionell in der katholischen Georgs-Pfadfinderschaft organisiert und wurden am 7. Juli 1933 geschlossen in die Hitlerjugend überführt. Heinrich Hoymann vermutet als Motiv für den raschen Übertritt in die HJ in erster Linie die "Sorge um die Zukunft der Schule" und berichtet, "daß die Diskussion um Kolonialpfadfinder und HJ offen und mit gründlichen Abwägungen vor sich ging" und es sich nicht um die alleinige Entscheidung des Präfekten Pater Aurelius Arkenau handelte.<sup>745</sup> Daß politische Sympathien für den Nationalsozialismus und weltanschauliche Korrespondenzen die Entscheidung erheblich beeinflussten, geht aus den Erklärungen und Bekundungen der Verantwortlichen in der Ordens- und Konviktsleitung im Jahre 1933 hervor.

Unter der Parole von der "Politisierung der Schule" war nach programmatischen Ausführungen von Reichsinnenminister Frick vor den für Schule und Unterricht zuständigen Ministern der deutschen Länder Anfang Mai 1933 keine Reform "in einem parteipartikularistischen Sinne" zu verstehen, sondern eine "deutsche Nationalerziehung", die "im Dienste des Volksganzen" stehen sollte. Die deutsche Schule habe, so Frick, den "politischen Menschen zu bilden, der in allem Denken und Handeln dienend und opfernd in seinem Volke wurzelt und der Geschichte und dem Schicksal seines Staates zu innerst verbunden ist". Die "liberalistische Bildungsvorstellung" habe wesentlich "zu der Zerstörung des nationalen Lebens in Volk und Staat beigetragen", weil sie "in ihrer hemmungslosen Anwendung in der Nachkriegszeit" bisher nicht "den volksverwurzelten deutschen Menschen geformt, sondern der Bildung der freien Einzelpersonlichkeit gedient" habe. Die notwendigen Veränderungen in der Schul- und Bildungspolitik seien Teil der "Nationalen Revolution" und schlossen alle Strömungen aus, "die die nationale politische Erziehungsaufgabe der Schule gefährden" könnten. Sie dienten der Überwindung der "individualistischen Bildungsvorstellung" und der geistigen wie der körperlichen Erziehung zur Wehrhaftigkeit, die schließlich den Wehrdienst als "die höchste vaterländische Pflicht und Ehre" ansehe. Grundlage der nationalen Erziehung sei die Rassen

---

<sup>745</sup> HOYMANN, Heinrich: "In dieser Stunde löse ich die Gefolgschaft 4 auf." Der Kreuzkampf und die in der Hitlerjugend organisierten Schüler der Ordenschule Füchtel, IN: OV vom 15.11.1986.

kunde, die in einem "lebenskundlichen, biologischen Unterricht" vermittelt werden müsse, um "die schädlichen Folgen der Rassenverschlechterung" und der "Ueberfremdung deutschen Blutes mit fremdrassigem, vor allem jüdischem Blut zu verhindern".<sup>746</sup> Darin bestand nach Darstellung des Reichsinnenministers die Aufgabe der Politisierung der Schule, die sich in Füchtel unter den besonderen Bedingungen eines Ordenskollegs der Dominikaner vollzog.

#### **4.6.1. Provinzial Laurentius Siemer in Füchtel**

Der Dominikanerpater Laurentius Siemer hatte großen Einfluß auf die politische Kultur Süldoldenburgs nach dem Ersten Weltkrieg und war in den 1920er Jahren und in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland ein beliebter Redner, der in Vorträgen und Aufsätzen zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Fragen aus christlicher Sicht Stellung nahm.

Joseph Siemer, der spätere Dominikanerpater Laurentius Siemer, wurde am 8. März 1888 als Sohn eines Kanalbaumeisters in Elisabethfehn (Amt Friesoythe) geboren und wuchs mit neun Geschwistern auf. Er besuchte von 1903 bis 1908 das Gymnasium Antonianum in Vechta. Nach der Reifeprüfung trat er in Venlo in den Dominikanerorden ein und erhielt den Ordensnamen "Laurentius Maria Siemer O. P.". Von 1909 bis 1916 studierte er Philosophie und Theologie an der Hochschule des Ordens in Düsseldorf und wurde am 4. August 1914 in Düsseldorf zum Priester geweiht. Nach Abschluß seiner theologischen Ausbildung wurde Laurentius Siemer 1916 zum Marinepfarrer des Zeppelinflughafens in Ahlhorn bestellt und unterrichtete gleichzeitig an der Schule seines Ordens in Füchtel bei Vechta. Nach dem Kriegsende nahm er das Studium in den Fächern Philosophie, Germanistik und Geschichte in Münster auf und legte dort 1920 das erste Staatsexamen ab. Am 10. März 1921 wurde Laurentius Siemer zum Rektor der Ordensschule "Kolleg St. Joseph" in Füchtel berufen, die unter seiner Leitung ausgebaut wurde und 1927 die staatliche Berechtigung zur Abnahme der Reifeprüfung erhielt. An der Entstehung des Klosters in Schwichteler (1919) und dem Bau der Klosterkirche, die 1929 von Pater Titus Horten geweiht wurde, hatte er maßgeblichen Anteil. Am 13. September 1932 wurde er zum Provinzial der "Teutonia", der deutschen Ordensprovinz der Dominikaner, gewählt. Laurentius Siemer entwickelte in seiner Amtszeit unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft im Orden ein reges geistliches und geistiges Leben. Am 9. April 1935 wurde er im Zuge der sog. "Devisenprozesse", die von den Nationalsozialisten gegen Missionsorden angestrengt wurden, in seinem Dienstsitz in Köln verhaftet und in den Klingelpütz verbracht, wo er auf seinen Mitbruder Thomas Stuhlweißenburg traf, der am Tage zuvor eingeliefert worden war. Bald wurden sie nach Oldenburg überstellt. Nach langer Untersuchungshaft wurde Laurentius Siemer zusammen mit seinem Amtsvorgänger

---

<sup>746</sup> MT vom 10.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 193.

Thomas Stuhlweißburg und Pater Titus Horten in Oldenburg zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und einer Geldstrafe von 70 000 RM verurteilt. Die drei Dominikaner legten gegen das Urteil Berufung ein. Das Revisionsverfahren endete am 31. Januar 1936 mit einem Freispruch, den die Patres Stuhlweißburg und Horten nicht mehr erlebten. Thomas Stuhlweißburg, der der psychischen Belastung des Devisenprozesses nicht gewachsen war, beging am 3. Oktober 1935 im Untersuchungsgefängnis Selbstmord. Titus Horten starb am 25. Januar 1936 an den Folgen der Haft. Nach Auffassung der Oldenburger Gestapo erblickte die katholische Bevölkerung Süddoldenburgs im Freispruch des Ordensprovinzials von der Anklage der Devisenschiebung "eine Schlappe des Nationalsozialismus". Pater Laurentius Siemer sei "nach seiner Freisprechung mit einer unendlichen Zahl von Blumenspenden bedacht worden".<sup>747</sup> Die Verfolgung des in Süddoldenburg sehr beliebten Provinzials wurde nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wieder aufgenommen. Laurentius Siemer gehörte zum Widerstandskreis um Carl Friedrich Goerdeler und suchte vor der Gestapo im Dominikanerkloster in Schwichteler (Gemeinde Cappeln) Zuflucht. Nur mit knapper Not entging er seiner erneuten Verhaftung am 16. September 1944. Erste Aufnahme fand Laurentius Siemer auf dem Hof von August Kurre in Schwichteler, dann hielt er sich sieben Monate auf dem Hof Trumme in Handorf (Gemeinde Holdorf) versteckt.<sup>748</sup> Schon in den Jahren des Zweiten Weltkrieges setzte sich Siemer für die christlich-soziale Bewegung ein, die schließlich zur Gründung der CDU führte. Seit 1941 organisierte er auf Bitten führender Vertreter der christlichen Gewerkschaften in Köln Tagungen über die christliche Staats- und Gesellschaftsordnung, die als Orientierungshilfe für die Zeit nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reiches" dienen sollten. Zusammen mit seinem Confrater Eberhard Welty (1902 - 1965) gehörte Laurentius Siemer zu den geistigen Gründungsvätern der christlichen Parteien in Westdeutschland und war an der Ausarbeitung der christlich-sozialistischen Kölner Leitsätze vom Juni 1945 beteiligt, die das Ahlener Programm von 1947 vorbereiteten. Nach dem Ablauf seines Provinzialats kehrte Siemer 1946 nach Süddoldenburg zurück, wo er sich für den Ausbau der wiedereröffneten Ordensschule in Füchtel einsetzte. Über konfessionelle Grenzen hinweg engagierte sich Siemer in den neuen Medien, in Rundfunk und Fernsehen, für eine christliche Gesellschaft. Bei der Vorbereitung einer Fernsehsendung starb Pater Laurentius Siemer im Alter von 68 Jahren in Köln am 21. Oktober 1956.<sup>749</sup>

Ende Mai 1933 nahm der langjährige Provinzial der deutschen Dominikaner in einem Leitartikel in der Vechtaer OV Stellung zum Verhältnis von Katholizismus und Nationalsozialismus. In dem Artikel unter dem Titel "Katholisch denken" lehnte Pater Laurentius Siemer den deutschen Humanismus und die europäische Aufklärung aus Gründen der Einseitigkeit ebenso ab wie den Libera

---

<sup>747</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 61: Bericht der Gestapo vom 8.2.1936.

<sup>748</sup> WILLENBORG, Schwichteler, S. 99-101.

<sup>749</sup> HACHMÖLLER, Siemer, S. 219-221; ZUMHOLZ, Siemer, S. 53-70; FRIEDL, Handbuch, S. 673-675 (von Bernard Hachmöller); OV vom 24.10.1956: Pater Laurentius Siemer +; ECKERT, Dominikaner, S. 220-233; GELHAUS, Hubert: Pater Laurentius Siemer - ein Mann des Widerstandes, IN: MT vom 19.7.1994; WILLENBORG, Clemens: Ein Aufrechter in schwerer Zeit - Pater Laurentius Siemer, IN: HBL Jg. 79, Nr. 3/4, 12.8.2000, S. 25f.; ders., Pater kämpfte findig gegen Nazi-Unrecht, IN: MT vom 29.1.2000.

lismus Weimarer Prägung. Seitdem der Katholizismus aufgehört habe, "die einzige und große Religion unseres Vaterlandes zu sein", sei der Humanismus "große Mode" geworden:

"Man glaubte, den Menschen wieder entdeckt zu haben; man sah im Menschen griechischen und römischen Altertums. [...] Diese Auffassung hat bis in unsere Zeit hinein sehr viele Vertreter gehabt; die Romantik räumte nur zum Teil damit auf. [...]

Die Zeit der **Aufklärung** brachte neue Schwierigkeiten. Wer gebildet sein wollte, mußte Freimaurer sein oder Illuminat. Die Norm aller Dinge war die erleuchtete menschliche Vernunft. Was nicht in den Rahmen der menschlichen Vernunft oder der menschlichen Erfahrung sich einspannen ließ, war einfach nicht da. Selbstverständlich trat die Kirche dieser Anschauung entgegen; denn das Glaubensleben war mit solchen Grundsätzen unvereinbar."<sup>750</sup>

Besonders der ökonomische Liberalismus entspreche nicht der katholischen Gesinnung und sei deshalb vom Katholiken stets mit Skepsis aufgenommen worden, mit der Folge:

"Der Kapitalismus feierte Triumphe. Nur der Katholik blieb bei dieser Entwicklung verhältnismäßig stark zurück."

Bei Katholiken hätte sich im Verhältnis zu Protestanten und Juden bald das Gefühl sozialer und kultureller "Minderwertigkeit" eingestellt, dabei gehe es dem Katholiken in erster Linie um ideelle und nicht um materielle Werte:

"Der Katholik könne nun einmal nicht liberal sein; der Katholik könne das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht anerkennen. Höhere Ziele müßten tiefer liegende dem Katholiken als weniger begehrenswert erscheinen lassen. Aber man war so sehr vom Zeitgeist eingefangen, daß man auch hier die Tatsache zu leugnen anfing und die wirtschaftliche Stärke der Katholiken zu beweisen suchte. Man schämte sich einer Sache, deren man sich durchaus nicht zu schämen brauchte."

Die "höheren Ziele" habe nach 1918 selbst der Katholik aus den Augen verloren und sich vom oberflächlichen "Zeitgeist" beirren lassen. Nach dem Ersten Weltkrieg sei "etwas ganz Neues" gekommen. Das "Soziale" habe sich in den Vordergrund geschoben und vergessen lassen, "daß nicht Organisation, sondern Gesinnung ausschlaggebend ist, daß nicht die Auswirkung, sondern die Absicht den Menschen adelt". Viele "Sonderrichtungen" hätten sich im Katholizismus ausgebreitet, so auch der Pazifismus:

---

<sup>750</sup> OV vom 27.5.1933, auch zum folg.

"Manche katholische Pazifisten wurden fast irr an der Kirche, weil Katholiken größere Aufgaben kannten und den Friedensbestrebungen nur ein bedingtes Interesse entgegenbrachten. Es war eine völlige Verkennung des Wesentlichen, wenn ein katholischer Pazifist sich einem unreligiösen Kommunisten innerlich mehr verwandt fühlte als einem katholischen Nationalisten."

Das Gefühl der Inferiorität sei aber nicht gewichen: "Tauchte etwas auf, das gut war oder gut zu sein schien, mußten die Katholiken immer vorangehen." So sei es immer gewesen. Erst in der Gegenwart des Jahres 1933, die "geradezu radikal unfähig zu Kompromissen" sein müsse, habe die "Überschätzung des Humanismus" aufgehört, stelle der gotische Dom wieder "das Wahrzeichen germanischer Religiosität" dar:

"Heute stellt man vor allem nicht den Menschen in den Mittelpunkt des Geschehens, sondern das Göttliche. Was früher minderwertig war, ist jetzt Trumpf. [...] Wir wollen Ganzheit."

In diesem Zusammenhang lehnte Laurentius Siemer eine Religion auf der Basis von Nation und Rasse ab, weil sich Nation und Rasse nur auf Teilgebiete des politischen und sozialen Lebens erstreckten, aber nicht auf die Ganzheit in der religiösen Existenz des Menschen. Dabei habe stets der Grundsatz zu gelten, daß "das Niedere das Höhere" nicht stört, sondern sich "dem Dienste des Höheren" verpflichtet fühlt. Das betreffe auch Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens:

"Eine Volkswirtschaft, welche die Entwicklung der Rasse hemmt, das Volkstum vernichtet, Geisteskultur nicht fördert, religiöses Leben unmöglich macht, ist völlig abwegig. [...] Eine Rassekultur, die der Nation wertvolle Kräfte raubt, wahre Wissenschaft und echte Kunst einengt, Religion abhängig macht von der Rasse, ist Degeneration. Will sie die Rasse hüten vor Ueberfremdung, ihre Eigenart schützen, in einer der Rasse eigenen Form das Nationale, Geistige und Religiöse pflegen, so ist sie außerordentlich wertvoll. Jede nationale Bewegung muß dem Ziele dienen, das dem Staate von Gott gesetzt ist, dem Wohle der Gemeinschaft. Das Volkstum schützen, dem Volke Geistesgaben vermitteln, die Religion ihm geben und erhalten helfen: die Erfüllung jeder dieser drei Aufgaben ist eine nationale Tat, die desto höher zu bewerten ist, je höher der Gegenstand steht."

Laurentius Siemer lehnte den ideologischen Begriff der "Rasse", wie ihn der Nationalsozialismus verstand, nicht grundsätzlich ab, sondern relativierte ihn vor dem Hintergrund der alles umfassenden religiösen Existenz des Menschen. Der Provinzial der deutschen Dominikaner bemühte sich in der Vechtaer OV zu einem Zeitpunkt, als sich Katholizismus und Nationalsozialismus geflissentlich annäherten, um einen Kompromiß zwischen diesen weltanschaulichen

Lagern und öffnete damit der Interpretation großen Raum. Rasse, Nation, Volk und Volkstum waren Kernbegriffe seines politischen Vokabulars, das sich nur an der Religion brach: Eine "Rassereligion" lehnte Laurentius Siemer ab. Damit waren weltanschauliche Konflikte vorprogrammiert. Der Dominikanerprovinzial deutete sie nur an, weil er das Verhältnis zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus im Frühjahr 1933 nicht unnötig belasten wollte. Diese politische Linie behielt er zunächst bei. Beim Besuch von Staatsminister Julius Pauly in Vechta am 16. Oktober 1933 begrüßte Laurentius Siemer den hohen Staatsgast in der Füchteler Missionsschule mit Worten, die ebenfalls grundlegende Zustimmung signalisierten und sogar theologisch fundiert werden konnten:

"Nationalsozialistische und katholische Ideen trafen sich mehr, als man gewöhnlich annehme. Der bedeutendste Lehrer der katholischen Kirche, der Dominikaner Thomas von Aquin, betone die Pflicht der Vaterlandsliebe als eine sittliche Tugend. Der autoritäre Gedanke komme gerade in der Auffassung der kathol. Kirche stark zum Ausdruck. Im katholischen Ordensstande sei der Gemeinschaftsgedanke vielleicht mehr als irgendwo anders zu Hause. Darum wolle die Schule treu zum neuen Staate stehen, und mit der Schule die Lehrer und die Patres. Die Schule wolle die Jungen zu ganzen Katholiken und zu ganzen Deutschen erziehen; zu Deutschen, die nicht nur vom Blute, sondern auch von ihrer Religion her ihrem Vaterlande alles zu geben bereit seien. Aus dem Grunde sei auch die ganze Schule der Hitlerjugend beigetreten. Wohl wüßte man, daß die Erscheinungsform nie die Idee zu verwirklichen vermöchte, daß bei der menschlichen Unzulänglichkeit die Erscheinungsform oft hinter der Idee zurückbleibe. Aber nicht negative Kritik sei hier am Platze, sondern politische Mitarbeit."<sup>751</sup>

Die Dominikaner in Füchtel waren zur positiven Aufbauarbeit im "Dritten Reich" bereit und folgten in den ersten Jahren nach dem politischen Machtwechsel in Deutschland der Richtung, die ihr Ordensprovinzial vorgab. 1936 trennten sich die Wege.

#### **4.6.2. Die Politisierung des Schulalltags im Knabenkonvikt**

Zu Ehren des Staatsministers wehte am Heiligenhäuschen des Kollegs zum erstenmal die Hakenkreuzflagge. Der Besuch Paulys stellte den politischen Höhepunkt im Leben des Konvikts nach dem Übertritt der Pfadfinderschaft in die HJ dar. Wie aus der Schüler-Chronik hervorgeht, bestimmte die NS-Ideologie bis in den November des Jahres 1936 den Schulalltag in Füchtel. Das bestätigen auch die zahlreichen Eintragungen im Festkalender des Konvikts, die auf eine eindeutige Politisierung des Schulalltags schließen lassen. Wenige

---

<sup>751</sup> Schülerchronik, St. Joseph, o. S.: OV vom 17.10.1933.



Tage nach dem Pauly-Besuch veranstaltete die Gefolgschaft Füchtel einen "Heimabend", der dem "Auslandsdeutschtum" gewidmet war. Gefolgschaftsführer Niemöller beschloß die Veranstaltung mit dem "besonders wirkungsvollen Hinweis auf die notwendige aktive Mitarbeit der Ordensschüler an der Verwirklichung der Gedanken des VDA. als Kolonial=Hitlerjungen".<sup>752</sup> Politische Feierstunden wurden in Füchtel wie in anderen Schulen organisiert, "um das Leben u. Werk unseres Führers Adolf Hitler näher kennen zu lernen", und auf Heldengedenkfeiern wurden Erinnerungen an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges mit aufgetragenem nationalen und religiösen Pathos deklamiert:

"Und wir, die wir damals zu diesen Kindern gehörten, von denen Ihr schiedet, wir wollen diese Schuld des Dankes abtragen, sofern wir dazu imstande sind. Wir beten für Euch, wir opfern Euch unsere Kommunion auf. Das soll unser Dank sein für Euch, denn dadurch können wir Euch, wenn es Gott gefällt, erlösen."

Christlicher Glauben und deutsche Politik bildeten in Füchtel symbolisch wieder eine Einheit, die die erhebenden Feiern in der Schule mit dem religiösen Kultus eines Gottesdienstes umgaben. Auf dem Schulkalender standen politische Vorträge, Deutsche Jugendfeste, Sonnenwendfeiern und die "Woche des Deutschen Buches", die 1936 dem "Heimatlidder" Hermann Löns gewidmet war und sein Werk politisch umdeutete:

"Hermann Löns wußte auch, daß jeder, der sein Volk kennen lernt, es auch lernt zu lieben und dann unerschöpfliche und unbezwingliche Kräfte im Volke sich auslösen, die einen Weg bahnen zur kulturellen Größe und zum heldischen Bewußtsein eines Volkes. Und diese Werte kamen am natürlichsten und klarsten bei unseren bodenständigen Bauern zum Ausdruck. Ihre Kultur war eine lebendige Verbindung zur Scholle. Sie hat die tiefsten Wurzeln im Boden und in der Heimat. Hermann Löns' Werke sagen uns heute, daß er den Bauer geliebt hat in seiner urewigen Art, und wenn unsere Vorfahren diesen Boden, auf dem wir leben, mit eigenem Blut gedüngt haben, dann ist es unsere Pflicht, diesen heiligen Boden und diese unverfälschte deutsche Art gegen Feinde ringsum und artfremde Zersetzungen im Innern zu schützen. Der Nationalsozialismus ist aus diesen urewigen Werten heraus emporgestiegen und wir müssen dankbar sein, in dieser Zeit leben und schaffen zu können am Aufbau einer großen deutschen Kultur und Weltanschauung."

Nationale Feiertage in Füchtel, über die die örtliche OV in aller Ausführlichkeit berichtete, stellten bis 1936 die glanzlose politische Vergangenheit der Weima

---

<sup>752</sup> Chronik, St. Joseph, o. S.: OV vom 26.10.1933. Niemöller war von September 1933 bis zum 25. Oktober 1933 Führer der HJ-Gefolgschaft Füchtel (Ordenschule Füchtel) des HJ-Unterbanns 225/I Vechta, ab 1. Februar 1934 Führer der HJ-Gefolgschaft 4/1/225 Dominikaner-Konvent Füchtel. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 319f.)

rer Republik in den Schatten und setzten ihre außen- und friedenspolitischen Erfolge in den Augen der katholischen Öffentlichkeit herab.<sup>753</sup> Dabei wagten sich die Dominikaner weit auf den Boden der nationalsozialistischen Ideologie vor. Das außenpolitische Dilemma der Weimarer Republik wurde 1936 noch einmal deutlich, als die angebliche Schmach von Locarno mit dem triumphalen Einmarsch von Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland am 7. März 1936 verglichen wurde:

"Daher sind wir Kollegschüler stolz auf einen solchen Führer und das mit Recht. Ein Locarnovertrag war eine Unehre für uns. Aber am heutigen Tage ziehen mit klingendem Spiel die Reichswehrosoldaten wieder in den alten Garnisonstädten am Rhein ein. Wir jubeln ihnen zu!"<sup>754</sup>

Über das Selbstverständnis der "Kolonial=Hitlerjungen" an der Ordensschule Füchtel klärte ein Pressebericht in der Vechtaer OV im November 1933 die Leserschaft auf. In diesem Aufruf erstrahlte am politischen Horizont wieder die Symbiose der christlichen und nationalen Staatsidee, die im Nationalsozialismus in eindrucksvoller Weise zum Ausdruck zu kommen schien. Davon ging ein Sendungsauftrag aus, der in dem Begriff des "Kolonial=Hitlerjungen" Gestalt annahm und für die Füchteler Ordensschüler einen Status elitärer Erwählung darstellte. Die Kundgebung in der Vechtaer OV zeigte, zu welcher idealistischen Verstiegenheit die politische Anpassung in der beengten Welt einer katholischen Ordensschule führen konnte:

"Wir sind katholische Ordensschüler. Wir wollen einmal Dominikaner, Missionare des Christentums werden. Wir haben uns mit Leib und Seele Gott verschrieben. Doch gerade, weil wir katholisch sind, sind wir auch deutsch. Als katholische Priester werden wir uns ganz für Deutschland einsetzen. Ein Volk kann nur gedeihen, wenn es gottesfürchtig und sittenrein ist. Das deutsche Volk bedarf, um wieder zu gesunden, einer sittlichen Erneuerung, das weiß jeder. Wir sind Hitlerjungen, das heißt deutsche Jungen. Als zukünftigen Priestern liegt uns die seelische Not des deutschen Volkes klar vor Augen. Wer zweifelt daran, daß wir, die wir katholische, deutsche Jungen sind, uns jetzt und immer, mit Leib und Leben, mit allem, was wir haben, für das Wohl unserer deutschen Brüder und Schwestern aufopfern? Was wir für Deutschland tun, tun wir für Gott!"

Der christliche Missionsauftrag wurde mit Versatzformen nationalsozialistischer Rassenideologie verquickt und zu einem politischen Sendungsauftrag unfunktioniert. Das germanische Christentum erhielt seine Verwurzelung in

---

<sup>753</sup> Schülerchronik, St. Joseph, o. S.: Eintragung vom 5.11.1933 (Bericht der OV), 8.3.1936 und vom 27.10.1936 (Bericht der OV).

<sup>754</sup> Schülerchronik, St. Joseph, o. S.: Eintragung vom 7.3.1936.

der Blut- und Bodenideologie des Nationalsozialismus und verkam so zu einem ideologischen Torso, der sein ursprüngliches Wesen verbarg. Am nationalsozialistischen Treuebekenntnis der Fächteler "Kolonial=Hitlerjungen" war die geistige Fremdbestimmung der Schule im Zuge ihrer Politisierung deutlich zu erkennen:

"Wir sind auch Kolonial=Hitlerjungen. Viele von uns wollen einmal Missionare in fremden Ländern, bei fremden Völkern werden. Sie wollen nicht nur Pioniere für das Christentum werden, sondern auch Pioniere für deutsche Sitte und Kultur. Doch nur, wenn wir schon in jungen Jahren echte Deutsche sind, können wir einmal anderen Völkern echtes, deutsches Lebensgut mitteilen. [...] Religiosität ist blut- und bodenverbunden. Die Uebernatur baut auf die gesunde Natur. Darum kann der deutsche Missionar nur deutsch gefärbtes, in deutsche Art und Kultur gekleidetes Christentum ins Ausland bringen. Er kann als Pionier des Glaubens und der Rasse zugleich Brücken schlagen von Deutschland in die Welt."<sup>755</sup>

Als "Vorposten des Deutschtums" verstanden sich die "Kolonial=Hitlerjungen" in Fächtel, die "unser Vaterland, das wir jetzt lieben", auch in fremden Ländern nicht vergessen wollten.<sup>756</sup> In dem Junktim von "katholisch" und "deutsch" entfaltete der Aufruf eine Position, die im politischen Katholizismus vor 1933 konsensfähig gewesen war und die sich selbst Graf von Galen, der Bischof von Münster, zu eigen machte. Dieser Standpunkt brauchte im "Dritten Reich" nicht revidiert, sondern nur erinnert und bestätigt zu werden, um politische Zustimmung zu signalisieren. Daraus resultierte die fixe Idee einer religiösen Missions- und Erneuerungsbewegung, die in der Rechristianisierung der deutschen Gesellschaft einen politischen Ausweg erkennen und sich vom autoritären Staatsgebaren des NS-Regimes nicht beirren lassen wollte. In ausdrücklicher Übereinstimmung sah sich das Fächteler Konvikt in seinem politischen Denken mit den Bestimmungen des Reichskonkordats, soweit sie den doppelten Boden des deutschen Katholizismus im "Dritten Reich" herausstellten, nämlich "Glied des Volkes und der Kirche" zu sein. Das historische Schicksal des christlichen Abendlandes lag in den Händen des deutschen Volkes, denn "Deutschland steht stellvertretend da für die ganze Welt!" NS-Staat und katholische Kirche, Thron und Altar stimmten in ihrer historischen Mission und in ihrem politischen Willen wieder überein und bildeten eine neue gleich

---

<sup>755</sup> Chronik, St. Joseph, o. S.: Bericht der OV.

<sup>756</sup> ECKERT, Dominikaner, S. 230. Pater Eckert bezeichnet dieses Schriftstück als "das eigenartigste Dokument" in der Schulgeschichte. Es weist nach seinen Worten folgenden pseudologischen Gedankengang auf: "Weil wir katholisch sind, sind wir deutsch. Die Erneuerung des deutschen Volkes ist notwendig, wenn es wieder genesen soll. Diese Erneuerung geschieht jetzt durch den Nationalsozialismus."

geschaltete Einheit der beiden großen Gewalten, die - von Gott gegeben - in der modernen Geschichte so lange getrennt gewesen waren:

"Das lebendige Kirchenvolk ist auch immer tätiges Staatsvolk gewesen. So bedeutet ein jeder Gewinn der Kirche auch einen Gewinn nationalpolitischer Art. Am Staatsaufbau mitzuarbeiten, ist dem Christen eine aus innerstem Herzen geübte Gewissenspflicht."<sup>757</sup>

Die feierliche Erklärung der "Kolonial-Hitlerjungen", die wie ein politischer Schwur anmutete, exekutierte in vorbildhafter Weise die Mahnungen und Gebote des deutschen Episkopats, nicht in verneinender Haltung zum neuen Staat zu stehen und sich in der nationalen Erneuerungsarbeit für die politische Zukunft Deutschlands zu engagieren. Und sie gingen auch darüber hinaus.

#### **4.6.3. Präfekt Aurelius Arkenau: Bekenntnis zum "positiven Christentum"**

Seinen Höhepunkt erreichte der ideologische Anpassungsprozeß des Jahres 1933 im Füchteler Kolleg durch einen Leitartikel seines Präfekten, Pater Aurelius Arkenau, der am 23. Dezember 1933 - zwei Tage vor dem Weihnachtsfest - in der Vechtaer OV erschien. Arkenau hatte als neuer Präfekt der Ordensschule in Füchtel die Nachfolge von Pater Laurentius Siemer angetreten. Niemals zuvor war im katholischen Milieu Südoldenburgs, in dem das Kolleg allerdings eine gewisse Sonderstellung einnahm, die Übereinstimmung zwischen "Christentum und Nationalsozialismus" so programmatisch und konzeptionell geäußert und ausformuliert worden wie in dem umfassenden politischen Aufsatz Arkenaus. Der Präfekt wollte dem suchenden Menschen seiner Zeit auf seine Lebensfragen nach dem "Woher" und "Wohin" offensichtlich eine Antwort geben und verstrickte sich in den ausgebreiteten ideologischen Netzen der Zeit. Er suchte die Antwort in einer 'gesunden' Weltanschauung, "die der Religion nicht widersprechen" durfte und "für den Einfluß der übernatürlichen Wahrheiten" offenstand. Diese "übernatürlichen Wahrheiten" hatte der Nationalsozialismus nach Meinung Arkenaus wieder in die deutsche Geschichte hineingetragen, weil er "das Blut= und Boden=Verwachsene" und "das blutvoll Naturhafte" deutlich herausstellte. Dem Nationalsozialismus sei es zu danken, daß die Zeit des Liberalismus in Deutschland der Vergangenheit angehöre. Sie habe ausschließlich diesseitsbezogene natürliche Wahrheiten gelten lassen und

---

<sup>757</sup> Chronik, St. Joseph, o. S.: Bericht der OV.

den transzendentalen Bezug von Geschichte geleugnet. Im Liberalismus sei "der menschliche Verstand der einzige Gott, den die Welt über sich anerkennen wollte", gewesen. Arkenau charakterisierte die vergangene liberale Ära als ein empirisch-wissenschaftliches Zeitalter, das keine religiöse Transzendenz der menschlichen Erfahrungswelt geduldet und die Religion aus dem politischen und sozialen Leben verbannt habe:

"Durch die übertriebene, einseitige Ueberspannung der Vernunft wurden die Geister verwirrt und die natürlichen, gottgewollten Bindungen zerstört. Der Nationalsozialismus will im Gegensatz hierzu saft= und kraftvolles, von Herz und Gemüt durchpultes, im praktischen Leben fußendes Wissen fördern. Was nicht vom Blut und von Ueberlieferung getragen wird, entlarvt er als Betrug an echtem Geiste."<sup>758</sup>

Was die Stellung von christlicher Religion und Kirche anging, vertraute Arkenau ausdrücklich auf Artikel 24 des NSDAP-Programms von 1920, der bekanntlich "den Standpunkt eines positiven Christentums" vertrat. Der Fächteleer Präfekt nahm die ideologische Floskel vom "positiven Christentum" offensichtlich ernst und leitete aus ihr eine christliche Staatszielbestimmung ab. Er glaubte daran, daß die Spaltung der deutschen Christen in der politischen Revolution des Nationalsozialismus aufgehoben werden könnte:

"So kann in Deutschland die Religion im öffentlichen Leben mit festem Schritt aufmarschieren. Im liberalistischen Staate war sie nur geduldet. Die jetzige Regierung will die positiven Wahrheiten und Werte hineinfügen in den Staatenbau. So braucht sich der Christ, der zugleich deutsch sein will, nicht in seiner Brust spalten, sich in zwei Teile zerlegen. Mit gleicher Kraft darf er sein ein Bürger im deutschen Reiche und ein Bürger im Gottesreiche. Darum soll seine innere Haltung sich nicht gründen auf einem 'Entweder - oder', sondern auf einem 'Sowohl - als auch'. Bei gutem Willen brauchen wir die Begriffe Volk und Gott, Deutschland und Christus nicht als Widerspruch zu empfinden. Beide Begriffe sind lebendiges Gut des christlichen Bekenntnisses und der deutschen Haltung."

Der ausschlaggebende Grund seiner politischen Hoffnung auf ein gedeihliches Mit- und Nebeneinander von Christentum und Nationalsozialismus war auch für Arkenau das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933, das er als einen historischen Durchbruch wertete:

"Im Reichskonkordat haben sich Kirche und Staat die Hand gereicht zum festen Bunde. Beide wollen Seite an Seite durchs Leben gehen, wollen sich stützen und stärken in ihren wechselseitigen Belangen. Eine Gnadenzeit ist angebrochen für das deutsche Vaterland. Möge unser Volk nun seine Schicksalsstunde erkennen!"

---

<sup>758</sup> Chronik, St. Joseph, o. S.: OV vom 23.12.1933, auch zum folg.

Arkenau vertrat den positiven Standpunkt, daß es sich beim christlichen Glauben um eine Naturreligion handle, die zu Nation und Staat nicht im Widerspruch stehe, und betonte den religiösen Charakter der Staatsgewalt, die unmittelbar von Gott komme und nicht 'gemacht', sondern 'gewachsen' sei:

"Das Recht kommt von Gott und wird nur gefunden von den dazu Berufenen, nicht gemacht. So handelt nach ursprünglich germanischer Auffassung der gesetzmäßige Staatenlenker im Auftrage Gottes und in seiner Kraft. [...] So sehen wir, wie die nationalsozialistische Weltanschauung naturhaft echt und wahr, im besten Sinne blut- und bodenverwachsen ist. Als zweite Bedingung einer Weltanschauung stellen wir auf: sie darf nicht im Widerspruch stehen zur Uebernatur. [...] Die natürliche deutsche Weltanschauung darf der Gotteswahrheit nicht widersprechen. Wir könnten auch anders sagen: Die gesunde Menschenseele ist naturhaft christlich. Darum muß jede echte Weltanschauung offenstehen für das Gnadenslicht des christlichen Glaubens."

Mit der Dichotomie des Wachsens und Machens griff Arkenau eine ideologische Denkfigur wieder auf, die im politischen Irrationalismus des deutschen Konservatismus populär gewesen war und in der Weimarer Republik der anti-republikanischen Agitation gedient hatte. Um die politische Wende auch geistig zu befördern, wurden die ideologischen Elemente des politischen Konservatismus und der katholischen Staatsdoktrin aus ihren Zusammenhängen gelöst und zu einem neuen pseudoreligiösen Komplex verschmolzen, der den metaphysischen Legitimationsbedürfnissen des "Dritten Reiches" sehr gelegen kam. Katholisches Staatsdenken und NS-Ideologie trugen als ihren größten gemeinsamen Nenner die Idee des Opfers in sich, nach der im "Opfertrieb" die "Wurzeln der staatserhaltenden Kräfte" vermutet wurden. Arkenau zitierte in diesem Zusammenhang aus Hitlers "Mein Kampf" und stellte dazu fest:

"Es ist gut, daß die moderne Denkart wiederum den Opfertrieb stark in den Vordergrund rückt."

Die politische Fehlorientierung Arkenaus in den Jahren 1933 und 1934 führt Susanne Leschinski auf die national-konservative Grundhaltung des Dominikanerpaters zurück, die für nationalsozialistische Parolen anfällig gewesen sei. Sie stellten eine "national-christliche Erneuerung des Deutschen Reiches" in Aussicht und enthielten mit der Betonung des Blut- und Bodengedankens, der Bekämpfung von Liberalismus und Parlamentarismus sowie der Wiederherstellung von Sittlichkeit und Moral politische Identifikationspunkte, die der liberal-demokratische Staat der Weimarer Republik infolge der fortschreitenden Säkularisierung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht hatte anbieten können. Erst der offene Terror des nationalsozialistischen Regimes und seine

zumeist nachträgliche Scheinlegalisierung habe Arkenau zur politischen Umkehr bewegt. Daraus sei seine spätere Opposition gegen den Nationalsozialismus und sein Eintreten für Menschen, die politisch verfolgt wurden, erwachsen.<sup>759</sup>

Pater Aurelius Arkenau stammte wie sein Confrater Laurentius Siemer aus Süddoldenburg. Er wurde am 7. Januar 1900 in Essen als Sohn eines Landwirts geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und der Höheren Bürgerschule in Essen setzte Arkenau seine Schulausbildung am Gymnasium der Maristen in Meppen fort. Im Ersten Weltkrieg, auf dessen Ausbruch er mit patriotischen Gefühlen reagierte, meldete sich Arkenau nicht freiwillig zur Armee, sondern verwaltete für seine zum Kriegsdienst einberufenen Brüder den väterlichen Hof in Essen. Den politischen Systemwechsel nach dem Ersten Weltkrieg konnte er nicht mit- und nachvollziehen. Arkenau nahm seine schulische Ausbildung am Dominikanerkolleg in Füchtel wieder auf und bestand 1921 als Externer die Reifeprüfung am Gymnasium Antonianum in Vechta. Noch im gleichen Jahr trat er als Novize in Düsseldorf in den Orden der Dominikaner ein und studierte an der Hochschule des Ordens in Düsseldorf Theologie und Philosophie. 1925 legte er seine ewigen Gelübde ab und wurde 1928 in Köln zum Priester geweiht. 1932 wurde Arkenau als Nachfolger von Laurentius Siemer zum Präfekten der Ordensschule in Füchtel berufen. Diese Funktion übte er nur zwei Jahre aus. Im April 1934 verließ Arkenau Vechta wieder und übernahm ein Amt als Seelsorger in Berlin, wo er die politische Realität der NS-Herrschaft in Deutschland näher kennenlernte. Es gilt heute als wahrscheinlich, daß er sich daraufhin dem Widerstand anschloß und Kontakt zum Kreisauer Kreis aufnahm. Seit 1941 war Aurelius Arkenau Superior und Pfarrer in der Dominikanerniederlassung St. Albert in Leipzig-Wahren. Nach eigenen Erinnerungen trug er dazu bei, weit über 100 Menschen vor der Verfolgung zu bewahren und dadurch zu retten.<sup>760</sup> Nach dem Ende des "Dritten Reiches" trat Arkenau in Leipzig für einen kämpferischen Antifaschismus ein und setzte sich in der sowjetischen Besatzungszone für die Gründung der Christlich-Demokratischen Union (CDU) ein. Er machte sich den fundamentalen Standpunkt zu eigen: "Deutschland wird entweder christlich sein oder es wird überhaupt nicht sein." Nach langem Leiden starb Pater Aurelius Arkenau am 19. Oktober 1991 und wurde in Düsseldorf beigesetzt. Die wissenschaftliche Erforschung und die Würdigung des Lebens und des Wirkens des Dominikanerpaters Arkenau stehen noch am Anfang. Am 14. Juni 1998 entschied die Kommission zur Anerkennung der Gerechten in Jerusalem (Yad Vashem), Pater Aurelius Arkenau zu ehren und ihm den Titel "Gerechter unter den

---

<sup>759</sup> Dokumentation, Arkenau, S. 20f.: aus einem bisher unveröffentlichten Manuskript von Susanne Leschinski.

<sup>760</sup> ARKENAU, Arkenau, S. 171-173. In einem Brief vom 3.11.1977 gibt Arkenau die Gründe für seine Widerstandshaltung an: "Das Hauptmotiv für den Widerstand war nicht ein unmittelbar religiöses, sondern ein menschliches: Ich habe die Nazis gehaßt; etwas Wagemut und Abenteuerlust waren gewiß auch dabei. Ich bin über 20mal von der Gestapo verhört und einige Male auch geschlagen worden. Hinterher muß ich mich selber wundern, wie letzten Endes alles gut ausging ..."

Völkern" zu verleihen. In Leipzig-Wahren ist der Platz vor dem Rathaus nach ihm benannt.<sup>761</sup>

Die Biographie von Pater Aurelius Arkenau zeigt den Lebensweg einer politischen Identitätsfindung, die durch die unmittelbare Konfrontation mit der inhumanen Wirklichkeit des "Dritten Reiches" und seinem Terror ausgelöst wurde - in gewisser Weise der Weg einer Bekehrung. Unter den Verfolgten in Leipzig-Wahren fanden sich nach seinen Worten "Kommunisten, Polen, Juden, Deserteure, Arbeiterpriester", die bei dem Menschen Aurelius Arkenau Schutz fanden und ihre Würde zurückerhielten.

Die Vorgänge am Fächteler Ordenskolleg zeigen, wie weit die politische Anpassung des Katholizismus an den Nationalsozialismus auch in Südoldenburg gehen konnte. Das NS-Regime zog einen großen Vorteil aus dem Umstand, daß konservativ-nationale und religiös-fundamentale Grundhaltungen und Mentalitäten im deutschen Katholizismus schon vor 1933 kongruierten und zu Zwecken politischer Legitimation nach der "Machtergreifung" aktiviert werden konnten. So erschien vielen katholischen Zeitgenossen die "Nationale Revolution" als eine politische Bestätigung historischer Kontinuität und nicht als ihr Gegenteil, das sie eigentlich war. Der Dominikaner Willehad Paul Eckert, ein Chronist des Kollegs, versucht, die politische Wende in Fächtel durch den Lauf der Zeitgeschichte zu erklären. Nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten in Oldenburg im Juni 1932 sei man in Fächtel "auf eine scharfe Abrechnung mit den neuen Machthabern" für den Herbst des Jahres gefaßt gewesen. Als diese ausgeblieben sei, sei die antinationalsozialistische Stimmung aufgrund der Ereignisse im Reich Anfang des Jahres 1933 umgeschlagen. Eckert erklärt wörtlich dazu:

"Die Hoffnung kam auf, es ließe sich ein mindestens erträgliches Verhältnis zu den neuen Herren herstellen. Wie kam es zu diesem Stimmungsumschwung? Die drückende Wirtschaftskrise, die Sorge vor dem Vordringen des Kommunismus haben dabei eine große Rolle gespielt. Hinzu kam jedoch auch die starke Betonung des Deutscheins, verbunden mit dem Hang zum Konservativen. Die nationalen Hoffnungen, glaubte man, erfüllten sich im Dritten Reich."<sup>762</sup>

---

<sup>761</sup> Dokumentation, Arkenau, S. 10ff.: aus einem bisher unveröffentlichten Manuskript von Susanne Leschinski, S. 69ff., Zitat: S. 79; ARKENAU, Arkenau, S. 164-176; HAVERMANN, Arkenau, S. 177-181; STRICKMANN, Heinz: Zum Gedenken an Pater Aurelius Arkenau aus Essen. Gedenktafel in Leipzig enthüllt, IN: MT vom 22.2.1997.

<sup>762</sup> ECKERT, Dominikaner, S. 230. Eckert ergänzt: "Schon im Jahresbericht 1932/33 wird unter den Schulfestern für den 21. März die Feier der nationalen Erhebung erwähnt und für den 11. April eine Wagnerfeier. So etwas hat es bis dahin am St. Josephs-Kolleg niemals gegeben."



Eckert bestätigt in seinem Bericht einen Wandel im Schulleben, der in Füchtel schon sehr früh einsetzte.<sup>763</sup> Er bedauert den geschlossenen Übertritt der Schülerschaft in die HJ und spricht in diesem Zusammenhang von einem "Irrglauben", von dem auch der damalige Provinzial Laurentius Siemer "nicht gänzlich frei" gewesen sei.<sup>764</sup> Zu den tiefer liegenden Ursachen, die das politische und ideologische Verhältnis von Katholizismus und Nationalsozialismus bestimmten, dringt der Ordenschronist aufgrund seiner apologetischen Haltung und der katholischen Verengung seiner Perspektive nicht vor. Einen politischen Spannungsbogen vom Christentum zum Nationalsozialismus schlug hingegen die Vechtaer OV, als sie am Ende des Jahres 1933 in einer sichtlich bewegten Erlebnisschilderung über die "Christmesse in Füchtel" berichtete, die emphatisch an die zurückliegende politische Wende vom 30. Januar 1933 erinnerte:

"Und an der Krippe muß auch knien unser deutsches Volk, dem Gott im Jahre 1933 eine große Gnade schenkte, indem er uns bewahrte vor den Flammen, die aus dem bolschewistischen Osten drohten."<sup>765</sup>

Es war auch die Stunde der großen Emotionen und kalkulierten Affekte in Füchtel, die ihre politische Wirkung nicht verfehlten und erst 1936 einer ernüchternden Bestandsaufnahme Platz machten.

---

<sup>763</sup> ECKERT, Dominikaner, S. 230. Der Autor führt dazu aus: "Im Jahresbericht wird ausdrücklich erwähnt, daß die Schule unter Vormarsch des Bläserchesters geschlossen an dem Fackelzug teilnahm, der zur Feier der nationalen Erhebung stattfand. Ebenso beteiligte sie sich am Wehrsport der Vechtaer Jungmannen, und zwar am Sonntag, den 12. März, und Sonntag, den 2. April. Im folgenden Jahresbericht, erstmals erstattet von P. Placidus Wehbrink, wird für den 14. Mai 1933 ein Werbemarsch der HJ durch Vechta erwähnt und für den 28. Mai die Teilnahme an einer Schlageterfeier. In dem Bericht dieses und des folgenden Jahres werden die Hitlerjugendveranstaltungen der Schule eigens erwähnt."

<sup>764</sup> ECKERT, Dominikaner, S. 230. Dazu erklärt er: "Damals wurde unter dem Eindruck von heute nicht mehr mit letzter Sicherheit zu belegenden Argumenten und äußeren Einflüssen die gesamte Schülerschaft des St. Josephs-Kollegs in die Hitlerjugend überführt. Wie aus der Konventschronik hervorgeht, glaubte man sehr klug zu handeln, daß man die Schülerschaft in einer eigenen HJ-Gefolgschaft zusammenfaßte. Selbst P. Laurentius Siemer, der damalige Provinzial, war nicht gänzlich frei von diesem Irrglauben."

<sup>765</sup> Chronik, St. Joseph, o. S.: Bericht der OV.

#### 4.6.4. Auflösung des HJ-Banns in Füchtel

Der Rückzug aus der nationalsozialistischen 'Front', in die man sich 1933 allzu vorschnell und gutgläubig eingereiht hatte, vollzog sich auf dem Höhepunkt des "Kreuzkampfes" im Herbst 1936. Als Reaktion auf den bekannten "Kreuzerlaß" vom 4. November 1936 und die große Protestwelle in Südoldenburg meldet die Füchteler Schülerchronik am 20. November 1936:

"Das Oldenburger Ministerium hat den Erlaß herausgegeben, daß das Kreuz aus allen Schulen zu verschwinden hat. Daraufhin halten auch wir, wie die einzelnen Pfarrgemeinden, Sühneandachten zum Hl. Kreuz."<sup>766</sup>

Das Konvikt war für seinen weiteren Bestand auf den Zuspruch der südoldenburgischen Bevölkerung angewiesen, aus der sich seine katholischen Schüler mehrheitlich rekrutierten. Am Tag vor der Cloppenburgener Protestversammlung am 25. November 1936, auf der Gauleiter Röver den umstrittenen Erlaß zurücknahm, spitzten sich die Ereignisse in Füchtel dramatisch zu. In Form eines Dienstbefehls ordnete der Führer des HJ-Banns Südoldenburg, Heinrich Brockmann, an, daß die Gefolgschaft der Ordenschule Füchtel am Abend des 24. November 1936 "pünktlich zum Appell" anzutreten und "bei einem nochmaligen Nichterscheinen" mit dem Ausschluß zu rechnen habe.<sup>767</sup> Das war eine politische Provokation, der sich das Konvikt nicht beugen konnte. Die Leitung begründete die Entscheidung, die HJ vom Dienst fernzuhalten, in erster Linie mit der Rücksichtnahme auf die negative politische Stimmung in der Bevölkerung Südoldenburgs und machte keine grundsätzlichen politischen Bedenken geltend:

"In Anbetracht der großen Erregung, die sich der überwiegenden Mehrheit der Münsterländischen und der Eltern unserer Schule in Folge des Ministerialerlasses bezgl. der Entfernung der Kruzifixe und Lutherbilder aus den öffentlichen Schulen bemächtigt hat, ist es uns nicht möglich, die uns von den bezeichneten Eltern zur Erziehung anvertrauten Jungen zum H.J. und zum Jungvolkdienst zu schicken. Denn wir können auf keinen Fall unsere Elternrechte anders als in Verbundenheit und in Übereinstimmung mit der Bevölkerung des Münsterlandes und insbesondere mit den Eltern unserer Schule geltend machen. Da es aber unverkennbar ist, daß die Bevölkerung des Münsterlandes und ebenso die Elternschaft unserer Jungen es nicht verstehen würden, wenn wir unter den gegebenen Umständen anders handelten, ist es uns geboten, solange auf

---

<sup>766</sup> Schülerchronik, St. Joseph, o. S.: Eintragung vom 20.11.1936.

<sup>767</sup> Archiv des St. Thomas-Kollegs Füchtel: Schreiben von Bannführer Brockmann an Josef Diekmann, Führer der Gefolgschaft Füchtel/Vechta. Heinrich Brockmann war vom 13. Juni 1936 bis zum 31. Oktober 1938 Führer des HJ-Banns 225 Südoldenburg. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 191)

eine Teilnahme unserer Jungen am H.J.-Dienst zu verzichten, als der Erlaß, der nach Übereinstimmung aller Christen das heiligste Symbol des Gesamtchristentums trifft, in Kraft bleibt.

Daß nur dieser Beweggrund uns zu unserem Schritte treibt, beweist die Tatsache, daß die Schüler unseres Kollegs seit fast 4 Jahren geschlossen der H.J. angehören und bemüht waren, sich an Eifer, rücksichtslosem Einsatz, tadelloser Führung, sportlicher Ertüchtigung von keiner Schule übertreffen zu lassen. Heil Hitler!"<sup>768</sup>

Die Leitung der Ordens- und Missionsschule stand zur HJ-Tradition im eigenen Konvikt. Sie setzte die Aktivitäten der Schul-HJ lediglich unter dem Druck der politischen Ereignisse so lange aus, wie der umstrittene Kreuzerlaß in Kraft war, und hob die NS-Organisation an der Schule nicht auf. Die HJ-Füchtel erschien am 24. November 1936 nicht zum angesetzten Appell:

"Auf Befehl der Bannführer hatte Gefolgschaft 4.I.225 abends 8 Uhr anzutreten. Bei dieser Gelegenheit wollte der Gebietsführer einen Appell abhalten und zu seinen Leuten reden. Wir gingen nicht hin. Nur der Gefolgschaftsführer mit einigen Jungen, um sein Amt niederzulegen."<sup>769</sup>

Aufgelöst wurde die HJ der Füchteler Ordensschule von oben durch Gebietsführer Lühr Hogrefe, der das Verhalten der HJ-Führung als "Meuterei" bezeichnete und erklärte:

"Leute, die nicht für den Staat arbeiten, sind Gottlose und Gottesverächter. - Ich freue mich, daß die Vechtaer Kameraden so etwas nicht mitmachen und sich nicht von Heuchlern, denen das Gehirn verkleistert ist, aufwiegeln lassen. - In dieser Stunde löse ich die Gefolgschaft 4 auf."<sup>770</sup>

---

<sup>768</sup> ARCHIV des St. Thomas-Kollegs Füchtel. Unterzeichnet ist das Schreiben vom 24.11.1936 von P. Dr. Wehbrink, Studiendirektor, und Dr. P. Siemer, Präfekt.

<sup>769</sup> Schülerchronik, St. Joseph, o. S.: Eintragung vom 24.11.1936.

<sup>770</sup> Schülerchronik, St. Joseph, o. S.: Eintragung vom 24.11.1936; HOYMANN, Heinrich: "In dieser Stunde löse ich die Gefolgschaft 4 auf." Der Kreuzkampf und die in der Hitlerjugend organisierten Schüler der Ordensschule Füchtel, IN: OV vom 15.11.1986. Lühr Hogrefe, geboren am 26. Januar 1900, war Turn- und Sportlehrer in Oldenburg und übte verschiedene Funktionen in der HJ des Gaus Weser-Ems aus: 1931 bis 1933 Führer des Gaus Weser-Ems der HJ, 1933 bis 1939 Gebietsführer der für den Gau Weser-Ems zuständigen HJ-Gebietsführung 7 (Nordsee). Hogrefe wurde von Hitler erfolglos vorgeschlagen auf der "Liste des Führers zur Wahl des Großdeutschen Reichstages" am 10. April 1938. Er wurde 1939 zur Wehrmacht eingezogen und fiel am 13. Februar 1942 im Kriegseinsatz. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 256)

#### 4.7. Das Ende des privaten höheren Schulwesens in Südoldenburg

Die freiwillige Selbstgleichschaltung konnte das Füchteler Konvikt in der NS-Zeit nicht retten. Im Rahmen der oldenburgischen Schulpolitik wurde es im Jahre 1940 aufgehoben. Da per Erlaß vom 12. April 1939 Privatschulen nur noch innerhalb einer Reichsarbeitsgemeinschaft bestehen durften, deren Zutritt den Ordensschulen verweigert wurde, wurde den privaten Schulen in Südoldenburg, die alle von den Schwestern ULF geführt wurden, die Rechtsgrundlage entzogen.<sup>771</sup> Die Dominikaner kamen einer zu erwartenden Zwangsmaßnahme zuvor und überließen der oldenburgischen Staatsregierung vertraglich die Gebäude in Füchtel und einen großen Teil der umliegenden Grundstücke für den Zeitraum von zehn Jahren. Siemer begründete diese Maßnahme in einem Schreiben an seine Mitbrüder vom 14. Februar 1940:

"Die Vermietung ist unsererseits geboten, weil mir in einem Schreiben vom 8. Dezember 1939 von Herrn Ministerialrat Heering mitgeteilt worden ist, daß der Herr Minister sich entschlossen habe, im Notfall, d. h. wenn ich eine gütliche Vereinbarung ablehnen würde, den ihm vom Reichserziehungsminister gewiesenen Weg des Enteignungsverfahrens zu gehen. In einer mündlichen Besprechung zwischen den Herren Ministerialräten Heering und Tantzen einerseits und P. Wehbrink und Rechtsanwalt Wimmer aus Berlin andererseits wurden als Mindestzeit der Vermietung 10 Jahre gefordert."<sup>772</sup>

Die höhere Mädchenschule in Cloppenburg wurde von der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg unter dem Vorwand geschlossen, "von Ostern 1939 an in Cloppenburg eine öffentliche höhere Mädchenschule einzurichten".<sup>773</sup> Die Mädchen der Liebfrauenschule besuchten fortan die Deutsche Oberschule für Jungen in Cloppenburg, das ehemalige Realgymnasium an der Bahnhofstraße, an dem auch einige Schwestern der Liebfrauenschule unterrichteten.<sup>774</sup> Mit der Begründung, "daß die höheren Schulen auch Mädchen aufnehmen können" und "diese Schulen im Laufe des nächsten Jahres zur Übernahme der neuen Aufgabe eingerichtet werden", wurde Ostern 1939 auch die "Höhere Töchterchule" in Damme, die 1897 ebenfalls von Schwestern "Unserer Lieben Frau" gegründet worden war, aufgelöst. Mit dem Bescheid der oldenburgischen Staatsregierung vom 7. März 1938 wurde das Ende dieser

---

<sup>771</sup> HIRSCHFELD, Zeittafel, S. 376.

<sup>772</sup> ARCHIV des St. Thomas-Kollegs Füchtel: Schreiben Siemers vom 14.2.1940.

<sup>773</sup> Liebfrauenschule, 100 Jahre, S. 21: Schreiben des Ministers der Kirchen und Schulen vom 14.12.1938.

<sup>774</sup> REINHARDT, Chronik, S. 53f.; GELHAUS/REINHARDT: Das Clemens-August-Gymnasium im Spiegel der Zeit, 5. Teil: In den Krieg, IN: MT vom 8.7.1989.

Schule eingeleitet.<sup>775</sup> Auch die Mädchenschulen in Friesoythe, Lönigen und Lohne mußten zu Ostern 1939 schließen. Mit der Auflösung der Liebfrauenschule in Vechta am 19. März 1940 hatte das Ministerium der Kirchen und Schulen sein Ziel erreicht, die katholischen Privatschulen gänzlich aufzuheben. Das letzte verbliebene Lyzeum der Schwestern ULF wurde in ein Reservelazarett umgewandelt.<sup>776</sup> Der Zweite Weltkrieg hatte die Heimat erreicht.

Die Geschichte des Füchteler Dominikaner-Konviktes im "Dritten Reich" zeigt, wie der Weg der politischen Anpassung scheiterte und weder die Ordensniederlassung noch die katholische Schulinstitution retten konnte. Der Dominikanerorden, der durch bereitwillige Mitarbeit in der NS-Bewegung um den Preis von Selbstverleugnung und -aufgabe die Geschichte des NS-Regimes positiv mitzugestalten und die Rechte der katholischen Kirche verteidigen zu können glaubte, hatte sich geirrt. Dieser Weg erwies sich als ein historischer Fehlschlag, weil er das totalitäre Wesen des Nationalsozialismus ignorierte oder unterschätzte und ihm politisch nicht gewachsen war. Pater Laurentius Siemer hat daraus noch in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland Konsequenzen gezogen.

Die Gleichschaltung des konfessionellen Schulwesens, das für den Bestand des katholischen Milieus in Südoldenburg von elementarer Bedeutung gewesen war, zog sich in Südoldenburg mit der Einführung der Gemeinschaftsschule und der Auflösung der katholischen Privatschulen bis zum Jahre 1939 hin. Sie konnte sich durchsetzen, ohne daß der Staat größere politische Zwangsmaßnahmen hätte ergreifen müssen. Unter dem politischen Diktat der Gleichschaltung konnte sich der religiöse Grund, der den pädagogischen Geist im katholischen Schulwesen in Südoldenburg seit jeher bestimmt hatte, trotz aller Widerstände halten und die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft überdauern. Nach 1945 erstand er zu neuem Leben und bestimmte wieder den Aufbau des konfessionellen Schulsystems in Südoldenburg. Die schulpolitische Restauration der Nachkriegszeit wurde erst in der bildungspolitischen Reformära in den 1960er und 1970er Jahren überwunden, als sich liberale pädagogische Konzepte in der niedersächsischen Schulpolitik durchsetzten und die konfessionelle Trennung der Schulen in Südoldenburg auf verschiedenen Schulstufen aufgehoben wurde.

---

<sup>775</sup> SCHMUTTE, Damme, S. 107-109.

<sup>776</sup> MORTHORST, Wirken, S. 329ff.

## **4.8. Die Gleichschaltung der katholischen Presse**

Noch vor dem Machtwechsel am 30. Januar 1933 suchte die nationalsozialistische Regierung Röver den Konflikt mit der Zentrums Presse in Südoldenburg und war bestrebt, ihren Einfluß zu schwächen; ein wichtiges Mittel war dabei die politische Diskreditierung. In das Kreuzfeuer nationalsozialistischer Agitation geriet das in Vechta erscheinende Zentrumsorgan, als es unmittelbar vor der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 im Rahmen der politischen Affäre zwischen Ministerpräsident Röver und dem Redakteur der Zeitung, Vikar Franz Morthorst, für vier Tage verboten wurde. Das Verbot wurde am 29. Juli 1932 ausgesprochen, am 4. August 1932 erschien die Zeitung wieder. Auf die abfälligen Auslassungen Rövers gegen die Vechtaer OV und ihren verantwortlichen Redakteur bei einer Wahlkampfveranstaltung in Vechta hatte Morthorst in einem "Offenen Brief an Herrn Ministerpräsidenten Röver" vom 27. Juli 1932 die nationalsozialistischen Vorwürfe zurückgewiesen. Daraufhin hatte Röver in einer Wahlrede in Emstek den südoldenburgischen Katholizismus, insbesondere die Vechtaer OV und das Zentrum, unerwartet scharf attackiert.<sup>777</sup> Wie ihre politischen Veröffentlichungen in aller Breite dokumentieren, behauptete sich die Vechtaer OV bis zu den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 als Zentrumsorgan, paßte sich aber in den folgenden Wochen den neuen politischen Verhältnissen in Deutschland an. Diese medienpolitische Wende war auch in der Cloppenburger MT deutlich nachzulesen.

### **4.8.1. Die medienpolitische Wende im Frühjahr 1933**

Die Gleichschaltung der katholischen Presse kündigte sich in Südoldenburg vor allem als medienpolitische Wende an, die im Frühjahr 1933 offen zur aktiven Mitarbeit an der nationalen Erneuerung Deutschlands aufrief. Nach Ansicht von Heinrich Brüning schaltete sich die katholische Presse vor allem aus wirtschaftlichen Motiven im März 1933 selbst gleich:

"Die Verleger der katholischen Zeitungen wurden nervös, sie befürchteten den Ruin ihres Unternehmens."

---

<sup>777</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 29-32; KUROPKA, Kirche, S. 544ff.; WEGMANN, Festschrift, S. 78-81. Zum offenen Brief Morthorsts vgl. Kap. 1.5.3. im dritten Band der Arbeit: Die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932.

Die Wende der katholischen Presse habe sich schon vor der Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 angekündigt.<sup>778</sup> Es waren vor allem katholische Oberhirten, die den natürlich-notwendigen und gottgefälligen Zusammenhang zwischen einer guten katholischen und nationalen Gesinnung betonten und ihren Gläubigen damit den Weg in das "Dritte Reich" ebneten. Die politische Sache wurde zur nationalen Sache erklärt, die dem Katholiken seit Generationen über alles gegangen war. Der angepaßten politischen Presse kam für die Gleichschaltung in Süddoldenburg eine zentrale Bedeutung zu, weil sie als das wichtigste Medium in der Region den erklärten neuen politischen Willen an die katholische Bevölkerung vermittelte und ihn somit als legitim erscheinen ließ. An der moralischen Legitimation der nationalsozialistischen Regierung hat die süddoldenburgische Presse, die sich im Frühjahr 1933 langsam aus ihrer historischen Rolle als Zentrumsorgan löste, nicht gezweifelt. Was in der Zeitung stand, dazu noch als oberhirtliche Anweisung ausgewiesen, genoß Autorität, zumal in einer Zeit, die von tiefen Rissen gekennzeichnet war und der es an Orientierung mangelte. Eine kritische Lesekultur war aus der kurzen liberalen Geschichte der geschlossenen Gesellschaft Süddoldenburgs nicht erwachsen.

Als Reaktion auf die konstruktiven bischöflichen Verlautbarungen erschien in der Vechtaer OV am 20. April 1933 ein Artikel, der zur "katholischen Gemeinschaftstat" aufrief und ausdrücklich "der gesamten nationalen Erneuerung und nicht einer Abschließung" der katholischen Vereine und Organisationen das Wort redete. Der anonyme Verfasser des Aufsatzes erkannte im politischen Umschwung des Jahres 1933 die Geburt eines "neuen christlichen Menschen" und hielt den Kritikern schroff entgegen:

"Nun könnte man sagen, diese Ueberlegungen griffen zu stark in ein bestimmtes politisches Leben und Werden hinüber und wären somit nicht in den eigentlichen Aufgabenkreis der katholischen Kirche einzuordnen. Das ist eine irrige Auffassung. [...]

**Im Gegenteil. Eine große Stunde hat für das katholische deutsche Volk geschlagen**, wenn es sie richtig erkennt und für die Gesamtheit und für das große Vaterland zu nutzen versteht. Wir wollen uns deshalb nicht in einer Kritik an Fehlern ergehen, die immer wieder gemacht werden, sondern wollen das Beste vom Guten, das uns die Vergangenheit als Erbe in die Hand gab, festhalten und in das Neue einbauen, wollen vor allem unseren christlichen konservativen Gedankenweg und dieses konservative Höchstziel noch stärker als bisher vertreten und zu verwirklichen suchen."<sup>779</sup>

---

<sup>778</sup> BRÜNING, Memoiren, S. 653.

<sup>779</sup> OV vom 20.4.1933, auch zum folg.

Im richtungweisenden Wort vom "christlichen konservativen Gedankenweg", mit dem im organologischen Sprachgebrauch "ein bestimmtes politisches Leben und Werden" verknüpft war, verschmolz die katholische Reichsidee mit dem politischen Konservatismus zu einem visionären "Höchstziel", das eine Renaissance der "civitas dei" erwartete und formelhaft die politische Idealisierung des "Dritten Reiches" im Frühjahr 1933 umschrieb. Anzeichen für eine neue "civitas dei" glaubte die ehemalige Zentrumspresse im Aufbau eines organischen Staatsgebildes, in der antimodernistischen Beschwörung von Heimat und Reich, christlicher Familie und gesundem Volkstum zu erkennen, das aus den biologischen Wurzeln des eigenen Volkes lebte. Dieser konservative politische Romantizismus war eine wichtige ideologische Voraussetzung für die Annäherung von katholischer Kirche und NS-Staat im Frühjahr 1933, der sich die katholische Presse in Süddoldenburg nicht entziehen konnte. Dabei wurden die realen Interessen beider Seiten zur politischen Verhandlungssache erklärt und die katholische Öffentlichkeit publizistisch auf die neue Verbindung von Staat und Volk eingestimmt. Die anonyme Leserstimme der Veichtaer OV sah im atheistischen Materialismus und politischen Liberalismus der Vergangenheit die entscheidende Ursache für den Untergang der Weimarer Republik:

"Auch der Staat von Weimar, der im gewissen Sinne ein Volksstaat werden sollte und der uns Katholiken immerhin eine große geistige Bewegungsfreiheit sicherte, um die wir früher vergeblich kämpften, konnte nicht die lebendige Verbindung zwischen Staat und Volk bringen, weil Millionen und Abermillionen gottentfremdet waren und aus materialistischen und freidenkerischen Einstellungen, zu denen auch die Liberalen zu rechnen sind, in unglücklicher Weise eine Vergottung des Staates erstrebten."

Der Artikel vom 20. April 1933 gehörte zu den wenigen Äußerungen in der lokalen Presse Süddoldenburgs, die im Frühjahr 1933 überhaupt noch an die Vergangenheit der Weimarer Republik erinnerten, um endgültig von ihr Abschied zu nehmen. Die Zukunft gehörte der deutschen Nation, die nicht mehr Republik sein sollte, und einer christlichen Volksgemeinschaft, die als historische Vision endlich wieder politische Wirklichkeit werden konnte, wenn sich die Katholiken dieses Mal nicht verweigerten:

"Das Ringen von heute ist ohnehin nicht der Grund für den Appell an das deutsche katholische Volk, den die Bischöfe an alle Gläubigen gerichtet haben. Wir stehen seit langen Jahrzehnten als deutsche Katholiken in diesem Kampf gegen den Diesseitsgeist, den Materialismus, den Liberalismus, gegen die Diesseitskultur mit den zerstörenden und alles vernichtenden Einflüssen des Freidenkertums und des Gottlosentums. [...] Das ist die neue Front des neuen christlichen Deutschland, in die wir uns mit unserer katholischen Gemeinschaftstat eingliedern. Wir deutsche Katholiken haben diese Front



---

schon lange. Denn wo ist stärker der christliche Frontgeist, wo ist elementarer die Dynamik des Gestaltungswillens, als beim katholischen deutschen Volk?"

Der politischen Arbeiterbewegung brachte die südoldenburgische Presse keine Sympathie entgegen. Sie dokumentierte unkommentiert ihre gewaltsame Ausschaltung aus dem politischen Leben. Über die Stürmung der Gewerkschaftsbüros in Oldenburg nach dem "Tag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 erschien in der Cloppenburg MT lediglich ein kurzer Bericht, der die Festnahme von insgesamt sieben Gewerkschaftern mitteilte:

"Die Aktion zur Gleichschaltung der Freien Gewerkschaften wurde in Oldenburg von der NSBO geleitet und von ihr mit Hilfe der SA und SS durchgeführt, während die Politische Polizei nur die Schutzhaft=Festnahmen erledigte. Ueberraschend wie überall im Reich wurden die Gewerkschaftsbüros im früheren Gewerkschaftshaus [...] besetzt, dann das vorhandene Aktenmaterial usw. gesichert."<sup>780</sup>

Es hätte keiner außerordentlichen politischen oder gar demokratischen Sensibilität bedurft, um die lokalen und regionalen Nachrichten über die politischen Folgen des Machtwechsels verantwortungsbewußt zur Kenntnis zu nehmen. Persönliche Einzelschicksale schienen die Menschen im katholischen Milieu Südoldenburgs nur dann zu berühren, wenn sie die eigene Klientel betrafen. Ein politisches Bewußtsein, das die anbrechende Totalität des neuen Staates wahrgenommen hätte, war in der Bevölkerung historisch nicht gewachsen und stand ihr deshalb im Frühjahr 1933 nicht zur Verfügung. Das gedruckte Wort in der südoldenburgischen Presse bot noch lange in das Jahr 1933 hinein Gelegenheit zur umfassenden politischen Information. Ein Blick in den politischen Teil der Heimatzeitung hätte genügt, um den schleichenden Systemwandel in Deutschland und den Übergang von der freien zur abhängigen Presse zu beobachten. Im Frühjahr 1933 war eine angespannte öffentliche Aktivität und politische Aufbruchsstimmung zu beobachten, die ihren vorläufigen Höhepunkt bei den Feierlichkeiten zum "Tag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 erreichte. Der große publizistische Aufwand, der aus diesem Anlaß entfaltet wurde, diente auch dazu, die Loyalität der katholischen Bevölkerung unter Beweis zu stellen, und zeigte im katholischen Milieu Südoldenburgs deutlich die ersten Auswirkungen politischer und sozialer Überformung. Dieser Prozeß wurde von vielen einflußreichen Vereinen und Verbänden initiiert und bereitwillig mitge-

---

<sup>780</sup> MT vom 3.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 183: Die in Schutzhaft genommenen Gewerkschafter wurden namentlich benannt. Bei der ersten Nachprüfung soll sich nach Mitteilung der Cloppenburg MT bereits "der außerordentlich hohe Aufwand für Geschäfts- und Personalkosten" gezeigt haben.

tragen. Ihre Bekundungen kamen vielfach einer freien Einwilligung in den laufenden Gleichschaltungsprozeß gleich. Politisch wirksam wurden dabei antidemokratische und konservativ-autoritäre Traditionen und Mentalitäten, die sich in der Weimarer Republik nicht wiedererkannt und auf die historische Stunde der nationalen Wiedergeburt gewartet hatten.

Die Zentrumspresse in Südoldenburg spiegelte im Frühjahr 1933 jene geteilte Reaktion auf den Machtwechsel in Deutschland wider, die auch das Verhalten des politischen Katholizismus gegenüber dem Nationalsozialismus in dieser Zeitspanne bestimmte. Es vibrierte zwischen abwartender Zurückhaltung, Signalen politischer Anpassung und stürmischen Bekundungen unbeirrbarer nationaler und politischer Loyalität, die ideologisch häufig überhöht wurden und ihren opportunistischen Gehalt kaum verbergen konnten. Die oberhirtlichen Kundgebungen wurden weiterhin in der südoldenburgischen Zentrumspresse abgedruckt, auch in der Vechtaer OV. Der erste Schritt zur Gleichschaltung dieses Blattes bestand in der Entlassung des langjährigen erfahrenen Redakteurs Franz Morthorst am 30. Juni 1933, "weil Geistliche als Tageszeitungsredakteure nicht mehr zugelassen waren".<sup>781</sup> Seine Nachfolge trat am 1. Juli 1933 Hermann Thole an, der auch die Schriftleitung der "Heimatblätter" übernahm, die als Beilage der Vechtaer OV erschienen. Nach der Auflösung der Zentrumsparlei am 5. Juli 1933 und der Mandatsniederlegung von zahlreichen Abgeordneten war die Vechtaer Zeitung ihres politischen Gründungs- und Arbeitsauftrages beraubt.<sup>782</sup>

#### **4.8.2. Die Gleichschaltung der Vechtaer OV**

In einem Leitartikel, der am Tag nach der Selbstauflösung des Zentrums am 5. Juli 1933 unter dem Titel "Unser Wollen und die neue Zeit" erschien, zogen Aufsichtsrat, Verlag und Redaktion die Konsequenzen aus der politischen

---

<sup>781</sup> WEGMANN, Festschrift, S. 82.

<sup>782</sup> Pfarrchronik, Vechta, o. S.: "Vom Zentrumsblatt zur Parteizeitung der N.S.D.A.P." Zum Abschied vom Zentrumsorgan würdigte die Pfarrchronik die medienpolitische Stellung und die kommunikative Funktion, die die Oldenburgische Volkszeitung seit Generationen wahrgenommen hatte, und ihre Bedeutung für die Identität des katholischen Milieus in Südoldenburg: "Sie hat sich große Verdienste erworben um die religiöse, kulturelle und politische Formung des oldenburgischen Münsterlandes. Sie war seinem Boden entsprossen, auf ihm gewachsen, war verwurzelt mit seinem Volkstum, war das Bindeglied, das Tausende von Familien miteinander verknüpfte, war der Spiegel der heimatlichen Kultur und Wirtschaft, [...] sie trug in allem das Gesicht der Heimat."

Wende und paßten sich unter dem Motto "Dem katholischen Volke ein Führer, der Heimat ein Diener, dem neuen Reich ein Helfer im Aufbau" den neuen politischen Verhältnissen an. In seiner Begründung nahm der Leitartikel auf die innenpolitische Entwicklung in Deutschland seit Jahresbeginn und auf die konstruktive Stellung des deutschen Episkopats zum NS-Regime ausdrücklich Bezug. Die OV wollte nach ihrem Selbstverständnis auch in der politischen Zukunft des "Dritten Reiches" katholisch und national bleiben, wie sie es in der Vergangenheit immer gewesen war:

"Unter den alten Formen, die zerbrochen sind, befinden sich auch die Parteien. Die 'Oldenburgische Volkszeitung' war zwar nie das Unternehmen einer Partei, sondern ein Privatunternehmen, aber sie diente als katholische Zeitung dem Zentrum, ohne von der Partei abhängig zu sein. Die Fahne des Zentrums ist niedergeholt, die neue Zeit verlangt Einordnung in die Front aller ihre Heimat und ihr Vaterland liebenden Kräfte, und darum hat die 'O.V.' nicht gezögert, als der Führer des neuen Reiches die Tore in die neue Zeit aufstieß, aus katholischem Verantwortungsgefühl und getreu den Weisungen der deutschen Bischöfe bewußt ihr 'Ja' zu sagen zum neuen nationalsozialistischen Staat und zu dem, was gemeinsamer Weg und gemeinsames Ziel aller, denen Heimat und Vaterland heiliges Erbe sind, sein soll in der Zukunft. Dieses Ja bedeutete Verzicht auf parteipolitische Betätigung, bedeutete ausschließliche Betätigung als unabhängige katholische Tageszeitung, um die wertvollen Kräfte des katholischen Volkes für die Mitarbeit am neuen Reiche des Volkskanzlers Adolf Hitler wirksam zu machen. Wir sind überzeugt, daß diese Aktivierung aller katholischen Kräfte eine hohe Aufgabe ist, und daß der Erfüllung dieser Aufgabe aus katholischer Pflicht und tiefem vaterländischem Geist zu dienen, wertvollsten Dienst an Kirche, Heimat und Vaterland leisten heißt. Unser Wollen, dieser Aufgabe uns zu widmen, bedeutet keine Aenderung unserer geistigen Grundlage, denn katholisch waren und bleiben wir, und national im Sinne opferfreudiger Hingabe an das Vaterland und verantwortungsbewußter Mitarbeit waren und bleiben wir. Wir werden nur eines nicht mehr sein: Wir werden nicht parteipolitisch irgendwie gebunden sein."<sup>783</sup>

Diese Erklärung der Veichtaer OV in der Mitte des Jahres 1933, als sich katholische Kirche und NS-Staat im Zeichen der Konkordatsverhandlungen annäherten, ist ein Schlüsseldokument in der Geschichte der südoldenburgischen Presse, weil sich darin ihre Ambivalenz zwischen politischer Anpassung auf national-konservativer Grundlage und katholischer Erwartungshaltung offen manifestiert. An der einschneidenden politischen Wende des Jahres 1933 sah sich die Veichtaer OV - schon auf dem Wege in die Gleichschaltung - noch als einen Garanten von kulturpolitischer Kontinuität und bekannte sich zum nationalsozialistischen Aufbauwerk Adolf Hitlers, das nach ihrem eigenen Bekunden keinen Gegensatz zu ihrer traditionsreichen Vergangenheit als oldenburgisches

---

<sup>783</sup> OV vom 6.7.1933; WEGMANN, Festschrift, S. 82: Faksimile.

Zentrumsorgan darstellte. Die Verantwortlichen in Vechta bestätigten auf regionaler Ebene den politischen Kurs von Zentrum und Episkopat und betraten unter Verzicht auf katholische Vorbehalte sowie unter ausdrücklicher Beteuerung des nationalen Standpunktes den Boden des "Dritten Reiches", um das Überleben der Zeitung zu sichern und auf die deutsche Geschichte als katholische, aber als parteipolitisch unabhängige Tageszeitung Einfluß nehmen zu können. Diese Erwartung erwies sich als großer politischer Trugschluß.

In der Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Oldenburgischen Volkszeitung im Jahre 1934 verteidigte Bischof Clemens August von Münster noch die katholische Presse und erkannte in ihr auf der Grundlage der Konkordatspolitik das "modernste Seelsorgemittel", auf das die Kirche "auf keinen Fall" verzichten könne. Diese Mahnung war in der "Kundgebung" vom 1. Dezember 1933 enthalten, in der Galen sich grundsätzlich "über die Aufgaben der katholischen Presse im neuen Staat" äußerte. Anlaß waren neuerliche Versuche, "öffentlich die Existenzberechtigung von Zeitungen zu bestreiten, die sich in allen Teilen ihres Inhaltes nach der katholischen Glaubens- und Sittenlehre richten". Galen zitierte in seiner Kundgebung aus dem Pfingsthirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 3. Juni 1933 folgende Passage:

"Soll der neue Staat ein christlicher sein und die Kirche darin ihre Freiheit genießen, so wird sie auch berechtigt sein müssen, eine katholische Presse zu besitzen. Wir meinen damit jene, die mit den Tagesbotschaften den katholischen Geist in die Seelen ihrer Leser leitet und die Ereignisse des Menschenlebens und Weltgeschehens am Maßstab des Christentums mißt und im Spiegel der Ewigkeit beschaut. Die Kirche kann auf dieses modernste Seelsorgemittel auf keinen Fall verzichten und muß für sie jenes Maß von Freiheit verlangen, das ihre segensreiche Wirksamkeit ermöglicht, wenn sie nicht wahrnehmen will, daß sich die im gottesdienstlichen Leben gesammelten und in den katholischen Organisationen vertieften Kenntnisse und Entschließungen in der Flut einer religiös unbestimmten Tagespresse verwässern. Gerade die katholische Presse hat sich immer und überall als staaterhaltend erwiesen, weil sie jene Grundsätze ihrer Leserswelt vermittelt, die die Eingliederung in das Staatsganze und die willige Unterwerfung unter die rechtmäßige Obrigkeit verlangen."<sup>784</sup>

Für den Chronisten Wegmann ist die Festschrift des Jahres 1934 ein "deutlicher Ausdruck des Jonglierens, zu dem die Zeitungen, die dem Natio

---

<sup>784</sup> MT vom 4.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 435; WEGMANN, Festschrift, S. 83f. Galen leitete damit eine Kundgebung des Erzbischöflichen Generalvikariats in Köln an die Gläubigen seiner Diözese weiter.

nalsozialismus fernstanden, gezwungen waren, wenn sie überleben wollten".<sup>785</sup>

Nach dem bewußten Verzicht auf den politischen Auftrag, der nach dem Ende der Parteien in Deutschland nur noch wenig bedeutete, glaubte die Oldenburgische Volkszeitung, sich als Presseorgan des südoldenburgischen Katholizismus und als Agentur der katholischen Kirche erhalten zu können. Das ist ihr nur teilweise gelungen. Daß dies ein brüchiger Kompromiß war und die Zeitung der Willkür der herrschenden Staatsaufsicht aussetzte, zeigte sich bereits im Frühjahr 1934, als die Vechtaer OV nach der Veröffentlichung des Osterhirtenbriefes Graf von Galens verwarnt wurde.<sup>786</sup> Dieser Hirtenbrief, der am 26. März 1933 im Kirchlichen Amtsblatt erschien, wirkte wie ein Einschnitt in der südoldenburgischen Pressegeschichte. In ihm widersprach Galen nachdrücklich der "neuheidnischen" Irrlehre der nationalsozialistischen Ideologie, die er konzeptionell in Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" vorzufinden glaubte und als offizielle Staatsdoktrin gegen die katholische Kirche gerichtet sah.<sup>787</sup> Gauleiter Röver interpretierte den Osterhirtenbrief des Bischofs von Münster als eine offene Kampfansage "gegen alle Grundsätze des Nationalsozialismus" und befürchtete "politische Rückschläge in der katholischen Bevölkerung Oldenburgs, soweit sie vom Nationalsozialismus erfaßt ist".<sup>788</sup> Wegen der Veröffentlichung des Osterhirtenbriefes wurde die Oldenburgische Volkszeitung durch das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda verwarnt. Galen legte dagegen Protest ein, weil er sich durch das Verbot in seiner Amtsausübung als kirchlicher Würdenträger verletzt sah.<sup>789</sup> Die relative redaktionelle Eigenständigkeit der Oldenburgischen Volkszeitung, die fortlaufend auf die politischen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen hatte, währte nach dem

---

<sup>785</sup> WEGMANN, Festschrift, S. 84. Über den politischen Spagat der Festschrift von 1934 notiert der Autor: "Die Festschrift zeigte (vorne) Bilder und Glückwünsche des Diözesanbischofs sowie des Bischöflichen Offizials in Vechta, weiter im Innern aber auch die Bilder der vier maßgebenden politischen Machthaber in Oldenburg: Röver, Pauly, Joel und Spangenberg. Und auf einer Seite steht obenan der Jubiläumsartikel des damaligen Hauptschriftleiters Hermann Thole über 'Unser Wollen und Wirken im neuen Staat' und darunter der (fast dreimal so lange) anonyme Artikel 'Die nationalsozialistische Regierungsarbeit in Oldenburg'. Von Fragen der Religion und des Christentums ist darin nicht die Rede."

<sup>786</sup> Zu Galens Osterhirtenbrief vom 26. März 1934 vgl. Kap. 4.9.2.2.: Galen im Kampf gegen das moderne "Neuheidentum".

<sup>787</sup> Zu Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" vgl. Kap. 4.9.2.: Der Streit um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts".

<sup>788</sup> KUROPKA, Galen, S. 112f.; LÖFFLER, Galen 1, S. 74f.: Brief Rövers an die Reichskanzlei vom 6.4.1934.

<sup>789</sup> LÖFFLER, Galen 1, S. 90.

Machtwechsel vom 30. Januar 1933 noch drei Jahre und endete im Frühjahr 1936.

Im Gegensatz zur Münsterländischen Tageszeitung, die sich im Privatbesitz des Verlages Hermann Imsiecke befand, wurde die Oldenburgische Volkszeitung nach einer Konferenz des Aufsichtsrates und Verlagsdirektors Sommerfeld mit Gauleiter Röver im Blockhaus in Ahlhorn am 23. Mai 1936 in den NS-Gauverlag übernommen. Damit folgte der Selbstgleichschaltung von unten im Juli 1933 drei Jahre später die Gleichschaltung von oben, wodurch die Selbstständigkeit der Zeitung "nach ihrer technischen Seite hin voll und nach ihrer redaktionellen Seite hin so weit, wie das damals überhaupt nur möglich" war, erhalten blieb.<sup>790</sup> Die Vechtaer Pfarrchronik St. Georg berichtet von einem Einstellungsbefehl zum 23. Mai 1936, der von der Reichspressekammer ausgesprochen wurde, und sieht darin den wichtigsten Grund für die Übernahme der Zeitung in den Gauverlag:

"Um das Fortbestehen der O.V. zu erreichen, bot man am 9.5.1936 den Verlag der O.V. dem Gauleiter Karl Röver als Geschenk an. Dieser akzeptierte und setzte dann das Weitererscheinen der O.V. als Parteizeitung durch."<sup>791</sup>

Vorangegangen war den Verhandlungen die Forderung der Reichspressekammer nach Eingliederung des Verlages in die NS-Verlagsgruppe Vera GmbH in Berlin, die eine teilweise Verlagerung der Zeitungsproduktion nach Osnabrück zur Folge haben sollte und die Einstellung der Zeitung für den Fall androhte, daß ihre politische Regulierung scheitern sollte.<sup>792</sup> Wie bei der Cloppenburg MT wurden auch bei der Oldenburgischen Volkszeitung keine redaktionellen Veränderungen vorgenommen und war zugesichert worden, "daß die Zeitung nicht auf Materndienst umgestellt werde, daß der Lokalteil keiner Beschränkung unterliege und die dem Leser anvertrauten 'Heimatblätter' weiter erscheinen könnten". Grundsätzlich hieß es dazu von politischer Seite:

"Insgesamt sollte der Charakter der Zeitung gewahrt und auf die Belange des südlichen Landesteils gebührende Rücksicht genommen werden."<sup>793</sup>

---

<sup>790</sup> WEGMANN, Festschrift, S. 88f.

<sup>791</sup> Pfarrchronik, Vechta, o. S.: "Vom Zentrumsblatt zur Parteizeitung der N.S.D.A.P."

<sup>792</sup> Ebd.

<sup>793</sup> WEGMANN, Festschrift, S. 88.

### 4.8.3. Die Gleichschaltung der Cloppenburger MT

Ohne öffentliches Aufsehen verlief der Anpassungsprozeß bei der Cloppenburger MT, die sich bis zum Kriegsende im Frühjahr 1945 im Status einer "revidierten" Zeitung halten konnte.<sup>794</sup> Die personelle Kontinuität der MT wurde in erster Linie durch Bernard Kötter repräsentiert, der am 20. August 1928 in die Redaktion eintrat und sie fast 50 Jahre leitete.<sup>795</sup> Er zeichnete verantwortlich für die Berichterstattung in den 1930er Jahren und nahm die Redaktion der Zeitung 1949 wieder auf.<sup>796</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Cloppenburger MT durch die alliierte Besatzungsmacht für vier Jahre verboten - ebenso wie die OV in Vechta - und 1949 lizenziert. Die Cloppenburger MT gab Anfang August 1933 Reichsstatthalter Röver mit einer Bemerkung wieder, in der sie sich in ihrer Position im "Dritten Reich" offensichtlich wiedererkannte und eine Chance zum wirtschaftlichen Überleben und zur Wahrung einer gewissen Unabhängigkeit sah:

"Der Nationalsozialismus wolle den Zeitungen, die hinter der Regierung ständen und im Sinne des Nationalsozialismus revidiert seien, nicht d. Lebensbedingungen nehmen, weil er sich durchaus klar sei darüber, daß beim Erliegen solcher Zeitungen die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe erschreckenden Umfang annehmen müsse. Die Pressestelle der Reichsleitung habe daher allen Parteidienststellen verboten, den Vernichtungskampf gegen nicht parteiamtliche Zeitungen zu führen."<sup>797</sup>

Zur politischen Revision hatte sich die Cloppenburger Zeitung offensichtlich schon früh entschlossen. Am 2. Mai 1933, nachdem der Rausch vom "Tag der

---

<sup>794</sup> MT vom 7.8.1933.

<sup>795</sup> Bernard Kötter wurde am 28. Dezember 1899 in Löningen geboren. Er besuchte in Vechta das Gymnasium Antonianum und wurde 1917 zum Militärdienst eingezogen. Nach dieser Unterbrechung legte er 1920 am Antonianum das Abitur ab und studierte in Münster ein Semester Theologie. Danach trat er dem Jesuitenorden bei und blieb ihm sieben Jahre verbunden. Aus dieser Zeit stammt offensichtlich auch seine Neigung zur Philosophie, insbesondere seine Vorliebe für den Existenzphilosophen Martin Heidegger. Von 1940 bis 1945 mußte Kötter die Leitung der MT-Redaktion aufgeben, weil er wieder zum Militärdienst gerufen wurde. Bernard Kötter starb am 13. April 1976. (STRICKMANN, Heinz: Adolf Hitlers Auftritt in Cloppenburg nannte Kötter "lächerlich", IN: MT vom 7.4.2001)

<sup>796</sup> Das Impressum der Zeitung im Jahre 1933 gab neben dem Druck und Verlag Hermann Imsiecke als verantwortlichen Schriftleiter Josef Imsiecke an (MT vom 23.12.1933). Mitte der dreißiger Jahre hatte das Impressum folgenden Wortlaut: Druck und Verlag Hermann Imsiecke; Hauptschriftleiter Josef Imsiecke; Stellvertretender Hauptschriftleiter Bernard Kötter; Verantwortlicher Schriftleiter für Politik, Wirtschaft, Kulturelles, Unterhaltung, Heimatnachrichten und Sport: Bernard Kötter; Verantwortlicher Anzeigenleiter: Johannes Meibaum. (MT vom 4.9.1937)

<sup>797</sup> MT vom 7.8.1933.

nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 verfolgt war, erschien die Cloppenburger MT als "National=soziale Zeitung für das Oldenburger Münsterland", ohne daß nachweislich eine staatliche Zwangsmaßnahme von außen auf Redaktion und Verlag ausgeübt wurde. Die gezielte Differenzierung zwischen den Titeln "National-sozial" und "nationalsozialistisch" sollte in der Leserschaft als Signal und als politischer Vorbehalt der Zeitung gegenüber dem "Dritten Reich" verstanden werden. Nach einem Bericht von Amtshauptmann Münzebrock kam für die anderen beiden Lokalzeitungen des Amtsbezirks Cloppenburg 1933 das Ende. Die "Friesoyther Tageszeitung" wurde vom NS-Gauverlag mit dem Parteiorgan, der "Oldenburgischen Staatszeitung", verschmolzen und das "Löninger Volksblatt" ging vertraglich an den Verlag Hermann Imsiecke in Cloppenburg über. Münzebrock stellt fest, "daß die MT als einzige 'bürgerliche' Zeitung im sog. schwarzen Münsterland bis zum Zusammenbruch erhalten geblieben ist." Sie gehörte nach seiner Darstellung zu den 625 Tageszeitungen, die Ende 1944 von den 7 400 übergeblieben waren, die es Anfang 1933 im Reich gegeben hatte. Nach den Erinnerungen Münzebrocks gelang es, die Übernahme der "Münsterländischen Tageszeitung" in den NS-Gauverlag durch persönliche Intervention von Kreisleiter Meyer-Wendeborn und Oberamtsrichter Dr. Ostmann in Berlin zu verhindern.<sup>798</sup>

Verleger und Schriftleiter konnten die MT zwar weiterhin selbständig herausgeben, waren aber in ihrer redaktionellen Tätigkeit eingeschränkt, am stärksten im überregionalen politischen Teil der Zeitung. Das Gaupresseamt übermittelte immer wieder Berichte, die unverändert abdruckbar waren. Die Presseanweisungen betrafen insbesondere "Fragen der katholischen Kirche", über die die Zeitung nach den aufsehenerregenden Ereignissen im Kontext des "Kreuzkampfes" im Herbst 1936 nicht mehr in eigener Verantwortung berichten durfte. Aber in der lokalen wie regionalen Berichterstattung genoß die ehemalige Cloppenburger Zentrums Presse, die vor 1933 eine größere Unabhängigkeit von der Partei gewahrt hatte als die Vechtaer OV, auch unter der nationalsozialistischen Herrschaft eine relative Eigenständigkeit, so daß von einer völligen Gleichschaltung der Cloppenburger MT im totalitären Sinne keine Rede sein kann. Die politische Zensur konnte redaktionell im Zuge einer freiwilligen Selbstzensur ausgeübt oder von den politischen Behörden angemahnt werden. In brisanten politischen Situationen wie dem "Kreuzkampf" 1936 ergingen konkrete Presseanweisungen, die die Veröffentlichung der nationalsozialistischen Version der Massenkundgebung am 25. November 1936 in der Clopp

---

<sup>798</sup> MÜNZE BROCK, Amtshauptmann, S. 42f.



penburger Münsterlandhalle anordneten und eine bewußte staatliche Lenkung ausübten.<sup>799</sup>

Mit der Heimatbeilage "Volkstum und Landschaft" (VuL) verfügte die Cloppenburg MT seit 1934 auch über ein eigenes heimatgeschichtliches Periodikum. Es gelang der Redaktion, die unregelmäßig erscheinende Zeitungsbeilage von politischer Indoktrination weitgehend freizuhalten. Bis auf einen Artikel mit antisemitischen Tendenzen über die Geschichte der "Juden im Münsterlande" im Jahre 1940 entzog sich "Volkstum und Landschaft" weitgehend der politischen Einflußnahme und blieb der 'unpolitischen' Heimatgeschichte verbunden.<sup>800</sup> Die erste Ausgabe erschien im März 1934 und erkannte in der Pflege von "Heimatsinn und Heimatarbeit", die "zum Segen für Volk und Vaterland" gedeihen sollte, und in der Förderung des Heimatmuseums die eigentlichen Aufgaben von "Volkstum und Landschaft".<sup>801</sup> Mit der Ausgabe vom März 1941 stellte die neue Schriftenreihe aufgrund von Papiermangel ihr Erscheinen ein. Zum Abschied hieß es:

"Wenn der Krieg dem Verlage Einschränkungen auferlegt, so ist das hoffentlich nur vorübergehend, denn die Liebe zur Heimat wächst erst mit der Kenntnis der Heimatgeschichte. Nach dem siegreichen Kriegsende wird auch die Heimatforschung neue Aufgaben haben - und daß dann 'Volkstum und Landschaft' auch wieder voll und ganz auf dem Plane sein wird, das verbürgt der gediegene und wertvolle Inhalt der ersten sieben Jahrgänge [...]."<sup>802</sup>

Die Selbstgleichschaltung war der politische Preis, den die Cloppenburg MT für ihr wirtschaftliches Überleben und ihre relative Eigenständigkeit in der regionalen wie lokalen Berichterstattung zahlen mußte. Mit den Entscheidungen in der ersten Hälfte des Jahres 1933 gab die konservative Heimatpresse, die sich noch wenige Wochen zuvor als Zentrumsorgan verstanden hatte, zu erkennen, daß die "Systemzeit" auch in Süddoldenburg endgültig überwunden war und einer neuen politischen Wirklichkeit Platz gemacht hatte. Die ehemalige süddoldenburgische Zentrumspresse stand seit der Mitte des Jahres 1933 auf dem Boden der neuen politischen Tatsachen in Deutschland und konnte sich den politischen Interessen des nationalsozialistischen Regimes nicht länger verschließen. Die Wege, die die Cloppenburg MT und die Vechtaer OV ein

---

<sup>799</sup> MT vom 26.11.1933; OV vom 26.11.1936; KUROPKA, Wahrheit, S. 84; KUROPKA, Kreuz, S. 469; Faksimile der OV vom 26.11.1936.

<sup>800</sup> VuL Nr. 4, 1940, S. 28f.

<sup>801</sup> VuL Nr. 1, 1934, S. 1.

<sup>802</sup> VuL Nr. 1, 1941, S. 50.

schlugen, waren unterschiedlich. Sie beendeten in jedem Falle die Unabhängigkeit der Zeitungen, sicherten ihnen aber ihr politisches und wirtschaftliches Überleben in der nationalsozialistischen Zeit. Die Gleichschaltung der katholischen Presse in Südoldenburg ist das wichtigste medienpolitische Ereignis in dieser Region im Jahre 1933.

#### **4.9. Die Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens**

Wesentlicher Bestandteil der oldenburgischen NS-Herrschaftstechnik gegenüber dem relativ resistenten katholischen Süden des Landes war die Entkonfessionalisierung des katholischen Milieus, die auf dem Sektor des Schulwesens durchaus administrative Erfolge erzielen konnte.<sup>803</sup> Dabei dienten inhaltliche Motive der nationalsozialistischen Weltanschauung als ideologische Vehikel, um eine Politik zu begründen und zu befördern, die kompromißlos den Primat des NS-Staates auf die Gesellschaft des "Dritten Reiches" auszudehnen versuchte. Die Durchsetzung des totalitären Machtstaates zielte darauf, die tragenden Fundamente des katholischen Milieus zu untergraben, und warf "die Frage nach der zukünftigen Tradierung der eigenen, als heilsnotwendig empfundenen religiösen Deutungsmuster" auf. Dadurch wurde "der religiöse Sinnhorizont des Milieus grundsätzlich in Frage gestellt".<sup>804</sup> Die Entkonfessionalisierung strebte keine Entkirchlichung der milieuspezifischen Organisationen und Institutionen an, sondern versuchte, sie in den kirchlichen Binnenraum zurückzudrängen oder, falls das nicht geschehen konnte, nach und nach ganz auszuschalten. Der Streit um "Kirche und Leben", die erste Kirchenzeitung im Offizialatsbezirk, kann exemplarisch die politischen Bestrebungen zur Entkonfessionalisierung des katholischen Milieus in Südoldenburg und die Struktur katholischer Opposition gegen die nationalsozialistische Kulturpolitik verdeutlichen. Die Auseinandersetzung um die Kirchenzeitung erstreckte sich auf den Zeitraum von 1934 bis 1945.

##### **4.9.1. Der Streit um die Kirchenzeitung "Kirche und Leben"**

Auf dem Höhepunkt der politischen und gesellschaftlichen Krisenlage im Jahre 1932 erschien am 15. Mai 1932 als Beilage der Cloppenburg MT erstmalig

---

<sup>803</sup> WILLENBORG, Entkonfessionalisierung, S. 34ff.

<sup>804</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 383.

eine Ausgabe der Kirchenzeitung "Kirche und Leben", die von Vikar Wilhelm Gillmann herausgegeben wurde und als "Katholisches Kirchenblatt für das Dekanat Cloppenburg" konzipiert war.<sup>805</sup> Schriftleiter Gillmann beschrieb in der ersten Ausgabe des Blattes die Aufgabe der neuen Kirchenzeitung, die sich aus ihrem Platz in der südoldenburgischen Presselandschaft und den religions- und kirchenfeindlichen Zeitläuften ergab. Auf dem Boden eines intransigenten Konfessionalismus, der das öffentliche Leben in Südoldenburg beherrschte, sollte die Kirchenzeitung zur moralischen Überwindung des auch in katholischen Kreisen um sich greifenden Laizismus beitragen und die Gläubigen wachrütteln:

"Feinde von außen und Feinde von innen waren immer daran, diesen Gottesbau in Trümmer zu schlagen. [...]

Die Kirche geht nicht unter, ganz gewiß nicht. Wenn wir uns aber nicht darauf besinnen, daß wir als Streiter Christi hier auf Erden zu **kämpfen** haben, dann könnte es Gott eines Tages gefallen, seine Kirche von uns wegzunehmen und irgendwo in den Dschungeln Afrikas aufzubauen und in den heidnischen Pagoden das ewige Licht anzuzünden. Freilich könnte Gott auch durch einen einzigen Willensakt alle Feinde seiner Kirche zermalmen. Aber ich habe eine viel zu hohe Vorstellung von der Größe Gottes, als daß ich dem Gedanken Raum geben könnte, Gott müsse gleich Feuer und Schwert vom Himmel fallen lassen, wenn da unten auf der Erde einige Haufen kleiner Menschen die winzigen Fäuste gegen ihn erheben und Sturm laufen gegen die Kirche. [...]

Gott will kämpfen und siegen **durch uns**. Welch hohe Aufgabe für uns: Gott zum Siege zu verhelfen!"<sup>806</sup>

Vikar Gillmann reihte die gegenwärtige Krise der katholischen Kirche in die lange Geschichte ihrer Verfolgung ein. Dabei seien "die Stürme von außen durch die Feinde der Kirche" nicht einmal "das Schlimmste", sondern die "Feinde unter dem eigenen Dache" seien "weit gefährlicher". Im einzelnen

---

<sup>805</sup> SIEVE, Leben, S. 5, 9f.; SIEVE, Gillmann, S. 240-263.

<sup>806</sup> Kirche und Leben Jg. 1, Nr. 1, 15.5.1932, S. 5f. Unter Bezug auf den Titel des Blattes beschrieb Gillmann die zeitkritische Tendenz der neuen Kirchenzeitung: "Die Aufschrift 'Kirche und Leben' wurde gewählt als der passendste Ausdruck für das Wesen und die Tendenz des Blattes. Kirche und Leben sind Begriffe, die der im praktischen Leben nicht trennen sollte, der einmal der Kirche die Treue gelobt hat: 'Ich will die Kirche hören, sie soll mich allzeit gläubig sehn und folgsam ihren Lehren - nie will ich von ihr weichen!' Manche glauben allerdings schon dann vollends genug zu tun, wenn sie der Zugehörigkeit zur Kirche dadurch Ausdruck geben, daß sie des Sonntags pflichtgemäß zur Kirche gehen. Für die acht Tage der kommenden Alltagswoche ist's dann so ziemlich aus mit dem 'die Kirche hören und folgsam sein ihren Lehren'. Diese Einstellung haben sich heute viele zu eigen gemacht und ist weithin geübte Praxis, die sich nur zum Verderben des Einzelnen und der Gesamtheit auswirkt. Kirche und Leben dürfen sich nicht voneinander trennen lassen. Die Kirche ist für unser Leben, und unser Leben ist für die Kirche. Das Leben von der Kirche trennen, hieße das Leben vom Christentum trennen."

nannte er die Verfolgung unter dem römischen Kaiser Nero im Jahre 66, den "Riesensturm in der sog. Aufklärung mit ihren geistigen Kindern, den großen Revolutionen, dem Umsturz, den Klassenkämpfen", die "große Säkularisation, der gewalttätige Raub der Kirchengüter" im Jahre 1803 und den preußischen Kulturkampf "mit dem Versuch, die Kirche von Rom loszureißen und eine deutsche Staatskirche zu gründen". Das Ergebnis der Verfolgungen sei nicht der Untergang der katholischen Kirche gewesen, sondern "neue Blüten und neue Früchte" seien daraus hervorgegangen. Auch in Zukunft würden der Kirche Stürme und Kämpfe nicht erspart bleiben.<sup>807</sup> Damit unterstrich Gillmann die historische Kontinuität des religiös-kulturellen Abwehrkampfes, in dessen Dienst sich die neue Kirchenzeitung bereitwillig stellte.

Aus Anlaß des einjährigen Bestehens von "Kirche und Leben" hob die Cloppenburg MT hervor, daß die Kirchenzeitung "von Anfang an eine hohe, klare, echt katholische, rein kirchliche Linie eingeschlagen und verfolgt" habe.<sup>808</sup> Das Dekanatsblatt war nach Auffassung von Peter Sieve "in erster Linie ein religiöses Blatt", das sich mit politischen Themen nur befaßte, "insoweit diese die katholische Kirche betrafen". Die zeitkritische Tendenz des Blattes galt der Abwehrhaltung gegen Kommunismus und Marxismus.<sup>809</sup> Damit befand sich die neue Kirchenzeitung "Kirche und Leben" ganz auf der geistigen Linie des politischen Katholizismus in Deutschland zwischen 1930 und 1933 und spiegelte den überbordenden Konflikt der katholischen Kirche mit den modernen Weltanschauungen wider. Die Redaktion von "Kirche und Leben" war sich ihrer unsicheren Lage unter den neuen politischen Verhältnissen im Jahre 1933 durchaus bewußt. Die Cloppenburg MT deutete im Mai 1933 an, daß das Kirchenblatt "vereinzelt auch Mißverständnissen" begegne. "Zur Klarstellung" hob es ausdrücklich hervor, daß es "ein rein kirchliches Blatt" sei und "von dieser Linie" niemals abgewichen sei:

"Mit Politik hat das Kirchenblatt auch nicht das Geringste zu tun."<sup>810</sup>

---

<sup>807</sup> Kirche und Leben Jg. 1, Nr. 1, 15.5.1932, S. 5.

<sup>808</sup> MT vom 16.5.1933.

<sup>809</sup> SIEVE, Leben, S. 10. Peter Sieve charakterisiert diese Tendenz mit den Worten: "Der Bolschewismus bzw. Kommunismus wird mehrfach als gottlose und christentumsfeindliche Bewegung angegriffen und verurteilt. Nicht ganz so unverblümt ist die Stellungnahme zum Nationalsozialismus, mit dem sich die Kirche 1933 irgendwie arrangieren zu müssen glaubte - doch wird das neuheidnische Gedankengut Rosenbergs entschieden abgelehnt."

<sup>810</sup> MT vom 16.5.1933.

Aber selbst diese Garantie konnte die Existenz von "Kirche und Leben" unter der nationalsozialistischen Herrschaft nicht dauerhaft sichern. Nach der Veröffentlichung des Osterhirtenbriefes von Bischof Clemens August in "Kirche und Leben" und in den "Heideblumen", einer von Vikar Franz Morthorst herausgegebenen Beilage der Oldenburgischen Volkszeitung, wurde das Erscheinen von religiösen Beilagen in Tageszeitungen durch eine Verfügung des oldenburgischen Staatsministeriums vom 11. Juni 1934 mit sofortiger Wirkung untersagt. Die Verordnung trennte Religion und Politik strikt voneinander ab:

"Die nationalsozialistische Bewegung und der nationalsozialistische Staat sind und waren immer gewillt, der Kirche zu geben, was der Kirche ist. Politik und Religion dürfen aber nicht verquickt werden. Aus diesem Grunde hat Reichsminister Dr. Goebbels in Auslegung des Schriftleitergesetzes wiederholt erklärt, daß es konfessionelle Tageszeitungen nicht mehr geben dürfe. Denn jede Tageszeitung ist eine politische Zeitung. Hieraus folgt ohne weiteres, daß Tageszeitungen als politische Schriften keine religiösen Beilagen bringen dürfen. Im Landesteil Oldenburg gibt es mehrere Tageszeitungen aus der Zentrumszeit, die dem noch nicht Rechnung getragen haben. Diese Verquickung von Politik, Religion und Geschäft hat zu großen Unzuträglichkeiten geführt. Sie kann unter den gegebenen Verhältnissen im Interesse unseres deutschen Volkes nicht weiter geduldet werden. Religiöse Angelegenheiten müssen in religiösen Zeitschriften behandelt werden."

Auf der Grundlage dieser politischen Bestimmungen ordnete der oldenburgische Innenminister Pauly, der nach Auffassung der Reichsregierung "in letzter Zeit einige bemerkenswerte Erlasse über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat" herausgegeben hatte, mit Blick auf die besonderen Verhältnisse in Süldoldenburg an:

"Tageszeitungen, die im Landesteil Oldenburg gedruckt und verlegt werden, dürfen keine religiösen Beilagen haben."<sup>811</sup>

Die Verfügung gegen die Kirchenzeitung "Kirche und Leben" stellte eine weitere Maßnahme mit dem Ziel dar, den Einfluß der katholischen Kirche und vor allem ihres höchsten Repräsentanten, des Diözesanbischofs von

---

<sup>811</sup> NEUHÄUSLER, Kreuz 1, S. 199f. Die Verfügung beruhte auf der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933. Das "Schriftleitergesetz" wurde am 4. Oktober 1933 erlassen und knüpfte die Ausübung dieses Berufes an verschiedene politische Bedingungen, so an die arische Abstammung. Der Schriftleiter war verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten, "was geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Innern, den Gemeinschaftswillen des deutschen Volkes, die deutsche Wehrhaftigkeit, Kultur oder Wirtschaft zu schwächen oder die religiösen Empfindungen anderer zu verletzen." (MÜNCH, Gesetze, S. 164-172) Zu Galens Osterhirtenbrief vom 26. März 1934 vgl. Kap. 4.9.2.2.: Galen im Kampf gegen das moderne "Neuheidentum".

Münster, einzuschränken. In den Tagen zuvor hatte das Innenministerium bereits eine politische Zensur über die Geistlichkeit in Oldenburg verhängt. Die Verfügung vom 6. Juni 1934 untersagte dem Klerus die Werbung für Zeitschriften und die Verfügung vom 9. Juni 1934 verbot "Geistlichen und anderen Religionsdienern" strengstens, "die nationalsozialistische Bewegung oder die eine oder andere ihrer Gliederungen oder die Zugehörigkeit zu einer Gliederung als unchristlich oder gefährlich zu bezeichnen", des weiteren "unmittelbar oder auch mittelbar vor dem Besuch nationalsozialistischer Versammlungen zu warnen" und "behördliche Maßnahmen als unchristlich oder gefährlich oder gegen die Kirche gerichtet - sei es auch in versteckter Form - zu bezeichnen".<sup>812</sup>

Bischof Clemens August, der sich persönlich für die Erhaltung der katholischen Presse einsetzte, versuchte, neue Wege für das weitere Erscheinen der Kirchenzeitung zu finden. Mit seinen Warnungen und Kundgebungen in "Kirche und Leben" verließ der Bischof nicht den Boden der Legalität, weil es sich um pastorale Anweisungen und Belehrungen in einem kirchlichen Presseorgan handelte, das zu den durch das Reichskonkordat geschützten Einrichtungen der katholischen Kirche zählte. Nach Artikel 4 des Konkordates genossen "die Bischöfe und sonstigen Diözesanbehörden für ihren Verkehr mit den Gläubigen in allen Angelegenheiten ihres Hirtenamtes" volle Freiheit.<sup>813</sup>

---

<sup>812</sup> NEUHÄUSLER, Kreuz 1, S. 60; SIEVE, Leben, S. 10; KUROPKA, Wahrheit, S. 59: aus den Halbmonatsberichten des Geheimen Staatspolizeiamtes Oldenburg. Rechtliche Grundlage dieser Maßnahmen war die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933.

<sup>813</sup> MT vom 24.7.1933. Im einzelnen hieß es dazu: "Anweisungen, Verordnungen, Hirtenbriefe, amtliche Diözesanblätter und sonstige die geistliche Leitung der Gläubigen betreffende Verfügungen, die von den kirchlichen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit (Art. 1, Abs. 2) erlassen werden, können ungehindert veröffentlicht und in den bisher üblichen Formen zur Kenntnis der Gläubigen gebracht werden." Der Art. 1 des Konkordats hatte folgenden Wortlaut: "Das Deutsche Reich gewährleistet die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der Religion. Es anerkennt das Recht der katholischen Kirche, innerhalb der Grenzen des für alle geltenden Gesetzes ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten und im Rahmen ihrer Zuständigkeit für ihre Mitglieder bindende Gesetze und Anordnungen zu erlassen."

#### 4.9.1.1. Kampf gegen das moderne "Neuheidentum"

Gemeinsam mit dem Diözesanbischof Clemens August und unter seiner persönlichen geistlichen Protektion führte die Kirchenzeitung in den Jahren 1934/35 einen entschlossenen Kampf gegen das moderne "Neuheidentum", das nicht mit der nationalsozialistischen Ideologie identisch war, sondern auch andere geistige Zeiterscheinungen umfaßte, die seit dem Anbruch der Moderne aufgetreten waren. Der Kampf gegen das nationalsozialistische Gedankengut stand also in einer Tradition, die sich nach Ansicht Galens bewährt hatte. Aus der Erinnerung an sie konnte der Katholizismus Kraft und Mut für den aktuellen tagespolitischen Einsatz schöpfen. "Kirche und Leben" verstand sich als Organ des Bischofs.

Am 13. Juni 1934 konstituierte sich in Vechta eine "Kirchenblatt-Vereinigung für den Officialatsbezirk Oldenburg" mit mehreren geistlichen Mitgliedern unter dem Vorsitz des Vechtaer Kaplans Leo Bitter. Dieser Verein setzte die weitere Verbreitung der Kirchenzeitung "Kirche und Leben" zum Ziel, nachdem sie als Beilage einer Tageszeitung nicht mehr erscheinen durfte. Am 25. August 1934 erfolgte die Lizenzierung des neuen Kirchenblattes durch die Reichspressekammer. Am 16. September 1934 erschien die erste Ausgabe von "Kirche und Leben", das jetzt als "Katholisches Kirchenblatt für Oldenburg" in Vechta herausgegeben wurde. Vikar Gillmann, der wieder die Schriftleitung übernahm, begründete das neue Blatt mit der Notwendigkeit moralisch-religiöser Orientierung und Führung der Gläubigen, die angesichts der weltanschaulichen Auseinandersetzungen in dieser Zeit immer dringender geworden sei. Er charakterisierte den Kampfcharakter der kirchlichen Zeitung mit den Worten:

"Allen Suchenden will es Wegweiser sein. Zumal in dem riesigen Geisteskampfe des Neuheidentums, das auch schon auf dem Lande Wurzeln zu schlagen sucht, will es allen Ringenden das Rüstzeug geben, dessen sie bedürfen im Kampfe um die ewigen Wahrheiten."<sup>814</sup>

Nach dem Stand vom 1. April 1935 erreichte die Kirchenzeitung, die von der Post vertrieben wurde, eine Auflage von 13 419 Exemplaren.<sup>815</sup> Mehrere Beiträge im Sommer 1935, die sich mit dem Wort vom "positiven Christentum" und der völkischen Religiosität der Deutschen Glaubensbewegung auseinan

---

<sup>814</sup> SIEVE, Leben, S. 11.

<sup>815</sup> SIEVE, Leben, S. 12. Die Gestapo Oldenburg gab die Auflage von "Kirche und Leben" am 7. August 1935 mit ca. 14 000 Exemplaren an. (KUROPKA, Wahrheit, S. 59)

dersetzten und Predigten sowie Hirtenbriefe Galens enthielten, erregten den Einspruch des oldenburgischen Staatsministeriums. Die deutschgläubige Bewegung, die vor 1933 lediglich ein Bündel zerstrittener Gruppierungen und Vereine gewesen war, hatte sich unter dem Eindruck des nationalen Aufbruchs Ende Juli 1933 zur "Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung" formiert. An ihrer Spitze standen der Tübinger Religionswissenschaftler Wilhelm Hauer und der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Graf Ernst Reventlow. Wie Franz von Papen glaubte auch Wilhelm Hauer, den Nationalsozialismus in seinem Sinne deuten zu können. Die Entwicklung der Deutschen Glaubensbewegung beunruhigte zunächst die protestantische Theologie und Kirche, weil ihr hier eine Konkurrenz zu den Deutschen Christen zu erwachsen schien. Die Beauftragung Rosenbergs mit der Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände am 31. Januar 1934 alarmierte schließlich auch die katholische Kirche, weil Rosenbergs "Mythus" die Lehre von der arteigenen Religion enthielt, die auch die Deutsche Glaubensbewegung propagierte.<sup>816</sup>

In der oldenburgischen Kirchenzeitung "Kirche und Leben" erfuhr die deutschgläubige Bewegung eine scharfe Verurteilung, die sich vor allem gegen die sog. "Hauer-Bewegung" richtete.<sup>817</sup> In einem umfangreichen Artikel unter dem Titel "Von der Deutschen Glaubensbewegung" stellte das Kirchenblatt fest, daß sich gegenwärtig "zwei geistige Heere einander im Kampfe" gegenüberstünden, der "Heerbann Christi", als die sich die katholische Kirche verstand, und die Deutsche Glaubensbewegung. Ein neuer Glaube wolle "aus der alleinigen Kraft des Blutes und der Rasse" und "aus dem Ahnenerbe unseres Volkes" eine "nordische, artgemäße, für alle Deutschen allein gültige Religion" schaffen. Die Deutsche Glaubensbewegung stamme "aus einer Selbstverherrlichung des Menschen (wie die frühere liberalistische Zeit uns etwa dies im Naturalismus oder Monismus oder deutschen Idealismus kundtat) zur Höchstentfaltung des Menschen", das Christentum hingegen komme "von Gott zur Verherrlichung Gottes". Deshalb stehe die Deutsche Glaubensbewegung im Gegensatz zum Christentum: "Die Glaubensbewegung in der Eigenwertigkeit von Mensch und Rasse und in der Übersteigerung des Ich im Menschen, das Christentum in

---

<sup>816</sup> SCHOLDER, Kirchen 2, S. 130ff.

<sup>817</sup> Kirche und Leben 2. Jg., Nr. 26, 30.6.1935, S. 267, Nr. 27, 7.7.1935, S. 273 und 279, Nr. 28, 14.7.1935, S. 291, Nr. 30, 28.7.1935, S. 315f.



der ewigen Wahrheit und Liebe Gottes." Die Geschichte der katholischen Kirche stelle aber nachdrücklich unter Beweis:

"Kein schlechter Papst, keine Irrlehre und keine noch so lebendige Ueberzeugung waren bisher in stande, auch nur einen Schatten von Irrtum auf die reine Wahrheit der Lehre der Kirche zu werfen. Weltmenschen werden sicherlich im 'Machtstreben', in 'Unterdrückung' und 'Gewissenszwang' Gründe für diese einzig dastehende und absolute in der Weltgeschichte **einmalige** Erscheinung suchen; wir Katholiken wissen es besser: **Der Geist Gottes lebt in der Kirche und wird bei uns bleiben bis zum Ende der Zeiten!**"<sup>818</sup>

"Kirche und Leben" druckte in der Ausgabe vom 30. Juni 1935 die Predigt ab, die Bischof Clemens August am Pfingstmontag des Jahres in der Coesfelder Lambertikirche gehalten hatte. Darin hatte er die öffentlichen Diffamierungen der katholischen Kirche, die vom Staat nicht unterdrückt würden, verurteilt und offen vor den Gefahren der völkischen Religion im sog. "Neuheidentum" gewarnt:

"Es ist ja leider so, daß heute in Deutschland offen für Heidentum geworben wird. Daß arme Menschen, die wahres Christentum niemals gekannt, die niemals das Licht der Welt geschaut haben, uns zurückführen möchten in das Dunkel der vorchristlichen Zeit [...]. Zu einem Glauben ohne Klarheit, ohne Festigkeit, ohne Jenseitshoffnung und damit ohne Trost und Leid. Es ist schon traurig, daß in Zeitungen und Zeitschriften, die vielen aufgedrängt werden, sogar in Schriften für die Jugend, die christliche Bedeutung unserer Volksfeste herabgemindert oder verschwiegen, die Erinnerung an heidnische, vorchristliche Gebräuche über Gebühr gepflegt und in verdächtiger und gefährlicher Geschäftigkeit übermäßig betont wird. Da heißt es freilich auf der Hut sein, besonders für Eltern und deren Stellvertreter, daß solche falschen und die Wahrheit verfälschenden Darstellungen nicht Unheil stiften, daß Druckschriften solcher Art, wenn sie aus wichtigen Gründen nicht dem Hause ferngehalten werden können, doch nicht solchen in die Hände fallen, die zu unerfahren sind, um Wahres und Falsches zu unterscheiden."<sup>819</sup>

---

<sup>818</sup> Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 26, 30.6.1935, S. 261-263.

<sup>819</sup> Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 26, 30.6.1935, S. 258. Unter der Überschrift "Seid nüchtern und wachsam" unterrichtete Bischof Clemens August seine Diözesanen in einer Weise, die eindeutig politisch zu verstehen war: "Als Sankt Petrus sich zu dieser Mahnung veranlaßt fühlte, war die Lage der Christengemeinde genauso bedroht wie heute bei uns. Auch heute geht der Teufel wieder umher wie ein brüllender Löwe, suchend, wen er verschlingen könnte. Man braucht ja nur die Augen und die Ohren aufzumachen! Man braucht nur wachsam und nüchtern zu sein." An die katholischen Eltern richtete Clemens August den dringenden Appell: "Wachsam sein, das ist besonders eine Mahnung für die Eltern gegenüber den Kindern, die heute mehr denn je glaubens- und kirchenfeindlichen Einflüssen ausgesetzt sind. Die Eltern haben vor Gott eine Verantwortung, die ihnen niemand abnehmen kann. Wenn Satan es fertig brächte, den Wächtern der Kinder Schlafpulver zu verabfolgen, hätte er leichtes Arbeiten." (S. 259)

In seiner Predigt aus Anlaß der 400-Jahrfeier der Vertreibung der Widertäufer aus der Stadt Münster forderte Clemens August die weltliche Obrigkeit auf, zur Anerkennung der göttlichen Ordnung zurückzukehren und sich unter den Glaubensgehalt der christlichen Offenbarung zu stellen. Auch diese Predigt wurde in "Kirche und Leben" wiedergegeben:

"Im Glauben an Gott und die von ihm geoffenbarte Wahrheit, im Gehorsam gegen Gott und sein heiliges Gesetz fand sich damals, findet sich immer, auch heute, der Ausgleich zwischen Autorität und Freiheit, zwischen Obrigkeit und Untertanen. Die von beiden Seiten anerkannte Bindung an Gottes Willen und Ordnung gibt der Obrigkeit ihre Würde und die die Gewissen bindende Gewalt, gibt den Untertanen Schutz ihrer Rechte, ihrer Freiheit, ihrer Sicherheit vor menschlicher Willkür und Gewalttat."

In der Herrschaft der Widertäufer erkannte Clemens August eine offene Auflehnung "gegen die Gottesordnung in der Kirche" und eine "Empörung gegen die weltliche Obrigkeit", die "die rechtmäßige Obrigkeit" gewesen sei. Der regierende Landesherr, der Fürstbischof von Münster, und die ihn unterstützenden Reichsfürsten hätten nach Röm. 13 ausdrücklich "das Recht und die Pflicht" gehabt, "der revolutionären Gewaltherrschaft der Widertäufer mit Gewalt, mit dem Schwerte ein Ende zu machen". Daraus leitete Clemens August eine antirevolutionäre Doktrin ab, die für die politische Gegenwart von großer Bedeutung war:

"Wer bewußt vom Gehorsam gegen eine von Gott gesetzte Obrigkeit sich lossagt, kündigt Gott den Gehorsam, von dem jede menschliche Obrigkeit ihr Recht hat, die Freiheit des einzelnen zur Ordnung zu binden. Dann bleibt als einziges Mittel, die Einfügung des einzelnen in die Ordnung des Gemeinwohles durchzusetzen, die Gewalt."<sup>820</sup>

Unter Bezugnahme auf die Kulturkampfzeit erinnerte Bischof Clemens August in einer Verlautbarung zur Durchführung der "Großen Prozession" in Münster am 8. Juli 1935 an seine Vorgänger Weihbischof Caspar Maximilian, der am sog. Nationalkonzil in Paris im Jahre 1811 teilgenommen und Napoleon mutig widersprochen hatte, und Bischof Johann Bernard Brinkmann, der 1875 von den preußischen Behörden verhaftet worden war und sich ins Exil nach Holland

---

<sup>820</sup> Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 28, 14.7.1935, S. 282. Clemens August bekannte persönlich: "Ich weiß nicht, ob mir ähnliches bevorsteht; ob auch ich noch einmal gewürdigt werde, 'für den Namen Jesu Schmach zu leiden', nicht nur durch Mißkennung und Vorwürfe, sondern auch durch Beraubung der Freiheit, durch Mißhandlung und Leiden. Sollte Gottes Vorsehung mich solcher Nachfolge der Apostel würdigen, so hoffe ich, daß Gottes Gnade mir den Willen erhält, lieber alles zu ertragen, als vom Wege der Pflicht abzuweichen, daß Gottes Beistand in schweren Stunden mir Licht und Stärke gibt, es den früheren Bischöfen von Münster in Opfermut und Standhaftigkeit gleich zu tun." (S. 289)

begeben hatte.<sup>821</sup> Die Ausgabe vom 7. Juli 1935 stellte die Schicksalsfrage für das christliche Deutschland und verband sie mit dem Konflikt um die Erhaltung der konfessionellen Schule, um die in Süddoldenburg ein Jahr später ein offener Kampf entbrennen sollte:

"Deutschland steht in dieser Zeit vor der Frage, ob das **Christentum** nach wie vor **Seele** und **Antlitz Deutschlands** formen soll, oder ob das neue **Heidentum** die Weltanschauung unseres Volkes werden soll. Es ist die Frage, wie das Schicksal der **konfessionellen Schule** gestaltet wird. Die geistige Einstellung unserer **Jugend** zu Christus und Kirche ist einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Gegen die Kirche wird offen Sturm gelaufen mit den unwissenschaftlichsten und beleidigendsten Methoden. Die Bindung an feste **Glaubenssätze**, der Glaube an einen persönlichen **Gott**, die demütige Annahme der **Erlösung**, das alles steht in Gefahr, von einem geheimen Liberalismus und offenen Unglauben abgelöst zu werden."<sup>822</sup>

Im Artikel "Der Weg, der zum Ziele führt" formulierte "Kirche und Leben" - ein Autor wird nicht genannt - diese Gedanken aus. Darin bekannte sich das Kirchenblatt zur nationalen Einheit im Zeichen der nationalsozialistischen Herrschaft, grenzte sich aber gleichzeitig von einer "neuen deutschen Religion" und vom Gedanken einer "deutschen Nationalkirche" ab:

"Uns trägt der gleiche Boden wie jene, die ihre Weltanschauung auf dem völkischen Erleben aufbauen. In unseren Adern fließt dasselbe Blut. Mit ihnen teilen wir den Willen, unseres Volkes Not zu bannen. Was uns aber von ihnen trennt, ist, daß wir das, was uns völkisch eint, **nicht zum Letzten und Höchsten erheben. Das Letzte und Höchste ist Gott, der die Welt und den Menschen erschuf und sie erhält, der den gefallenen Menschen durch den Tod am Kreuze erlöste und dessen in seiner Kirche verkündetes Wort der Weg, die Wahrheit und das Leben ist.** Es ist unsere Aufgabe, Mensch und Welt als aus Gott stammend zu erkennen und beide nach seinem Willen zu gestalten."<sup>823</sup>

Dieser Artikel enthielt eine eindeutige Absage an Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" und an die Deutsche Glaubensbewegung. In dieser Artikelserie erschien am 28. Juli 1935 auch eine von der Heimatschriftstellerin Elisabeth Reinke verfaßte Kritik an dem von der NSDAP im Gau Weser-Ems mit großem propagandistischem Aufwand ins Werk gesetzten Schauspiel "De Stedinge" von dem Oldenburger Heimatdichter August Hinrichs, das auf dem Book

---

<sup>821</sup> Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 30, 28.7.1935, S. 311; SCHRÖER, Bischöfe, S. 275f.

<sup>822</sup> Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 27, 7.7.1935, o. S.: Aus den Dekanaten (im Artikel unter dem Titel: "Es kommen neue Priester! Alleluja!").

<sup>823</sup> Ebd., S. 269.

holzberg bei Altenesch aufgeführt wurde.<sup>824</sup> Mit einer Kanzelabkündigung warnte das Bischöfliche Offizialat vor dem Besuch der Aufführung, weil sie antikatholische Tendenzen enthielt. In einem umfangreichen Kommentar setzte sich der "Schriftwalter" von "Kirche und Leben", Vikar Gillmann, mit einer Rede auseinander, die Reichsleiter Robert Ley anlässlich einer Reichstagung von "Kraft durch Freude" in Hamburg gehalten hatte. Ley hatte in Hamburg erklärt:

"Wenn ich das Leben verneine, dann muß ich die Sünde bejahen, und wenn ich die Sünde bejahe, dann muß ich Buße tun, und wenn ich Buße tue, bin ich ein Knecht und bin minderwertig, und das ist die **Lehre für die Schwachen** und für die Niedrigen und Erbärmlichen. (Beifall.) Der Sünde steht bei uns gegenüber die **Disziplin**, und der Buße und der daraus erwachsenden Minderwertigkeit steht gegenüber der Stolz, und dem Schwachen steht gegenüber der Starke, und dem Genuß, der nur die gemeinen Triebe befriedigt, steht gegenüber die Freude. (Beifall.)."

Vikar Gillmann wies in seiner Antwort auf eine Trennung von Politik und Religion hin, die auch von den Nationalsozialisten angestrebt werde. Diese bedeute aus katholischer Sicht aber auch, "daß in einem christlichen Staat das praktische Leben von der Religion gar nicht zu trennen ist, daß es also viele Berührungspunkte und auch gemischte Fragen gibt, die Staat und Kirche gemeinsam zu lösen haben". Auf der anderen Seite habe zum Schutz der Kirche der Grundsatz zu gelten: "Die politische Betätigung des Menschen meide den religiösen Raum!" Sünde, Buße und Beichte gehörten zu "den ewiggültigen Bestandteilen des religiösen Glaubensgutes jener christlichen Konfessionen, von denen Adolf Hitler gesagt hat, sie seien wichtige Faktoren zur Erhaltung des deutschen Volkstums". Die Freude sei eine "seelische Grundhaltung" des Christentums und so stark in das Bewußtsein der Heiligen eingegangen, daß sie trotz Verfolgung und Tod noch zu lächeln verstanden hätten:

"So ist es rechte katholische Haltung."<sup>825</sup>

---

<sup>824</sup> NIERMANN, Kultfiguren, S. 138-149; Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 31, 4.8.1935; S. 320f.; SIEVE, Leben, S. 15-18: Wiedergabe der Rede und des Kommentars von Gillmann. Elisabeth Reinke distanzierte sich in unpolitischer Weise von der Aufführung mit den Worten: "Ich muß gestehen, so oft wir Katholiken katholische Dinge und Personen von Nichtkatholiken dargestellt sehen, ist es stets zum Davonlaufen. Man karikiert jene Personen, die man gar nicht kennt, deren Wesen und Wirken man nie beobachtet hat und anscheinend nie beobachten will. Gelegenheit wäre überall. Ich habe nie begreifen können, wie man auf deutschen Theatern so oberflächlich arbeiten mag." (S. 320)

<sup>825</sup> Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 31, 4.8.1935; S. 322f.; SIEVE, Leben, S. 15-18.

Selbst unter den totalitären politischen Umständen des Jahres 1935 galt die ideologische Abgrenzung der katholischen Kirche dem "geheimen Liberalismus", um gar nicht erst den Verdacht aufkommen zu lassen, aus dem Kampf der katholischen Kirche gegen den geistig-kulturellen Führungsanspruch des "Dritten Reiches" könnten Sympathien für den untergegangenen Liberalismus Weimarer Prägung abgeleitet werden.

#### **4.9.1.2. Das Ende von "Kirche und Leben"**

Nach Berichten der Gestapo verfügte Reichsinnenminister Frick aufgrund dieser ideologiekritischen Artikelserie am 27. Juli 1935 ein sofortiges Verbot von "Kirche und Leben" für drei Monate.<sup>826</sup> Der Versuch, vom Verlag Regensburg das unter Vorzensur stehende "Münsterische Kirchenblatt" als Ersatz nach Vechta auszuliefern, scheiterte schon nach der Sendung von wenigen Ausgaben.<sup>827</sup> Seit dem Herbst 1935 stand "Kirche und Leben" unter Vorzensur. Am 1. Juli 1936 wurde Domvikar Walter Adolph als Leiter der Fachschaft der katholisch-kirchlichen Presse in der Reichspressekammer abgesetzt; seinen Platz nahm fortan SS-Führer Anton Willi ein. Mit diesem Wechsel wurde der bischöfliche Einfluß auf die Fachschaft ausgeschaltet. In einer ersten Verordnung vom 4. Juli 1936 verfügte Willi, daß in jeder Diözese in Zukunft nur ein Kirchenblatt erscheinen durfte.<sup>828</sup> Das führte in der Diözese Münster zu einem großen Dilemma, weil hier insgesamt sechs verschiedene Kirchenblätter existierten. Das Oldenburger Kirchenblatt konnte weiter erscheinen, wurde aber immer größeren Restriktionen ausgesetzt, so daß von katholischer Seite über die aufsehenerregenden kirchen- und schulpolitischen Ereignisse der Jahre 1936 bis 1938 nicht mehr authentisch berichtet werden konnte. So wurde die katholische Kirchenzeitung in Oldenburg auf dem Verordnungs- und Verfügungswege ihrer eigentlichen Aufgabe beraubt. Nach erbitterten Kontroversen zwischen dem Berliner Fachschaftsleiter Willi und Vikar Gillmann im Herbst 1939 und Frühjahr 1940 wurde Gillmann am 28. Januar 1941 in Schutzhaft

---

<sup>826</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 59-61: aus den Halbmonatsberichten des Geheimen Staatspolizeiamtes Oldenburg. Frick berief sich dabei auf die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933.

<sup>827</sup> SIEVE, Leben, S. 14. Im "Münsterischen Kirchenblatt" waren zensierte Abschnitte als weiße Flächen erschienen, um den Leser nachdrücklich auf die Eingriffe der politischen Zensur in die Freiheit von Religion und Kirche aufmerksam zu machen.

<sup>828</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 535f.

genommen. Im Frühjahr 1941 wurden sämtliche kirchlichen Zeitschriften in Deutschland verboten. Die letzte Ausgabe von "Kirche und Leben" erschien am 25. Mai 1941.<sup>829</sup>

Den geistigen Kern des politischen Konflikts, der zwischen der katholischen Kirchenzeitung und dem nationalsozialistischen Regime ausgetragen wurde, erschließt ein Beitrag in Kirche und Leben vom 5. November 1933. Dieser Aufsatz setzte sich unter dem bezeichnenden Titel "Gott und Kaiser - Kirche und Staat" auf der Grundlage der traditionsreichen Koordinationstheorie selbst unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen noch für die gleichberechtigte Stellung von Kirche und Staat ein und machte deutlich, daß nicht der NS-Staat als solcher, sondern sein totalitärer Anspruch, seine politische Omnipotenz, zurückgewiesen wurde. Aus der Koordinationstheorie leitete die Kirchenzeitung auch die Freiheit der katholischen Kirche unter den gegebenen politischen Verhältnissen ab:

"Kirche und Staat sind zwei Gesellschaften, die nach Gottes Willen nebeneinander bestehen. Jede von ihnen hat ihre besonderen Ziele und Aufgaben. Jede hat ihr eigenes Oberhaupt, ihre eigene Verwaltung, eigene Rechtsbegriffe und ist für diese selbständig und frei.

Das Ziel des Staates ist die natürliche Wohlfahrt der Gesamtheit. Diese Wohlfahrt soll er durch die Mittel der irdischen Kultur fördern. Er ist seiner Natur nach eine gottgewollte Einrichtung. [...] Die Kirche hat die Aufgabe, den Menschen das übernatürliche Leben der Gnade zu vermitteln und sie ihrem ewigen Ziele entgegenzuführen. Christus selbst hat ihr den Auftrag hierzu erteilt und ihr feierlich die entsprechenden Vollmachten gegeben. Jeder Eingriff in ihre Rechte ist zugleich ein Eingriff in die Rechte Gottes. [...]

Das Verhältnis von Kirche und Staat wäre also durchaus einfach u. das pflichtgemäße Verhalten der Menschen zu beiden Obrigkeiten wäre klar bestimmt, wenn alle Rechtsbezirke der Kirche und des Staates sich scharf gegeneinander abgrenzen ließen. Das ist aber im praktischen Leben nicht der Fall."

Eine "absolute Neutralität des Staates gegenüber der Kirche" sei nicht möglich. Weil "die äußere Macht immer in den Händen des Staates" liege, wäre "eine solche völlige Trennung gleichbedeutend mit einem Einbruch der weltlichen Obrigkeit in das Hoheitsgebiet der Kirche". Daraus ergab sich die Konfliktsituation, die der Artikel - ohne sich auf die gegenwärtige politische Lage konkret zu beziehen - offen vorstellte und zugunsten von Religion und Kirche entschieden wissen wollte:

---

<sup>829</sup> SIEVE, Leben, S. 18-22.

---

"Es ist derselbe Mensch, der als Bürger dem Staate und als Christ der Kirche angehört. Für den gläubigen Menschen darf es jedoch in solchen Fällen nur eine Entscheidung geben: der übernatürlichen Lebensordnung gebührt der Vorrang vor der natürlichen."<sup>830</sup>

Diese Grundsätze erfuhren im Totalitarismus des "Dritten Reiches" erwartungsgemäß eine radikale Absage. Einer ihrer prominentesten Verfechter war der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen. Er hielt an der grundsätzlichen Koexistenz dieser beiden Gewalten fest, entschied sich aber im Konfliktfalle als katholischer Oberhirte für Religion und Kirche. Eine andere Haltung war für ihn nicht denkbar.

#### 4.9.2. Der Streit um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts"

Am 24. Januar 1934 unterzeichnete Hitler den Erlaß, der Reichsleiter Alfred Rosenberg mit der Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei beauftragte und ihn ermächtigte, zu diesem Zweck ein Amt in der Reichsleitung der NSDAP zu errichten.<sup>831</sup> Damit rückte der prominenteste Vertreter einer völkischen Religion in eine politische Schlüssel-funktion des "Dritten Reiches". Diese Entscheidung provozierte die deutschen Bischöfe, weil sie die Vermutung nahelegte, daß damit der "Mythus" offiziell zur Grundlage der gesamten weltanschaulichen Schulung der Partei

---

<sup>830</sup> Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 45, 5.11.1933, S. 354f. Der Aufsatz wurde verfaßt von H. Fassbinder.

<sup>831</sup> BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 25ff. Rosenberg führte künftig den Titel "Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP" und war zuständig für die Partei, die Deutsche Arbeitsfront, KDF und die gleichgeschalteten Verbände. Die Ernennung Rosenbergs ging auf den Wunsch von Reichsorganisationsleiter Robert Ley zurück, der ihn zur Mitarbeit an seinem Programm der Parteiführernachwuchsbildung in den Ordensburgen und für die ersten Schulungsversuche gewinnen wollte. Alfred Rosenberg (1893 - 1946) wurde 1923 Hauptschriftleiter des "Völkischen Beobachter"; er behielt diese Funktion bis 1945. Im gleichen Jahr nahm er am Hitler-Putsch in München teil. Nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 zog Rosenberg als einer von 107 NSDAP-Abgeordneten in den Deutschen Reichstag ein. Am 1. April 1933 trat er an die Spitze des Außenpolitischen Amtes (APA) der Partei und erhielt den Rang eines Reichsleiters der NSDAP. Als "Beauftragter des Führers" für die weltanschauliche Überwachung und Schulung der NSDAP wurde Alfred Rosenberg zum eigentlichen Adressaten der katholischen Kultur- und Ideologiekritik, verlor aber später an Einfluß und Bedeutung im Nationalsozialismus. 1946 wurde er als "Urheber des Rassenhasses" vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet. (BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 9ff.)

werden würde.<sup>832</sup> Unter Aufbietung ihrer ganzen moralischen Kraft und mit beschwörenden Kundgebungen nutzten die deutschen Bischöfe den "Weltanschauungskampf" um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts", um die Geschlossenheit der katholischen Kirche aufrechtzuerhalten und die Glaubwürdigkeit des überlieferten katholischen Glaubens zu bewahren. Der "Kulturkampf" trat in eine neue Phase.

Alfred Rosenberg verfolgte nach Auffassung höchster Repräsentanten der katholischen Kirche mit dem "Mythus des 20. Jahrhunderts" die Absicht, den christlich-römischen Glauben durch eine nordische 'Religion' des Blutes zu ersetzen, und formulierte damit religiöse Vorstellungen der Deutschen Glaubensbewegung. Er strebte einen "Ersatz der die quälende Kreuzigung darstellenden Kruzifixe in Kirchen und auf Dorfstraßen" an und sah die Aufgabe einer Deutschen Kirche darin, "an Stelle der Kreuzigung den lehrenden Feuergeist, den Helden im höchsten Sinn" zu verehren. Im christlichen Kruzifix erkannte Rosenberg einen Herz und Sinn des Menschen deprimierenden religiösen Ausdruck, der die politische Erneuerungsbewegung nicht beflügeln könne:

"Das Kruzifix ist das Gleichnis der Lehre vom geopfertem Lamm, ein Bild, welches uns den Niederbruch aller Kräfte vors Gemüt führt und durch die fast immer grauenhafte Darstellung des Schmerzes innerlich gleichfalls niederdrückt, 'demütig' macht, wie es die herrschsüchtigen Kirchen bezweckten."<sup>833</sup>

Rosenberg sah die Aufgabe des Jahrhunderts darin, die religiöse Sehnsucht des nordischen Menschen durch die Errichtung einer Deutschen Kirche zu erfüllen. Die Leidensgestalt des Gekreuzigten wie die demütigende Erbsündenlehre waren für ihn zwei Gründe, den christlichen Glauben aus politischen Motiven zu verwerfen und ihn durch ein neues "religiöses Suchen" zu ersetzen:

"Wir erkennen heute, daß die zentralen Höchstwerte der römischen und der protestantischen Kirche als negatives Christentum unserer Seele nicht entsprechen, daß sie den organischen Kräften der nordisch=rassisch bestimmten Völker im Wege stehen, ihnen

---

<sup>832</sup> SCHOLDER, Kirchen 2, S. 134f.; BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 73ff. "Der Mythus des 20. Jahrhunderts" erschien in der Erstauflage 1930 im Hoheneichen-Verlag, der der NSDAP nahe stand. Gegen Rosenberg hatte sich auf katholischer Seite vor 1933 besonders der Kapuzinerpater Ingbert Naab gewandt. In seiner Zeitschrift "Der Weg. Monatsschrift für die oberen Klassen der höheren Lehranstalten" bezichtigte er Rosenberg der Verfälschung der Idee vom "positiven Christentum" und widerlegte die Behauptung, daß es sich beim "Mythus" um eine private Meinungsäußerung Rosenbergs handle. (BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf; S. 143ff.)

<sup>833</sup> ROSENBERG, Mythus, S. 616.



---

Platz zu machen haben, sich neu im Sinne eines germanischen Christentums umwerten lassen müssen. Das ist der Sinn des heutigen religiösen Suchens."<sup>834</sup>

Rosenberg forderte die Überwindung der Konfessionsschulen, da es "genau so viel Schultypen, wie es auf verschiedene Werte als Höchstwerte begründete Systeme gibt", und "das einzige geistige große Chaos des heutigen Lebens" war nach seinen Worten "die Folge des hemmungslosen Ringens Dutzender von Gedankensystemen um die Vorherrschaft". Für das Schulwesen sollte sich die Zentralgewalt gegen jede konfessionelle oder politische Spaltung durchsetzen:

"Hier hat der Nationalstaat ohne jeden Kompromiß die Alleinherrschaft zu beanspruchen, will er bodenverwurzelte Staatsbürger erziehen, die sich einst bewußt sein sollen, wofür sie im Leben kämpfen, zu welcher Ganzheit von Werten sie ungeachtet aller Einzelzüge gehören."<sup>835</sup>

In der Ablehnung des konfessionellen Schulsystems spiegelte sich bei Rosenberg auch die ideologische Verwerfung des bürgerlichen Liberalismus wider. Mit seinen Forderungen setzte er sich in einen diametralen Gegensatz zur traditionellen Lehre der katholischen Kirche. Das Heilige Officium in Rom setzte Rosenbergs "Mythus" bereits am 7. Februar 1934 auf den "Index librorum prohibitorum". Der Konflikt war vorprogrammiert, die Weichen für den Modus seiner Bewältigung waren in Südoldenburg seit 1933 ebenfalls gestellt.<sup>836</sup>

#### **4.9.2.1. Reaktionen auf den "Mythus des 20. Jahrhunderts"**

Die katholische Kirche verwarf den "Mythus" Rosenbergs in den "Studien zum Mythus des XX. Jahrhunderts", die in Münster von Bischof Clemens August als Anlage zum Kirchlichen Amtsblatt herausgegeben wurden. Die Verbreitung der "Studien" ging von der Diözese Münster aus, nachdem der Kölner Erzbischof, Kardinal Schulte, sich geweigert hatte, die Schrift herauszugeben. Der Veröffentlichung der "Studien" verweigerte Schulte offensichtlich seine Zustimmung, weil er die Privilegien eines kirchlichen Anzeigers nicht gefährden wollte. Eine Verschlechterung im Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der nationalsozialistischen Regierung hatte er ebenfalls deutlich

---

<sup>834</sup> Ebd., S. 215.

<sup>835</sup> Ebd., S. 624f.

<sup>836</sup> GELHAUS/REINHARDT, Das Clemens-August-Gymnasium im Spiegel der Zeit, 5. Teil: In den Krieg, IN: MT vom 7.7.1989.

registriert.<sup>837</sup> Galen empfahl in einem Vorwort dem Klerus die Lektüre der "Studien" mit den Worten:

"Dem hochwürdigen Klerus übergeben wir hiermit eine Schrift, in der deutsche Fachgelehrte über den Inhalt und die Quellen des Buches 'Mythus des XX. Jahrhunderts' Aufklärung geben. Sie ist geschrieben in Liebe zum deutschen Vaterland, zur Heiligen Kirche und zur Wahrheit. Möge sie in diesem Sinne wirken."<sup>838</sup>

Die anonymen Verfasser der "Studien" betonten ebenfalls, daß die "Prüfungen des vielgenannten Buches" nicht anders als "in heißer Liebe zum Vaterlande und zur Kirche" vorgenommen worden seien. Sie wehrten sich gegen den Vorwurf Rosenbergs, Rom sei "deutschfeindlich", und warnten vor den sittlichen Folgen eines areligiösen deutschen Volkstums:

"Wie soll unser Vaterland in seiner schweren Not gesunden, wenn nicht der Respekt vor dem Religiösen, die Achtung vor fremder Überzeugung das ungeschriebene Grundgesetz des öffentlichen Lebens wird."

Was Rosenberg als "positives Christentum" bezeichne, bedeute nicht nur die Ablehnung der Gottheit Christi, der Heiligen Schriften und der Kirche Christi, sondern auch "Abweisung der Erlösung durch Christi Tod, Aufhören der Meßfeier als der Erneuerung dieses Opfers, Entfernen der Kreuzfixe nicht nur aus den Schulen, nein aus den Kirchen". Das alles geschehe "im Namen des Christentums selbst".<sup>839</sup> Die Verfasser der wissenschaftlich angelegten Studien förderten eine Reihe von historischen Fehlern zutage, die der "Mythus" enthielt, und wiesen detailliert seine ideologischen Tendenzen nach. Die Geister schieden sich vor allem an der Einschätzung der Person Jesu Christi. Während Rosenberg in Jesus lediglich eine "große Persönlichkeit" sah, seine Gottessohnschaft und Erlösungstat aber nicht anerkannte, beharrten die deutschen Bischöfe auf der geoffenbarten Wahrheit des Neuen Testaments, die als Fundament der heiligen katholischen Kirche keinen Zweifel duldete.<sup>840</sup>

---

<sup>837</sup> BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 149f., 155. Der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, traf am 7. Februar 1934 mit Hitler zusammen und überreichte ihm ein Memorandum, in dem die Übergriffe der NSDAP in der Erzdiözese Köln zusammengestellt waren. Schulte gewann in dieser Unterredung den Eindruck, daß ein Umschwung in der Beziehung der Reichsregierung zur katholischen Kirche eingetreten sei. Die katholische Bevölkerung erfahre immer deutlicher, daß der Nationalsozialismus eine feindliche Haltung gegenüber Kirche und Christentum einnehme und sich im Gegensatz zur Konkordatspolitik befinde.

<sup>838</sup> Münster, Studien, o. S.: Geleit vom 15. Oktober 1934; KUROPKA, Galen, S. 116.

<sup>839</sup> Münster, Studien, S. 61ff., 81ff.

<sup>840</sup> BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 154ff.

Alfred Rosenberg antwortete auf den "Antimythos", der von katholischen Theologen in Köln ausgearbeitet worden war, mit einer weiteren Schrift. Auf die antirömische Satire der "Dunkelmännerbriefe" deutscher Humanisten des frühen 16. Jahrhunderts anspielend, trug sie den Titel: "An die Dunkelmänner unserer Zeit. Eine Antwort auf die Angriffe gegen den 'Mythus des 20. Jahrhunderts'." Nach Rosenberg war die Veröffentlichung der "Studien" durch das Reichskonkordat nicht gedeckt, "weil es sich hier um keinerlei Verfügungen oder Anordnungen der Bischöfe handelt, sondern - wie man sich selbst ausdrückt - um 'wissenschaftliche' Beiträge 'deutscher Fachgelehrter', die man aus verschiedenen Städten bemüht hat, um die in meinem Buche aufgestellten Behauptungen zu widerlegen".<sup>841</sup> Rosenberg bedauerte die Anonymität der Autoren und bestritt ihre wissenschaftliche Qualifikation. Er sah sich in der historischen Verantwortung und war sich bewußt, "daß der Anmaßung der sogenannten Latinität, als der Ausgang aller Kultur betrachtet zu werden, eine Absage, soweit das deutsche Wesen in Frage kommt, erteilt werden mußte, wollte Deutschland nicht von vornherein auf eine ihm gemäße Wiedergeburt verzichten". Im anderen, rein religiösen Falle, hätte er darüber hinweggesehen:

"Wenn meine Gegner sich darauf beschränkt hätten, ihren katholischen Standpunkt eindeutig zu verteidigen, meine Anschauungen zurückzuweisen, das Feld der Politik und Forschungskämpfe aber außer acht zu lassen, so hätte ich nie daran gedacht, eine Gegenschrift zu verfassen [...]."<sup>842</sup>

Die "Studien" seien zum "Hauptarsenal aller römisch=katholischen Schriftsteller, Prediger, zentrümlichen Zeitschriften und Zeitungen" geworden und ihre Angriffe seien "nichts weiter als ein groß angelegter, aber doch dreister Versuch, von jenen Verbrechen am deutschen Volkstum abzulenken, für die die römische Kirche mit ihrer Zentrumsparterie voll verantwortlich" sei. Denn die Politik des Zentrums im letzten halben Jahrhundert sei "eine Politik der Kirche" gewesen, das Zentrum habe "hier nur den weltlichen Arm einer Kirchenpolitik internationalen Ausmaßes" gespielt:

"Alles das, was an Kulturbolschewismus, was an Verhöhnung der deutschen Vergangenheit und Beschmutzung großer deutscher Persönlichkeiten vor sich gegangen ist, ist genau so Schuld der Sozialdemokratie wie Schuld des angeblich christlichen Zentrums."<sup>843</sup>

---

<sup>841</sup> ROSENBERG, *Dunkelmänner*, S. 12.

<sup>842</sup> Ebd., S. 101.

<sup>843</sup> Ebd., S. 6ff.

Kämpferisch rechnete Rosenberg bei dieser Gelegenheit mit der demokratischen Vergangenheit des politischen Katholizismus in Deutschland unter der Führung des Zentrums ab, wenn er feststellte:

"Vor dem Forum des deutschen Volkes stehen angeklagt die geistigen Führer des Zentrums und mit ihnen alle jene, die sich zu dieser Zentrumsführung bekannt haben und an führender Stelle wissen mußten, welche Sorte von Leuten hier gemeinsam mit Juden und Marxisten die Auslieferung Deutschlands betrieben hatten. Wenn heute ein Jesuit noch frei reden und schreiben darf, so sollte er der nationalsozialistischen Bewegung danken, daß er überhaupt noch tätig sein kann, aber das Wort im Namen von Glaubensfrieden und Volksgemeinschaft zu ergreifen, haben er und seinesgleichen für immer verwirkt."<sup>844</sup>

Ende Juli 1935 gab die Kirchenzeitung "Kirche und Leben" erst bekannt, daß Rosenbergs "An die Dunkelmänner unserer Zeit" auf den Index gesetzt worden sei.<sup>845</sup> Verbunden mit seiner Schrift "An die Dunkelmänner unserer Zeit" wurde Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" durch die Kreisschulungsämter vertrieben, die die Schrift an alle Kreisamtsleiter des NSLB weiterleiteten. Das Schreiben des Vechtaer Schulrats Höffmann vom 1. Juli 1934 vermittelt einen Eindruck von dem Konflikt, in den ein loyaler katholischer Schulaufsichtsbeamter durch die Verordnungspolitik der oldenburgischen NS-Regierung geraten konnte. Höffmann hatte den Schulen die Anschaffung von Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" empfohlen und erklärte sich gegenüber dem Ministerium Pauly mit persönlichen Einlassungen, die seine Konfliktlage deutlich widerspiegeln:

"Es trifft deshalb nicht zu, daß ich die Lehrerschaft aufgefordert habe, das angeführte Werk im Unterricht zu verwenden. Ich habe lediglich einen rassenbiologischen Geschichtsunterricht gewünscht und hierzu mündlich und schriftlich Beispiele gegeben, die jedoch keineswegs Rosenbergs Mythus entnommen sind oder kirchliche Lehren betreffen.

Es ist mir und auch der gesamten katholischen Lehrerschaft des Landes bekannt, daß Rosenbergs Mythus von der kathol. Kirche auf den Index gesetzt ist. Daraus folgt jedoch nicht, daß ich gegen kirchliche Lehren verstoßen habe, wenn die Kenntnis des Buches von mir gewünscht wird."<sup>846</sup>

Der moralisch-religiöse Widerspruch war mit dem auch kirchlicherseits gebotenen Grundsatz politischer Loyalität gegenüber Regierung und Staat nicht

---

<sup>844</sup> Ebd., S. 91.

<sup>845</sup> Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 30, 28.7.1935, S. 311.

<sup>846</sup> WILLENBORG, Schule, S. 35.

immer so zu vereinbaren, wie es offensichtlich Oberstudiendirektor Gottschalk am Gymnasium Antonianum in Vechta gelang. Gefolgschaftstreue spricht aus dem Bericht des Schulleiters, der für seinen Unterricht über Rosenbergs "Mythus" zusätzlich seinen Aufsatz "Stich ins Zentrum" und die Broschüre von Johannes Stark über "Nationalsozialismus und die katholische Kirche" heranzog. Gerade in Süddoldenburg galt es nach den Worten von Oberstudiendirektor Gottschalk, "die schlimmsten Entstellungen und Unwahrheiten", die in der "Systemzeit" ins Volk getragen worden seien, zu beheben. Der Vechtaer Schulleiter sah sich in der Oberprima seiner Schule zur Klarstellung veranlaßt, als am 7. Mai 1935 der Jesuitenpater Kasper in einem öffentlichen Vortrag über das Thema "Erbsünde und Rassegefühl" gesprochen und sich "in sehr herabsetzendem Tone über die alten Germanen und über die Edda" geäußert hatte. Gottschalk stellte in diesem Zusammenhang seine politischen Aufgaben und Pflichten heraus, die ihn offensichtlich auch in persönliche Widersprüche verwickelten:

"Hier zeigt sich die gefährliche Auswirkung der vielen kleinen Broschüren katholischer Theologen, die in Vechta als Gegenschriften gegen den 'Mythus' Rosenbergs verbreitet werden [...] Daß ich gegen solche Auffassungen der Schüler mit aller Schärfe einschreite, ist meine Pflicht als Nationalsozialist und Lehrer; mit Angriffen auf die Glaubenslehren der katholischen Kirche hat das nichts zu tun."<sup>847</sup>

Für den Geistlichen und Dozenten für katholische Theologie, Johannes Göken, machte sich das NS-Regime durch die politische Indoktrination auf der Grundlage von Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" offen "zum Träger und Schutzherrn des neuen Heidentums".<sup>848</sup> Die Jahre 1934/35 standen nach seinen Worten im Zeichen "einer immer stärkeren weltanschaulichen Durchdringung der Schule, ja man kann sagen, es kam dabei zu einem ausgesprochenen 'Weltanschauungskampf' zwischen Kirche und Staat."<sup>849</sup>

Johannes Göken (1898 - 1969) aus Thüle studierte nach dem Besuch des Vechtaer Gymnasiums Antonianum in Münster katholische Theologie und wurde dort am 3. Dezember 1922 zum Priester geweiht. 1931 beendete er sein Philologiestudium und promovierte mit einer wissenschaftlichen Arbeit über "Die wirtschaftliche Entwicklung des Alexanderstifts Wildeshausen im Mittelalter". Nach einer Tätigkeit als katholischer Religionslehrer am Gymnasium Antonianum in Vechta wurde Dr. Göken vom Bi

---

<sup>847</sup> Ebd., S. 113.

<sup>848</sup> GÖKEN, Kampf, S. 8.

<sup>849</sup> WILLENBORG, Schulpolitik, S. 64ff. Der Autor gibt einen informativen Überblick über die Auseinandersetzung, die sich zwischen dem Ministerium Pauly und dem süddoldenburgischen Katholizismus an der Schulffrage entzündete.

schöflichen Offizial Vorwerk zum Dozenten für katholische Theologie an der am 12. November 1936 neu eröffneten oldenburgischen Hochschule für Lehrerbildung ernannt. Wegen kritischer und ablehnender Äußerungen über den Nationalsozialismus wurde er 1938 aus dem Schuldienst entlassen und wirkte bis 1949 als Pfarrer in Hemmelte. Dann wurde er als Verwaltungs-Oberstudienrat nach Lingen berufen und war dort bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1964 tätig. Johannes Göken starb am 22. Februar 1969 in Lingen. 1947 veröffentlichte Göken im Verlag Fromm in Osnabrück unter dem Titel "Der Kampf um das Kreuz in der Schule" eine historische Darstellung über die "Volkserhebung in Süddenburg im Jahre 1936", die er als Zeitgenosse erlebt hatte. Mit dieser Schrift, die 1948 vom Kulturausschuß der Deutschen Zentrumsparlei im Lande Niedersachsen herausgegeben wurde, griff Göken auch in die politische Auseinandersetzung um die Zukunft der katholischen Bekenntnisschule in Süddenburg ein.<sup>850</sup>

Die Reichsregierung zog sich in den Auseinandersetzungen um den "Mythus" auf die Position zurück, Rosenberg habe nur persönliche Bekenntnisse und keine programmatischen Aussagen der nationalsozialistischen Partei vorgetragen.<sup>851</sup> In ihrem gemeinsamen Hirtenschreiben vom 20. August 1935 untersagten die deutschen Bischöfen ihren Gläubigen aufs strengste, "Zeitungen und Bücher zu lesen und Versammlungen zu besuchen, in denen unser Glaube und unsere Kirche geschmäht und Lästerungen gegen alles, was dem religiösen Menschen heilig ist, ausgestoßen" werden, und ermahnten sie, "die kirchlichen Predigten zu besuchen und anzuhören und auch aus anderen Quellen der religiösen Fortbildung zu schöpfen".<sup>852</sup> Diese Anweisung führte zu einem Handikap. Weil der "Mythus" nicht gelesen werden durfte, war auch die Möglichkeit eines kritischen Umgangs mit dem Werk nicht gegeben. Hier rächte sich die geistige Bevormundung des kirchentreuen Katholiken. Am 14. Mai 1934 legte Kardinalstaatssekretär Pacelli ein Promemoria vor, das den deutschen Episkopat in der weltanschaulichen Auseinandersetzung mit dem "Dritten Reich" unterstützen sollte. Es stellte einen großen Gegensatz zwischen "Konkordatsvorschrift und konkordatswidriger Wirklichkeit" fest, der allmählich einen Grad erreicht habe, "wo die Kritik an diesen Zuständen von der beginnenden Zweiflung selbst des amtlichen Konkordatserfüllungswillens nicht mehr allzu weit entfernt ist". Im einzelnen inkriminierte die vatikanische Denkschrift die Gleichschaltung der katholischen Presse und die Behinderungen des Klerus in der Wahrnehmung seiner seelsorgerischen Aufgaben. Der Drohung mit dem offenen Bruch mit allen seinen unübersehbaren Folgen, die das Promemoria am Ende anklingen ließ, mangelte es allerdings an der notwendigen politischen

---

<sup>850</sup> GÖKEN, Kampf, o. S.: Vorwort von Joachim Kuropka.

<sup>851</sup> SCHOLDER, Kirchen 2, S. 137; GÖKEN, Kampf, S. 8.

<sup>852</sup> Kirchliches Amtsblatt Jg. 69, Nr. 18, 28.8.1935, S. 119.

Glaubwürdigkeit: Die bisherige Haltung der katholischen Kirche, ihr eingeschlagener Verhandlungs- und Vereinbarungskurs, sprach eine andere Sprache.<sup>853</sup>

#### 4.9.2.2. Galen im Kampf gegen das moderne "Neuheidentum"

Bischof Clemens August berührte den Komplex "Neuheidentum" und "Anbetung der Rasse" erstmalig im Fastenhirtenbrief vom 29. Januar 1934 und griff ihn in nachfolgenden Hirtenschreiben wiederholt auf. Galen sprach sich darin gegen die von Rosenberg vertretene "Blutsverbundenheit der Menschen gleicher Rasse" aus und stellte ihr die "Gemeinschaft der Erlösung, welche in Christus die Menschen aller Völker umschließt", entgegen.<sup>854</sup> Als ein Zeichen zum Aufbruch wurde Galens Osterhirtenbrief des Jahres 1934 aufgenommen. Der Osterhirtenbrief des Bischofs von Münster, der am 26. März 1933 im Kirchlichen Amtsblatt erschien, wirkte wie ein Signal im südoldenburgischen Katholizismus. Der Hirtenbrief war am Ostersonntag, dem 1. April 1934, von allen Kanzeln zu verlesen. In ihm widersprach Galen konsequent der "neuheidnischen" Irrlehre des Nationalsozialismus und Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts".<sup>855</sup> Bischof Clemens August stellte in seinem Hirtenbrief "mit Befremden" fest, "daß eine Reihe von Gedanken und Vorstellungen, die von der bolschewistischen Gottlosenbewegung in den Menschen geweckt wurden, jetzt unter nationalen Vorzeichen wieder auftauchen". Das "neue Heidentum" leugne die Offenbarung des christlichen Glaubens und die Lehre von der Erbsünde und begründe seine Auffassungen damit, "daß die nordische Rasse den Begriff der Sünde nicht kenne, der aus einer ganz anderen Kultur stamme, die unserem Wesen fremd sei". Das Neuheidentum stelle den Versuch dar, "auf dem Boden von Blut und Rasse eine neue Religion mit nationalen Sinnbildern und Vorbildern zu schaffen". Es beschwöre auch eine politische Gefahr für den "Neubau des Deutschen Reiches" herauf und enthalte "eine offene Auflehnung gegen den Willen der Reichsregierung,

---

<sup>853</sup> SCHOLDER, Kirchen 2, S. 229f.; BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 190f.

<sup>854</sup> KUROPKA, Kirche, S. 564. Die Vechtaer OV veröffentlichte diesen Hirtenbrief in kommentierten Auszügen erst in ihrer Ausgabe vom 9.3.1934. Der Hirtenbrief wurde am 4. bzw. 11. Februar 1934 in den Kirchen verlesen.

<sup>855</sup> Kirchliches Amtsblatt Jg. 68, Nr. 6, 26.3.1934, S. 39-42; KUROPKA, Kirche, S. 564f.; ders., Galen, S. 88; LÖFFLER, Galen 1, S. 67ff.; HEITMANN, Galen, S. 5: Auszug, auch zum folg. Zu Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" vgl. Kap. 4.9.2.: Der Streit um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts".

deren Führer in feierlicher Stunde erklärt hat, daß die Lehren des Christentums die Grundlage für den Neubau des Deutschen Reiches sein sollen". Zu den antichristlichen Anschauungen in der nationalsozialistischen Ideologie gehörte nach den Worten Galens in erster Linie die nationalsozialistische Rassenlehre, die gegen Gottes Gebote verstoße, und die Leugnung der Offenbarung, die sich gegen die Fundamente der christlichen Religion und Kultur richtete. Bischof Clemens August mied aber - sich strikt an die Bestimmungen des Konkordats haltend - die direkte politische Ansprache des ideologischen Gegners und verbalisierte seine Kritik im Sinne der "cura religionis" in exegetischen Bildern, die vom politischen Gegner aber zweifelsohne als Kampfansage verstanden wurden:

"Ein Wort der Wahrheit und der Klarheit ist umso notwendiger, wenn die Feinde der Religion, wie es jetzt geschieht, nicht nur diese oder jene Lehre der Kirche bekämpfen, sondern die Fundamente der Religion selbst und die heiligsten Geheimnisse der Offenbarung leugnen oder fälschen.

Es greift die Fundamente der Religion und der gesamten Kultur an, wer den Glauben in der Menschheit zersetzt und zerstört. Nach der katholischen Lehre, wie sie zuletzt auf dem Vatikanischen Konzil ausgesprochen wurde, ist Gott der reinste Geist, der vor allem Anfang war. Heute werden Schriften verbreitet und empfohlen, welche verkünden, daß nicht Gott die Welt und ihre Entwicklung hervorgebracht habe, sondern daß die Gottesidee ein Ergebnis dieser Entwicklung sei. Das ist neues Heidentum."

Galen sah im "Neuheidentum" eine "neue 'moderne' Bedrohung auf das katholische Milieu zukommen" und äußerte im Osterhirtenbrief deutlicher als andere Mitglieder des deutschen Episkopats die Ansicht, daß unter veränderten politischen Vorzeichen ein neuer Kampf gegen das Christentum und die christlichen Kirchen geführt werde.<sup>856</sup> Darin sah er sich durch die Regierungserklärung Hitlers vom 23. März 1933 getäuscht. Bischof Clemens August appellierte eindringlich an die Gläubigen seiner Diözese:

"Darum erhebe ich als deutscher Bischof meine warnende Stimme und sage euch: Haltet fest am Glauben der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche, wie euere Väter ihn festgehalten und bekannt haben."

Zu einem triumphalen persönlichen Erfolg wurde für ihn die traditionelle Männer- und Jungmännerwallfahrt des Jahres 1934 nach Bethen. Nach dem Bericht der Vechtaer OV legten 25 000 Männer und Jungmänner am 12. August 1934 ein eindrucksvolles Treuegelöbnis zur christlichen Religion und

---

<sup>856</sup> DAMBERG, Moderne, S. 248f.; KÖSTERS, Verbände, S. 300.



zur katholischen Kirche ab.<sup>857</sup> Barbara Stambolis spricht in diesem Zusammenhang von einem "Wallfahrtsfrühling", der katholische Milieus nach 1933 erfaßt und "zur öffentlichen Schau geschlossener Religiosität und zum Ausdruck eines Gemeinschaftserlebnisses" beigetragen habe. Pointiert fügt sie hinzu: "Solche religiösen Feierlichkeiten konnten es durchaus mit der Regie und den Teilnehmerzahlen nationalsozialistischer Großveranstaltungen aufnehmen."<sup>858</sup> Die Wallfahrt wurde zu einer Heerschau Gottes und der Kirche Christi in Südoldenburg. Die "Heimatblätter", eine Beilage der Vechtaer OV, berichteten in einer aufwendigen Bilddokumentation über das denkwürdige Ereignis im Wallfahrtsort Bethen. In einem Gebet an die Gottesmutter Maria, der sich Bischof Clemens August tief verbunden fühlte, fand "das Bekenntnis der 25 000" einen tieffrommen Ausdruck:

"Nie sah Bethen solch ein hehres Bild:  
Fünfundzwanzigtausend sind erfüllt  
Von der Treue, die nicht wankt und weicht,  
Von der Liebe, die für Höchstes zeugt,  
Von dem Opfermut, der nie er stirbt,  
Von der Kraft, die neue Kräfte wirbt;  
Fünfundzwanzigtausend Leben sind  
Ritterschaft der Mutter mit dem Kind,  
Ritterschaft des Glaubens, festgeschart,  
Ritterschaft der alten Väterart,  
Deutscher Heimat Ritterschaft und Deich  
Gegen Flut, die feindlich ist dem Reich."<sup>859</sup>

Bischof Clemens August würdigte in Bethen die personelle und historische Kontinuität in der Geschichte des münsterländischen Katholizismus, der alle revolutionären Umbrüche überdauert habe. In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, daß Christoph Bernhard von Galen vor 265 Jahren in Bethen weilte, die wiedererrichtete Gnadenkapelle weihte und die Wallfahrtstradition neu belebte:

---

<sup>857</sup> OV vom 13.8.1934; KUROPKA, Galen, S. 106 (Faksimile der OV); ZUMHOLZ, Protest, S. 203-239; ZUMHOLZ, Wallfahrt, S. 155ff. Maria Anna Zumholz zieht aus der überwältigenden Teilnehmerzahl in Bethen die politische Schlußfolgerung, "daß die Südoldenburger dem kämpferischen Kurs ihres Bischofs zu folgen bereit waren", und spricht von zwei Volksgemeinschaften, die sich in Bethen gegenüberstanden: "Der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft mit Adolf Hitler an der Spitze wurde hier die katholische Volksgemeinschaft mit Galen entgegengesetzt. Die Bischöfe wurden als 'Hirten und Führer' bezeichnet, die Feier als Tag 'echter Volksgemeinschaft' charakterisiert."

<sup>858</sup> STAMBOLIS, Jugendliche, S. 162ff.

<sup>859</sup> HBL 10/1934, S. 108f.

"Wie damals steht in eurer Mitte ein Bischof aus derselben Familie, aus derselben Heimat, berufen durch Gottes Erbarmung und des Hl. Apostolischen Stuhles Gnade, der in diesem katholischen Lande Heimat und Heimatrecht hat. [...] Fast am gleichen Tage wie vor 265 Jahren ist das katholische Volk hier, um zur schmerzhaften Mutter zu flehen, um die Sorgen und Nöte ihr zu sagen, um die Befürchtungen und Hoffnungen ihr zu sagen, um sie zu bitten, daß sie unsere Familien, unsere Heimat, unser Vaterland, unser liebes deutsches Volk vor allem Uebel bewahre, besonders vor einem großen Uebel."<sup>860</sup>

Offen griff Galen in Bethen das nationalsozialistische Unrecht an, das vor dem Menschen, der mit Leib und Seele "Eigentum Gottes" sei, nicht mehr halt mache. Die neuheidnische Irrlehre in Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts", die die Erbsünde und die Erlösungsbedürftigkeit des Menschen bestritt, bildete das zentrale Thema in der Predigt Galens. Im gegenwärtigen Deutschland herrsche ein Unglauben, der "den wahren, großen, unendlichen, außerweltlichen Gott nicht mehr anerkennen will und den Glauben aus dem Herzen des seit 1 000 Jahren christlichen Volkes reißen will". Unter Anspielung auf die politischen Verbrechen, die im sog. "Röhm-Putsch" verübt worden waren, bekannte Clemens August in Bethen:

"Es ist eine heilige Pflicht, daß wir als Eigentum Gottes uns bewußt sind, daß das Eigentum dem Eigentümer gehört und nach seinem Willen sich zu richten hat. [...] Leib und Seele sind Gottes Geschenk und Eigentum. Es ist frevelhaft, wenn jemand selbst eingreifen wollte in dieses Herrenrecht Gottes. [...] Mord ist es, wenn man das Gebot Gottes übertritt: Du sollst nicht töten! Der Leib und seine Unversehrtheit ist ein Recht, das Gott bewahrt und schützt! Niemand darf freventlich in dieses Recht eingreifen, niemand einen Menschen unschuldig an Leib und Seele strafen. O Maria hilf uns allen, daß wir Wert und Würde des Gottesgeschöpfes in uns und dem Nächsten erkennen und heilig halten."<sup>861</sup>

So konnten kirchliche Wallfahrten und Prozessionen zum "Glaubens- und Treuebekenntnis gegen Teilbereiche des NS-Systems" werden und die Deutungsmacht und Herrschaft der katholischen Kirche gegen die Ansprüche der Partei eindrucksvoll demonstrieren. Dabei war nach Auffassung Werner Freitags die Gestalt des Bischofs von entscheidender Bedeutung für die religiöse Wahrnehmung der Gläubigen. Galen verfügte über das notwendige Amtsscharisma, das ihn zur Symbolfigur für die durch viele Generationen bezeugte Treue gegenüber den Bischöfen von Münster machte. Der Bischof selbst wurde zum 'Heros' in dunkler Zeit. Zum "Kult um Galen", so Werner

---

<sup>860</sup> STRICKMANN, Bethen, S. 113: Bericht der Cloppenburg MT.

<sup>861</sup> LÖFFLER, Galen I, S. 114-116.

Freitag weiter, gehörten infernalische Treue- und Gehorsamsbezeugungen, "die auf einem gänzlich anderen Geschichtsbewußtsein beruhten als die Geschichtsdeutung des Nationalsozialismus". Das wurde in der Auseinandersetzung um Alfred Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" mehr als deutlich. Dabei war der Bischof immer auch der Hirte, "der im Auftrag Christi Gehorsam und Treue einforderte".<sup>862</sup> Seine letzte Legitimation war nicht von dieser Welt: Das unterschied die Stellung Galens wesentlich von der der NS-Funktionäre und machte den unbeugsamen Geist seiner Sendung aus.

Im "Kirchlichen Amtsblatt" vom 8. Oktober 1934 verteidigte Galen die Praxis des kirchlichen Bücherverbots (Index), dem auch Rosenbergs "Mythus" unterlag. "Die schwere Verantwortung, die ihm als Bischof für die Sicherung des Glaubens der ihm anvertrauten Seelen" obliege, zwingt ihn "angesichts des christentumsfeindlichen Inhalts dieses Buches", besonders sorgfältig die Voraussetzungen für eine kirchliche Dispens zu prüfen. Die besondere Gefährlichkeit des Werkes liege auch darin begründet, "daß infolge der Stellung des Verfassers in der weltanschaulichen Bildungsorganisation der NSDAP unter der Flagge nationalsozialistischer weltanschaulicher Unterrichts der Inhalt dieses Buches, das die Vernichtung des Christentums zum Ziele hat, vielfach zur Verbreitung gelangt, trotz des ausgesprochenen Willens des Führers und Reichskanzlers, das Christentum als Grundlage des neuen Reiches zu erhalten". Nach dem kanonischen Recht setze sich "ein Katholik, der verbotene Bücher liest, ohne die Erlaubnis dazu zu besitzen", der Gefahr der Exkommunikation aus. Bezeichnend für die autoritative Stellung der katholischen Kirche gegenüber ihren Gläubigen war die Aufforderung des Bischofs an die Diözesanen, "auf die Zumutung oder den Rat, ein solches Buch zu lesen, mit aller Deutlichkeit zu antworten: Das Buch lese ich nicht, weil die Kirche es verboten hat, und ich der Kirche die ihr gelobte Gefolgschaft halte; ich lese es nicht, weil ich meinen Glauben nicht gefährden will; ich lese es nicht, weil ich mir bewußt bin, nicht alles durchschauen und widerlegen zu können, was darin unrichtig und irreführend ist."<sup>863</sup>

---

<sup>862</sup> FREITAG, Führermythos, S. 47ff. Freitag ordnet in diesen Zusammenhang auch die Männerwallfahrt nach Bethen vom 12. August 1934 ein.

<sup>863</sup> Kirchliches Amtsblatt Jg. 68, Nr. 21, 8.10.1934, S. 124-126: Bekanntmachung des Bischöflichen Generalvikariats vom 27. September 1934.

#### 4.9.2.3. Protest gegen die Erlaßpolitik Pauly

In den Jahren 1934 und 1935 trat das gespannte Verhältnis zwischen der NS-Regierung in Oldenburg und dem politischen Katholizismus im Süden des Landes durch die forcierte Erlaßpolitik des Ministeriums Pauly in ein kritisches Stadium. Auf diesem Wege versuchte der zuständige Staatsminister, Alfred Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" als ideologische Grundlage in den Schulen einzuführen, und stieß damit auf den heftigen Widerspruch der katholischen Kirche. Die Kampagne um die Streitschrift Rosenbergs leitete den nationalsozialistischen Kampf gegen die katholische Bekenntnisschule ein. Die oldenburgische NS-Regierung konnte den Konflikt um Rosenbergs "Mythus" nicht für sich entscheiden und verlagerte ihn 1936 in das weltanschauliche Zentrum des katholischen Schulwesens, das im christlichen Kreuzzeichen wie bisher sein zentrales Symbol erkannte. Noch trug die Erlaßpolitik Pauly dazu bei, die innere Front der Ablehnung im katholischen Milieu Süoldenburgs zu stärken.

Angesichts der anhaltenden Auseinandersetzungen um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" in Oldenburg steigerte sich Pauly's Erlaßpolitik im Juni 1935 in einen offenen Gegensatz zum politischen Katholizismus im Süden des Landes hinein. In unmittelbarer Aufeinanderfolge gab Pauly vier Erlasse heraus. Im ersten Erlaß vom 6. Juni 1935 unterstrich er den absoluten Vorrang der nationalsozialistischen Ideologie, hinter die die konfessionellen Überzeugungen zurückzutreten hätten:

"Durch das ganze deutsche Volk geht ein neues religiöses Erleben. [...]

Die nationalsozialistische Weltanschauung wurzelt in der Erkenntnis der Bedeutung von Blut und Boden, von Rasse und Volkstum. Sie sieht besonders in Blut und Rasse gewollte Ordnungen des Schöpfers, Ordnungen, die der Mensch wohl mißachten kann, die aber kein Volk auf die Dauer ungestraft mißachten darf. Jedermann kann an sich im Laufe seines Lebens sein Glaubensbekenntnis, seine Konfession ändern, niemand aber seine Rasse, sein Blut! Ob jemand römisch-katholisch oder auch altkatholisch, ob er lutherisch, reformiert oder uniert ist, das alles ist gleichsam nur zufällig im Vergleich zur Rassenzugehörigkeit. Das anzuerkennen und demgemäß zu leben ist auch oberste religiöse Pflicht.

Wer so den Gesetzen des Blutes und damit Gottes gehorcht, steht den religiösen Auseinandersetzungen der Gegenwart ganz anders gegenüber als andere Volksgenossen, die das Wesentliche nicht anerkennen und dem weniger Wichtigen oder gar Nebensächlichen nachlaufen und aus ihm die Hauptsache machen. Sie handeln damit wider

---

Gott und die von ihm geschaffenen Lebensgesetze, sie sind im Grunde Feinde Gottes und ihres Volkes."<sup>864</sup>

Dieses Schriftstück war politisch unklug und mußte auf den südoldenburgischen Katholizismus provozierend wirken. Die subsidiäre Funktion der NS-Ideologie zur Begründung politischer Entscheidungen wurde in diesem Schulerlaß Paulys deutlich, in dem sich der für Kirchen und Schulen in Oldenburg zuständige Minister um eine grundsätzliche Unterscheidung von religiösem Bekenntnis und nationalsozialistischer Weltanschauung bemühte. Zweck seiner willkürlichen politischen Argumentation war die Diskreditierung einer glaubensbegründeten Opposition, wie sie im katholischen Münsterland anzutreffen war. Pauly brandmarkte sie als Verhalten "wider Gott und die von ihm geschaffenen Lebensgesetze" und versuchte dadurch, den religiösen Kern des südoldenburgischen Katholizismus für die politischen Ziele des Regimes zu instrumentalisieren. Diese ideologische Beweisführung, die Rasse und Volk im christlichen Naturrecht zu verankern suchte und daraus politische Konsequenzen ableitete, konnte im religiösen Fundamentalismus Südoldenburgs nicht verfangen, nahm sie doch in demagogischer Absicht die Umkehrung aller Werte vor, die im katholischen Glauben gründeten und nur in seinem Kern wesentlich gedacht werden konnten. Dieser Erlaß Paulys traf und verletzte den Grund des katholischen Bewußtseins in Südoldenburg, für das es seit Väterzeiten ganz und gar nicht "zufällig" war, "ob jemand römisch-katholisch oder [...] ob er lutherisch, reformiert oder uniert" war. Das Anerkenntnis, zum katholischen Glauben und zur katholischen Kirche von Gott berufen zu sein, war für den Katholiken selbst "oberste religiöse Pflicht".

Im zweiten Erlaß vom 6. Juni 1935 wandte sich der Staatsminister entschieden gegen die "Studien zum Mythos des XX. Jahrhunderts", die von der Gestapo verboten worden waren. Pauly versuchte in diesem Erlaß erneut, eine Trennung zwischen Politik und Religion herbeizuführen:

"Es ist nicht Aufgabe des Staates, zu den einzelnen religiösen Auffassungen Stellung zu nehmen. Umsomehr hat er aber dafür zu sorgen, daß die Volksgemeinschaft auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung erhalten und weiter gefestigt wird. Jeder Erzieher und jede Erzieherin hat daher unbeschadet der persönlich religiösen Einstellung die Pflicht, jedes ehrliche religiöse Ringen als solches mit Achtung an

---

<sup>864</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 48. Der Erlaß des Ministers der Kirchen und Schulen vom 6.6.1935 war gerichtet "an 1) alle Schulleiter zur Kenntnis und Bekanntgabe an die Lehrer und Lehrerinnen, 2) die Herren Schulräte zur Nachricht."

zuerkennen und auch die Jugend in dieser Haltung zu erziehen. Konfessioneller Haß hat in deutschen Schulen keinen Platz."<sup>865</sup>

Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) Oldenburg bemühte sich im Bericht vom 12. März 1935, zwischen der religiösen und politischen Seite des Kampfes zu unterscheiden, und vermutete in Süddoldenburg ein Aufflammen der Katholischen Aktion, die nur darauf bedacht sei, "wieder politische Macht zu erringen". Im Bericht hieß es dazu:

"In katholischen Kreisen wird vor allem seitens der Geistlichkeit unter der Devise 'Die Religion ist in Gefahr' alles versucht, die Anhänger, insbesondere die Jugend, dem Einfluß der Kirche zu erhalten. Es läßt sich oft schwer erkennen, inwieweit diese Bestrebungen von der Sorge geleitet sind, die Anhänger der katholischen Kirche könnten ihrem Glauben entfremdet werden und sich dem sogenannten Neuheidentum zuwenden, oder ob es sich darum handelt, auf dem Wege über die Kirche und die katholische Aktion wieder politische Macht zu erringen. [...]"<sup>866</sup>

Die Katholische Aktion wurde in den politischen Lage- und Stimmungsberichten "zum Inbegriff eines fortwirkenden politischen Katholizismus" erklärt, weil sie "mit ihrem Bestreben, das gesamte öffentliche, gemeindliche, berufsständische, staatliche Leben im Sinne der katholischen Glaubens- und Sittengrundsätze beeinflussen zu wollen", ein Gegenkonzept enthielt, das mit der nationalsozialistischen Weltanschauung nicht vereinbar war.<sup>867</sup> Der Stimmungsbericht des NSLB für den Monat Dezember 1934 erkannte in der Art und Weise, wie die "Studien" verbreitet wurden, einen von der katholischen Kirche veranlaßten konspirativen Vorgang:

"In katholischen Kreisen zirkuliert jetzt die Schrift: Studien zum Mythus des 20. Jahrhunderts. Diese Kampfschrift erscheint unter dem Titel: Nachrichten des amtlichen Kirchenblattes. Die Verfasser sind nicht genannt. Es werden billige Druckschriften herausgegeben und man fordert auf, sie auf Bahnhöfen, in der Eisenbahn usw. liegen

---

<sup>865</sup> GÖKEN, Kampf, S. 11.

<sup>866</sup> WILLENBORG, Schule, S. 38. Weiter heißt es in dem Bericht: "In der Berichtszeit sind in mehreren katholischen Kirchen Vorträge über Rosenbergs 'Mythus des 20. Jahrhunderts' abgehalten worden. Ferner ist ein Hirtenbrief des Bischofs von Münster gegen die 'Irrlehren der Zeit' von der Kanzel verlesen worden." Im Mai/Juni 1934 legte Reinhard Heydrich, Chef des Sicherheitsamtes des Reichsführers SS, einen umfangreichen Bericht vor, in dem "die ganze Kirche und ihre Einrichtungen, namentlich die Katholische Aktion, als eingeschworene und unversöhnliche Gegner des Regimes" dargestellt wurden. Die Ermordung Dr. Klauseners, des Führers der Katholischen Aktion, am 30. Juni 1934 ist - so vermutet Klaus Scholder - "möglicherweise als Warnung" auf diese Vorlage zurückzuführen. (SCHOLDER, Kirchen 2, S. 235f.)

<sup>867</sup> KÖSTERS, Verbände, S. 307.

---

zu lassen. Aus allem, was man heute in der ehemaligen Zentrumspresse liest, geht eindeutig hervor, daß der Klerus zum Angriff übergegangen ist."<sup>868</sup>

In strenger Auslegung des Reichskonkordats untersagte Pauly im zweiten Erlaß vom 6. Juni 1935 die Verwendung konfessioneller Schriften außerhalb des Religionsunterrichts und trug damit zur weiteren Eskalation des politischen Konfliktes in Süddoldenburg bei:

"So sind z. B. die von der Diözese Münster herausgegebenen 'Studien' zu Alfred Rosenbergs Mythos als Tendenzschrift in keiner Weise geeignet, eine richtige Vorstellung von dem Buch Alfred Rosenbergs und der Wahrheit oder Unwahrheit seiner Darlegungen zu geben. Überhaupt sind konfessionelle Schriften, abgesehen vom Religionsunterricht, im allgemeinen für die Schule nicht oder nur bedingt geeignet, da sie nicht ausschließlich deutsch orientiert sind, sondern gar zu leicht rein deutsche Angelegenheiten aus konfessionellem Blickwinkel sehen zum Schaden des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit."<sup>869</sup>

Zwei Tage später, am 8. Juni 1935, suchte Pauly in einem dritten Erlaß die offene Konfrontation mit dem süddoldenburgischen Katholizismus, wenn er seine Bekanntmachung vom 15. Januar 1934 in Erinnerung rief und politisch dekretierte:

"Es ist demnach selbstverständlich, daß besonders in allen katholischen Schulen mit dem früheren Zentrum rücksichtslos abzurechnen ist. Hier darf es keine Beschönigung geben. Die verderbliche Politik dieser früheren Partei muß offen aufgedeckt werden. Überhaupt ist der politische Katholizismus überall zu bekämpfen, wo er sich zeigt. Es darf nur eine ausschließlich deutsche, d. h. nationalsozialistische Politik geben. Das Wohl des deutschen Volkes hat vor allem anderen den Vorrang."<sup>870</sup>

Dieser Erlaß enthielt in wenigen Worten das Programm der Entkonfessionalisierung als Kerngedanken der oldenburgischen Regierungspolitik gegenüber dem katholischen Süden des Landes. Pauly betonte nachdrücklich die wissen

---

<sup>868</sup> WILLENBORG, Schule, S. 38.

<sup>869</sup> GÖKEN, Kampf, S. 12.

<sup>870</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 47; GÖKEN, Kampf, S. 13. Im Erlaß vom 15. Januar 1934 hatte Pauly die Schulen bereits zu einer politischen Abrechnung mit der sog. "Systemzeit" aufgefordert und zur "Begeisterung für das Neue" aufgerufen: "Um die frühere Geisteshaltung und ihre äußeren Erscheinungen, die bei der älteren Generation noch bemerkbar sind, möglichst schnell und wirksam für die Jugend unschädlich zu machen, müssen die Sünden der Vergangenheit den Schülern schonungslos aufgedeckt werden. Der Begeisterung für das Neue muß der Abscheu und Haß gegen das Gewesene entsprechen. Je nach den örtlichen Verhältnissen sind besonders die Strömungen des früheren Systems zu bekämpfen, die den Schülern im täglichen Leben entgegentreten." (KUROPKA, Wahrheit, S. 46)

schaftliche Fundierung der nationalsozialistischen Ideologie, wie sie in Rosenbergs "Mythus" zum Ausdruck komme, und bestritt in einem vierten Erlaß vom 12. Juni 1935 das religiöse Monopol der christlichen Konfessionen, "allein im Besitze des wahren und reinen Christentums zu sein". Er versuchte mit allem Nachdruck, den Begriff des "Neuheidentums", der in der scharfen Auseinandersetzung des Katholizismus mit der Deutschen Glaubensbewegung eine zentrale Rolle spielte, aus den Schulen zu verbannen, um eine Stigmatisierung "deutscher Volksgenossen" zu unterbinden:

"Eine bedeutende Rolle spielen heute die Auseinandersetzungen mit der Deutschen Glaubensbewegung, die in gewissen Kreisen mit Vorliebe 'Neuheidentum' genannt wird. Dieser Name ist offenbar gewählt, um den Eindruck zu erwecken, als ob es sich hier um 'teuflische Machenschaften' handele, als ob die Angehörigen der Deutschen Glaubensbewegung gottlos seien. Tatsächlich sind sie dies aber durchaus nicht. [...] Die Bezeichnung 'Neuheidentum', die geprägt ist, um Haßgefühle gegen deutsche Volksgenossen zu erwecken, hat daher in der deutschen Schule keinen Platz. Es muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß solche Haßgefühle in der deutschen Jugend nicht aufkommen."<sup>871</sup>

Zu einem offenen Eklat geriet einen Monat später die Rede Paulys vor den Lehrern der Ämter Vechta und Cloppenburg am 27. Juli 1935 in der Aula der Deutschen Oberschule in Cloppenburg, in der der Minister die versammelte Lehrerschaft Südoldenburgs für die konkrete Durchführung seiner Erlasse zu gewinnen suchte. Die Rede wurde wiederholt von Unmutsäußerungen aus dem Publikum unterbrochen, und der Versuch Paulys, seine Opposition gegen die katholische Kirche abzuschwächen und den südoldenburgischen Katholizismus stärker an das NS-Regime zu binden, überzeugte nicht. Der oldenburgische Minister demonstrierte aber in seiner Rede, daß er die Oppositionsstruktur des katholischen Milieus in Südoldenburg durchschaut hatte, wenn er über den Katholizismus im Vergleich zum Protestantismus in zynischer Weise feststellte:

"In der evangelischen Kirche ist der Geistliche ja auch kein Mittler zwischen Gott und dem Menschen. Das ist ja doch der hauptsächlichste Unterschied zwischen Katholizismus und Protestantismus [...] Die katholische Bevölkerung hat es da bequemer. Sie braucht nicht selbständig zu denken und sich kein eigenes Urteil zu bilden. Sie braucht nur das zu tun, was der Geistliche sagt, dann ist alles in Ordnung."<sup>872</sup>

Für Pauly stand am Ende der Versammlung fest, "daß die Volksgemeinschaft hier im Münsterlande noch völlig fehlt" und "daß der Geist des National

---

<sup>871</sup> GÖKEN, Kampf, S. 14f.

<sup>872</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 51; GÖKEN, Kampf, S. 19f.



sozialismus hier im Münsterlande noch recht wenig Fuß gefaßt hat".<sup>873</sup> Allein mit den politischen Mitteln einer staatsbürokratischen Erlaßpolitik ließ sich jedoch der Jahrzehnte währende Kampf in Südoldenburg um die Frage, ob dem Staat oder der Kirche die Schule gehöre, schon gar nicht in wenigen Jahren entscheiden. Daraus ergaben sich für die nationalsozialistische Herrschaftstechnik in Oldenburg konkrete politische Zielkonflikte, die es als wenig opportun erscheinen ließen, den totalitären Herrschaftsanspruch auch mit totalitären Mitteln durchzusetzen. Der Versuch Paulys, die traditionelle katholische Schulkwirklichkeit in Südoldenburg mit den administrativen Mitteln des NS-Normenstaates umzugestalten, scheiterte. Als die Juni-Erlasse nicht akzeptiert wurden und sich ihr Mißerfolg abzeichnete, griff Pauly auf der Cloppenburgersammlung zum Instrument der Menschenführung und appellierte an vorpolitische Begrifflichkeiten und moralische Haltungen, um den politischen Anspruch des Staates durchzusetzen und den Geist der "Volksgemeinschaft" mit Leben zu erfüllen. Aber die tradierte Moralität des katholischen Glaubens erwies in der kritischen Probesituation noch ihre innere Stärke und setzte sich gegen den fremden politischen Anspruch durch.

Die hektische Erlaß- und Verordnungspolitik Paulys zeigte im Konflikt um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts", der von der katholischen Kirche indiziert wurde, die Grenzen eines totalitären Staatsbürokratismus und einer lebens- und weltfremden Staatsdoktrin. Nach Hans Buchheim scheiterte der totalitäre Herrschaftsanspruch der NS-Diktatur an sich selbst, denn "Gesetzgebung und bürokratische Anordnungen mögen noch so streng sein und ins einzelne gehen, sie reichen doch ihrer Natur nach nicht aus, den totalitären Verfügungsanspruch in seiner ganzen Schrankenlosigkeit zu verwirklichen". Deshalb war der totalitäre Anspruch auf die Opferbereitschaft und die Gefolgschaftstreue der Menschen angewiesen, wenn er nicht nur ideologische Imagination bleiben, sondern zur politischen Erfüllung gelangen sollte. Hans Buchheim beschreibt das Dilemma des totalitären Machthabers, den die Widersprüche des Systems in politische Verlegenheiten bringen:

"Der totalitäre Machthaber dagegen will, je nach Erfordernis der Lage, jede beliebige Leistung als Pflicht erscheinen lassen können. Wie er sich zu seiner Rechtfertigung auf elementare, vor aller politischen Ordnung liegende Kräfte, wie das Gesetz der Geschichte oder das Lebensrecht des Volkes, beruft, greift er deshalb zum Zwecke der Menschenführung auch hinter alles gesetzte Recht auf vorpolitische Verbindlichkeiten zurück. Um sich die Menschen gefügig zu machen und die normativen Garantien, die ihnen noch verblieben sind, zu umgehen, appelliert er an sittliche und weltan

---

<sup>873</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 52; GÖKEN, Kampf, S. 22f.

schauliche Verpflichtungen, an Gefolgschaftstreue, Eifer für den Aufbau des Sozialismus, weltanschauliche Überzeugung und Liebe zum Führer, National- und Klassenbewußtsein, Einsatzbereitschaft und Opfersinn.<sup>874</sup>

Diese Beobachtung läßt sich auf die Erlaßpolitik Paulys übertragen. Zu den Kompromissen, die der Staatsminister einforderte, war die Bevölkerung im katholischen Milieu Südoldenburgs in weltanschaulichen Fragen gar nicht oder nur bedingt bereit. Zu diesem Zeitpunkt konnte er sie auch noch nicht ausschließlich mit gewaltsamen Mitteln durchsetzen. Die persönliche Beunruhigung, die aus dem Widerspruch zwischen der Loyalität gegenüber dem NS-Regime und der Treue gegenüber katholischem Glauben und katholischer Kirche erwuchs, gehörte für viele Menschen in Südoldenburg zum politischen Alltag im Nationalsozialismus und war die Quelle zahlreicher Gewissenskonflikte, die nicht immer öffentlich verhandelt wurden, sondern persönlich ausgehalten werden wollten. In dem kurzen Zeitraum, der ihm zur Verfügung stand, und mit den bürokratischen Mitteln seiner Erlaßpolitik konnte Pauly die Entkonfessionalisierung des katholischen Schulwesens in Südoldenburg zwar anordnen, aber noch nicht durchsetzen, weil sich die beharrenden und bewahrenden Widerstandskräfte des katholischen Milieus dieser Zielsetzung noch erfolgreich widersetzen. Die politische Strategie der NS-Regierung in Oldenburg scheiterte trotz partieller Erfolge am organisierten Katholizismus in Südoldenburg und an der institutionellen kirchlichen Verankerung des katholischen Milieus, das sich seit Generationen gegen die Zumutungen der Moderne erfolgreich zur Wehr gesetzt hatte. So blieb Südoldenburg "politisches Notstandsgebiet und Kampfgebiet im wahren Sinne des Wortes", wie Gauleiter Röver noch 1938 feststellte, als die Umwandlung der katholischen Bekenntnisschulen in deutsche Gemeinschaftsschulen auf der Tagesordnung der nationalsozialistischen Schulpolitik in Oldenburg stand und auch exekutiert wurde.<sup>875</sup> Die Widerstandskraft war im katholischen Milieu Südoldenburgs noch nicht ganz erloschen, konnte sich aber gegen den Machtanspruch des Regimes nicht mehr behaupten.

---

<sup>874</sup> BUCHHEIM, Herrschaft, S. 60f.

<sup>875</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 57: Schreiben des Gauleiters Röver an das Oldenburgische Staatsministerium vom 29.6.1938.

### 4.9.3. Galens kritische Lagebeurteilung

Auf dem Gautag Westfalen-Nord in Münster, an dem auch Reichsleiter Alfred Rosenberg und DAF-Leiter Robert Ley teilnahmen, forderte Reichsinnenminister Wilhelm Frick am 7. Juli 1935 die "Entkonfessionalisierung des gesamten öffentlichen Lebens". Darin sahen die deutschen Bischöfe einen neuen politischen Affront des nationalsozialistischen Regimes, zumal sich Frick in Münster nicht nur gegen eine katholische Presse, sondern auch offen gegen katholische Verbände und Vereine aussprach, die ohnehin um ihr Überleben kämpften:

"Auch die katholischen berufsständischen Vereine, Gesellenvereine und die katholischen Jugendverbände passen nicht mehr in unsere heutige Zeit. Diese Organisationen betätigen sich vielfach auf Gebieten, die der nationalsozialistische Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben für sich allein in Anspruch nehmen muß. Alle diese Dinge sind geeignet, die deutsche Volksgemeinschaft zu stören."<sup>876</sup>

Die Bestrebungen zur Entkonfessionalisierung des katholischen Milieus in Süddoldenburg erstreckten sich weiterhin auch auf den schulpolitischen Sektor und erreichten ein Jahr vor dem Ausbruch des "Kreuzkampfes" eine besondere Intensität. In der "neuen Losung" von der "Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens" erkannten die deutschen Bischöfe in ihrem gemeinsamen Hirtenschreiben vom 20. August 1935 eine "Entchristlichung des öffentlichen Lebens", die im Widerspruch zum Reichskonkordat stehe.<sup>877</sup> Sie ermahnten ihre Gläubigen einmütig "Bewahret Ruhe und Ordnung!" und forderten sie auf, die Einheit der Kirche zu erhalten:

"Die Einheit des Geistes bleibe gewahrt zwischen Klerus und Volk! Ob man versucht, den Priester vom Volk zu trennen oder das Volk vom Priester, es ist immer der gleiche Versuch, den Hirten zu schlagen und die Herde zu zerstreuen."<sup>878</sup>

Die Auseinandersetzungen zwischen der katholischen Kirche und dem NS-Regime traten in eine neue entscheidende Phase. So stand zu befürchten, daß die katholische Kirche nicht als Sieger aus den aufreibenden Konflikten mit dem NS-Staat hervorgehen würde. Darauf deutete auch die politische Lage in Oldenburg hin. Galen hat diese Situation in der zweiten Hälfte des Jahres 1935 erkannt.

---

<sup>876</sup> HOFER, Dokumente, S. 128.

<sup>877</sup> Kirchliches Amtsblatt Jg. 69, Nr. 18, 28.8.1935, S. 121.

<sup>878</sup> Ebd., S. 118-124.

Graf von Galen äußerte sich in einem Schreiben an "seinen Klerus" vom 15. August 1935 skeptisch über das Verhältnis von Kirche und Staat und zog eine kritische Zwischenbilanz. Er zeigte sich enttäuscht, daß die nationalsozialistischen Machthaber den Willen der katholischen Bevölkerung "zur Mitarbeit und zum Wiederaufbau unseres Volkslebens auf dem Felsengrund der Wahrheit und der Sittlichkeit" nicht honorierten und in der kritischen Haltung der katholischen Kirche nur einen "Kampf gegen die staatliche Obrigkeit" und einen "Beweis parteipolitischen Machtstrebens" erkennen konnten:

"Ja, man wagt es, die kirchentreuen Katholiken und ihre geistigen Führer mehr oder weniger offen als Staatsfeinde hinzustellen und als Menschen, bei denen ein heimliches Zusammenwirken und Bündnis mit den Verfechtern des Kommunismus und Bolschewismus nicht ausgeschlossen sei. Und doch haben unzählige treue Katholiken, auch viele, die jetzt als Priester in unseren Reihen stehen, im Weltkrieg ihr Leben für Deutschlands Recht und Ehre, für Volk und Vaterland eingesetzt! Und doch ist es weltbekannt, daß gerade die katholische Kirche fast zuerst die Unwahrheit und Verderblichkeit der marxistischen Falschlehren aufgedeckt und ohne Unterlaß verurteilt und bekämpft hat. [...] Auch jene aus dem Klerus, welche in der Zeit der extremen Demokratie und der Parteienherrschaft das katholische Volk in politischen Fragen nach bestem Wissen beraten und vielleicht in Ermangelung des Einsatzes geeigneter Laien in etwa geführt haben, werden vor Gott und der Geschichte rein dastehen von dem Vorwurf, aus Selbstsucht oder aus Parteigoismus die Interessen des eigenen Volkes mißachtet und um internationaler Ziele willen verraten zu haben."<sup>879</sup>

Galen unterstrich die historische Kontinuität und moralische Glaubwürdigkeit des deutschen Katholizismus von 1918 bis zur Gegenwart des Jahres 1935 und wies den Vorwurf als "eine kränkende Unwahrheit und eine uns tief verletzende Beleidigung" zurück, "daß wir im Dienste eines sog. 'politischen Katholizismus' in verneinender Gegnerschaft zum heutigen Staate und seinem Führer ständen, wenn man es uns zutraut, an Machenschaften zu seinem Sturze und zur Vereitelung der Wiederaufbauarbeit teilzunehmen". Das Festhalten an den kirchlich anerkannten katholischen Vereinen geschehe aus dem Anliegen der Pastoral, denn "um der Seelsorge willen" seien die Vereine gegründet worden, "nicht für parteipolitische Zwecke, auf deren Verfolgung sie keinen Anspruch erheben". Selbst wenn der Kirche "die bewährten Hilfsorgane der Seelsorge" gewaltsam, gegen Recht und Gesetz, genommen werden sollten, würden sie, Bischöfe und Klerus, in ihrem Dienste fortfahren und ihre Gläubigen anhalten, "in allem, was nicht Sünde ist, der Obrigkeit zu gehorchen", und ihnen darin ein Beispiel geben, "auch wenn der Gehorsam einmal schwer wird".

---

<sup>879</sup> Kirchliches Amtsblatt Jg. 69, Nr. 17, 21.8.1935, S. 113-115.

Das Schreiben Galens an den Klerus seiner Diözese macht deutlich, daß Münster an der Linie der Konkordatspolitik festhielt, die auf der Grundlage politischer Loyalität beruhte. Es rekapitulierte die politischen Grundzüge, denen der Katholizismus in Deutschland über die historischen Umbrüche von 1918 und 1933 treu geblieben war. Sie beruhten auf einer politischen Theologie, die sich den dogmatischen Aussagen Leos XIII. verpflichtet fühlte. Sie war theoretische Voraussetzung für die Annäherung zwischen katholischer Kirche und NS-Staat im Jahre 1933 gewesen, eine Form vereinbarter Koexistenz, die von den Bischöfen nicht widerrufen wurde. Deutsche Oberhirten wie Graf von Galen bedauerten öffentlich, daß ihre Abkehr von der demokratischen Vergangenheit und ihr Bekenntnis zur nationalen Erneuerung Deutschlands unter der Führung der NSDAP Adolf Hitlers nicht durch politisches Entgegenkommen entgolten wurde. Die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates von Weimar, die Anerkennung der nationalsozialistischen Regierung und ihres angeblichen Kampfes gegen die moralischen Auswüchse in der modernen Kultur, die politische Gleichschaltung, die Akklamation eines autoritären Staates in einer autoritären Gesellschaft auf der einen und die Einforderung der "bona particularia" auf der Grundlage vereinbarten Rechtes und Gesetzes auf der anderen Seite gehörten zu den politischen Konstanten, die den Umgang der katholischen Kirche und ihrer geistlichen Repräsentanten - über eine politische Repräsentation verfügte der deutsche Katholizismus bekanntlich nicht mehr - mit dem Nationalsozialismus bestimmten.

Im Schreiben vom 25. August 1935 teilte Graf von Galen seinen Diözesanen den Beschluß der in Fulda versammelten deutschen Bischöfe mit, dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler "in einer ausführlichen Denkschrift die Erfahrungen, Beobachtungen und Ereignisse offen darzulegen, in denen wir eine Beeinträchtigung der Rechte Gottes und der Kirche, eine Bedrohung des erbten christlichen Glaubens in unserem Vaterlande, die schwerste Gefährdung des Wiederaufstieges des deutschen Volkes sehen". Sie hätten sich mit der eindringlichen Bitte an Hitler gewandt, "das durch den Abschluß des Reichskonkordats so hoffnungsvoll eingeleitete verständnisvolle Zusammenwirken von Staat und Kirche wiederherzustellen und zu fördern". Mit diesen Worten beschrieb Galen noch einmal anschaulich die politischen Grundlagen, auf denen das Verhältnis zwischen dem NS-Staat nach seiner Auffassung und nach der Überzeugung der Mehrheit im deutschen Episkopat beruhte. Der Bischof von Münster bestätigte in diesem Schreiben die kirchenpolitische Zielsetzung, die die katholische Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus seit dem Früh

jahr 1933 verfolgte, eine Trennung von Staat und Kirche, eine Spaltung der deutschen Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat zu verhindern. "Im Bewußtsein ihrer heiligen Verantwortung vor Gott" seien die katholischen Oberhirten entschlossen, "nichts zu unterlassen, was geeignet erscheint, das Leid und die verhängnisvollen Folgen eines sog. 'Kulturkampfes' von unserem lieben deutschen Volke und Vaterlande fernzuhalten".<sup>880</sup> Das Wort vom "Kulturkampf" bestätigt ausdrücklich die große historische Kontinuität, die die politische Einstellung des deutschen Episkopats gegenüber der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland aufwies. Auch der sog. "Kreuzkampf" in Süddoldenburg ist in diese Kulturkampftradition einzuordnen.

Die Denkschrift der deutschen Bischöfe an Hitler vom 20. August 1935 verwarf Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts", der alle Dogmen der katholischen Kirche und die Fundamente des christlichen Glaubens angreife. In der Öffentlichkeit müsse zwangsläufig der Eindruck entstehen, daß die neuheidnische Bewegung mit der nationalsozialistischen identisch sei. Die NSDAP und ihre Gliederungen verbreiteten die irrige Auffassung, daß der Kampf gegen Rosenbergs christumsfeindliche Einstellung gleichbedeutend sei mit der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus überhaupt. Das treffe auf die katholische Kirche nicht zu. Die Denkschrift ging auf einen Vorentwurf des Bischofs von Münster, Graf von Galen, zurück.<sup>881</sup> Mit diesem seinem Mut stand Galen im deutschen Episkopat häufig allein. Er hielt aber an seinem Konzept fest, mit den nationalsozialistischen Machthabern in Staat und Partei auf dem Wege politischer Interventionen zu einem Ausgleich zwischen Staat und Kirche zu kommen. Das war ein Irrtum, der im totalitären System selbst begründet war.

Im Konflikt mit dem "Dritten Reich" wurden Größe und Grenzen des Bischofs von Münster sichtbar. Mit dem nationalsozialistischen Regime hat Graf von Galen nicht gebrochen, sondern sich ihm gegenüber stets äußerst loyal verhalten. Selbst auf dem Höhepunkt seines Kampfes im Sommer 1941, als er öffentlich die widerrechtliche Vertreibung von Ordensleuten und die Tötung von "lebensunwertem Leben" anprangerte, griff er ausschließlich zu legalen Mitteln des Protestes und weigerte sich, ein Unrecht zu begehen: Er legte Rechtsmittel ein, intervenierte bei den höchsten politischen Stellen und bezichtigte die nationalsozialistischen Machthaber des Wortbruchs. Die Fol

---

<sup>880</sup> Kirchliches Amtsblatt Jg. 69, Nr. 18, 28.8.1935, S. 117.

<sup>881</sup> BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 148f.

gen für die innere Einheit Deutschlands, die besonders im Kriege harten Belastungsproben ausgesetzt sei, seien fatal; die Idee der "Volksgemeinschaft" werde immer mehr zur Fassade. Galen blieb wie große Teile des politischen Katholizismus in Deutschland in der Verfassungsfrage indifferent. Seine loyale Haltung gegenüber dem Regime war hingegen eine Voraussetzung seines Kampfes gegen Unrecht und Willkür im "Dritten Reich". An dieser positiven Haltung zum nationalsozialistischen Deutschland hat Galen nie einen Zweifel aufkommen lassen. Alles andere wäre ihm wie Verrat vorgekommen, den er strikt ablehnte.

Graf von Galen litt unter dem Regime und an ihm, weil es seinen Vorstellungen einer christlichen Staatsordnung und deutschen Volksgemeinschaft immer weniger entsprach. Der Niedergang der Weimarer Demokratie und des Rechtsstaates in Deutschland trennte ihn nicht vom Nationalsozialismus. Als deutscher Staatsbürger und als Bischof von Münster, der besonders in seiner Heimat Südoldenburg hohes Ansehen genoß, übte Galen Opposition gegen Formen und 'Auswüchse' der nationalsozialistischen Herrschaftspraxis, soweit sie mit der Sorge des katholischen Oberhirten um den Bestand der Kirche und die Grundlagen des christlichen Glaubens nicht vereinbar waren. Getreu seinem Wahlspruch "nec laudibus nec timore" wollte er aus Angst nicht schweigen, wenn Widerrede geboten war, und zeigte darin persönliche Größe. Galen überwand konfessionelle Schranken und deutete seinen Kampf nicht als ein "konfessionell-katholisches", sondern als "ein christliches, ja ein allgemein menschliches und nationales, religiöses Anliegen".<sup>882</sup> Aber er brach selbst dann nicht mit dem Regime, als alle legalen Mittel und öffentlichen Proteste keine Wirkung mehr zeigten, und ging nicht zum Widerstand über, weil dieser prinzipiell mit dem politischen Weltbild des Katholiken von Galen nicht vereinbar war. Er versprach - als Bischof auch im Namen seiner Diözesanen - den nationalsozialistischen Machthabern Gehorsam, "soweit sie als Vertreter der rechtmäßigen Obrigkeit uns Befehle zu erteilen haben", kündigte aber jede "Gesinnungsgemeinschaft, ein Gefühl innerer Verbundenheit mit diesen Kirchenverfolgern", auf. Am 20. Juli 1941 bekannte er sich in der Überwasserkirche in Münster öffentlich zur politischen Tradition des deutschen Katholizismus: "Gewiß, wir Christen machen keine Revolution! Wir werden weiter treu unsere Pflicht tun im Gehorsam gegen Gott, aus Lie

---

<sup>882</sup> So Galen in seiner Predigt am 13. Juli 1941 in der Lambertikirche in Münster, als er gegen den "Klostersturm" der Nationalsozialisten und gegen Willkürakte und Rechtsbrüche der Gestapo protestierte. Der Bischof beschloß seine Predigt mit einem Gebet "für unser deutsches Volk und Vaterland und seinen Führer!" (Münster, Galen, S. 17, 20)

be zu unserem deutschen Volk und Vaterland."<sup>883</sup> Er war nach seinen eigenen Worten "treu deutsch" und "treu katholisch".<sup>884</sup> Galen war kein Nationalsozialist, das verbot ihm sein fester Glaube, sondern seine konservativ-nationale Gesinnung bestimmte seine Einstellung zum "Dritten Reich". In dieser Hinsicht gehörte er zur Mehrheit im deutschen Episkopat.

Graf von Galen hat den Primat der deutschen Politik nicht bestritten. Wenn er dennoch politisch intervenierte, geschah das aus der Sorge des katholischen Oberhirten um die ihm anvertrauten Diözesanen und das Heil der katholischen Kirche. Dazu fühlte er sich in der Nachfolge Petri berufen. Seine Forderungen hatten ihren Ursprung im christlichen Naturrecht und unterlagen nicht den historischen Zeitläuften; sie hatten zeitlose Gültigkeit. Die kommunistische Gefahr hielt er im Innern wie im Äußeren noch längst nicht für überwunden. Das politische Verhalten des hoch angesehenen Bischofs von Münster, der in Anerkennung seiner Verdienste um die katholische Kirche in Deutschland am 18. Februar 1946 von Papst Pius XII. zum Kardinal ernannt wurde, erwuchs aus den Nöten der Zeit, die für ihn mit dem Tag der deutschen Kapitulation nicht zu Ende und mit dem demokratischen Neuaufbau nicht behoben waren. Galen hat nicht mehr realisieren können, daß eine freie Kirche nur in einer freien demokratischen Gesellschaft bestehen und ihre Aufgaben als Kirche erfüllen kann. Verfolgung geht von unfreien Systemen aus.

#### **4.9.4. Die Verfolgung einzelner Persönlichkeiten aus dem südoldenburgischen Klerus**

Der Bruch mit dem Nationalsozialismus wurde in Füchtel auch mit herbeigeführt durch das Vorgehen der NS-Regierung gegen den damaligen Provinzial Laurentius Siemer und seinen Vorgänger Thomas Stuhlweißburg, die in Untersuchungshaft genommen wurden, und gegen Pater Titus Horten, der als Generalprokurator der China-Mission einem politischen Verhör unterzogen wurde. Titus Horten hatte in einer leitenden Funktion den Transfer von Mis

---

<sup>883</sup> Galen beschloß auch diese Predigt mit einem Gebet "für unser deutsches Volk und Vaterland und seinen Führer!" (Münster, Galen, S. 26f., 32)

<sup>884</sup> Mit den Worten "Treu deutsch sind wir, - wir sind auch treu katholisch!" bezeichnete Galen in einer Predigt in Recklinghausen am 23. September 1934 seine politische Position im "Dritten Reich" und unterstrich damit seine loyale Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat. (LÖFFLER, Galen 1, S. 127)



sionsgeldern zu besorgen, für den die deutschen Behörden kaum noch eine Erlaubnis erteilten, und wurde von den Gerichten im "Dritten Reich" wegen Verstöße gegen das Devisengesetz angeklagt. Am 8. Mai 1935 wurde der populäre Geistliche verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Oldenburg eingeliefert. In erster Instanz wurden die drei Patres, Laurentius Siemer, Thomas Stuhlweißenburg und Titus Horten, am 4. November 1935 zu zwei Jahren Gefängnis und einer hohen Geldstrafe verurteilt, in zweiter Instanz am 31. Januar 1936 aber freigesprochen. Die beiden Patres Titus Horten und Thomas Stuhlweißenburg erlebten den Freispruch nicht mehr. Der herzleidende Titus Horten, der sein Schicksal als christliches Opfer betrachtete, starb am 25. Januar 1936 im Alter von 53 Jahren.<sup>885</sup> Briefe des Dominikanerpaters aus dem Gefängnis in Oldenburg an die Schwestern des St.-Joseph-Konviktes in Vechta enthalten kein politisches Wort und zeugen von seinem ungebrochenen Glauben an die göttliche Vorsehung:

"Nie sind wir sicherer, daß wir zu Gott hingehen, als wenn wir den Weg des hl. Kreuzes gehen dürfen. Es ist dort am wenigsten Eigenwille und Eigenliebe. Und was der liebe Gott beginnt und was Er schickt, dazu gibt Er auch Seine Gnade. Deshalb freuet Euch, abermals sage ich, freuet Euch **im Herrn!** Welches Glück, welche Gnade, etwas leiden zu dürfen!"<sup>886</sup>

Nach einem Bericht von Hans Schlömer nahmen an der Beisetzung von Pater Titus Horten am 29. Januar 1936 in Vechta etwa 6 000 Menschen teil. Das Begräbnis des Geistlichen, der sich nicht gebeugt hatte, war "eine eindrucksvolle Kundgebung gegen das nationalsozialistische Regime, zugleich aber auch Ausdruck des hohen Ansehens, das P. Titus bei den Gläubigen genoß". Er galt bald als "Heiliger des Oldenburger Landes".<sup>887</sup> Die Oldenburger Gestapo berichtete über die Beisetzung von Titus Horten und zeigte sich besorgt über die politische Lage in Südoldenburg:

---

<sup>885</sup> ZUMHOLZ, Devisenprozeß, S. 275-312; ECKERT, Dominikaner, S. 231; SIEMER, Laurentius: Pater Titus Horten im Gefängnis, IN: HKL 1955, S. 135-138; LEHMKUHL, Horten, S. 3-13. Lehmkuhl skizziert ein Lebensbild von Titus Horten. Pfarrchronik, Vechta, o. S.: "Ein Devisenprozeß". Die Pfarrchronik von St. Georg in Vechta, die Lehrer Windhaus angelegt hat, berichtet ebenfalls ausführlich über das Schicksal von Laurentius Siemer und Titus Horten. Am 16. September 1935 unterrichtete Vikar Heinrich Grafenhorst, Gefängnisseelsorger in Oldenburg, Bischof von Galen darüber, daß den inhaftierten Dominikanern das Beichten verweigert wurde. Galen bat daraufhin Nuntius Cesare Orsenigo in Berlin um Intervention. (HIRSCHFELD, Zeittafel, S. 372)

<sup>886</sup> HORTEN, Briefe, S. 19: Brief vom 23.5.1935.

<sup>887</sup> SCHLÖMER, Horten, S. 183; WEBER, Lebensbild; STRICKMANN, Heinz: 1935 von den Nazis in Oldenburg verurteilt, IN: MT vom 8.8.1992.

"Nach den vorliegenden Berichten war die Beerdigung des Pater Titus Horten, der in erster Instanz zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, die großartigste, die jemals in der Stadt Vechta vorgekommen ist. Die Lage in den katholischen Teilen des Oldenburger Landes wird hier so beurteilt, daß es nicht mehr lange dauert, bis der politische Katholizismus seine Machtpositionen wieder voll und ganz erobert hat."<sup>888</sup>

Eckert betont die Unschuld von Titus Horten und die enge Beziehung, die zwischen seinem Tod im Gefängnis, der von den Zeitgenossen als Märtyrertod angesehen wurde, und dem Ausbruch des "Kreuzkampfes" in Südoldenburg im Jahre 1936 besteht.<sup>889</sup> Pater Titus Horten, der zu Unrecht wegen Devisenvergehens Angeklagte und Verurteilte, stieg nach dem Untergang des "Dritten Reiches" zur populären Symbolfigur für die Verfolgung und das Leiden der katholischen Kirche Südoldenburgs in der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung und Unterdrückung auf. An seinem Grabe beteten in der frühen Nachkriegszeit viele katholische Gläubige um die Erfüllung ihrer persönlichen Anliegen durch seine Vermittlung im Himmel. An der Überführung des Leichnams von Titus Horten vom Friedhof in Vechta in die Kirche des Dominikanerklosters in Füchtel im Jahre 1954 nahmen nach Schätzungen der Polizei 50 000 Gläubige teil, die zum Teil mit Sonderzügen angereist waren. In seiner Predigt sprach Bischof Michael Keller von Münster die Hoffnung aus, "daß wir hier bald einen noch feierlicheren Tag erleben dürfen, wenn die Kirche den schlichten Sohn des heiligen Dominikus zur Ehre der Altäre erhebt". Bereits 1948 hatte Michael Keller den sog. bischöflichen Informativprozeß eröffnet, der für die angestrebte Seligsprechung von Pater Titus Horten Voraussetzung ist. Der Informativprozeß wurde erst 1985 abgeschlossen. Aber weil die gegenwärtige Praxis der Selig- und Heiligsprechung in der katholischen Kirche die Anerkennung wenigstens eines Wunders verlangt, ist Pater Titus Horten bis heute noch nicht seliggesprochen worden.<sup>890</sup>

---

<sup>888</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 61: Bericht vom 8.2.1936. Nach Darstellung von Joachim Kuroпка wird Pater Titus Horten, "der im Rufe einer mystischen Frömmigkeit gestanden hatte", seither als Märtyrer verehrt. (KUROPKA, Kirche, S. 578) Verbunden ist die Erinnerung an Pater Titus Horten bis heute auch mit Gebetsempfehlungen, z. B. einer Novene (GIERATHS, Gebet).

<sup>889</sup> ECKERT, Dominikaner, S. 231. Dazu führt der Autor aus: "Niemand konnte Zweifel daran haben, daß P. Titus Horten einer infamen Intrige zum Opfer gefallen war. Wer jetzt noch Zweifel über den Charakter des Nationalsozialismus gehabt haben sollte, wurde über die Unvereinbarkeit des Internatslebens mit dem Nationalsozialismus definitiv belehrt, als die Nationalsozialisten versuchten, die Kreuze aus den Schulen Oldenburgs zu entfernen. Die Aktion des Jahres 1936 war für das St. Josephs-Kolleg das Signal, ebenso geschlossen die HJ wieder zu verlassen, wie es 1933 eingetreten war. Nun war man bereit, sich auf den offenen Kampf einzulassen, Pressionen, die jetzt geübt wurden, sah man mit Gelassenheit entgegen."

<sup>890</sup> WEBER, Lebensbild, S. 24; SCHLÖMER, Horten, S. 183.

Werner Teuber stellt eine Reihe von geistlichen Persönlichkeiten vor, die sich zwischen 1933 und 1945 durch offene Oppositionshaltungen auszeichneten. Im einzelnen erwähnt er Pfarrer Sommer (Bösel), Kaplan Arlinghaus (Thüle), Vikar Saalfeld (Lastrup), Kaplan Meyer (Lohne), Pfarrer Engels (Peheim) und Pfarrer Fresenborg (Neuscharrel). Nach Ansicht Teubers wird an den Beispielen deutlich, "welche Methoden im Oldenburger Münsterland seitens der Gestapo, der Kreisleiter, Amtshauptmänner und der örtlichen Polizei praktiziert wurden".<sup>891</sup> Susanne Leschinski berichtet über ein geschichtswissenschaftliches Forschungsteam unter der Leitung von Professor Joachim Kuropka, das den Widerstand katholischer Priester aus dem Officialatsbezirk Oldenburg erarbeitet. Bisher konnten 80 Welt- und Ordensgeistliche erfaßt werden, die sich gegen das nationalsozialistische Regime stellten. Zu den bisher erfaßten "Konfliktgeistlichen", die überwiegend aus Südoldenburg stammen, gehören Pater Aurelius Arkenau O. P., Kaplan Wilhelm Bitter, Pfarrer Josef Bohmann, Pfarrer Gottfried Engels, Vikar Wilhelm Gillmann, Dechant August Hackmann, Vikar Ernst Henn, Pater Titus Horten O. P., Vikar Franz Morthorst, Pfarrer Wilhelm Niermann, Pfarrer Josef Renschen, Kaplan Heinrich Völkerling und Official Vorwerk.<sup>892</sup> Engelbert Hasenkamp beschreibt das Schicksal von Salesianerpater Theodor Hartz aus Lutten, der 1942 im Konzentrationslager Dachau starb. Theodor Hartz war Direktor des Krankenhauses St.-Johannes-Stift in Essen-Borbeck und geriet schon 1933 mit den Nationalsozialisten in Konflikt.<sup>893</sup>

Die katholische Ordens- und Weltgeistlichkeit aus Südoldenburg hat unter den Willkürmaßnahmen des "Dritten Reiches" gelitten und große Opfer gebracht. Ihr Schicksal wurde von den Gläubigen als lebendiges Zeugnis des Glaubens

---

<sup>891</sup> TEUBER, Werner: Katholische Kirche im Oldenburger Land im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, IN: VuL Nr. 108, 1982, S. 2-5 (Zitat: S. 5). Ein Überblick über Priester, die im "Dritten Reich" verfolgt wurden, findet sich bei Ulrich von Hehl und Christoph Kösters (Bearb.) "Priester unter Hitlers Terror", das in der 4. Auflage (1998) vorliegt (HEHL, Terror). Zu Franz Sommer vgl. WILLENBORG, Sommer, S. 113ff.

<sup>892</sup> LESCHINSKI, Susanne: Katholische Priester Oldenburgs in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, IN: HBL Nr. 5, 1991, S. 53.

<sup>893</sup> HASENKAMP, Engelbert: Vor 50 Jahren starb Pater Theodor Hartz aus Lutten im Konzentrationslager Dachau, IN: HBL Nr. 4, 1992, S. 30f. In der Aktion "Klostersturm", bei der im Jahre 1941 etwa 120 Klöster und kirchliche Einrichtungen von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden, mußte Theodor Hartz Essen verlassen. Am 14. Februar 1942 wurde er verhaftet und im Juni in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Dort erlag er am 23. August 1942 den Folgen eines Magen- und Darmleidens.

und als ermutigendes Beispiel aufgefaßt. Der erste Zusammenstoß von Kaplan Georg Meyer in Sedelsberg mit der Partei entzündete sich an der Aufführung eines Theaterstückes durch den Katholischen Arbeiterverein. Die Vorführung sollte am Ostermontag des Jahres 1934 stattfinden, war aufgrund ihres "konfessionellen Inhalts" aber verboten worden. Am 12. November 1935 wurde wegen Kanzelmißbrauchs ein unbefristetes Aufenthaltsverbot für das Amt Cloppenburg über Kaplan Meyer verhängt und nach zahlreichen Protesten am 15. April 1936 aufgehoben.<sup>894</sup> Wegen Entfernung eines NSDAP-Plakats mit der Aufschrift "Deutsches Volk horch auf" in Vechta wurde der frühere Schriftleiter der Oldenburgischen Volkszeitung, Vikar Franz Morthorst, vom 16. August bis zum 10. September 1935 in Schutzhaft genommen. Der Schulkampf in Goldenstedt wurde ihm 1938 schließlich zum Verhängnis, als er, seinerzeit Kaplan in Visbek, "schon am nächsten Sonntag mit der tyrannischen Schulpolitik scharfe Abrechnung" hielt. Morthorst wurde aus dem Gau Weser-Ems ausgewiesen:

"Zwei Gestapo-Männer brachten mich im Wagen nach Barnstorf. Da begann für mich das freie Land. Viel schlimmer traf es meine Freunde Engels und Fresenborg. Sie mußten nach Dachau, bis zum Ende des Krieges."<sup>895</sup>

Heinz Strickmann hat den Fall des Peheimer Pfarrers Gottfried Engels aufgearbeitet, der ein Opfer der Verfolgung im "Dritten Reich" wurde. Am 30. August 1935 wurde Engels ausgewiesen, weil er dem NSDAP-Stützpunktleiter die Kommunion verweigert hatte. Die Ausweisung galt bis zum April 1936. Am 29. März 1937 wurde die neue katholische Volksschule in Peheim nach dem sonntäglichen Hochamt eingeweiht. Nach dem Bericht von Heinz Strickmann nahm die ganze Gemeinde an der Einweihung teil. In feierlicher Prozession, wie es in der katholischen Kirche üblich war, brachte man die geweihten Kreuze zur Schule und hängte in jedem Raum ein Kruzifix auf. Daraufhin wurde gegen Pfarrer Engels Anzeige erstattet. Trotz der Rücknahme des "Kreuzerlasses" blieb das Verbot faktisch bestehen, Schule und Klassenzimmer mit Kruzifix oder Lutherbild auszustatten. Der weltlichen Einweihungsfeier, die Minister Pauly am 13. April 1937 unter Anwesenheit von Regierungsschulrat Kohnen, Amtshauptmann Münzebrock, Bürgermeister Prüllage und Kreisleiter Meyer-Wendeborn vornahm, blieb Pfarrer Engels fern. Am 8. Juni 1937 wurde er von der Gestapo verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Oldenburg

---

<sup>894</sup> BÖLSKER-SCHLICHT, Meyer, S. 189ff., 197ff.; HIRSCHFELD, Zeittafel, S. 371.

<sup>895</sup> Meine Vertreibung aus Visbek. Franz Morthorst 1969 in der Festschrift "1150 Jahre Visbek", IN: VuL Jg. 61, Nr. 136, 13.12.1994, S. 7.

verbracht. Am 16. Juni 1937 unternahmen die Peheimer Bürger eine Bittwallfahrt nach Bethen, um für die Entlassung von Engels zu beten. "Im Namen des Deutschen Volkes" wurde Engels am 31. Juli 1937 vom Amtsgericht Cloppenburg wegen "Hausfriedensbruchs in zwei Fällen" zu einer Geldstrafe verurteilt, die in eine Haftstrafe umgewandelt werden konnte; er blieb aber noch bis zum 3. Dezember 1937 in Haft. Die Verfolgungsmaßnahmen gegen Engels gingen weiter. Engels selbst berichtet über einen Vorfall, der den Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem Nationalsozialismus auf lokaler Ebene veranschaulicht:

"Das Reichsarbeitsdienstlager im Ort hatte die Mädchen des Dorfes zu einem Amüsement verlangt. Es gelang mir, dies so sehr zu verhindern, daß kein Mädchen sich darauf einließ. Ferner wurden meine Predigten als staatsfeindlich gedeutet."<sup>896</sup>

Pfarrer Gottfried Engels wurde wiederholt verhaftet und kam 1940 in das Konzentrationslager Dachau, wo er im Frühjahr 1945 befreit wurde. Nach dem Kriege lebte Engels in Kapellen, Kreis Geldern, wo er im Jahre 1961 starb. Der Briefwechsel, den Engels aus dem KZ Dachau mit seiner Familie führte, ist erhalten.<sup>897</sup> Christian Frieling, der Biographien von verfolgten Priestern und Ordensgeistlichen aus dem Bistum Münster zusammengestellt hat, zitiert mit Blick auf die Opposition von katholischen Geistlichen ein Wort Graf Galens, "daß Volk und Bischof in der Diözese Münster eine unzertrennliche Einheit waren und daß, wenn sie den Bischof schlugen, das ganze Volk sich geschlagen gefühlt hätte".<sup>898</sup>

Wie konsequent und aufopferungsvoll die Folgen von innerer und äußerer Widerspruchshaltung von Bischof Clemens August, Angehörigen der Geist

---

<sup>896</sup> STRICKMANN, Heinz: Pfarrer Gottfried Engels in Peheim unvergessen, IN: VuL vom 12.5.1982.

<sup>897</sup> FRIELING, Priester, S. 85-87.

<sup>898</sup> FRIELING, Priester, S. 1; LÖFFLER, Galen 2, S. 1325. Das Zitat ist der Ansprache entnommen, die Graf von Galen nach seiner Rückkehr von der Kardinalserhebung in Rom in Münster am 16. März 1946 hielt. Werner Teuber gibt hingegen zu bedenken, daß "die Geistlichen des Oldenburger Münsterlandes keine homogene Einheit bildeten, die geschlossen Widerstand geleistet hat", macht aber deutlich, "was es für den einzelnen bedeutete, Kirchenkampf an der Basis zu führen." Dazu führt er weiter aus: "Viele Priester waren über Jahre hinweg in tägliche Schikanen verwickelt und lebten in der ständigen Angst, in ein Konzentrationslager eingeliefert zu werden. Oftmals wollte man zwar unliebsame Gegner aus dem Weg räumen, aber man traute sich nicht, den letzten Schritt zu vollziehen, vielleicht deswegen, weil man die Reaktion der Bevölkerung befürchtete." (TEUBER, Werner: Katholische Kirche im Oldenburger Land im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, IN: VuL Nr. 108, 1982, S. 5)

lichkeit und großen Teilen der katholischen Basis getragen wurden, zeigt auch die Biographie von Pfarrer Heinrich Fresenborg, der zu den verfolgten Geistlichen aus Südoldenburg gehört. Fresenborg wirkte seit 1929 als Kaplan in der kleinen Kapellengemeinde Nikolausdorf (Gemeinde Garrel) und von 1937 bis 1972 als Pfarrer in Neuscharrel.<sup>899</sup> Zu einer ersten Konfrontation mit den NS-Behörden kam es im Zweiten Weltkrieg, als der Neuscharreler Pfarrer über einen Oberschulrat Beschwerde führte. Der Vertreter der oldenburgischen Schulbehörde sollte nach Zeugenaussagen bei einer Schulvisitation die biblische Geschichte von Joseph in Ägypten angesprochen und die Verteilung des Korns mit den Worten kommentiert haben:

"Damit wollte er bloß tüchtig Geld einschrappen (!!)! Er war ein richtiger Jude, wie auch seine Brüder. So was täten die Deutschen nicht."<sup>900</sup>

Der Beschwerde Fresenborgs war kein Erfolg beschieden. Als die Nationalsozialisten 1941 das verbrecherische Euthanasie-Programm verschärften und Bischof Clemens August am 3. August 1941 in der Lambertikirche in Münster in einer großen Predigt dagegen Protest einlegte, griff Fresenborg den moralischen Konflikt im Sonntagshochamt am 7. September 1941 persönlich auf. Dem Prokoll eines Spitzels zufolge soll der Pfarrer mutig auf der Kanzel erklärt haben:

"In der Nähe von Münster ist eine Anstalt für geistesranke Personen (Idioten). Von dieser Anstalt aus kommen die Kranken in eine andere Anstalt. Nach kurzer Zeit bekommen dann die Angehörigen Nachricht, daß der Kranke gestorben ist. Gegen Ein-sendung eines gewissen Geldbetrages wird den Angehörigen die Asche zugeschickt. Die Leichen sind also verbrannt worden. Diese kranken Personen sind aber nicht eines natürlichen Todes gestorben, sondern sie haben eine Spritze bekommen und sind dann langsam eingeschlafen. Das ist Mord."

Diese Worte lösten die Verfolgung Heinrich Fresenborgs aus. Am 18. September 1941 wurde er in das Gefängnis in Wilhelmshaven eingeliefert und traf am 28. November 1941 im Konzentrationslager Dachau ein, das im Block 26 einen eigenen "Priesterblock" unterhielt. Nach den Untersuchungen Frielings befanden sich seit dem Winter 1940/41, in dem die Zusammenlegung der inhaftierten Geistlichen begann, in Dachau mehr als 2 700 Kleriker aus 21 Nationen. Den größten Anteil stellten die Polen. Unter den 441 reichsdeutschen Geistlichen waren 411 katholische Priester. Davon stellte das Bistum Münster mit 38

---

<sup>899</sup> Nikolausdorf, 75 Jahre, S. 108.

<sup>900</sup> FRIELING, Priester, S. 88f., auch zum folg.

Geistlichen die größte Gruppe. In der Karwoche des Jahres 1945 wurde der Gefangene Fresenborg entlassen und nahm im Oktober 1945 seinen Dienst in seiner alten Gemeinde Neuscharrel wieder auf.

In der Behandlung der Priester in Dachau erkennt Christian Frieling auch Züge der nationalsozialistischen Strategie im Umgang mit der katholischen Kirche. Die Priesterhäftlinge im KZ Dachau waren demnach Opfer einer Diktatur, "die das Christentum bekämpfte und zu verdrängen suchte, aber dennoch [...] einem offenen Bruch mit den Kirchen möglichst auswich". Es wurden zwar keine Kirchen geschlossen, wohl aber wurde versucht, "die Glaubwürdigkeit der Institution zu erschüttern, ihre Wirkungsmöglichkeiten einzuschränken und vor allem die Solidarität der Christen mit ihren Geistlichen aufzubrechen". Erst recht sollte es keine Märtyrer geben, deren Glaubenszeugnis für die Kirchen Vorbildcharakter gewinnen konnte. Auch in Dachau wurde dieses Konzept angewandt: "Inmitten einer Welt des Terrors konnte Gottesdienst gefeiert werden [...]"<sup>901</sup>

---

<sup>901</sup> FRIELING, Priester, S. 47.

## 5. Der "Kreuzkampf" in der Geschichte glaubensbegründeter Opposition in Süddoldenburg

### 5.1. Einleitung

Bei dem sog. "Kreuzkampf" in Süddoldenburg handelt es sich um eine politisch bedingte historische Variante glaubensbegründeter Opposition gegen die nationalsozialistische Schulpolitik und den Höhe- und Wendepunkt im katholischen "Kirchenkampf" in Oldenburg. Barbara Imbusch gibt einen umfassenden Überblick über die Ereignisse des "Kreuzkampfes" im Jahre 1936.<sup>902</sup> Ihre Arbeit enthält auch ein Kapitel über die Rolle Graf von Galens, des Bischofs von Münster, den sie dem rechten Flügel des Zentrums zuordnet und dessen konservativ-nationale Grundhaltung sie zutreffend charakterisiert.<sup>903</sup> Einen historisch-politisch sehr informativen Beitrag zur Geschichte des "Kreuzkampfes" mit einem abgerundeten Fazit liefert der Brite Jeremy Noakes.<sup>904</sup> Der "Kreuzkampf" zeigt die Konfrontation des süddoldenburgischen Katholizismus mit politischen Machthabern im "Dritten Reich" und kann aus regionalgeschichtlicher Perspektive exemplarisch verdeutlichen, unter welchen politischen Bedingungen sich glaubensbegründete Opposition von unten entfalten konnte und welche Inhalte und typischen Verlaufsformen sich in ihr manifestierten. Daraus ergibt sich für die historisch-politische Didaktik des "Kreuzkampfes" die Empfehlung, die Ereignisse im November 1936 nicht als isoliertes historisches Phänomen zu betrachten, sondern sie in ihrem umfassenden regional- und nationalgeschichtlichen Kontext aufzuarbeiten. Die fachpädagogische Arbeit von Franz-Josef Höffmann enthält hilfreiche Anregungen und Hinweise für die

---

<sup>902</sup> IMBUSCH, Kirchenkampf, S. 121-152. Joachim Kuropka hält an dem Begriff "Volkserhebung" fest und bestätigt ein Urteil Johannes Gökens aus dem Jahre 1947, daß der "Kreuzkampf" die "einzige Volkserhebung in Deutschland während der Nazizeit" gewesen sei. (KUROPKA, Kirche, S. 578ff.)

<sup>903</sup> IMBUSCH, Kirchenkampf, S. 101-108.

<sup>904</sup> NOAKES, Cruzifix Struggle (1978), S. 210-233; TEUBER, Werner: Auseinandersetzung Kirche - NSDAP im Oldenburger Münsterland 1933 bis 1939, IN: VuL Jg. 43, Nr. 107, 1981, S. 7-11; ders., Katholische Kirche im Oldenburger Land im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, IN: VuL Jg. 44, Nr. 108, 1982, S. 2-5; VAHLENKAMP, Werner: Wie die Süddoldenburger den Nazi-Gauleiter Röver zum Canossa-Gang zwangen. Der Kampf um das Kreuz in der Schule, IN: NWZ vom 15.11.1986. Werner Vahlenkamp ordnet den "Kreuzkampf" in der gebotenen Kürze in den kirchengeschichtlichen Kontext des "Dritten Reiches" ein und schildert dann seinen Verlauf.



---

historische Einordnung des "Kreuzkampfes" und seine Bedeutung für die politische Bildung.<sup>905</sup>

In den dramatischen Ereignissen im Herbst 1936, die summarisch unter dem Titel "Kreuzkampf" zusammengefaßt werden, wird der totalitäre Anspruch des NS-Regimes gegen eine traditionelle Religionsgesellschaft ebenso deutlich wie seine Grenzen. Die Publikation des sog. "Kreuzerlasses" am 4. November 1936 verfolgte das politische Ziel, den gewachsenen historischen Ort und die historische Zeit der Menschen in der geschlossenen Welt des katholischen Milieus Südoldenburgs zu unterminieren und politisch durch einen bürokratischen Akt der NS-Regierung zu nivellieren. Der "Kreuzerlaß" sollte dazu beitragen, die machtpolitischen Interessen des NS-Regimes gegen die alten Rechte der katholischen Kirche in Südoldenburg und den Primat des Politischen gegen das Konfessionelle im Interesse des Regimes durchzusetzen. Er stellte den öffentlichen Höhepunkt in der politischen Gleichschaltung Südoldenburgs dar. Daß es sich bei der ablehnenden Haltung des südoldenburgischen Katholizismus gegenüber dem Nationalsozialismus keineswegs um eine geschlossene Abwehrhaltung handelte, ist allein aus der Tatsache zu ersehen, daß nicht alle Gemeinden Südoldenburgs in gleicher Weise am "Kreuzkampf" teilnahmen. In zwei größeren Gemeinden fand der "Kreuzkampf" nur eine geringe oder gar keine Resonanz: in Garrel und in der Gemeinde Goldenstedt, dem Ort des Schulkampfes von 1938.<sup>906</sup>

Ihre moralische Kraft zum Widerstehen bezogen die Katholiken in Südoldenburg aus ihrer historisch gewachsenen konfessionellen Identität und religiösen Verwurzelung im katholischen Glauben, die in der Vergangenheit immer wieder großen Bewährungsproben ausgesetzt gewesen war. Seit Generationen waren die Katholiken Südoldenburgs eingeübt in das politische Ritual des "Kulturkampfes" und hatten die Interessen ihrer Kirche gegen alle modernen politischen Systeme verteidigt: gegen den oldenburgischen Konstitutionalismus ebenso wie gegen den oldenburgischen Republikanismus in der Ära des Frei

---

<sup>905</sup> HÖFFMANN, Kreuzkampf (1987). Die Arbeit von Franz-Josef Höffmann basiert teilweise auf Zeugenbefragungen (oral history) und gibt im Anhang das Manuskript einer Sendung von Radio Bremen mit dem Titel "Der Kreuzkampf in Südoldenburg. Dokumentation über eine Volkserhebung im Jahre 1936" vom 31.8.1985 wieder.

<sup>906</sup> WILLENBORG, Entkonfessionalisierung, S. 34-70; ZUMHOLZ, Garrel, S. 184-191; SCHULTZE, Goldenstedt, S. 129f.; DAMBERG, Moderne, S. 266ff. Damberg gibt einen knappen Überblick über den Verlauf des "Kreuzkampfes" in Südoldenburg. Über den sog. "Schulstreik" in Goldenstedt liegt inzwischen ein neuer Aufsatz von Rudolf Willenborg vor (WILLENBORG, Schulstreik, S. 100-111)

staates. Zur politischen Kultur des deutschen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik zählten konservativ-antirevolutionäre Kategorien ebenso wie zutiefst katholische Traditionen. Die Ablehnung des Widerstandsrechtes und einer revolutionären politischen Kultur, das Bekenntnis zur christlich-nationalen Identität des deutschen Volkes, die Wahrung katholischer Universalität, Einheit und Autorität und ihre Verteidigung gegen die Zumutungen ideologischer Heilslehren bildeten die Fundamente politischer Traditionsbildung im deutschen Katholizismus in den letzten Tagen der Weimarer Republik. Daran partizipierte der südoldenburgische Katholizismus in vollem Umfang.

Das politische Ereignis des "Kreuzkampfes" stellt sich als Kulminationspunkt von zwei gegenläufigen historischen Entwicklungen dar, die in Südoldenburg im Konflikt um das zentrale religiöse Symbol in der Schule, das Kreuz, aufeinandertrafen: ein konservatives Moment historischer Beharrung, das in der sozialen und konfessionellen Bewußtseinslage des katholischen Milieus angesiedelt war, und ein Moment des politischen Wechsels, das von der nationalsozialistischen Schul- und Kulturpolitik autoritativ an die Region herangetragen wurde.<sup>907</sup> Im "Kreuzkampf" trieb eine gesellschaftliche und kulturpolitische Konfliktsituation ihrem Höhe- und Wendepunkt zu, die in der Geschichte Südoldenburgs langfristig angelegt war und durch vier Kriterien zu kennzeichnen ist:

- a) Die historisch-politische Ebene für die Austragung von "Kulturkämpfen" war in Oldenburg vor allem die schul- und kulturpolitische Praxis der jeweils herrschenden Landeshoheit, die für Südoldenburg in die Rolle eines weltanschaulichen Gegners geraten konnte.
- b) Die Bestrebungen des politisch souveränen und religiös indifferenten säkularen Staates richteten sich schon vor 1933 auf eine Entkonfessionalisierung des tradierten Schulwesens, das langfristig ganz in eine staatliche Institution umgewandelt werden sollte.
- c) In der konstitutionellen und demokratischen Ära reagierte das katholische Milieu in Südoldenburg defensiv auf die jeweiligen schul- und kulturpolitischen Impulse, insofern sie auf eine Trennung der katholischen Schule von der katholischen Kirche ausgerichtet waren, und äußerte seinen moralischen Einspruch in Form von Massenprotesten,

---

<sup>907</sup> Zur religionssoziologischen Deutung des Kreuzsymbols vgl. REINHARDT-DUEN, Überlegungen, S. 286-294.

Petitionen, Delegationen und Versammlungen, die plebiszitären Charakter annehmen konnten.

- d) Öffentliche Reaktionen der katholischen Bevölkerung auf vermeintliche schulpolitische Zumutungen waren in Südoldenburg größtenteils moralisch-religiös motiviert, weil das katholische Schulwesen als Fundament des südoldenburgischen Katholizismus und als Ausfluß katholischen Naturrechts politisch nicht zur Disposition gestellt werden durfte.

Diese Kriterien kennzeichnen auch die schweren Auseinandersetzungen zwischen Staat und katholischer Kirche im "Dritten Reich". Die politische Konfliktbewältigung, wie sie im sog. "Kreuzkampf" noch einmal erfolgreich angewandt wurde, verlief nach 1933 in den historischen Bahnen, die sich in der Geschichte des südoldenburgischen Katholizismus seit dem 19. Jahrhundert bewährt hatten. In dem Kampf um den umstrittenen "Kreuzerlaß" vom 4. November 1936 entzündete sich erneut der weltanschauliche Dissens, der das Verhältnis des politischen Katholizismus zur modernen Kultur im europäischen Revolutionszeitalter bestimmte. In den dramatischen Ereignissen im Herbst 1936 eskalierte und kulminierte der historische Konflikt des südoldenburgischen Katholizismus mit der politischen, sozialen und kulturellen Moderne. Daß es sich beim weltanschaulichen Gegner in diesem Falle um die nationalsozialistische Diktatur handelte, stellt die historische Kontinuität des "Kreuzkampfes" nicht grundsätzlich in Frage, aber relativiert die historische Singularität der politischen Ereignisse im November 1936. Denn der Nationalsozialismus, der sich Motive und Inhalte der konservativen Gegenrevolution zunutze gemacht hatte, war in seiner politischen Zielsetzung und Methodik, ideologischen Legitimationspraxis und bürokratischen Herrschaftstechnik eine moderne Revolution. Er organisierte Macht und Herrschaft nach immanenten Gesetzen politischer Willensbildung und gefiel sich zynisch im Vollzug eines uneingeschränkten Führungswillens, der die katholische Kirche brüskierte. Sie erkannte darin eine ungebührliche Anmaßung politischer Machthaber, die sie als Ausdruck staatlicher Omnipotenz aufs schärfste ablehnte. Im "Kreuzkampf" regierte nicht mehr der moderne Zweifel, der auch in den vielfältigen Erscheinungsformen des Laizismus anzutreffen gewesen war, sondern hier stand endlich Wort gegen Wort, Bekenntnis gegen Bekenntnis, das Kreuz gegen das Hakenkreuz.

## 5.2. Reaktionen auf den "Kreuzerlaß" vom 4. November 1936

Der "Kreuzkampf" des Jahres 1936 hatte seine Ursache in der totalitären Staatsdoktrin der nationalsozialistischen Herrschaft, die keine staatsfreie Sphäre dulden konnte und in der historisch bewährten Kulturkampf-Mentalität des südoldenburgischen Katholizismus eine ernsthafte Herausforderung sah. Der sog. "Kreuzerlaß" vom 4. November 1936 rekurrierte auf den totalitären Machtanspruch des NS-Staates und versuchte, ihn mit dem ideologisch fingierten Argument, daß "der Staat das ganze deutsche Volk umfaßt", gegen die partikularistischen konfessionellen Interessen der beiden christlichen Volkskirchen zu behaupten. Er hatte folgenden Wortlaut:

"Sämtliche öffentliche Gebäude des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände gehören dem ganzen deutschen Volk ohne Rücksicht auf das religiöse Glaubensbekenntnis der einzelnen Volksgenossen. Dies gilt auch für alle Volksschulgebäude. Es ist daher nicht zulässig, daß öffentliche Gebäude kirchlich eingeweiht und eingesegnet werden. Aus gegebener Veranlassung wird darauf besonders hingewiesen.

Öffentliche Verwaltungsgebäude des Staates sind von altersher mit konfessionellen Zeichen - z. B. Kruzifix oder Lutherbild - nicht ausgestaltet worden. Dies entspricht auch schon deshalb einem sachlichen Bedürfnis, weil der Staat das ganze deutsche Volk umfaßt. Für alle öffentlichen Verwaltungsgebäude der Gemeinden und Gemeindeverbände müssen die gleichen Gesichtspunkte maßgebend sein. Schulgebäude des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände sind nicht anders zu behandeln. Auch die Volksschulgebäude machen dabei keine Ausnahme; denn sie gehören der Gesamtheit und nicht irgendeiner bestimmten Glaubensrichtung.

Demgemäß ordnen wir an, daß künftig in Gebäuden des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände kirchliche und andere religiöse Zeichen oben erwähnten und ähnlichen Charakters nicht mehr angebracht werden dürfen. Die bereits vorhandenen sind zu entfernen.

Über das Veranlaßte ist bis zum 15. Dezember d. J. zu berichten."<sup>908</sup>

---

<sup>908</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 65; NEUHÄUSLER, Kreuz, S. 116. Unterzeichnet ist der Erlaß von Staatsminister Pauly. Johann Neuhäusler dokumentiert weitere "Kreuzerlasse" in der Diözese Münster (Gemeinde Bislich, Kreis Rees, 1937), der Rheinpfalz (Gemeinde Frankenholz 1937) und in Bayern (Affecking 1941). Er berichtet, daß sich die Staatsorgane in Bislich nicht durchsetzen konnten und Pfarrer Rohrmeier im niederbayerischen Affecking nach heftigen Protesten seiner Gemeinde verhaftet und nach Dachau deportiert wurde. Erst nach der Befreiung des Pfarrers am 18. Juli 1945 sei "das Kreuz wieder feierlich in die Schule getragen" worden. Der Bischof von Speyer stellte in seinem Hirtenwort vom 14. Februar 1937, das den "heftigen Kampf um den **Vor-rang des Christuszeichens vor dem Führerbild**" in Frankenholz zum Gegenstand hatte, das Verhalten der Oldenburger Katholiken als Vorbild dar: "Vor einigen Wochen habe ich Euch von den wackeren Katholiken in Oldenburg berichtet, die siegreich gegen die Entfernung des Kreuzes in den Schulen sich gewehrt haben. Nun muß ich Euch zur gleichen Treue und Standhaftigkeit aufrufen in einem Fall, der sich leider in der Pfarrei Frankenholz unserer Diözese zugetragen hat."

Der Oldenburger Erlaß war gerichtet an die Direktoren der staatlichen Schulen und die Schulräte, die Amtshauptmänner und Oberbürgermeister und die Bürgermeister im Landesteil Oldenburg. Ausgelöst wurde der "Kreuzkampf" so durch eine menschen- und realitätsferne bürokratische Regierungspraxis, die die politische Loyalität der katholischen Bevölkerung in Oldenburg überstrapazierte und ihre religiösen Gefühle und Empfindungen aufs tiefste verletzte. Mit der Formulierung "aus gegebener Veranlassung" bezog sich Pauly auf die Vorgänge bei der Einweihung der neuen Volksschule in Bösel. Die politische Einweihung der Schule fand am 25. Oktober 1936 statt, an einem Samstag, so daß der Ortspfarrer daran nicht teilnehmen konnte. Denn es war bekanntlich die Zeit, zu der schon immer die Gläubigen zur Beichte kamen. Als der Pfarrer unter großer Beteiligung der Bevölkerung am Sonntag, dem 26. Oktober 1936, die kirchliche Einsegnung der Schule vornahm, empörte das eigenmächtige Handeln des Böseler Pfarrers das Ministerium Pauly, das um seine politische Glaubwürdigkeit fürchtete.<sup>909</sup> Pfarrer Sommer berichtete über diese Ereignisse am 23. November 1936 an den Bischöflichen Offizial Franz Vorwerk, daß die Beteiligung an der kirchlichen Feier die an der weltlichen "auffallend stark" übertroffen habe. Auch sei "der schöne Aufzug" im Vergleich zum Vortage allgemein aufgefallen.<sup>910</sup>

Eine zeittypische Szene, ein Wortwechsel zwischen Minister Pauly und dem Molberger Katholiken Theodor Lake, beleuchtet die historischen Strukturen des politischen Konfliktes im Jahre 1936 schlaglichtartig. Zwei Tage vor der entscheidenden Massenkundgebung in der Cloppenburger Münsterlandhalle, die für den 25. November 1936 angesetzt war, konfrontierte eine kleine Delegation aus der Landgemeinde Molbergen den oldenburgischen Minister für Kirchen und Schulen mit dem Standpunkt ihres angestammten katholischen Glaubens. Auf Pastoralkonferenzen, die am 16.11.1936 in Strücklingen, Friesoythe, Vechta, Emstek und Lindern stattgefunden hatten, war das weitere Vorgehen beraten und beschlossen worden, Delegationen nach Oldenburg zu entsenden und gegen die Verfügung zu protestieren. Die Zusammensetzung der Molberger Delegation war politisch äußerst aufschlußreich. Zu ihr gehörten Ortsgruppenleiter Josef Klinker und Bürgermeister Heinrich Prüllage, mithin die höchsten lokalen Repräsentanten der NSDAP, außerdem

---

Den Ausgang des Konfliktes in Frankenholz teilt Neuhäusler nicht mit. (NEUHÄUSLER, Kreuz 1, S. 116-120)

<sup>909</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 64.

<sup>910</sup> Pfarrarchiv St. Cäcilia, Bösel.

der Schuster Theodor Lake, der Bauer und Kaufmann Otto Meyer, der Mühlenbesitzer Theodor Raker und der Bauer Josef Siemer - kleinbäuerliche Honoratioren einer armen Gemeinde, "angesehene, kirchentreue Männer mit dem redengewandten Theodor Lake als Wortführer" an der Spitze.<sup>911</sup> Die Molberger Delegation vom 23. November 1936 bildete durch die Teilnahme des NSDAP-Bürgermeisters und Ortsgruppenleiters eine Ausnahme.<sup>912</sup> Zumholz erklärt die Teilnahme Josef Klinkers, "der das "Goldene Parteiabzeichen" trug und maßgeblichen Anteil an der Aufbauarbeit der NSDAP im Oldenburger Münsterland" hatte, damit, "daß er sich über die nationalsozialistische Ideologie nicht im Klaren gewesen ist und daß das, was ihm und vielen anderen als Wesen und Ziel des Nationalsozialismus dargestellt worden war, nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmte".<sup>913</sup> Während sich die NSDAP enttäuscht zeigte, wurde die Teilnahme von Parteigenossen von kirchlicher Seite begrüßt.<sup>914</sup> In einem Tonbandinterview erinnert sich Theodor Lake an den Verlauf der Oldenburger Delegation und an die Erklärung, die er vor dem Minister "im Stehen" abgab:

"Herr Minister, was ich Ihnen zu sagen habe, kann ich auch im Stehen sagen. Sie wissen vielleicht gar nicht, was das Kreuz für uns Katholiken bedeutet. Ich möchte es Ihnen an einem Beispiel erklären. Wir haben zu fünf Brüdern im Weltkrieg gekämpft, und keiner von uns ist ohne das Eiserne Kreuz nach Hause gekommen. Würden Sie es wagen, diesen Leuten, die diese Auszeichnung bekommen haben, das Kreuz abzunehmen?' 'Auf keinen Fall, das würde ich mir nie erlauben', erwiderte Pauly. 'Dann müssen Sie aber wissen, Herr Minister, daß das Kreuz, das in unseren Kirchen, in den Häusern und in den Schulen hängt, uns noch viel mehr bedeutet als solche Auszeichnungen, und deswegen werden wir es nicht zulassen, daß die Kreuze aus den Schulen entfernt werden.'"

Nach dem Vortrag Lakes meldeten sich Ortsgruppenleiter Klinker und Bürgermeister Prüllage, NSDAP, ebenfalls zu Wort und trugen ihre Zweifel vor, ob die Verfügung im Sinne Adolf Hitlers wäre. Sie drohten, sich persönlich

---

<sup>911</sup> ZUMHOLZ, Molbergen, S. 120. Bauer Heinrich Prüllage war auf der Gemeinderatssitzung am 22. Februar 1935 in Anwesenheit von Amtshauptmann Münzebrock als "Kompromißkandidat" zum Gemeindevorsteher von Molbergen gewählt worden, da er sowohl von der Bevölkerung akzeptiert wurde als auch für die örtliche NSDAP annehmbar war. Er gehörte nach Darstellung von Maria Anna Zumholz nicht "zum engeren Kreis der Nazis". (S. 117)

<sup>912</sup> Der 18-köpfigen Löninger Delegation vom 24. November 1936 gehörten auch Parteimitglieder an, sie bekleideten aber keine Funktionen. (HACHMÖLLER, Lönigen, S. 144ff.)

<sup>913</sup> ZUMHOLZ, Molbergen, S. 122.

<sup>914</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 91. Offizial Vorwerk notierte in seinem Bericht an den Bischof von Münster: "Erfreulich war das Mittun der älteren Pgg. Einer, mit goldenem Abzeichen, war der treueste Verfechter des Kreuzes."

an den Führer zu wenden und gegebenenfalls aus der Partei auszutreten, falls der Erlaß nicht wieder aufgehoben werden sollte.<sup>915</sup> Lake und die Molberger Delegation waren eine Abordnung von vielen, die nach dem Bekanntwerden des "Kreuzerlasses" am 4. November 1936 den Weg nach Oldenburg suchten. Zu den bekanntesten gehört die sog. "Langemeyer-Delegation", die ebenfalls am 23. November 1936 im oldenburgischen Ministerium Pauly gegen den sog. "Kreuzerlaß" protestierte.<sup>916</sup> Die Delegierten fühlten sich in ihrem im Ersten Weltkrieg mit dem Einsatz ihres Lebens bezeugten deutschen Patriotismus und ihrer loyalen Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Regierung getäuscht und forderten die Rücknahme des Erlasses, der ihre "heiligsten Kulturgüter" gefährdete. Der Vortrag Lakes bei Minister Pauly verdeutlicht das ambivalente Verhältnis des südoldenburgischen Katholizismus zum NS-Staat, das unentschieden zwischen politischer Anpassung und glaubensbegründeter Opposition schwankte, und macht Schnittpunkte deutlich, die im katholischen Milieu Südoldenburgs zwischen der konservativ-nationalen Mentalität der Bevölkerung und dem Nationalsozialismus bestanden.

Wie das Verhalten der Molberger Delegation zeigt, führte der "Kreuzkampf" nicht zu einer Spaltung zwischen der katholischen Bevölkerung und dem NS-Staat, der in seiner Rechtmäßigkeit nicht bezweifelt wurde. Vielmehr bestätigte sich die historische Erfahrung seit den Tagen der Weimarer Republik, daß die kultur- und kirchenpolitische Konfrontation das katholische Milieu Südoldenburgs über Partei- und Standesgrenzen hinweg einte und immer noch eine wichtige Garantie für seine Geschlossenheit darstellte. In den politischen Konfliktsituationen nach 1933 erwiesen sich die historischen Strukturen als tragend, die mit dem Begriff "Kulturkampf-Mentalität" zu beschreiben sind. Das katholische Sendungsbewußtsein dominierte alle anderen sozialen Interessen und politischen Bedenken und stellte sie in seinen Dienst. Davon waren, wie die Molberger Delegation deutlich macht, selbst die lokalen Repräsentanten der nationalsozialistischen Staatspartei nicht ausgenommen.

---

<sup>915</sup> ZUMHOLZ, Molbergen, S. 121f.

<sup>916</sup> ZUMHOLZ, Langemeyer, S. 321f.; GÖKEN, Kampf, S. 47-54. Göken berichtet im Kapitel "Im Ministerium zu Oldenburg" über die "Langemeyer-Delegation" und führt weitere Beispiele für den Protest in Südoldenburg an. Zur sog. "Langemeyer-Delegation", die vor der Abordnung aus Molbergen von Minister Pauly empfangen worden war, gehörten neben dem ehemaligen Landvolkführer Anton Langemeyer aus Cloppenburg auch Heinrich Götting, ebenfalls ein ehemaliger Landvolkführer, und Leo Reinke aus Bokel.

Die weltanschaulich angelegte Konfliktbewältigung im Herbst 1936 setzte die historische Tradition des katholischen Glaubenskampfes fort. Ihr Erfolg beruhte darauf, daß der politische Konflikt dem konfessionellen untergeordnet und so in den Dienst des Glaubens- und Weltanschauungskampfes um das Kreuz in der Schule gestellt wurde. Vom religiösen Ursprung her war die katholische Kirche auch noch 1936 durchaus willens, dem bestehenden Staate zu geben, was des Staates war, wenn dieser ebenfalls bereit war, Gott - und an seiner Stelle der katholischen Kirche - zu geben, was Gottes war. Von diesen Prinzipien war der Nationalsozialismus nicht ausgenommen. Der Molberger Bürgermeister Prüllage bekannte in einer schriftlichen Stellungnahme:

"Die Bauern erklären, wir sind als Katholiken geboren und wünschen es für uns und ganz besonders für unsere Kinder zu bleiben, auch als Gefolgsmänner Adolf Hitlers."<sup>917</sup>

Nicht nur kommunale Delegationen wurden in Oldenburg vorstellig, sondern auch katholische Standesvereine verließen angesichts der existentiellen Herausforderung ihre innere Emigration und meldeten sich öffentlich wieder zu Wort. So protestierte der Katholische Arbeiterverein aus Cloppenburg ebenso gegen den "Kreuzerlaß" wie der Katholische Frauenbund. Wie andere Standesvereine hatte er sich nach den Bestimmungen des Konkordats 1933 aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und auf kirchliche und religiöse Aufgaben beschränkt. 1936 trat er wieder an die Öffentlichkeit und schaltete sich in den massiven Protest gegen die Entfernung der Kreuze aus den katholischen Schulen Südoldenburgs ein. Maria Meyer-Holzgräfe, die als Vorsitzende den Cloppenburger Frauenbund seit seiner Gründung im Jahre 1919 leitete, schrieb am 16. November 1936 in einem Brief, der von zahlreichen Frauen unterzeichnet wurde, an den zuständigen Minister Pauly:

"Zahlreiche Frauen und Jungfrauen aus Cloppenburg und Umgegend nach einem religiösen Vortrag versammelt, erheben feierlich Protest gegen die Verordnung des Ministeriums in Oldenburg, daß die Kreuze und religiösen Bilder aus den Schulen entfernt werden sollen. Wir Frauen sind darüber empört. Das Kreuz Christi ist uns Frauen das Symbol unseres hl. Glaubens und jeder Angriff gegen das Kreuz ist für uns ein Angriff gegen unsere Religion. Das Kreuz ist uns Müttern und Frauen besonders heilig und wert, im Hinblick zum gekreuzigten Heiland finden wir Trost, Opfermut und die Kraft, unsere zahlreichen Kinder für Gott und Vaterland zu erziehen. Nimmt man unseren Kindern das Kreuz, so raubt man ihnen das Liebste und Höchste, was wir an religiösen Symbolen besitzen. Deshalb erachten wir es für unsere hl. Pflicht, schärfste Verwah

---

<sup>917</sup> MÜNZEBROCK, Amtshauptmann, S. 59.



---

rung gegen die Verordnung einzulegen und einmütig zu fordern, daß die Verfügung ungesäumt zurückgezogen wird. [...] Das positive Christentum ist nach den Worten unseres Führers die Grundlage des Reiches. Darum soll man uns Katholiken in unseren Schulen das Kreuz lassen als christliches Zeichen. Wenn man die Kreuze aus den Schulen nimmt, dann haben wir nicht mehr die Gewißheit, daß in den nationalen Verbänden (Deutsches Jungvolk, B.D.M.) das ererbte Glaubensgut und treue Vätersitte in guter Hut ist. Die Volksgemeinschaft, die wir ehrlich anstreben, wird den Schaden haben."<sup>918</sup>

Das Protestschreiben des Katholischen Frauenbundes ist als exemplarisch für die glaubensbegründete Opposition gegen die NS-Schulpolitik anzusehen. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß sich mit diesem Dokument wieder Frauen in die öffentliche Auseinandersetzung einschalteten und Protest gegen die von Männern dominierte nationalsozialistische Ministerialbürokratie erhoben. Ganz in der Tradition der katholischen Frauenbewegung blieb ihre Opposition unpolitisch und wurde genährt aus dem katholischen Selbst- und Glaubensbekenntnis. Das nationale Treuebekenntnis zu Staat und "Volksgemeinschaft" ging einher mit der Drohung, sich aus der politischen Mitarbeit zurückzuziehen, wenn die nach "treuer Vätersitte" für berechtigt gehaltenen kulturpolitischen Forderungen nicht erfüllt würden. Im Kampf für das Kreuz in der Schule erfüllte der südoldenburgische Katholizismus seinen naturrechtlichen historischen Auftrag, der ihm aus dem christlichen Jenseitsglauben zuwuchs und - obwohl nicht von dieser Welt - in dieser politischen Welt verwirklicht werden mußte. Das galt ausnahmslos und auch für die totalitäre politische Wirklichkeit des "Dritten Reiches". Weil die katholischen Vereine durch das Reichskonkordat auf ihre kirchliche und religiöse Zielsetzung beschränkt waren, ging die Initiative zum Protest des Frauenbundes auf einen Anlaß zurück, den das Schreiben einen "religiösen Vortrag" nennt. Der Protest mied jeden illegalen politischen Anschein und wollte sich im eigenen Interesse nicht dem Verdacht aussetzen, geltendes Recht zu verletzen oder den Rahmen des Reichskonkordats zu überschreiten.

Nach dem Kriegergedächtnistag in Bethen am 18. November 1936, den Kaplan Franz Uptmoor in seiner Predigt zu einer flammenden Protestkundgebung gegen den "Kreuzerlaß" umfunktionierte, verabschiedete der Katholische Arbeiterverein Cloppenburg "am Schluß eines religiösen Tages" eine Resolution,

---

<sup>918</sup> KUROPKA, Kreuz, S. 440f.; Cloppenburg, Mädels, S. 15-17. Das Protestschreiben wurde von 54 Cloppenburger Frauen namentlich unterschrieben. Die Vorsitzende Meyer-Holzgräfe ergänzte die Unterschriftenliste mit der Bemerkung: "u. die übrigen Anwesenden etwa 100 Frauen."

die politische Tendenzen ebenfalls zu umgehen suchte.<sup>919</sup> An den oldenburgischen Minister der Kirchen und Schulen adressiert, schloß das Schreiben mit der Versicherung:

"Wir sind überzeugt, daß wir unserem Volk den größten Dienst erweisen, indem wir mitkämpfen, daß es christlich denkt und fühlt unter dem Symbol des Kreuzes. Wir wollen dem Staate geben, was des Staates ist; man soll uns aber nicht hindern wollen, Gott zu geben und zu lassen, was ihm gebührt. Unsere Kinder sind uns zu lieb, als daß wir sie dem Unglauben und damit dem Bolschewismus zum Opfer bringen."<sup>920</sup>

Das Protestschreiben des Katholischen Arbeitervereins unter dem Vorsitz von August Wulfers war von einem doppelten Charakter geprägt und fügte sich in die kollektive Opposition des katholischen Sozialmilieus in Süddoldenburg ein. Es erhob einerseits Einspruch gegen die im "Kreuzerlaß" zum Ausdruck kommende unchristliche Regierungspraxis der NS-Regierung und bekräftigte andererseits auf der Grundlage von Röm. 13 die nationale Loyalität der katholischen Arbeiter.<sup>921</sup> Das Dokument machte auch auf die sozialen Nöte der Arbeiter aufmerksam, die durch die "vielen Abzüge und Spenden aller Art" noch erhöht würden:

"Bei all unseren Sorgen und Nöten, die wir gerne aus Liebe zum Vaterlande bringen wollen, trifft der Schlag uns kath. Väter und Mütter durch die obengenannte Verordnung mitten ins Herz."<sup>922</sup>

### 5.3. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Der "Kreuzkampf" des Jahres 1936 ist in historischer Sicht keineswegs "gänzlich eine Besonderheit", sondern ist in seinen Voraussetzungen und Bedingungen aus der Geschichte des politischen Katholizismus in Süddoldenburg erwachsen. Der katholische Widerspruch zielte auf die schulpolitische Entscheidungs- und Konfliktlage in Oldenburg und eskalierte nicht zum Widerstand gegen den

---

<sup>919</sup> KUROPKA, Wahrheit, S. 69f.; KUROPKA, Sache, S. 421.

<sup>920</sup> KUROPKA, Kreuz, S. 445; ders., Wahrheit, S. 71f. Das Schreiben ist von 50 Arbeitern namentlich unterzeichnet.

<sup>921</sup> KUROPKA, Das Kreuz, S. 445; ders., Wahrheit, S. 71f. Die katholischen Arbeiter mahnten ebenfalls die Einhaltung des Reichskonkordats an, wenn sie rhetorisch anfragten: "Ist denn das Konkordat zwischen der deutschen Regierung und dem hl. Stuhle in Rom nur ein Stück Papier?"

<sup>922</sup> KUROPKA, Kreuz, S. 442-445; ders., Wahrheit, S. 71f.

Nationalsozialismus.<sup>923</sup> Daß der Bruch zwischen dem südoldenburgischen Katholizismus und dem NS-Regime trotz tiefgreifender moralisch-religiöser Überwerfungen und politischer Enttäuschungen ausblieb, hat seine geistig-seelische Ursache im konservativ-nationalen Habitus des katholischen Milieus, der Deutschtum und Christentum gleichermaßen in sich vereinigte. Der Sevelter Kaplan Franz August Uptmoor faßte diesen Gedanken in seiner Predigt auf dem Kriegergedächtnistag im Wallfahrtsort Bethen am 18. November 1936 - eine Woche vor der entscheidenden Massenkundgebung in der Cloppenburg Münsterlandhalle - vor über 4 000 Teilnehmern idealtypisch zusammen und warnte den Nationalsozialismus vor den politischen Folgen, die eine Aufkündigung dieses Jahrhunderte überspannenden historischen Bündnisses nicht nur für den Bestand des NS-Regimes, sondern auch für das Überleben des christlichen Abendlandes nach sich ziehen könnte.<sup>924</sup> Dessen Schicksal sah er in der Hand Adolf Hitlers immer noch besser aufgehoben als bei den 'Bolschewisten'. Wie der Kriegergedächtnistag in Bethen zeigt, wurden die Kirchen und die kirchlichen Veranstaltungen, die von Staats wegen nicht verboten oder zensuriert werden konnten, in Südoldenburg nach 1933 zu ersatzpolitischen Schauplätzen umfunktioniert und zum öffentlichen Resonanzboden für den glaubensbegründeten Kampf gegen das NS-Regime.

In Uptmoors Bethener Predigt, die rhetorisch glänzend angelegt ist, nahm die weltanschauliche Konfrontation wieder jene tragische Gestalt an, die den politischen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik erschüttert und ihn schließlich in dem Glauben mit Hitler versöhnt hatte, in der Regierung der "Nationalen Revolution" ein neues Patronat über die katholische Kirche gefunden zu haben. Uptmoor stand tief in der Tradition des deutschen Konservatismus und der katholischen Abwehrhaltung des 19. Jahrhunderts. Er sprach in Bethen im Gestus und mit dem Pathos eines militärischen Befehlshabers, eines Imperators, der seine Legionen zum Kampf für das Reich Christi gegen seine Feinde aufruft:

"Meine lieben Kameraden! Wir wissen, daß undeutsche und unchristliche Elemente offen und noch mehr hinterlistig und versteckt an der Arbeit sind, unser Volk zu verführen zur Untreue gegen seine große christliche Geschichte, zur Untreue gegen seine großen christlichen Männer, kurz gesagt zur Untreue gegen Christus und das Christentum und das Zeichen des Christentums: das Kreuz.

[...] Meine lieben Kameraden! Die Treue ist das Mark der Ehre! [...] Fern von dem Weltverkehr, abgeschnitten durch Moor und Heide hat sich hier im Münsterlande und

---

<sup>923</sup> RICKERS, Macht, S. 156f.

<sup>924</sup> BAUMANN, Uptmoor, S. 314-319.

den angrenzenden Gebieten das Sachsenblut am reinsten erhalten. Deshalb ist hier die Treue zu Christus, zum Christentume und zur Kirche so unerschütterlich fest, daß Außenstehenden einfach das Verständnis dafür fehlt.

[...] Jedenfalls wenn es überall so aussähe in unserem deutschen Vaterland wie hier im schwarzen Münsterland, dann wäre es um die Macht und Größe, Sittlichkeit und Lebenskraft unseres Volkes besser bestellt. [...] Bei uns haben die Marxisten, Sozialisten und Kommunisten sich nie breit machen können.

[...] Meine lieben Kameraden! Die Treue ist das Mark der Ehre! Treu sind wir Christus und dem Christentum und dem Zeichen des Christentums, dem Kreuze, weil wir Frontsoldaten sind.

[...] Und wenn heute ein neues Heidentum und Gottlosetum unser Volk innerlich vergiften und zerfressen und damit dem Bolschewismus und dem Untergang entgegengetreten will, und wenn man uns heute das Heiligste und Kostbarste, was wir haben, das Kreuz, aus der Hand reißen will, dann werden wir Frontsoldaten wie ehemals in diesem Kampf um das Kreuz in der vordersten Feuerlinie stehen."<sup>925</sup>

Den moralischen Elan immer noch in brennender Erinnerung aus dem Weltkriegserlebnis schöpfend, stand Uptmoor in seiner Wendung gegen den Marxismus und in seiner Klage über die sittliche Dekadenz seiner Zeit ganz in der Tradition der konservativen Gegenrevolution, die der sozialrevolutionären Dynamik der "Nationalen Revolution" erlegen war. Er wandte sich mit ungebrochenem kulturrevolutionärem Eifer und Mut gegen eine neue Welle von "Heidentum" und "Gottlosetum", die diesmal vom Nationalsozialismus als einer Ausgeburt des weltanschaulichen Materialismus herangeschwemmt werde. Uptmoors Verdikt gegen "undeutsche und unchristliche Elemente" richtete sich keineswegs gegen den herrschenden NS-Staat, wie man vermuten könnte, sondern wie im Weltanschauungskampf am Ende der Weimarer Republik gegen einen 'kranken' demokratischen Staat und eine 'kranke' moderne Gesellschaft. Die freie Gesellschaft hatte in der Vergangenheit in dem schlechten Ruf gestanden, christliche Ehe, Familie, Kirche und Staat den westlichen Mißverständnissen von Freiheit und Gleichheit zu opfern und vom herrschenden Materialismus ausgezehrt zu werden. Vor diesem ideologischen Hintergrund konnte das Oldenburger Münsterland, in dem Uptmoor "das Sachsenblut am reinsten erhalten" wähnte, zur unberührten Heimat des wahren Christentums und zum letzten Bollwerk gegen Marxismus und Neuheidentum aufsteigen. Um die politische und gesellschaftliche Bändigung der größten Gefahren für den Bestand der christlichen Kultur hatte sich der Nationalsozialismus in den Augen Uptmoors unvergleichliche Verdienste erworben. Der Kampf, der einst dem Kommunismus gegolten hatte, galt dem Nationalsozialismus nur insofern, als er christliche und deutsche Werte ver

---

<sup>925</sup> KUROPKA, Kreuz, S. 421; KUROPKA, Wahrheit, S. 69f.

riet. So mußte er sich nun aber gegen den Nationalsozialismus richten, weil dieser wider Erwarten das historische Vermächtnis von Deutschtum und Christentum gefährdete. Willi Baumann faßt die politische Kernaussage Uptmoors in der prägnanten Formel zusammen:

"Der Kampf für das Kreuz in der Schule wurde somit auch ein Kampf gegen die heraufbeschworene bolschewistische Gefahr, die mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen Uptmoor seinen Zuhörern nahelegte."<sup>926</sup>

Kaplan Uptmoor konnte deshalb am 3. Januar 1937 bei seiner Vernehmung durch Regierungsrat Thyen auf dem Amt Cloppenburg über seine berühmte Bethener Rede mit Recht zu Protokoll geben:

"Meine Predigt war nicht gegen den Nationalsozialismus, auch nicht gegen die führenden Männer des Dritten Reiches gerichtet. Insbesondere habe ich mit den undeutschen und unchristlichen Elementen nicht führende Männer der Partei gemeint, weil diese nach dem Parteiorgan auf dem Standpunkt des positiven Christentums stehen müssen."<sup>927</sup>

Was die politische Enthaltung des Klerus, die auf der Linie des Reichskonkordats lag, betraf, herrschte im führenden südoldenburgischen Klerus offensichtlich Einverständnis. In einem Schreiben an die Geistlichen des Officialatsbezirks, das unmittelbar nach der Cloppenburger Massenkundgebung am 25. November 1936 abgefaßt wurde, forderte Official Vorwerk die Geistlichen auf, zwischen Politik und Religion strikt zu unterscheiden. Er warnte ausdrücklich vor jedem "Übergriff ins Politische" und lehnte eine "politische Reaktion" kategorisch ab:

"Ferner betone ich, daß in Zukunft der Kampf um den Glauben mutig geführt werden muß, aber jeder Übergriff ins Politische ist sorgfältig zu meiden. Wir kämpfen nur für den Glauben. Eine politische Reaktion darf nirgends bei uns aufkommen, auch nicht bei unseren katholischen Laien. So mißverständlich es ist, ich möchte doch darauf hinweisen, damit auch jeder Verdächtigung möglichst vorgebeugt wird."<sup>928</sup>

---

<sup>926</sup> BAUMANN, Uptmoor, S. 316.

<sup>927</sup> Ebd., S. 317.

<sup>928</sup> KUROPKA, Volk, S. 42, Anm. 156: Schreiben vom 27.11.1936. Der Dammer Oberstudienrat Dr. Jürgen Kessel hat einen Brief Franz Vorwerks an die Reichskanzlei vom 23. Oktober 1939 vorgelegt, der bestätigt, daß der Bischöfliche Official seinen Einsatz für die katholische Schule als kirchlichen und nicht als politischen Kampf verstanden wissen wollte. In seinem Schreiben heißt es dazu: "Es lag mir nichts ferner, als staatsfeindlich zu handeln. Meine Haltung ist nie beanstandet, keine meiner Predigten hat eine Verurteilung gefunden. Ich glaube auch, dass mein Leben in Krieg und Frieden in dieser Beziehung eine Gewähr bietet. Daß ich meine Pflicht tat, beweisen das EK I

#### 5.4. Historische Einordnung des "Kreuzkampfes"

Die historisch-politische Einordnung des sog. "Kreuzkampfes" hat die großen Traditionen und Kontinuitäten in der Geschichte des katholischen Milieus in Süddoldenburg zu berücksichtigen, die die Austragung dieses Konfliktes begleiteten und sein politisches Schicksal erheblich beeinflussten. Die sozioökonomischen Strukturen und geschichtlich wirksamen Mentalitäten zeigten 1936 in Oldenburg einen großen Gegensatz zwischen dem geschlossenen katholischen Süden, der dem Nationalsozialismus aus konfessionellen Motiven reservierter gegenüberstand, und dem evangelischen Norden, in dem der Nationalsozialismus schon früh dominierte und der als die politische Heimat des Nationalsozialismus in Oldenburg angesehen wurde. Joachim Kuroпка erinnert an den historischen Gegensatz zwischen dem Norden und Süden des Landes und erklärt seine Bedeutung für den "Kreuzkampf":

"Die Bevölkerung des Oldenburger Münsterlandes blickte auch auf eine Tradition politischen Zusammenhalts gegen 'den Norden' zurück, die sich nun wiederbelebte. [...] Im Oldenburger Münsterland agierte man in einem ungemein dichten Netz sozialer Beziehungen, hatte im Klerus eine anerkannte Führungsschicht und in den kirchlichen Zentralen in Vechna und Münster Mittelpunkte, in denen die Fäden zusammenliefen. Darüber hinaus schufen die kleinräumigen Verhältnisse des Landes Oldenburg für den Protest günstige Voraussetzungen. Man kannte einander, und 'Carlchen' Röver galt bei aller abstoßenden Brutalität doch auch als ein Mann aus dem Volke, dem gegenüber ein offenes Wort durchaus einmal gewagt werden konnte."<sup>929</sup>

Obwohl der Anlaß des sog. "Kreuzkampfes" ein politischer war, nämlich ein Akt der nationalsozialistischen Exekutive, und moderne Techniken politischer Massensuggestion eingesetzt wurden, erreichte die Auseinandersetzung des Jahres 1936 nicht die entscheidende politische Ebene, stellte nicht die Systemfrage, weil sie nicht nach der politischen und moralischen Legitimität der staatlichen Macht fragte, der man in der Cloppenburg Münsterlandhalle eine empfindliche Niederlage beibringen konnte. Verantwortlich dafür war eine fort

---

und II und Friedrich-August-Kreuz I und II. Auch darf ich für mich in Anspruch nehmen, daß ich in Friedenszeiten mich viel um vaterländische Dinge bemüht habe, ebenso wie ich mit der Partei zusammengearbeitet habe. Dies ist von Seiten der Partei auch öffentlich anerkannt. Mehrfach habe ich aus eigenen Reihen Kritik mir deswegen gefallen lassen müssen." Der Herkunftsort wird mit Brül in Mecklenburg und Münster unterschiedlich angegeben. (Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 110f.)

<sup>929</sup> KUROPKA, Volk, S. 52.

gesetzte Konfessionalisierung der politischen Themen und eine lange Erfahrung in der Umgehung und Vermeidung originär politischer Fragen. Aus historischer Sicht wäre zweifelsohne das Verhältnis des Katholizismus zum modernen Staat und zur säkularen Gesellschaft in den Blickpunkt des analytischen Interesses zu rücken gewesen. Der deutsche Katholizismus hat diese Auseinandersetzung bis zum Jahre 1933 aber nicht offen genug geführt. So kann auch Kuropka bei den katholischen Kontrahenten "keine politische Konzeption" erkennen:

"Natürlich hatten die münsterländischen Bauern keine politische Konzeption im Sinne einer ausformulierten Vorstellung eines politischen Systems als Alternative zum Nationalsozialismus, und ebensowenig dürften dies selbst die politisch wachen Geistlichen gehabt haben, [...] Wir wissen im übrigen, wie schwierig politische Konzeptionen in der damaligen Zeit vom bürgerlichen Lager zu entwickeln waren, das keine doktrinären politischen Ideologien mitbrachte."<sup>930</sup>

Der "Kreuzkampf" war ein moralisch-religiöser Konflikt mit politischen Folgen. Genau so war es auch in den "Kulturkämpfen" der Vergangenheit gewesen. "Natürlich" brachten die Katholiken Südoldenburgs kein politisches Wort und keine politische Alternative in den Kampf für das Kreuz ein, weil sie seit Generationen einer politischen Theologie anhängen, die keine politische Theorie war, und starr an der Doktrin von der verfassungspolitischen Indifferenz festhielten, die dem Katholizismus 1933 ebenso den Weg in die NS-Diktatur ebnete, wie sie ihm 1918 erlaubt hatte, den Boden der bürgerlichen Republik zu betreten. So gab es im katholischen Südoldenburg keine demokratische Reminiszenz, die verlorenen Zeiten nachtrauerte, als in der Weimarer Republik noch ein freies Wort zur Wahrung katholischer Interessen unbeschadet gesprochen werden konnte. Der politische Katholizismus hatte 1933 in Deutschland aufgrund seiner national-konservativen Mentalitäten und republikanischen Vorbehalte kapituliert. "Die Billigung der Verfolgung von Demokraten und Sozialisten, Antiliberalismus und Antikommunismus und die Bejahung des autoritären NS-Staates" markieren die Grenzen für den glaubensbegründeten Widerspruch aus den Reihen des Katholizismus, der "den Untergang des alten autoritären, die Verflechtung von Kirche und Staat gewährleistenden Monarchismus" als Trauma erlebt hatte und sich nicht vorbehaltlos mit der Weimarer Republik arrangieren konnte.<sup>931</sup>

---

<sup>930</sup> Ebd., S. 44.

<sup>931</sup> HESEDING, Kreuz, S. 91, 83.

Die zentrale Frage, ob sich der glaubensbegründete Widerspruch in Südoldenburg lediglich gegen die nationalsozialistische Kirchen- und Schulpolitik und damit gegen eine bestimmte Regierungspraxis einer NS-Regierung richtete oder gegen das NS-Regime überhaupt, bleibt in der herrschenden Regionalgeschichte Südoldenburgs an der Peripherie, weil sie negativ beschieden werden muß. "Die Stilisierung des Kreuzkampfes zu einem politischen Grundsatzkonflikt", wie sie in der großen Tradition des Kreuzkampfgedenkens bis heute geübt wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in erster Linie um "die Bestandssicherung des 'katholischen Milieus' gegenüber der Herausforderung durch den totalitären ideologischen Anspruch des Nationalsozialismus bei gleichzeitig weitgehender Zustimmung zu den konkreten politischen Maßnahmen des Regimes" ging. "Die Einschätzung des Kreuzkampfes als gezielter Abwehrreaktion der katholischen Kirche mit von vorne herein begrenzter Zielrichtung und Reichweite" findet durch die historisch-politische Einordnung der Ereignisse vom November 1936 in die Geschichte des südoldenburgischen Katholizismus ihre Bestätigung.<sup>932</sup> Die "systematische Erinnerungsarbeit", die immer noch von "einem unübersehbaren Hang zur legendenhaften Ausschmückung der Vorgänge und zur heroisierenden Überzeichnung des Verhaltens der beteiligten Kleriker und Gläubigen" geprägt ist, hat aber dazu beigetragen, daß der "Kreuzkampf" in Südoldenburg so intensiv wie kein anderes regionalgeschichtliches Ereignis aufgearbeitet ist. Die historische Stilisierung des "Kreuzkampfes" fügt sich "weitgehend in das verschiedentlich bis zur Entrückung verklärte Bild des damaligen Münsteraner Bischofs v. Galen ein", der bei vielen Zeitgenossen in Deutschland und auch im Ausland als "Löwe von Münster" legendären Ruf genoß.<sup>933</sup> Der britische Historiker Jeremy Noakes bringt die regionale Bedeutung, das milieuspezifische Verhaftetsein und die politischen Grenzen des sog. "Kreuzkampfes" in Südoldenburg präzise zum Ausdruck, wenn er ihn großzügig in die Geschichte des modernen Katholizismus in Deutschland einordnet:

"Nichtsdestoweniger wäre es ein Fehler, dieser verallgemeinerten Feindschaft eine zu große Bedeutung zu geben. Obwohl es natürlich letztendlich keinen Kompromiß zwischen der nationalsozialistischen Ideologie und christlichen Glaubensvorstellungen geben konnte, konnten die beiden [Systeme] in diesem Stadium ohne zu große Brüche Seite an Seite koexistieren. Im ganzen gesehen waren die kirchlichen Autoritäten selbst darauf bedacht, die Bereiche der Übereinstimmung hervorzuheben und die der Trennung als geringfügig darzustellen. Zum Teil war dies ein Ergebnis der Eigenart der katholischen Subkultur in Deutschland. Ihr Wertesystem gab wie das der ganzen Na

---

<sup>932</sup> SOMMER, Kreuz, S. 342.

<sup>933</sup> SOMMER, Widerstand, S. 257f.



tion dem Vorrang, was als 'Sekundärtugenden' beschrieben worden ist, wie zum Beispiel Loyalität, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Gewissenhaftigkeit in der Ausübung von Pflicht und schwerer Arbeit. Diese Tugenden sind in dem Sinne leer, daß es ihnen an moralischem Inhalt mangelt; sie können zu jedem Zweck eingesetzt werden. [...] Für die meisten deutschen Katholiken war ihre Religion in einem System von Sekundärtugenden zusammengefaßt, indem sie als eine Reihe von äußerst eigenartigen Pflichten und Ritualen festgelegt wurde. Dabei handelte es sich um Bekräftigungen der Zugehörigkeit zu einer besonderen Gemeinschaft, die aber keine weitergehende gesellschaftliche Bedeutung hatten.

Diese begrenzte Ansicht war zum Teil eine Folge der Außenseiterstellung der Katholiken in Deutschland seit dem Kulturkampf. Aber sie wurde verstärkt durch die Tatsache, daß es in allen religiösen und moralischen Fragen für Katholiken eher üblich war, der Führung der Kirche und ihrer Hierarchie zu folgen als eine Verpflichtung zu fühlen, dem eigenen Gewissen zu gehorchen. [...] Schließlich besaßen die Katholiken keine politische Alternative, die ihnen eine Grundlage geben konnte, von der aus sie sich mit dem Regime in politischer Hinsicht auseinandersetzen konnten. Was sie an politischen Vorstellungen besaßen - eine Mischung aus korporativen, nationalistischen, anti-liberalen und anti-marxistischen Werten und Einstellungen - grenzte so nahe an Gesichtspunkten des Nazismus, daß eine scharfe Differenzierung, geschweige denn eine fundamentale Kritik schwierig, wenn nicht gar unmöglich wurde. Ferner hatte das politische Leben des Katholizismus vor 1933 dazu geneigt, die Form von relativ geschlossenen 'Pressure group'-Aktivitäten zur Wahrung katholischer Interessen anzunehmen. Von wenigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen, wurde als Folge davon die katholische Opposition gegenüber dem Nazismus durch eine Verletzung ihrer Interessen oder religiösen Glaubensvorstellungen hervorgerufen und blieb darauf beschränkt; sie wurde kein genereller Angriff auf das Regime als Ganzes.<sup>934</sup>

An diese historisch-politische Einordnung des "Kreuzkampfes" kann man sich auch heute noch halten. Die Opposition in Süddoldenburg nährte sich aus religiös-kirchlichen Motiven und wandte sich nicht gegen das totalitäre Regime überhaupt, sondern gegen einzelne kultur- und schulpolitische Maßnahmen einer Regierung, deren Legitimität niemals ernsthaft bestritten wurde. Deshalb ist die Widerspruchshaltung in Süddoldenburg nicht als Widerstand zu bezeichnen, sondern als glaubensbegründete Opposition. Sie verließ in der Regel nicht den Boden politischer Legalität und nationaler Loyalität. Sie drohte zwar damit, dem Regime die Unterstützung zu entziehen, um dem eigenen Kampf eine größere Wirkung zu verleihen, aber ihre Drohung bewahrheitete sich bis zum Untergang des Regimes meistens nicht.

Die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Süddoldenburg hat gezeigt, daß die Fundamente des katholischen Milieus, seine politisch-religiösen Mentalitäten und historisch bezeugten Grundhaltungen, nicht erschüttert werden konnten.

---

<sup>934</sup> NOAKES, Cruzifix Struggle, S. 228f. (übersetzt von Max Thesing).

Dazu waren historische Prozesse notwendig, die langfristig auf eine weitere Modernisierung, Säkularisierung und Pluralisierung der Region drängten. Sie kamen erst nach dem Untergang des "Dritten Reiches" zur Geltung und leiteten eine tiefgreifende Erosion des politisch-sozialen Milieus in Süddoldenburg ein. Die Bedingungen für den politischen Umgang mit dem Nationalsozialismus wurden bereits 1933 grundgelegt, als sich der deutsche Episkopat mit der neuen Regierung und dem neuen Staat arrangierte. Die lange Geschichte des "Kulturkampfes", die konstitutiv für das katholische Sozialmilieu in Süddoldenburg ist, erreichte am 25. November 1936 ihren Zenit und überschritt ihn zugleich. Damit leitete sie ihr eigenes Ende ein. Monika Reinhardt-Duen weist in diesem Zusammenhang nachdrücklich darauf hin, daß aus dem Studium des "Kreuzkampfes" keine "fertigen Rezepte für die Gestaltung der Zukunft" abgeleitet werden dürfen, weil "jener gesellschaftliche Struktur- und Kommunikationszusammenhang", der die süddoldenburgische Bevölkerung 1936 zum Aufbegehren befähigt habe, nicht mehr existiere.<sup>935</sup> Mit dem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, das 1945 unausweichlich geworden war, stellten sich die politischen Herausforderungen in einem anderen Licht dar.

### **5.5. Katholische Sinndeutung von Geschichte**

Die dramatischen späten Nachmittagsstunden des 25. November 1936 in der Cloppenburg Münsterlandhalle, in der nahezu 7 000 Menschen vom anwesenden Gauleiter Carl Röver die Zurücknahme des "Kreuzerlasses" forderten, konzentrieren wie in einem Prisma die Geschichte des katholischen Milieus in Süddoldenburg seit dem Jahre 1803. In keiner historischen Stunde zuvor - das vermag nur die Konfrontation mit einer politischen Gewaltherrschaft hervorzubringen - hat der katholische Glaube Süddoldenburgs seine soziale und kulturpolitische Funktionsfähigkeit so eindrucksvoll unter Beweis gestellt wie in dem tumultartigen politischen Rückzug der oldenburgischen NS-Regierung und so eindrucksvoll bestätigt, wie tragfähig das moralische System religiöser Überzeugungen für das Überleben des katholischen Milieus in Süddoldenburg noch war. Die bekenntnishafte politische Deklamation und ein emphatisch-tragisches WIR-Gefühl, das die politische Auseinandersetzung beherrschte und beflügelte, bestätigten den süddoldenburgischen Katholizismus aber auch in der Rolle des Opfers, in der er sich in seiner langen Geschichte eingerichtet hatte. Es ist so, weil es immer so war und immer so sein wird. Die beklemmenden

---

<sup>935</sup> REINHARDT-DUEN, Überlegungen, S. 295f.

menschlichen Umstände im "Dritten Reich" legten den moralischen Schluß nahe, daß die dem Katholiken von der Geschichte nach dem Untergang des christlichen Mittelalters vorherbestimmte Rolle die des Opfers und sein Weg durch die moderne Zeit ein Kreuzweg sei, mit dem nur die Aussicht auf die ewige Belohnung versöhnen konnte. Sonst hätte die Geschichte einen anderen Verlauf genommen. Es war ein letzter Erfolg für die "res catholica".

Mit der Rolle des Opfers lieferte das "Dritte Reich" dem südoldenburgischen Katholizismus den Schlüssel zu seinem historischen Selbstverständnis, das zum psychologischen Ferment seiner politischen Mentalität und historischen Traditionsbildung wurde. Die Geschichte wird das Opfer immer enttäuschen und ihm niemals gerecht werden, weil es seinen absoluten moralischen Anspruch nicht erfüllt. Es fühlt sich schon deshalb im Recht, weil es Opfer ist, und entläßt sich in dieser Rolle aus der Verantwortung für die eigene Geschichte. Dem Opfer eignet ein tragischer Rigorismus des Wortes und der Tat an, der sein Recht aus der Lage des eigentlich wehrlosen, aber fest zum Selbstbehauptungskampf entschlossenen Streiters zieht. Ausschlaggebend dafür ist häufig die Position der konfessionellen Minderheit, die der südoldenburgische wie der deutsche Katholizismus zwischen den beiden Weltkriegen einnahm. Die Rolle des Opfers dient der Wahrung der eigenen Position und ihrer Verteidigung gegen eine feindliche Umwelt, die im Gegensatz zum moralischen Recht des Opfers stets ins Unrecht gesetzt wird. Die große Kulturkampferfahrung Südoldenburgs liefert dafür anschauliche historische Beispiele und findet im "Kreuzkampf" einen letzten schlüssigen Beweis.

Voraussetzung für den historischen Opfer-Glauben ist die schweigend vereinbarte Akzeptanz eines kollektiven moralischen Tabus, das sich schon allein durch die Existenz einer von ihm unabhängigen Welt verletzt fühlen kann. Seine Aufgabe bestand in der Region Südoldenburg vor allem darin, die kritische Erkundung nach den sozialen und politischen Trägern der katholischen Teilkultur und damit nach dem Subjekt der eigenen Geschichte abzuwehren. Die Geschichte des politischen Katholizismus in Südoldenburg ist in dieser Hinsicht auch die Geschichte eines moralischen Tabus, das unter Berufung auf den naturrechtlich-religiösen Ursprung katholischer Lehre die rationale An- und Nachfrage autoritativ zurückwies und den Zweifel an ihrer historisch-diessseitigen Legitimation ins Unrecht zu setzen versuchte. Die katholische Sinndeutung von Geschichte war bestrebt, den Opfer-Glauben als geistige Fiktion menschlicher Unzulänglichkeit und Unfreiheit aufrechtzuerhalten und die

Frage nach der historischen Verantwortung des Menschen als Subjekt von Geschichte als häretische Zumutung abzuwehren.

Solange das katholische Milieu sich als kollektives Opfer moderner Geschichte und säkularer Politik verstand, war es zum Verstehen der fremden benachbarten Welt und zur Solidarität mit ihrer Not - auch mit ihrer politischen Not - kaum imstande. Die Gettoisierung der katholischen Milieus war die natürliche Folge eines fixierten Denkens, das seine eigenen Sorgen und Nöte in einer Weise umkreiste, daß darin für das Sein der anderen nicht viel Platz war. In dieser moralischen Beschränkung zeigte sich im katholischen Bewußtsein eine geistige Unfreiheit, denn nur ein Mensch, der sich als freies Subjekt denkt und erfährt, ist auch zur wirklichen Solidarität mit dem anderen, der immer auch ein anderer ist, in der Lage. In der Überwindung dieser Abwehrhaltung liegt die Voraussetzung für geistige Freiheit und christliche Solidarität, die die Lebenswirklichkeit des anderen nicht länger als Unwirklichkeit begreift und das Lebensrecht des anderen als zu seiner Existenz gehörend anerkennt. Das kann aber nur auf dem Boden einer freien pluralistischen Gesellschaft geschehen, die soziale und kulturelle Vielfalt in der Verschiedenheit und Andersartigkeit versteht und aus Überzeugung bejaht. Das katholische Milieu in Süddoldenburg war um seiner Selbsterhaltung willen bereit, den Preis der politischen Freiheit zu zahlen, um historisch zu überleben. In der Reflexion sind ihm diese Prozesse nicht immer gegenwärtig gewesen, weil es dazu eines aufgeklärten demokratischen Geschichtsbewußtseins bedurft hätte. Mit den Kategorien der überkommenen politischen Theologie waren diese historischen Abläufe nicht zu erfassen.

Die katholische Kirche hat - wie andere gesellschaftliche Gruppierungen, mit denen sie als Kirche nicht verglichen werden wollte - in historischer Selbstverantwortung auf die politische Herausforderung der revolutionären Moderne reagiert. Daß sich dies vor allem in Formen politischer, sozialer und kultureller Selbstvergewisserung vollzog, oblag ihrer ursächlichen Entscheidung und Willensbildung. Die historische Verantwortung dafür darf nicht an Umstände und Verhältnisse delegiert werden, die in der Republik völlig anders waren als in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland. Die eingleisige Reaktion auf politische wie gesellschaftliche Umwälzungen schränkte die geistige Bewegungs- und politische Entscheidungsfreiheit des deutschen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik in einem Maße ein, daß er nur noch im Rahmen einer autoritären Staats- und Gesellschaftsordnung überleben zu können und mit der pluralen liberal-demokratischen Grundordnung von Weimar brechen zu müssen glaubte. Die historische Interpretation des Opfer-Glaubens

hat den augenscheinlichen Vorteil, die eigene Politik als unausweichliche Reaktion auf den oktroyierten politischen Willen einer Mehrheit oder einer herrschenden Klasse auszulegen und mit dem Status politischer Unfreiheit zu erklären, aus der heraus eine selbstbestimmte und selbstverantwortete Politik nicht betrieben werden kann. Das heißt aber, sich endgültig der Freiheit zu begeben und sie aus eigener Kraft nicht wiederherstellen zu wollen. Der Opfer-Glaube erweist sich somit als Flucht- und Abwehrhaltung, weil er für die eigene Geschichte die Rolle des Objekts, aber nicht die des Subjekts von Politik reklamiert und sich damit der historischen Rechenschaftspflicht entzieht. Der Südoldenburger verstand sich in erster Linie nicht als freier Bürger, der darum weiß, daß er Subjekt von Geschichte ist, sondern als Kind Gottes, treuer Katholik und gläubiger Sohn der Kirche. Daraus bezog er seine enorme Kraft im Kampf für die Erhaltung der katholischen Schule und der heiligsten christlichen Kulturgüter, die ihren Ursprung und damit ihr historisches Recht nicht nur in dieser Welt hatten. Dabei handelte es sich um ein Mysterium des Glaubens, das auch politisch bezeugt werden mußte, wenn der Graben zwischen Religion und Politik, Kirche und Staat, Gott und Mensch nicht noch vertieft werden sollte.

Am Beispiel Südoldenburgs läßt sich exemplarisch veranschaulichen, wie im institutionalisierten Katholizismus unter der Folie einer katholischen Pastoral, die Politik als christliche Seelsorge verstand, die Frage nach dem politischen Subjekt von Geschichte verschüttet wurde. Das war eine wesentliche Voraussetzung für die historische Kontinuität des katholischen Milieus in Südoldenburg und erklärt den Beitrag, den eine affirmative Geschichtsschreibung zur Erhaltung seiner historischen Traditionen und konservativen politischen Mentalitäten leistete. Die moralisch-religiöse Rezeption von Geschichte gehört zur historischen Konstitution des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg. Ihre Aufgabe bestand lange darin, die traditionellen Strukturen des katholischen Milieus zu bekräftigen und sie vor der kritischen Analyse zu bewahren. Das "Kreuzkampfgedenken" der Nachkriegszeit hat viel dazu beigetragen, die Opfer-Fiktion im historischen Selbstverständnis der Region zu konservieren und die Emanzipation eines aufgeklärten historisch-politischen Bewußtseins aufzuhalten und zu erschweren. Daraus ergab sich sein affirmativer Charakter. Das fortgesetzte Eintreten für die Bekenntnisschule als "unmittelbare politische Nutzenanwendung des historischen Kreuzkampfes" erwies sich in der frühen Nachkriegszeit als Anachronismus, da sich die religiöse Erziehung und Bildung angesichts des sozialen und kulturellen Modernisierungsprozesses in der Bun

desrepublik mit ganz anders gearteten Herausforderungen konfrontiert sah.<sup>936</sup> Die moralisch-religiöse Rezeption der politischen Zeitgeschichte reproduzierte eine spezifisch katholische Sinndeutung von Geschichte und befragte ihre metaphysische Legitimation nicht auf ihre durch sie vermittelten politischen und gesellschaftlichen Interessen und Absichten. So wurde das erkenntnisleitende Interesse nicht hinreichend transparent. Eine historische Fragehaltung, die sich der demokratischen Gegenwart verpflichtet weiß, hat sich nach Zwecken und Interessen von religiösem Bewußtsein in einem konfessionellen Milieu zu erkundigen und herauszufinden, inwiefern Glauben, Sitte und Moral institutionalisiert und benutzt wurden, um bestehende Sozialverfassungen und Politikbegriffe zu legitimieren. Das ist von großer historischer Bedeutung für die Gegenwart.

Zu befragen ist nicht der geoffenbarte Wahrheitsgehalt der katholischen Lehre selbst, denn Geschichtswissenschaft ist nicht Theologie, sondern die Art und Weise, wie Menschen sie historisch ausgeformt, welche politischen wie sozialen Leistungen sie von ihr in ihrem jeweiligen historischen Kontext erwartet haben und wie sie diese erfüllt hat. Daß der römische Katholizismus in Deutschland gerade im historischen Spannungsfeld der Weimarer Republik zu einem moralisch-religiösen Fundamentalismus mit radikalen Neigungen gerierte, ist aus seinem chronischen Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer ständig fortschreitenden Atomisierung des gesellschaftlichen Lebens und aus seinem kollektiven Bewußtsein der Verlorenheit in einer modernen Gesellschaft zu verstehen, die sich von den christlichen Volkskirchen, ihren Institutionen, moralischen Normen und kollektiven Sinndeutungen immer offener distanzierte. Um der politischen und sozialen Konsolidierung des katholischen Milieus willen - und da steht Südoldenburg nur als ein historisches Beispiel - mußte die absolute Autorität der katholischen Kirche und ihrer Lehre kulturpolitisch unentwegt behauptet werden. Das war eine enorme Anstrengung, die sich 1933 zunächst erlöst wähnte. Nur der Glauben bot letztlich eine Gewähr dafür, daß das Milieu sich gesellschaftlich wie politisch wirksam verhalten und handeln konnte.

Im politischen Schutz und in der moralischen Verteidigung des katholischen Binnenmilieus, die mit dem "Kreuzkampf" des Jahres 1936 den Höhepunkt in ihrer langen Geschichte erfuhr, werden in Südoldenburg Größe und Grenzen

---

<sup>936</sup> REINHARDT-DUEN, Überlegungen, S. 295. Zur Geschichte des Gedenkens an den "Kreuzkampf" vgl. HACHMÖLLER, Kreuzkampf, S. 388-396.

partieller Oppositionshaltungen gegen das nationalsozialistische Regime deutlich. Die Ursachen sowohl für die Größe als auch für die Grenzen dieses Kampfes sind zu großen Teilen in der Geschichte des katholischen Sozialmilieus in Süddoldenburg selbst zu suchen und aus ihr zu erklären. Den sozialen Wandel von der noch relativ geschlossenen Agrargesellschaft zu einer pluralistischen Alltagskultur, die in der Nachkriegszeit nach 1945 in die Schulen und Elternhäuser Süddoldenburgs sukzessive ihren Einzug hielt, begleitete die katholische Kirche mit einer vorsichtigen Öffnung ihres patriarchalischen Systems. Diese kam zum Ausdruck in einer religiösen Humanisierung des vormals autoritären Gott-Vater-Ideals, einer kontrollierten Liberalisierung der katholischen Moralität und einer recht begrenzten Demokratisierung der katholischen Basis durch die Einrichtung von Pfarrgemeinderäten. Damit reagierte sie auf einen Strukturwandel der Öffentlichkeit, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg auch in ländlichen Milieus durchsetzte. Die inzwischen eingeübte religiöse Toleranz und ein vorbehaltlicher theologischer Pluralismus wurden innerhalb der katholischen Kirche aber weiterhin reglementiert und blieben den verbindlichen Aussagen der katholischen Orthodoxie und dem römischen Primat unterworfen.

Von einer kirchlich-religiösen Reformbewegung war man bis zum Zusammenbruch des "Dritten Reiches" im katholischen Milieu Süddoldenburgs auch deshalb weit entfernt, weil ein liberaler Katholizismus nicht zur Verfügung stand. Er hätte nicht die nötigen Voraussetzungen für die Befriedigung der interpretatorischen und funktionalen religiösen Bedürfnisse in einem katholischen Sozialmilieu wie Süddoldenburg geboten. Das Zweite Vatikanische Konzil, das 1962 von Papst Johannes XXIII. eröffnet wurde, stand im Zeichen des ökumenischen Aufbruchs und vor allem des "Aggiornamento", der Anpassung an die moderne Welt, die der katholischen Kirche einen Weg in die politische und soziale Gegenwart weisen und eine Chance zur Überwindung der christlichen Glaubensspaltung sowie der ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West aufzeigen sollte. Nach Auffassung von Heinz Robert Schlette wandte sich das Konzil mit der Pastoralkonstitution "Gaudium et spes" vom 7. Dezember 1965 und der Zustimmung zu den Menschenrechten von einer "fatalen Tradition" ab und besann sich prinzipiell auf seine Möglichkeiten, als Kirche "zur Förderung eines allgemeinen, niemanden ausschließenden Humanismus" beizutragen.<sup>937</sup> Die hohen Erwartungen, die die katholische Welt an das Konzil knüpfte, erfüllten sich nicht. Johannes XXIII., der beliebte Reformpapst, starb am 3. Juni

---

<sup>937</sup> Staatslexikon 3, Sp. 12 (von Heinz Robert Schlette); vgl. dazu GROBE KRACHT, Kirche, S. 228ff.

1963.<sup>938</sup> Das bürgerliche Bewußtsein für Glaubens- und Religionsfreiheit stand immer noch in dem Ruf eines widernatürlichen Egalitarismus, der der katholischen Orthodoxie verdächtig blieb. Von ihm ging auch in Südoldenburg die Gefahr aus, die traditionelle geschlossene Lebenswelt aufzulösen und den Bestand des katholischen Milieus zu gefährden. Das lag nicht im Interesse der geistlichen und politischen Eliten dieser Region, die historische Kontinuität dauerhaft repräsentiert sehen wollten. Zu diesem Zwecke durften historische Brüche und moderne Verschüttungen in der eigenen Geschichte nicht aufgezeigt werden, um die kritische Lage des katholischen Milieus in der labilen Gegenwart der ausgehenden 1950er Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu desavouieren. Aufgrund seiner umfassenden kommunikativen wie sozial-integrativen Leistung war der römische Katholizismus in der Geschichte des politischen Milieus in Südoldenburg durch kein anderes moralisches Konzept zu ersetzen und wegen seiner lebensbildlichen Funktion, das gesellschaftliche Handeln zu determinieren und zu legitimieren, nicht austauschbar. Dabei war die katholische Lehrmeinung stets der Gefahr ausgesetzt, zur Ideologie zu degenerieren. Für Niklas Luhmann ist nicht nur die Funktion, sondern gerade auch die Ersetzbarkeit ein entscheidendes Merkmal von Ideologien:

"Nicht in der kausalen Bewirktheit liegt das Wesen der Ideologie, auch nicht in ihrer instrumentalen Verwendbarkeit, bei der es nicht um Wahrheit, sondern um Wirkungen geht, und schließlich auch nicht darin, daß sie die eigentlichen Motive verbirgt. Ein Denken ist vielmehr ideologisch, wenn es in seiner Funktion, das Handeln zu orientieren und zu rechtfertigen, ersetzbar ist."<sup>939</sup>

Von seiner geistigen Struktur her war der katholische Glaube "in seiner Funktion, das Handeln zu orientieren und zu rechtfertigen", im katholischen Milieu Südoldenburgs nicht zu ersetzen. Diese Einsicht, daß der katholische Glaube in der Geschichte Südoldenburgs durch kein anderes geistiges oder moralisches System abgelöst werden konnte, wird durch die zunehmende Desorientierung unterstrichen, die die vormals geschlossene Agrargesellschaft aufgrund eines enormen Modernisierungsschubs nach dem Zweiten Weltkrieg erfaßte.

Die umfassende theologische Sinndeutung von Geschichte war konstitutiv für das katholische Milieu in Südoldenburg, weil sie sein nachhaltiges Legitimationsbedürfnis erfüllte und die kritischen historischen Schulen, die im liberalen und sozialistischen Kontext zu Hause waren, an den Grenzen des Raumes, der

---

<sup>938</sup> FRANZEN, Papstgeschichte, S. 408-419.

<sup>939</sup> BRUNNER, Grundbegriffe 3, S. 168.



Heimat hieß, aufhielt. Dadurch wurde seine geistige und soziale Gettoisierung aufrechterhalten. Die Tabuisierung der historischen Brüche und politischen Desaster führte zu einem imaginären Verhältnis zur eigenen Geschichte. Die Wahrheit war im katholischen Milieu Südoldenburgs weder historisch noch plural, sie war geoffenbart und absolut. Auf der Suche nach der verlorenen historischen Identität wurde die Geschichte im Interregnum zwischen dem christlichen Mittelalter und der modernen Neuzeit noch einmal in die Ewigkeit verlängert und zur Befriedigung politischer Legitimationsbedürfnisse herangezogen. Nach dem Muster der klassischen Tragödie erfuhr die politische Geschichte des Scheiterns und Versagens - und die ist für die Lehren aus der Geschichte für unsere Gegenwart von existentieller Bedeutung - eine moderne Katharsis. Sie wurde umgedeutet in einen moralischen Triumph der 'alten' Werte über die modernen Phrasen und ging als historisches Bild in das Geschichts- und Selbstverständnis der Region ein. In seiner strukturanalytischen Auseinandersetzung mit Weltanschauungsfaktoren trifft Alfred Seidel eine Unterscheidung, die in unserem Zusammenhang von Bedeutung ist:

"Von außen gelesen erscheint die Beziehung eines Menschen zu dem von ihm anerkannten Werte so, als habe er ihn unabhängig von jeglicher Bedingtheit erkannt und handle danach, während von innen, unter dem Gesichtspunkt der Ideologie gesehen, das Verhältnis gerade umgekehrt liegt: er erkennt etwas als absoluten Wert nur darum, weil es der Ausdruck oder Kontrast seines Wesens ist."<sup>940</sup>

Gruppenspezifische Weltanschauungssysteme dienen nach Alfred Seidel unbewußten Zielsetzungen, die den sozialen Konsens aufrechterhalten sollen: Stärkung im Daseinskampfe, Selbstbejahung und Ausgleich der inneren Disharmonie durch "Rechtfertigung des eigenen Soseins vor anderen". Sie stellen soziale Hilfskonstruktionen dar, um die Lebensfähigkeit des einzelnen im Kollektiv zu sichern. Diese Erfahrung wird durch das historische Beispiel Südoldenburgs nachdrücklich bestätigt. Nur unter intakten sozialpsychologischen Voraussetzungen hat das katholische Milieu in Südoldenburg die Zeit der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland überlebt. Nur so konnte es sich nach dem Zweiten Weltkrieg regenerieren, bevor es sich unter völlig veränderten ökonomischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen in der ausgehenden Adenauer-Ära aufzulösen begann. In diesem Prozeß spielte die katholische Kirche eine wesentliche Rolle, weil sie äußerst stabilisierend auf das konfessionelle Sozialmilieu einwirkte. Zu den emanzipatorischen Zielen moderner Geschichtsschreibung hat sie in Südoldenburg aus der Sorge um die

---

<sup>940</sup> Ebd., S. 164f.

"res catholica" keine konstruktive Beziehung gefunden. Für die Regionalgeschichte Südoldenburgs müssen die Kategorien aufgeklärter Geschichtsschreibung wieder erinnert werden, um den Stand des historischen Bewußtseins neu zu bestimmen. Dazu bedarf es einer geistigen Haltung, die sich von den moralischen Komplexen einer affirmativen katholischen Deutungskultur befreit und die engen konfessionellen Grenzen katholischer Sinndeutung von Geschichte überschreitet. Sie hat auszugehen von der weltlichen Immanenz historischen Geschehens, das vom Menschen als dem zuständigen Subjekt von Geschichte getragen wird und von ihm auch vor der Geschichte verantwortet wird. Der Sinn von Geschichte ist Geschichte.